Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 1. Freitag, den 8. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 5. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Freitag, den 8. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Dienstag, den 12. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Freitag, den 15. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 5. Jänner 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters **Dr. Joh. Nep. Prix.**

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Bürgermeister Dr. Prix** macht derselbe nachstehende Mittheilungen:

1. Die Direction des Etablissements Ronacher hat einen Betrag von 50 fl. als Erträgniß einer Wohlthätigkeitsvorstellung für Arme übergeben. — Der Gemeinderath spricht den Dank aus.

2. Unter der Chiffre Dr. S. sind mir zur Vertheilung an Arme 15 fl. übersendet worden. — Der Gemeinderath spricht den Dank aus.

3. Adolf Porges, I., Kantgasse 8, hat zur Beköstigung armer Schulkinder 100 fl. gespendet. — Der Gemeinderath spricht den Dank aus.

4. Frau Dr. Antonie Passauer hat aus Anlaß des Ablebens ihres Onkels Ignaz Leidesdorf, I., Zelinkagasse 4, zur Beköstigung armer Schulkinder 100 fl. gespendet. — Die Versammlung votirt den Dank.

5. Herr Med. Dr. Moritz Passauer hat im Namen seiner Frau Antonie aus Anlaß des Ablebens ihres Onkels, des sel. Herrn Ignaz Leidesdorf zu Ehren seines Andenkens den Betrag von 1000 fl. behufs Vertheilung an die Armen Wiens übergeben. — Der Gemeinderath spricht den Dank aus.

6. Herr Oskar v. Keller hat 20 fl. für die Armen gespendet. — Wird der Dank votirt.

7. Herr Bezirks-Vorstand Löblich zeigt an, daß die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, wie alljährlich, so auch heuer, 100 Zoll-Ctr. Coaks zur Vertheilung an die Armen des IX. Bezirkes gespendet hat. — Wird der Dank votirt.

8. Herr Notar Fohleutner hat für die Frau Rosalia Epstein, geborene Goldberger de Buda, den Armen Wiens einen Betrag von 500 fl. gespendet. — Der Gemeinderath spricht den Dank aus.

9. Ich habe die Ehre, eine Interpellation zu beantworten, betreffend die Einhebung der Mauthgebühren bei den über den Donaustrom führenden Brücken: Kronprinz Rudolfsbrücke und Kaiser Franz Josefbrücke.

Das Gesetz hinsichtlich der Linienmauthen in Wien tritt mit 1. Jänner 1893 in Kraft.

Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen gelangen bei den Brücken bis 31. December 1892 noch folgende Mauthgebühren zur Einhebung u. zw. die Brückenmauth in der bisherigen Höhe von 12 kr. für ein Stück Zugvieh in der Bespannung und weiters die Straßenmauth im Betrage von 4 kr. per Stück Zugvieh in der Bespannung.

Vom 1. Jänner 1892 an entfällt die Entrichtung der Brückenmauth hinsichtlich der ärarischen Kronprinz Rudolfbrücke und wird sonach nur mehr die gesetzlich normirte Straßenmauth zur Einhebung gelangen.

Auf die Entrichtung dieser Mauthgebühren beziehen sich die Kundmachungen des Präsidiums der n.-ö. k. k. Finanz-Landes-Direction vom 10. October 1891, Z. 1628, L. G. Bl. 50 und vom 21. November 1891, Z. 1914, L. G. Bl. 52.

10. Ferner ist eine Interpellation bezüglich des Linienwalldurchbruches gestellt worden.

Ich habe die Ehre dieselbe dahin zu beantworten, daß bezüglich der Verbindung der Lerchenfelderstraße mit der Thaliastraße in Lerchenfeld ein großer Theil der Grundfläche des Hauses Nr. 123 Kaiserstraße im VII. Bezirk, eingelöst werden muß, daß diesbezüglich Verhandlungen sich im Zuge befinden und daß am 28. December des abgelaufenen Jahres von mir wegen unentgeltlicher Ueberlassung der Linienwallgründe eine Eingabe an Se. Excellenz den Herrn Finanzminister dringlich ergangen ist.

Ich ersuche, die Einläufe bekannt zu geben.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski verliest nachstehende Einläufe:

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Zweig.**

In der Gemeinderathssitzung vom 28. März 1890 wurde der Beschluß gefaßt, es seien Vorschläge zu erstatten, in welcher Weise die für eine gewöhnliche Gräberausschmückung zu entrichtenden Gebühren entsprechend herabzusetzen wären und die Friedhofs-Commission werde beauftragt, Vorschläge zu machen.

Die Friedhofs-Commission hat unter Zuziehung des Stadtgärtners und des Friedhofsverwalters in mehreren Sitzungen einen neuen Preistarif für die Ausschmückung der Grüfte, Einzelngräber und gemeinsamen Gräber im Central-Friedhofe ausgearbeitet, welcher auch in Druck gelegt wurde.

Dieser neue Tarif kam jedoch nicht mehr zur Berathung und Beschlußfassung des Gemeinderathes, weil der neugewählte Gemeinderath in Thätigkeit trat.

Ich erlaube mir daher, an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ist der neue Preistarif für die Ausschmückung der Gräber am Wiener Central-Friedhof im Stadtrathe schon berathen worden?

Wenn ja, wann gedenkt der Herr Bürgermeister den neuen Tarif dem Gemeinderathe vorzulegen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre zu erwidern, daß diese Angelegenheit im Stadtrathe berathen und durch Beschluß an den Magistrat zurückgeleitet wurde, und daß dort die Berathung gepflogen wird.

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Herold.**

Durch die widersprechendsten Gerüchte, die über den Gesundheitszustand der k. k. Residenzstadt Wien cursiren, wird insbesondere der Fremdenverkehr auf das Empfindlichste geschädigt, indem durch die theils falschen und übertriebenen Befürchtungen das reisende Publicum den Reiseplan ändert.

Ersuche daher Herrn Bürgermeister einen authentischen Bericht über den Gesundheitszustand von Wien dem hohen Gemeinderathe von Wien zu erstatten und stelle zugleich die Anfrage:

ob die Befürchtungen über einen schlechten Gesundheitszustand der k. k. Residenzstadt Wien begründet sind.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre mitzutheilen, daß meines Wissens gar keine Epidemie in Wien herrscht. (Rufe: Sehr richtig!) Ich werde übrigens den Stadtphysikus vernehmen, und in der nächsten Sitzung von ihm einen Bericht zur Verlesung bringen.

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl.**

Aus Anlaß der großen Geschäftslosigkeit, des schneelosen Winters, und um der ohnehin bestehenden großen Armuth unter der arbeitwollenden, zahlreichen Bevölkerung, nicht noch mehr in Verlegenheit zu bringen, erlaubt sich Gefertigter an den geehrten Herrn Bürgermeister

die höfliche Bitte zu stellen, dahin wirken zu wollen, daß mit den Linienwalldurchbrüchen an den bereits bestehenden Verkehrsstraßen sofort begonnen werde, um so der nothleidenden Bevölkerung Brot für die Erhaltung ihrer Familien zukommen zu lassen.

Bürgermeister: Die Herren wissen, daß der Gemeinderath den Durchbruch der Linienwälle an denjenigen Stellen, wo es möglich ist, beschlossen hat. Am 28. December ist eine Eingabe an Seine Excellenz den Herrn Finanzminister überreicht worden. Außerdem habe ich mir erlaubt, bei Sr. Excellenz vorzusprechen, und hat derselbe die rascheste Erledigung der Vorlage zugesagt. Ich hoffe, daß in den nächsten Tagen die Bewilligung erfolgen wird, worauf sofort mit den Arbeiten bezüglich der angesuchten Linienwalldurchbrüche begonnen wird. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

14. Eine gleiche Interpellation liegt vor, von dem **Gem.-Rath Lang.**

Die Schaffung zahlreicher Linienwalldurchbrüche, welche den Verkehr zwischen den einbezogenen Vororten und den Bezirken des früheren Gemeindegebietes von Wien vermitteln und erleichtern sollen, ist nicht nur die naturgemäße und dringendst wünschenswerthe Folge der Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie, sondern es liegt in der möglichst raschen Durchführung dieser Arbeit auch ein Mittel, jenen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, welche, da in Folge der milden Witterung Schneesäuberungs- und dergleichen Arbeiten jetzt nicht stattfinden, derzeit keine Verwendung finden können.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

In welchem Stadium befindet sich die Angelegenheit der Durchführung der neuen Linienwall-Durchbrüche, und ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei den entscheidenden Finanzbehörden dahin zu wirken, daß diese Angelegenheit baldigst der Erledigung zugeführt werde.

Bürgermeister: Ist beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

15. Eine gleiche Interpellation von dem **Gem.-Rath Wärtl** und Genossen:

„Nachdem Groß-Wien geschaffen und mit dieser Action Arbeit und Verdienst der einheimischen Bevölkerung verheißen wurde, und in Folge des milden Winters, wo bis jetzt noch kein ausgiebiger Schnee gefallen und tausend beschäftigungslose Hände auf Arbeit warten, und in Anbetracht, daß die Suppen- und Theeanstalten und Wärmestuben von den mittellosen Classen sehr stark frequentirt werden, und in weiterem Anbetracht, daß den derzeit Arbeitslosen ausgiebige Arbeit und Verdienst zugeführt werden könnte, wenn endlich mit der Demolirung der Linienwälle begonnen würde, so erlauben sich die Unterzeichneten an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

Hat der Herr Bürgermeister bereits Schritte eingeleitet und das Ersuchen an das hohe Finanzärar gestellt, um daß mit der Demolirung der Linienwälle baldigst begonnen werde?

Wenn nicht: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, in Anbetracht der herrschenden Arbeitslosigkeit schleunigst Schritte einzuleiten, daß mit der Demolirung der Linienwälle begonnen und dadurch Verdienst und Arbeit geschaffen werde?"

Bürgermeister: Ist beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Winter.**

„Nachdem am 29. December v. J. die Linienämter vollständig aufgelassen worden sind und daher der Demolirung des Linienwalles kein Hinderniß mehr entgegensteht, so erscheint es als eine dringende Nothwendigkeit, die Straßenzüge, welche von den alten 10 Bezirken in die neuen einmünden, für den Verkehr zu eröffnen. Obwohl die Durchführung dieser Angelegenheit mit sehr geringen Kosten verbunden ist, so ist bis heute aber fast noch gar nichts geschehen, um die eben erwähnte Verbindung der alten mit den neuen Bezirken herzustellen.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

ob er sich bereits mit Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister in's Einvernehmen gesetzt hat, um die Straßendurchbrüche im Linienwall ausführen zu lassen?

Falls aber bis heute noch nichts unternommen worden sein sollte, so ersuche ich den Herrn Bürgermeister, sich mit Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister ehestens zu verständigen, um diese Verkehrshindernisse rasch zu beseitigen."

Bürgermeister: Ist beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

17. Drei Interpellationen des **Gem.-Rathes Schuh** (liest):

1. Ich habe in der Sitzung vom 26. Mai v. J. den Antrag eingebracht, es möge zur Erlangung eines das gesammte Gemeindegebiet der Stadt Wien umfassenden General-Regulirungsplanes ein Concurs ausgeschrieben werden.

Nachdem die Feststellung der bei diesem Generalplane zu berücksichtigenden Verkehrsanlagen bereits so weit gediehen ist, daß die hohe Regierung die diesbezüglichen Vorlagen dem h. n.-ö. Landtage und dem löbl. Gemeinderathe zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt hat, nachdem somit den Vorberathungen über den zu schaffenden Generalregulirungs- und Baulinienplan nichts mehr im Wege steht, so stelle ich an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

ob derselbe nicht geneigt wäre, eine Enquête welche aus Mitgliedern des Ingenieur- und Architekten-Vereines und der Künstler-Genossenschaft, dann aus anderen auf dem Gebiete des Stadtbauwesens hervorragenden Persönlichkeiten, sowie aus Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderathes zu bestehen hätte, einzuberufen, um auf diesem Wege allen betheiligten und maßgebenden Factoren die Gelegenheit zu geben, vor Ausschreibung des Concurses ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

2. Weiters habe ich am 18. Juni v. J. den Antrag eingebracht, der löbliche Gemeinderath wolle aus seiner Mitte ein Comité mit der Aufgabe betrauen, über die Mittel zur Beseitigung der im Tramway-, Omnibus- und Comfortableverkehr in Wien herrschenden Uebelstände zu berathen und Vorschläge zu erstatten.

Obwohl dieser Antrag sehr wichtig und dringlich ist, nachdem namentlich die in der Tramway herrschende Ueberfüllung von Personen in sanitärer Beziehung für die Bevölkerung höchst schädlich und zur Verbreitung der besonders im Winter auftretenden epidemischen Krankheiten beizutragen geeignet ist, so sind doch bereits 7 Monate verflossen, ohne daß der löbliche Stadtrath bisher für nothwendig befunden hätte, Anträge an den Gemeinderath zu erstatten; ich stelle daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

ob derselbe geneigt ist, auf die schleunigste Erledigung meines Antrages im Stadtrathe hinzuwirken?"

3. Vor dem mit dem größten Luxus ausgestatteten k. k. Hofburgtheater kann man täglich die traurige Thatsache wahrnehmen, daß sich das Publicum im Laufe des Nachmittags vor dem Theatereingange zur Erlangung von Karten zusammendrängt und auf diese Art bei größtem Sturm und Wetter gezwungen ist, der Kartenausgabe auf offener Straße entgegenzusehen.

Nachdem es sowohl in sanitärer als in moralischer Beziehung unzulässig erscheint, derartige Uebelstände weiter bestehen zu lassen, so stelle ich an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

ob derselbe nicht geneigt wäre, persönlich bei der hohen k. k. General-Intendanz dahin zu wirken, damit diese vom alten Burgtheater ins neue Gebäude verpflanzte Gewohnheit des sprichwörtlich gewordenen Einlasses in's Burgtheater beseitigt und der Warteraum für das Publicum nur in den geschlossenen Vorraum des Theaters verlegt werde."

Bürgermeister: Was die beiden ersten Interpellationen anbelangt, habe ich die Ehre zu erwidern, daß dieselben der Berathung des Magistrates unterliegen. Ich werde nach Kräften auf die Beschleunigung dringen.

Was die letzte Interpellation betrifft, weiß ich wohl, daß ein Raum innerhalb des Burgtheaters zur Kartenausgabe vorhanden ist; wenn aber bei großem Andrange die Leute hinausgehen, so kann ich dies nicht hindern. Ich werde aber in geeignetem Wege Sorge tragen, ob vielleicht durch die General-Intendanz sich Abhilfe schaffen ließe.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes v. Neumann.**

Dermalen befindet sich ein Antrag des Magistrates zu Folge Stadtraths-Beschlusses in Behandlung:

Es seien behufs baldiger Eröffnung einer Anzahl von Linienwalldurchbrüchen geeignete Verhandlungen mit den maßgebenden k. k. Ministerien einzuleiten.

Nachdem gleiche Anträge hinsichtlich der Durchbrüche in der Verlängerung der Josefstädterstraße, der Florianigasse und der Laudongasse vorliegen, so erlaubt sich der ergebenst Gefertigte an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Bitte zu stellen:

Es mögen diese Anträge ebenfalls ehebaldigst dem Stadtrathe zur weiteren Behandlung zugeführt werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Winter** und Genossen:

Da am 17. Juni 1891 von den Herren Gem.-Räthen Wimberger und Genossen der Antrag eingebracht wurde, die die Verlängerung des Neubaugürtels bildende Straße zwischen der Westbahnstraße und der Kandlgasse im XV. Bezirk zu eröffnen, im Monate December aber diese Eröffnung in unzureichender Weise durchgeführt worden ist, indem nur ein Durchgang für Personen hergestellt wurde und da es in Hinsicht auf die daselbst herrschende große Frequenz dringend geboten ist, daß diese Straße für den gesammten Verkehr eröffnet würde, indem durch Absperrung derselben die umwohnenden Bewohner des XV. Bezirkes arg geschädigt werden, so stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der Herr Bürgermeister werde ersucht, dieses so dringende Bedürfniß der Bewohner des XV. Bezirkes zu befriedigen und in kürzester Zeit die Eröffnung der oben erwähnten Straße in zweckentsprechender Weise durchführen zu lassen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Tagesordnung.

Ich bitte den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Bericht zu erstatten.

Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über die Angelegenheit, welche unter dem Namen „Verkehrsanlagen für Wien" bereits seit längerer Zeit die Oeffentlichkeit und auch die Mitglieder des Gemeinderathes beschäftigt.

Am 9. December 1891 ist vom Herrn Statthalter ein Schreiben an den Herrn Bürgermeister eingelangt, welches lautet (liest):

„Auf Grund der mir von dem Herrn Handelsminister mit dem Erlasse vom 8. December 1891, Z. 3327, H.-M., im Hinblicke auf das Ergebniß der vertraulichen Besprechungen über das Programm für die großen Verkehrsanlagen in Wien ertheilten Ermächtigung lade ich Euer Hochwohlgeboren ein, den Beschluß des Wiener Gemeinderathes über das erwähnte Programm ehestens einzuholen. Ein Entwurf des vom Gemeinderathe diesbezüglich zu fassenden Beschlusses folgt hierneben mit.

Eine Anzahl von Abdrucken des bei den vorerwähnten Besprechungen zu Stande gekommenen Programmes erhalten Euer Hochwohlgeboren angeschlossen, weitere 130 Exemplare werden in kurzem Wege nachfolgen.

Ich füge bei, daß eine besonders dringliche Behandlung dieser Angelegenheit im Gemeinderathe erwünscht wäre, damit die beim niederösterreichischen Landtage demnächst einzubringende, die öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien betreffende Regierungsvorlage, noch in dessen beginnenden kurzen Session zur Berathung und Beschlußfassung gelangen könne.

Euer Hochwohlgeboren wollen mich daher ehestens von dem Beschlusse des Gemeinderathes in Kenntniß setzen."

Dieses Programm, von welchem im Schreiben des Herrn Statthalters Erwähnung gemacht wird, ist den geehrten Mitgliedern des Gemeinderathes schon vor längerer Zeit zugekommen. Es ist wohl kein Geheimniß, wenn ich darauf verweise, daß dem Abschlusse dieser Verhandlungen bei der Statthalterei eine lange Reihe von Sitzungen vorherging, an welchen unter Anderen nebst den Vertretern der Gemeinde, Vertreter des Donauregulirungsfondes, des Landesausschusses und Vertreter der hohen Regierung theilgenommen haben. In diesen vertraulichen Besprechungen wurden auf Grundlage eines vorgelegten Entwurfes die Grundsätze für die Vorlagen, welche auch unter Anderem dem Gemeinderathe zugekommen sind, festgestellt.

Ich darf wohl hier erwähnen, daß es die Frucht eines sehr langen und hartnäckigen Kampfes gewesen ist, der insbesondere in einigen Punkten, die das Interesse der Gemeinde vor Allem berühren, geführt werden mußte, um den Wünschen der Gemeinde so viel als möglich zum Durchbruche zu verhelfen.

Das Programm wurde dem Stadtrathe vorgelegt, von demselben berathen, und das Resultat dieser Berathung haben die Herren in einer Druckvorlage des Referenten zu Handen bekommen, welche die vom Referenten gestellten, auf das Programm selbst sich beziehenden Anträge und weiters eine lange Reihe von Wünschen enthält, die im Stadtrathe bei der Berathung als wünschenswerth und als im Interesse der Gemeinde gelegen sich ergeben haben. Diese Wünsche beziehen sich sämmtlich auf Modificationen und Ergänzungen des Programms. Bezüglich des Programms selbst hat der Stadtrath an dem Grundsatze festgehalten, daß dasselbe als eine zwischen den verschiedenen Curien vereinbarte Grundlage einer Aenderung nicht unterzogen werden soll, daß es jedoch dem Gemeinderathe nicht benommen sein könne, das, was er als verbesserungs- oder ergänzungsfähig am Programme findet, zum Ausdrucke zu bringen, in der Erwartung, daß nach der Bildung der großen Commission für die Verkehrsanlagen dies entsprechende Berücksichtigung und Realisirung finden wird.

Das Programm selbst, welches sich in den Händen der geehrten Herren Gemeinderäthe befindet, bezieht sich auf einen Complex öffentlicher Arbeiten, welche untereinander in innigem Zusammenhange stehen, so daß eine von der anderen bedingt ist. Diese öffentlichen Arbeiten sind am Programme aufgeführt unter dem Namen: Wiener Stadtbahn, Regulirung des Wienflusses unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle, Anlage von Hauptsammelcanälen längs des Donaucanals und Umwandlung des Donaucanals in einen gegen größere Hochwässer geschützten Winter- und Handelshafen.

Daß die Arbeiten einander bedingen und in untrennbarem Zusammenhange stehen, ergibt sich aus folgender Erwägung: Es sind Linien der Stadtbahn, welche längs des Donaucanals in solcher Weise geführt werden sollen, daß die Errichtung einer Quaimauer an der Donau und Abschließung derselben sich nothwendig erweist. Das wieder hat zur weiteren Folge, daß die derzeitigen Zustände des Canals nicht weiter fortbestehen können, wonach die Cloaken auf beiden Seiten in denselben eingemündet werden. Wenn nämlich bei Absperrung des Donaucanals der Wasserstand einmal höher gehalten und der Zufluß abgesperrt würde, so würde bei dem Fortbestand des jetzigen Zustandes der Donaucanal nichts als eine große, selbstverständlich gesundheitsschädliche Cloake vorstellen.

Das kann also nicht bestehen bleiben und es müssen daher längs des Donaucanales große Sammelcanäle gebaut werden, welche in erster Linie die verschiedenen Bachgerinne, die von Nußdorf bis herab zum Alserbach sich in den Canal ergießen, aufnehmen, nebst denselben die sämmtlichen Cloaken abführen und so bestimmt sind, die Reinigung des Canales einerseits zu erzielen und andererseits auch die vollständige Reinhaltung der Stadt auf die Weise herbeizuführen, daß die Fäcalmassen mit diesen großen Canälen herabgeführt werden, zunächst bis zur Stadlauerbrücke und im weiteren Zuge bis zur Mündung des Canales in die große Donau.

Ein ähnliches Verhältniß besteht beim Wienfluß-Canal. Bei seinem jetzigen Zustande wäre die Anlage einer Bahn, auch einer Vorgrundbahn in der Furche des Wienflusses, unmöglich; es muß derselbe daher regulirt werden.

Seine Regulirung bedingt aber eine Verbesserung der sanitären Zustände; diese aber kann wieder nur durch Errichtung von Sammelcanälen zu beiden Seiten herbeigeführt werden, was nebenbei bemerkt, seit vielen Jahrzehnten ein dringender Wunsch sämmtlicher westlicher Vororte und sämmtlicher Gemeinden ist, die sich längs des Wienflusses bis zur jetzigen Gemeindegrenze erstrecken.

Die Umwandlung des Donaucanals in einen Winterhafen ist dann eine natürliche und sich von selbst ergebende Folge der Abschleußung desselben.

Es ist — wie ich glaube — aus diesen kurzen Ausführungen wohl ersichtlich, daß diese Arbeiten unter einander in innigem Zusammenhange stehen und daß die ganzen Anlagen mit Fug und Recht als Verkehrsanlagen für Wien bezeichnet werden können.

Wenn nun die Herren das Programm weiter prüfen und zunächst jene Punkte in's Auge fassen, die sich auf die eigentlichen Stadtbahnen beziehen, so finden Sie, daß eine Unterscheidung zwischen Haupt- und Localbahnen gemacht ist.

Ich bemerke hier schon, daß bei sämmtlichen Bahnen, ob Haupt- oder Localbahnen, an dem Grundsatze festgehalten werden soll, daß sie zweigeleisig und normalspurig sind, so daß also dem Uebergange von Fahrbetriebsmitteln irgend einer Bahn auf irgend einer Stadtbahnlinie kein Hinderniß im Wege steht. Die Hauptbahnen unterscheiden sich von den Localbahnen lediglich dadurch, daß letztere bis auf Weiteres nicht überall einen directen Schienenanschluß an die bestehenden Bahnen erhalten sollen. Allerdings dort, wo dies nöthig ist, wird es auch in der nächsten Zukunft erfolgen — während die Hauptbahnen mit den heute in Wien einmündenden großen Bahnen überall in Verbindung gesetzt werden.

Eine weitere Unterscheidung der Linien des Stadtbahnnetzes ergibt sich mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Ausführung dieser einzelnen Linien in der nächsten Zukunft zu erfolgen hat, während ein Theil derselben der weiteren Zukunft vorbehalten bleiben sollen.

Nach diesen Unterscheidungsmerkmalen sind auch die Bahnen in zwei Theile getrennt; die Bahnen, welche sofort auszuführen sind und zwar: erstens Hauptbahnen; zweitens Localbahnen und dann die Bahnen, welche der weiteren Zukunft vorbehalten bleiben, ebenfalls Haupt- und Localbahnen. Unter den ersteren Bahnen nämlich jenen, welche sozusagen in der ersten Bauperiode zur Ausführung gelangen sollen, sind nun drei große Linien, welche nebst den übrigen Linien auf der Karte, die der Herr Bau-Director anfertigen ließ, vollständig ersichtlich gemacht sind. Es sind das die rothen Linien, welche in sehr deutlichen Strichen auf dem Plane zu sehen sind. Ich bemerke hier gleich, daß die Localbahnen in blauer Farbe angelegt sind und daß demnach eine leichte Unterscheidung der einzelnen Linien stattfinden kann.

Es ist unter diesen Linien zunächst die Gürtellinie zu nennen. Sie ist im Wesentlichen eine Verbindung des Franz Josefs-Bahnmit dem West- und Südbahnhofe und außerdem mit der Donau-Uferbahn.

Ich bemerke hier, daß in Heiligenstadt längs von der jetzt bestehenden Straße der Kaiser Franz Josefsbahn eine Art Rangirbahnhof gedacht ist, von welchem ausgehend, diese Linie auf das Planum der Gürtelstraße gelangt und in diesem Planum bis zum Westbahnhof zu führen wäre. Diese Linie ist theils Hochbahn, theils Tiefbahn und für einen ziemlich dichten Personenverkehr berechnet. Außerdem ist noch beabsichtigt, diese Linie mit der

Kaiserin Elisabethbahn und zwar ungefähr gegen die Station Penzing zu in Verbindung zu setzen.

Die zweite Hauptbahn ist die Donaustadt-Linie, welche ausgeht vom Praterstern, also von der jetzt bestehenden Verbindungsbahn in der Kronprinz Rudolfstraße, die Vorgartenstraße erreicht, und dort längs der Geleise der bestehenden Donau-Uferbahn sozusagen als ein weiteres Geleise derselben bis nach Nußdorf führt, das ist die sogenannte Donaustadt-Linie.

Endlich die Vororte-Linie, eine zweite Verbindung der Kaiserin Elisabeth- mit der Kaiser Franz Josefsbahn, welche hauptsächlich den Interessen der Industrie zu dienen bestimmt ist und infolge dessen, vorläufig nur für einen beschränkten Verkehr in Aussicht genommen wird. Die Donaustadt-Linie ist derzeit nur als Provisorium in Aussicht genommen, soweit sie längs der Trace der Donau-Uferbahn geführt werden soll; sie lauft dort nämlich im Niveau und kreuzt die sämmtlichen senkrecht auf die Donau gegen dieselben zulaufenden Straßen, es wäre also eine Niveaubahn. Es ist daran gedacht, bei Eintritt der Nothwendigkeit diese Niveaubahn in eine Hochbahn umzuwandeln, d. h., es würde das als Hochbahn gedachte Stück vom Praterstern gegen die Kronprinz Rudolfstraße in dieser Trace fortgesetzt, oder wenn nicht in derselben Trace, doch durch die Häuserblöcke fortgeführt, so daß die Bahn durch die Häuserblöcke gedeckt wäre und nur die Uebersetzungen in den einzelnen Straßen zwischen den Häuserblöcken die Bahn erkennen ließen; das ist ganz Sache der weiteren Zukunft.

Nun kommen wir zu den Localbahnen und ich darf wohl hier darauf verweisen, daß die Localbahnen insbesondere jener Theil des ganzen Programmes sind, welcher die hauptstädtische Bevölkerung in erster Linie interessirte, denn diese Localbahnen sollen bestimmt sein und werden voraussichtlich auch den Zweck erfüllen, eine rasche, bequeme und billige Communication der innersten Bezirke mit den an der Peripherie gelegenen Bezirken zu ermöglichen, daher sowohl für den geschäftlichen als anderweitigen Verkehr, der Bevölkerung die heute noch fehlenden, aber absolut nothwendigen Vehikel in Zukunft herzustellen.

Unter diesen Localbahnen ist die erste die sogenannte Wienthal-Linie. Sie beginnt nächst dem Westbahnhofe, folgt dem Zuge der Gürtelstraße bis zum Gumpendorfer Schlachthause, führt dann in der Cunette des Wienflusses bis zur Elisabethbrücke und trifft hier das Hauptzollamt. Nach Verlassen des Hauptzollamtes stellt sie sich als Parallellinie der Verbindungsbahn dar und führt bis zum Praterstern. Gedacht ist dabei an eine Verbindung dieser Linie beim Gumpendorfer Schlachthause mit der bestehenden Dampftramway Wien-Mödling und bei Eintritt des Bedürfnisses ist gedacht an eine Fortsetzung dieser Linie im Wienthale aufwärts bis an einen geeigneten Anschlußpunkt der Westbahn ungefähr bei Hütteldorf. Es wäre dies eine der allerwichtigsten Radiallinien, wie leicht ersichtlich, insbesonders wenn bei Eintritt des Bedürfnisses — und meiner Ansicht nach wird dieses Bedürfniß sofort eintreten — diese Verlängerung bis Hütteldorf stattfindet; denn es wird dann möglich sein, und das ist auch einer jener Punkte des Programms, welche diese Art der Gestaltung des Verkehres ermöglichen, die kleinen Züge mit ihren für den Localverkehr bestimmten Garnituren aus dem Innern der Stadt hinauszuführen auf die Hauptstrecke, soweit der Localverkehr reicht, so daß es also in Zukunft möglich sein soll, beispielsweise einen Localzug am Franz Josefs-Quai zu besteigen und mit demselben bis Rekawinkel zu fahren und umgekehrt.

Es ist — und das bitte ich bei Prüfung des Netzes im Ganzen und Großen insbesonders zu berücksichtigen — ein Hauptvortheil der Anlage, welche hier gedacht ist, daß die jetzigen Uebelstände, welche den Personenverkehr erschweren, in der Anlage der Bahnhöfe vermieden sind. Es sind nämlich Stockgeleise absolut vermieden, es sind lauter Schlingen, so daß sich der Personenverkehr ungehindert abwickeln kann. So viele Züge immer in der Zeit der größten Frequenz hereinlangen, sie alle können das Stadtbahnnetz in jeder Richtung ungehindert passiren und nirgends ist der Zug gezwungen, seinen Weg zurückzumachen und dadurch andere Züge warten zu lassen.

Das ist bei der Anlage der Bahn, wo lauter Ringe bestehen, so daß jede Radiallinie in einen Ring einmündet, ein Vortheil, dessen außerordentliche Zweckmäßigkeit für den Verkehr und für die Bevölkerung bei der Benützung der Bahn sofort einleuchtet.

Eine zweite Linie ist die Donaucanallinie, das ist eine Verbindung des Franz Josefs-Bahnhofes längs des Donaucanals mit dem Hauptzollamt und der dort befindlichen Linie. Diese Bahn ist eine solche, welche den inneren Gürtel, der sich bildet, ergänzt, wie Sie auf der Zeichnung sehen.

Eine letzte Localbahn ist die sogenannte innere Ringlinie, welche von der erstgedachten, nämlich von der Donau-Thallinie ungefähr in der Gegend der Elisabethbrücke abzweigt, auf die Lastenstraße bis zur Universitätsstraße kommt und dort die Universitätsstraße, den Schottenring abwärts an dem Ufer des Donaukanales die Donaucanallinie trifft.

Alle diese Linien sind für einen dichten Personenverkehr berechnet. Ich habe bereits früher erwähnt, daß für diese Linien eigene Localbahn-Garnituren geschaffen werden, eigene Wagen, nämlich keine Durchgangwagen, sondern bloße Coupéwagen, und daß überall das Einsteigen, wie es in England der Fall ist, von der Plattform des Wagens direct erfolgen soll, ohne durch ein Hinaufsteigen viel Zeit zu verlieren.

Es ist ein dichter Verkehr gedacht, bei welchem die einzelnen Züge in kleinen Intervallen bis zu drei Minuten folgen sollen.

Das sind die in erster Linie zum Bau in Aussicht genommenen Haupt- und Localbahnen. Die weiteren in Aussicht genommenen Bahnen sind: Die Vollbahn längs des Donaucanals, welche im Wesentlichen die Trace der von mir bereits erwähnten Donaucanallinie einhält, aber so wie das eine Vorgrundbahn ist, würde das eine Hochbahn; dann weiters die bereits von mir erwähnte eventuelle Umwandlung der Donaustadtlinie aus einer Niveaubahn in eine Hochbahn. Von den Localbahnen ist in erster Linie eine Verbindungslinie zu erwähnen, welche abzweigend von der Donau-Thallinie ungefähr in der Gegend der Schwarzenbergbrücke eine Verbindung dieser Linie mit dem Aspang-Bahnhofe und in der weiteren Fortsetzung mit dem Central-Friedhofe darstellt, eine Linie, welche eine wichtige Verbindung, insbesondere für den II. Bezirk zu bilden bestimmt sein wird; dann weiters eine Abzweigung von der inneren Ringlinie, welche über die Lastenstraße geführt werden soll, und welche ungefähr in der Gegend der Landesgerichtsstraße beginnend, durch die westlichen Bezirke hinausführt und dann in zwei Abzweigungen, die eine südlichere nach Dornbach, die zweite nördlichere nach Pötzleinsdorf führen soll und auf diese Weise einen Verkehr in die nächstgelegenen Sommerfrischen herzustellen bestimmt ist; endlich eine Linie der fernsten Zukunft, d. i. das die innere Stadt durchquerende Kreuz, welches für elektrischen Betrieb in Aussicht genommen ist, und von welcher nur

zu erwähnen wäre, daß man daran denkt, diese Linie durch einen Concessionär, so sich ein solcher findet, herstellen zu lassen.

Dieses — und da erlaube ich mir auf den Passus des Programmes auf Seite 9 zu verweisen — sind, wie das Programm sagt, die grundlegenden Principien für die Aufstellung eines Stadtbahnprojectes, wobei jedoch kleinere Modificationen, insbesondere hinsichtlich der gegenseitigen Verbindung der einzelnen Linien sowie auch weitere Ergänzungen vorbehalten bleiben.

Es ist im Programme auseinandergesetzt, worauf sich diese Modificationen beziehen. Unter diesen Modificationen spielt eine wichtige Rolle die doppelte Verbindung bei der Einmündung der einzelnen Linien, die sogenannten Deltas.

Wenn Sie die Pläne einsehen, so finden Sie die Linien ohne organische Verbindung, indem einfach die eine in die andere hineingeführt wurde. Das ist in der Natur nicht möglich, da kann nur die Verbindung in Bögen stattfinden. Diese Modification, welche insbesondere von Seiten unserer sachverständigen Mitglieder gewünscht wird, besteht nun darin, daß diese Bögen nach rechts und links abzweigen, so daß die Züge sowohl auf- als abwärts der Bahn, in welche eingemündet wird, ihren Weg nehmen können. Diese Deltas wären bei der Ausbildung des Stadtbahnnetzes überall anzubringen, wo die Einmündung der Linien nicht in einem spitzen Winkel, sondern in einem rechten Winkel sich annähernden Winkel erfolgt.

Unter den Ergänzungen ist insbesondere hervorzuheben die Herstellung von Manipulationsgeleisen zum Zwecke der Approvisionirung und des Umschlagverkehres, in dem oberhalb der Augartenbrücke und unterhalb der Sofienbrücke gelegenen Theile des Donauhafenkanales, endlich hinsichtlich der Anlage von im Straßenniveau herzustellenden Schleppbahnen zur Heranziehung der industriellen Stätten. Diese Ergänzung ist insbesondere wichtig für die Vorortelinie. Es wird auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen, viele in den westlichen Vororten bestehende industrielle Etablissements mit der Hauptbahn in Verbindung zu setzen, und es wird sich in Zukunft nicht mehr jenes Schauspiel wiederholen, das wir bei der Hernalser Waggonfabrik erlebt haben, daß ein Großindustriellen-Etablissement, welches Hunderten Arbeitern reichliche Arbeit und Ernährung bietet, infolge Concurrenzunfähigkeit einfach aufgelassen werden mußte, was eine Folge der Unmöglichkeit einer ordentlichen Bahnverbindung ist.

Es wird in Zukunft die Möglichkeit gegeben sein, auf diese Weise die Kohlenrutschen, also unsere Hauptkohlenplätze, die wir haben und die heute zum größten Schaden der Stadt Wien auf dem Nordbahnhofe concentrirt sind, so zu vertheilen, daß solche Kohlendepots sowohl an den Vorortelinien als an der inneren Linie an entsprechenden Punkten angebracht werden. Es ist ersichtlich, daß damit eine Verbilligung der Zufuhr und in Folge dessen eine Verbilligung des Brennstoffes eintritt und nothwendiger Weise wird eintreten müssen.

Ich bitte Sie, meine Herren, insbesonders Punkt III des Programmes einer Prüfung zu unterziehen. In dieser Abtheilung des Programmes ist Alles enthalten, was sich auf die Ausführung der Bahn, sowohl der Art und Weise, als auch der Zeit nach bezieht. Es sollen in der ersten Bauperiode, vom Beginne der Arbeit bis 1897 — die zweite Bauperiode erstreckt sich nämlich von 1897 bis 1900 — folgende Linien hergestellt werden: 1. die Gürtellinie bis zum Westbahnhofe in Verbindung mit der Donauuferbahn, eventuell die Fortsetzung der Wienthallinie bis Hütteldorf, 2. die Donaustadtlinie, 3. die Wienthallinie, 4. die Donaucanallinie, 5. die innere Ringlinie, 6. ein großer Theil der Vorortelinien. Dieser Programmpunkt hat für die Bevölkerung Wiens das größte Interesse und den größten Werth. Den größten Werth hat es für unsere Stadt, wenn aus dem Programme zu ersehen ist, daß mit dem Baue sofort begonnen werden soll und daß bis 1897 bis auf den letzten Rest der Vorortelinien die Hauptlinien und Locallinien der ersten Periode fertig gestellt sein müssen. Aus dem den Referenten-Anträgen angehefteten Ziffernmateriale ersehen die Herren, welche Summen dies darstellt und welche Summen innerhalb dieser Zeit bis 1897 resp. 1900, im Ganzen also in 7 bis 8 Jahren zur Ausgabe gelangen werden. Das ist das Wichtigste über die Bahnen.

Ich komme nun zum Projecte der Wienfluß-Regulirung. Wie ich bereits anfänglich hervorgehoben habe, soll dieses Project so ausgeführt werden, daß beide Ufer mit entsprechenden Quaimauern versehen werden, welche die Anlage der Bahn neben diesen Quaimauern ermöglichen. Außerdem soll die ganze Cunette, die ganze Sohle des Wienflusses fixirt und mit einem soliden, haltbaren Pflaster versehen werden. Es ist, ich möchte sagen, an eine Ausmauerung mit Granit gedacht. Diese Herstellung einer constanten Mauer in dem Längenprofil des Wienflusses ist von großer Wichtigkeit. Wenn Sie heute das Längenprofil des Wienflusses ansehen, so finden Sie die merkwürdigsten Linien darin, Linien ohne jeden Fall, dann senkrechte Abstürze, dann wieder ganze Berge, — Sie sehen, daß das Flußbett außerordentlich unregelmäßig gestaltet ist und daß es außerdem in seiner Form einen Abfluß der Gewässer eigentlich erschwert. Das soll in Zukunft verhindert werden. Die Sohle soll ein vollständig egales, constantes Niveau bekommen und soll außerdem vollständig fixirt und ausgemauert werden. Längs der beiden Ufer werden große Sammelcanäle geführt, welche bis an die Grenze der Stadt zu führen bestimmt sind. Diese Sammelcanäle werden eine solche Capacität bekommen, daß sie bei großen Regengüssen und überhaupt in Fällen, in denen sie in Anspruch genommen oder voll ausgenützt werden, erst bei einer vierfachen Verdünnung des gewöhnlichen Canalinhalts einen Ueberfall in das regulirte Wienflußbett erhalten.

Nun komme ich zu einem Punkt, welcher zu den heftigsten Debatten Anlaß gegeben hat. Es soll nämlich diese Einrichtung des Wienflusses derart durchgeführt werden, daß in Zukunft der Gemeindevertretung der Bevölkerung Wiens jede andere Umgestaltung der Wienfluß-Cunette möglich bleiben soll. Dabei ist daran gedacht, daß späterhin eine Einwölbung, sei es eine theilweise oder eine auf große Strecken, in Aussicht genommen und auch zur Durchführung gelangen könnte, theilweise wird die Einwölbung gewiß jetzt schon zur Durchführung gelangen.

Es bedingt diese Umgestaltung des Wienflusses die Demolirung sämmtlicher Brücken, diese müssen ersetzt werden und werden ohne Zweifel ersetzt werden durch neue Brücken, welche sich an das künftige Profil einer Einwölbung anschließen und wird es Sache des Gemeinderathes sein, wenn er es für zweckmäßig erachtet, einen Theil der Wien mitten in dem dicht bevölkertsten Bezirke zur Einwölbung zu bringen und zu sehen, wie sich die Sache macht, welche Cunette auf diese Weise beseitigt wird, um einen ungehinderten Verkehr zwischen beiden Ufern zu ermöglichen. Das ist jedoch, wie gesagt, Sache der Zukunft.

Bei der Wienflußarbeit ist Folgendes hervorzuheben. Die Techniker, welche den Standpunkt der Regierung zu vertreten hatten,

haben ein Programm entworfen, wornach sie mit einer Summe von ungefähr 11 Millionen Gulden das Auslangen finden zu können erklärten. Durch genauere Nachrechnungen unseres Stadtbaudirectors und durch seine sonstige in sokratischer Weise, möchte ich sagen, durchgeführte Prüfung hat sich herausgestellt, daß dieser Voranschlag den Thatsachen nicht entsprechen kann. Es ist an den Tag gekommen, daß die Reservoiranlagen, welche in derselben Weise gedacht sind und ausgeführt werden sollen wie bei der vollständigen Einwölbung nicht so in Aussicht genommen werden können; die Stützmauern waren nicht so berechnet, daß man sie vollständig beruhigt hätte verantworten können; mit einem Worte, es war ein unvollständiges Project. Es hat sich nun durch genaue Nachrechnungen ergeben, daß die Kosten der Regulirung, wie sie in dem Projecte definirt sind, nämlich eine Ausführung großer, entsprechender und solid hergestellter Reservoirs, wie sie bereits in Aussicht genommen sind, die Fixirung des Ufers außerhalb der Gemeindegrenze, die Durchführung dieser beiden Quai-Anlagen sammt den Sammelcanälen ungefähr 15 Millionen kosten wird. Eine solche Herrichtung, wie die Gemeinde sie braucht, um eventuell die Einwölbung, sei es ganz oder theilweise, durchzuführen, wird eine Mehrauslage bis ungefähr 20 Millionen Gulden — die Summe ist nicht genau zu bestimmen — verursachen.

Aber es ist heute schon dafür vorgesorgt, daß dieser Mehrbedarf, den die Gemeinde allein auf ihr Conto zu setzen hätte, von der Commission zu decken ist, so daß das von der Commission aufzunehmende Anlehen auch diese Summe in sich zu fassen hätte. Die ganze Durchführung ist auf die Zeit bis 1895 und von 1895 bis 1900 vertheilt. Die Ausführung — das erlaube ich mir hier einfügungsweise zu bemerken — ist so gedacht, daß die Hauptbahnen sämmtlich durch den Staat ausgeführt werden, die Localbahnen eventuell durch Commissionäre, die Wienfluß-Einwölbung und Regulirung durch die Gemeinde, welcher auch die bei der Regulirung sich ergebenden Vortheile, nämlich der Zuwachs an Gemeinde-Eigenthum durch zu erwerbende Grundstücke und andere Grundstücke, allein zu Gute kommen hätten. Die Durchführung der Regulirung des Donaucanales wäre Sache der Donauregulirungs-Commission und die Ausführung der großen Sammelcanäle längs des Donaucanales Sache der Gemeinde Wien. Die großen Sammelcanäle längs des Wiener Donaucanales sind eine Arbeit, welche, soweit sie die Sammelcanäle auf dem linken Ufer betrifft, lediglich einen großen Aufwand verursacht, dagegen als technische Arbeit eigentlich keine wesentliche Leistung darstellt. Anders ist es mit dem Canale am rechten Ufer; derselbe muß den Wienfluß kreuzen, und er kann ihn nicht kreuzen, außer er wird so weit heraufgeführt, daß er noch unter der Sohle des Wienflusses durch kann, so daß die jetzigen Projecte so gedacht sind, daß der große Sammelcanal längs des rechten Ufers abschwenkt, bis zur Stubenthorbrücke herauf geführt wird und dort in einer oder zwei Canalführungen den Wienfluß durchquert und durch die Marxergasse herunter wieder zum Donaucanal gelangt.

Diese Kosten für die gesammte Ausführung sollen 11 Millionen Gulden betragen; die Arbeiten sollen in der nächsten Zukunft nur bis zur Stadlauerbrücke geführt werden, die Kosten hiefür werden ungefähr 6 Millionen Gulden betragen, während der Rest 5 Millionen Gulden kosten würde.

Auch die Ausführung dieser Anlage soll in zwei Bauperioden eingetheilt werden, die erste bis zum Jahre 1895 zur Ausführung der Strecke bis zur Stadlauer Brücke, die andere zur Ausführung des Restes, das ist das Stück bis zur Mündung des Canals in die große Donau. Dieses zweite Stück soll einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Nun gelangen wir zur Regulirung des Donaucanals. Dabei ist zu bemerken, daß die heutige Absperrung des Donaucanals, welche durch das Sperrschiff geschieht — (welche Absperrung nebenbei bemerkt, für die Gemeinde Wien von den wohlthätigsten Folgen begleitet war und so manche Ueberschwemmung theils abgewehrt, theils weniger empfindlich gemacht hat) — doch nur als Palliativmittel insofern angesehen werden kann, als sie eine Depression des Wasserspiegels herbeiführt. Es wird nämlich durch Einfügung des Sperrschiffes der Wasserspiegel um einen Meter gegen jenen der großen Donau herabgedrückt. Es ist nun ersichtlich, daß bei sehr hohen Wasserständen in der großen Donau ein sehr hoher Wasserstand, aber immerhin um einen Meter niedriger als draußen, eintreten kann. Ein so enorm hoher Wasserstand ist in letzter Zeit nur einmal zu beobachten gewesen.

Es ist aber doch immerhin noch zu sagen, daß die Absperrung des Donaucanales durch das Sperrschiff nur ein Palliativmittel ist und unter gewissen Umständen sich sogar als sehr schwierig, ja unmöglich herausstellen kann.

Es hat sich nämlich heuer der Fall ereignet, daß plötzlich ein so abnorm niederer Wasserstand eintrat, daß das Sperrschiff eigentlich nicht mehr eingeführt werden konnte, weil das vorhandene Wasser nicht genügte, das Schwimmen des Sperrschiffes zu ermöglichen.

Denken Sie sich nun eine solche Periode, ein plötzliches Anwachsen des Wassers nach stärkerem Frost, so kann es geschehen, daß alle Wassermassen in den Canal hineingeführt werden und vom Sperrschiff kein Gebrauch gemacht werden kann.

Mit einem Wort, die Verhältnisse sind so, daß sie eine Verbesserung dringend erheischen und diese Verbesserung soll nun durch Ersatz des Sperrschiffes durch große Kammerschleußen erfolgen, welche es ermöglichen, den Canal vollständig hermetisch abzusperren. Die derzeitigen Niveauverhältnisse der Sohle des Canales sind aber derart, daß Hand in Hand damit eine Ausbaggerung des Canales erfolgen muß, und zwar derart, daß dieselbe auf 3·20 Meter gebracht wird, denn dann wird es möglich sein, mit Zuhilfenahme von Sperrschleußen immer einen Meter über Null Wasser im Canale zu haben, wodurch vermieden wird, daß das Wasser in die Keller der niedergelegenen Wohnungen auf beiden Seiten des Canales in der Roßau, Leopoldstadt und Brigittenau eindringe und es wird immer Wasser genug für die Schifffahrt bleiben.

Zur Erleichterung der Manipulation ist der gewissen Zwischenwerke gedacht, welche in der Zeit des tiefsten Wasserstandes verhindern sollen, daß die Schiffe, die sich im Canale, insbesonders zur Winterszeit, wegen der Ueberwinterung aufhalten, etwa auf's Trockene kämen und dadurch Schaden litten. Das sind aber, wie gesagt, alles Behelfe, die für die nächste Zukunft nicht in Aussicht genommen sind. Was aber in nächster Zukunft geschehen soll, ist die Anlage von Quai-Mauern auf der Strecke von der Augarten- bis zur Franzensbrücke auf beiden Seiten des Canales. Jeder, der die Verhältnisse näher kennt, weiß, welch' immense Bedeutung die Herstellung dieser Arbeit sowohl für die Regulirung der Stadt als auch in ästhetischer Hinsicht haben wird und wie auf diese Weise die Anlage der Bahn ermöglicht und erleichtert wird und wie anderseits die vorhandenen Straßen in entsprechender Weise regulirt und verbreitert werden, ein Umstand, der insbesonders für

das linke Ufer in der Gegend der jetzigen Stefaniebrücke von der größten Bedeutung ist.

Die Herstellung dieser Arbeiten, der hydrotechnischen Arbeiten ist für gewisse Lohnarbeiter eine Voraussetzung. Immer müssen also diese hydrotechnischen Arbeiten nähergehen und dann ist gedacht, sämmtliche in die erste Bauperiode fallende Bahnen bis 1895 fertig zu stellen, weil dann die Anlage der Donaucanallinie ungehindert erfolgen kann. Das ist der Complex der Arbeiten, wie er im Programme enthalten ist.

In den weiteren Punkten des Programmes Nr. 7 ꝛc. ist nun dargestellt, wie die Durchführung dieser Arbeiten sichergestellt werden soll. In erster Linie kommt immer die Geldbeschaffung für so große Projecte in Frage.

Es handelt sich hier um eine Summe, welche eigentlich 100 Millionen übersteigt, wenn man Alles zusammenrechnet.

Es ist nun gedacht, daß eine Commission, welche als juristische Person erscheint und zwar sowohl für die Contrahirung der Anlehen, als für die Durchführung der Hauptarbeiten eine Commission, in welche die drei Curien: Stadt, Land und Gemeinde mit gleichen Stimmenrecht vertreten sein würden und zwar durch Abgeordnete, deren Anzahl jede Curie mit höchstens fünf und mindestens zwei, eingesetzt werden soll.

In dem Programme sind die Details über die Einrichtung dieser großen Commission für die Verkehrsanlagen enthalten, die ich aber, wie ich glaube, nicht zu wiederholen brauche.

Es war auch hingewiesen auf die Errichtung eines Schiedsgerichtes, welches in gewissen Fällen zu funktioniren hat, wenn es sich über die Auslegung des Programmes, über die Pflichten der Theilnehmer der einzelnen Curien und über gewisse Einzelheiten handelt, die hier genau angeführt sind, wenn ein Streit zwischen den Mitgliedern der Curien entstehen sollte.

Diese Commission ist nun befugt, unter ihrer Aufsicht und Oberleitung die Arbeiten ausführen zu lassen oder die Ausführung derselben anderen öffentlichen Anstalten oder Körperschaften zu übertragen. Dabei ist gedacht an die Gemeinde Wien und die Donau-Regulirungs-Commission.

Weiters ist, wie ich bereits früher hervorgehoben habe, die Ausführung der Wienfluß-Regulirung, der Sammelcanäle längs des Donaucanales der Gemeinde Wien überlassen; die Ausführung der Regulirung des Donaucanales der Donau-Regulirungs-Commission; die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel wäre auch Sache dieser großen Commission, es wäre ein besonderer Fond zu bilden und es ist ein Programm festgesetzt, daß die Verzinsung 4% nicht übersteigen soll und die Tilgung innerhalb 90 Jahren in Aussicht genommen ist. Die Vertheilung der Lasten, welche durch die Ausführung der einzelnen Arbeiten erfolgen, ist auf Seite 13, Punkt 9 des Programms genau angegeben. Die Summen, welche zur Ausführung der Hauptbahnen erforderlich sind, sind mit $87\frac{1}{2}$% vom Staate, mit 5% vom Lande, und der Rest nämlich $7\frac{1}{2}$%, von der Gemeinde Wien zu tragen. Bezüglich der Localbahnen treffen den Staat 85%, das Land 5% und die Gemeinde 10%, bezüglich der Anlagen der Hauptsammelcanäle längs des Donaucanales, welche als eine die Gemeinde Wien in erster Linie treffende Arbeit erscheinen, sollen der Staat und das Land je 5%, die Gemeinde Wien 90% beitragen.

Die Umwandlung des Donaucanales, welche eigentlich als eine Ergänzungsarbeit der Donauregulirung zu betrachten ist, soll in gleicher Weise aufgetheilt werden, wie die Kosten der Donauregulirung mit $66\frac{2}{3}$% auf den Staat, 25% auf das Land und mit dem Rest von $8\frac{1}{3}$% auf die Gemeinde Wien; die Kosten der Wienfluß-Regulirung sollen in der Weise getragen werden, wie es seinerzeit vom Gemeinderathe schon beantragt war, nämlich mit $\frac{1}{3}$ vom Staat, Land und Gemeinde; es ist jedoch diese Auftheilung nur bezüglich der Maximalsumme von 15 Millionen zu verstehen, nämlich jener Summe, welche eigentlich eine Regulirung des Wienflusses darstellt, wie sie für Anlage des Wienflusses erforderlich ist, während der Ueberschuß, welcher über 15 Millionen hinausgeht und welcher die Anlage in der Weise ermöglicht, daß später eine Einwölbung ganz oder theilweise ermöglicht sein soll, von der Gemeinde allein zu tragen ist.

Allerdings wäre das in dem großen Anlehen zu übernehmen, würde aber auf dem Conto der Gemeinde gebucht. Es sind im Programm angegeben die Einnahmen und die Ausgaben, es ist ferner angegeben, daß der Fond, respective diese Commission, das Eigenthum sämmtlicher Anlagen erwirbt und angegeben, was nach Vollendung der Arbeiten, nach Auflösung der Commission, nachdem die Anleihen zurückgezahlt sind, zu geschehen hat, endlich sind auch gewisse Begünstigungen, wie sie die Commission zur ungehinderten Durchführung der Werke nothwendig hat, angegeben, Steuer- und Stempel- und Gebührenbefreiung, unentgeltliche Benützung der öffentlichen Straßen-, der Aerarial- und Landesstraßen, unentgeltliche Bestellung von Servituten an Grundstücken u. s. w. und zum Schlusse soll der Commission das Enteignungsrecht für die von ihr benöthigten Gründe eingeräumt werden.

Die Anträge, welche der Stadtrath hiemit Ihnen zu unterbreiten die Ehre hat, gliedern sich in Anträge, welche sich auf das Programm selbst beziehen, das sind die unter Punkt a aufgeführten Anträge. Ich erlaube mir darauf zu verweisen, daß diese Anträge eine Ergänzung, rücksichtlich wenn Sie wollen, Verschärfung erfahren haben, durch jenen Antrag, welcher Ihnen heute zugekommen ist. Es hat sich nämlich durch gewisse Ereignisse die Nothwendigkeit ergeben, diese Ergänzung an den Anträgen des Stadtrathes vorzunehmen. Daran schließen sich Anträge, welche der Stadtrath Ihnen zur Berücksichtigung unterbreitet, mit der Bitte, diese Anträge zu den Ihrigen zu machen.

Es sind das jene Modificationen, d. h. Verbesserungen und Ergänzungen an dem Programm, die nach Ansicht der Fachmänner, welche sich bisher mit der Sache beschäftigt haben, als wünschenswerth erscheinen. Und endlich finden Sie unter c Beschlüsse für den innern Wirkungskreis des Gemeinderathes, die sich beziehen auf die Art der Beschickung der Commission, dann auf die Instruction, welche die Mitglieder der Commission zu halten haben und darauf, daß der Gemeinde über das ganze Geschäft jährlich Rechnung zu legen ist. Endlich finden Sie unter d einen Antrag bezüglich der formellen Behandlung, nämlich Wahl der Commission, welche dem Gemeinderathe über die Angelegenheit Bericht zu erstatten hat.

Ich erlaube mir nun, die Anträge zur Verlesung zu bringen und zwar zunächst die Anträge, welche sich auf das Programm beziehen.

A.

„I. Die Gemeinde Wien ertheilt dem beiliegenden Programme für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung der nachstehenden großen Verkehrsanlagen in Wien, und zwar:

1. Die Wiener Stadtbahn;

2. der Regulirung des Wienflußes unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle;
3. der Anlage von Hauptsammelcanälen beiderseits des Donaucanals;
4. der Umwandlung des Donaucanals in einen" — und hier bitte ich einzuschalten — „gegen größere Hochwässer geschützteren Handels- und Winterhafen; in Uebereinstimmung mit dem Programm ihre Zustimmung unter der Bedingung, daß dieses Programm, einschließlich der Beitragsleistung des Landes in dem im Art. IX genannten Ausmaße vom n.-ö. Landtage genehmigt werde, und für dasselbe behufs Betheiligung des Staates in dem im Art. IX genannten Ausmaße die verfassungsmäßige Genehmigung erwirkt wird."

„Weiters, daß die Bewilligung" — und da bitte ich die neueste Vorlage gefälligst anzusehen — „der vom Lande und vom Staate zu leistenden Beiträge behufs Ausführung der in Rede stehenden Verkehrsanlagen innerhalb der programmmäßigen Bauperiode bis Ende des Jahres 1900 schon derzeit erfolgen".

„II. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit:

1. Den Beitrag zur höchstens vierpercentigen Verzinsung des zur Geldbeschaffung für die im Punkt I genannten" — hier ist einzuschalten — „in Gemäßheit der in den Punkten III, IV, V und VI des Programmes enthaltenen Bestimmungen auszuführenden Verkehrsanlagen u. s. w. erforderlichen gemeinsamen Anlehen, und zur Tilgung des letzten innerhalb längstens 90 Jahren zu leisten und für die Wienflußregulirung auch die Verzinsung und Amortisation jenes Betrages zu leisten, welcher über den Betrag von 15 Millionen bis zum voraussichtlichen Betrage von 20 Millionen auflauft.
2. Die im Punkt XIII, Z. 2 und 3 vorgesehene Bewilligung zur unentgeltlichen Benützung von Gemeindestraßen und zur unentgeltlichen Abtretung oder Belassung von Gemeindegrundstücken zu ertheilen."

III. — Das ist der Absatz der letzteingelangten Vorlage. — „Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, das zur Ausführung dieses Programmes nothwendige Uebereinkommen mit der Regierung und dem n.-ö. Landesausschusse abzuschließen."

Es ist nothwendig hier anzuführen, daß dieser Passus conform dem im Ausschusse des n.-ö. Landtages bereits angenommenen Passus ist, und daß ein ähnlicher Passus auch voraussichtlich bei der Berathung in der Reichsvertretung zur Annahme gelangen wird.

Unter B finden Sie nun die Wünsche, welche sich auf die Ausführung der einzelnen Arbeiten beziehen. Es sind folgende:

B.

„Es seien der Regierung folgende Wünsche zur Berücksichtigung zu unterbreiten:

1. Bei allen Linien der Stadtbahn ist die Herstellung eines directen Schienenanschlusses an die in Wien einmündenden großen Bahnen und die Einrichtung eines directen Uebergangsverkehres auf die Localstrecken dieser großen Bahnen nicht bloß anzustreben, sondern weil unbedingt nothwendig, sofort auszuführen, wenn auch die Uebergangsfähigkeit für sämmtliche Fahrbetriebsmittel der großen Bahnen auf die Locallinien der Stadtbahn nicht gefordert werden kann.

Demnach besteht die Nothwendigkeit, die Schienenanschlüsse der Gürtellinie a an die Kaiserin Elisabethbahn etwa in der Station Penzing, die Schienenanschlüsse der Wienthallinie d an die Kaiserin Elisabethbahn etwa nächst Hütteldorf, die Schienenanschlüsse der Donaucanallinie e mit den Geleisen der Verbindungsbahn beim Hauptzollamte sofort, und den Anschluß der Linie a an die Südbahn in der Richtung nach Meidling gleichzeitig mit dem vollständigen Ausbaue der Linie a herzustellen."

„2. Die Dampftramwaylinie längs des Wienflusses in eine Localbahn umzugestalten."

Das bedingt eine Verlegung derselben dort, wo sie zwischen den Häusern geführt wird, hinter die Häuser auf das Feld, so daß dann diese Bahn als eine wirkliche Localbahn functioniren kann.

„3. Uebergangsfähigkeit der Localzüge der Localstrecken der Hauptbahnen auf die wichtigeren Locallinien des Stadtbahnnetzes."

Wurde bereits von mir erwähnt.

„Bei der Donaucanal- und Wienthallinie sollen sowohl hinsichtlich der Minimal-Radien der Bögen als auch der Höhe der Lichtraumprofile solche Annahmen zur Ausführung gelangen, daß eine jede Beschränkung bezüglich des Ueberganges der Localzüge jeder Art von den angeschlossenen Hauptbahnen auf die vorgenannten Locallinien beseitigt ist.

4. Herstellung einer Linie, ausgehend von einem Punkte der Südbahn bei Matzleinsdorf oder Meidling durch den X. und XI. Bezirk, den Bezirkstheil Erdberg des III. Bezirkes zum Anschlusse an die Donaucanallinie.

5. Hinsichtlich der zum Zwecke der Erleichterung des Verkehres zwischen der innern Stadt und dem Localbahnnetze auszuführenden, durchquerenden Radiallinien ist, da der Bau dieser Bahnen Privatunternehmungen überlassen bleiben soll, ein generelles Project mit etwaigen Alternativen ehebaldigst aufzustellen, damit die Privatunternehmungen von den in Aussicht zu nehmenden Lösungen unterrichtet werden und Anbote solcher Ausführungen daher schon in nächster Zeit zu erwarten sind.

6. Es sei die Einbeziehung des Nordbahnhofes und des Nordwestbahnhofes in das Stadtbahnnetz anzustreben.

7. Die Donaucanallinie (Localbahn) ist mit der Gürtellinie (Hauptbahn) in eine zweckmäßigere stadtseitig näher gerückte Verbindung zu bringen, womit ein directer Circulationsverkehr des Ringes „Donaucanal-Gürtel-Wienthal" ermöglicht wird.

Im Anschlusse hieran ist die Planung einer Locallinie vorzunehmen, von der festzustellenden Verbindungsstelle der Donaucanallinie mit der Gürtellinie führend nach Döbling und den höher gelegenen Orten zum Zwecke der Verbindung nach den Cottageanlagen."

C.

„1. Die gemäß Punkt VII des Programmes in die Commission für Verkehrsanlagen in Wien zu entsendenden Abgeordneten der Stadt Wien sind vom Gemeinderathe auf Zeit zu wählen.

2. Die von der Gemeinde Wien in die Commission zu entsendenden Abgeordneten sind in solchen Fällen, wo es sich um eine wesentliche Abänderung oder eine mit Mehrkosten verbundene Erweiterung des gegenwärtigen Programmes handelt, gebunden, die Frage vor Abgabe ihres zustimmenden Votums dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorzulegen.

3. In die Curie sind 5 Mitglieder und 2 Ersatzmänner zu entsenden.

4. Die Mitglieder erhalten über die Ausübung ihrer Vollmacht eine Instruction, welche vom Stadtrathe festzustellen ist.

5. Der Gemeinderath erklärt es als selbstverständlich, daß der Gemeinde über die Gebarung jährlich Rechnung gelegt werde."

Daran schließt sich nun der Antrag bezüglich der formellen Behandlung:

D.

„Diese Vorlage ist einer vom Gemeinderathe zu wählenden, aus 16 Mitgliedern bestehenden Commission zur Berathung zuzuweisen."

Endlich kann ich nicht umhin, auf die letzten Seiten der Druckvorlage zu verweisen. Dieselbe enthält die Ziffern über die Kostenauftheilung. Wenn die Herren diese Ziffern mit den Ziffern des Programmes vergleichen, so finden Sie, daß bei den einzelnen Gesammtziffern eine 10%ige Reserve zugeschlagen wurde. Es sind nämlich die Endsummen um 10% höher als die Summen, welche sich aus der Addition der einzelnen Details ergeben. Sie finden auf Seite 2 unter „Kostennachweisung" z. B. die Summe der Hauptbahnen nach dem Programme mit 38,715.000 fl., dann Unvorhergesehenes 10% = 3,871.000 fl., Summe 42,500.000 fl. Diese um die 10%ige Reserve erhöhten Summen sind der Kostenauftheilung zu Grunde gelegt, und ich bitte als wahrscheinlich und also actuell zu betrachten die auf Seite 4 der gedruckten Vorlage erscheinende Kostenauftheilung, aus welcher zu entnehmen ist, daß bei vollständiger Ausführung aller dieser Arbeiten auf die Gemeinde eine jährliche Belastung von circa 900.000 fl. entfallen würde, wenn diese Anlagen keinerlei Einnahme ergeben. Wenn jedoch die Bahnen, welche hergestellt werden, über die Betriebskosten ein Erträgniß abwerfen, wird dadurch eine Herabminderung dieser Belastung der Curien und der Gemeinde Wien eintreten, und das finden Sie zusammengestellt in der letzten Aufstellung der Kostenauftheilung, wonach die Belastung ungefähr bei einem 3%igen Erträgniß der Bahnen und bei der Ausführung durch Concessionäre 700.000 fl. betragen soll.

Wenn Sie die vorgelegten Pläne betrachten, so bitte ich, Ihre Aufmerksamkeit auf die 4 kleineren Pläne zu richten; Sie finden dort die Stadtbahnnetze der übrigen großen Hauptstädte: London, Berlin u. s. w. in demselben Maßstabe, wie Sie hier zur Vergleichung beigefügt sind, und Sie werden ersehen, daß die Stadtbahnnetze der übrigen Städte nicht in dieser vollkommenen Weise derzeit ausgestaltet sind, wie dies in Wien projectirt ist. Da haben Sie weiters das Längenprofil des Wienflusses, dann die 3 Bögen, welche seinerzeit für die Einwölbung geplant waren, und dann ein Stück der Wienfluß-Regulirung, wie sie geplant ist. Sie haben dies in Schwarz dargestellt. Die Mauern sind die Quai-Mauern, welche für die Bahnen hergestellt werden sollen. Was sich anfügt, wäre eine Verstärkung zur Ermöglichung der Herstellung der Gewölbe.

Das sind die Anträge des Stadtrathes; ich erlaube mir, an Sie das Ersuchen zu stellen, dieselben anzunehmen.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Bürgermeister: Zur formalen Geschäftsbehandlung erhält das Wort Herr Gem.-Rath Dr. Grübl.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Seit dem Tage, an welchem der Stadtrath den Beschluß gefaßt hat, diesen Gegenstand dem löbl. Gemeinderath vorzuschlagen, diesen Gegenstand zur Vorberathung einer Commission zuzuweisen, haben sich, ich möchte sagen, die äußeren Verhältnisse dieses Gegenstandes in mannigfacher Beziehung verändert. Wie den Herren bekannt ist, hat der Statthalter die Vorlage betreffs der Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien im n.-ö. Landtage eingebracht und dort den dringenden Wunsch um möglichste Beschleunigung der Behandlung dieses Gegenstandes ausgesprochen. Es hat sich auch die Commission des Landtages mit der Angelegenheit bereits beschäftigt und es ist zu erwarten, daß sich das Plenum des Landtages vielleicht noch Ende dieser Woche oder Anfangs nächster Woche mit dem Gegenstande beschäftigen wird. Dem gegenüber ist es — glaube ich — Pflicht des Gemeinderathes, dafür zu sorgen, daß zur Zeit, wo der Landtag sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, die Beschlüsse des Gemeinderathes bereits dem Landtage bekannt sind.

Die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, ist, und ich glaube, daß ich in Uebereinstimmung mit jedem einzelnen der geehrten Herren spreche, von solch' außerordentlicher Wichtigkeit für Wien, die Beschleunigung der Angelegenheit ist so wichtig, daß wir uns entschließen müssen, diesen Erwägungen ein Opfer zu bringen und ich komme demgemäß zu dem Antrage, es möge dem löbl. Gemeinderathe genehm sein, von der beantragten Wahl der Commission Umgang zu nehmen (Rufe links: Aha!) und sofort in das Meritum des Gegenstandes einzugehen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Beifall rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Comödie!)

Bürgermeister: Wünscht Jemand zu dem formalen Antrage das Wort?

(Niemand meldet sich.)

Es ist nicht der Fall. Wünscht der Herr Referent zu sprechen?

(Derselbe verzichtet.)

Wir schreiten zur Abstimmung; ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, daß in die Berathung sofort eingegangen und von der Einsetzung einer Commission zur Vorberathung abgesehen werden soll, die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Es ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

In der Sache hat das Wort gegen die Vorlage Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine sehr verehrten Herren! Sie erlauben mir vor Allem die Bemerkung, daß ich jenen Paragraphen der Geschäftsordnung nicht kenne, auf Grund dessen dem unmittelbaren Herrn Vorredner das Wort ertheilt worden ist. Ich constatire dies nur, damit eventuell auch wir einmal in die angenehme Lage kommen, daß auch uns gegen die Bestimmung der Geschäftsordnung von Seite des Vorsitzenden das Wort ertheilt wird. (Gem.-Rath Jedlička: Da werden Sie ein alter Jud'!) Ich glaube, Sie werden Alle zugeben, daß, wenn es eine Vorlage gibt, die ein eingehendes und reifliches Studium erfordern würde, es jene Vorlage ist, mit welcher wir uns heute zu beschäftigen haben. Es hat auch in der richtigen Erkenntniß dieses Umstandes der Stadtrath den Antrag gestellt, die Angelegenheit einer Commission, die aus dem Wiener Gemeinderath zu wählen ist, zur Vorberathung zuzuweisen. Sofort nachdem dieser Beschluß der Majorität des Wiener Gemeinderathes bekannt geworden ist, und sofort nachdem bekannt geworden ist, daß ein Theil der Majorität auch geneigt ist, Mitglieder unserer Partei in die Commission zu entsenden, ist in der judenliberalen Presse der Befehl erfolgt: Das darf unter keiner Bedingung geschehen! Und schon damals, meine Herren, habe ich gewußt, daß gehorsam diesem Befehle der liberalen Presse die Commission nicht gewählt

werden wird, damit nicht auch Antisemiten in die Lage kommen, hineingewählt zu werden. (Rufe rechts: Nicht wahr! — Gem.-Rath Gregorig: Die Garde muß gehorchen!) Wenn Sie sich jetzt darauf ausreden, daß das deswegen geschieht, damit wir die Angelegenheit erledigen, bevor der n.-ö. Landtag oder wenigstens das Plenum desselben über diese Angelegenheit berathen und Beschluß fassen wird, damit wir die Angelegenheit auch erledigen, bevor vielleicht das Abgeordnetenhaus in die Lage kommt, darüber zu berathen und zu beschließen, so erkläre ich Ihnen, daß alle diese Punkte, die mir nicht bloß hier, sondern auch privatim mitgetheilt worden sind, auch noch den Eindruck gewöhnlicher Ausreden machen. Meine Herren! Ich sage, es sind gewöhnliche Ausreden und begründe dies in folgender Weise. Der n.-ö. Landtag hat diese Vorlage einem eigens gewählten Ausschusse übertragen; nicht einmal der bestehende sogenannte „Wiener Ausschuß" hat dem Plenum des n.-ö. Landtages gescheit genug geschienen, um diese Angelegenheit zu erledigen, ein eigener Ausschuß mußte gewählt werden und dieser Ausschuß hält nun, wie ich höre und in den Zeitungen lese, Sitzung über Sitzung, um diese Angelegenheit genau durchzuberathen. Sie sehen also: Der n.-ö. Landtag hat es für nothwendig gefunden, diese Vorlage einer eingehenden und genauen Vorberathung zu unterziehen. Meine Herren! Er hat dies gethan, trotzdem das Land Niederösterreich bei der ganzen Sache eigentlich, aufrichtig gesagt, so gering betheiligt ist, daß es kaum der Mühe werth ist, darüber auch nur ein Wort zu verlieren. Trotzdem nach meiner Meinung das Land Niederösterreich eigentlich nur Vortheile aus diesem Uebereinkommen zu erwarten hat, welche gar nicht unbedeutend sind, und auf welche ich vielleicht später noch zu sprechen komme — hat der Landtag einem eigenen Ausschusse diese Angelegenheit zur eingehenden Vorberathung und Prüfung überwiesen, und in diesem Ausschusse scheint es nicht einmal ganz ruhig hergegangen zu sein, sondern einer der Götter der judenliberalen Partei, ein Abgeordneter von Wien, scheint in manchen Dingen, die hier im Programme enthalten sind, ein Haar gefunden zu haben, trotzdem er zu jenen Personen gehört, welche das Vertrauen des Herrn Bürgermeisters und noch einer anderen Persönlichkeit genossen haben und jener Commission zugezogen worden sind, welche bei der Statthalterei getagt hat.

Meine Herren, wenn die Angelegenheit an den Reichsrath kommen wird, wird auch das hohe Abgeordnetenhaus einen Ausschuß wählen, dem diese Sache zur gründlichen Vorberathung zugewiesen werden wird. Nur wir haben es so „gnädig", daß wir ohne jede Vorberathung — denn die Vorberathung durch den Stadtrath ist eine Prüfung durch eine eigene Behörde, nicht durch den Gemeinderath, in's Meritorische der Sache eingehen. Wenn ich nicht irre, gedenkt der Herr Bürgermeister die Angelegenheit auch heute zu erledigen.

Meine Herren, wissen Sie, klug ist es nicht, was Sie thun, denn Sie rufen dadurch die Meinung wach, als ob die Erledigung dieser Angelegenheit ausschließlich nur im Interesse der Gemeinde Wien gelegen wäre, als ob nur die Gemeinde Wien diejenige wäre, welche überhaupt Vortheil aus dieser Angelegenheit zieht und als ob alle Anderen Lasten tragen würden, um diese Lasten zu Gunsten der Gemeinde Wien wieder zu opfern. Diesen Eindruck macht es, und ich sage: selbst wenn es wahr wäre, so wäre dieser Vorgang so unklug und unpolitisch, wie ich noch selten einen unpolitischer *und unklüger gesehen habe. Wenn wir Ihnen aber trotzdem* keine Hindernisse in den Weg legen, so geschieht es, meine Herren, deswegen, damit wir auch nicht den geringsten Theil der Verantwortlichkeit für die ganze Sache übernehmen. Sie, meine Herren, sollen die Verantwortlichkeit tragen. (Rufe rechts: Sehr bequem!) Wir begrüßen es und werden sehr erfreut sein, wenn die Prophezeihungen in Erfüllung gehen, welche Sie der Bevölkerung machen. Es wird uns außerordentlich freuen, und weil uns das freuen wird, wollen wir Sie in Ihrer Thätigkeit nicht weiter stören.

Meine Herren! Wenn ich Ihnen nichts Anderes zu sagen hätte, so hätte ich mich nicht einmal zum Worte gemeldet und hätte auch nicht gesprochen. Aber es ist ein zweiter Punkt, den ich mit voller Entschiedenheit betonen muß und dieser Punkt ist folgender: Seit zwei Jahren ungefähr wird die Bevölkerung Wiens von allen Seiten, insbesonders aber von Seite des Staates, fortwährend glücklich gemacht, seit circa zwei Jahren bekommt die Bevölkerung der Stadt Wien fortwährend Geschenke seitens des Staates, seit ungefähr drei Jahren werden der Bevölkerung fortwährend Concessionen von Seite des Staates gemacht, und wenn man das Alles liest und hört, wie splendid der Staat gegenüber der Gemeinde Wien ist, so sollte man denken, die Bevölkerung Wiens müßte schon außerordentlich reich sein, Jeder ein halber Millionär geworden sein, vor lauter Geschenken, Concessionen und Zugeständnissen die der Staat der Gemeinde Wien gemacht hat.

Nun, meine Herren, merkwürdigerweise ist gerade das Gegentheil der Fall. (Rufe links: So ist es!) Es werden die Lebensmittel von Tag zu Tag theurer, die Art und Weise des Lebens sinkt immer mehr herunter; Jemand der noch vor Kurzem vielleicht Rindfleisch gegessen hat, muß heute schon Pferdefleisch essen, und wenn er vor Kurzem noch Pferdefleisch gegessen hat, kann er jetzt gar kein Fleisch mehr essen, wenn er überhaupt mit seinem Einkommen auslangen will.

Meine Herren! Man hat gefaselt vor zwei Jahren von der Hebung der Bauthätigkeit, man hat geglaubt, es werden die Häuser nur so quasi aus der Erde herauswachsen, und es wird colossal sein, was die Leute verdienen werden. Nun, die Bauthätigkeit hat sich nicht gehoben, im Gegentheil, sie ist eher geringer geworden. Man hat gefaselt von der Hebung der Gewerbe, die Gewerbe werden aufblühen. Meine Herren! den Gewerbsleuten geht es von Tag zu Tag schlechter, von einer Hebung der Gewerbe merkt man also nichts, von den goldenen Bergen sieht man nichts, die Steuern sind nicht erniedrigt, sie sind erhöht worden und trotzdem erscheint in officiösen und nichtofficiösen, aber ohne Unterschied von Juden geschriebenen Blättern ein Jubelartikel nach dem andern, als ob nunmehr Wien das Heil der Welt erblickt hätte, Wien die glücklichste Stadt wäre, welche es überhaupt auf Gottes Erdboden geben kann. Es wird die Meinung hervorgerufen, als ob die Regierung ein ganzes Füllhorn von Gnade über die Gemeinde Wien ausgeschüttet hätte.

So wird die Sache dargestellt und ich erkläre Ihnen, meine Herren, Sie dürfen sich bei dieser Art und Weise der Behandlung des Gegenstandes nicht wundern, wenn dadurch etwa Neid und Mißgunst Anderer wachgerufen wird, und wenn wir vielleicht die Concessionen, die die Stadt Wien angeblich erhalten hat, in einer Weise werden bezahlen müssen, die wir selbst auf das Tiefste bedauern werden.

Meine Herren! Sie wissen ja, daß jetzt im Parlamente die Zeit des Handelns gekommen ist; sie wissen ja, es gilt dort jetzt der Grundsatz: „Do ut des," das heißt: „Ich gebe, damit du wieder gibst." Ich will, daß der Eine Minister wird, damit der

Andere vielleicht — sagen wir — Sectionschef oder Präsident wird, so geht es auch bei diesen Dingen.

Meine Herren, was glauben Sie, wird man dem Polenclub für Opfer bringen müssen dafür, daß er für die Vorlage stimmt, blos in der Meinung, daß der Gemeinde Wien von Seite des Staates ein so unerhörtes Geschenk gemacht wurde. Auch die übrigen Parteien des Hauses werden ihre Stimme gewiß zu verwerthen wissen. Ich bin überzeugt, diese angeblichen Geschenke, welche der Gemeinde von Seite der Regierung gemacht werden, werden der Gemeinde Wien sehr theuer zu stehen kommen, und das Alles blos deshalb, weil man immer sagt, die Gemeinde Wien bekommt Alles geschenkt, die Regierung läßt das ganze Füllhorn der Gnade und Wohlthaten über diese Stadt ausströmen. Auch gelegentlich der Vorlage der öffentlichen Verkehrsanlagen hat sich das Gleiche ereignet, es hat der Statthalter in seiner Einbegleitungsrede im n.-ö. Landtage die Sache dargestellt, als ob die Regierung die unglaublichsten Geschenke der Stadt Wien geben würde, er hat sich gewundert, daß der Gemeinderath nicht sofort zugreift, daß er überhaupt nachdenkt darüber und daß er nicht mit dem Ausruf der Begeisterung das annimmt. Er hat den traurigen Muth gehabt, Landtags-Abgeordnete, welche der Wahrheit Ausdruck gegeben, zu kritisiren, wozu er absolut nicht das Recht hat. Schon diese Art des Terrorismus muß zu denken geben. Um es Ihnen vollständig begreiflich zu machen, will ich ein Beispiel anführen.

Wenn zwei anständige Leute, wenn zwei Personen, von denen der Eine den Anderen nicht übervortheilen will, mit einander einen Vertrag schließen, so wird Jeder der vertragschließenden Theile dem anderen Theil die nöthige Zeit geben, um den Vertrag ordentlich zu prüfen, damit der Betreffende dann weiß, welche Rechte er erwirbt und welche Pflichten er übernimmt, so handeln anständige Leute, welche sich gegenseitig nicht übervortheilen wollen. Wenn bei Abschluß eines Vertrages eine Partei drängt, eine Partei die andere förmlich zwingt, die Sache nur recht schnell zu machen, mit der Versicherung, es sei Alles in schönster Ordnung, oder sie gewinne bei der Transaction, dann muß die andere Partei sehr vorsichtig sein und sich die Frage vorlegen, warum drängt man so? So gescheit ist doch Jeder von uns, um sich die Frage beantworten zu können, wer bei Abschluß des Vertrages drängt. Glauben Sie, daß Sie eine Partei drängt, welche beim Abschluß eines Vertrages verliert? — Nein, — drängen wird nur jene Partei, welche bei Abschluß des Vertrages gewinnt. (Gem.-Rath Lang: „Zur Sache!") (Unruhe rechts.) (Gem.-Rath Gregorig: Das gehört zur Sache, er versteht es nicht besser!) So ist es hier auch. (Neuerliche Unruhe rechts.) Es ist unerhört mit den Herren da drüben!

Bürgermeister: (das Glockenzeichen gebend.) Aber, ich bitte um Ruhe, und bitte den Herrn Redner, fortzufahren!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren, so ist es auch hier, der Staat hat den Löwenantheil des Gewinnes an dem Vertrage, welchen wir schließen, und die Gemeinde Wien ist es, nicht der Staat, welche das Opfer bringt. (Rufe links: Sehr richtig!) Das ist die Wahrheit, und dieser Wahrheit muß doch wenigstens hier Ausdruck gegeben werden; ich werde es auch wo anders thun, auch im n.-ö. Landtage werde ich die nämliche Rede halten, auch im Abgeordnetenhause, blos deshalb, damit man nicht sagt, wir bekommen eine Masse Geschenke, nein, wir bekommen nichts, sondern wir sind es, die schenken.

Ich werde mir erlauben, an der Hand des Programmes die Wahrheit dessen, was ich sage, zu beweisen.

Da haben Sie zuerst die Bahnen eingetheilt nämlich in 2 Theile: in Hauptbahnen und Lokalbahnen. Was die Bahnen überhaupt betrifft, so werden Sie mir zugeben, daß die Erbauung derselben nicht Pflicht der Gemeinde Wien, das ist Pflicht des Staates, und das Eine werden Sie mir doch auch zugeben, daß die Hauptbahnen, die da erbaut werden, nur ein sehr secundäres Localinteresse haben, daß das Interesse, daß sie zu erfüllen haben, ein gesammtstaatliches und vor Allem, so sage ich, auch strategisches ist. (Zustimmung links.) Was die Localbahnen betrifft, so werden die vielleicht aber diejenigen Linien sein, die ein Erträgniß abwerfen, aber auch hier ist der Staat verpflichtet, die Localbahnen zu bauen, weil das gesammte Bahnwesen in der Hand des Staates vereinigt werden soll und nichtsdestoweniger wird uns zugemuthet, Geld auszugeben, und zwar viel Geld auszugeben.

Es wird uns weiters ruhig zugemuthet, daß wir alle unsere Gemeindegrundstücke, die erforderlich sind, unentgeltlich hergeben, daß wir die Benützung unserer Straßen unentgeltlich gestatten und die Belastung der Straßen eventuell die Belastung der Gemeindegrundstücke ebenfalls unentgeltlich gestatten. Das sind ja bedeutende Opfer, welche wir bringen, zu denen wir aber nach dem Gesetze nicht verpflichtet sind.

Gehen wir zur Donauregulirung, meine Herren! Die Donauregulirung ist ein Unternehmen, dessen Kosten auch der Staat zu tragen verpflichtet ist. Wir, die Gemeinde Wien, haben zur Regulirung der Donau ohnehin schon so viel beigetragen, daß man gar nicht den Muth haben sollte, an uns mit dem Ansinnen heranzutreten, weitere Beiträge zu leisten. Warum wird aber diese Donauregulirung gemacht? Die Donauregulirung wird deswegen gemacht, und hauptsächlich deswegen, damit die Wiener Bevölkerung über kurz oder lang zur Ueberzeugung komme, daß die andere Donauregulirung ein total verfehltes Werk war. (Oho! rechts.) Es würde zu weit führen, Ihnen die Wahrheit dessen zu beweisen, was ich jetzt gesagt habe. Aber, meine Herren, wir haben hier einen sehr guten Gewährsmann, dessen Ansicht Sie respectiren müssen. Es ist dies ein Mann, der in solchen Fragen hie und da schon hineingesprochen hat und der gleicher Anschauung ist, wie ich. Die Donauregulirung hat nämlich das Merkwürdige, daß wir einen Fluß besitzen, der nur ein praktikables Ufer besitzt. Meine Herren! Merken Sie sich das! Das andere Ufer drüben ist nicht praktikabel und wenn Sie sich gefälligst die Donau in Budapest ansehen, so werden Sie finden, daß die Donau bei Budapest deswegen einen so schönen Eindruck macht und auch in der so hervorragenden Weise dient, weil beide Ufer praktikabel sind. So ist die Angelegenheit. Wenn einer von Ihnen Oho sagt, so beweist das, daß er von einem Verkehr am Flusse noch keine Kenntniß hat. (Sehr richtig! rechts.) Freilich, für den jetzigen Verkehr auf der Donau genügt das eine Ufer auch. Das ist richtig. Für den Verkehr auf der jetzigen Donau wird bald gar kein Ufer genügen. Dann schläft der Verkehr dort ein; aber wenn sich der Verkehr wirklich entwickelt, wenn er gehoben wird, dann werden wir daraufkommen, daß der jetzige Donaustrom mit einem Ufer nicht hinreichen wird, um dem höheren Verkehr entsprechend zu genügen und darum die Regelung des Donaucanals. Aber auch noch aus einem weiteren Grunde: weil das Sperrschiff über kurz oder lang nicht mehr functioniren wird. Das hat uns der Baudirector selbst gesagt, und weil, wenn es nicht functionirt, über kurz oder lang die ganze Theorie von der Sicherheit Wiens gegen Ueberschwemmung zu Grunde geht.

Also auch in der Beziehung muß eigentlich der Staat die Kosten der Donaucanal-Regulirung tragen. Was die Wienfluß-Regulirung betrifft, so will ich Ihnen zugeben, daß man da sagen könnte, die Gemeinde Wien soll einen Theil tragen. Gewöhnlich ist bei solchen Flußcanal- oder Bachregulirungen der Grundsatz aufgestellt: $^1/_3$ der Staat, $^1/_3$ das Land, $^1/_3$ die Gemeinde. Nun, meine Herren, warum sollen wir schlechter daran sein, als die übrigen? Wir wollen (besser wollen wir auch nicht daran sein) $^1/_3$ übernehmen. Die Sammelcanäle hat die Stadt Wien herzustellen, nun bitte ich, meine sehr verehrten Herren, mit mir zu rechnen. Jetzt wird uns zugemuthet, einen Betrag von 23,525.833 Gulden zu tragen. Ich ziehe die 5 Millionen für die Ueberwölbung des Wienflusses einfach ab. Meine Herren! verpflichtet sind wir höchstens, $^1/_3$ der Kosten für die Wienfluß-Regulirung und die Sammelcanäle zu bezahlen, also 14,900.000 Gulden. Wenn Sie das von 23 Millionen abziehen, so machen Sie dem Staate ein Geschenk von 9,625.853 Gulden, ich glaube ein recht respectables Geschenk, das eine Stadt macht, die einen 100% Zuschlag auf Bier auflegen mußte (Beifall links), um ihre Bedürfnisse zu decken. Und wenn der Herr Statthalter sagt: der Staat überhäuft Euch mit Wohlthaten, so sage ich: Nein, wir, die Gemeinde Wien sind es, die dem Staate 9 Millionen schenken, und es gehört ein trauriger Muth von Demjenigen dazu, der diese 9 Millionen profitirt, wenn er sagt: Ich gebe Dir etwas, Du bist Derjenige, der von mir beschenkt wird, Du bist Derjenige, an den ich Gnaden ertheile. Dazu gehört wirklich ein trauriger Muth, und ein Muth, den man nur dem gegenüber beweisen kann, der die Verhältnisse nicht kennt. Zu diesen 9 Millionen kommt noch der Grund und Boden. Dieser Grund und Boden, meine Herren, hat einen bedeutenden Werth. Sehen wir, wo die Linien gehen. Die Gürtellinie, die Wienflußlinie, die Linie herum um die innere Stadt längs des Donaucanals, das ist überall theurer Grund und Boden; den, meine Herren, müssen wir unentgeltlich hergeben oder die Benützung unentgeltlich gestatten.

Das ist sehr bedeutend. Wenn das der Staat bezahlen müßte, so würden sich die Kosten bedeutend erhöhen. Ich glaube, daß der Herr Referent selbst zugeben wird, daß das ein außerordentliches Geschenk zu nennen ist. Endlich kommt dazu die Solidarhaftung. Wir machen nicht ein Anlehen von 23 Millionen; wir machen ein Anlehen von 125 Millionen, denn wir haften solidarisch mit dem Lande und mit dem Staate.

Nun, meine Herren, werden Sie sagen: das kommt nie zur Geltung. Meine Herren! Es hat schon Zeiten gegeben, wo der Credit der Staates nicht so gestellt war, wie der Credit der Gemeinde Wien. Sie werden, meine Herren, zugeben, daß es von Werth ist, wenn eine Stadt wie Wien die solidare Haftung für ein so riesiges Anlehen mitübernimmt. Freilich werden die verehrten Herren sagen: Wir müssen es thun; wenn wir es nicht thun, baut der Staat die Stadtbahn nicht.

Sie erlauben mir die Bemerkung, daß ich überhaupt etwas pessimistisch bin, was die Zukunft betrifft. Ich weiß nicht, ob all' das gebaut werden wird, was hier auf der Karte angezeichnet ist. (Heiterkeit links.) Wenn Sie, meine Herren, von der Majorität, dieser Meinung sind, so gratulire ich Ihnen. Aber die Erfahrungen, die ich auf dem Gebiete der Vertragspflichtenerfüllung von Seite des Staates oder des Landes gemacht habe, lassen mich etwas Anderes annehmen. Aber nehmen wir sogar das an: Glauben Sie nicht, meine Herren, daß die zwei Linien, die gewiß gebaut werden, nämlich die sogenannte Vorortelinie und die sogenannte Gürtellinie mindestens bis zum Matzleinsdorfer Bahnhofe, der Staat unter jeder Bedingung bauen würde? Gewiß! Von diesen zwei Linien hat nur die Gürtellinie noch halbwegs einen localen Charakter. Die Vorortelinie hat wohl ein großes Interesse für Handel und Gewerbe — das will ich nicht bestreiten — aber sie hat vorwiegend, meine Herren, vorwiegend ein strategisches Interesse. Wenn, meine Herren, Jemand zugeschaut hat, wie lange es dauert, bis man ein Bataillon Infanterie einwaggonirt und auswaggonirt, wie lange es dauert, bis man eine Batterie aus- und einwaggonirt, wie lange es dauert, bis man eine Escadron aus- und einwaggonirt, muß man mir zugeben, daß der Staat diese beiden Bahnen im strategischen Interesse so nothwendig braucht, wie einen Bissen Brod und wenn Sie das Urtheil der Officiere hören wollen über vergangene Jahre, werden Sie hören, daß es geradezu gewissenlos ist, daß diese Linien, speciell die eine, bisher nicht gebaut worden ist. Die Lage ist nicht so rosig, daß man nicht an den Bau solcher Linien denken sollte und man ist verpflichtet, diese Linien zu bauen und sie müssen gebaut werden und was die anderen Linien betrifft, wenn einmal der Wienfluß regulirt ist, der Donaucanal regulirt ist, und wenn dadurch das Planum für diese sogenannten Localbahnen innen beschaffen ist, dann, meine Herren, baut sie Ihnen wirklich, wie soll ich sagen, schon Jeder. Das ist keine Kunst. Wenn der Wienfluß regulirt wäre, wäre die Bahn längst gebaut von Privaten, weil es eine erträgnißreiche Bahn ist.

Wem will man also weiß machen oder etwas vormachen, daß der Staat im Interesse der Gemeinde Wien, im Interesse der Bevölkerung etwas thut. Nein, ich wiederhole zum drittenmale, der Staat schenkt nichts, er nimmt im Gegentheile, er nimmt sehr viel, er nimmt das Alles wieder aus dem Säckel der Bevölkerung der Stadt Wien. (Beifall links.) Nun wird man sagen, wenn dem so ist, warum wollen die Herren nicht mit allen Mitteln die Beschlußfassung verhindern? Meine Herren, wir wollen das deswegen nicht, weil wir ebenfalls wünschen müssen und gewiß auch wünschen, daß die Bevölkerung Beschäftigung erhalte (Sehr richtig! Links), daß, ich könnte sagen, dasjenige geschieht, was ein Vertreter der inneren Stadt einmal dargestellt hat, daß nämlich das Gold oder das Geld — wenn es auch Papiergeld ist ist mir vollständig gleichgiltig — rieselt bis an die äußersten Enden der Stadt. Das wollen wir, meine Herren, aber weil wir das wollen, stellen wir an unsere Zustimmung Bedingungen, Bedingungen, von denen wir glauben, daß ihre Erfüllung nothwendig ist. Ich mäkle nicht an dem Programme, ob Sie diese oder eine andere Linie bauen, ob die Wienregulirung so oder anders gemacht wird, ob der Wienfluß überwölbt oder nicht überwölbt wird, das Alles ist eigentlich heute auch nicht Gegenstand der Besprechung und ich könnte sagen, auch nicht ausschlaggebend; ausschlaggebend ist, daß das Volk leben will. Ich mache also keine Bedingungen bezüglich des Programmes, ich störe Niemanden; ich habe gehört, das Programm ist ein Heiligthum; es soll daran nichts geändert werden; gut, ich will an dem Programm nichts rühren; aber Bedingungen will ich stellen, von denen ich glaube, daß sie erfüllt werden müssen, wenn das Geld auch wirklich der Bevölkerung zukommen soll. (Bravo links.)

Nun, meine Herren, die Bedingungen sind folgende:

Die erste Bedingung, die wir stellen ist die, daß das Anlehen nur im Wege einer öffentlichen Zeichnung ohne Vermittlung eines Bankhauses aufgenommen werde. (Beifall links.) Ohne Vermittlung eines Bankhauses, d. h. wir wollen, daß für ein solches Unter-

nehmen das Volk selbst im Stande ist, das Anlehen zu zeichnen, daß keine Provisionen an Banken und Banquiers ausgezahlt werden (Beifall links); die brauchen keine Provisionen, die Provisionen sollen lieber in die Säcke des Volkes fließen, dort werden sie gewiß Frucht bringen.

Zweite Bedingung: Daß das Anlehen nur theilweise, je nach dem Erfordernisse für 1, höchstens 2 Baujahre aufgenommen werde. Meine Herren! Das ist aus folgendem Grunde nothwendig: Die Gemeinde Wien hat auch früher öfters Anlehen contrahirt; da haben wir einmal ein Anlehen contrahirt, für das wir schließlich in Folge eines Vertrages, der geschlossen wurde, das Geld bekommen haben. Da hat sich merkwürdiger Weise Folgendes herausgestellt: Wir haben das Anlehen zu 5 und 6% verzinsen müssen, haben eine Amortisationsquote zahlen müssen, und wir haben für das Geld $2^1/_2$ oder 3% bekommen; wir haben also einen Riesenverlust gehabt, weil wir einen Ueberschuß an verfügbarem Gelde hatten. Diejenigen Herren, welche in früherer Zeit dem Gemeinderath angehört haben, werden bestätigen, daß das, was ich sage, richtig ist. Eine solche Wirthschaft ist ungesund und muß vermieden werden; daher kommt auch die von mir gestellte Bedingung.

Dritte Bedingung: Daß zur Herstellung aller Arbeiten nur österreichische Staatsbürger verwendet werden. (Beifall links.) Nur österreichische Staatsbürger. Sehen Sie, bereits im n.-ö. Landtage hat der Vertreter des Großgrundbesitzes der Meinung Ausdruck gegeben, daß man den Bierkreuzer schon deswegen einführen müsse, damit die Friauler, Italiener und Slovaken, wenn sie zur Ausführung dieser Arbeiten nach Wien kommen, auch etwas zu den Kosten der Stadt Wien beitragen. (Heiterkeit links.)

Der Vertreter des Großgrundbesitzes, Herr v. Brenner, geht also von der Anschauung aus, daß bei diesen Arbeiten wieder nur Italiener, Friauler und Slovaken verwendet werden, er denkt gar nicht daran, daß es in Westösterreich auch Leute gibt, die mit der Schaufel und der Hacke umgehen können. An das denkt Herr v. Brenner nicht und denken viele Leute nicht. Darum ist es nothwendig, daß die Bedingung aufgenommen werde, daß nur österreichische Staatsbürger bei diesen Arbeiten verwendet werden. Freilich wird man mir einwenden und sagen: wenn das geschieht, wird der Arbeitslohn bedeutend steigen. Meine Herren, es wäre kein Unglück, wenn das eintreten würde. Wenn es aber zu arg sein sollte, meine Herren, dann wird man eben etwas langsamer bauen, und das wird auch kein Unglück sein.

Es ist nicht nothwendig, daß die 100 Millionen in 7 oder 8 Jahren verbaut sein müssen; im Gegentheil, es ist ungesund, wenn eine allzugroße Summe Geldes auf einmal verbaut wird, in die Bevölkerung kommt, und wenn dann wieder das gerade Gegentheil eintritt; der Rückschlag ist umso empfindlicher. (Richtig! links.) Dritte Bedingung: Zur Herstellung aller Arbeiten sollen nur österreichische Staatsbürger verwendet werden.

Vierte Bedingung: Daß die Handwerkerarbeiten von der nach Punkt 7 des Programmes einzusetzenden Commission für Verkehrsanlagen direkt an Gewerbsleute in Wien vergeben werden, welche zur Herstellung solcher Arbeiten gewerbebehördlich berechtigt sind. (Beifall links.)

Meine Herren! Dieser Punkt ist sehr nothwendig, um gewissen Unternehmern die Thüre vor der Nase zuzumachen. Wenn diese Handwerkerarbeiten nur an solche Gewerbsleute vergeben werden, welche in Wien ihren Wohnsitz haben und gewerbebehördlich berechtigt sind, dann ist jenen gewissenlosen Speculanten, die so oft unseren Gewerbetreibenden das Brot vom Munde wegnehmen, das Feld entzogen (Beifall links), und ich glaube, selbst unter Ihnen werde ich Manchen finden, der mit dieser Forderung vollständig einverstanden sein wird.

Nur nebenbei bemerke ich, daß Sie sehen, daß ich sogar für die Commission für Verkehrsanlagen bin. Wir machen zwar die traurigsten Erfahrungen mit allen diesen Commissionen. Das ist so ein zweiter Stadtrath; man wird nichts von ihm mehr hören und sehen; vielleicht einmal im Jahre wird er sich melden und sagen: so und so viel habe ich ausgegeben. An wen er die Arbeiten vergeben hat, wie die ganze Geschichte gemacht wird, davon erfährt man bei einer solchen Commission nie mehr wieder. Meine Herren, Sie können dann ruhig Abschied nehmen — von der Sache, welche Sie erledigt haben, sehen Sie nichts mehr; das macht dann Alles die Commission, was die Commission nicht macht, macht der Stadtrath und, was der nicht macht, der Bürgermeister und Sie, meine Herren, werden nicht mehr gefragt werden.

Nun, ich will Ihnen auch da keine Hindernisse in den Weg legen; Sie sollen sich plagen, meine Herren. (Heiterkeit.) Ich will nur die nöthige Garantie haben, daß wirklich alles Geld in die Säcke der Bevölkerung kommt, ich will eine Garantie dafür, daß das Geld richtig und zweckmäßig verwendet wird, daß es Denen zukommt, für die nach dem Ausspruche des Stadtrathes eigentlich alle diese Sachen gemacht werden.

Weitere Bedingung, daß die Erd-, Maurer-, Steinmetz- und Zimmermannsarbeiten in kleine Baulose vertheilt und an die berechtigten Gewerbsleute vergeben werden. (Beifall links.)

Meine Herren! Das ist eine außerordentlich wichtige Bedingung. Denn dadurch ist den ganzen Unternehmern, den Millionären, ich könnte sagen, eigentlich der Gusto verdorben, die werden sich dann nicht bewerben und es wird dann das eintreten, daß nicht die Millionäre sich bewerben, sondern daß wirklich die kleinen und mittleren Geschäftsleute die Sache unternehmen, und daß das Geld dorthin kommt, wohin es kommen soll, nämlich in die Kreise des Volkes. Also, eine weitere Bedingung — es kommt eine Bedingung aus der anderen — daß das Weitervergeben der sub e und f angeführten Arbeiten, nämlich der Handwerkerarbeiten und dieser Erd- und Maurerarbeiten ꝛc., von Seite der Unternehmer an Subunternehmer verboten wird. (Beifall links.)

Meine Herren! Der größte Krebsschaden ist diese Sub-Contrahenten-Wirthschaft! (Richtig! links.)

Es gewährt schon der Betreffende, der eine Arbeit übernimmt, einen Nachlaß, der drückt dann den Subunternehmer, der muß ihn wieder bezahlen, und was ist die Folge? Es wird in der Regel schlechte Arbeit geliefert und der betreffende Subunternehmer geht dabei auch zu Grunde.

Nun, meine Herren! Eine weitere Bedingung, daß bei allen Arbeiten nur inländisches Material verwendet werden darf. (Bravo! links.) Ich habe einmal schon diesen Antrag gestellt, und zwar gelegentlich der Berathung der Ergänzung des Tramway-Vertrages. In der ersten Aufwallung, nur geleitet vom Rechtsgefühle, hat damals die Majorität des Wiener Gemeinderathes meinem Antrage auch zugestimmt.

Meine Freude dauerte aber nicht lange. Der jetzige Herr Bürgermeister und seine Sub-Unternehmer setzten sich sofort in Bewegung und bearbeiteten die Majorität so lange, daß in der nächsten Sitzung schon der Beschluß, welcher über meinen Antrag

gefaßt worden war, widerrufen wurde. Und, meine Herren, wissen Sie, was Ihnen damals gesagt wurde? Damals hat der frühere Herr Bürgermeister-Stellvertreter, Dr. Prix, und haben seine Subgenerale gesagt: ja, das ist unmöglich, denn, wenn die Tramway die Linien, die sie da bauen soll, auch wirklich innerhalb der vertragsmäßigen Zeit fertig bringen will, so kann sie die Schienen in Oesterreich gar nicht kaufen. (Rufe links: Großartig!) (Gem.-Rath Gregorig: Ah! Da hört sich Alles auf!) Nun, meine Herren, der Bau der Linie hat so lange gedauert, daß man in Wien oder in Oesterreich inzwischen hätte Schienen bekommen können, mit denen man den Aequator doppelgeleisig umspannen könnte (Heiterkeit links), so viel wäre davon fertig geworden.

Aber der Gemeinderath hat seinen Beschluß widerrufen. Ich möchte Sie nun sehr bitten, daß Sie, meine Herren, bei dieser Gelegenheit sich vielleicht wieder von ihrem richtigen Gefühle leiten lassen: inländisches Material! Das Geld soll im Inlande bleiben und nicht nach Auswärts gehen.

Weitere Bedingung: daß beim Betriebe der Wiener Stadtbahnen nur Verkehrsmittel, welche im Inlande erzeugt wurden, verwendet werden. Meine Herren! Warum stelle ich diesen Antrag? In Ungarn hat das dortige Ministerium und zwar Minister Barosch das Princip, daß er alle Locomotive und alle Waggons für seine Staatsbahnen in Ungarn machen läßt. Es kommt ihm vielleicht theuer, vielleicht wird es auch nicht so gut gemacht, aber der Mann weiß, wenn das Geld im Lande bleibt, hat er mehr Vortheil als wenn er ein paar Kreuzer erspart, das Geld aber in's Ausland geht. (Bravo links.)

Und damit unsere inländische Industrie geschützt wird, damit also auch der Große etwas bekommt — denn wer eine Locomotivfabrik hat, ist ja ein großer Geschäftsmann und Sie sehen, daß ich auch an die Großen denke, die ich sonst nicht liebe (Heiterkeit) und daß mir ein großer Oesterreicher lieber ist, als ein großer Deutscher oder Franzose — stelle ich den Antrag, Locomotiven und Waggons, die für die Wiener Stadtbahn erforderlich sind, sollen nur in Oesterreich gemacht werden. Es wäre eine Schande, wenn hier andere Waggons fahren würden, das sage ich Ihnen, und wer ein lebhaftes Gefühl hat für sein Vaterland, wird zugeben müssen, daß es recht ist; man muß stolz darauf sein, daß das, was hier gebraucht wird, auch in Oesterreich erzeugt wird.

Nun eine weitere Bedingung, daß die durch die Wienfluß-Regulirung und die Regulirung des Donaucanales gewonnenen Bau- und Straßengründe in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergehen, beziehungsweise in demselben verbleiben. Meine Herren, diese Bedingung scheint Ihnen vielleicht kleinlich, sie ist aber von großer Bedeutung. Die Gemeinde Wien ist derzeit grundbücherliche Eigenthümerin des Wienflusses und zwar, sowohl der Talus als des gesammten Wienflußbettes.

Ich wünschte, daß, wenn wir schon den Wienfluß reguliren und die Stadtbahn hineinlegen — gut — doch das, was übrig bleibt, unser Eigenthum bleiben solle und nicht eventuell in die Hände der Commission kommt. Das Gleiche gilt bezüglich des Donaucanales, dort sind nicht wir Eigenthümer. Die Talus des Donaucanales und der sogenannte Hufschlag gehören meines Wissens nicht der Gemeinde, sondern dem Staate; aber, wenn Quai-Mauern errichtet werden und die Stadtbahn eingebettet sein *wird, soll das Uebrigbleibende, welches zu Straßen- und Park-*Anlagen benützt werden kann, Eigenthum der Gemeinde bleiben. Wenn wir so riesige Opfer bringen, sind wir wohl auch berechtigt, Anforderungen an den Staat zu stellen.

Endlich die letzte Bedingung, daß das Project für die einzelnen Arbeiten vor deren Ausführung der Beschlußfassung der Voll-Versammlung des Wiener Gemeinderathes unterbreitet werde.

Ich gehe heute auf die einzelnen Linien nicht ein, wie ich bereits gesagt habe, weil es nicht möglich wäre das ganze Gebiet zu beherrschen, und weil ich einsehe, daß es auch nicht am Platze wäre, heute über alle Seiten der Frage zu sprechen, aber ein Beispiel gestatten Sie mir anzuführen, um Ihnen zu zeigen, wie nothwendig es sei, daß, bevor die einzelnen Arbeiten zur Ausführung gelangen, das Project der Voll-Versammlung des Gemeinderathes, nicht bloß des Stadtrathes zur Beschlußfassung unterbreitet werde.

Meine Herren, ich bin ein Vertreter aus dem III. Wiener Gemeindebezirke und kann sagen, der III. Bezirk könnte Ihnen ein paar Bahnen, wenigstens was die Art und Weise der Erbauung betrifft, ruhig abtreten. Der III. Bezirk erleidet sowohl durch die Trace der Aspangbahn als auch durch die jetzige Trace der Verbindungsbahn einen bedeutenden Schaden. Auch andere Beispiele könnte ich Ihnen noch anführen. Simmering erleidet durch die Aspangbahn einen bedeutenden Schaden bezüglich seiner Entwicklung, der X. Bezirk ist durch die Südbahn vom IV. Bezirke getrennt und es ist kein Vortheil, daß dort die Bahn geht. Sie sehen aus dem was ich gesagt habe, wie nothwendig es ist, daß in jedem Falle die Trace genau geprüft werde. Man plant z. B. wie ich gehört habe, daß die Stadtbahn am Heumarkte, vis-à-vis der Heumarktkaserne, beim Reservegarten und beim Kindergarten als Hochbahn geführt wird und bei der Ungargasse in die jetzige Verbindungsbahn einmündet. Ich halte das für eine außerordentlich unglückliche Lösung der Frage, weil dadurch das jetzige Uebel der Verbindungsbahn nur noch verlängert wird bis zum Schwarzenbergplatze hin, das ist unmöglich durchzuführen, wenn man nicht diesen wirklich schönen Stadttheil vollständig verschandeln will. Ich bin überzeugt, es ließe sich eine andere Lösung finden, insbesonders wenn man die Steigung des Rennweges benützt, um eventuell oben einen Anschluß an die Verbindungsbahn zu suchen. Aus dem einen Beispiele sehen Sie, wie nothwendig es ist, daß der Gemeinderath darüber entscheidet.

Es ist ja kein Unglück, wenn mehrere Personen das Project prüfen, weil nur dann es möglich ist, daß auch alle Verhältnisse volle Berücksichtigung finden. Die Anträge, die ich also stelle, sind folgende:

Es soll I. folgendermaßen lauten: „Die Gemeinde ertheilt u. s. w. ihre Zustimmung unter den folgenden Bedingungen:"

Nun kommt die Bedingung wie sie bereits im Antrage des Stadtrathes vorliegt. Dann kommt die Bedingung — ich habe sie b) genannt, weil ich von der anderen Bedingung nichts wußte:

„b) daß das Anlehen nur im Wege öffentlicher Zeichnung ohne Vermittlung eines Bankhauses aufgenommen werde;

c) daß das Anlehen nur theilweise, je nach dem Erfordernisse für ein, höchstens zwei Baujahre aufgenommen werde;

d) daß zur Herstellung aller Arbeiten nur österreichische Staatsbürger verwendet werden;

e) daß die Handwerkerarbeiten von der nach Punkt VII des Programmes einzusetzenden „Commission für Verkehrsanlagen" direct an Gewerbsleute in Wien vergeben werden, welche zur Herstellung solcher Arbeiten gewerbsmäßig berechtigt sind;

f) daß die Erd-, Maurer-, Steinmetz- und Zimmermannsarbeit in kleine Baulose vertheilt und an berechtigte Gewerbsleute vergeben werden;

g) daß das Weitervergeben von Arbeiten der sub e und f angeführten Art von Seiten der Unternehmer an Sub-Unternehmer verboten ist;

h) daß bei allen Arbeiten nur inländisches Materiale verwendet wird;

i) daß bei dem Betriebe der Wiener Stadtbahn nur Verkehrsmittel, welche im Inlande erzeugt wurden, verwendet werden;

k) daß die durch die Wienflußregulirung und die Regulirung des Donaucanals gewonnenen Bau- und Straßengründe in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergehen, beziehungsweise in demselben verbleiben;

l) daß die Prospecte für die einzelnen Arbeiten vor deren Ausführung der Berathung und Beschlußfassung der Vollversammlung des Gemeinderathes unterbreitet werden."

ad A II 1 beantrage ich, daß nach dem Worte: „Verkehrsanlagen" in der dritten Zeile eingefügt werde:

„b) insoweit deren Kostenerforderniß wenigstens annähernd angegeben ist."

Zum Schlusse stelle ich nur noch eine Frage an den Herrn Referenten. Ich habe das Programm genau studirt, habe aber nicht die Stelle gefunden, auf welche der Stadtrath seine Anschauung basirt, daß die 5 Millionen für die Einwölbung des Wienflusses aus dem von der Commission aufzunehmenden Anlehen bestritten werden können. Ich habe diesbezüglich auch in dem Gesetzentwurfe nachgesehen, der seitens der Regierung dem niederösterreichischen Landtage vorgelegt wurde, auch dort findet sich nichts und ich bin daher sehr im Zweifel, ob die Anschauung des Stadtrathes in dieser Beziehung richtig ist, doch will ich mich gegen diese Anschauung hier nicht ausdrücklich wehren. Ich schließe damit und empfehle Ihnen die Annahme der von mir gestellten Anträge. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Das Wort hat für die Vorlage Herr Gemeinderath Stiaßny.

Gem.-Rath Stiaßny: Meine geehrten Herren! Sie werden mir gestatten, daß ich mich zuerst mit den Ausführungen des Herrn Referenten und mit den Anträgen, wie sie uns von Seite des Stadtrathes gestellt worden sind, und erst später im Laufe meiner Ausführungen mit jenen Einwendungen und Anträgen beschäftige, welche von Seite meines unmittelbaren Herrn Vorredners vorgebracht worden sind.

Meine Herren! Zum charakteristischen Merkmale unserer Zeit gehört das rapide Anwachsen der großen Städte, der großen Centren von Industrie, Handel und Verkehr. Seit ungefähr einem Menschenalter haben sich die Hauptstädte Europas in ihrer Bevölkerung um mehr als die Hälfte vermehrt, ja einige derselben sind auf die doppelte und auf eine noch größere Bewohneranzahl angewachsen. Hand in Hand mit dieser Zunahme der Bevölkerung geht auch die Zunahme des Umfanges der großen Städte. Damit im Zusammenhange stehen auch die großen Umgestaltungen, welche die Hauptstädte Europas in der genannten Zeit erfahren haben. Paris hat in der Mitte der 50er Jahre über Initiative des Kaisers Napoleon eine große Umgestaltung durch die Einbeziehung der damaligen Vororte erfahren, es sind mittelalterliche Stadttheile gefallen, neue Boulevards angelegt worden, es ist ein Stück einer Stadtbahn (chemin de fer de ceinture) gebaut worden. Berlin verdankt seine Erweiterung den politischen Veränderungen, welche eine Consequenz der beispiellosen Erfolge der deutschen Armee im Jahre 1870 waren und gleichzeitig mit der Erweiterung der Stadt hat auch die Umgestaltung der Spreecanäle, seit ungefähr 1½ Jahrzenten auch der Bau eines Theiles der Stadtbahn stattgefunden. Ebenso resultirt die Umgestaltung Brüssels aus dem Ende der Sechziger Jahre; es sind dort neue Boulevards, ganze Stadttheile mit Familienhäusern angelegt worden. In London, wo Alles, was in der Riesenstadt geschaffen wird, gigantische Dimensionen annimmt, wie man sie auf dem Continente kaum findet, sind im Laufe eines Menschenalters die Themse embanquements, die große Regulierung von High-Holbornhill, die Verlängerung und Durchführung von Oxford-Street ausgeführt worden.

Ich kann aber kühn die Behauptung aufstellen, daß in keiner der von mir genannten Städte die Umgestaltungen in einer solchen Vollständigkeit und Gleichzeitigkeit zur Durchführung gelangt sind wie in Wien, und mit wahrem Stolze, mit dem Stolze eines Wieners kann ich behaupten, daß in keiner der von mir genannten Städte so großartige Projekte in einer solch' umfassenden Weise, in einer solch' organischen Entwicklung und in einem verhältnißmäßig so kurzen Zeitraume zur Ausführung geplant und zur Ausführung vorgeschlagen sind, als es hier der Fall ist. (Beifall rechts.) Durch das, was soeben intendirt wird und was uns der Herr Referent in seiner bekannten, klaren, lichtvollen Weise auseinandergesetzt hat, sollen neue Verkehrswege geschaffen, eine organische Verbindung der bereits bestehenden Bahnen herbeigeführt, die Durchführung des Stadtplanes, das sehnliche Verlangen der ganzen Bevölkerung und des Wiener Gemeinderathes ermöglicht werden, es soll die Verlegung der Kasernen stattfinden, die ja nur Hand in Hand mit dem Ausbaue der Stadtbahnlinien geschehen kann, es soll die Sanität und die Salubrität in unserer Stadt, für welche der Gemeinderath und die Bevölkerung seit Jahren große Opfer bringen, in einer Weise verbessert werden, wie dies bisher nirgends geschehen ist.

Gestatten Sie mir, meine Herren, einige historische Rückblicke auf die Stadtbahnprojecte, mit welchen sich der Wiener Gemeinderath beschäftigt hat. In den Jahren 1872 und 1873 ist von einer sehr großen Anzahl in- und ausländischer Projectanten eine Reihe von Stadtbahnprojecten, möglichen und unmöglichen, dem Gemeinderathe vorgelegt worden. Aber die Stürme des Jahres 1873 haben alle Projecte, bevor sie noch im Gemeinderathe in ausführliche Behandlung genommen werden konnten, unmöglich gemacht.

Im Jahre 1881 haben die englischen Ingenieure Bunton und Fogerty ein Stadtbahnproject vorgelegt, in welchem 3 Linien, Donaucanallinie, Wienthallinie und Gürtellinie vorgeschlagen waren. Das Schicksal dieses Projectes, welches vor einem Jahrzehnt die Gemeindevertretung beschäftigt hat, ist Ihnen Allen bekannt. Der Gemeinderath hat sodann beschlossen, das Stadtbauamt mit der Verfassung eines Stadtbahnprojectes zu beauftragen, und am 22. Juni 1883 — ich hatte damals die Ehre, vor dem Gemeinderathe als Referent zu erscheinen — ist das Stadtbauamtsproject, welches im Wesentlichen gleichfalls 3 Linien mit Hinzufügung der Ihnen bekannten Durchmesserlinie, enthalten hat, fast einstimmig vom Gemeinderathe genehmigt und als Ausdruck des Wunsches und der Bedürfnisse der Bevölkerung bezeichnet worden. Die Regierung hat vom Gemeinderathe officiell Kenntniß von diesem seinen Beschlusse erhalten. Im Jahre 1885 hat die bekannte Firma Siemens

und Halske dem Gemeinderathe ein Project zur Ausführung einer dieser 3 Linien, der Donaucanal-Linie, vorgelegt, und am 2. October 1885 hat der Gemeinderath auch mit sehr großer Majorität, nahezu einstimmig, die Annahme dieses Projectes beschlossen. Zur Ausführung ist bis zur Stunde keines der Projecte gelangt. Und nun legt Ihnen die Regierung zum ersten Male über Ihr eigenes Verlangen — denn der Gemeinderath hat verlangt, daß die Regierung sich mit der Frage der Erbauung der Stadtbahn beschäftigen soll, und wenn ich nicht irre, war es der geehrte Führer der Opposition, welcher dieses Verlangen im Gemeinderathe gestellt hat — ein vollständiges, wohldurchdachtes, organisches Project zu einer Stadtbahn vor. Die Beschlußfassung über die Wienfluß-Regulirung, welche nach den Berathungen der Jahre 1882—86 im Gemeinderathe mit sehr großer Majorität stattgefunden hat, ist auf Grund des vom Stadtbauamte, insbesonders von dem verdienstvollen Leiter desselben ausgearbeiteten Projectes erfolgt, und der Wiener Gemeinderath kann mit einiger Befriedigung hervorheben, daß unter sämmtlichen, dem Referate zu Grunde liegenden Projecten gerade dasjenige, welches die Stadt Wien ausgearbeitet hat, im weitesten Stadium der Ausbildung begriffen ist.

Die Donaucanal-Regulirung, welche gleichfalls im Gemeindegebiete durch eine große Anzahl von Antragstellern und Referenten behandelt wurde, ist in einem Stadium der Projectirung, welche es ermöglicht, bis Anfangs März den betreffenden Corporationen das vollständige Project, im Detail ausgearbeitet, vorlegen zu können.

Was die Herstellung der Sammelcanäle anbelangt, so kann ich nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß der gegenwärtige Zustand am Wiener Donaucanal eine permanente Gefahr und eine ununterbrochene Schande für die Stadt Wien ist.

Wer von Ihnen einmal in die Lage kommt, Fremde im Sommer empfangen und sie auf einem Localschiffe der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft über den Donaucanal begleiten zu müssen, wird von einem Gefühle der Beschämung, ja geradezu der Erniedrigung erfüllt sein, wenn er in seinem Dampfer vor den häßlichen Ausmündungen der Unrathscanäle vorüberfahren muß und den Greuel vor sich sehen und — riechen muß. (Heiterkeit rechts.) Dieser Uebelstand wird durch den Ausbau der Sammelcanäle, deren Herstellung — ich kann es offen sagen — unbedingt dem Gemeinderathe obliegt, für immerwährende Zeiten und ganz bestimmt beseitigt. Wir können also sehr dankbar sein, wenn uns ein Theil der finanziellen Lasten für die Herstellung der Sammelcanäle von den anderen Corporationen allerdings in der Erkenntniß ihrer Verpflichtung gegen die Stadt Wien abgenommen wird.

Meine Herren! Ich betrachte das uns vorgelegte Project als ein Ganzes und ich halte mir nur zwei Fälle vor Augen; das Project anzunehmen oder abzulehnen; ein Drittes besteht nach meiner Ueberzeugung nicht.

Obwohl ich nicht die Ehre hatte, in der vorberathenden Commission als Vertreter des Gemeinderathes wirken zu können, habe ich an den Arbeiten in meiner Eigenschaft als von Ihnen delegirtes Mitglied der Donauregulirungs-Commission theilgenommen. Ich nehme also den Vertretern des Gemeinderathes gegenüber eine unbefangene Stellung ein und halte es für eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn ich hervorhebe, daß die Vertreter der Gemeinde in der aufopferungsvollsten und pflichtgemäßesten Weise in der Commission die Interessen der Gemeinde vertreten haben. Insbesondere halte ich mich für verpflichtet, hervorzuheben, daß es dem energischen, thatkräftigen und männlichen Eintreten unseres verehrten Herrn Bürgermeisters (Lebhafter Beifall rechts.) gelungen ist, gewisse Vortheile, deren Auseinandersetzung im Gemeinderathe Sie mir aus leicht begreiflichen Gründen erlassen werden, für die Stadt Wien zu erzielen. Wir erfüllen nur eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn wir dies hier und an jedem anderen Orte anerkennen.

Ich kann nicht umhin, zuzugeben, daß an dem Programme und an den allerdings nur in Rudimenten angedeuteten Projecten Mängel vorhanden sind. Ich finde es auch ganz begreiflich, daß Wünsche vorgebracht werden, und wenn es sich darum handeln würde, Wünsche zu äußern, so wäre ich selbst in der Lage, Ihnen eine Anzahl von Wünschen vorzutragen, deren Zulässigkeit vollkommen berechtigt erscheint. Nach meinem Dafürhalten sollte beispielsweise überhaupt nicht mit der Concessionirung von einzelnen, insbesondere sehr wichtigen Localbahnlinien vorgegangen, sondern dieselben durch den Staat gebaut und betrieben werden; nach meiner Ueberzeugung sollte die Donaucanallinie, eine der wichtigsten und in allen früheren Projecten geplante Linie, nicht als Local-, sondern als Hauptlinie betrachtet und sogleich gebaut, und zwar vom Staate gebaut werden; nach meiner Ueberzeugung sollte der Anschluß — und dies wird auch in den Anträgen des Stadtrathes angedeutet — der Localbahnen an die Hauptlinien nicht nur angestrebt, sondern sofort und unmittelbar hergestellt werden. Ich bemerke bei diesem Anlasse, daß ich auch einen Wunsch in Bezug auf die Textirung des Antrages C, Punkt 4 habe: es soll dort offenbar heißen, daß die Instruction für die in die Commission zu entsendenden Mitglieder des Gemeinderathes nicht vom Stadtrathe, sondern vom Gemeinderathe ertheilt wird.

Aber das Forum, vor welchem alle diese Wünsche vorzubringen sind, ist noch nicht geschaffen. Dieses Forum wird die Commission sein, welche eingesetzt werden soll und in welche Sie eine Anzahl von Mitgliedern zu entsenden haben werden. Es wird Sache der Vertreter der Gemeinde sein, diese Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung in der Commission vorzubringen. Ich besorge auch gar nicht, daß gerechtfertigte Verlangen der Stadt keine Berücksichtigung finden werden. Die vieljährigen Erfahrungen, welche ich in der Donauregulirungs-Commission, in der ich in Ihrem Auftrage zu arbeiten die Ehre habe, gesammelt, haben mir gezeigt, daß alle berechtigten Forderungen der Stadt Wien, wenn sie auch mit großen Geldausgaben verbunden sind, von den Vertretern der übrigen Curien beachtet werden.

Ich bitte Sie nunmehr, in der Beschlußfassung keine Verzögerung eintreten zu lassen. Der Arbeitsbeginn kann, wenn die drei parlamentarischen Körperschaften ihres Amtes pünktlich walten, im Frühjahre stattfinden. Das Volk will Arbeit haben; das Volk schreit nach Brot, geben Sie ihm keinen Stein. Die Angelegenheit soll auch nicht nur vom Standpunkte des Patriotismus — welchen ich ja bei allen Mitgliedern dieser Körperschaft voraussetze — betrachtet, sondern mit Schwung, mit Elan, mit Begeisterung aufgefaßt werden, und darum bitte ich Sie, an den Vorlagen nicht zu mäkeln.

Was die Opposition anbelangt, so sind diese Herren jetzt in der glücklichen Lage, zu zeigen, daß es Ihnen wirklich ernst damit ist, das Wohl und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erforschen und insbesondere der arbeitenden Bevölkerung aufzuhelfen.

Ich komme nun zu den Auseinandersetzungen meines Herrn Vorredners und finde, daß in seiner Ausführung Richtiges mit Unrichtigem gemischt ist.

Vor Allem hat der Herr Vorredner, welcher uns die Angelegenheit als eine für Wien recht ungünstige geschildert hat, vergessen anzugeben, daß von den ungefähr 130 Millionen, oder wenn nicht alle Arbeiten zur Ausführung gelangen, von den 103 Millionen Gesammtkosten, ungefähr die Hälfte als Arbeitslohn unter allen Umständen in Wien ausgegeben werden wird, und daß dieser Umstand als ein Vortheil für Wien zu betrachten ist, brauche ich wohl nicht erst anzuführen. Es ist richtig, wenn der Herr Vorredner anläßlich der Stadtbahnprojecte davon gesprochen hat, daß die Gemeinde Opfer bringen muß, aber er hat vergessen anzuführen, daß auch der Staat und das Land in der Lage sind, für die Gemeinde Opfer zu bringen und ich will nur auf den einen Umstand hinweisen, daß der Bau der Sammelcanäle, welcher wie früher bemerkt, der Gemeinde obliegt, mit dem Betrage von 1,100.000 fl. von den genannten Körperschaften subventionirt wird, und daß auch der Bau der Sammelcanäle entlang des Wienflusses naturgemäß und von Rechtswegen der Gemeinde obliegt.

Was die vielverlästerte Vorortelinie betrifft, so entfallen im Ganzen auf die Beitragsleistung der Gemeinde Wien 727.000 fl., welche durch die früher von mir angeführten Summen compensirt werden.

Richtig ist in seinen Ausführungen und mit diesem Punkte stimme ich vollkommen überein, das Verlangen nach einer öffentlichen Subscription des Anlehens; unrichtig dagegen ist es, wenn behauptet und verlangt wird, daß für den Geldbedarf nur auf ein oder zwei Baujahre vorgesorgt werden soll.

Meine Herren, in solcher Weise geht in der ganzen Welt kein solider Bauherr vor, auf diese Weise wird der Bauherr, nämlich die 3 Corporationen, respective die Commission, welche sie vertreten wird, geradezu ein Proletarierdasein führen und ich bitte Sie, auf derartige, wohl nicht ganz richtig durchdachte Propositionen gewiß nicht einzugehen.

Richtig ist die Beschränkung auf Unternehmer, die in Oesterreich ansässig sind und hier ihre Steuer zahlen; unrichtig dagegen wäre es zu verlangen, daß jeder Arbeiter, der bei diesem Unternehmen beschäftigt ist, die österreichische Staatsbürgerschaft nachweisen soll; das ist doch nicht zu verlangen und kann auch wirklich nicht ernst gemeint sein.

Was von Speculanten gesprochen wurde, welche sich bei diesem Anlasse bereichern wollen und die auch mir, wie Jedem dem Baugewerbe angehörenden, verhaßt sein müssen, ist mir nicht recht begreiflich. Meint der Herr Vorredner vielleicht, daß die Eisen-Industriellen, wie z. B. das Erzherzog Albrecht'sche Werk in Teschen oder die Prager Eisenindustrie oder die Witkowitzer Werke zu den Speculanten gehören, hält er die Ziegeleibesitzer, die Zimmerleute, Maurer und die anderen Handwerker, welche bei den großen Arbeiten beschäftigt sein werden, für Speculanten? Der Ausdruck war, wie ich glaube, nicht gut gewählt oder durchdacht. Gerade die Angehörigen des Baugewerbes und ich halte es für meine Pflicht, es hervorzuheben, gehören in Wien zu den solidesten Unternehmern und wir haben volles Recht, auf das Baugewerbe in Wien stolz zu sein. Auch das, was von den Sub-Unternehmern gesagt worden, ist sehr laienhaft gesprochen. Ein solcher Bau wurde noch nie ohne Sub-Unternehmer ausgeführt. Jeder Baumeister beschäftigt Sub-Unternehmer, er stellt z. B. Teichgräber an, welche die Erdarbeiten ausführen, weil das bekanntlich für den Baumeister ungemein bequem und leicht durchzuführen ist. Ist ein solcher Teichgräber ein zulässiger oder ein unzulässiger Sub-Unternehmer? Jeder Baumeister vergibt ferner gewisse Arbeiten an Accord-Maurer, die auch Sub-Unternehmer sind.

Soll das in diesem Falle ausgeschlossen sein?

Richtig ist der Wunsch, daß das Material nur aus dem Inlande bezogen werde — aber nur in dem Umfange, als es im Inlande überhaupt erhältlich ist. Asphalt z. B., welches in diesem Falle vielfach zur Anwendung kommen dürfte, wächst bekanntlich nicht im Inlande — es muß also aus dem Auslande bezogen werden.

Schiefer ist im Inlande erhältlich, aber schlecht und unbrauchbar; darum nimmt in ganz Oesterreich jeder solide Unternehmer den Schiefer vom Rhein, von Thüringen, oder aus Frankreich und England.

Meine Herren, ich komme zum Schlusse und darf mich der Hoffnung hingeben, daß Sie sich durch die Ausführungen des Herrn Vorredners nicht haben einschüchtern lassen, — eine Absicht, die ihm wohl selbst bei jenen Ausführungen ferne gelegen ist, da der Schluß derselben, nach einem so unharmonischen Anfange, in ziemlich befriedigender Weise ausgeklungen ist.

Ich bin überzeugt, daß mit der Ausführung dieser Arbeiten Industrie und Kleingewerbe und Tausende von fleißigen Händen, welche gegenwärtig feiern, Beschäftigung finden werden, und darum empfehle ich Ihnen die Anträge des Herrn Referenten. Ich schließe mit dem classischen Spruche, indem ich Ihnen zurufe „pergite animo forti." (Beifall.)

Gem.-Rath Djörup: Ich habe mich zum Worte gemeldet gegen die Sache, nicht weil ich im Großen und Ganzen nicht einverstanden bin, sondern weil ich in Betreff einiger Punkte im Unklaren bin, und hauptsächlich aber, weil wir für die Stadtbahn eine Masse Geld auszugeben haben. Ich möchte mir an den Herrn Referenten ein paar Fragen vorzulegen erlauben und bitte den Herrn Referenten um deren Beantwortung.

Ich wollte mir bezüglich der für die Sammelcanäle fixirten Summe von 11 Millionen die Frage erlauben, ob es Ihnen bekannt ist, wie viel Quadratmeter gepflasterte Straßen die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat (Heiterkeit), deren Canäle einmünden, das ist die erste Frage und ob das im Stadtrathe zur Behandlung gekommen ist; die zweite Frage ist, wie viel Quadratmeter macadamisirte Straßen sind, und die dritte Frage, wie viel Häuser im Baurayon von Wien mit den Abortschläuchen in die Canäle einmünden. Nachdem unsere Bauordnung vorschreibt, daß die Wassermengen der verschiedenen Dächer durch Abortschläuche zu gehen haben, ist es klar, daß wir diese Fragen vorgelegt haben müssen, um den Querschnitt zu bestimmen. Ich möchte mir also die Frage an den Herrn Referenten erlauben, ob er diese Maße kennt.

Referent: Bevor ich die Anfrage des Herrn Redners beantworte, muß ich zur Kenntniß der Versammlung bringen, daß nebst meiner Wenigkeit im Stadtrathe die Herren Stadträthe Wurm und Neumann als Correferenten für technische Details fungirt haben. Ich möchte den Herrn Redner daher bitten, von diesen genannten Herren diese Auskünfte einzuholen, welche rein technischer Natur sind. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Djörup: Es ist doch auch der Herr Baudirector hier und ich richte daher die Frage an den Herrn Baudirector, ob er Auskunft geben kann oder mag.

Referent: Ich muß bitten, es war nicht im komischen Sinne gemeint, sondern im vollsten Ernste und die beiden Herren Collegen werden in allen Fällen, wo über technische Details Auskunft gewünscht wird, diese zu geben die Ehre haben, nicht ich, weil das nicht in mein Fach schlägt. Derlei Fragen können von einem Techniker viel besser beantwortet werden, als von einem Juristen.

Gem.-Rath Djörup: Darum habe ich mir auch die Frage an den Herrn Baudirector erlaubt, ob ihm die Maße bekannt seien.

Stadtbaudirector Berger: Es ist selbstverständlich, daß die Maße bekannt sind, weil sie im statistischen Jahrbuche publicirt werden, und es ist selbstverständlich, daß wir bei Publicirung desselben dieses Alles berücksichtigen. Dabei gehen wir aber nicht so weit, wie der Herr Gemeinderath meint, daß wir die bestehenden Straßen, welche gepflastert und macadamisirt sind, berücksichtigen, sondern wir gehen weiter und rechnen auch ein Revier von Wien dazu, welches erst später in die Verbauung wird einbezogen werden, denn die Canäle werden nicht für den Moment gebaut, sondern für die Zukunft. Nun werden die Niederschlagsverhältnisse genau berücksichtigt werden, die Querschnittprofile berechnet werden, es wird Detail ausgerechnet und dazu wird der Gemeinderath noch kommen; ebenso wird berechnet, was durch die Canäle und durch die Nothdurchlässe abgeführt wird. Wir haben das Project schon im Jahre 1882 im Detail durchgearbeitet, es ist schon zu wiederholten Malen den Sectionen des Gemeinderathes vorgelegen; ich weiß nicht, ob ich jetzt den Gemeinderath ermüden soll durch einen Vortrag, mit welchem ich ihn eine Stunde in Anspruch nehmen müßte, wenn ich über die Sammelcanäle, deren Construction u. s. w. sprechen wollte. Das Eine will ich zur Beruhigung sagen, daß wir hier nichts Neues zu erfinden haben, daß wir nichts machen, was in anderen Städten sich nicht längst bewährt hat und nicht Jahrzehnte lange Erfahrung für sich hat.

Außerdem kann ich sagen, daß das Project, welches aufzustellen sein wird, dem Gemeinderathe in irgend einer Form zur Beschlußfassung vorgelegt werden muß. Das Project kann jetzt erst, wenn die Grundzüge festgestellt sind, entwickelt werden. Es wäre heute nicht in der Lage zu sagen, auf einen Centimeter die Höhe und Breite der Canäle anzugeben; das muß erst berechnet werden und das wird der Gemeinderath sehen. Daß wir aber bei der Aufstellung nicht so vorgegangen sind, daß man einfach die Seitencanäle addirte, kann ich schon heute sagen, denn das widerspricht den Grundsätzen der Wissenschaft. (Beifall.)

Gem.-Rath Djörup: Ich werde mir erlauben zum Plan zu gehen, wenn Sie nichts dagegen haben. (Heiterkeit.) Der Herr Baudirector sagt uns soeben, daß es noch nicht gerechnet ist; ferner sehen wir aus dieser gedruckten Vorlage, daß es eben nicht gerechnet ist; im §. 5 der gedruckten Vorlage heißt es: „müssen derzeit in größerer Ausdehnung hier gestellt werden, als dies in früherer Zeit projectirt war. Also die Regierung schaut etwas weiter aus, als das löbliche Bauamt, als sie die Summe von 11 Millionen fixirt hat. Sie verzeihen, daß ich auf diesem Gebiete etwas weiter gehe, aber nachdem meine Anfragen nicht erledigt werden konnten, so steht Ansicht gegen Ansicht.

Ich stelle die Behauptung auf, daß die vorgesehene Summe viel zu klein ist, um die Sammelcanäle zu bauen, die für unsere Stadt für die Zukunft als nothwendig erachtet werden müssen, und *ich glaube nicht, daß es uns schaden könne, wenn wir heute diese* Wahrheit erkennen. Es würde mich sehr freuen, wenn wir statt 15 bis 16 Millionen auszugeben, wirklich ersparen und mit 11 Millionen auskommen könnten. Ich würde eine große Freude darüber haben. Aber, meine Herren, wie kommt Djörup dazu, über diesen Punkt eine solche Stellung einzunehmen. Wie kommt er dazu? (Rufe: Wie?) Das werde ich Ihnen gleich sagen. Es liegen dort hinten im Archiv Bücher, aus ihnen läßt sich constatiren, daß vor zwanzig Jahren ähnliche Sammelcanäle hier gebaut wurden; der Alsbachcanal, der die Wassermengen des Niederschlagsgebietes von Dornbach und den Unrath der Alserkaserne und der Spitäler sammelt und herunterführt zur Donau.

Meine Herren! Der Herr Baudirector sagt uns, wenn er hergeht und die Profile addirt, so kommt ein Querschnitt heraus, wie bei den Profilen des Schreiberbaches, Grinzingerbaches, Krottenbaches, Alserbaches u. s. w. Er bekommt einen viel zu großen Querschnitt, einen viel größeren als ihn der Wienfluß hat.

Das ist ganz richtig, es fällt mir auch nicht im Entferntesten ein, einen solchen Querschnitt zu verlangen, aber einen solchen zu verlangen, wie er in der hektographirten Epistel bezeichnet ist, welche die Herren neulich zugeschickt bekommen haben, das ist jeder Bürger berechtigt, der nicht will, daß wir 30 Millionen Gulden für die Assanirung Wiens, für den Wienfluß, die Sammelcanäle u. s. w. ausgeben, damit wir nicht in ein paar Jahren zur Erkenntniß kommen, daß wir die Sammelcanäle zu klein gebaut haben. Denken Sie sich einmal den Sammelcanal auf dem Franz Josefs-Quai. Er fängt bei Nußdorf an, geht parallel mit dem Donaucanal, kreuzt in der Roßau die Eisenbahntrace, führt nach dem Project am Franz Josefs-Quai innerhalb der Trace, geht beim Stubenthor über den Wienfluß u. s. w. Dieser Sammelcanal soll alle Niederschlagsgebiete, resp. ihren Unrath aufnehmen, soll von Hütteldorf auf dem ganzen Wege durch Baumgarten, Penzing, Sechshaus u. s. w. allen Unrath aus den Sammelschläuchen aufnehmen.

Denken Sie sich im Sommer 6—8 Wochen trockenes Wetter, wo kein Niederschlag stattgefunden hat: der ganze Unrath steckt in den Schläuchen. Die Canäle sind meinetwegen von Canalräumern gereinigt worden, aber die Schläuche in den Häusern nicht. Jetzt kommt ein ergiebiger Sommerregen; der spült uns diesen Unrath in den verschiedenen Schläuchen auf einmal herunter; was haben Sie dann? Der ganze Unrath des ganzen Gebietes ist dann unten beim Stubenthor bis zur Augartenbrücke herüber, und wenn er nicht durch die Nothausgänge in die Donau kann, steigt er am Franz Josefs-Quai hinauf. Nun hören wir, daß außerhalb dieser Canäle die Stadtbahn tiefer liegen soll. Dann machen sich die Nothausgänge nicht angenehm fühlbar, wenn der ganze Unrath aus allen Bezirken in die sogenannte blaue Donau hineinkommt. Das sind die Bedenken, welche ich habe, und das ist mein Wunsch, den ich in Anbetracht dessen, daß keine Commission eingesetzt wurde, vorbringe.

Ich habe noch ein Zweites vorzubringen. Wir haben gesehen, was die Folge sein kann und was wahrscheinlich mit der Zeit eintreten wird, daß nämlich Massen von Unrath hereinkommen werden. (Heiterkeit.)

Wir haben noch ein Zweites. Ich glaube, daß allen Herren ein kleines blaues Büchlein vom Ingenieurvereine zugeschickt wurde, in welchen Sie die Berichte über die verschiedenen Arbeiten finden.

Sie finden darin Dinge, die wir Jahr für Jahr gehört haben, wenn die Frage über die Stadtbahn zur Sprache kam; Sie finden aber auch etwas darin, an das man früher nicht dachte. Herr

Dr. Lueger hat es gestreift. Der Donaucanal wird vertieft, weil die Hauptdonau im Querschnitt zu klein ist und zu wenig Platz hat.

Meine Herren! Ich habe seit vielen Jahren, wo ich doch beim Wasser aufgewachsen bin (Lebhafte Heiterkeit) mich mit dieser Sache viel befaßt. Es wird den Herren nichts Neues sein, Sie werden es öfters gehört haben, daß unten in Ungarn, wann Hochwasser ist, die Schiffscapitäne erzählen, daß die Inseln ihre Lage verändert haben. Nach Hochwasser ändern sich die Inseln etwas; es ist das von allen Flüssen mit reißenden Strömungen bekannt. Etwas weniger wird Ihnen bekannt sein, daß oben auf der Westküste von Scandinavien . . . . .

Bürgermeister: Ich möchte den Herrn Redner doch bitten, mehr bei unseren Verkehrsanlagen zu bleiben (Widerspruch links). Es ist doch nicht die Zeit dazu da, solche Details vorzubringen, die gehören nicht hieher. Ich möchte sehr bitten, bei der Sache zu bleiben.

Gem.-Rath Djörup: Ich werde also meine Behauptungen aufstellen ohne Befähigungsnachweis. Das Actenstück sagt uns, daß der Donaucanal vertieft wird. Baurath Fänner von der Donau-Regulirungs-Commission gibt zur Antwort: Wir müssen die Verschotterung des Canales mit in den Kauf nehmen und es muß ausgebaggert werden. Ich gehe noch weiter und sage: Auf dem Papier können Sie die Vertiefung, die Sie machen, ausrechnen, aber es zeigt sich leider, daß die Rechenmeister mit den Rechenstücken nicht recht auskommen und so ist es auch bei unserer Donau. Sie finden in den von mir hier gemachten Plänen die Lage der Donau bei niederem Wasserstande.

In ganz Wien finden Sie die Pläne nicht gedruckt. Hier finden Sie Inseln, wie sie den ganzen Sommer bei niederem Wasserstande zu sehen sind. Das ist in der Berechnung nicht darin, und wenn Sie die Wasserstandsberichte — ich habe heute einen vom Magistrat zugeschickt bekommen — seit Jahren anschauen, werden Sie finden, daß, wenn man den percentualen Niederschlag in Parallele zieht zum Wasserstande der Donau, dieser Wasserstand . . . .

Bürgermeister: Ich möchte den Herrn Redner nochmals dringendst bitten, mit solchen Details nicht zu kommen (Rufe links: Das gehört doch zur Sache!) weil wir dazu keine Zeit haben. Ich bitte uns zu sagen, was Sie eigentlich wollen, wir wissen das nicht. (Rufe links: Ausreden lassen, das gehört zur Sache!) Ich bitte, zur Sache zu sprechen. (Rufe links: Stiaßny hat auch lange genug geredet!) Ich kann nicht zugeben, daß Sie so fortfahren . . . .

(Rufe links: Fahren's nur fort, wir haben Zeit! — Künftig dürfen nur Doctoren sprechen!)

Gem.-Rath Djörup: Die Wahrheit ist immer unangenehm zu hören und so kommt es natürlich auch hier. (Beifall links.)

Auf der einen Seite wird das Wasser vertieft, damit Platz wird für die Tiefbahn und die Canäle. Auf dem Papiere werden Sie es vertiefen; ich muß aber doch aussprechen, daß diese drei Sachen zusammen nie klappen werden. Die Vertiefung der Canäle, die Anlage der Tiefbahn am Franz Josefs-Quai und eine entsprechende Breite der Sammelcanäle, dazu ist zwischen der Stefaniebrücke und der Häuserreihe kein Platz, wenn die Canäle eine entsprechende Breite und Größe haben sollen.

Damit unsere Kinder in Zukunft nicht sagen sollen, wir sind gedankenlos über die Sache hinweggegangen . . . . (Beifall links) bitte ich, es zu protokolliren, daß ich Ihnen gesagt habe: am Franz Josefs-Quai zwischen der Stefaniebrücke und der Häuserreihe ist kein Platz für entsprechende Sammelcanäle und eine für den Verkehr entsprechende Tiefbahn mit Rücksicht darauf, daß Sie die Donau nicht vertiefen können, wie Sie glauben in dem Programme uns gezeigt zu haben.

Den ersten Wunsch also bezüglich der Sammelcanäle werde ich mir erlauben, den Herren zu übergeben, nämlich daß die Sammelcanäle zu beiden Seiten des Wienflusses und des Donaucanals mindestens ein solches Querschnittprofil zu bekommen haben, daß die Nothausläße nur bei einem etwaigen Wolkenbruche in Function treten müssen. Das ist so wie bei den Dampfmaschinen das Sicherheitsventil. Der Unrath, welcher in Folge eines gewöhnlichen, selbst eines Gewitterregens in Bewegung gebracht und aufgerührt wird, muß seinen Weg durch die Sammelcanäle bekommen. Ich möchte also bitten, daß dieser Wunsch dem Wunschzettel durch den Stadtrath angehängt werde.

Der zweite Wunsch, den ich mir vorzubringen erlaube, ist: In der Erwägung und unter der Voraussetzung, daß seitens des hochlöblichen Gemeinderathes gemäß Punkt 7 des Regierungsprogrammes Fachmänner in die Commission für die Wiener Verkehrsanlagen entsendet werden, aber jedenfalls im Bewußtsein, daß seitens der Regierung die Fachmänner hinein dirigirt werden, stelle ich den Antrag und bitte, das anzunehmen: Der von der Regierung eingesetzten Commission ist bezüglich der Donaucanalstrecken am Franz Josefs-Quai freie Hand zu lassen, Trace und Eintheilung so wählen zu können, wie es dem Handel und Verkehr am zweckmäßigsten und geeignetsten erscheint, ohne Rücksicht auf Hochbahn oder Tiefbahn.

Ich glaube, es ist ganz coulant, daß ich die Details nicht vorgebracht habe und ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Bürgermeister: Also ich bitte, Herr Gemeinderath, Sie sind fertig? (Heiterkeit rechts.)

Gem.-Rath Djörup: Ich bin fertig.

Gem.-Rath Gregorig: Einen Redner, der sich so Mühe gibt, so auszuhöhnen, das kann nur ein Prix!

Bürgermeister (zum Gem.-Rathe Gregorig): Ich rufe Sie für diese Aeußerung zur Ordnung.

Ich erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen; es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr 15 Minuten Abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 5. Jänner 1892.

Gem.-Rath Dr. Hackenberg beantragt die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes an den Magistrats-Director Alexander Krenn aus Anlaß seines 60. Geburtstages.

Angenommen.

(Schluß der vertraulichen Sitzung).

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 5. Jänner 1892.
Donnerstag, den 7. Jänner 1892.
Freitag, den 8. Jänner 1892.
Dienstag, den 12. Jänner 1892.
Mittwoch, den 13. Jänner 1892.
Donnerstag, den 14. Jänner 1892.
Freitag, den 15. Jänner 1892.

Bericht

über die Stadtrath-Sitzung vom 5. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke, und
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann, Boschan, Noske, v. Götz, Rückauf, v. Goldschmidt, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Kreindl, Dr. Stenzl, Dr. Lederer, Vaugoin, Matzenauer, Dr. Vogler, Meißl, Witzelsberger, Müller, Wurm.
Bürgermeister: Dr. Prix.

Entschuldigt: Dr. Grübl.
Krank: Dr. Huber.
Experte: Baudirector Berger.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Grübl entschuldigt sein verspätetes Erscheinen, eventuell sein Ausbleiben.

St.-R. Meißl referirt über fünfzig Gesuche um Aufnahme, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Zusicherung zu ertheilen:
Ignaz Ornstein, Platzagent.
Jakob Ochs, Gemischtwaarenverschleißer.

b) die Zuständigkeit zu verleihen:
Ludwig Wehle, Gärberartikelhändler.
Marie Schön, Näherin.
August Stohlmann, Schlossergehilfe.
Franz Hendl, Hausknecht.
Josef Boehr, Bäckergehilfe.
Erhard Ruppert, Tischlergehilfe.
Hermann Schimmel, Buchbinder.
Anna Márušak, Köchin.
Karl Müller, Anstreichergehilfe.
Markus Brill, Schaffer.
Josefa Werner, Kleinfuhrwerksbesitzerin.
Karl Tyl, Büchsenmachergehilfe.
Josef Rigler, Hilfsarbeiter.
Johann Wallisch, Hausbesorger.
Josef Großmann, Schneider.
Abraham Marmorek, Spirituosenerzeuger.
Franz Wisinger, Bureaudiener.
Georg Soukup, Schneider.
Conrad Herrmann, Schlossergehilfe.
Franziska Holm, Wäscherin.
Johann Paul Gröger, Schuhmacher.
Andreas Mühldrächsler, Cartonnagewaarenerzeuger.
Adele Wanka, Schneiderin.
Johann Kozel, Schneider.
Anna Mühldrächsler, Handarbeiterin.
Anna Maria Krapfenbauer, Taglöhnerin.
Josef Fehringer, Magazineur.
Eduard Rößl, Schuhmacher.
Josef Hefler, Schlossergehilfe.
Ignaz Zach, Maurergehilfe.
Josef Mayrhofer, Hausbesorger.
Wendelin Poßelt, Galanteriewaarenverschleißer.
Johann Schrotthmüller, Sicherheitswachmann.
Torpes Nowaček, Schneidergehilfe.
Marie Schröder, Näherin.
Johann Potuček, Sattlergehilfe.
Karl Riedl, Gemischtwaarenverschleißer.
Conrad Ertl, Drechslergehilfe.
Anton Grenik, Magazineur.
Wenzel Lopot, Aufseher.
Karl Anton Gallin, Sicherheitswachinspektor.
Hersch Josef Rosenblat, Börsebesucher.
Eisig Bach, Hutmacher.
Dr. Maximilian Glück, Hof- und Gerichtsadvokat.
Franz Zelniček, Oberconducteur.
Anton Domania, Secretär der Nordbahn.
Franz X. Vogel, Expedient der „Deutschen Zeitung".
Julius Fleißig, Beamter der Nordwestbahn.

St.-R. Dr. Hackenberg referirt über den Antrag des St.-R. Dr. v. Billing wegen Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes an den Magistrats-Director Alexander Krenn, anläßlich seines 60. Geburtstages und beantragt die Verleihung dieser Auszeichnung.

Einstimmig angenommen.

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

St.-R. v. Götz referirt über den Bauamtsbericht bezüglich der in den Feuerwehranstalten befindlichen Gasdruckmesser für das III. Quartal 1891 und beantragt die Kenntnißnahme

(angenommen);

— referirt über Revision der Gaswerke in Gaudenzdorf und Meidling und beantragt, es sei der österreichischen Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft bekannt zu geben, daß die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der Gemeinden Fünfhaus, Sechshaus, Rudolfsheim, Gaudenzdorf, Unter-Meidling, Ober-Meidling, Hetzendorf, Altmannsdorf und Inzersdorf, in die zwischen diesen Gemeinden und der genannten Gesellschaft geschlossenen Verträge über die Beleuchtung des Gebietes der genannten Gemeinden von dem nunmehr ihr zustehenden Rechte der Revision der Gaswerke der österreichischen Gasbeleuchtungs-

Actiengesellschaft in der gleichen Weise wie sie dieses Recht gegenüber der Imperial-Continental-Gas-Association ausübt, Gebrauch zu machen und sohin die Gaswerke der österreichischen Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft vom Jahre 1892 an jährlich revidiren werde (angenommen);

— referirt über die Vorlage der Pläne für das Gaswerk in Hütteldorf und beantragt die Zuschrift der Imperial-Continental-Gas-Association, ddto. 18./12. 1891, Z. 9311, worin dieselbe mittheilt, daß der Verwaltungsrath in London die Vorlage der Pläne über das Gaswerk Hütteldorf dieser Gesellschaft, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des §. 22 des Gasvertrages und ohne Präjudiz für die Rechte der Gesellschaft, genehmigt hat und daß die Ausfertigung der Pläne schon veranlaßt und in kurzer Zeit deren Vorlage zu gewärtigen ist, zur Kenntniß zu nehmen (angenommen);

— referirt über den Bericht des Magistrates bezüglich der Gasbeleuchtung in Heiligenstadt und der Gasabgabe an Private seitens der Gasgesellschaft und beantragt diesen Bericht zur Kenntniß zu nehmen.

Nachdem laut §. 17 des Gasvertrages die Gesellschaft verpflichtet ist, bei Gewährung billiger Gaspreise an die Commune Wien oder die Vororte, selbe auch auf den Vertrag mit Heiligenstadt auszudehnen, erwiesenermaßen außer anderen Gemeinden Ober-Sievring 20 fl. 14 kr. für halbnächtige und 37 fl. 31 kr. für ganznächtige Flammen bezahlt, so ist die Gesellschaft zur Herabsetzung des bisherigen Gaspreises für Heiligenstadt zu verhalten (angenommen).

St.-R. Schneiderhan referirt über den Vorschlag der k. k. Post- und Telegraphen-Direction wegen Bezeichnung des Postbezirkes auf den neu zu beschaffenden Straßen und Haus-Nummertafeln, und beantragt der k. k. Post- und Telegraphen-Direction mitzutheilen, daß auf ihren Vorschlag bei Berathung und Beschlußfassung über die Abänderung der Gassennamen und die Neubeschaffung der Straßentafeln Bedacht genommen und derselbe in Erwägung gezogen werden wird (angenommen);

— referirt über das Ansuchen des Vereines von Kinderfreunden um eine Subvention und beantragt dem genannten Vereine pro 1891 eine Subvention von 500 fl. zu gewähren und zur Ausg.-Rubr. XXXVIII b einen Zuschußcredit in dieser Höhe zu bewilligen.

St.-R. Noske beantragt, dem Vereine eine Subvention von 500 fl. auf 3 Jahre gegen dem zu bewilligen, daß der Rechenschaftsbericht und das Statut dem Stadtrathe vorgelegt wird und jederzeit der Widerruf durch den Stadtrath erfolgen kann.

Der Antrag des St.-R. Noske wird abgelehnt, der Referenten-Antrag wird angenommen.

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referirt über einige Zusätze zu den Stadtraths-Beschlüssen vom 16. und 17. December 1891 bezüglich des Programmes für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien.

Unter Berücksichtigung der hierüber im Laufe der Debatte gegebenen Anregungen und gemachten Bemerkungen, beantragt Referent endgiltig folgenden Wortlaut:

I. Die Gemeinde Wien ertheilt dem beiliegenden Programme für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung der nachstehenden großen Verkehrsanlagen in Wien u. zw.:

1. Der Wiener Stadtbahn,

2. der Regulirung des Wienflusses unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle,

3. der Anlage von Hauptsammelcanälen beiderseits des Donaucanals.

4. der Umwandlung des Donaucanals in einen gegen größere Hochwässer geschützten Handels- und Winterhafen,

ihre Zustimmung unter der Bedingung, daß dieses Programm, einschließlich der Beitragsleistung des Landes in dem im Art. IX genannten Ausmaße vom n.-ö. Landtage genehmigt werde und für dasselbe behufs Betheiligung des Staates in dem im Art. IX genannten Ausmaße die verfassungsmäßige Genehmigung erwirkt wird, und daß die Bewilligung der vom Lande und vom Staate zu leistenden Beiträge behufs Ausführung der in Rede stehenden Verkehrsanlagen innerhalb der programmmäßigen Bauperiode bis Ende des Jahres 1900 schon derzeit erfolge.

II. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit:

1. den Beitrag zur höchstens 4%igen Verzinsung des zur Geldbeschaffung für die im Punkte I genannten, in Gemäßheit der in den Punkten III, IV, V und VI des Programmes enthaltenen Bestimmungen auszuführenden Verkehrsanlagen erforderlichen gemeinsamen Anlehens und zur Tilgung des letzteren innerhalb längstens 90 Jahren zu leisten und für die Wienflußregulirung auch die Verzinsung und Amortisation jenes Betrages zu leisten, welcher über den Betrag von 15 Millionen bis zum voraussichtlichen Betrage von 20 Millionen auflauft.

2. Die im Punkte XIII, Z. 2 und 3 vorgesehene Bewilligung zur unentgeltlichen Benützung von Gemeindestraßen und zur unentgeltlichen Abtretung oder Belastung von Gemeindegrundstücken zu ertheilen.

III. Der Bürgermeister wird ermächtigt, das zur Ausführung dieses Programmes nothwendige Uebereinkommen mit der Regierung und dem n.-ö. Landes-Ausschusse abzuschließen.

Diese Anträge werden angenommen.

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

St.-R. Vaugoin referirt über das Ansuchen des Ortsschulrathes Kaiser-Ebersdorf um einen Beitrag zur Anschaffung von Winterkleidern und Schuhen für arme Schulkinder und beantragt zu gedachtem Zwecke eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen und diesen Betrag auf das Gebarungsresultat zu verweisen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, ausnahmsweise 50 fl. zu bewilligen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Abweisung.

Diese beiden Anträge werden zurückgezogen.

Der Referent stellt zu seinem Antrage den Zusatz-Antrag, den Betrag von 100 fl. nur ausnahmsweise das eine Mal zu bewilligen.

Der Referenten-Antrag wird angenommen;

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten;

— referirt über das Offert des Adolf Mogyorosy auf Ankauf eines städtischen Grundes in der Bleichergasse im IX. Bezirke und beantragt, dem Genannten den im Plane mit den Buchstaben o, p, r (roth) f, g, h, i, k, o (roth) umschriebenen im Grundbuche des IX. Bezirkes unter Einl.-Z. 156 inneliegenden städtischen Grund in der Bleichergasse im IX. Bezirk im Ausmaße von 223·63 Quadratmeter zum Preise von 24 fl. per Quadratmeter, somit um den Betrag von 5367 fl. 12 kr. unter nachstehenden Bedingungen zu verkaufen:

1. Die Hälfte des Kaufschillings bei der Vertragsunterfertigung an die Gemeinde Wien zu Handen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen, den Rest binnen Jahresfrist einzubezahlen, einstweilen mit 5% Zinsen rücksichtlich Zinseszinsen zu verinteressiren, die Zinsen am 1. Mai und 1. November zu bezahlen, auf den Abzug von 5% der Interessen als Einkommensteuer zu verzichten.

2. Dem Käufer das Recht zu wahren, den Kaufschilling auch früher zu bezahlen.

3. Das Pfandrecht für die Kaufschillingsrestforderung der Gemeinde Wien auf der erkauften Realität primo loco sicherzustellen.

4. Die mit der Ausfertigung des Vertrages verbundenen Stempel und Legalisirungskosten, die Kosten für die Pfandrechts- und Eigenthumseinverleibungen und für die Löschungsquittung, sowie die Vermögensübertragungs-Gebühren hat der Käufer allein zu tragen

diese Anträge werden angenommen;

— referirt bezüglich der Einlösung der Häuser Nr. 92 und 94 Magdalenenstraße im VI. Bezirke und beantragt, ein Comité aus drei Mitgliedern des Stadtrathes einzusetzen, welches behufs Erwerbung dieser Häuser mit dem Eigenthümer in Verhandlung zu treten haben (angenommen);

— referirt über den Antrag des Gem.-Rathes Gräf wegen unentgeltlicher Benützung der Friedhofscapelle in Ottakring bei Vornahme der kirchlichen Einsegnung der beigesetzten Leichen und beantragt, die gebührenfreie Benützung zu bewilligen (angenommen);

— referirt über die Widmung eines Ehrengrabes für Wilhelm Ritter v. Haidinger und beantragt, für den am 19. März 1871 in Wien verstorbenen k. k. Hofrath Wilhelm Ritter v. Haidinger ein an der Friedhofsmauer gelegenes Ehrengrab im Wiener Central-Friedhofe zu widmen, und weiters zu genehmigen, daß auch dessen am 7. Jänner 1890 verstorbene Gattin Auguste v. Haidinger in diesem Ehrengrabe beigelegt und daß das auf der Gruft im aufgelassenen Dornbacher Friedhofe befindliche Monument nach vorheriger Erneuerung des Wappens auf dem Ehrengrabe aufgestellt werde (angenommen);

Während dieses Referates hat **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** den Vorsitz übernommen.

St.-R. Vaugoin referirt ferner über das Ansuchen des Vereines zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke und beantragt, dem genannten Vereine pro 1891 eine Subvention von 30 fl. zu bewilligen (angenommen).

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

Der Vorsitzende bringt den Ausweis über die im December 1891 abgehaltenen Commissionen, an welchen Stadtrathsmitglieder theilnahmen, sowie den Ausweis über die dem Wiener Stadtrathe im Monate December zur Erledigung zugekommenen Actenstücke zur Verlesung:

Einlauf (1. December bis incl. 31. December . .	464 Stück
Hievon wurden durch den Stadtrath erledigt	178 „
weiters wurden dem Gemeinderathe zur Schlußfassung zugemittelt	23 „
In Berathung befinden sich noch	286 „

(wird zur Kenntniß genommen).

St.-R. Dr. v. Billing referirt über den Statthalterei-Erlaß vom 30. November 1891, Z. 71067, wonach der am 30. October 1891 verstorbene Constantin Fürst Czartorysky zur Gründung einer Constantinstiftung zur Ausstattung armer Mädchen in den Gemeinden Weinhaus, Währing, Gersthof und Pötzleinsdorf, Grundentlastungen im Nominalwerth von 24.000 fl. österr. Währg. legirt hat (wird zur Kenntniß genommen);

— referirt über den Antrag des Gem.-Rathes Bock wegen Beerdigung Verstorbener in Neulerchenfeld auf dem Ottakringer Friedhofe (wird vertagt);

— referirt über die Noten der k. k. Bezirkshauptmannschaft Währing vom 17. December 1891, Z. 1346 und vom 28. December 1891, Z. 11979, bezüglich Behebung der Entscheidung der *Gemeinde Ober-Döbling vom 11. Juli 1891, Z. 9724,* bezüglich Auftrages an Franziska von Wertheimstein wegen Baues einer Weg- und Gartenabschlußmauer bei Nr. 98 Hauptstraße in Ober-Döbling und beantragt, von einem Rekurse gegen diese Entscheidung abzusehen (angenommen).

St.-R. Dr. Vogler referirt über die Note des Bezirksschulrathes vom 4. December 1891, Z. 11095, betreffend die definitive Versetzung des Lehrers Josef Heinl in Kritzendorf als Unterlehrer in Kahlenbergerdorf und beantragt, der Versetzung des Lehrers Josef Heinl in der Eigenschaft eines definitiven Unterlehrers an die Schule in Kahlenbergerdorf nicht zuzustimmen (angenommen).

— referirt über die provisorische Bestellung des Unterlehrers Josef Reiter vom Beginne des Jahres 1892 ab, für die Ertheilung des Gesangsunterrichtes am Mariahilfer Communal-, Real- und Obergymnasium gegen Anweisung der Remuneration von 70 fl. jährlich für jede wöchentliche Unterrichtsstunde (angenommen);

— referirt über die Flüssigmachung von Activitätszulagen und beantragt, den in der Note des Bezirksschulrathes vom 24. December 1891, Z. 12167, verzeichneten Lehrpersonen, die zweite Activitätszulage flüssig zu machen (angenommen);

— referirt über den Antrag des Gem.-Rathes Tagleicht wegen Einstellung der Kosten für die Activirung des Marktes auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses im II. Bezirke in das Budget des Jahres 1892 und beantragt, denselben durch die Einstellung der bezüglichen Kosten in das Budget pro 1892 als erledigt anzusehen (angenommen);

— referirt über die Note des Bezirksschulrathes vom 2. April 1890, Z. 44, wegen Erbauung eines Schulhauses auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses im II. Bezirke und beantragt, dieselbe als durch die Erwerbung eines Schulbauplatzes in der Winkelgasse und die Uebersiedlung einiger Schulen im II. Bezirke als gegenstandslos zur Kenntniß zu nehmen. (angenommen).

St.-R. Witzelsberger referirt über die provisorische Bestellung eines Effectenschätzmeisters in der Sechshauser Pfandleihanstalt und beantragt, die im Sinne des §. 21, al. 3, der Geschäftsordnung erfolgte provisorische Bestellung des Johann Rengstl zum Effecten- und Pretiosen-Schätzmeister gegen ein Taggeld von 2 fl., jedoch nur für die Dauer der Erkrankung des Schätzmeisters Franz Binder gegen dem zu genehmigen, daß derselbe die Caution von 500 fl. unverzüglich auf den Betrag von 1000 fl. ergänzt (angenommen);

— referirt über die Bewilligung eines Zuschußcredites und beantragt, zur Ausgabe-Rubrik XXVIII$_{2}$2 d, „Kosten der Beleuchtung am Centralviehmarkte" einen Zuschußcredit von 1550 fl. zu bewilligen (angenommen);

— referirt über die Bewilligung eines Zuschußcredites und beantragt, zur Ausgabe-Rubrik XXVIII 1 b, „Kostgelder der Beamten des Markt-Commissariates" einen Zuschußcredit von 600 fl. zu bewilligen (angenommen);

— referirt über die Bewilligung eines Zuschußcredites und beantragt, zur Ausgabe-Rubrik XXVIII 2 r, „Sonstige Erfordernisse für den Centralviehmarkt" einen Zuschußcredit von 300 fl. zu bewilligen (angenommen).

St.-R. Dr. Stenzl referirt über die Creirung von 20 Freiplätzen für scrophulöse Kinder im Maria Theresia-Seehospiz zu St. Pelagio seitens des Versorgungsfondes. Derselbe beantragt mit Bezug auf den Gemeinderathsbeschluß vom 12. November 1890, Z. 6550, daß

1. auch im Jahre 1892 im obgenannten Hospize für Rechnung des allgemeinen Versorgungsfondes 20 Plätze für arme scrophulöse, in Wien heimatsberechtigte Kinder kontinuirlich besetzt zu halten seien,

2. daß dem Vereine zur Errichtung und Förderung von Seehospizen und Asylen für jeden besetzten Platz eine Verpflegsgebühr von 80 kr. per Tag zu leisten und demselben außerdem die separat aufzurechnenden durch den Transport der Kinder nach St. Pelagio und zurück nach Wien entstehenden Kosten zu vergüten wären.

3. Weiters wäre an den Verein das Ersuchen zu stellen, auch im Jahre 1892, wie bisher vom Magistrate zugewiesene Kinder bis zur Zahl 10 ohne Rücksicht auf das Heimatsrecht unentgeltlich in das Seehospiz aufzunehmen (angenommen);

— referirt über die Besetzung einer städtischen Arztensstelle und beantragt, die erledigte städtische Arztensstelle mit dem Jahresgehalte von 1000 fl., 5 Quinquennien à 200 fl. und 30%igem Quartiergelde dem Sanitäts-Assistenten bei der k. k. n.-ö. Statthalterei Dr. August Böhm zu verleihen (angenommen).

Die Sitzung wird sohin geschlossen.

Bezirksausschüsse.

Die Kanzlei des Bezirksausschusses befindet sich und zwar:

Für den **I. Bezirk,** Neues Rathhaus, Rathhausstraße 12, 8. Stiege, 1. Stock.
Vorsteher: **Anton Picker.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Franz Plehan.**

Für den **II. Bezirk,** Gemeindehaus, Kleine Sperlgasse 10.
Vorsteher: **Josef Mumb.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Karl Lud. Schwab.**

Für den **III. Bezirk,** Gemeindehaus, Gemeindeplatz 3.
Vorsteher: **Johann Schober.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Josef Zerza.**

Für den **IV. Bezirk,** Gemeindehaus, Schäffergasse 3.
Vorsteher: **Matthäus Bayer.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Ignaz Wanek.**

Für den **V. Bezirk,** Gemeindehaus, Hundsthurmerstraße 58.
Vorsteher: **Johann Flurschütz.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Johann Pointner.**

Für den **VI. Bezirk,** Gemeindehaus, Amerlingstraße 11.
Vorsteher: **Johann Grabner.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Adalbert Bukl.**

Für den **VII. Bezirk,** Gemeindehaus, Neubaugasse 25.
Vorsteher: **Franz Weidinger.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Georg Granadia.**

Für den **VIII. Bezirk,** Gemeindehaus, Schmidgasse 18.
Vorsteher: **Dr. Johann Loidold.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Johann Müller.**

Für den **IX. Bezirk,** Gemeindehaus, Währingerstraße 43.
Vorsteher: **Franz Löblich.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Karl Kaiser.**

Für den **X. Bezirk,** Gemeindehaus, Keplerplatz 5.
Vorsteher: **Josef Bauer.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Mathias Pabeschitz.**

Für den **XI. Bezirk,** Simmering, Gemeindehaus, Hauptstraße 82.
Vorsteher: **Gregor Grill.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Michael Martschitz.**

Für den **XII. Bezirk,** Unter-Meidling, Gemeindehaus, Meidlinger Hauptstraße 4.
Vorsteher: **Adalbert Schkorepa.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Johann Planner.**

Für den **XIII. Bezirk,** Hietzing, Gemeindehaus, Mayerhofgasse 5 (provisorisch).
Vorsteher: **Franz Hanfelmayer.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Eduard Sauermann.**

Für den **XIV. Bezirk,** Rudolfsheim, Gemeindehaus, Dadlergasse 16 a u. b.
Vorsteher: **Friedrich Holscher.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Alois Brusatti.**

Für den **XV. Bezirk,** Fünfhaus, Gemeindehaus, Gasgasse 8 und 10.
Vorsteher: **Heinrich Stagl.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Andreas Hackl.**

Für den **XVI. Bezirk,** Neulerchenfeld, Gemeindehaus, Hauptstraße 52 u. 54.
Vorsteher: **Robert Ulrich.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Karl Mayer.**

Für den **XVII. Bezirk,** Hernals, Gemeindehaus, Elterleinplatz 2.
Vorsteher: **Franz Helbling.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Lorenz Bayer.**

Für den **XVIII. Bezirk,** Währing, Gemeindehaus, Martinsstraße 100.
Vorsteher: **Jakob Gerlach.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Johann Kahlig.**

Für den **XIX. Bezirk,** Unter-Döbling, Gemeindehaus, Gemeindegasse 2 (provisorisch).
Vorsteher: **Josef Friedl.**
Vorsteher-Stellvertreter: **Johann Oesterreicher.**

Magistratische Bezirksämter.

Der Amtssitz der mit 1. Jänner 1892 in Function getretenen magistratischen Bezirksämter ist folgender:

Für den **I., VIII.** und **IX. Bezirk,** I., Neues Rathhaus, Magistratsstraße 1, 4. Stiege, Hochparterre.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Dr. Karl Keitler.**

Für den **II. Bezirk,** II., Gemeindehaus, Kleine Sperlgasse 10.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Eduard Wierer.**

Für den **III. Bezirk,** III., Gemeindehaus, Gemeindeplatz 3.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Franz Schader.**

Für den **IV.** und **V. Bezirk,** IV., Gemeindehaus, Schäffergasse 3.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Franz Zechmeister.**

Für den **VI.** und **VII. Bezirk,** VII., Gemeindehaus, Neubaugasse 25.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Rudolf Schelle.**

Für den **X. Bezirk,** X., Gemeindehaus, Simmeringerstraße 130.
Amtsleiter: Magistrats-Secretär **Franz Vilimek.**

Für den **XI. Bezirk,** XI., Simmering, Gemeindehaus, Hauptstraße 82.
Amtsleiter: Magistrats-Secretär **Karl Koch.**

Für den **XII. Bezirk,** XII., Unter-Meidling, Gemeindehaus, Meidlinger Hauptstraße 4.
Amtsleiter: Magistrats-Secretär **Dr. Ferdinand Seltsam.**

Für den **XIII. Bezirk,** XIII., Hietzing, Neugasse 12.
Amtsleiter: Magistrats-Secretär: **Dr. Julius Jaitner.**

Für den **XIV.** und **XV. Bezirk,** XV., Fünfhaus, Friedrichsplatz 1 und 3.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Eduard Maly.**

Für den **XVI. Bezirk,** XVI., Ottakring, Gemeindehaus, Abelegasse 29.
Amtsleiter: Magistrats-Rath **Eduard Dreßler,**

Für den **XVII. Bezirk,** XVII., Hernals, Gemeindehaus, Elterleinplatz 2.
Amtsleiter: Magistrats-Secretär **Ferdinand Wecko.**

Für den **XVIII. Bezirk,** XVIII., Währing, Gemeindehaus, Martinsstraße 100.
Amtsleiter: Magistrats-Secretär **Alois Kremžar.**

Für den **XIX. Bezirk,** XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 58 (provisorisch).
Amtsleiter: Magistrats-Secretär **Karl Groll.**

Allgemeine Nachrichten.

(Ball der Stadt Wien.) Die Vormerkungen für die Ballkarten zu dem am 27. Jänner d. J. stattfindenden Balle der Stadt Wien werden im Präsidialbureau des Gemeinderathes (Rathhaus) vom 10. bis 17. Jänner, täglich zwischen 9—2 Uhr, entgegengenommen. Der Verkauf der Karten findet vom 18. Jänner an im Gemeinderathspräsidium statt.

* * *

(Schulangelegenheiten.)

Wahlen der Ortsschulräthe. Die Ergebnisse der Ortsschulrathswahlen liegen nunmehr aus drei Gemeindebezirken vor, und zwar wurden gewählt:

Im III. Bezirke (Landstraße):

a) als Mitglieder:

1. Rother Albert, Kaufmann, III., Reisnerstraße 15.
2. Zoeller Otto, Hausbesitzer, III., Kollergasse 3.
3. Gierster Josef, k. und k. Militär-Professor, III., Beatrixgasse 19.
4. Klemm Josef, Hausbesitzer, III., Ungargasse 21.
5. Umlauf Alexander, Bürger und Glaser, III., Salesianergasse 24.
6. Zerza Josef, Hausbesitzer, III., Rudolfsgasse 6.
7. Dr. Schmiedl Josef, Advocat, III., Hauptstraße 33.
8. Süttinger August, Spängler, III., Seidlgasse 4.
9. Posch Josef, Oberlehrer, III., Messenhausergasse 12.
10. Reiter Carl, Med. Dr., III., Custozzagasse 2 mit je eilf und 11. Gruber Theodor, Bürgerschullehrer, III., Barichgasse 11, mit zehn Stimmen.

b) als Ersatzmänner:

1. Popper Philipp, Hausbesitzer, III., Obere Viaductgasse 34.
2. Gruedl Rudolf, Bürger und Kleidermacher, III., Ungargasse 46, Beide mit eilf Stimmen.

Im VII. Bezirke (Neubau):

a) als Mitglieder:

1. Franz Weidinger, Bezirksvorsteher.
2. Georg Granadia, Bezirksvorsteher-Stellvertreter.
3. Dr. Jakob Meisl, Hof- und Gerichts-Advocat.
4. Dr. Wenzel Stärz.
5. Franz Jankä, Glasermeister und Hausbesitzer.
6. Franz Frank, Volksschuldirector.
7. Ludwig Häusler, Kunststicker.
8. Anton Kreuzig, Kleidermacher und
9. Franz Ströbl, Bürger und Hausbesitzer.

b) als Ersatzmänner:

1. Adam Cziczek, Ledergalanteriewaaren-Fabrikant.
2. Carl Schmidt, Hausbesitzer, sämmtlich mit absoluter Stimmenmehrheit.

Bezüglich des Mitgliedes Ludwig Häusler, welches die Wahl nicht annehmen zu können erklärte, stellte sich die Nothwendigkeit einer Neuwahl heraus, deren Ergebniß noch aussteht.

Im XVII. Bezirke (Hernals):

a) als Mitglieder:

1. Rudolf Sedlaczek, Hausbesitzer, Hernals, Hauptstraße 105.
2. Georg Klein, Hausbesitzer, Hernals, Hauptstraße 53.
3. Leopold Fürnkranz, Kaufmann, Hernals, Mayßengasse 35.
4. Ignaz Pfleger, Hausbesitzer, Hernals, Schmerlinggasse 35
5. Josef Rand, Gastwirth, Hernals, Blumengasse 43.
6. Karl Gassenmaier, Hausbesitzer, Hernals, Kirchengasse 70.
7. Wenzel Stuna, k. k. Rechnungsrevident, Hernals, Syringgasse 9 und
8. Johann Steinmetz, Baumeister in Dornbach, Hauptstraße 115.

b) als Ersatzmänner:

1. Karl Kreczek, Hausbesitzer, Hernals, Steinergasse 13 und
2. Josef Ungrad, Hausbesitzer, Hernals, Gerlgasse 17.

(Gewerbebewegung.)

(Gewerbeanmeldungen vom 2. Jänner 1892).

Frankl Adolf und Popper Josef, Agentur, I., Rothenthurmstraße 37.
Hugo Rella, Bauunternehmung unter ausschließlicher Verwendung berechtigter Gewerbsleute, VIII., Schmidgasse Nr. 4.
Hugo Rella, Baumaterialienhandel, VIII., Schmidgasse Nr. 4.
Weber Alois, Verschleiß von Blasinstrumenten, II., Staudingergasse.
Heinrich Sachs, fabriksmäßige Erzeugung von Bronzewaaren, VIII., Bennogasse Nr. 5.
Jakob Peschek, Cravatten-Erzeugung, IX., Gürtelstraße 24.
Reichenstein Alexander, Commissionshandel mit Börseeffecten, I., Maria-Theresienstraße 18.
Kassel Sigmund, Getreidecommissionshandel, II., Taborstr. 25.
Huffler Carl Moriz, Dr., Winterstein Albert, Garncommissions- und Agentursgeschäft, I., Maria Theresienstraße 32.
Gericke Alfred, Commissionshandel mit Velocipèdes und technischen Artikeln, I., Liebenberggasse 7.
Grünwald Paul L., Commissionshandel mit Wein, I., Opernring 5.
Winter Ignaz, Commissionshandel, I., Werderthorgasse 4.
Carl Scharrer, Fleischselcherei, XII., Hetzendorf, Neugasse 3.
Ignaz Wimmer, Flaschenbierverschleiß, V., Einsiedlerplatz 9.
Georg Kerschbaum, Kleinfuhrmann, V., Matzleinsdorferstr. 57.
Carl Wenzel Janduſek, Friseur, XII., Hetzendorf, Hauptstraße 86.
Schaufrau Johann, Friseur, I., Riemergasse 2.
Julius Knirzinger, Dienstmanngewerbe, XIX., Oberdöbling, Hauptstraße, Ecke der Hermannstraße.
Deutsch Jahob, Galanteriewaarenverschleiß, XV., Schönbrunnerstraße 36.
Theresia Hinterwöger, Großfuhrgewerbe, IX., Vereinsstiege 4.
Wilhelm Lemberger, Handelsagent, IX., Seegasse 4.
Steinbuch Theodor, Handel mit Gummiwaaren und Bandageartikel, I., Kärnthnerstraße 14.
Schlesinger Sigmund, Handel mit Tuchwaaren und Huterwaaren, I., Salzthorgasse 1.
Riehl Johann, Handel mit Wein in verschlossenen Flaschen und Gebinden, XVIII., Weinhaus, Hauptstraße 27.
Marie Labut, Gemischtwaarenhandel, XVIII., Neugersthof, Scheidlgasse 15.
Sigmund Reinitz, Gemischtwaarenhandel, VII., Kirchengasse 15.
Abraham Händel, Gemischtwaarenhandel mit Ausschluß des Petroleumhandels, I., Salzgries 23.
Jacques Jak. Watlis, Gemischtwaarenhandel, I., Singerstraße 2.
Mathias Kronberger, Gemischtwaaren-Verschleiß, XIX., Heiligenstadt, Beethovengasse 11.
Ludwig Schuh, Gemischtwaaren-Verschleiß, XVIII., Neugersthof, Feldgasse 38.
Carl Vorberg, Gemischtwaaren-Verschleiß, XVIII., Gürtelstr. 66.
Siegfried Hermann, Gemischtwaaren-Verschleiß, XVIII., Kirchengasse 9.
Franziska Schneider, Gemischtwaaren-Verschleiß mit Petroleum, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 29.
Josef Hafenoder, Gemischtwaaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Sigmundgasse Nr. 9.
Anton Blaschek, Gemischtwaaren-Verschleiß, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 79.
Leopold Fried, Gemischtwaaren-Verschleiß, XII., Gaudenzdorf, Hauptstraße 10.
Franz Melzer, Gemischtwaaren-Verschleiß, XII., Unter-Meidling, Albertgasse 1.
Caroline Anna Primmer, Gemischtwaaren-Verschleiß, XI., Ebersdorferstraße 464.
Bernhard Toch, Gemischtwaaren-Verschleiß, IX., Serviteng. 1.
Marie Schorgmeier, Gemischtwaaren- und Petroleum-Verschleiß, IX., Roßauerlände 25.
Franz Stowik, Gemischtwaaren-Verschleiß, IX., Porzellang. 44.
Wilhelm Feigl, Gemischtwaaren-Verschleiß, VIII., Alserstr. 47.
Innocenz Stehlik, Gemischtwaaren-Verschleiß, V., Hundsthurmerstraße 128.
Elisabeth Mühlhofer, Gemischtwaaren-Verschleiß, V., Anzengrubergasse 10.
Carl Hofer, Gemischtwaaren-Verschleiß, IV., Schaumburgergasse 10.
Franziska Pokorny, geb. Steffek, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Klanggasse 7.
Caspar Slamšek, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Valeriestr. 8.
Max Spira, Gemischtwaaren-Verschleiß, I., Seitenstettengasse 3.
Albin Krajewski, Gemischtwaaren-Verschleiß, I., Giselastraße 1.

Gustav Neurath, Gemischtwaaren-Verschleiß mit Ausschluß des Petroleum-Verschleißes, I., Amalienstraße 3.
August Mara, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XVIII., Sternwartestraße 2.
Theresia Picher, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XIV., Peveiragasse 1.
Johanna Althuber, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XIV., Rudolfsheim, Salzergasse 8.
Anton Schaffhauser, Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks, IX., Währingerstraße 53.
Mathias Hominger, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, VIII., Laudongasse 44.
Johann Eichinger, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, II., Lessinggasse.
Florian Tichaček, Kleidermacher, II., Scholzgasse 9.
Heinrich Kaufmann, Kleidermacher, II., Wallensteinstraße 27.
Emil Schmidl, Kurzwaarenhandel, I., Tuchlauben 15.
Michael Lorenz jun., Weiß- und Kurzwaarenhandel, I., Bauernmarkt 18.
Isidor Lichtenstern, Salomon Lichtenstern, Currentwaarenhandel, I., Morzinplatz 1.
Adolf Wisner, Liqueur- und Rumerzeugung, II., Mathildeng. 1.
Johann Stalzer, Maronibrater, XVIII., Döblingerstraße 15.
Julie Smolensky, Milchmeierei, XVIII., Maynollogasse 5.
Josefa Remec, Milch- und Gebäckverschleiß, XV., Carmeliterhofgasse 9.
Anton Schmidt, Milch- und Brotverschleiß, XV., Fünfhaus, Würfelgasse 10.
Johann Schorz, Milch- und Gebäckverschleiß, IX., Bleicherg. 1.
Samuel Edelheit, Pfaidler, IX., Währingerstraße 2.
Bertha Stahlmayer, Pfaidlerei und Vordruckerei, IX., Nußdorferstraße 12 b.
Amalie Kraser, Pfaidlerin, VIII., Kochgasse 3.
Barbara Rieder, Pfaidlerin, II., Schmelzgasse 3.
Theodor Kleinert, Pfaidler, II., Kaiser Josefsstraße 30.
Moriz Morgenstern, Pfaidler, I., Werderthorgasse 4.
Judith Naglos, Pfaidlerin, I., Salvatorgasse 10.
Julius Bründl, Schlossergewerbe, XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 43.
Georg Schneider, Stadtlohnfuhrgewerbe, IX., Nußdorferstraße 84.
Hubert Schäfer, Schiefer- und Ziegeldeckergewerbe, I., Wollzeile 15.

(Wird fortgesetzt.)

Militär- und Conscriptionswesen.

(Militärangelegenheiten.)

Nach einer Zuschrift des k. und k. 2. Corps-Commandos vom 10. December 1891, M. A. Nr. 15778, an den Wiener Magistrat übersiedelte am 15. December 1891 das Ergänzungs-Bezirks-Commando Nr. 84 von Wr.-Neustadt nach Wien, IX. Bezirk, Roßauer Kaserne.

In Wien werden daher zwei Ergänzungs-Bezirks-Commanden bestehen, und zwar:

Nr. 4, III. Bezirk, Rennweger Artillerie-Kaserne, für den Stadtbezirk (I. bis XIX. Bezirk).

Nr. 84, IX. Bezirk, Roßauer Kaserne, für die k. k. Bezirkshauptmannschaften Baden, Bruck a. d. L., Groß-Enzersdorf, Hietzing, Ober-Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach, Neunkirchen, Tulln und Wr.-Neustadt, dann für den Stadtbezirk Wr.-Neustadt.

Für die letztgenannten 11 Bezirke wurde vom 5. Jänner 1892 an eine ständige Stellungs-Commission activirt.

* * *

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit Erlaß vom 20. December 1891, Z. 77734, dem Wiener Magistrate Folgendes eröffnet:

Aus Anlaß der Verlegung des k. und k. Ergänzungs-Bezirks-Commandos Nr. 84 von Wr.-Neustadt nach Wien, IX. Bezirk, Roßauer Kaserne, findet die k. k. Statthalterei im Einvernehmen mit dem k. und k. 2. Corps-Commando und dem k. k. Landwehr-Commando in Wien, unter Auflassung der ständigen Stellungs-Commission in Wr.-Neustadt, in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 102 der Wehrvorschrift, I. Theil, für den neuen aus den Stellungsbezirken: Baden, Bruck a. d. Leitha, Groß-Enzersdorf, Hietzing, Umgebung, Ober-Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach, Neunkirchen, Tulln, Wr.-Neustadt, Stadt und Umgebung, bestehenden Ergänzungsbezirk Nr. 84 eine ständige Stellungs-Commission am Amtssitze der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing und Umgebung mit dem Standorte in Penzing, Hauptstraße Nr. 59, aufzustellen, welche ihre Amtshandlung am 5. Jänner 1892 zu beginnen und fernerhin an den im §. 102:3 der bezogenen Wehrvorschriften bestimmten Tagen zu fungiren haben wird.

M. Z. 458226
XVII.

Kundmachung.

Am 3. und 4. Februar 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, feuerfeste Cassen, Möbel, Claviere, Bücher, Nähmaschinen, Kleider, Wäsche, Schuhwaaren, ꝛc. ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im neuen Rathhause VI. Hof, Parterre, einfinden. Die Auctionsstunden sind von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags.

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 6. Jänner 1892.

Concurs-Ausschreibungen.

Hilfsarztens-Stelle in der städtischen Versorgungs-Anstalt in Wien.

In der **Wiener städtischen Versorgungs-Anstalt**, IX., Spitalgasse 23, ist vom 1. April 1892 an **die Stelle eines Hilfsarztes** zu besetzen.

Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt von 800 fl. und die Bequartierung in der Anstalt verbunden. Die Anstellung erfolgt auf 3 Jahre unter Festsetzung einer beiden Kontrahenten zustehenden vierteljährigen Kündigung des Dienstverhältnisses. Nach Ablauf von 3 Jahren kann die Anstellung erneuert werden und wird bei Verleihung von definitiven Hausarzten-Stellen auf den Hilfsarzt Bedacht genommen.

Bewerber um diese Stelle haben in ihren Gesuchen in Gemäßheit des §. 11 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten nachzuweisen, daß sie Doktoren der Medizin und Chirurgie, sowie Magister der Geburtshilfe, beziehungsweise Doktoren der gesammten Heilkunde sind. Die mit diesen Nachweisen, dann dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Heimatsdokumente und den Nachweisen über die eventuelle bisherige Verwendung zu versehenden, ordnungsmäßig zu stempelnden Gesuche sind bis längstens **31. Jänner 1892** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen. Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates. — Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 2. Dienstag, den 12. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 8. Jänner 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters **Dr. Joh. Nep. Prix.**

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Bürgermeister Dr. Prix** macht derselbe nachstehende Mittheilungen:

1. Gem.-Rath Dr. Daum entschuldigt sein Ausbleiben. — Wird zur Kenntniß genommen.

2. Se. k. u. k. Hoheit der durchl. Prinz Erzherzog Rainer hat dem Centralvereine zur Beköstigung armer Schulkinder den Betrag von fünfzig Gulden gespendet. — Wird der Dank votirt.

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Zuschriften der Statthalterei zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest nachstehende Einläufe:

3. Erlaß Sr. Excell. des Herrn Statthalters von Nieder-Oesterreich vom 5. Jänner 1892, Pr. Z. 96.

In der Sitzung des Gemeinderathes vom 29. December 1891 hat das Mitglied des Gemeinderathes Leopold Steiner folgende Behauptungen vorgebracht: „Die Finanzer seien, als sie zum Zwecke der Nachversteuerung verzehrungssteuerpflichtiger Objecte von Haus zu Haus gingen, um die steuerpflichtigen Objecte aufzunehmen, in unerhört rücksichtsloser Weise vorgegangen".

Dann „Der Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft habe in einer Versammlung der Fleischhauer die Unterredung mit mir in der Frage der Marktverhältnisse und der Approvisionirung Wiens in der Weise dargestellt, daß *ich demselben gesagt hätte: Wenn die Fleischhauer in den Vororten mit den Preisen nicht ihr Auskommen finden, mögen sie ganz einfach mit den Preisen hinaufgehen*".

Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung den folgenden Sachverhalt hinsichtlich der vorerwähnten Behauptungen des Herrn Steiner zur Kenntniß der Versammlung zu bringen.

Was zunächst den Vorgang bei der Nachversteuerung verzehrungssteuerpflichtiger Gegenstände in dem mit 21. December 1891, zum Wiener Verzehrungssteuergebiete hinzugekommenen Gebiete betrifft, so steht Folgendes fest:

Der Verkehr bei allen Nachversteuerungsämtern hat sich glatt abgewickelt und ist weder von Seite der Finanzorgane noch von Seite irgend einer Partei irgend eine Beschwerde vorgebracht worden; die Organe der Finanzverwaltung waren in der Lage, über das loyale Verhalten der Parteien voll Anerkennung zu berichten. Sowohl der Vice-Präsident der Finanz-Landesdirection, als der Finanz-Bezirksdirector persönlich, als die zwei hiezu eigens bestellten Commissäre haben sich von dem klaglosen Verlaufe dieser Nachbesteuerung überzeugt, und den Vorgang der untergeordneten Organe insbesondere in der Richtung überwacht, ob nicht etwa durch diesen Anlaß zu Beschwerden geboten würde.

Nachdem überdies sowohl während der Abwicklung des Nachversteuerungsgeschäftes selbst, als bis zum heutigen Tage weder bei der Finanz-Landes- noch bei der Finanz-Bezirksdirection irgend eine Beschwerde über das Vorgehen der Functionäre der Nachversteuerungsämter weder mündlich noch schriftlich vorgebracht worden ist, muß jede, ohne Anführung bestimmter Thatsachen erhobene Anschuldigung gegen das Vorgehen der bezeichneten Amtspersonen um so nachdrücklicher zurückgewiesen werden, als die Durchführung des ganzen Geschäftes genau nach den vom hohen Finanzministerium erlassenen Anordnungen in der rücksichtsvollsten Weise erfolgt ist.

Von der ganzen Erzählung des Herrn Gem.-Rathes Steiner über die angeblich von mir gegenüber dem Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft Josef Wimmer gemachten Aeußerungen ist nur das Eine richtig, daß dieser Genossenschafts-Vorsteher bei mir erschienen ist, um die Wünsche der Fleischhauer in den erwähnten Fragen zu meiner Kenntniß zu bringen.

Eine Aeußerung, wie sie Gem.-Rath Steiner angeführt hat, ist weder meinerseits vorgekommen, noch hat der genannte Genossenschafts-Vorsteher je erzählt, daß ich eine solche Aeußerung gemacht hätte. (Hört!)

Diese Thatsache wird auch in dem beiliegenden, am 3. Jänner 1892 hieramts mit den Gemeinden, sowie mit den Vorständen der Mödlinger und Klosterneuburger Fleischhauer-Genossenschaft aufgenommenen Protokolle bestätigt.

Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren auch dieses Protokoll in der Gemeinderaths-Sitzung zur Verlesung zu bringen.

Dieses Protokoll lautet:

K. k. n.-ö. Statthalterei am 3. Jänner 1892.

Protokoll

aufgenommen mit den Herren Vorstehern der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft, sowie der Mödlinger und der Klosterneuburger Fleischhauer-Genossenschaft anläßlich des Erscheinens derselben als Deputation namens der bezeichneten drei Genossenschaften.

Den Herren wurde die in der Gemeinderathssitzung vom 29. December 1891 vorgekommene Behauptung des Herrn Gem.-Rathes Steiner, wonach

Se. Excellenz der Statthalter, dem Herrn Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft in der Audienz am 26. December 1891 gesagt haben solle, „wenn die Fleischhauer in den Vororten mit den Preisen nicht ihr Auskommen finden, mögen sie ganz einfach mit den Fleischpreisen hinaufgehen", vorgelesen.

Hierüber erklärt:

Herr Vorsteher Wimmer der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft, daß Sr. Excellenz der Herr Statthalter bei der besagten Audienz diese Aeußerung absolut nicht gemacht habe. (Hört!)

Sämmtliche Herren Deputations-Mitglieder erklären mit Bestimmtheit, daß Herr Wimmer in der Fleischhauerversammlung am 27. December 1891 bei Gelegenheit seiner Berichterstattung über die Audienz bei Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter, die vom Herrn Gem.-Rathe Steiner ihm in den Mund gelegten Worte nicht gesprochen habe.

Nach Verlesung geschlossen und gefertigt.

Joh. Wimmer jun.,
Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft.

Joh. Pfeiffer,
Vorstand der Mödlinger Genossenschaft.

Dann folgen noch zwei Unterschriften.

Ich stelle es sonach der gesammten Gemeindevertretung anheim, den vom Gem.-Rathe Steiner gewählten Vorgang zu beurtheilen, und spreche die bestimmte Erwartung aus, daß solche Versuche zur Aufreizung gegen die Regierung und deren Organe im Gemeinderathe sich in Zukunft nicht wiederholen werden.

Kielmansegg.

(Gelächter links, Beifall rechts.)

Wird zur Kenntniß genommen.

4. Bürgermeister: Ich habe die Ehre, eine Interpellation zu beantworten:

Der Herr Gem.-Rath Herold hat neulich bezüglich des Gesundheitszustandes in Wien eine authentische Mittheilung des Stadtphysikates gewünscht. Dieselbe ist ergangen und erlaube ich mir die entscheidenden Stellen zur Kenntniß der geehrten Versammlung zu bringen.

Es ist, wie aus der Beilage: „Bilanz der öffentlichen Gesundheitswirthschaft in Wien" ersichtlich ist, in Wien seit 10 Jahren eine constante Abnahme der Infectionskrankheiten zu verzeichnen, und zwar ergibt sich ein Gesammtminus der Todesfälle infolge von Blattern, Scharlach, Dysenterie, Abdominal-Typhus, Diphterie und Keuchhusten um mehr als 11.000 Todesfälle.

Außer den gewöhnlichen entzündlichen katarrh. Erkrankungen der Athmungsorgane (wie Lungenentzündung, Bronchitiden) und den acuten Verschlimmerungen der Tuberculose betheiligt sich heuer infolge des pandemischen fast über den ganzen Erdball verbreiteten Auftretens der Influenza allerdings auch diese Krankheitsgruppe an der Erhöhung der Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer Wiens in der letzten Zeit.

Allein es erhellt sowohl aus den Berichten der Amtsärzte, als auch aus den allgemeinen Mortalitätsverhältnissen, daß die Influenza heuer in Wien, und zwar in Bezug auf Extensität und Intensivität ihres Auftretens im Vergleiche mit dem letzten Influenzajahre 1889 und im Vergleiche mit den vielen anderen Großstädten ein mildes und weit günstigeres Verhalten aufweist. (Bravo-Rufe.)

Auch die übrigen Infectionskrankheiten weisen ein vollkommen normales und im Vergleiche zu demselben Zeitraume des Vorjahres sogar günstigeres Verhalten auf.

So sind vom 1. December 1891 bis 1. Jänner 1892 125 Fälle von Infectionskrankheiten weniger gemeldet worden als in demselben Zeitraume des Vorjahres.

Auch die Mortalität nach Infectionskrankheiten ist, wie oben angegeben wurde, im eben abgelaufenen Monate December 1891 geringer als im December 1890 und im Vormonate November 1891, und zwar betragen die Percente von der Gesammtsterblichkeit für die Todesfälle nach Infectionskrankheiten (wie Blattern, Scharlach, Dyphteritis, Croup, Dysenterie, Abdominal-Typhus, Flecktyphus, Puerperalfieber, Masern und Rötheln, Keuchhusten, Rothlauf, Cerebrospinalmeningitis, Milzbrand, Influenza 2c.) im eben abgelaufenen December: 9·6%, im Vormonate November 1891: 10·0%, und im December v. J. 1890: 10·8%.

An diesen geschilderten Morbilitäts- und Mortalitätsverhältnissen hat sich nun auch in den allerletzten Tagen nichts wesentlich geändert, und es kann daher mit vollster Bestimmtheit behauptet werden, daß jede etwaige Befürchtung hinsichtlich eines schlechten Gesundheitszustandes der Stadt Wien, welche in der vorliegenden Interpellation erwähnt wurde, als vollkommen unbegründet bezeichnet werden muß.

Bürgermeister: Ich bitte nunmehr die weiteren Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

5. Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Linke.

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 20. October 1891, — also noch zur Zeit der bei der hohen k. k. Statthalterei tagenden Conferenz über die Neugestaltung des Verkehrswesens in Groß-Wien — habe ich eine Petition eingebracht, in welcher ich die schreckliche Verkehrs-Misère des XI. Bezirkes und die Nothwendigkeit der completten Herstellung der Gürtel-Eisenbahn, im Interesse der städtischen Entwicklung dieses großen Gemeindegebietes und der Anforderungen der bedeutenden Industrie desselben nachgewiesen und den hochgeehrten Herrn Bürgermeister gebeten habe, wegen Gefahr im Verzuge, diese Petition der schleunigsten Erledigung zuzuführen, bei den eben gepflogenen Verhandlungen mit der hohen Regierung dafür Vorsorge zu treffen, daß die Ausführbarkeit dieses Begehrens in gleicher Weise, wie die, die andere Projecte ermöglicht, erforderlichen Falles durch einen commissionellen Localaugenschein die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der von der Bevölkerung gewünschten Verkehrsanlage festgestellt werde.

Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Angelegenheit habe ich diese meine Petition in Druck legen und den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderathes zusenden lassen.

Nachdem mir aber eine Erledigung dieser Petition bisher nicht bekannt geworden ist, das Programm für die finanzielle Sicherstellung und Ausführung der öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien aber bereits von der hohen Regierung sowohl dem hohen Landtage als auch dem löblichen Gemeinderathe zur Berathung vorgelegt wurde, — in diesem Programme sub A I lit. a, die Gürtellinie gerade da aufhört, wo deren Fortsetzung am nothwendigsten wäre, überhaupt der industriereichste XI. Bezirk so behandelt wird, als ob derselbe gar nicht existiren würde, die Hinweisung auf die jetzt schon bestehende durch die Art ihrer Anlage als Hochbahn unseren Bezirk geradezu schädigende Eisenbahn Wien—Aspang und deren eventuelle Benützbarkeit im nächsten Jahrhundert, mehr ein Aergerniß als eine Befriedigung verschaffen kann, — so sehe ich mich veranlaßt, an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister nachstehende Interpellation zu richten und ihn zu bitten, dieselbe in Anbetracht des Umstandes, daß das Verkehrs-Programm schon heute zur Beschlußfassung gelangt, gefälligst sogleich zu beantworten:

1. hat sich der Herr Bürgermeister die Ueberzeugung verschafft, daß im XI. Bezirk, ungeachtet der Beseitigung des Linienwalles, einerseits durch den Central-Viehhof, andererseits durch den Bahnhof der Eisenbahn Wien—Aspang von dem III. Bezirke abgesperrt bleibt, so daß nur die Verlängerung der Hauptstraße den einzigen Ausweg ermöglicht und daß dieser industriereiche Bezirk auch andererseits durch die zahlreichen hohen Eisenbahndämme wie eine Festung eingeschlossen, in der baulichen Entwicklung und in dem Verkehre selbst gehindert ist, daher der in der Petition verlangten Abhilfe dringend bedarf?

2. warum hat der Herr Bürgermeister dem in meiner Petition gestellten Ansuchen gemäß, nicht einen commissionellen Localaugenschein angeordnet, um die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der von der Bevölkerung gewünschten Verkehrsanlagen festzustellen?

3. welche Schritte hat der Herr Bürgermeister bei der hohen Regierung unternommen, um die so dringend nothwendige Herstellung der Gürteleisenbahn zu sichern? und

4. was gedenkt der Herr Bürgermeister jetzt noch zu thun, um dem XI. Bezirk die nothwendige Abhilfe zu verschaffen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern: in der Enquête ist auch auf den XI. Bezirk möglichst Rücksicht genommen worden. Das Resultat enthält das Programm der Verkehrsanlagen in Wien, bei dessen Studium der geehrte Herr Interpellant sich überzeugen kann, daß auf den XI. Bezirk Rücksicht genommen worden ist.

Was die Petition anbelangt, so kann ich der Berathung unmöglich vorgreifen, die Petition ist Gegenstand der Berathung im Magistrat gewesen und wird nunmehr dem Stadtrath zur schleunigen Erledigung unterbreitet werden, worauf dann die Angelegenheit an den Gemeinderath kommen wird.

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Ziegelwanger:**

Durch die Neueintheilung der k. k. Polizei-Bezirkscommissariate ist die Ortschaft Penzing in drei Theile getheilt worden, so zwar, daß ein Bezirkstheil des XIII. Bezirkes, eine geschlossene Ortschaft wie Penzing, zu drei verschiedenen Polizeibezirken gehört und zwar Neu-Penzing zum k. k. Polizei-Commissariat Rudolfsheim, der Theil ob der Westbahn zum k. k. Polizei-Commissariat Schmelz und der Theil unter der Bahn zum k. k. Polizei-Commissariat Hietzing.

Durch diese Eintheilung sind die Bewohner nicht nur im Verkehre, besonders wegen des Meldewesens geschädigt, es ist auch die Sicherheit durch diese Eintheilung, da diese Ortstheile an der Peripherie der einzelnen k. k. Polizei-Bezirke liegen, sehr gefährdet.

In Anbetracht dessen erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen: ob er

1. geneigt wäre, Vorstellungen bei dem k. k. Polizei-Präsidium zu machen, daß oberwähnte Gebietstheile zum k. k. Polizei-Commissariate Hietzing zugetheilt werden und

2. ob nicht entsprechend der Sicherheit Wachstuben auf der Poststraße in Penzing und Neu-Penzing errichtet werden,

und ich erlaube mir noch beizufügen, daß wegen der Errichtung der Wachstube in Neu-Penzing von Seite der Gemeinde Penzing schon öfters Vorstellungen gemacht wurden und auch diese Errichtung von der k. k. Polizeibehörde zugesagt wurde.

Daß diese Gebietstheile beim k. k. Polizei-Commissariate Hietzing verbleiben, wäre im Interesse des communalen Dienstes sehr erwünscht.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre darauf zu erwidern, daß ich wohl nicht in der Lage bin auf die Eintheilung des Polizeidienstes Einfluß zu nehmen. Die Polizei hat für die Sicherheit zu sorgen und wie sie das am besten zu thun glaubt, ist ihre Sache. Ich werde jedenfalls Erhebungen pflegen, um zu sehen, ob hier irgend welche Mißstände vorliegen, und wenn solche constatirt werden, werde ich dieselben zur Kenntniß des Polizeidirectors bringen.

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Rauscher:**

Unter den Beamten des bestandenen Bürgermeisteramtes Währing, welche nunmehr in den Stand der städtischen Beamten Wiens aufgenommen erscheinen, befindet sich auch der ehemalige Kanzleidirector Herr Josef Barta, der mit Decret des Herrn Bürgermeisters als Concipist dem städtischen Sanitäts-Departement zur Dienstleistung zugewiesen wurde.

Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen hat der erwähnte Herr Josef Barta seine Anstellung im Laufe der Zeit des öfteren gewechselt. Derselbe war Concepts-Praktikant bei der k. k. böhmischen Statthalterei in Prag, sodann Concipist beim Prager Magistrate und endlich Magistratsrath in Reichenberg, welch' letzteren Dienstposten er vor etwa neun Jahren verlassen hat, da, wie ich vernehme, der deutsche Charakter der Stadt Reichenberg mit der Bethätigung des Nationalgefühles des Herrn Josef Barta nicht recht im Einklange stand. Ueber Fürsprache des Herrn Reichsraths-Abgeordneten Prof. Dr. Wilhelm Exner wurde der mehrgenannte Herr sohin zum Kanzleidirector des Bürgermeisteramtes Währing bestellt.

Bei der seitens des Gemeinde-Ausschusses Währing im Jahre 1886 erfolgten Schaffung des Pensionsnormales für die Gemeindebeamten von Währing wurde natürlich auch auf den Herrn Kanzleidirector Josef Barta Rücksicht genommen; es wurden ihm jedoch — den mir gewordenen Informationen zufolge — in die für die Bemessung des Ruhegenusses maßgebende anrechenbare Dienstzeit auch die früher in Prag und Reichenberg zugebrachten Dienstjahre mit eingerechnet und zwar ungeachtet des Umstandes, daß Herr Josef Barta von den letztgenannten Communalverwaltungen geltlich abgefertigt worden war.

Ich frage daher den Herrn Bürgermeister:

1. Sind dem Herrn Bürgermeister diese Umstände bekannt geworden?

2. Wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister geneigt, hierüber Erhebungen pflegen zu lassen und nach deren Ergebnisse eine Revision des Anstellungsdecretes des Herrn Josef Barta in dem Sinne zu verfügen, daß die Commune — beziehungsweise die Steuerträger — durch Heranziehung zur Bezahlung von Ruhegenüssen für eine nicht in ihren Diensten verbrachte Zeit, für welche überdies frühere Dienstgeber Abfertigungen geleistet haben, nicht ungebührlich belastet werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre hierauf Folgendes zu erwidern: Die Gemeinde Wien ist nach dem Statute verpflichtet, die Beamten mit allen ihren Rechten, die sie erworben haben, zu übernehmen, und an dieser Verpflichtung der Gemeinde Wien kann und darf in gar keiner Weise gerüttelt werden. Wenn die frühere Gemeindevertretung den Beamten Dienstzeiten angerechnet hat, so war es ein Recht der früheren Gemeindevertretung, woran sich ebenfalls nichts ändern läßt, und in welches Recht wir einzutreten haben. Ich werde daher keine Erhebungen pflegen lassen. Der Beamte ist statutenmäßig übernommen worden, es liegen gegen ihn gar keine Klagen vor. Die Zuweisung von Beamten ist überhaupt meine Sache. (Beifall rechts.)

(Gem.-Rath Jedlička: Dreimalige Abfertigung!)

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Dobeš:**

In den Kreisen der Vororte-Lehrerschaft ist das Gerücht verbreitet, daß die durch die Regelung der Lehrergehalte erzielten Gehalts-Aufbesserungen erst vielleicht in geraumer Zeit zur Anweisung, respective Auszahlung gelangen sollen.

Nachdem die große Theuerung bereits allgemein eingetreten ist, so wäre es dringend nothwendig, die Anweisungen ergehen zu lassen, um den Personen des Lehrerstandes, welche nicht über Privatvermögen verfügen, zur richtigen Zeit behilflich zu sein.

Ich stelle demnach an den Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage:

„Ist an diesem Gerüchte etwas Wahres, und wann erfolgt die Anweisung dieser Aufbesserungsbeiträge?"

Bürgermeister: Ich habe die Ehre Folgendes zu erwidern: Nach dem Gesetze haben die Lehrer vom 1. Jänner 1892 ab die gesetzmäßig anerkannten Bezüge. Die Durchführung bedarf aber selbstverständlich irgend einer Zeit, denn es müssen für jeden einzelnen Lehrer die Bezüge zusammengestellt und angewiesen werden. Es ist unmöglich, dies mit 1. Jänner zu thun, es wird aber höchst wahrscheinlich bei der Auszahlung der nächsten Gehalte diese nach der Festsetzung vom 1. Jänner 1892 erfolgen. Aber früher wird das unmöglich sein.

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Bei den sogenannten Drasche'schen — jetzt Wienerberger Ziegelwerken und den Konrad'schen Gründen (im XVII. Bezirke), letztere vis-à-vis dem Dornbacher Friedhofe, an der Als gelegen, befinden sich Wassertümpel, welche im Sommer, ja fast das ganze Jahr hindurch zu Ablagerungsstätten von Cadavern der Hunde und Katzen ꝛc. benützt werden.

Seit einigen Tagen wurde nun aus diesen gefrorenen Pfützen Eis gehauen und dieses den Wirthen, Fleischhauern und Selchern geliefert.

Ist von diesen sanitätswidrigen Vorgängen der Herr Bürgermeister in Kenntniß gesetzt, eventuell welche Abhilfe hat derselbe getroffen, um Epidemien zu verhüten?

Bürgermeister: Es ist begreiflich, daß ich davon nichts weiß. (Heiterkeit.) Ich werde daher diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten. (Sehr gut! rechts.)

10. Anfrage des **Gem.-Rathes Djörup:**

In Anbetracht, daß aus unseren Tagesordnungen und Vorlagen für die Gemeinderaths-Sitzungen hervorgeht, daß sich die Fragen über Baulinienbestimmung von Woche zu Woche vermehren, ferner in Anbetracht, daß die projectirte Eisenbahnstrecke laut dem Regierungsprogramm viel im Einschnitte laufen wird, wodurch jede Straßenübersetzung ähnlich wie bei der Beatrix-, Neulinggasse und am Rennweg bei der bestehenden Verbindungsbahn gemacht werden muß, und wir wegen Mangels eines General-Bau-, sowie Baulinienplanes

vielleicht in die Lage kommen könnten, selbst diese Straßenübersetzungen zu erbauen, jedenfalls aber für eine billige, rationelle Bauweise ein General-Bau- und Baulinienplan nothwendig ist, so stelle ich die ergebenste Anfrage:

In welchem Stadium sich die Vorarbeiten für einen General-Bau- und Baulinienplan befinden.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre hierauf zu erwidern, daß auch ich die Sache für äußerst dringlich halte und daher den Referenten im Stadtrathe ersucht habe, am nächsten Mittwoch das Referat zu erstatten. (Bravo! Bravo! rechts.)

11. Antrag des **Gem.-Rathes Rauscher** und Genossen:

Mit dem Falle der Wiener Linienwälle und der umfassenden Erweiterung des Gemeindegebietes entsteht die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform und Ausgestaltung des Verkehrswesens der Reichshauptstadt. Die in der Gemeindevertretung soeben in Berathung stehende Angelegenheit der neuen Verkehrsanlagen legt dafür Zeugniß ab.

Nachdem nun durch das Hinwegfallen der Wälle auf den verschiedensten Gebieten, namentlich für die Vororte-Bevölkerung Verhältnisse geschaffen wurden, deren Druck schwer empfunden wird, so erscheint es den Gefertigten zeitgemäß und zweckentsprechend, die Aufmerksamkeit der Gemeindeverwaltung auf folgenden Gegenstand zu lenken:

Dem noch heute in Kraft stehenden Fahrpreistarif der Wiener Tramway-Gesellschaft gemäß ist für jede Fahrt von irgend einem außerhalb des bislang bestehenden Linienwallgürtels gelegenen Punkte nach irgend einem Punkte innerhalb der bisherigen Gemeindegebietsgrenze ein Fahrpreis von 10 kr. zu entrichten, während jede Fahrt innerhalb der bisherigen Linie nur 8 kr. kostet. Dieser Preisunterschied fand in der Verpflichtung der Wiener Tramway-Gesellschaft zur Entrichtung der Linienmauthgebühr und der Beiträge zu den Kosten der Linienverzehrungssteuer-Eintreibung seine Begründung und Rechtfertigung.

Diese Zahlungen sind nunmehr entfallen und hat dadurch die Wiener Tramway-Gesellschaft an Mauthauslagen allein einen 60.000 fl. übersteigenden Betrag per Jahr, außerdem aber eine, den Gefertigten ziffernmäßig nicht bekannte, jedenfalls aber erhebliche Summe für Beiträge zu den Kosten der Linienverzehrungssteuer-Controle in Ersparung gebracht. Ist daher einerseits das Verlangen nach einem für alle Bürger Groß-Wiens einheitlichen Fahrpreistarife vollkommen gerechtfertigt schon aus dem Grunde, weil es gegenwärtig eine Tramwayfahrt über die Verzehrungssteuerlinie hinaus nicht mehr gibt, und es beispielsweise den unsere Stadt besuchenden Fremden sonderbar vorkommen müßte, für eine ganz kurze Strecke unter Umständen 10 kr., hingegen zum Exempel von der Favoritenlinie bis zum Franz Josefs-Bahnhofe nur 8 kr. bezahlen zu sollen, so läßt andererseits der erwähnte Entfall der Linienmauth ein solches Verlangen nur als ein Gebot der Billigkeit erscheinen.

Deshalb stellen die Gefertigten den Antrag:

Es sei im Einvernehmen mit der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei auf die Direction der Wiener Tramway-Gesellschaft einzuwirken, auf daß der Fahrpreis der Wiener Tramway-Gesellschaft nunmehr für jede Strecke gleichförmig mit dem Betrage von acht Kreuzern festgesetzt werde.

Ueber den Erfolg der betreffenden Schritte wolle ehestens dem Gemeinderathe der Stadt Wien Bericht erstattet werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath.

12. Antrag des **Gem.-Rathes Jedlička** und Genossen:

Auf der Gürtelstraße außerhalb der Währinger Linie, auf der Seite gegen Döbling zu, hat die Gemeinde Währing für die Kinder einen Spielplatz eingezäunt, dessen gegen die Hauptstraße gehende Seite in der Form eines Spitzes weit über die Baulinie der Währinger Hauptstraße und der Fluchtgasse hervorsteht und die Bewohner der Gürtelstraße beiderseits beim Uebersetzen der Gürtelstraße zwingt, einen Umweg um diesen Spitz herum zu machen, um über die Gürtelstraße in das vis-à-vis stehende Haus zu gelangen.

Dieser Umstand ist Ursache, daß die in den Häusern Gürtelstraße Nr. 38 bis 42 wohnenden Geschäftsleute geschädigt werden, da ihnen außer den in den Häusern selbst wohnenden Parteien Niemand über die Straße in ihre Geschäftslocale kommen kann, weil die weit vorspringende Einplankung des Gürtelspiegels daran hindert.

Der Spielplatz ist mit Bäumen bepflanzt, aber auf dem über die Baulinie der Hauptstraße und der Fluchtgasse vorspringenden Spitz befinden sich nur sehr wenige Bäume, welche jetzt im Winter oder zeitlich im Frühjahre herausgenommen, anderwärts eingesetzt werden könnten.

Um nun die natürliche Communication zwischen den Häusern der Gürtelstraße nicht länger durch ein künstlich geschaffenes Hinderniß zu hemmen, stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, daß der über die Baulinie der Hauptstraße Währing und Fluchtgasse im IX. Bezirk vorspringende Spitz des Kinderparkes aufgelassen und die Einplankung desselben in die Baulinie Hauptstraße und Fluchtgasse zurück verlegt wird.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath.

13. Antrag des **Gem.-Rathes Ziegelwanger**:

Die Beleuchtung des XIII. Bezirkes ist eine so mangelhafte, daß eine dringende Abhilfe durch Vermehrung der Gasflammen, beziehungsweise Neuherstellung der Gasleitungen nothwendig ist.

Im XIII. Bezirke haben einige Ortschaften wie Ober-St. Veit und Lainz noch gar keine Beleuchtung, einzelne Gassen, wie die Reindlgasse in Penzing, welche längst dem Verkehr übergeben ist, vermissen ebenfalls eine Gasbeleuchtung.

In den übrigen Orten und Ortstheilen des XIII. Bezirkes ist die Beleuchtung eine so mangelhafte, daß die Sicherheitszustände gefährdet sind.

Die einzelnen Ortsflammen in Penzing auf der Poststraße in Neu-Penzing und in Hietzing sind meistens 80 bis 100 Meter von einander entfernt. Die ganznächtigen Flammen sind äußerst spärlich angebracht, so daß nach Mitternacht eine eigentliche Finsterniß eintritt, und daher die Sicherheit der Passanten in Frage gestellt ist.

In Anbetracht obiger angeführten Uebelstände, erlaubt sich der Gefertigte folgende Anträge zu stellen:

Es wolle der Gemeinderath beschließen, daß der Magistrat und das Stadtbauamt angewiesen werden Erhebungen zu pflegen:

I. Daß in Ober-St. Veit und Lainz die Gasleitung entsprechend noch vor der kommenden Sommer-Saison errichtet,

II. daß ebenfalls in der Reindlgasse in Penzing mit der Aufstellung der Gasflammen begonnen, und daß

III. für eine gleichmäßige, rationelle Beleuchtung in den übrigen Gebietstheilen des XIII. Bezirkes, besonders in Penzing auf der Poststraße und in Neu-Penzing Sorge getragen wird;

IV. bei der Begehungs-Commission die Vertreter des Bezirkes im Gemeinderathe und Bezirks-Ausschusse zugezogen werden, und daß

V. die Auslagen hiefür noch in das diesjährige Budget einbezogen werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath. — Wir schreiten zur Tagesordnung.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner hat das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Ich erlaube mir einige Worte auf die Zuschrift . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Bitte, das geht nicht mehr. Ich bitte sehr um Entschuldigung, das wäre eine Wiederaufnahme der Debatte. Wenn das Haus zustimmt, so habe ich nichts dagegen.

Gem.-Rath Steiner: Ich erkläre, daß ich das aufrecht halte, was ich gesagt habe. (Beifall links.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Tagesordnung und setzen die Debatte über die Verkehrsanlagen fort.

Ich habe die Ehre mitzutheilen, daß als nächster Redner pro Gem.-Rath v. Stummer gemeldet ist.

Es sind in dieser Sache auch technische Correferenten. Die Herren werden vielleicht einverstanden sein, daß am Schlusse, ehe der Herr Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter spricht, die Gem.-Räthe Neumann und Wurm als Correferenten das Wort ergreifen (Zustimmung). Es ist keine Einwendung dagegen. Ich ertheile dem Herrn Gem.-Rath v. Stummer das Wort.

Gem.-Rath v. Stummer: Hochgeehrte Herren! Die Vorlage, welche ich eine Regierungsvorlage nennen muß, muß

jeder Wiener freudig begrüßen und es muß in jedem Wiener eine Begeisterung entstehen, wenn er dieses Programm durchsieht.

Es ist gar kein Zweifel, daß durch diese Combination von Arbeiten in unsere geliebte Vaterstadt Arbeit und Verdienst eintreten wird. Wir müssen uns auch glücklich schätzen — und ich sage das vom ganzen Herzen —, daß gerade wir berufen sind, in einer Periode hier zu sitzen und die Stadt zu vertreten, die eine epochale Periode für unsere Hauptstadt ist. Es war noch keine solche Periode und es dürfte, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, keine solche Periode mehr für die Stadt Wien kommen. Durch diese Arbeiten werden die Verhältnisse in unserer Stadt sehr geändert werden. Wir selbst werden es vielleicht nicht mehr erleben und nicht mehr in den Vollgenuß dessen gelangen, was durch diese Verhältnisse geschaffen wird. Denn es wird Jahre dauern, bis das vollendet wird, und ich selbst möchte es nicht wünschen, daß diese Arbeiten so überstürzt werden; aber unsere Kinder und Kindeskinder werden den Vollgenuß derselben bekommen, und darum treten wir mit ganz gleicher Liebe und ganz gleicher Ueberzeugung in das Studium dieser Fragen ein.

Meine Herren! Das Programm, das uns vorgelegt wird, ist ja selbstverständlich ein Compromiß, wie es nicht anders möglich ist, ein Compromiß, das für uns gewiß auch günstig ist, ein Compromiß, das, wie wir Alle wissen, sehr schwer zu Stande gekommen ist; und da muß ich sagen, drängt es mich aus dem Innersten heraus, als erster pro-Redner, der nicht der Commission angehört, allen Herren zu danken, die in der Commission für unsere Sachen, für die Wiener Aufgaben gekämpft haben. (Beifall rechts.) Es ist da in erster Linie unser Herr Bürgermeister und die anderen Vertreter; auch muß ich da unseren sehr verehrten Herrn Baudirector einschließen (Bravo! Bravo! rechts), denn er ist nicht der Letzte gewesen, der für die Sache gekämpft hat, es ist bekannt, er war einer der Ersten.

Meine Herren! Ich will mich gar nicht in die Detailfragen einlassen, ich glaube hierauf beruht einiger Irrthum, daß außerhalb und innerhalb des Gemeinderathes über solche Fragen gesprochen worden ist. Meine Herren! Im Programme auf Seite 5 lesen Sie (liest): „Das vorstehende Linienprogramm bietet die grundlegenden Principien für die Aufstellung eines Stadtbahnprojectes, wobei jedoch kleine Modificationen, insbesondere hinsichtlich der gegenseitigen Verbindung der einzelnen Linien, sowie auch etwaige weitere Ergänzungen vorbehalten bleiben." Daraus ersehen Sie ja, daß das Linienprogramm ein solches ist, welches nach genauen Studien Veränderungen und Ergänzungen erfahren kann, und es wird Sache der drei Curien in der Commission sein, die Angelegenheit zu studiren und festzustellen.

Meine Herren! es ist auch nicht nöthig, heute in solche Sachen einzugehen, denn sie kommen alle noch einmal zur Sprache, und da ist wieder vielleicht ein kleiner Irrthum, wenn manche Herren glauben, wir schließen damit die ganze Sache heute ab.

Meine Herren! Ich mache Sie aufmerksam, im Punkt 10 des Programmes steht Folgendes (liest): „Die ganzen Arbeiten werden einer Commission übertragen, welche unbeschadet der gesetzlichen Kompetenz der zur Projectsgenehmigung und Bauüberwachung berufenen Behörden und Organe unter Verantwortung des Handelsministers ꝛc. fungirt."

Was heißt das, meine Herren? Bevor der Bau einer jeden solchen Linie ausgeführt wird, muß ja die Tracenrevision erfolgen und nach der Tracenrevision, wo auch die Gemeinde vertreten sein wird, folgt die Begehungscommission. Bei allen diesen Commissionen werden die Vertreter die Rechte der Gemeinde zu wahren und die entsprechenden Wünsche vorzutragen haben. Es ist uns also vorbehalten, die einzelnen Detailfragen noch genau zu studiren und am richtigen Orte unsere Wünsche bekanntzugeben.

Sehr verehrte Herren! Der Herr Vertreter des III. Bezirkes hat in der letzten Sitzung ein Hauptgewicht darauf gelegt, daß eigentlich die ganzen Kosten, die die Gemeinde Wien trägt, ein Geschenk an die Regierung sind. Nun, meine Herren, ich will die Sache ganz kurz besprechen. Ich glaube, es kann weder von einem Geschenke der Regierung an die Gemeinde, noch von einem Geschenke der Gemeinde an die Regierung gesprochen werden. Wenn Sie die Kosten hier näher betrachten — und ich nehme die Donauregulirung vorweg — so zahlt der Staat für die Sanirung der Stadt 5,300.000 fl., d. i. zusammen für die Sammelcanäle und für die Wienflußregulirung. Die Stadt zahlt hingegen zur Ausführung der Hauptbahnen einmal 833.000 fl. und dann zahlt sie ja doch auch ihren Theil von dem Beitrage des Landes, circa 70%, das macht 1,487.000 fl., also die Gemeinde Wien zahlt dem entgegen zur Ausführung der Hauptbahnen 4,675.000 fl.; die Differenz macht also 625.000 fl., die der Staat in der Richtung mehr bezahlt. Das ist gar keine Summe, bei der man von einem Geschenke oder von einer Mehrleistung seitens der Stadt oder des Staates reden könnte; ich muß gestehen, daß ich diese Vertheilung entschieden für gerecht halte und nicht sagen könnte, daß die Stadt ein Geschenk erhält und ebenso auch nicht, daß der Staat sich die Arbeit bezahlen läßt.

Wenn Sie den Donaucanal annehmen, so zahlt der Staat für die Regulirung dieses Canales 6,666.000 fl. Was zahlt die Stadt dazu? Die Stadt zahlt als solche 833.000 fl. und wenn ich die 70%, die sie doch in dem Landesbeitrage mitbezahlt, dazu nehme, so macht dies 1,750.000 fl., das sind zusammen 2,583.000 fl. Die Stadt zahlt also bei der Donaucanalregulirung um 4 Millionen weniger als der Staat.

Nun, meine Herren, das ist richtig, hier zahlt der Staat mehr; aber das ist doch gar kein Zweifel, daß die Donaucanalregulirung nicht ganz allein im Interesse der Stadt durchgeführt wird; das ist ein Staatsinteresse — das ist zweifellos — und ein Interesse der gesammten Monarchie, denn es ist auch zweifellos, daß die Donauregulirung als solche nur ein Bruchstück eines großen weiteren Baues ist und daß, wenn nur der Donaucanal regulirt sein wird, der Donau-Oder- oder Donau-Elbecanal durchgeführt werden muß. Erst durch diese letzteren Arbeiten wird die Donaucanalregulirung richtig ausgenützt werden können. Daß es sich also hier um ein Gesammtinteresse des Staates in erster Linie handelt, ist ganz außer Zweifel.

Die Stadt participirt allerdings mit einem gewissen Percentsatze, und da halte ich es nur für gerecht und durchaus für kein Geschenk des Staates, wenn er in diesem Falle um 4 Millionen mehr bezahlt.

Es ist gestern ein sehr interessanter Vortrag über den Donaucanal-Verkehr von Prof. Oehlwein gehalten worden, und wenn man das in den Zeitungen liest, so sieht man, daß die Donaucanalregulirung — ich möchte sagen — nur ein Bruchstück des gesammten Ausbaues unserer Wasserstraßen ist.

Was nun die Bahnen betrifft, meine Herren, so möchte ich mir nur erlauben Eines zu erwähnen: Es ist kein Zweifel — und diese Wünsche sind ja schon allseits laut geworden —, daß wir be-

züglich der Radiallinien etwas stiefmütterlich bei dem Projekte bedacht sind, und ich möchte daher auf Grund ganz genauer Studien, die ich selbst durchgeführt habe, einen Wunsch den Wünschen anschließen, welche der geehrte Stadtrath uns schon vorgelegt hat.

Ich erlaube mir nämlich, mit Hinweglassung der Seitenlinie, die nach Pötzleinsdorf führt, die im Plane oben punktirt ist, eine Radiallinie vorzuschlagen von der bestandenen Währingerlinie durch das Cottage-Viertel nach Gersthof, Pötzleinsdorf, Neustift am Walde und unterhalb Salmannsdorf bis Neuwaldegg mit Abzweigungen nach Sievring und Grinzing. (Bravo links.)

Diese Radiallinie wird alle zukünftigen Cottage-Viertel befruchten, das ist der XVIII. und XIX. Bezirk und mit dieser einen Linie werden wir viel mehr erreichen, als mit der Linie, die dort am Plane oberhalb als Abzweigung projectirt ist. Ich möchte Sie also recht sehr bitten, diese Linie, welche ich, wie ich nochmals erwähne, genau studirt habe, zu acceptiren und als Wunsch den Wünschen des geehrten Stadtrathes anzuschließen.

Bezüglich der Bahnen, meine Herren, habe ich noch einen Wunsch, den ich aber nicht in Form eines Antrages vorbringen will, weil ich überzeugt bin, daß diese Wünsche ganz richtig gewürdigt und gehört werden, wenn die Commission zusammengetreten ist und über die Detailfragen schlüssig wird. Diesen Wunsch habe ich auch seinerzeit schon ausgedrückt und dieser Wunsch ist auch durch einen Herrn im Ingenieur-Verein geäußert worden. Ich halte es nämlich für sehr wichtig, daß wir bei den Localbahnen auch einen Frachtenverkehr einrichten. Es ist nirgends im Programme und anderswo ausgedrückt, aber ich lege dem eine außerordentliche Wichtigkeit bei. Es ist auch nicht schwer einen solchen Frachtenverkehr einzurichten, deshalb nicht schwer, weil wir einen langen Nacht-Personenverkehr haben müssen; nachdem dieser vorhanden ist, können wir alle Verhältnisse besser ausnützen, wenn wir im Nachtverkehre dort, wo die Personenzüge nicht mehr gehen, einen Frachtenverkehr laufen lassen. Es ist natürlich dabei nicht etwa gedacht, daß wir mitten in der Stadt einen großen Frachten-Bahnhof bauen, aber die Sache könnte mit wenig Mitteln durchgeführt werden, und ihre Durchführung wäre für unsere Industrie und für die gewerblichen Verhältnisse von außerordentlicher Wichtigkeit. Wenn Sie heute von irgendwo nach Süden eine Kiste schicken, so müssen Sie nach Matzleinsdorf gehen und die Kiste entweder mit einem separaten Fuhrwerk oder durch die Transport-Gesellschaft hinaus befördern lassen. Eine solche Kiste könnten Sie in Zukunft bei dem nächsten Bahnhof abgeben, sie bleibt dort liegen und wird Nachts weiter transportirt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß dies ein außerordentlich wichtiger Punkt ist, aber ich mache ihn nicht zu einem speciellen Wunsche, weil ich überzeugt bin, daß diese Anregungen an richtiger Stelle auch richtig werden gewürdigt werden.

Nun, meine Herren, muß ich mir erlauben, auf die verschiedenen, als Bedingung formulirten Wünsche zurückzukommen, welche der Herr Vertreter des III. Bezirkes in der vergangenen Sitzung geäußert hat. Einige Wünsche, meine Herren, respective einige Bedingungen, unter welchen er das ganze Programm acceptiren möchte, sind derart, daß ich darauf erwidern muß, der Herr ist eben kein Fachmann, kennt die Bauverhältnisse natürlich nicht so genau, wie auch ich andere Verhältnisse nicht genau kenne; wenn er genau aufgeklärt worden wäre, so hätte er diese Bedingungen sicher nicht gestellt. Ich bitte, ich bin ganz gerecht, es sind Wünsche dabei, welche wir ganz gut berücksichtigen können, und Wünsche, die gewiß Erfüllung finden werden, weil sie ja eigentlich selbstverständlich sind.

Ich meine deshalb, daß der Herr Redner hierüber nicht aufgeklärt worden ist, weil die betreffenden Bedingungen gesetzliche Bedingungen sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Verlangen des Herrn Vertreters des III. Bezirkes, daß alles Material, der ganze Fahrpark aus inländischen Werken zu beziehen sei, eine alte Bedingung des Handelsministeriums ist, welche bei allen Bahnbauten gestellt wird. (Rufe links: Wird nicht eingehalten!) Ich muß dem Herrn Vertreter des III. Gemeindebezirkes sagen, daß ich Fachmann bin und seit 22 Jahren diese Bedingungen erfüllen muß. Wir dürfen keinen Fahrpark, auch keine Schienen außerhalb Oesterreichs beziehen, leider ist es so. Es ist eben eine große Frage, ob das ein national-ökonomisch richtiger Standpunkt ist.

Ich mache auf Eines aufmerksam, in Wien kosten die Schienen 11—11½ fl., am Rhein bekommen Sie sie zu 11—13 Mark; ob also jene Vorschrift national-ökonomisch das Richtige ist, will ich nicht bemerken. Aber das, daß diese Bedingung besteht, ist eine alte Sache, und sie wird beibehalten und muß immer eingehalten werden. (Widerspruch links.) Eine weitere Bedingung, die der Herr Vertreter des III. Bezirkes gestellt hat, ist die, es mögen die Wiener Professionisten berücksichtigt werden. Das ist ganz berechtigt und schließe ich mich diesem Wunsche gerne an. Ich möchte aber bitten, das nicht als Bedingung aufzustellen, sondern als Wunsch, weil das nicht gut geht, es soll als allgemeiner Wunsch formulirt werden und Jedermann hier wird das Bestreben haben, die Wiener Bevölkerung in erster Linie mit Verdienst zu versehen bei den Arbeiten, welche eigentlich doch im Weichbilde der Stadt vorgenommen werden. Der Herr Vertreter des III. Bezirkes hat auch gemeint, daß die Gründe bei der Regulirung des Donaucanals der Gemeinde Wien verbleiben sollen.

Da möchte ich mir erlauben auf einen Punkt des Programmes aufmerksam zu machen, der auf Seite 15 vorkommt. Vielleicht wird sich der Herr College damit befriedigt erklären: „Desgleichen bleibt bezüglich der gedachten Grundstücke vorbehalten, die unter den Verkehrsanlagen, Hochbau, Viaducte ꝛc. befindlichen oder oberhalb dieser Anlagen zu schaffenden Flächen, überdeckte Strecken der Bahn ꝛc. für öffentliche Zwecke zu benützen, zu welchem Ende die Constructionen so auszuführen sind, daß die beabsichtigte Benützung für öffentliche Zwecke möglich erscheint". Es sind also alle diese Gründe, die für diese Anlage benützt werden, dem öffentlichen Verkehre damit gewidmet und es ist dem Wunsche Rechnung getragen, den der Herr Vertreter des III. Bezirkes geäußert hat.

Der letzten Bedingung resp. dem Wunsche, daß die Projekte vor der Ausführung der Gemeinde Wien vorgelegt werden sollen, ist — glaube ich — schon Rechnung getragen, indem, wie ich mitgetheilt habe, das ja selbstverständlich ist, da es gesetzlich begründet ist, daß keine Bahn gebaut werden kann ohne Tracenrevision und Begehungs-Commission, und da werden die Vertreter der Gemeinde Wien Gelegenheit haben, alle ihre Wünsche in dieser Richtung in der Commission vorzubringen und die Gemeinde Wien entsprechend zu vertreten.

Nun, meine Herren, bezüglich der Anträge des Stadtrathes muß ich mir noch zu bemerken erlauben, daß ich im Allgemeinen einverstanden bin, daß ich aber glaube — diese Meinung hatte ich sofort und ich wurde neuerdings in derselben bestärkt —, daß es wohl nicht gut angeht, daß wir unter uns Mitglieder wählen, denen wir eigentlich eine ganz gebundene Marschroute geben, denen

wir die Hände binden, indem wir sagen: „So, jetzt geht in die Commission und vertretet uns dort". Ich glaube wirklich, daß sich Niemand unter uns finden wird, der unter dieser Modalität gerne in die Commission eintritt, wenn der Stadtrath diesen Commissionsmitgliedern eine gebundene Marschroute gibt, indem er sagt „Ihr dürft nur die Sache zur Kenntniß nehmen und müßt uns referiren, damit wir erklären, ob wir einverstanden sind". Ich wenigstens würde mich für eine solche Vertretung bedanken und würde sie im Vorhinein ablehnen.

Diesen Passus, der unter c, Punkt 4 enthalten ist: „Die Mitglieder erhalten über die Ausübung ihrer Vollmacht eine Instruction, welche vom Stadtrathe festzustellen ist", halte ich für unannehmbar, weil ich mir nicht denken kann, daß dann Einer von uns überhaupt den Wunsch hätte, in die Commission zu kommen. Das Gleiche gilt schließlich auch von Punkt 2, wornach die entsendeten Abgeordneten in allen Fällen, wo es sich um Mehrkosten handelt, die Mehrkosten können ja auch einen minimen Betrag ausmachen, sich rechtfertigen müssen. Das sind dann keine Vertreter, das sind Herren, welche die Anträge zur Kenntniß nehmen, darüber referiren, dann in die Sitzung kommen und sagen: Meine Herren, meine Mandanten wünschen Das und Jenes. Ich glaube also dieser Punkt wäre kaum anzunehmen.

Nun komme ich zu einem Punkte, in dem ich ganz abweichender Meinung bin und den ich, was meine Person betrifft, zum ersten Male öffentlich ausspreche, wegen dessen ich schon auf allen Seiten direct oder indirect angegriffen worden bin. Aber ich halte es für meine Pflicht, meiner ganz aus Ueberzeugung gefaßten Meinung öffentlich Ausdruck zu geben, daß ich kein Freund der Wienfluß-Einwölbung bin. Es stammt diese Stellungnahme aus meinen langjährigen Erfahrungen und aus dem steten Kampfe eines bauenden Ingenieurs mit dem Elemente des Wassers. Dafür, daß ich dieser Meinung bin, sind zwei Punkte bestimmend: Erstens behaupte ich, sind wir Techniker leider noch nicht im Stande, genaue Wasser-Cubaturen in den Verhältnissen zu rechnen, wie sie hier bei uns vorliegen. Es sind das Verhältnisse, wie wir sie in kleinem Maßstabe wo anders vielfach finden, die aber hier im großen Maßstabe zum Vorschein kommen und die dem zufolge auch eine größere Vorsicht erheischen. Ich muß mir sagen: Das, was vielleicht in kleinem Maßstabe anderswo gemacht wird — der Ausdruck ist vielleicht etwas kraß — will ich hier absolut nicht riskiren, sondern ich verlange bei solchen großen Anlagen inmitten einer Großstadt eine absolute Sicherheit. Und diese absolute Sicherheit, vielleicht gehe ich zu weit, ich will das nicht sagen, aber ich muß mich so ausdrücken, da ich die innerste Ueberzeugung davon habe, diese absolute Sicherheit habe ich bezüglich der Einwölbung nicht. Wir haben in dem Flußgebiete der Wien kein Mittel, um das Maximalwasserquantum genau bestimmen zu können. Wir haben weder genaue Aufschreibungen über die meteorischen Niederschläge, die uns ein solches Mittel bieten können, noch sonst welche Daten. Wenn wir nach den sonst üblichen Formeln rechnen, so kommen wir zu Resultaten, die außerordentlich verschieden sind, so verschieden, daß ich sagen muß, das gibt kein genaues Maß. Beweis dessen ist, daß auch die verschiedenen Herren, die gerechnet haben, immer zu anderen Resultaten gekommen sind, obwohl ich von vorneherein erkläre, daß ich es für selbstverständlich halte, daß jeder Herr, der gerechnet hat, nach seinem besten Wissen und Gewissen gerechnet hat. Wir sind leider nicht in der Lage, die Sache absolut genau zu berechnen. (Hört! Hört!) Ein Herr rechnet 400, einer 500, die Commission hat 600 gerechnet, ein Herr rechnet 800 und sagt sogar, wir können 1000 Cubikmeter per Secunde herausbekommen. Meine Herren! Ich könnte schlagend nachweisen und vorlesen, daß dies richtig ist. Gewiß haben alle Herren nach bestem Wissen und Gewissen gerechnet, wir sind aber leider heute nicht in der Lage, das genau festzustellen. Nehmen wir aber irgend eine Zahl an, 600 oder 700, so ist gewiß, daß kein Mensch die Garantie dafür übernehmen kann, daß wir in kurzer Zeit nicht zwei Hochwässer hintereinander bekommen, und wenn auch alle Anlagen und Reservoirs sammt der Einwölbung für 800 Cubikmeter ausreichen würden, so können sie möglicherweise nicht ausreichen, wenn zwei Hochwässer so rasch hintereinander kommen, daß die Reservoirs noch gefüllt sind. Hier muß ich auf eine Stelle zurückkommen, die mir sehr wichtig erscheint. Es ist ganz begreiflich, daß, wenn Jemand, wie meine Wenigkeit, sich so alleinstehend durch sein abweichendes Urtheil befindet, er eine große Verantwortung auf sich nimmt. Daß das aber richtig ist und daß diese Befürchtungen auch anderswo getheilt worden sind, daß zwei Hochwässer möglicherweise hintereinander kommen, derart, daß das zweite Hochwasser die Reservoirs gefüllt antrifft, dafür führe ich die Meinung unseres Stadtbauamtes an. In den Berichten unseres Stadtbauamtes vom Jahre 1882 heißt es wörtlich und ich führe nur diesen Satz an, gewissermaßen um mich zu rechtfertigen (liest):

„Doch erscheint auch die Combination mit den Reservoirs noch nicht sicher genug. Dasselbe, was von den Thalsperren vorhin bezüglich der Unverläßlichkeit im strengen Winter gesagt wurde, gilt auch von den Reservoirs. Thalsperren und Reservoirs sind schon vermöge ihrer Lage Schneeverwehungen ausgesetzt, welche eine bestimmte Cubatur in Anspruch nehmen, die dann bei plötzlichem Bedarfe nicht vorhanden ist. Ebenso sind in den übrigen Jahreszeiten — ich bitte, meine Herren, das ist der Punkt — die Möglichkeiten nie ausgeschlossen, daß zwei Wolkenbrüche oder starke Regen in kurzen Intervallen folgen, oder daß ein plötzlicher Wolkenbruch noch gefüllte Reservoirs antrifft." Meine Herren, diese Furcht habe ich auch und habe sie immer gehabt, und es ist keine neue Meinung meinerseits, sondern diese meine Meinung ist von dem ersten Moment an festgestanden, also von dem Jahre 1880, in welchem zuerst von der Einwölbung gesprochen wurde. Daß dieses Gefühl nicht ganz ohne ist, beweist der Umstand, daß das Stadtbauamt im Jahre 1882 das gleiche Gefühl getheilt haben muß, sonst könnte das nicht so deutlich im Berichte stehen. Ich bin also nicht überzeugt, daß wir gegen die Hochwässer eine absolute Sicherheit haben, und nur darum bin ich nicht dafür, daß wir heute schon definitiv beschließen, die Wien solle eingewölbt werden, aber wir beschließen das thatsächlich, und vielleicht kommen noch andere Herren Redner auf diesen Punkt zurück, wenn wir gemäß der Vorlage 197 Seite 2 des geehrten Stadtrathes diese entsprechenden Posten acceptiren. Es heißt nämlich auch in dem Programme, die Widerlager sollen so gemacht werden, daß nachträglich eventuell die Einwölbung erfolgen kann. Ich muß ganz offen sprechen und halte es für meine Pflicht, dies zu thun, weil ich glaube, daß jeder Volksvertreter verpflichtet ist, seiner Meinung vollen Ausdruck zu geben. Ich gebe zu, daß die Meinung vielleicht nicht richtig sein kann, aber ich kann nicht anders, ich habe diese Sicherheit nicht. Wenn die Herren es beschließen, so ist es eben ihr Beschluß, aber ich stehe der Sache ganz kalt gegenüber, ich habe gar keine Hintergedanken, ich wünsche nichts als das Glück und den Segen über meine Vaterstadt (Beifall rechts), aber

dieses Moment leitet mich, hier ganz offen und zum erstenmale meinen Ideen Ausdruck zu geben; ich will ganz kurz sein und nicht in Details eingehen, aber ich sage, was ich denke. Wenn wir heute die Widerlager gleich so stark herstellen, daß wir einmal den ganzen Wienfluß vom Ausflusse des Donaucanals bis Schönbrunn, das sind 7000 Meter, einwölben können, so kostet das sehr viel Geld, und wenn wir das gemacht haben, wird die natürliche Folge sein, daß man anfängt nach und nach einzuwölben. Die Herren werden dann nicht nur die 5 Millionen mehr bewilligen müssen, sondern nachträglich noch mehr; denn es werden immer große Auslagen gemacht, um ein Werk fertig zu stellen und man muß nachträglich Zahlungen bewilligen. Davon bin ich überzeugt, ich kann daher mit bestem Wissen und Gewissen dem nicht zustimmen. — Ich bin ganz dafür und stimme dem vollständig bei, wenn man die heute bestehenden Brücken so erweitert, daß sie unseren Verkehrsrücksichten entsprechen (was nothwendig ist), und ich stimme dem bei, daß man eine Brücke, die 20 Meter breit ist, 50 Meter breit machen kann. Aber die Einwölbung gewissermaßen heute festzustellen und zu präjudiciren, daß man sie einmal machen muß, dagegen muß ich entschieden von meinem Standpunkt stimmen.

Was erzielen wir durch die Einwölbung? Das muß einmal klar und deutlich gesagt werden. Aus sanitären Rücksichten, wie es in den Protokollberichten vom Jahre 1882 und 1886 heißt, brauchen wir die Einwölbung nicht, (Rufe: Sehr richtig!) denn heute sehen wir schon nach dem Programme, daß vom Beginne des Weichbildes unserer Stadt, also hinter Baumgarten, schon die Canäle beiderseits beginnen; wir leiten also die schlechten Stoffe separat ab und was von außerhalb in den Wienfluß kommt, ist sanitär nicht mehr so ungesund, daß man deshalb aus sanitären Rücksichten die Einwölbung braucht. Das muß festgestellt werden, weil die sanitäre Frage immer wieder auf's Tapet kommt. Was bleibt nun als Nutzen der Einwölbung übrig? Schöne Boulevards und sehr schöne Verhältnisse in der Stadt. Das ist unleugbar und ebenso unleugbar ist, daß sich das sehr leicht herstellen läßt; denn ich kann versichern, man kann die Einwölbung viel leichter machen, wie ein schweres Object bei einer Eisenbahn in einem Sumpfe, das nur 100.000 fl. kostet. Technisch ist das leicht auszuführen und daß es schön ausschaut, darüber ist auch kein Wort zu verlieren, aber ich habe die absolute Sicherheit nicht, daß man nicht sehen kann, es könnte einmal etwas passiren; mit diesem Worte will ich Alles gesagt haben und jede weitere Ausmalung unterlassen. Wenn man nun aus Schönheitsrücksichten ein so großes Werk durchführen soll, von dem man nicht genau sagen kann, was es kostet — aber jedenfalls wird es sehr viel kosten, denn diese fünf Millionen, die mehr verlangt werden, sind nur der Anfang, das Andere kommt nach und Sie werden es bewilligen müssen — so muß ich sagen, ist dieses Risico gegenüber dem Schönheitssinn nicht äquivalent und ich kann daher heute für die Einwölbung nicht stimmen.

Ich will mich über diesen Punkt nicht weiter auslassen, weil ich weiß, daß eine große Anzahl von Herren sind, die dafür außerordentlich eingenommen sind.

Ich kann nach den Erfahrungen, die ich in den letzten 2 Monaten gemacht habe, nicht verschweigen, meine Herren, daß die Herren, welche am wenigsten praktisch gearbeitet haben, am meisten für die Einwölbung sind. Denn, daß das schön, daß es angenehm wäre, daß wir wunderbare Plätze bekämen, darüber ist gar kein Zweifel; aber für ein solches Werk, wo ich keine absolute Sicherheit habe, kann ich eine Verantwortung nicht übernehmen und ich sage es ganz offen, wenn meine Wähler mit meinen Worten nicht einverstanden wären, so müßten die Wähler die Consequenzen ziehen, die ja ganz klar sind, aber ich kann mit bestem Gewissen nicht anders sprechen, als ich gesprochen habe. Dabei will ich es bewenden lassen und Sie nur bitten, diese Angelegenheit genau in's Auge zu fassen und zu bestimmen, wie Sie glauben, daß es möglich ist.

Ich glaube nämlich, wenn man die Widerlager heute so stark macht, werden auch fünf Millionen nicht genügen. Ich gestehe offen, daß ich nicht genau gerechnet habe; das ist eine Sache, die viele Arbeit macht und ich sage offen, ich habe nicht die Zeit dazu gehabt, aber ich habe das Gefühl, daß man nicht auslangen wird und daß man mit diesen fünf Millionen nicht auslangt, ist eine klare Sache, wie ja auch von anderer Seite mitgetheilt wurde. Also, die fünf Millionen werden bedeutend überschritten werden, dann wird man die großen Brücken bauen und die Einwölbung einer späteren Zukunft überlassen.

Meine Herren! Ich bin auch Geschäftsmann, und zwar Geschäftsmann in der gewissen Richtung, wo ich mir bei größeren Anlehen oft berechnen muß, ist es gut, heute ein Capital zu investiren, welches ich durch lange Jahre brach liegen lassen muß. Meine Herren! Ich mache darauf aufmerksam, wie wir in Oesterreich angefangen haben, Bahnen zu bauen, da haben wir geglaubt — und so war es auch bei der Elisabeth-Westbahn — daß sie einen doppelgeleisigen Unterbau haben müssen. Wir haben Millionen hineingesteckt und Jahre lang brach liegen lassen, weil wir das zweite Geleise nicht gebraucht haben und noch heute ist in Salzburg eine große Strecke, wo das zweite Geleise nicht gelegt ist, so daß das Capital keine Zinsen gebracht hat. Hätte man eingeleisig gebaut und das Capital sich verzinsen lassen, so hätte man dann mit Leichtigkeit zwei, auch drei Geleise bauen können.

Von diesen Erwägungen ausgehend, halte ich es nicht für ganz rationell, wenn man heute ein Capital hineinsteckt in der Voraussetzung, daß man heute nicht einwölben wird, vielleicht erst in 30 oder 40 Jahren. Bis dahin hat sich das Capital, das da fruchtlos hineingesteckt würde, verdoppelt oder verdreifacht, und dann sind wir in der Lage, wenn wir die Sicherheit haben, daß nichts geschieht, die Einwölbung zu machen, wenn auch die Widerlager nicht zu Stande kommen.

Meine Herren! Ich schließe diesen Gegenstand, weil ich hier nicht eine große Discussion heraufbeschwören möchte. Ich will alle Details übergehen, allein ich habe als Vertreter von Wien es für meine Pflicht erachtet, hier zu sprechen, und ich habe zum ersten Male über diesen Gegenstand hier öffentlich gesprochen. Ich weiß, daß ich mir dadurch sehr viele Feinde schon gemacht habe und vielleicht noch machen werde. Zum Glück, wenn ich so sagen darf, mache ich mir nicht viel daraus (Bravo, rechts); aber es muß gesagt werden, und wenn man die Vortheile schildert, ist es Pflicht, eventuell auch auf die Gefahr aufmerksam zu machen, und diese Gefahr besteht für mich, ich sage das ganz offen, es ist das keine Sache, wo ich plötzlich Opposition machen will, und ich bemerke, daß ich unserem hochverehrten Herrn Baudirector ganz dasselbe gesagt habe, was ich hier sage.

Ich will keine Propaganda für meine Ideen machen, aber ich halte es für meine Pflicht, dies hier öffentlich zu sagen, und so schließe ich mit dem innigsten Wunsche, es mögen diese ganzen

Bauten zum Glück und Segen unserer Vaterstadt gereichen, und damit Freundschaft und Frieden einziehen, und dieser Friede und dieses echte Wiener Blut wieder entstehen, so entstehen, wie es war und immer sein soll. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Baudirector Berger: Meine Herren! Ich erlaube mir nur kurz einige aufklärende Bemerkungen zu dem eben Gehörten zu machen. Es ist angeführt worden, daß hinsichtlich der Einwölbung des Wienflusses jede Grundlage insofern fehlt, als man nicht im Stande sei, die Wassermengen zu bestimmen, welche bei Durchführung der Einwölbung maßgebend sind, und daß diesfalls unter den Fachleuten große Differenzen bestehen. Da muß ich aufmerksam machen, daß der Gemeinderath von Wien wiederholt Expertisen einberufen hat, die jedenfalls des besten Rufes in der Fachwelt sich erfreuen, und daß bei diesen Expertisen Differenzen in solchem Sinne nicht bestanden.

Es ist allerdings richtig, daß in früherer Zeit ein Ingenieur, welcher später als Experte fungirte, ein Vorproject entworfen hat, in welchem er höhere Ziffern entwickelte und wobei er aber damals selbst bemerkte, er habe hierdurch eine Wassercubatur erreicht, die selbst durch die bestehende Stubenthorbrücke nicht durch könnte. Nachdem diese Brücke bekanntlich $^1/_2$ Jahrtausend besteht und alle Wässer durchließ, so scheint mir diese Cubatur jedenfalls zu hoch gegriffen. Der erwähnte Ingenieur wollte den Beweis führen, daß man den Wienfluß einwölben kann, und er hat in dieser Richtung den ersten praktischen Vorschlag gemacht. Das war der einzige Fachmann, der höhere Ziffern anführte, aber in der Expertise sind diese Differenzen nicht mehr zu Tage getreten.

Eine Differenz besteht allerdings zwischen Bauamt und der Expertise, diese wurde aber in dem Sinne gelöst, daß das Stadtbauamt den Experten-Ziffern nicht weiter entgegengetreten ist, und zwar aus Gründen der Sicherheit für die Stadt. Die Expertise hat bekanntermaßen 600 Cubikmeter per Secunde Wassermasse berechnet, während das Bauamt auf der Basis von 400 Cubikmeter stand.

Wenn das Stadtbauamt eine weitere Opposition nicht macht und sich diesen ganz enormen Ziffern zugewandt hat, so liegt darin allein schon ein ganz außerordentlicher Sicherheitsgrad.

Bezüglich der Bemerkungen, die aus dem Gutachten des Stadtbauamtes citirt wurden, mache ich aufmerksam, daß das in einem Bericht vom Jahre 1882 steht, wo ein ganz anderes Project vorlag.

Dieses Project basirte, wie sich die Herren, die dem damaligen Gemeinderathe angehörten, noch erinnern werden, auf einer theilweisen Ableitung des Wienflusses in nordöstlicher Richtung; damals war die Einwölbung im heutigen Wiener Gemeindegebiete wirklich sehr reducirt, und wenn ich mich recht erinnere, auf 200 bis höchstens 300 Cubikmeter berechnet, und daß man damals beisetzen mußte, daß unter solchen Verhältnissen für die vollste Sicherheit vorgesorgt werden müsse, hat nichts Auffallendes und steht auch nicht im Widerspruche mit dem heutigen Referate, wo für 600 Cubikmeter Abfuhr ungefähr bei Gewölbsanlauf vorgesorgt ist und für 7—800 Cubikmeter, wenn das Profil mehr gefüllt ist, und wo außerdem Reservoirs angelegt werden. Der Standpunkt ist also heute ein ganz anderer und die Bemerkung von damals paßt in das heutige Project nicht ganz und ist also daraus ein Widerspruch nicht abzuleiten.

Es wurde hinsichtlich der Ausführung nach dem nun als Skizze vorliegenden Projecte aufmerksam gemacht, daß in diesem Falle unnöthige Millionen investirt wurden und namentlich bei diesem Projecte beabsichtigt ist, daß die Regulirung so gemacht werden soll, daß zu jeder beliebigen Zeit das Gewölbe hergestellt werden kann.

Gem.-Rath v. Stummer scheint nun der Meinung zu sein, daß wir beabsichtigen, die Widerlager sofort so stark zu machen, daß die Einwölbung ohneweiters möglich sei. Da besteht ein Irrthum; das beabsichtigen wir nicht; wir beabsichtigen die Widerlager nur so zu machen, daß sie zu jeder beliebigen Zeit so verstärkt werden können, daß dann die Einwölbung hergestellt werden kann.

Es ist das ein Gegensatz gegen das Regierungsproject, welches die Widerlager so machen wollte, daß man überhaupt nie mehr einwölben kann, und wenn sich der Gemeinderath einmal für die Einwölbung entscheiden würde, 11—12 Millionen investirtes Capital vernichtet werden müßten, um das Richtige zu machen. Das wollen wir aber nicht.

Es ist leider das Profil heute etwas abseits gestellt, aber aus dem Profile, welches neulich vom Herrn Referenten vorgeführt wurde, ersehen die Herren die schematische Darstellung des Profils. Es ist mit schwarzer Farbe dargestellt, das was wir heute machen wollen, und mit etwas lichterer Farbe, was man in späterer Zeit ausführen will, und wie in dritter Linie das Gewölbe eingefügt werden kann. Vielleicht in einer Kleinigkeit, ist der Herr Vorredner im Rechte, daß wir die Widerlager rückwärts abschrägen, um die richtige Drucklinie zu bekommen. Das müssen wir uns aber deshalb erlauben, weil, wenn seinerzeit im Wienflusse etwas besser gemacht werden soll, man rechnen muß, daß man dann die Bahn vor sich hat, welche im Betriebe steht, wo man an den Mauern nicht viel umändern und reconstruiren kann. Ich constatire nochmals, daß die verlangten 5 Millionen nicht dazu gehören, unnütz starke Widerlager zu schaffen, sondern die Widerlager so zu construiren, daß sie seinerzeit verstärkt werden können. Daß die Ziffer 15 Millionen übersteigt, hat seinen Grund darin, daß der Ueberschlag, wie er von der Regierung für die Widerlager aufgestellt wurde, ausreicht, wenn man bloß die Strecke der Stadtbahn in's Auge faßt und die übrige Strecke des Wienflusses, wo die Stadtbahn nicht oder nicht in unmittelbarer Nähe geht, ausläßt; das kann aber unmöglich geschehen, wo das Weichbild der Stadt jetzt bis zum Auhof hinaus reicht. Man kann nicht im alten Wien reguliren und im übrigen Theile den Zustand, wie er heute ist, belassen. Ich fühle mich verpflichtet, aufmerksam zu machen, daß wir mit den 15 Millionen absolut das Auskommen nicht finden können und würde mich einer Pflichtverletzung schuldig machen, wenn ich den Gemeinderath glauben ließe, man kann mit den 15 Millionen überhaupt den Wienfluß anständig reguliren ohne Einwölbung und ohne Verstärkung der Widerlager. In einigen Jahren käme die Enttäuschung, wir würden herantreten wegen der Bewilligung der Millionen und dadurch würden wir Vorwürfe mit Recht verdienen. Was die Ansicht betrifft, daß mit der Regulirung — wenn die Seitencanäle hergestellt werden — die sanitären Verhältnisse geordnet werden, so möchte ich mir doch die Bemerkung erlauben, daß in dieser Anschauung entschieden zu weit gegangen wird, man muß auch hier, wie ich neulich schon in einer kurzen Antwort auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Djörup sagte, mit Nothausläßen arbeiten, man muß Nothausläße herstellen. Diese sind im Donaucanale weniger bedenklich, wo fließendes Wasser vorhanden ist, während wir das Wien-

flußbett zeitweise trocken haben; hier werden die sanitären Verhältnisse ungünstigere sein.

Ich erinnere, daß der oberste Sanitätsrath, als das Project der Wienfluß-Regulirung vorlag, wo die Einwölbung nur bis zur Tegetthoffbrücke gedacht war, nur mit großem Widerstreben seine Zustimmung ertheilt hat, daß der untere Theil des Wienflusses offen bleibe, obwohl damals wegen der Rückstau-Verhältnisse vom Donaucanale die Sache günstiger lag. Ich glaube also, daß eine wirklich entscheidend ausreichende Sanirung des Wienflusses mit der Herstellung von Seitencanälen nicht erzielt werden dürfte; übrigens werden darüber die Erfahrungen Auskunft geben. Ein absoluter Irrthum ist es aber anzunehmen, daß wir bei der Wienflußeinwölbung vorwiegend von Schönheits-Rücksichten bestimmt werden, ich glaube, für Schönheits-Rücksichten würden wir dem Gemeinderath nur eine geringe Ausgabe zumuthen können, es sind sanitäre Rücksichten, wohl auch Gründe des Verkehres, der Entwicklung und der Verbauung der Stadt. Wenn die Herren den Stadttheil, welcher an den Wienfluß anschließt, betrachten und denken, wie die Entwicklung stattfinden könnte, wenn der Wienfluß geschlossen wäre, brauche ich das wohl nicht weiter auszumalen. Sie haben eine eingeschnittene Furche durch die Stadt mit Uebergängen, die lästiger wäre als die Linienwälle zwischen Alt- und Neu-Wien. Er hat im Verhältniß mehr Durchbrüche gehabt, als der Wienfluß Uebergänge aufzuweisen hat.

Es ist hauptsächlich betont worden, daß man deshalb gegen die Wienflußeinwölbung sein müsse, weil nicht absolute Sicherheit besteht. Das ist bei allen großen Unternehmungen der Fall. Ich erinnere an die Donauregulirung, an die Hochquellenleitung. Nirgends war absolute Sicherheit, daß die Donauregulirung in allen Fällen entsprechen wird. Es war auch bei der Hochquellenleitung die absolute Sicherheit nicht vorhanden, daß wir die damals zugesicherte Eimerzahl Wasser bekommen, aber man ist nicht zurückgeschreckt von der Unternehmung, weil man gewußt hat, daß man eine gute That thue. Ich glaube auch, daß man vor der Durchführung, vor der wir jetzt stehen, deshalb nicht zurückschrecken solle, weil man ein Vorbild nicht hat, weil eine ähnliche Ausführung bisher nicht gemacht ist. Wir österreichischen Techniker haben schon schwierigere Aufgaben gelöst, die nicht einfach copirt werden konnten, und die Herren dürfen erwarten, daß auch diese Aufgabe von den hiesigen Technikern richtig durchgeführt werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Linke (gegen): Sehr geehrte Herren! Wenn ich von der finanziellen Frage absehe, muß ich die westlichen Bezirke beglückwünschen zu der Fluth von Eisenbahnen, die ihnen beschieden ist. Wien wird wirklich eine Weltstadt werden, welche auf der ihr zugewiesenen Fläche — mit Ausnahme von London, welche mit 228 Kilometer Länge vorausgeht — eine Eisenbahnkilometerlänge von 168·65 Kilometer aufweisen wird. Wien wird eine relative Eisenbahndichte von 0·95 Kilometer auf einen Quadratkilometer haben, während in London 0·92 Kilometer auf 1 Quadratkilometer kommen, daher es London sogar übertrifft. Es wird von Interesse sein zu vernehmen, daß Wien die dritte Stadt der Welt wird, was die relative Eisenbahnkilometerlänge anbelangt.

Denn es kommen auf 1 Quadratkilometer Fläche:

a) in New-York	1·73	Kilometer Eisenbahnen.
b) in Berlin	1·59	„ „
c) in Wien	0·95	„ „
d) in London	0·92	„ „

Also Wien wird hiernach die dritte Stadt der Welt, obwohl es die relativ schütterste Bevölkerung, 8076 Einwohner auf 1 Quadratkilometer gegenüber dem meistbevölkertsten Metropole, Paris mit 39.121 Einwohner auf 1 Quadratkilometer hat.

Wenn ich nun die Gelegenheit benütze, hier diese exponirten Pläne der Weltstädte in Parallele zu ziehen mit der Groß-Commune, so kann ich mich der Ansicht nicht anschließen, daß die Stadtbahnen, welche andere Städte aufzuweisen haben, fehlerhaft sind. Im Gegentheile bin ich veranlaßt, diese Parallele als den Ausgangspunkt für meinen Antrag zu benützen. Gestatten Sie mir, meine Herren, hier zu verweisen (tritt zur Tafel). In London sehen Sie hier eine Linie. Die Gürtelbahn, die Metropolitan Railway, die war der Anfangspunkt, von welchem aus die anderen Bahnen erst später beschaffen wurden; diese Ringbahn hat einen Umfang von 22·12 Kilometer. Ebenso war es in Paris, wo im Jahre 1850 aus Anlaß der Einverleibung der Vororte Napoleon III. beziehungsweise der Seine-Präfect Haußmann es nothwendig gefunden hat, den Vororten, welche einbezogen worden sind, eine Entschädigung für den Verlust der Autonomie dadurch zu gewähren, daß die Vororte durch die chemin de fer de ceinture, welche 37 Kilometer lang ist, miteinander in innige Verbindung gebracht worden sind. Er hat in ähnlicher Weise ein Versprechen gegeben, wie es unseren Vororten von Seite des Herrn Statthalters gegeben worden ist. Er hat es auch buchstäblich ausgeführt.

Wenn auch an der chemin de fer de ceinture der Mangel ausgestellt wird, daß die Entfernungen von dem Centrum der Stadt bis zur Peripherie zu groß sind, so muß man doch berücksichtigen, daß die Hauptbahnen tief in die Stadt einschneiden, so daß z. B. gerade der wichtigste Bahnhof Saint Lazar nur etwa 600 Meter vom Centrum der Stadt entfernt ist. Die Entfernungen von den anderen Bahnhöfen Mont Parnaß, Orléans, Lyon, West-Ost-Bahn, betragen 1, höchstens $1^1/_2$ Kilometer von dem Centrum der Stadt, von der City.

Auch in Berlin war die erste Forderung die Ringbahn, welche in dem Umfange von $37^1/_2$ Kilometer im Jahre 1872 vollendet wurde. Erst 10 Jahre später wurde die Stadtbahn geschaffen, welche in einer Diagonale die Ringbahn durchschneidet. Alle die Ringbahnen dieser drei Weltstädte sind derart angelegt, daß sämmtliche Stadtbezirke der Metropole vollkommen in der Peripherie eingeschlossen werden. Wenn man einwendet, daß die Metropolitan Railway in London eine viel zu enge Peripherie hat, so ist das nicht richtig, denn es ist nicht bloß die City und Westmünster, sondern ganz Westend und Ostend eingeschlossen, also noch viel, auch noch andere Gemeinden, mehr, als es vielleicht nothwendig gewesen wäre. Zudem sind die Londoner Verkehrsverhältnisse ganz andere, als die in Wien, Paris und Berlin. Man muß berücksichtigen, daß die innere Stadt, die City, fast gar nicht bewohnt ist, denn in der City sind 6493 Häuser, davon sind 4000 ganz unbewohnt, weil dieselben meist nur als Geschäftslocale und Magazine benutzt werden, und die Geschäftsleute sind bemüssigt, sich in die Stadt zu begeben, um dort ihren Beruf zu versehen. Dieselben haben es also weniger nothwendig, die Peripherielinien zu benützen, als die Radialbahnen. Nun sind aber die Radialbahnen in so ausgezeichneter Weise ausgebildet, daß keine Stadt der Welt derartige Radialbahnen aufzuweisen in der Lage ist. Es sind dazu die Haupt- und die Localbahnen verwendet. Zudem sind — und ich muß es hier constatiren — auf diesem Plane nicht alle Bahnen gekennzeichnet. Es sind diese verschiedenen Radialbahnen mit einer

solchen Unzahl von Verbindungslinien verbunden, daß Schlinge auf Schlinge sich schließt, und ist eine Unzahl von Ringbahnen vorhanden, welche das ganze Verkehrsnetz ergänzen. Es hat also wirklich London das vorzüglichste Eisenbahnnetz aufzuweisen, und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß dasselbe auch der Anlage der Ringbahn in Berlin zu Grunde gelegt worden ist. Was die Entfernungen vom Centrum der Stadt anbelangt, so sind diese in London nicht zu groß. Denn die Entfernung von der Mitte bis zur Peripherie beträgt in London $1^1/_2$ höchstens 2 Kilometer. Ebenso ist auch in Paris die Distanz nicht so groß, wie ich schon bemerkt habe. In Berlin beträgt die Entfernung vom Centrum gegen Norden 3 Kilometer, gegen Süden allerdings 5 Kilometer.

Ich muß noch einmal constatiren, daß in allen diesen Weltstädten sämmtliche Stadtbezirke in die Peripherie eingeschlossen worden sind. Wenn wir nun das Project nach dem Regierungsprogramm für Groß-Wien mit den anderen Städten vergleichen, so finden wir ganz auffällige Unterschiede. Dieses schwarze Band kennzeichnet die Trace, die ich wünsche. Von dieser bitte ich also einstweilen abzusehen. Aber von da angefangen ist der östliche und südliche Theil von Groß-Wien aus dem Verkehrsnetze ausgeschlossen! Die blauen Streifen sind die bestehenden Hauptbahnen, welche eben für den Stadtverkehr gar nicht geeignet sind. Die Peripherie, zu welcher insbesondere die Gürtelstraße geeignet wäre, ist nur theilweise zu Eisenbahnen verwendet, von Heiligenstadt an zur Westbahn und dann zur Südbahn; dort nimmt sie ihr Ende. Und doch wurde mit Allerhöchster Entschließung vom 28. Juni 1861 die Gürtelstraße bestimmt, und zwar sowohl hinsichtlich des Umfanges, als der Profile und der einzelnen Bestandtheile derselben, und es wurde in der ganzen Peripherie der Gürtelstraße auch die Trace für die zukünftige Gürteleisenbahn festgestellt, und zwar nicht bloß bis zum Südbahnhofe, sondern in weiterer Fortsetzung bei der St. Marxer-Linie vorüber bis zum Donaucanale. Ich muß auch bemerken, daß vielleicht in allen anderen Bezirken das Terrain für die Gürtelstraße jetzt schon zum großen Theile verbaut ist, nur bei uns im XI. Bezirke sind die Dimensionen vollkommen intact, so daß gar kein Grund vorhanden ist, das was die Regierung damals bestimmt hat, heute fallen zu lassen und zwar umsoweniger, als Se. Excellenz der Herr Statthalter den einverleibten Vororten gleichsam als Entschädigung für die Verluste der Autonomie die Anlage einer Stadtbahn versprochen hat. Was er den einverleibten Vororten überhaupt versprochen hat, glaube ich, kann mit Recht auch der XI. Bezirk auf sich beziehen.

Es sind in Folge dieses Projectes der Gürtelstraße hierauf auch verschiedenartige Projecte von Gürteleisenbahnen verfaßt worden. Darunter muß noch insbesondere hervorgehoben werden, das Project der Wiener Metropolitan-Central-Peripheriebahn von Leinwather und Consorten (im Jahre 1882), welches Project die Gürtelbahn vollständig darstellt und dieses Project — entschuldigen Sie, meine Herren, ich bin Laie, aber ich muß das gestehen — findet meinen vollkommenen Beifall und zwar aus dem Grunde, weil dasselbe sämmtlichen Bezirken Gerechtigkeit widerfahren läßt, und zweitens aber auch aus dem Grunde, weil es die meisten Radiallinien in's Centrum der Stadt entsendet, und dann auch, weil es in der Anlage der verschiedenartigen Eisentracen sehr sparsam ist, gar keine Parallelbahn herstellt, wie es hier auf dem Plane zu sehen ist, und endlich weil es verhältnißmäßig viel weniger kostet.

Nach dem Regierungsprogramme nehmen die hier dargestellten Linien eine Länge von 79·90 Kilometer ein und beträgt die Kostensumme auch selbst bezüglich jener Linien, wo der Kostenbetrag nicht eingesetzt ist, 87,815.000 fl.; dagegen werden nach dem Projecte Leinwather bloß 68.147 Kilometer verbaut und kostet die Ausführung bloß 54,350.000 fl.

Dem Programm der hohen Regierung, welches uns heute vorliegt, liegt offenbar das Project von James Bunzen und Josef Fogerty zu Grunde und wurde dasselbe insbesondere deshalb zu Grunde gelegt, weil dasselbe die Concession bereits erlangt hat. Das Stadtbauamt hat an dem Projecte von Fogerty & Consorten nur eine einzige Variante vorgenommen, welche auch im jetzigen Programm vorkommt, indem es innere Ringlinien eingefügt hat. Nach dem Projecte von Fogerty nimmt die Gürtellinie gleichfalls bei der Südbahn ihr Ende. Ich kann es den Engländern nicht verargen, daß sie die Gürtellinie nicht vollständig ausgeführt haben, denn die haben ganz andere Rücksichten zu beobachten gehabt als sie der Regierung obliegen; und dann haben sie, was wohl zu entschuldigen ist, die volkswirthschaftlichen Verhältnisse gewiß nicht so gekannt. Aber daß die hohe Regierung nicht mit gleicher Sorgfalt die östlichen Bezirke, nämlich den X., den XI. und den III. Bezirk berücksichtigt hat, wie die anderen, daß es der hohen Regierung ganz fremd und unbekannt sein sollte, daß sich im X., XI. und III. Bezirke (namentlich gegen die Gürtellinie) sehr bedeutende Industrie befindet, das ist befremdend.

Es sind aber noch eine ganze Menge anderer Gründe, welche mich dazu bestimmen, heute den letzten Nothanker auszuwerfen, um für unseren Bezirk aufzutreten. Meine Herren! Das ist keine Bezirksmeierei, die ich hier treibe: Jeder von Ihnen, wenn er Vertreter dieses Bezirkes wäre, hätte die gleiche Pflicht, dafür einzutreten. Es sind mindestens 10 Jahre, daß ich mich bemühe, die Mängel unseres Verkehres darzulegen, und es ist ein eigener Fluch, der auf unserem Bezirke lastet, daß wir von lauter Eisenbahndämmen wie eine Festung eingeschlossen werden, keine Haltestellen haben und aus unserem Bezirke gar nicht herauskommen können. Nun sind aber die Entfernungen von unserem Bezirke in die Stadt und in die westlichen Vororte viel größer als in diesen untereinander und zur Stadt, weil dieselben ein geschlossenes Ganze bilden und überhaupt der Stadt näher liegen. Der XI. Bezirk ist aber ganz isolirt und hat gar keinen Verkehr.

Wir haben da den Hochbau der Wien-Aspangbahn, von dem ich heute in meiner Interpellation bemerkt habe, daß er für uns ein großes Aergerniß ist, weil er uns vollkommen einschließt, wie eine Festung. Wenn man die Aufgabe stellen würde, uns so zu umgürten, daß wir nicht ein- und nicht auskönnen, so könnte sie nicht genialer ausgeführt werden, als es jetzt der Fall ist. Denn an die Aspangbahn schließt sich der Wiener-Neustädter Canal, so zwar, daß diese Bahn weder eine Unterfahrung, noch eine Ueberfahrung gestattet. Dasselbe ist bei der Staatsbahn (nördliche Linie) der Fall, dann kommt die Viehschleppbahn, und so sind wir nach allen Richtungen umrungen und eingeschlossen, können nicht heraus.

Meine Herren! Gewiß verlangt die Gerechtigkeit an sich schon, daß man sich einmal dieses Bezirkes erbarmt, damit er Gelegenheit habe, sich in volkswirthschaftlicher Hinsicht zu entwickeln und städtisch zu entfalten. Bedenken Sie, meine Herren, ein Bezirk, welcher der Großcommune Wien das größte Vermögen gebracht hat, der auch gleichmäßig zu allen Zahlungen herangezogen wird, wird jetzt bei

den Verkehrsanlagen geradeso behandelt, als ob er gar nicht existiren würde. Das streitet schon an sich gegen jede Gerechtigkeit.

Es sind aber noch andere Gründe, welche mich dazu bestimmen. Das Erste sind die Verkehrsbeziehungen mit dem X. Bezirke, insbesondere was die Industrie anbelangt. Wenn das Programm dieser Eisenbahntrace, wie es hier projectirt wird, ausgeführt wird, mit gänzlicher Vernachlässigung unseres Bezirkes, dann sind wir mehr geschädigt, als wenn gar nichts geschehen wäre. Denn dann drängt sich alle Industrie in die westlichen Bezirke und wir, bei denen das Terrain am allergünstigsten für die Anlage von Fabriken ist, werden ganz und gar verlassen und verwaist sein. Wir haben ohnedem keine landschaftlichen Reize, keine Gelegenheit zu Cottages u. dgl., nur die einzige Möglichkeit haben wir, daß bei uns industrielle Etablissements gebaut werden; wenn Sie uns auch diese Möglichkeit noch entziehen dadurch, daß Sie uns von jedem Verkehr ausschließen, dann sind wir geliefert und können nach Amerika auswandern.

Es ist noch ein anderer Grund, den ich vorbringen muß, nämlich die Approvisionirung. An der St. Marxerlinie befindet sich der Centralviehhof, welcher wie bekannt, nicht bloß zum Schlachten des Viehes dient, sondern hauptsächlich auch als Markt benützt wird.

Von diesem Central-Viehmarkte wurde das Vieh (Rinder, Schafe und Schweine) bei hellem Tage durch Simmering längs des Linienwalles nach Gumpendorf in das dortige Schlachthaus getrieben! Das ist ein solcher Zustand, der wohl nicht geduldet werden kann und auf den man bei der Anlage einer Eisenbahn auch Rücksicht nehmen sollte. Daß alle die Artikel, die für die Approvisionirung der Großcommune nothwendig sind, mittelst Eisenbahn befördert werden, ist selbstverständlich.

Man hat eine Bahn errichtet, um das Vieh nach dem Central-Viehhofe zu führen, die Viehschleppbahn und so ist es auch nothwendig, das Schlachthaus in Gumpendorf damit zu verbinden.

Ich habe in meinem Antrage, den ich mir erlaubte, den Herren Gemeinderäthen zuzusenden, ohnehin unsere Verkehrs-Misère gründlich dargestellt, und will nur bemerken, daß wir ja für die Herstellung der projectirten Verkehrsanlagen ganz gehörig beitragen müssen. Ich habe mich der Mühe unterzogen, diesen Beitrag auszurechnen. Jeder von uns hat in dreifacher Beziehung zu zahlen: 1. als österreichischer Staatsbürger 3 fl. 78 kr. per Kopf, 2. als Niederösterreicher 4 fl. 64 kr. und 3. als Großwiener 20 fl. 90 kr. (Hört!) Also dieser dreifache Beitrag macht per Kopf 29 fl. 32 kr. Wenn man erwägt, daß der XI. Bezirk 28.798 Einwohner hat, so beträgt dies an sich schon ein Kapital von 844.357 fl. 36 kr. Wenn wir also einen so enormen Beitrag zu den Verkehrsanlagen zahlen müssen, dann sind wir auch berechtigt, etwas davon zu haben.

Diese Trace, welche ich mir zu kennzeichnen erlaubte, mißt nur 6·75 Kilometer und kann bei der Aspangbahn fortgesetzt werden, um längs der St. Marxer Linie bis zum Donaucanale und längs desselben bis zur Hauptzollamtsbahn im Anschlusse an die Verbindungsbahn zu ziehen. Es sind also nur 6·75 Kilometer und die können wir wohl noch auf uns nehmen.

Ich habe mir bezüglich meines Antrages viele Mühe gegeben, und es hat auch der Stadtrath zu meiner Freude endlich den Beschluß gefaßt, daß dieser Antrag unterstützt werde, indem beschlossen wurde, diese Strecke von der Südbahn längs der St. Marxer Linie und dann am Donaucanal bis zur Verbindungsbahn fortzusetzen; es wird auch möglich sein, dieses Stück herzustellen, ohne daß daraus bedeutende Kosten erwachsen, abgesehen davon, daß dieses Stück an sich unbedeutend ist.

Wenn Sie sich, meine Herren, die Verkehrsanlagen hier ansehen, so erblicken Sie ohnedem eine Menge Parallelbahnen, welche gar nicht nothwendig sind und wahrscheinlich alle gar nicht zur Ausführung kommen werden. Sie haben hier längs des Donaucanales zwei Tracen nebeneinander, wovon die eine — ich weiß nicht — unter oder über der anderen gehen wird, welche aber beide nicht nothwendig sind. Ein ähnliches Bewandtniß findet sich in der Donaustadt, wo auch zwei Bahnen nebeneinander gehen.

Ich habe hier zusammengestellt die Zahl der Kilometer, welche erspart werden kann: a) bei der Gürtellinie von Heiligenstadt bis zum Südbahnhofe, welche nicht $15^3/_{10}$, sondern bloß 9 Kilometer mißt. Bei den Parallellinien sind ebenfalls Ersparnisse zu erzielen, und zwar b) bei der Donaucanallinie $3^1/_2$ Kilometer, c) bei der Fortsetzung der Hauptbahn neben dem Nordgürtel 2 Kilometer, d) bei der Donaustadtbahn 3 Kilometer, e) bei der Westgürtelbahn neben der Wienthalbahn 1 Kilometer, zusammen 15 Kilometer.

Ich bitte also, nehmen Sie sich unseres Bezirkes an und nehmen Sie den Antrag des Stadtrathes betreffend Herstellung einer Linie, ausgehend von einem Punkt der Südbahn bei Matzleinsdorf oder Meidling durch den X. und XI. Bezirk, den Bezirkstheil Erdberg des III. Bezirkes zum Anschlusse an die Donaucanallinie an. (Beifall.)

Gem.-Rath Robert Geitler: Ich habe den Ausführungen des Herrn Vorredners zugehört und kann mir nicht verhehlen, daß er sehr viel Richtiges vorgebracht hat und daß die Wünsche, die er als Vertreter des XI. Bezirkes vorgebracht hat, gerechtfertigt sind, ich glaube aber, den Herrn Redner beruhigen zu können, da gerade der Bezirk, welchen er vertritt, eine bedeutende Zukunft hat. Wenn nämlich der Wiener Donaucanal, wie es ja die Regierung projectirt, zu einem Winterhafen umgewandelt werden wird, so bin ich überzeugt, daß kein Bezirk mehr von dieser Umwandlung in einen Winterhafen gewinnen werde, als gerade der XI. Bezirk, ich glaube nämlich, daß nirgends anders als gegen den XI. Bezirk das eigentliche Groß der Schiffe sich etabliren wird und daß dort die Schiffe überwintern werden. Selbstverständlich werden Magazinsbauten, Werften u. s. w. dort entstehen; dort, wo ein Winterhafen ist, werden auch Geleise von den Ufern des Winterhafens zu den Bahnen angelegt werden, und ist das ebenso selbstverständlich, wie das früher Gesagte. Außerdem wird sich, wie der Herr Vorredner gesagt hat, an die Bahnen, die den XI. Bezirk geniren, der Anschluß an die zukünftige Localbahn in dieser Gegend herausbilden. Wenn die Herren die Situation ansehen, so sind in der nächsten Nähe des XI. Bezirkes die Geleise der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft, es durchkreuzen den XI. Bezirk die Geleise der Bahn von Kaiser-Ebersdorf, und ist es sicher, daß von Kaiser-Ebersdorf aufwärts — bis Kaiser-Ebersdorf liegt schon das Geleise — sich die Geleise mit den bereits bestehenden Bahnen des III. Bezirkes bald werden vereinigen.

Ich möchte, bevor ich auf meine weiteren Ausführungen komme, auch noch dasjenige streifen, was der letzte Redner, Herr Gem.-Rath Stummer hinsichtlich der Wienfluß-Einwölbung gesagt hat. Auch ich und mit mir ein Theil derjenigen Herren, welche sowohl dem früheren als jetzigen Gemeinderathe angehören, haben damals, als das Project der Wienfluß-Ueberwölbung im

Gemeinderathe hier besprochen wurde, gegen dasselbe Stellung genommen, gegen dasselbe gesprochen und gestimmt. Wir aber, die wir dem technischen Stande nicht angehören, haben dies größtentheils aus ökonomischen Gründen gethan und wir haben gemeint, daß die Kosten der Ueberwölbung unserer Ansicht nach ein nicht productiv angelegtes Capital seien. Ich werde auf die Sache nicht weiter eingehen, ich werde mir aber erlauben, wenn der Punkt II 1 der Anträge des Stadtrathes zur Abstimmung kommen wird, zu beantragen, daß über diesen Punkt 1 getrennt abgestimmt werde, und zwar über jenen Theil „von Anfang an bis längstens 1890 zu leisten sind" und den zweiten Theil „und für die Wienfluß-Regulirung auch die Verzinsung bis zu 2 Millionen". Das werde ich mir gelegentlich der Abstimmung über die Stadtraths-Anträge zu beantragen erlauben.

Gestatten Sie, meine Herren, daß ich nun auf die Ausführungen des ersten Redners in dieser Debatte, des Gem.-Rathes Dr. Lueger, zurückkomme. Der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat in der letzten Sitzung damit begonnen, daß er meinen Gesinnungsgenossen den Vorwurf gemacht hat, daß wir nur deshalb gegen die Einsetzung einer Commission zur Berathung der Stadtrathsanträge gestimmt haben, weil wir in dieser Richtung dem Gebote der Presse — „das Adjectiv, das er außerdem noch gebraucht hat, möchte ich aus Anstandsrücksichten lieber unterdrücken" — dem Gebot dieser Presse wie immer auch diesmal, gefolgt haben. (Rufe links: Ganz richtig!) Das ist nicht richtig. Ich möchte bei dieser Gelegenheit fragen, ob es denn logisch ist, daß man immer sagt, die Presse, die Tagespresse, die freisinnige Presse sei von den Capitalisten, von uns, unseren Freunden subventionirt, sie hänge von uns ab, und wenn man im nächsten Athem dann sagt: wir folgen den Befehlen dieser Presse. Ich glaube, es ist noch nicht vorgekommen, daß, wenn man Jemanden zahlt, von ihm so abhängig ist, wie die Herren immer sagen. Ich möchte hier bei dieser Gelegenheit, das was in dieser Richtung gesagt worden ist, nicht zurückweisen, sondern ad absurdum führen, es ist unmöglich, unrichtig und unlogisch. Was speciell den Vorwurf Dr. Lueger's anbelangt, wir hätten in diesem Falle nicht für die Einsetzung einer Commission gestimmt, so muß ich mir doch erlauben, meinen Standpunkt in dieser Frage ein wenig zu kennzeichnen. Ich glaube, daß die Einsetzung einer Commission des Gemeinderathes vielleicht in dem Augenblicke richtig gewesen wäre, als uns der Stadtrath die Anträge zugesendet hat, denn nach der Geschäftsordnung des Gemeinderathes kann der Gemeinderath auch dann eine Commission einsetzen, wenn die Anträge des Stadtrathes auf der Tagesordnung sind. In dem Momente also, als uns der Stadtrath die Anträge zukommen ließ, es war am 17. December 1891, wäre es Zeit gewesen, im Gemeinderathe die Wahl einer Commission aus dem Gemeinderathe vorzunehmen, es wäre dann sowohl der Commission, als dem Stadtrathe möglich gewesen, wenigstens jene Zeit zu benützen, die wir hier zur Berathung in der Vollversammlung nicht erübrigen konnten. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Die Stadtraths-Anträge kamen am 5. Jänner d. J. hier zur Verhandlung und da, glaube ich, wäre nicht mehr der richtige Moment gewesen, um die Angelegenheit einer aus dem Gemeinderathe zu wählenden Commission zu übertragen, denn wir hätten eigentlich dann, wenn der Berichterstatter gesprochen haben würde, nicht sagen können, wir beantragen die Wahl einer Commission. Die Herren hätten vielleicht angenommen, vielleicht auch nicht. Wenn wir es beantragt hätten, dann wäre eine Commission gewählt worden, der Vorhang wäre gefallen, die Bevölkerung hätte gesagt: Jetzt weiß die Gemeinde in einer so wichtigen Angelegenheit, die seit Monaten die Bevölkerung von ganz Wien beschäftigt, gar nichts Anderes zu thun, als eine Commission zu wählen. Ich bitte doch zu bedenken, daß es 3 oder 4 Monate sind — ich glaube, es sind vier Monate — seit die Verhandlungen in der Enquête bei der Regierung bekannt gegeben worden sind. Seit dieser Zeit hat sich die öffentliche Meinung, haben sich die Fachvereine, haben sich Parteiversammlungen, haben sich alle möglichen Corporationen der Besprechung dieser Frage gewidmet, und es wäre doch eigentlich sonderbar, wenn sich erst am 5. Jänner d. J. die Mitglieder des Gemeinderathes eine Idee von dem hätten bilden sollen, was in dieser Frage zu machen ist. Ich glaube sonach, daß es ganz richtig war, daß der Gemeinderath am Dienstag beschlossen hat, sofort in die meritorische Behandlung der Vorlage einzutreten, in die meritorische Berathung hier im Hause, wo es ohnedies Jedem von uns und allen Collegen freigestellt sein wird, seine Wünsche auszusprechen. Und am allernothwendigsten war es, daß die Bevölkerung davon Kenntniß bekäme, daß wir uns sofort, wie die Sache in den Gemeinderath kam, mit derselben ernstlich und meritorisch befaßten, weil, wie der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger leider mit Recht gesagt hat, die Bevölkerung außerordentlich leidet durch die Arbeitslosigkeit und durch die nicht zu leugnende außerordentliche Theuerung der Lebensmittelpreise. Nun glaube ich aber nicht, daß man auch diese Theuerung der Lebensmittelpreise und diesen Mangel an Arbeit, das Elend der Bevölkerung uns wieder in die Schuhe wird schieben können. An diesen verschiedenen Mißständen ist alles Andere schuld, nur nicht die Partei, der ich angehöre, und der der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger in der letzten Sitzung den Vorwurf wieder zugeschleudert hat, daß sie es sei, die an der Vertheuerung der Lebensmittelpreise mit Schuld trage. Hat der verehrte Herr Gem.-Rath Dr. Lueger ganz vergessen, welches eigentlich die Gründe der Theuerung der Lebensmittelpreise sind? Hat er vergessen an die schlechte Ernte, die wir gehabt haben und die die Frucht- und Mehlpreise auf eine außerordentliche Höhe getrieben hat? Hat er vergessen, daß die Krankheit der Rebe die Weinpreise in die Höhe getrieben hat? Hat er, was den Nothstand der Bevölkerung betrifft, noch außerdem vergessen, daß das letzte Baujahr vollkommen verloren ging und nicht durch unsere Schuld? Es waren mit Schuld daran die vielleicht sehr gut gedachten, aber gewiß nicht sehr praktischen Petitionen an die beiden Häuser des Reichsrathes und an die Regierung wegen der Steuerbefreiungen. Infolge dieser Petitionen ist das ganze vergangene Baujahr verflossen und die Leute haben nicht gebaut, weil sie gedacht haben, daß sie im heurigen Jahre große Steuerbefreiungen erhalten werden. Die Noth in der Bevölkerung ist also sehr groß, die Lebensmittelpreise steigen fort und fort, und außer den von mir angeführten Gründen ist vielleicht auch der Umstand Ursache, daß die Meisten Derjenigen, die sich mit dem Verkaufe von Lebensmitteln befassen, alles Mögliche benützt haben, um die Preise in die Höhe zu schrauben (Sehr richtig! rechts). Aber dasjenige, was sie durch die Aufhebung der Verzehrungssteuer im Sacke behalten, im eigenen behalten und nicht der Bevölkerung zu Gute kommen lassen, das ist auch mit ein Grund, daß die Preise der Lebensmittel in so exorbitanter Weise gestiegen sind, und dafür kann Niemand etwas.

Wenn wir nun, meine Herren, in einem etwas rascheren Tempo die Vorlagen der Regierung, beziehungsweise die Anträge des Stadtrathes behandeln, so geschieht es darum, weil wir ein

offenes Auge für die unglückliche Lage unserer Mitbürger haben, weil wir sehen, daß rasch geholfen werden muß, und weil wir meinen, daß der Gemeinderath der Stadt Wien nicht nur die Pflicht hat, die ernste Pflicht, einen ordentlichen Haushalt zu führen, sondern weil wir glauben, daß der Gemeinderath der Stadt Wien auch der Vater dieser Stadt ist, und weil wir glauben, daß er für seine Kinder vor allem Anderen zu sorgen hat, dafür zu sorgen, daß dieselben Brot bekommen und daß sie durch die Arbeiten die wir nunmehr im Einvernehmen mit dem Reiche und dem Lande Niederösterreich projectiren, Brot bekommen werden. Das ist zweifellos und ich vergönne es den neuen an uns gekommenen Gemeinden und Bezirken, daß sie wahrscheinlich diejenigen sein werden, die zu allererst die Früchte dieser Arbeiten genießen werden. Nicht nur dann werden sie die Früchte der Arbeiten genießen, sondern schon jetzt während der Zeit, wo die Arbeiten gemacht werden; denn an der Peripherie der früheren Stadt Wien und an der Peripherie der neuen Stadt Wien werden jedenfalls die ersten größeren Bauten, die Bauten im größeren Stile beginnen und es werden dann diejenigen Mitbürger, die draußen wohnen, jedenfalls früher die Früchte genießen als wir in den alten Gemeinden. Aber, wie gesagt, ich vergönne den Herren dies aus vollem Herzen, denn auch ich bin überzeugt, daß es so manche Gemeinde geben wird, in welchen die Lasten, die sie durch die Einbeziehung nach Wien bekommen, etwas größer sein werden als jene Lasten, die sie früher getragen haben. Das werden die Steuerbogen erweisen und ich glaube, es ist ganz richtig, so manche Gemeinde wird höhere Steuern zu zahlen haben wie früher, sie werden aber über den Uebergang dadurch leichter hinauskommen, weil sie eben jetzt vor allem Anderen die Früchte der Verkehrsarbeiten bekommen werden und später, wenn einmal die Stadtbahn fertig sein wird, sind sie in einem Niveau mit dem alten Gemeindegebiet von Wien. Der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat gemeint, daß wir viel zu connivent gegen die Regierung seien, und daß wir aus Connivenz gegen die Regierung viel rascher arbeiten, daß die Regierung dränge, weil sie uns — er hat das Wort „übervortheilt" nicht ausgesprochen — aber er hat gemeint, die Regierung wolle aus der Stadt Wien, beziehungsweise aus der Betheiligung der Stadt Wien besondere Vortheile ziehen. Das ist nicht richtig, aber zur Beruhigung des Dr. Lueger möchte ich doch sagen, auch wir sind der Ansicht, auch wir wissen, daß es nicht Sache der Gemeinde ist, die Bahnen zu bauen; auch wir wissen, daß die Regulirung des Donaucanals, beziehungsweise die Umwandlung desselben in einen Schiffahrtscanal und einen Winterhafen auch nicht Sache der Stadt Wien ist, aber andererseits wissen wir, daß die Regulirung des Wienflusses wieder nicht Sache des Staates ist, und ich glaube, daß der Staat auch nicht dazu verhalten werden könnte, theilzunehmen an den Auslagen für die Erbauung der Sammelcanäle; das, was jetzt gemacht wird, ist eben ein Compromiß, ein Compromiß, welches wir Alle begrüßen können. Und wenn wir bedenken, daß wir 20 Jahre gesprochen, geschrieben, debattirt und petitionirt haben, um die Stadtbahn zu bekommen und daß wir sie doch nicht bekommen haben, so sehen wir, daß wir aus eigenen Mitteln, durch unsere eigene Initiative nicht dazu haben kommen können und sind froh, daß wir endlich so weit gekommen sind.

Ich möchte aber, was den Wiener Donaucanal anbelangt, noch etwas Anderes anführen. Der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat gemeint, die vom Stadtrathe beantragte Regulirung des Donaucanales werde nur deswegen gemacht, um dadurch zu beweisen, daß die erste Donauregulirung mißlungen sei, und weil man sich auf das Werk, welches wir an der großen Donau geschaffen haben, nicht mehr verlassen könne, daß dort kein Platz für verschiedene Anlagen sei u. s. w. Das ist nicht richtig; und ich kann Sie versichern, und in dieser Beziehung glaube ich ein klein wenig darauf rechnen zu können, daß auch Sie, meine Herren, von der anderen (linken) Seite mir Glauben schenken, denn ich habe einen Theil meines Lebens an der Donau zugebracht. Wer die Verhältnisse der Schiffahrt auf der Donau nächst Wien so lange beobachtet hat wie ich, kann mit gutem Gewissen sagen: Die Donauregulirung bei Wien hat nicht nur die Stadt Wien, darauf werde ich noch zurückkommen, sondern auch den Verkehr, die Schiffahrt auf der Donau außerordentlich gehoben. Zum Beweise dafür möchte ich die Herren bitten, die Jahrbücher der Stadt Wien nachzulesen, die statistischen Ausweise nachzulesen, und Sie werden finden, daß die Mengen von Getreide und anderen Rohwaaren, die vor der Donauregulirung in unsere Stadt gekommen sind in gar keinem Vergleiche gestiegen sind bis zu jener Zeit, wo die Regulirung der Donau perfect war. Die Lagerhäuser, die die Stadt Wien, die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, die Unionbank am Donaustrome errichtet haben, bergen Massen von Gütern, die wir nicht nach Wien hätten bringen können, bevor wir nicht einen sicheren Platz hatten — und der war damals nicht da — für die Anlage von solchen Magazinen.

Was die Stadt Wien anbelangt, so bitte ich doch nicht zu vergessen, daß dieselbe, bevor die Donauregulirung perfect war, alljährlich einer fürchterlichen Ueberschwemmung, wenn schon nicht ausgesetzt, so doch von einer solchen bedroht war und es waren unzählige Straßen und Plätze des alten Wien, welche alljährlich überschwemmt waren. Ich bitte nicht zu vergessen, daß wir uns alle Jahre der Gefahr ausgesetzt sahen, dadurch, daß die paar hölzernen Brücken über den Donaucanal bei einer Eisstauung oder beim Abgange des Eisstoßes zu Grunde gegangen wären, vom linken Donauufer ganz abgeschlossen zu werden, wodurch auch unser Verkehr nach Osten gehemmt gewesen wäre.

Der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat die Donau bei Wien mit der Donau bei Budapest verglichen. Meine Herren! Das kann man doch endlich nicht thun! Der Herr Gemeinderath dürfte sich doch daran erinnern, daß die Donau zwischen Pest und Ofen seit jeher dort geflossen ist, wo sie heute rinnt, und daß sich selbstverständlich an beiden Ufern der Donau ein Verkehr entwickelt hat, um den wir die Stadt Budapest wirklich beneiden können.

Das ist ja selbstverständlich. Wäre man vor circa 100 Jahren daran gegangen, den Wiener Donaucanal zum Hauptstrom zu machen, dann hätten auch wir links und rechts vom Donaucanal die Stadt Wien nach und nach sich entwickeln gesehen. Jetzt ist das leider unmöglich. Vor 100 Jahren hat man leider nicht daran gedacht, welch' wichtiger Factor in der Volkswirthschaft ein großer Strom ist und welche Bedeutung er für eine Stadt hat. Man hat damals nicht daran gedacht, erst im Jahre 1870 wurde der erste Spatenstich zur Donauregulirung gemacht.

Was nun durch die projectirte Umwandlung und Regulirung des Donaucanals projectirt ist, will ich noch in kurzen Worten erläutern. Die Regulirung des Wiener Donaucanals war im Programme der Donauregulirungs-Commission, welches im Jahre 1868 allerhöchst genehmigt wurde, bereits gegeben, und es hat auch die Donauregulirungs-Commission die Regulirung des Donaucanals

fort und fort im Auge behalten und verschiedene Arbeiten gemacht, die früher von Niemandem gemacht wurden. Es hat sich auch der Zustand des Donaucanals, seit diese Arbeiten durch die Donauregulirungs-Commission unternommen wurden, wesentlich gebessert. Was man heute durch die Umwandlung des Donaucanals in einen Schiffahrtscanal erzwecken will, besteht in Folgendem: man will erstens das Schwimmthor, von dem die Techniker meinen, es genüge doch nicht in allen Fällen, durch eine vollkommen sichere Absperrung ersetzen. Gut! Man will weiters dafür sorgen, daß in den Zeiten des kleinen Wasserstandes durch einzelne Schleusen, die man im Wiener Donaucanal vertheilt, das Wasser bis zu einer gewissen Höhe constant erhalten wird. Man will endlich aus dem Wiener Donaucanal dadurch, daß man das Schwimmthor fixirt, daß man die Schleusen auch für den mindesten Wasserstand errichtet, einen sicheren Winterhafen in Wien errichten.

Das ist nothwendig. Und nun, meine Herren, komme ich auf etwas, was ich besonders an die Adresse derjenigen Herren richte — damit habe ich auch den Herrn Bürgermeister gemeint — welche in der Donauregulirungs-Commission die Stadt Wien vertreten.

In das allerhöchst genehmigte Project vom Jahre 1868 war auch die Anlage eines Winterhafens in Wien aufgenommen. Diesen Winterhafen hätten wir schon längst bekommen sollen und bekommen können, und ich speciell war es, der bei jeder Gelegenheit im Wiener Gemeinderathe darauf gedrungen hat, daß endlich diese Verpflichtung erfüllt werde, welche der Donauregulirungsfond auf sich genommen hat. Wir hatten vor zwei Jahren im Gemeinderath über diese Angelegenheit ein längeres Referat, welches ich die Ehre hatte, Namens der Donaustadt-Commission zu erstatten. In diesem Referate haben wir damals auf Grundlage des Magistrats-Berichtes bewiesen, daß uns dieser Winterhafen gebührt. Wenn nun aber heute nach dem neuen Projecte dieser Winterhafen von den 10 Millionen gebaut werden soll, dann müßten nach meiner Ansicht jene Kosten, welche nach dem Donauregulirungs-Programme vom Jahre 1868 von Seite des Donauregulirungsfondes für die Errichtung des Winterhafens in Anspruch genommen wurden, den Curien in einer anderen Weise restituirt werden. (Hört! rechts.) Es darf aber nicht vorkommen, daß wir, obgleich wir seinerzeit unsere alljährlichen Quoten für den Donauregulirungsfond zu geben beschlossen haben, nochmals für den Winterhafen etwas hergeben müssen. (So ist es! rechts.) Es ist ein Recht der Gemeinde Wien, erworben durch das Gesetz vom Jahre 1868, daß aus den Mitteln des Donauregulirungsfondes dieser Winterhafen bei Wien gebaut werde und ich berufe mich auf das diesbezügliche Rechtsgutachten des Magistratsrathes Dr. Kronawetter, welches meinem Referate vor zwei Jahren zur Grundlage gedient hat, worin Herr Dr. Kronawetter damals auf Grund der Aktenlage genau dasselbe gesagt hat, was ich heute auszuführen die Ehre habe.

Dieses Referat des Herrn Dr. Kronawetter hat die Billigung des gesammten Magistrats-Gremiums gefunden, die Billigung der Donaustadt-Commission und des Plenums des Gemeinderathes und endlich, meine Herren, auch die vollkommene Billigung jener Enquête, welche vor zwei Jahren seitens des Handels-Ministeriums eben in dieser Angelegenheit einberufen wurde. (Hört! rechts.) Damals, meine Herren, habe ich Namens der Gemeinde Wien unseren Rechts- und unseren Billigkeitsstandpunkt vertreten und ich bin von keiner Seite dementirt worden. Keines der Mitglieder der damaligen Enquête, Beamte, Vertreter des Landes, der Donauregulirungs-Commission u. s. w. konnten meinen damaligen Ausführungen entgegentreten.

Ich muß sonach bei dieser Gelegenheit nochmals bitten, daß die Herren, die die Gemeinde Wien in der Donauregulirungs-Commission vertreten, auf diese Sache ihr besonderes Augenmerk richten mögen.

Ich richte dieselbe Bitte auch an die Herren, welche seinerzeit in die Commission für die öffentlichen Verkehrsanlagen werden gewählt werden; auch diese werden darauf zu sehen haben, daß nicht neuerdings Kosten für die Gemeinde Wien dadurch erwachsen, daß aus diesen 10 Millionen der Winterhafen erbaut wird, und daß man vergißt, daß die Gemeinde Wien — die anderen Curien sollen sich um ihr Geld selbst bekümmern — dazu bereits ihr Geld hergegeben hat. (Beifall rechts.)

Meine Herren, ich habe sonach dasjenige, was ich in dieser Angelegenheit zu sagen hatte, beendet. Ich möchte Sie bitten, wollen wir gründlich weiter über die Sache berathen, wollen wir aber endlich zu einem Entschlusse kommen, der, wie ich überzeugt bin und hoffe, in dieser Woche ein einstimmiger sein wird. Denn ich kann nicht glauben, daß das, was Herr Gem.-Rath Dr. Lueger in der letzten Sitzung als Bedingung für die Zustimmung seinerseits und seitens seiner Parteifreunde aufgestellt hat, eine juristische Bedingung sein soll, die quasi in den Betrag hineinzukommen hätte. Es sind Wünsche, die Herr Dr. Lueger ausgesprochen hat, und Wünsche werden ja Einzelne von uns vorbringen. Einzelne der Wünsche, welche Herr Dr. Lueger ausgesprochen hat, sind vielleicht berücksichtigungswerth, andere Wünsche, welche ausgesprochen wurden, sind unausführbar, andere verstehen sich von selbst.

Ich will auf die einzelnen Bedingungen nicht eingehen, weil ich Sie nicht länger ermüden will, aber ich möchte Sie bitten: Ermannen wir uns endlich zu einer That, zeigen wir endlich der Bevölkerung, daß wir in diesem Saale nicht bloß immer streiten und uns gegenseitig befehden, sondern endlich etwas arbeiten und schaffen. Wenn wir auch in dieser Sache vielleicht hie und da einen Fehler gemacht haben oder noch machen werden, daran liegt nichts, eine große Sache kann nicht ohne Fehler durchgeführt werden, deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie die Anträge des Stadtrathes an. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe erst kurze Zeit die Ehre dem Wiener Gemeinderathe anzugehören, ich bin aber sehr darüber erstaunt, wie in derartigen wichtigen Dingen vorgegangen wird, wie Dinge, welche für die zukünftige Entwicklung Wiens von so großer Bedeutung sind, geradezu durchgepeitscht werden.

Es hat weder der Stadtrath noch der Gemeinderath die Zeit, die Sache zu prüfen, um für dasjenige zu stimmen, was gut ist und gegen dasjenige, was für die Bevölkerung eventuell schlecht sein könnte.

Es wird, meine Herren, im n.-ö. Landtage immer davon gesprochen, daß es der Bevölkerung in den Vororten gut gehe, und es werden Bilder entrollt, nach denen man glauben sollte, wir leben toll und in Saus und Braus. Auf mich machen diese Worte den Eindruck, daß sie für einen höheren Ort berechnet sind, daß sie aber nicht immer den Thatsachen entsprechen.

Ich will nun, meine Herren, speciell zur Bahnlinie Wien—Penzing übergehen. Es wurde gelegentlich der Einverleibung der Vororte gesagt, wir bekommen Verkehrsmittel, wir bekommen

Wasser und alles Mögliche. Das Wasser ist nun nicht vorhanden; wäre aber noch einmal eine Einverleibung der Vororte nach Wien, da bin ich überzeugt, daß die liberale Partei wieder das nöthige Quantum Wasser machen würde, das sie uns schon einmal gemacht hat. (Heiterkeit links.) Diejenigen Theile Wiens welche früher keine Verkehrsmittel hatten, werden auch jetzt noch keine bekommen, ich verweise auf die Linie Nußdorf—Penzing. Die Gemeinden Grinzing, Heiligenstadt, Sievring bekommen auch jetzt keinen Anschluß an die Metropole und haben wieder keine Verkehrsmittel.

Wir werden vielleicht das Vergnügen haben, auf der Bahn mehrere Waggons mit Holz und Kohle, und marode Reservisten aus den Manövern durchfahren zu sehen, sonst dürften wir nichts davon haben. Zweitens geht es uns durch diese Anlage ebenso wie dem X. und III. Bezirke; wir werden in der Mitte durchschnitten und der XIX. Bezirk, der sich nur nordwestlich entwickeln kann, weil im Süden der XIX. und XVIII. Bezirk liegen und weil er sich östlich an die Donau anlehnt, wird durch diese Linie in seiner Entwicklung noch gehindert. Es ist der Bevölkerung alles eins, welches Verkehrsmittel wir bekommen, ob es Tramway oder Eisenbahn ist, wir wollen nur ein Verkehrs- und Verbindungsmittel zur Metropole.

Ich unterstütze daher den vom Collegen Dr. Lueger gestellten Antrag auf's Wärmste. Es müssen ja diese Flügel nicht von der Staatsbahn, sondern sie können vielleicht von einem Privatunternehmer gebaut werden, wenn dieselbe die Unterstützung der Gemeinde seinerzeit erhalten würde.

Ich komme nun weiter zum Donau-Schleusen-Projecte und muß mir da an den Herrn Baudirector im Interesse Tausender Familien eine Frage erlauben. Ich möchte den Herrn Baudirector bitten, am Schlusse meiner Rede mir eine bestimmte und bündige Antwort in dieser Richtung zu geben. Ich weiß nicht, ob mich der Herr Baudirector hört. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Jetzt muß er mit dem Stadtrathe reden!) Ich erlaube mir die Frage: Werden die Holzhändler, welche an der Donaulände sind, durch die Erbauung dieser Schleusen in ihrer Existenz gestört? Da kein Detailplan vorliegt, frage ich darum. Wenn Quai-Mauern oder sonst etwas dort gebaut würde, könnte kein Holz mehr ausgeladen werden. Die Holzhändler wären geradezu ruinirt, weil die Holzplätze sehr weit hinunter verlegt werden müßten. Durch die Verlegung der Holzplätze würden allerdings die Großgrundbesitzer und polnischen Holzhändler, welche auf den Bahnhöfen ihre Lager haben, gewinnen, aber unsere Holzhändler würden als erbgesessene alte Wiener zu Grunde gehen. Ich bemerke das auch deshalb, weil kein Detailplan vorliegt; wir wissen ja, wie es zugeht.

Es kommt eine Excellenz auf dem Bahnhofe an und findet keinen geschlossenen Wagen; sie begibt sich zu dem Polizeipräsidenten und am nächsten Tage erscheint eine Verordnung: die Wägen müssen geschlossen auf dem Bahnhofe erscheinen, unbekümmert darum, daß dadurch Familienväter ruinirt werden. (Beifall links.) Es könnte also auch hier vorkommen, daß wir im Gemeinderathe etwas beschließen, was für die Zukunft sehr gefährlich werden könnte. Es ist ja möglich, daß die Donauregulirungs-Commission es baut, und wenn der Gemeinderath der Stadt Wien sich nicht dagegen verwahrt — die Donauregulirungs-Commission wird sich um uns gewiß nicht kümmern.

Ich komme nun auf die Anträge des Herrn Dr. Lueger zu sprechen, welche der geehrte Herr Vorredner kritisirt hat. Wir Wiener Gewerbetreibenden haben das Recht auf diese Arbeiten (Beifall links), weil schon von der Regierung erklärt wurde, daß diese Arbeiten dazu gemacht werden, um den Wiener Geschäftsleuten Arbeit und der Bevölkerung Verdienst zu schaffen. Nun, meine Herren, wenn Sie die Anträge des Herrn Dr. Lueger ablehnen, dann dürfte es anders kommen und ich werde Ihnen auch einen Beleg dafür erzählen, wie es in der Staatsverwaltung zugeht. Es ist zwei Jahre her, daß das große Approvisionirungsgebäude bei der Westbahn erbaut wurde. Es haben ungefähr zehn Wiener u. zw. namhafte Firmen concurrirt, allein die Arbeit wurde erstanden von einer Firma aus Polen, Namens Uterski und Peninski. (Rufe links: Hört!)

Ich will Ihnen noch ein Bild vorführen. (Rufe: Dunajewski! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja, die „ski" kommen jetzt daran, der Herr v. Bilinski!) Gerade jetzt arbeitet an der alten Feldbäckerei abermals eine polnische Bauunternehmung und die Wiener sind abermals ausgeschlossen. Es könnte ja so kommen, daß die ganze Arbeit an Alle, nur nicht an eine n.-ö. Bauunternehmung vergeben wird.

Ich bitte Sie daher — ich werde in der Special-Debatte noch zu Worte kommen — die Anträge des Herrn Dr. Lueger anzunehmen; denn nur dann, wenn der Bevölkerung die Arbeit und der Verdienst gesichert ist, nur dann können die Hoffnungen, die an die Erbauung dieser Verkehrsanlagen geknüpft werden, voll und ganz in Erfüllung gehen. Damit schließe ich. (Beifall links.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Sehr geehrte Herren! Wenn ich wüßte, was ich eigentlich von dem Programme, welches Seine Excellenz der Herr Statthalter an den Herrn Bürgermeister geschickt hat, halten soll, wenn ich wüßte, ob das nur einfach ein Leitfaden für unsere Behandlung der Sache sein soll, oder ob dieses Programm vielleicht später eine Art Document bilden wird, so würde ich mir's darnach einrichten und in dem einen Falle darauf verzichten, in der General-Debatte etwas zu sprechen. Ich glaube — wenn ich mich irre, so werde ich jedenfalls eine Aufklärung bekommen —, daß dieses Programm doch seinerzeit bestimmt sein wird, ein Document zu bilden, auf welches man hinweisen wird, wenn vielleicht der Gemeinderath mit der einen oder mit der anderen Maßnahme der Commission nicht einverstanden sein sollte. Ich werde sehr gerne eine Belehrung entgegennehmen, wenn das nicht zutrifft. Das Programm hier ist sehr allgemein gehalten und ich weiß nicht, ist das der Ausfluß eines Idealismus von Seite der oberen Behörden, von Seite des Stadtrathes, der auch nicht viel hinzugefügt hat, ein Idealismus gegen sich selbst, ein Idealismus gegen uns und ein Idealismus gegen die Zukunft, oder ist es etwas Anderes?

Ich möchte mich gerne irren, denn ich müßte sonst glauben, es liegt darin eine gewisse Beiseitesetzung des Gemeinderathes, wenn ich nicht ein stärkeres Wort gebrauchen will. Ich sage nicht, daß ich vermuthe, sondern ich weiß es nicht, was ich davon halten soll. Denn, meine Herren, wenn man dieses Programm noch so oft durchliest und wenn man sich nicht ein anderes Material verschafft und wenn man sich nicht eine Fleißaufgabe stellt und diese Dinge genau betrachtet, so wird man, glaube ich, aus dem Programme nicht so viel erfahren, um sagen zu können, ich werde jetzt 28 Millionen Gulden bewilligen mit dem vollen Bewußtsein, daß ich ganz genau weiß und kenne, was mit diesen 28 Millionen Gulden geschieht, wie die Sache gemacht wird und ob ich mit allem dem, was gemacht werden wird, zufrieden sein werde, ob sich Alles erfüllen wird, was man davon hofft, ob alle Consequenzen

eintreten, die man heute erwartet. Ich glaube nicht, daß Jemand in der Lage ist, auf Grund dieses Programmes ein solches Votum abzugeben. Es bleibt uns also nichts übrig, als uns auch zu diesem Idealismus aufzuschwingen und volles, ich möchte beinahe sagen, blindes Vertrauen Denjenigen entgegenzubringen, die berufen sein werden, das Alles auszuführen, wozu wir heute und das nächste Mal das nöthige Geld bewilligen.

Ich habe eine dunkle Ahnung, daß der Gemeinderath von Wien nicht mehr viel in die Lage kommen wird, sich mit diesen Dingen genauer zu beschäftigen. Ich glaube, das Alles wird im Schoße jener Commission ausgekocht werden, und wenn wir heute nicht dazu schauen, daß wir uns noch ein kleines Restchen von Recht wahren, indem wir uns den Punkt c) etwas näher anschauen, bei dem vielleicht etwas beantragt werden kann, — wenn wir das heute nicht thun, so müssen wir uns gefallen lassen, wenn die Commission diese Dinge macht. Ich bin überzeugt, daß sie sie gut machen will und hoffentlich auch recht gut machen wird. Ich werde mich nicht in Details einlassen. Es ist schon $^1/_2$ oder $^3/_4$8 Uhr, und ich sehe, daß nur mehr ein Theil des Gemeinderathes da ist. Ich bedauere das, nicht weil ich gerade beim Worte bin, sondern ich bedauere es überhaupt, daß bei einer Angelegenheit von einer solchen Wichtigkeit, wie sie Wien noch nie beschäftigt hat und wahrscheinlich den Gemeinderath nie mehr beschäftigen wird, daß bei einer Angelegenheit von so kolossalem Umfange und von einer solchen Tragweite eine solche Theilnahmslosigkeit überhaupt möglich ist. (Beifall rechts.) Ich könnte den Bürgern von Wien und unseren Wählern nicht Unrecht geben, wenn sie einmal uns darüber schwere Vorwürfe machen würden. Ich muß sagen, daß es ein ganz beklagenswerther Anblick ist (Gem.-Rath Dr. Grübl: Aber auf beiden Seiten!), und es verdrießt Einem förmlich, hier noch mit einer gewissen Liebe auf die Sache einzugehen. Aber ich bitte, ich mache nicht einem Einzelnen einen Vorwurf, ich constatire nur, daß vielleicht der dritte Theil der Gemeinderäthe anwesend ist. Ich gehe nun zu den einzelnen Dingen über und werde dieselben nur kurz erwähnen, weil ich hoffe, daß die betreffenden Herren, die in die Commission gewählt werden, das zur Kenntniß nehmen und eventuell davon Gebrauch machen. Es ist ziemlich gleichgiltig, wo ich anfange, also fange ich beim Donaucanale an, weil ich mir das notirt habe. Ich werde nicht viel darüber sprechen, weil ich weiß, daß selbst diejenigen Herren, die an der Projectverfassung — heute kann man ja davon sprechen — betheiligt waren, durchaus nicht mit sich im Reinen sind, wie diese Frage gelöst werden wird. Wir befinden uns vollständig auf gleicher Stufe, wir wissen nämlich gar nichts und werden auch hier kaum etwas mehr erfahren. Es wird wahrscheinlich eine Expertise veranstaltet werden, und ich möchte nur wünschen, daß bei dieser Expertise die Experten gehört und vielleicht etwas mehr berücksichtigt werden, wie bei der Donau-Regulirung, wo die Experten Einiges gesagt haben, was sich heute als richtig herausgestellt und was damals nicht gehört worden ist.

Ich komme auf einige Aeußerungen des Gem.-Rathes Djörup zurück, dessen Prämissen nach meiner Ansicht ganz richtig waren, nur halte ich den Schluß, den er gezogen hat, für etwas pessimistisch. Er hat neulich die Versandung des Durchstiches angeführt. Das ist eine Thatsache, die nicht wegzuleugnen ist. Man wird der Sache einmal doch ernstlich an den Leib gehen können, wenn noch einige Jahre darüber vergangen sein werden, aber den Schluß, den er gezogen hat, kann ich nicht ganz theilen. Ich glaube nicht, daß wir eine Versandung des Donaucanals zu befürchten haben, weil ich mir denke, daß die Gefällsdifferenz zwischen Canal und Durchstich noch größer werden wird, so daß das Wasser durch den Donaucanal langsamer fließen wird, wie in dem Durchstich und daß eine stärkere Versandung nicht eintreten dürfte. Das ist meine Ansicht und die Fachleute werden diesen Gegenstand näher in's Auge fassen. Mir macht die untere Schleuse bei der Ausmündung des Donaucanals in die Donau etwas mehr Kummer als die obere. Ich glaube, daß man den Gegenstand von oben herunter viel leichter wird bewältigen können, wie die Stauwasser von unten. Es ist den Technikern viel gelungen und es wird ihnen gelingen, auch diese Frage zu lösen, aber Sie gestatten, diesen Gegenstand hier wenigstens zu streifen. Ich möchte nämlich sehr wünschen, daß der Donauhafen zu Stande kommt, wenn ich auch nicht der Meinung bin, daß dieser Hafen, wie kürzlich ein sehr hervorragender Mann zu mir gesagt hat, der Centralhafen von Mitteleuropa sein wird. Soweit gehen meine Hoffnungen nicht, aber die Sache muß doch ein Bischen in's Auge gefaßt werden; ich hoffe, daß es gelingen wird, den Donaucanal wirklich einmal zu verkörpern und dann werden die Herren von jener (linken) Seite Gelegenheit haben, ihrer Meinung und ihrer Stimmung Ausdruck zu geben, denn ich glaube, der größte Feind des Donau-Odercanals sind gewisse Kohlenwerksbesitzer; (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Sehr richtig!) es wird mit diesen einen ganz interessanten Kampf geben, und da lade ich die Herren schon heute ein, sich mit der Frage zu beschäftigen und sich dafür zu interessiren, ein Zusammenhang ist doch!

Es wäre gut, wenn die Herren, die in der Commission sind, auch darauf etwas Rücksicht nehmen würden. Ich stelle mir vor, daß dieser gewisse Centralhafen von Mitteleuropa etwas weiter draußen liegen wird und ich spreche hier ein Wort aus auf die Gefahr, daß ich morgen als Phantast, als Narr oder so etwas erklärt werde. Aber ich möchte heute doch festgestellt haben, daß wir vielleicht in 10 oder 20 Jahren doch das sogenannte Kaiserwasser wieder rehabilitiren und man die Frage in Erwägung ziehen wird, ob man nicht statt des Inundationsgebietes, welches das linke Ufer der Donau bildet, eine Art Umgangscanal sich denken könnte, und zwar haben Sie dann den Durchstich und andererseits das Kaiserwasser. (Gem.-Rath Dr. Lueger. So geht es nicht!)

Ich bitte, ich glaube von der Sache ein klein wenig mehr zu verstehen, als der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger; ich bin so unbescheiden, und wenn mich der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger eines Besseren belehren will, bin ich ihm dankbar. Aber das ist nicht allein meine Ansicht, ich habe darüber mit verschiedenen Hydrotechnikern gesprochen, die ihr ganzes Leben bei hydrotechnischen Arbeiten zugebracht haben und welche die bescheidene Meinung hegen, daß Durchstiche überhaupt ein Fehler seien. Es würde mich das zu weit führen, aber ich möchte nur angenagelt haben, daß man denken könnte, daß einmal der große Durchstich wirklich dieser Centralhafen sein könnte; man könnte nämlich einmal die Idee haben, diesen Durchstich wieder abzubauen. Ich kann hier nicht weiter darauf eingehen.

Vom Donaucanale komme ich unwillkürlich, weil es in der Nachbarschaft ist, zu den beiden Unrathscanälen. Ich kann die Befürchtung des Herrn Gem.-Rathes Djörup nicht theilen. Allerdings ist an einem gewissen Theile des Franz Josefs-Quais am rechten Ufer der Raum sehr beschränkt. Nun stelle ich mir aber vor, daß gerade jene senkrechte Mauer an jener Stelle

bei der Galleriebahn eingebaut wird und außerhalb des Treppelweges ihre Fundamente haben wird, und wenn man das zusammenrechnet, so ergibt sich, wenn der Treppelweg und das Trottoir dazu gerechnet werden, weil ja das dem Verkehre übergeben wird, daß der Raum für doppelte Geleise und einen so dimensionirten Canal, wie es die größten Canäle in Paris sind, vollkommen genügen wird. Nun wird es aber nothwendig sein, daß man dort die Canalmauer mit der Mauer der Galleriebahn verbindet, und das ist ohnedies, wie ich glaube, vom Bauamte seinerzeit in Aussicht genommen worden.

Ich möchte mir über die Unrathscanäle nur ein paar Worte zu sagen erlauben. Da heißt es, daß, wenn einmal diese Unrathscanäle bis an's Ende hinuntergeführt werden, dann geeignete Anlagen gemacht werden könnten, um die Abwässer der Stadt Wien in's Marchfeld zu führen.

Es ist mir sehr angenehm, daß an das schon gedacht ist, aber es hat doch einen eigenthümlichen Eindruck auf mich gemacht, daß das so unschuldig gesagt ist. Ich stelle mir vor, daß diese geeigneten Anlagen ziemlich colossale Anlagen sein müssen und auch einige kleine Millionen dazu nothwendig sein werden, um die Bewässerung des Marchfeldes möglich zu machen.

Ich will mich weiter darüber nicht äußern, ob dann, wenn wir das nöthige Wasser haben und die Unrathscanäle in der Weise, wie es unbedingt im Interesse der Gesundheit der Bewohner erforderlich ist, verdünnen, wir diese nothwendige Verdünnung des Wassers wirklich zu Stande bringen, ob dieses tausend und tausendfach verdünnte Abwasser noch werth wäre, daß es mit so und so viel hundertpferdekräftigen Dampfmaschinen gepumpt und über die Donau hinübergeschafft werde, um dort die Felder zu berieseln. Ich erlaube mir darüber kein Urtheil und bemerke das nur nebenbei. Immerhin ist es gut, daß schon daran gedacht wurde.

Ich bin in der Leopoldstadt und komme auch noch zum Donaucanal. Ich möchte recht sehr bitten, daß das, was der Herr Baudirector Hoheneggger im Ingenieur-Verein gesagt hat, berücksichtigt werde. Ich sehe recht gut ein, daß da mit der Nordbahn eine harte Nuß zu knacken sein wird, wenn man ihr zumuthet, daß man die Geleise der Verbindungsbahn unabhängig durch den Nordbahnhof zum Nordwestbahnhofe hinüber durchführt.

Aber ich denke, wenn der Herr Statthalter dies so machen will und uns z. B. einladet, innerhalb einiger Tage die Sache fertig zu machen, so würde man auch vielleicht Mittel finden, der Nordbahn gegenüber eine gewisse Energie zum Ausdrucke zu bringen, und ich glaube, daß es an dem nicht scheitern sollte, daß die Nordbahn da entschiedenen Widerstand leisten wird. Denn es steht fest, wenn es gelingen würde, von der Verbindungsbahn durch die Nordbahn direct hinüberzugehen auf den Nordwestbahnhof, so würden dadurch nicht nur einige Millionen erspart, sondern es wäre auch für den Personenverkehr wenigstens — und auch für den dortigen Frachtenverkehr — ungemein viel gewonnen. Sie sehen ja, daß die Linie vom Praterstern gegen die Rudolfsgasse in der Donaustadt einen colossalen Umweg macht, bis sie die Franz Josefsbahn erreicht. Es ist gesagt worden, daß diese Bahn 23 Straßen kreuzt. Ich finde nicht so viel, aber 16—18 werden es sein.

Denken Sie sich, meine Herren, diese Bahn soll jetzt so geführt werden, daß sie im Straßenterrain geht, also die Straße im Terrain kreuzt! Bei jeder Kreuzung muß ein Schranken errichtet werden und so oft ein Zug verkehrt, müssen die Schranken abgesperrt werden — das ist nun jedenfalls nicht gerade verkehrstechnisch angemessen und wird jedenfalls den Verkehr nicht beleben. Aber daß überhaupt Jemand so unklug sein wird, daß er, wenn er hinüber an den Donaucanal oder nach Nußdorf oder zum Franz Josefsbahnhof will, vom Praterstern hinausfährt in die Donaustadt und diesen riesigen Umweg macht — das glaube ich nicht. Also auf einen großen Personenverkehr, wie es hier heißt —, denke ich, darf überhaupt nicht gerechnet werden, und es wird wohl dieser Straßenbahn ein anderer Grund vorliegen — ich vermuthe es und finde es ganz unbegreiflich, daß da so eine gewisse Geheimnißthuerei herrscht, und der vermuthliche Grund, daß nämlich der volle Gürtel hergestellt werden soll, nicht angegeben wird, man wünscht — so wie ich verstehe —, daß dieser äußere Gürtel als vollständiger Ring hergestellt werde, und ich vermuthe auch, warum man das wünscht und begreife nicht, warum man mir das nicht sagt.

Ja, ich muß sagen, ich als patriotischer Oesterreicher bin geradezu gekränkt darüber; denn, wenn man mir sagen würde, wir werden jetzt längs dieses äußeren Gürtels eine Reihe von Kasernen bauen und bei jeder Kaserne eine Abzweigung des Geleises machen und durch den Hof und die Kaserne durchführen und auf der anderen Seite wieder hinaus; jede solche Kaserne wird in Zukunft ein Militärbahnhof sein, damit man das Militär rasch und einfach befördern kann, ja, meine Herren, ist es ein Verrath, wenn man das sagt? Leidet darunter Jemand? Das ist ja sehr gut und wir Wiener werden augenblicklich das Nöthige bewilligen, um die Schlagfertigkeit der Armee zu unterstützen.

Ich sehe gar nicht ein, warum so heimlich gehandelt wird, es wird ja doch geschehen und es wäre viel gescheidter, wenn man heute sagen würde, ja, wir wollen diese große Rundbahn haben; in Deutschland hat man zu diesem Zwecke Schlingbahnen angelegt und es ermöglicht, Militärzüge durch diese Schlingen auf das andere Geleise zu führen, ohne sie auf einen Wechsel zu bringen. Das ist ein ungeheuerer, verkehrstechnischer Vortheil und ich glaube nicht Einer wird unter uns sein, der nicht vielleicht extra noch eine halbe Million und noch mehr dazu bewilligen würde, wenn es geht, die Schlagfertigkeit der Armee dadurch zu fördern.

Ich wenigstens, weil ich auch einmal Soldat war und diese Dinge im Feldzuge mitgemacht habe, weiß, was es heißt, Militär, insbesondere Artillerie und Cavallerie einwaggoniren, weil ich es selbst erfahren habe und ich wäre geneigt, extra noch etwas zu bewilligen, damit dies recht gut gemacht werden kann.

Es spielt eine große Rolle, ob ein Armee-Corps sechs oder sieben Stunden früher wohin kommt. Man braucht aber daraus kein Geheimniß machen.

Der ganze äußere Gürtel ist in erster Linie eine strategische Bahn und zweitens eine Bahn für den Transversal-Verkehr, damit die Frachten bequem von dem einen Bahnhof auf den anderen überführt werden können. Es hat also einerseits das Kriegs-Ministerium, anderseits das Handels-Ministerium ein lebhaftes Interesse, daß diese Bahn gebaut werde. Nun, wir sind ja Bewohner der Haupt- und Residenzstadt und wenn auch diese Sache vielleicht nicht eine Stadtbahn genannt werden kann; ich finde diesen Titel nicht richtig und sage offen, man sollte einen anderen Titel geben, aber das ist gleichgiltig.

Heute dürften die Ziegel 18 fl. (Rufe: 16 fl.!), also 16 fl. kosten. Sie wissen, daß die Eisenpreise und Materialpreise seit 1871 eine große Differenz aufweisen. Sie wissen, daß in der Periode

des volkswirthschaftlichen Aufschwunges überall dutzendweise Villen gebaut wurden, daß überall parzellirt wurde, daß damals für die Gründe, welche einen so großen Werth nicht hatten, ungeheure Preise verlangt wurden. Mit diesen Umständen rechnend, ist man vielleicht auf den damals projectirten Kostenbetrag von 35,000.000 fl. gekommen. Ich glaube aber, daß, wenn man sich jetzt die Mühe genommen hätte, der Sache näher zu treten, man auf eine bedeutend geringere Summe gekommen wäre.

Ich bewillige für diese Stadtbahn keinen Kreuzer, ich bewillige für die Gürtel-Militärbahn mit Vergnügen, was gefordert wird, aber ich möchte aussprechen, daß wir sagen: unter diesem Prätexte bewilligen wir das, weil wir gute patriotische Oesterreicher sind, aber nicht, weil man sagt, man wird die Großindustrie in Währing oder Döbling unterstützen. Ich möchte die Herren warnen, daß wirklich in Döbling oder Währing eine solche Großindustrie gezüchtet werde, eine solche kann man nach Simmering oder auf den Laaerberg hinausbringen, dort gehört sie hin; was ich verstehe, wenn durch Bahnen und Schleppbahnen die Großindustrie unterstützt werden soll, wenn die Schleppbahnen direct in das Geschäft hineingeführt werden sollen und man calculirt, daß es nicht gleichgiltig ist, ob die Ab- oder Aufladung der Stücke mehr oder weniger kostet. Die kleine Industrie draußen aber trägt die Kohlen in Butten zu und kommt nicht in die Lage, dieselben Waggonweise in das Haus einzuführen. Es kommt mir so vor, als wenn man Jemandem das Goderl kratzen möchte, das ist nicht nothwendig, dadurch entstehen aber Hoffnungen und Meinungen und wenn das Ding dann nicht so ist, kommt der Katzenjammer und müssen wir uns dann gefallen lassen, daß die Leute sagen, das hat man uns damals versprochen, es ist aber nicht so; darum sagen wir gleich, was es ist, wir bewilligen nur für diesen Zweck, für diese Bahn das Geld. Ich habe mich länger als ich wollte, mit diesem Capitel aufgehalten.

Ich komme nun zum Wienfluß, ich weiß, daß es umsonst ist, wenn ich mich dagegen ausspreche, wir sind heute bereits so weit, daß von technischer Seite behauptet wurde, von einer principiellen Aenderung könne keine Rede sein. Ich bin ein Gegner der Wienfluß-Einwölbung, bin auch ein Gegner des offenen Gerinnes, bin aber ein Anhänger der Ableitung. Es hat Jemand in irgend einer Zeitung davon gesprochen, daß das eine physikalische Ungeheuerlichkeit sei. Der das gesprochen hat, hat aber gewiß nicht Physik studirt, er hätte vielleicht besser gesagt, es ist eine technische Ungeheuerlichkeit, eine physikalische Ungeheuerlichkeit ist es vielleicht, wenn man einen Strom zwingen will, gegen das Naturgesetz seinen Lauf zu nehmen, wie man schon irgendwo in Europa gethan haben soll, das ist vielleicht eine physikalische Ungeheuerlichkeit, aber, wenn Sie versuchen, daß ein solcher Fluß aus dem Weichbild von Wien abgeleitet werde, dann wird der Gewährsmann, welcher das gesagt hat, gewiß den Beweis schuldig bleiben, daß es eine Ungeheuerlichkeit ist. Man kann sagen, es ist finanziell undurchführbar, es kostet zu viel, gut — das ist eine Rede, ich weiß, es ist eine Reihe von Projecten gemacht worden, aber ich glaube, daß das letzte in den Jahren 1871 oder 1872 gemacht wurde und wo genaue Pläne und detaillirte Kostenüberschläge dabei waren. Man berechnet jene Projecte mit 35—40 Millionen Gulden, ich möchte aber erinnern, daß in den Jahren 1870—71 die Drasche'schen Ziegel das Tausend 44—46 fl. gekostet hat, Gabrielli bei der Wasserleitung hat sie so gezahlt.

Ich bin überzeugt, daß man mit Millionen nicht so herumwerfen soll. Ich meine, daß man auf 25,000.000 fl. herunter gekommen wäre. Nun hätte ich mir auch gedacht, daß sich die Techniker getraut haben würden, nach den großen Fortschritten, welche seit 10 Jahren in Europa im Tunnelbau gemacht wurden, wenigstens einmal akademisch die Ableitung eines Flusses durch einen Tunnel vorzuschlagen. Ich gebe zu, daß es kühn ist, einen Fluß, der die Eigenschaften hat wie die Wien, in einen Tunnel abzuleiten; aber man wird mir anderseits zugeben, daß der Tunnel es ermöglicht, nicht mit 300, 400, 500 Cubikmeter zu rechnen, der es ermöglicht auch mit 800, ja 1000 Cubikmeter zu rechnen. Man kann auch zwei Tunnel nebeneinander machen, damit man den einen ausbessern kann, wenn er schadhaft geworden ist, und ich denke, wenn wir vor solchen Arbeiten stehen, die circa 130 Millionen in Anspruch nehmen, so können wir rechnen, daß sich aus diesen Arbeiten noch eine Menge andere Dinge entwickeln werden, die weitere 40—50 Millionen kosten werden. Wir selbst haben Aufgaben vor uns, die Millionen kosten. Wenn man vor einer solchen Thatsache steht, dann wäre es angezeigt, daß diese Enquête sich doch ein Bischen ernster mit diesem Gegenstande beschäftigt hätte. Wenn diese Enquête wenigstens gesagt hätte: von einer Flußableitung können wir aus diesen oder jenen Gründen nicht reden. Hier sind Berechnungen gemacht mit der Trace so und mit der Trace so; aber aus diesen Gründen geht es nicht. Nun lese ich da, daß ein Herr, der Mitglied der Enquête war, irgendwo berichtet, in der Enquête wurde die Ableitungsfrage bloß gestreift. Fertig! Das ist wenig. Ich sage nicht mehr, aber mir scheint es sehr wenig zu sein. Ich glaube, bei solchen Dingen sollte man Alles prüfen, jede Alternative prüfen, Alles untersuchen, sollte inductiv vorgehen, was nicht gut ist, abstoßen, bis die Sache einen kleineren und kleineren Kreis bekommt und dann kann man mit gutem Gewissen sagen, wir haben Alles geprüft und das Beste genommen. Dann wird man zufrieden sein. Ich will der Enquête keinen Vorwurf machen, man kann eine Sache streifen und mit zwei, drei Worten abthun; wenn Fachleute, die sich verstehen, unter sich sind, braucht man keine langen Reden zu halten. Ich bitte das nicht so aufzufassen, als wollte ich diesen Vorgang deswegen kritisiren; ich bedauere nur, daß man uns gegenüber es nicht für nothwendig gefunden hat, wo ich doch weiß, daß es in Wien eine Menge Leute gibt, darunter Leute, welche etwas gelernt haben und von solchen Dingen etwas verstehen, daß man also die so mir nichts, dir nichts abthut. Man hat einmal diese Idee und kennt nichts Anderes, als Einwölbung oder Nichteinwölbung, jede andere Idee wird auf die Seite geschoben. Ich erlaube mir, zu behaupten, daß dies eine Verbesserung des Zustandes sein wird; eine Lösung aber ist bloß die Ableitung und wenn sie auch wirklich um 10 Millionen mehr kosten würde, so ist sie eine Lösung.

Ich glaube, man soll in solchen Dingen nicht zu kleinlich sein. Nur auf einen Punkt will ich Sie aufmerksam machen, nämlich auf den Punkt bei der Einmündung der Wien in den Donaucanal. Dort scheint mir der Punkt zu sein, wo, wenn es überhaupt einen Centralbahnhof geben soll, dieser sein muß. Dort kreuzen sich die Linien, dort ist schon die Verbindungsbahn, dort kommt schon die Wienthallinie, dort kommt die Galleriebahn vom Franz Josefs-Quai. Denken Sie sich plötzlich die Wien dort weg, eine Mauer beim Donaucanal. Da hat der Eisenbahner ein so wunderbares Entwicklungsfeld für einen Knotenpunkt, wie er schöner nicht gedacht werden kann. Haben Sie die Wien darin — ob Sie

sie so oder so haben — für den Eisenbahner wird es eine furchtbar schwierige Aufgabe sein und er wird sie nur lösen können in dem Sinne, daß zwar etwas gemacht ist, er wird aber immer sagen: Ich hätte es viel besser und richtiger machen können, wenn dieser verfluchte Wienfluß nicht hier gesteckt wäre. (Beifall rechts.) Das ist eine Thatsache. Da wird mir jeder Eisenbahner recht geben. (Bravo, Bravo rechts.)

Da komme ich auf die Galleriebahn. Ich habe diese Idee einerzeit lebhaft begrüßt, wie sie vom Bauamte — ich glaube, es war das Wiener Stadtbauamt — zuerst ausgesprochen worden ist. Ich möchte dringendst bitten, daß alle jene, welche in diesen Fragen dreinzureden haben, diese Galleriebahn retten, daß aber diese Galleriebahn gleich so gemacht werde, daß sie eventuell als Vollbahn verwendet werden kann, daß sowohl bezüglich der lichten Höhe als bezüglich der lichten Breite und auch bezüglich der Curven und Steigungsverhältnisse die Sache gleich jetzt so geplant werde, daß wir diese Quaiverschandlung nicht bekommen.

Ich spreche allerdings nicht als Fachmann, sondern nur als Mensch, als Wiener, der seine Freude daran hat, wenn er in Wien herumgeht und schöne Bauten und Bilder sieht. Ich freue mich jeden Tag vom Neuen, wenn ich in meinen freien Stunden herumgehe und mir Wien ansehe. Da denke ich mir, daß der Donaucanal einen Hafen in der Mitte bekommt, ich stelle mir ein kleines Alsterbassin von Hamburg vor (Heiterkeit), allerdings en miniature. Ich denke mir, daß sich die Façaden auf der anderen Seite auch entwickeln werden und daß gerade die Partie vom Schottenring bis zur Aspernbrücke ein wunderbar liebliches Städtebild geben wird. Wenn Sie dann wieder einen Coloß von einer schweren Bahn hinstellen, die natürlich auch dem Güterverkehre dienen soll, dann ist die ganze Sache wieder verschandelt. Ich war damals wirklich zu Tode froh, wie Fogerty aus Wien hinausgewiesen wurde, nicht weil es Fogerty war, sondern weil ich mir gedacht habe, daß jetzt wenigstens diese Hochbahn beim Teufel ist und vielleicht kommt doch noch die Zeit, wo die Tiefbahn dort ziehen wird. Draußen mögen sie Hochbahnen haben, so viel sie wollen, aber hier muß doch das ästhetische Gefühl ein wenig berücksichtigt werden, es muß auch die Architektur ein wenig berücksichtigt werden. Wien ist ja auf dem besten Wege, die schönste Stadt der Welt zu werden. Denken wir also auch an diese Dinge, von den Eisenbahnern dürfen wir das nie erwarten.

Die Eisenbahner — ich habe sie zwar sonst sehr gerne — sind die brutalsten Menschen von der Welt. Denn ein Eisenbahner ist genau so wie ein Maulwurf. Bei einem Maulwurf wissen die Gelehrten noch nicht, ob sie ihn tödten sollen, weil er die Wurzeln frißt, oder ob sie ihn schützen sollen, weil er Insecten frißt. (Heiterkeit.) Wenn er auf dem Felde draußen ist, soll er fressen, wie er will, da bringt er höchstens das Gras um. Wenn er aber in einen Küchengarten kommt, soll man ihn umbringen, da wird er schädlich. Auch der Eisenbahner soll draußen herumschreien wie er will, das genirt nicht: aber in Wien muß man ihm ein wenig auf die Finger schauen. (Beifall rechts.) Und das ist unsere Sache.

Ich komme nun zur Gürtellinie. Ich werde so kurz als möglich sein, und ich bitte Sie, meine Herren, um Verzeihung. Es ist gerade jetzt der richtige Moment vorhanden, und da müssen Sie mir doch erlauben, daß ich Sie noch ein wenig aufhalte. Bei der Gürtellinie ist auch die Vorlage sehr wortkarg. Da heißt es: theils als Hochbahn, theils als Tiefbahn. Ja, das ist richtig, und ich verlange nicht, daß man uns jetzt in der Kürze der Zeit ganz genau gesagt hätte, wo Hoch- und wo Tiefbahn sein soll.

Ich habe mir da eine kleine Notiz gemacht, die mich wirklich selbst überrascht hat. Ich bin schon oft auf der Gürtelstraße spazieren gegangen, ich hätte aber nicht geglaubt, daß das ein so gebirgiges, ein so coupirtes Terrain ist. Ich will Ihnen nur ganz kurz die Niveaucoten mittheilen, die beiläufig innerhalb 200 bis 300 Meter hier constatirt sind.

Da haben Sie die Geleishöhe der Franz Josefs-Bahn bei Nußdorf 8 Meter, Nußdorferlinie 19 Meter, Sternwartestraße 28 Meter, israelitisches Spital 25 Meter, Währingerlinie 27 Meter, Antonigasse 46 Meter, Alsbachstraße 33 Meter, Hernalserlinie 38 Meter, Invalidenhaus 48 Meter, Lerchenfelderlinie 41 Meter, Westbahnlinie 55 Meter, Mariahilferlinie 44 Meter, Gumpendorferlinie 23 Meter, Hundsthurmerlinie 22 Meter, Matzleinsdorfbahn 46 Meter, Geleishöhe gegen die Südbahn 52 Meter. Stellen Sie sich das ein Bischen vor! Das sind Entfernungen von 250, 400, 300, 400, 250, 380, 380, 600, 800, 430 Meter. Es ist wirklich interessant, diese Strecke mit dem Plane in der Hand zu begehen. Das veranlaßt mich wieder an jene Unbekannten, die berufen sein werden, in der Commission zu sprechen, die Bitte zu richten, daß das nicht so aufgefaßt werden soll: theils Hochbahn, theils Tiefbahn; denn dann kommt man in einen Sack hinein, wenn das als Hochbahn herauskommt und dann wieder in einen Buckel hinein. Dann wäre die Gürtelstraße noch mehr verschandelt, als sie durch den horizontalen Plan an vielen Punkten zugrunde gerichtet ist. Sehen Sie, die Gürtelstraße ist auch so ein Kind der Laune. Wenn man vor 10 oder 15 Jahren einen Bauplan gemacht hätte, wie der selige Ferstl es gewünscht hat, so glaube ich, daß diese Straße etwas anders ausgefallen wäre, daß sie gleich in einer Breite von 75 Meter ideal geplant worden wäre. Aber da finden Sie, daß von dem Westbahnhofe eine doppelgeleisige Bahn geführt werden soll, die offenbar beiläufig bei der Fünfhauserkirche in das Terrain heraustreten wird, oder es wird eine Tiefbahn geführt bis zur Wien. Kurz und gut, stellen Sie sich vor, wenn diese Bahn in das Niveau heraustritt, muß sie, wenn der Plan bleibt, durch eine 18 Meter breite Straße gehen.

Auf der anderen Seite ist sie 75 Meter breit. Ich hoffe, daß da eine Remedur geschaffen werden wird. Es ist möglich, man braucht nur Muth zu haben und die Geschichte nicht dorfmäßig, sondern großstädtisch zu nehmen; es wäre schade, wenn die Gürtelstraße, die dazu dienen kann, den architektonischen und baulichen Ruhm Wiens zu erhöhen, durch kleinliche Rücksichten derart verballhornt würde. Ich möchte sehr wünschen — und wenn dieser Wunsch Berücksichtigung fände, würde ich mich sehr freuen — wenn diese Gürtelstraßenbahn, die sich an den Westbahnhof anschließt, total als Tiefbahn gebaut werden würde, ich hoffe, daß das so gemacht werden wird und das Heraustreten aus dem Terrain bei der Kreuzung der Nußdorferlinie dadurch ermöglicht wird, daß die Gürtelstraße bei allen jenen Straßenkreuzungen, die hinausführen, schön überbrückt werden kann, so daß der Verkehr im Innern und Aeußern der Stadt nicht leidet. Die Hochbahn ist nach meinen Begriffen einfach nicht denkbar, wenn Sie nicht vergessen, daß der Westbahnhof 55 Meter hoch und 48 Meter über dem Geleise der Franz Josefs-Bahn liegt. Ich glaube, es wäre geradezu ein Widersinn, wenn dort eine Hochbahn geplant würde; ich kann mir nur eine Tiefbahn denken, und ich werde mit Rücksicht auf diesen Gedanken, daß es eine Tiefbahn sein wird, den Antrag stellen, daß

an jenen Stellen, wo Straßen kreuzen, abgedeckt werden muß, und weitere Abdeckungen in späterer Zeit erfolgen, so daß die Gürtelstraße nebstbei ganz hübsch aussehen würde.

Ich komme nun zur Vorortelinie. Da muß ich wirklich einen Schmerzensschrei ausstoßen. Ich habe mir die Mühe genommen und bin während der Weihnachtsfeiertage mit dem Plan in der Hand, die Strecke abgegangen; ich habe 2 bis 3 Nachmittage dazu gebraucht (Bravo! rechts). Da ist das nur ein Kinderspiel, was ich hier vorgelesen habe. Ein so coupirtes Terrain wie Sie es da finden, das ist geradezu colossal. Ich erinnere die Herren von den westlichen Bezirken — ich bedauere, daß so wenige hier sind, denn denen geht es an's Fleisch — an Folgendes: Bei der Weinhauser Kirche ist bekanntlich das Straßenniveau circa $1^1/_2$ Meter unter dem Kirchenniveau; es gehen 8 oder 9 Stufen hinauf, ein Weg führt hinauf, und wenn Sie hinter die Kirche gehen, sind Sie schon auf der Höhe der Dachrinne dieser Kirche. Die Kirche ist gar nicht lang, und wenn Sie noch einige Schritte gegen die Mauer des Sternwarteparkes gehen, sind Sie schon über dem Dachfirste. Sie haben also dort auf einer ungeheuer kurzen Linie über 20 Meter Differenz im Niveau. Diese Linie führt dort außerhalb der Weinhauser Kirche hinein. Jetzt weiß ich allerdings nicht, ob ich das so ernst zu nehmen habe, wie es hier steht, oder ob ich es nicht so ernst nehmen soll. Ich muß mich aber natürlich an das halten, was hier gedruckt ist, und da heißt es von dieser Vorortebahn (liest): „Die bezeichnete Linie wird hauptsächlich nach den Bedürfnissen der Industrie" — ich habe das schon beleuchtet — „und für einen beschränkten Personenverkehr herzustellen sein. Ihre Ausführung kann" — passen Sie auf — „theils im Damme, theils im Einschnitte mit thunlichster Vermeidung kostspieliger Anlagen erfolgen".

Es ist mir also gestattet zu glauben, daß diese Bahn eben im Damme und im Einschnitte gebaut wird, weil es hier steht; nicht wahr? Und daß das sehr billig gemacht wird, nämlich daß der Damm mit möglichst großen Böschungswinkeln gemacht wird, einfach aufgeschüttete Dämme, die man nicht pflastern wird, weil sie ja möglichst billig gemacht werden sollen.

Stellen Sie sich also einen solchen Damm vor, der nur 10 Meter hoch ist, so haben Sie beiläufig unten eine Breite von 20 Metern, die Kronenbreite dazu: 28 Meter. So einen Coloß haben Sie da zum Durchgehen. Und der Einschnitt! Unter einem solchen Einschnitt versteht der Eisenbahner auch wieder einen unter 45 Grad geböschten Einschnitt, der auch wieder nicht gepflastert ist; da nimmt man in der Regel 45 Grad, weil das schon für ein schlechtes, für ein Rollterrain genügend ist. Stellen Sie sich einen solchen Einschnitt vor, auch wieder nur mit 10 Meter Tiefe, mit einer Breite von 8 Metern; man nimmt zwei Mal die Höhe, das ist 20 Meter, zusammen also 28 Meter. Beiläufig also wie die Mariahilferstraße. Stellen Sie sich diesen Einschnitt vor, wie er von der Weinhauser Kirche durch den Park von der Sternwarte durchgeht, wie er vor dem Türkenschanzparke durch das künftige Cottageviertel durchgeht und diese ganze Gegend in brutaler Weise auseinanderschneidet; mir hat wirklich das Herz weh' gethan, wie ich mir das vorgestellt habe. Die Gegend da draußen ist ja eine Perle von Wien, es beneiden uns alle Großstädte darum und ich kann mir nicht denken, daß *man so* vorgehen und diese wunderliebe Gegend tranchiren würde, geradezu wie die Wilden. (Heiterkeit.) Das kann ich mir nicht denken, meine Herren, aber ich lese es hier heraus. Wenn nun doch etwas Anderes im Rathe der Götter beschlossen ist, was nicht für uns gewöhnliche Menschenkinder geeignet ist, wenn man vielleicht weiß, was man thun wird und sich denkt, daß wir es nicht zu wissen brauchen, dann ist es mir ja recht. Ich hoffe, daß dort ein Tunnel gemacht werden wird, und daß man auch bei den anderen zwei Punkten, wo man durch solche Bergrücken durchgeht, das gleiche thun wird. Ich hoffe es, aber daraus kann ich es nicht entnehmen.

Nun bin ich mit meinen technischen Ausführungen fertig und ich werde diesen Gedanken, den ich ausgesprochen habe durch ein paar Wünsche Ausdruck geben und zwar erster Wunsch:

„Bei der definitiven Tracirung der „Vorortelinien" möge für die Strecke: Kreuzung Dornbacherstraße bis Kreuzung Grinzingerstraße eine Variante in's Auge gefaßt werden, welche statt nach rechts gegen die Weinhauser Kirche im flachen Bogen die „Gestätten" hinter dem Türkenschanzpark durchschneidet, rechts vom „Nothspital" das Gesenke des Krottenbaches durchquert und bei der Kreuzung Karlsgasse-Silbergasse wieder in die projectirte Trace einmündet."

Ich glaube, wenn die Herren sich nicht entschließen können, seinerzeit die Sache mit Tunnels zu machen, so wäre es wenigstens wünschenswerth, diese Variante zu studiren und sich die Gegend anzuschauen. Sie werden sich erinnern, daß der Türkenschanzpark auf dem höchsten Grade des Hügels steht und man würde die Bahn dann in der Abdachung gegen den Krottenbach hinten durch diese abscheulichen Lehm- und Sand-Gestätten führen.

Ein zweiter Wunsch ist der:

„Bei jenen Linien, welche in gewöhnlich abgeböschten Einschnitten geführt werden, sind beiderseits Futtermauern aufzuführen und zwar mindestens so hoch wie der dritte Theil des Einschnittes und so stark, daß jederzeit die Ueberbrückung des Einschnittes möglich ist. Zum mindesten wären diese Futtermauern an jenen Stellen aufzuführen, wo Straßenkreuzungen projectirt sind."

Meine Herren! Sie können sich leicht vorstellen, wenn man bei den Einschnitten — sagen wir in einer Tiefe von einem Drittel — die Futtermauern aufführt, so kriegt man natürlich diese Einschnitte oben in der Krone entsprechend schmäler und es ist die Geschichte wenigstens nicht gar so kraß. Das kann sich Jeder sehr leicht denken, wenn die Böschung oberhalb der Futtermauer beginnt, wird die obere Krone um so viel schmäler werden, als diese Böschungsmauer hoch ist.

Das scheint mir besonders wichtig und ich möchte sehr wünschen, daß dies bei solchen Straßenkreuzungen berücksichtigt wird, die heute noch nicht Thatsache sind, die aber wahrscheinlich in den nächsten Jahren Thatsache sein werden. Ich glaube, es wäre gut, wenn man das heute feststellen würde, weil vielleicht heute der Fall eintreten könnte, daß man das Alles nicht macht und jetzt werden die Straßen fertig und dann sagen die Leute zum Gemeinderathe, so, wir wollen jetzt da hinüber, wir wollen eine Straße haben.

Dem Gemeinderathe wird da nichts übrig bleiben, als eine Brücke zu machen und er muß dann noch vielleicht die Eisenbahn recht schön bitten, zu gestatten, dort Pfeiler heraufzumauern; es wird der Verkehr gestört und wir werden uns noch eine Gnade

daraus machen, wenn der Gemeinderath seinerzeit auf eigene Kosten die Brücken machen darf.

Das möchte ich vermieden haben und deshalb stelle ich den Antrag, sämmtliche Straßen, welche von der als offene Tiefbahnen projectirten Linien gekreuzt werden, sind mit entsprechenden Straßenbrücken zu versehen, welche auf Kosten der Commission resp. der Unternehmer, auszuführen sind. Wenn das angenommen wird, so ist dadurch, wie ich glaube, ein Präjudiz dafür geschaffen, daß diese Commission überhaupt verpflichtet ist, den Verkehr vollständig zu ermöglichen. Es ist nun allerdings hier eine solche kurze Bemerkung, die mir aber etwas zu allgemein gehalten scheint, und ich glaube, es ist in einem solchen Falle immer gut, wenn man das ziemlich deutlich festsetzt. Natürlich weiß ich nicht, ob darauf gehört werden wird oder nicht.

Ich bin sofort fertig und möchte nur noch bitten — bezüglich des Wienflusses hätte ich einen selbstständigen Antrag zu stellen, nämlich das Stadtbauamt zu beauftragen, bei der Ausarbeitung des Detailprojectes für die Wienflußregulirung

1. dem Gemeinderathe ehestens einen eingehenden Motivenbericht vorzulegen, warum die Ableitung des Wienflusses nicht geplant wird;

2. auf die Ausführbarkeit der Wienfluß-Nutzwasserleitung gebührend Bedacht zu nehmen;

3. mit Rücksicht auf die eben nothwendigen Sicherungsbauten zur Regulirung der Hochwässer, das gesammte Quellengebiet des Wienflusses, einem eingehenden hydrotechnischen Studium zu unterziehen.

Und nun komme ich zu Punkt C. Ich begründe meinen Antrag nicht weiter; ich sehe, daß die Herren ungeduldig sind. Zu Punkt C möchte ich mir einige Aenderungen erlauben, und zwar:

Es heißt im Punkte C 1: „Die gemäß Punkt VII des „Programmes in die Commission für Verkehrsanlagen in Wien zu „entsendenden Abgeordneten der Stadt Wien sind vom Gemeinde„rathe auf Zeit zu wählen."

Ich möchte statt „auf Zeit" einklammern „auf die Dauer von drei Jahren". Im Punkte C 3 heißt es: „in die Curie sind 5 Mitglieder und 2 Ersatzmänner zu entsenden". Nach Ersatzmänner wäre einzuschalten: „aus dem Plenum des Gemeinderathes".

Im Punkte C 4 heißt es: „die Mitglieder erhalten über die Ausübung ihrer Vollmacht eine Instruction, welche von dem Stadtrathe festzustellen ist".

Ich beantrage statt dem Worte: „Stadtrathe" zu setzen im „Gemeinderathe".

Ich empfehle Ihnen die seinerzeitige Annahme dieser Anträge. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 8 Uhr 30 Minuten Abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtrath-Sitzung vom 7. Jänner 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: Vice-Bürgermeister: Dr. Borschke, Dr. Lederer.

Krank: Dr. Huber.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilung:

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Intervention bei den Verhandlungen wegen Uebernahme der Vororte-Spitäler. — St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein verspätetes Erscheinen, eventuell Ausbleiben, wegen einer gleichzeitig stattfindenden Ausschußsitzung im Landtage. (Wird zur Kenntniß genommen.)

St.-R. Müller referirt über das Ansuchen des Johann und der Apollonia Matasek um Ertheilung des Bauconsenses für ein Wohnhaus auf der Baustelle I C.-Z. $\frac{144}{1}$, Einl.-Nr. 2617 Grundb. des III. Bezirkes, Marxergasse.

Referent beantragt, den Magistrats-Antrag, wonach der Consens für die Thorportal- und Risalit-Anlage gegen Einlösung des hiezu erforderlichen Grundes per 1·955 Quadratmeter (d. i. 2 Risalite à 4·25 Meter Länge und 0·08 Meter Vorsprung, 1 Risalit mit 3 Meter Länge und 0·08 Meter Vorsprung und 1 Thorportal mit 2·90 Meter Länge und 0·15 Meter Vorsprung) um den dem Einkaufspreise von 44 fl. per Quadratmeter entsprechenden Betrag von 59 fl. 62 kr. zu ertheilen wäre, zu bestätigen (angenommen);

— referirt über das Offert des Ferdinand Schindler, betreffend den Ankauf der der Gemeinde Wien gehörigen Realität, Währing, Feldgasse 17.

Referent beantragt:

1. Es sei das Kaufanbot des Genannten, wonach derselbe bereit ist, die Realität Grundb.-Einl. 100 in Währing C.-Nr. 94, Or.-Nr. 17 Feldgasse im Ausmaße von 371·90 Quadratmeter = 103·4 Quadratklafter gegen Baarzahlung eines Kaufschillings von 8272 fl. bei Uebergabe der Realität, wie selbe liegt und steht, zu übernehmen, die mit der Eigenthums-Uebertragung verbundenen Stempelauslagen und sonstigen Gebühren aus Eigenem zu bestreiten und mit der Verbauung der Realität nicht vor Mitte Mai 1892 zu beginnen, zu genehmigen.

2. Den im stehen gebliebenen Tracte des erwähnten Hauses eingemietheten Parteien sei — im Einvernehmen mit dem Käufer — nach Maßgabe der diesfalls bestehenden Kündigungs-Bedingungen aufzukündigen und der Zins aus diesem Miethverhältnisse, soweit derselbe noch fällig wird, bis längstens zum Maitermine 1892 für Rechnung der Gemeinde Wien einzucassiren.

3. Das Haus Nr. 19 Feldgasse in Währing, der Gemeinde Wien gehörig, sei nach den vom Stadtbauamte zu entwerfenden Demolirungs-Bedingungen theilweise zu demoliren und zu diesem Zwecke den daselbst wohnhaften Parteien zum Februartermine 1892 pro Mai 1892 zu kündigen.

4. Die gemäß Punkt 3 erforderlichen Demolirungsarbeiten seien im öffentlichen, schriftlichen Offertverhandlungswege zu vergeben (angenommen).

St.-R. Kreindl referirt über das Ansuchen des Johann und der Maria Aufhauser um Löschung des auf der Realität, Einl.-Z. 496, in Unter-Sievering haftenden Pfandrechtes per 26 fl. 50 kr. und der Reallasten puncto Grundabtretung.

Referent beantragt, die Ausstellung der Löschungsquittung bezüglich des executiven Pfandrechtes puncto 26 fl. 50 kr. Gerichtskosten gegen Bezahlung der Stempel- und Legalisirungsgebühren seitens der Partei zu genehmigen, das weitere Ansuchen um Ausfertigung einer Löschungserklärung hinsichtlich der Reallast wegen Straßengrund-Abtretung jedoch abzuweisen. Es wäre aber für den Fall, als die Genannten bereit wären, den Grund in der Hackenberggasse schon jetzt abzutreten, die erbetene Löschung zu bewilligen. Dieses letzte Amendement des Referenten wird vor der Abstimmung zurückgezogen und sohin der übrige Referenten-Antrag angenommen;

— referirt über die Genehmigung einer Ueberschreitung der Ausgabe-Rubrik LIII 14 „Auslagen für öffentliche Feierlichkeiten" um den Betrag von 153 fl. 50 kr.

Referent beantragt einen Zuschußcredit in dieser Höhe zu bewilligen (angenommen);

— referirt über den Verkauf des bei der Renovirung des städtischen Hauses, VI., Gumpendorferstraße 166, gewonnenen Deckmateriales.

Referent beantragt, dieses Altmaterial im Gewichte von 321 Kilogramm Zinkblech und 200 Kilogramm Schwarzblech dem Leopold Honner um den Gesammtpreis von 42 fl. 52 kr. käuflich zu überlassen (angenommen);

— referirt über den Beitrag der Stiftskanzlei Klosterneuburg pr. 150 fl. zu den Kosten der Erhaltung der im Zuge der Holzstraße (Heiligenstädter Lände) über den Krottenbach führenden hölzernen Fahrbrücke.

Referent beantragt, die diesfällige Zuschrift des Stiftes Klosterneuburg, zu Folge welcher der genannte freiwillige Beitrag unter der ausdrücklichen Bedingung gewidmet wird, daß durch denselben keinerlei Verpflichtung in Betreff dieser Brücke seitens des Stiftes übernommen wird und daß diese freiwillige Spende keinerlei wie immer geartetes Präjudiz für die Zukunft schafft, sondern nur die Natur einer geschenkweisen Zuwendung hat, zur Kenntniß zu nehmen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei diese Zuschrift ohne Präjudiz für die Rechtsverbindlichkeit der Commune zur Erhaltung der gedachten Brücke zur Kenntniß zu nehmen und der Magistrat zu beauftragen, über die Rechtsverhältnisse in Betreff der Verpflichtungen zur Erhaltung, respective Renovirung derselben, Erhebung zu pflegen und Bericht zu erstatten.

Der erste Theil dieses Antrages wird vor der Abstimmung zurückgezogen, der zweite Theil angenommen.

St.-R. Wurm referirt über das Ansuchen des Bauunternehmers Josef Sucharipa um Bekanntgabe der Baulinie für die Realität Grundb.-Einl.-Z. 1422 des I. Bezirkes, Or.-Nr. 16 Wipplingerstraße, 2 Schwertgasse.

Referent beantragt, a) für die Wipplingerstraße die bereits mit der M.-Z. 20577 ex 1063 definitiv bestimmte Baulinie hinauszugeben und auch für die Schwertgasse, für welche die Baulinie mit M.-Z. 143722 ex 1884 genehmigt wurde, die Aenderung derselben anläßlich der in Verhandlung stehenden Regulirung bei der Kirche „Maria am Gestade" nicht geplant ist, die im Plane eingezeichnete Baulinie A B bekannt zu geben; b) das Niveau dem Bauwerber derzeit lediglich als ein provisorisches bekannt zu geben und die Bedingung zu stellen, daß er sich verpflichtet:

1. gegen die seinerzeitige Bestimmung und Herstellung des definitiven Niveaus keinerlei Einwendung zu erheben,

2. alle in Folge der Herstellung des definitiven Niveaus vor seinem Hause sich ergebenden Adaptirungsarbeiten auf seine Kosten, ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung seitens der Gemeinde vornehmen zu lassen, und daß

3. diese Verpflichtungen durch grundbücherliche Auszeichnung sichergestellt werden (angenommen);

— referirt über den Antrag des Gem.-Rathes Ritt. v. Neumann, betreffend die Auflassung des Militär-Bettenmagazines im VIII. Bezirke.

Referent beantragt, es sei im Wege der k. k. Statthalterei, welche um Befürwortung zu ersuchen wäre, an den Finanzminister die Bitte zu richten, bei der Heeresverwaltung auf die Auflassung des Militär-Bettenmagazins-Gebäudes in der Josefstädterstraße oder mindestens auf dessen Parzellirung und Umbau, gleichzeitig mit der Veräußerung der dazu gehörigen sogenannten Reitschulgründe hinzuwirken (angenommen);

Hierüber ist im Plenum Bericht zu erstatten.

St.-R. Schlechter referirt über die Sicherstellung der Maschinenbestandtheile für die Wasserleitungs-Abzweigungen pro 1892.

Referent beantragt, es sei die Lieferung der Eisen- und Maschinenbestandtheile für die Wasserleitungs-Abzweigungen pro 1892 an die bestbietende Firma C. Teudloff und Th. Dittrich mit den offerirten Nachlässen zu übertragen und bezüglich der eventuellen Nachtragsbestellungen die von dieser Firma unterm 11. December 1891 abgegebene Erklärung anzunehmen.

St.-R. Kreindl beantragt, die gedachte Lieferung dem Maschinenfabrikanten J. Heinrich zu übertragen, zieht jedoch diesen Antrag vor der Abstimmung zurück

(der Referenten-Antrag wird angenommen);

— referirt über die Bewilligung der Kosten für die Inbetriebsetzung der Schöpfwerksanlage beim Kaiserbrunnen 1891—92.

Referent beantragt, es seien die Auslagen für den Schöpfwerksbetrieb beim Kaiserbrunnen im Winter 1891/92 zu bewilligen und die Zulagen für den Ingenieur Byloff mit 5 fl. per Dienstfahrt während der Dauer des Betriebes, für den exponirten Maschinisten Meixner mit 4 fl. per Tag und für den Wasserleitungs-Aufseher Pfeiffer mit 1 fl. für jede bei Nacht, alternirend mit dem Maschinenmeister Meixner vorzunehmende Ablesung der Wasserstände in den Gerinnen zu genehmigen. Diese Auslagen seien unter Einem zugleich mit den Zahlungen anläßlich der außerordentlichen Entnahme von Wasser aus dem Schwarzaflusse auf den Reservefond zu verweisen (angenommen);

— referirt über eine Abschreibung von Wassergebühren für Wasser-Mehrverbrauch aus Anlaß eines Baues und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den nominativen Beschluß zu fassen, dem Magistrate bekannt zu geben, daß in Hinkunft für Bauzwecke an Niemanden mehr Hochquellenwasser hinausgegeben werden darf, insofern der betreffende Bewerber dasselbe nicht entweder im Vorhinein sofort baar bezahlt oder für die diesfalls auflaufenden Kosten genügende Sicherstellung bietet.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag und der Antrag Dr. Richters angenommen.

— referirt über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzung des Bezirks-Ausschusses Wieden vom 23. November 1891 und beantragt, dieselben zur Kenntniß zu nehmen (angenommen);

— referirt über die Wasserabgabe für die Schule V. Bezirk, Embelgasse 46/48 und beantragt, die Wasserabgabe für diese Schule und zwar für die Knabenschule mit täglich 40 Hektoliter und für die Mädchenschule mit täglich 30 Hektoliter, sohin zusammen mit 70 Hektoliter per Tag zu genehmigen (angenommen).

St.-R. Noske referirt über die Weiterpachtung des städtischen Bades in Hütteldorf.

Referent beantragt:

1. Der vom Magistrate vorgelegte Entwurf der Bedingungen für die Weiterverpachtung dieses Bades auf die Dauer von sechs Jahren sei mit folgenden Aenderungen zu genehmigen:

a) §. 11 sei zu streichen;

b) §. 10 sei mit der Aenderung zu genehmigen, daß an Stelle der Worte: „den Pachtvertrag sofort ohne Aufkündigung oder nach ihrem Ermessen nach vorhergegangener 30tägiger, an jedem Tage anzubringender Aufkündigung aufzulösen", bestimmt wird: „den Pachtvertrag im Wege einer an jedem Tage anzubringenden halbjährigen Kündigung aufzulösen"; ferner daß der Eingang lautet: „Wenn die Pachtbedingungen nicht genau erfüllt werden, oder der Pächter die bestehenden Badevorschriften nicht einhält, oder wenn der Pachtzins nicht ordentlich bezahlt wird" ꝛc.

2. Der Magistrat sei zu beauftragen, auf Grund der sohin genehmigten Offertbedingungen die Offertausschreibungen baldigst zu veranlassen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei ein Paragraph des Inhaltes aufzunehmen, daß, wenn Wassermangel eintritt, der Pächter nicht das Recht habe, irgend einen Nachlaß am Pachtzinse oder eine andere Entschädigung seitens der Gemeinde zu beanspruchen.

St.-R. v. Götz beantragt, es sei als §. 11 einzuschalten:

„Sollte ohne Verschulden der Gemeinde Wien der Wasserzufluß ganz oder zeitweise unmöglich sein, so hat der Pächter außer dem Pachtnachlasse für die Zeit der Unterbrechung des Wasserzuflusses keinen Anspruch auf eine weitere Entschädigung."

Bei der Abstimmung werden die Referenten-Anträge und der Zusatz-Antrag des Stadtrathes von Götz angenommen.

— referirt über ein Ansuchen um Bestimmung der Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses Nr. $\frac{12 \text{ Lambrechts-}}{15 \text{ Rubens-}}$ Gasse im IV. Bezirke zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund und beantragt, diese Schadloshaltung mit 15 fl. per Quadratmeter zu bestimmen (angenommen);

— referirt über das Ansuchen der Fürst Salm'schen Blanscoer Eisen-Niederlage im III. Bezirke, Marxergasse 28, um Schadloshaltung für den bei dieser Realität abgetretenen Straßengrund und beantragt, diese Schadloshaltung mit 14 fl. per Quadratmeter des abgetretenen Grundes per 143·88 Quadratmeter zu bestimmen (angenommen);

— referirt über die Bewilligung eines Zuschuß-Credites anläßlich der Stockwerk-Aufsetzung auf den Turnsaal der Schule II., Gerhardusgasse 7, Treustraße 58.

Referent beantragt, diesen Zuschuß-Credit in der Höhe von 406 fl. 40 kr. pro 1891 zur Ausgabe-Rubrik XLIII $^1/_{11}$ 5 zu bewilligen (angenommen);

St.-R. Dr. Steuzl referirt über das Ansuchen des Dr. Emanuel Kohn, städt. Arztes im I. Bezirke, um Anweisung der 5. Quinquennalzulage.

Referent beantragt, dem Genannten die 5. Quinquennalzulage jährlich per 200 fl. nebst dem 30%igen Quartiergelde vom 31. Jänner, respective 1. Februar 1892 ab, zuzuerkennen (angenommen).

St.-R. Rückauf referirt über das Ansuchen des Franz X. Neumann noe. Marie Weber um Abtrennung eines Theiles II von der Stammrealität I Grundb.-Einl.-Z. 1100 des IX. Bezirkes, Or.-Nr. 21 Währingerstraße, 7 Lackirergasse.

Referent beantragt, die erbetene Abtheilungs-Bewilligung auf Grund der vorgelegten und vom Stadtbauamte richtig befundenen Pläne, wornach die genannte Realität in 2 Baustellen im Ausmaße von 662·04 resp. 318·01 Quadratmeter abgetheilt werden soll, zu ertheilen (angenommen);

— referirt über das Ansuchen des Architekten Robert Heiber um Schadloshaltung für den Straßengrund vom Hause Grundb.-Einl.-Z. 51 des VII. Bezirkes, Or.-Nr. 25 Bandgasse, Ecke der Kandlgasse Nr. 6.

Referent beantragt, die Schadloshaltung für den bei dem obgedachten Hause in der Bandgasse abgetretenen Grund per 154·92 Quadratmeter mit 25 fl. per Quadratmeter gemäß dem Schätzungsresultate und dem Gesuchsbegehren zu bestimmen (angenommen);

— referirt über die Abschreibung mehrerer Licenz-Gebührenrückstände und beantragt die Abschreibung der Gebühren aus dem Titel der Uneinbringlichkeit (angenommen).

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

(Frachtermäßigung für Kupfervitriol-Transporte.) Dem Wiener Magistrate wurde seitens der k. k. nied.-österr. Statthalterei folgender an die k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft in Wien gerichteter Erlaß des hohen k. k. Ackerbau-Ministeriums vom 5. December 1891, Z. $\frac{19246}{2364}$ zur Kenntniß gebracht:

Im Nachhange zu den h. o. Erlässen vom 16. Mai 1890, Z. 7183 und 10. October 1891, Z. 15848, wird behufs gefälliger Ausstellung der Certificate mitgetheilt, daß nunmehr auch die mähr.-schles. Centralbahn, die böhm. Westbahn und die galiz. Carl Ludwigbahn sich bereit erklärt haben, für Kupfervitriol-Transporte zur Bekämpfung der Peronospora viticola und infectans unter den in obigen Erlässen bekanntgegebenen Modalitäten eine 50%ige Frachtermäßigung zu gewähren.

* * *

Schulnachrichten.

Außer den in der letzten Nummer ausgewiesenen liegen weiters die Wahlergebnisse bezüglich der Ortsschulräthe aus den Bezirken II, IX und XIV vor.

Es wurden gewählt: **im II. Bezirke (Leopoldstadt):**

A) als Mitglieder:

1. Lambert Berger, Ingenieur,
2. Alois Czerny, Bildhauer,
3. Franz Hartmann, Hausbesitzer,
4. Carl Helbig, Sodawasserfabrikant,
5. Sigmund Kauders, Hausbesitzer,
6. Ferdinand Klebinder, Redacteur,
7. Michael Köck, Hausbesitzer,
8. Dr. Hermann Löwy, Hausbesitzer,
9. Leopold Mayer, Hausbesitzer,
10. Cajetan Miserowsky, Hausbesitzer,
11. Gustav Mittelbach, Materialverwalter,
12. Carl Johann Müller, Hausbesitzer,
13. Josef Mumb, Hausbesitzer,
14. Carl Schwab, Hausbesitzer,
15. Heinrich Sindl, Buchbinder,
16. Ferdinand Zsolnay, Hausbesitzer,
17. Bartholomäus Guggenberger, Hausbesitzer,
18. Johann Debes, Hausbesitzer und
19. Ernst Hartung, Hausbesitzer.

B) als Ersatzmänner:

1. Julius Pollak, Kaufmann und
2. Paul Gerin, Buchdruckereibesitzer.

Im IX. Bezirke (Alsergrund):

A) als Mitglieder:

1. Friedrich Allmeder, Bürger und Bauholzhändler,
2. Michael Bauer, Bezirks-Ausschuß, Bürger und Hausbesitzer,
3. Franz Heindl, Bezirks-Ausschuß, Bürger und Ober-Controlor der Nordbahn,
4. Carl Kaiser, Vorsteher-Stellvertreter, Bürger, Nagel- und Drahtstiftenfabrikant,
5. Franz Löblich, Bezirks-Vorsteher, Bürger, Kupferschmied und Hausbesitzer,
6. Franz Moschny, Bezirks-Ausschuß, Commissionshändler und Hausbesitzer,
7. Josef Peutlschmid, k. k. Landesgerichtsrath,
8. Carl Nußleitner, Gemischtwaarenhändler und Bürger,
9. Franz Waas, Bezirks-Ausschuß und städtischer Oberlehrer.

B) als Ersatzmänner:

1. Josef Schwanzar, Bezirks-Ausschuß, Bürger, Sattler und Hausbesitzer,
2. Moriz Schnepp, Doctor der Medicin, Bezirks-Ausschuß und Hausbesitzer.

Im XIV. Bezirke (Rudolfsheim):

A) als Mitglieder:

1. Alois Brusatti, Bezirksvorsteher-Stellvertreter und *Gastwirth*,
2. Franz Gassner, k. k. Realschul-Professor,
3. Leopold Grestenberger, Hausbesitzer,
4. Josef Kaufmann, Hausbesitzer,
5. Ludwig Ullmann, Zuckerbäcker und Hausbesitzer,
6. Alois Freudensprung, Turnlehrer und
7. Gustav Schwarzbauer, Hausbesitzer.

B) als Ersatzmänner:

1. Otto Passow, Hausbesitzer,
2. Theodor Foges, jur. Dr., Advocat.

Wasserversorgung.

In der Sitzung vom 7. Jänner d. J. hat der Stadtrath den Beschluß gefaßt, in Hinkunft an Niemanden mehr Hochquellenwasser für Bauzwecke hinauszugeben, sofern der Bewerber dasselbe nicht entweder im Vorhinein sofort baar bezahlt oder für die diesfalls auflaufenden Kosten genügende Sicherstellung bietet.

Städtisches Lagerhaus.

30. December 1891 bis 7. Jänner 1892:

Waaren eingelagert	29.604	Meter-Centner
„ ausgelagert	38.945	„
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf	13.710	Meter-Centner.
Lagerstand vom 7. Jänner 1892 . . .	423.375	Meter-Centner,

und zwar:

122.998	Meter-Centner	Weizen,	68.427	Meter-Centner	Roggen,
66.059	„	Gerste,	54.760	„	Hafer,
14.249	„	Mais,	23.814	„	Oelsaaten,
9.213	„	Mehl u. Kleie,	8.819	„	Wein,
1.877	„	Zucker.			

Der Assecuranzwerth dieser Waaren stellte sich auf 4,886.115 fl. öst. Währ.

Öffentliche Sicherheit.

Im Jahre 1891 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen 5.196
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 489
Durchschüblinge 3.479
Gesammtzahl . 9.164

Sanitätswesen.

(Besuch der städtischen Volksbäder im Jahre 1891.)

			männliche Personen	weibliche Personen
III. Bez., Apostelgasse 18	—	16.851,	davon 13.354	3.497
(Eröffnet August 1891.)				
V. Bez., Einsiedlerplatz	—	78.775,	„ 63.540	15.235
(Eröffnet August 1890.)				
VII. Bez., Mondscheingasse 9	—	91.715,	„ 71.910	19.805
(Eröffnet December 1887.)				
X., Simmeringerstr. 163 a)	—	61.535,	„ 52.213	9.322
(Eröffnet August 1890.)				

Gegenwärtig befinden sich noch 4 Volksbäder im Baue und zwar II. Bezirk, Treustraße 60, VI. Bezirk, Eßterházygasse 2, VIII. Bezirk, Florianigasse 30 und IX. Bezirk, Wiesengasse 17.

Approvisionirung.

(Schlachtviehmarkt vom 11. Jänner 1892.)

1. Auftrieb:

Mastvieh — 4145, Weidevieh — Beinlvieh 562,
Summa 4707.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2192
Galizische „	442
Deutsche „	2029
Büffel	44

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3866
Stiere	331
Kühe	510

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht:

Ungarische Schlachtthiere	52—67 fl. ö. W.	Diese Preise ermäßigen sich für den Gewichtsverlust in Folge der Schlachtung, um den beim Handel vereinbarten Percentabzug, welcher zwischen 30—40% schwankt.
Galizische „	52—62 „ „ „	
Deutsche Ochsen	54—68 „ „ „ (extrem 71)	
Stiere	—.— „ „ „	
Kühe	—.— „ „ „	
Büffel	—.— „ „ „	
Beinlvieh	—.— „ „ „	

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen	18—33 fl. ö. W.
Stiere	24—32 „ „ „
Kühe	22—32 „ „ „
Büffel	18—30 „ „ „
Beinlvieh	—.— „ „ „

c) Preis per Stück: („auf dem Fuße"):

Beinlvieh	20—102 fl.

In Folge des stärkeren Auftriebes, namentlich von guten Qualitäten sind die Preise um 3—4 fl. per 100 Kg. gefallen.

127 Stück der Schlachtthiere wurden inclusive der Verzehrungssteuer, die übrigen exclusive der Verzehrungssteuer verkauft.

Gewerbebewegung.

Gewerbeanmeldungen vom 2. Jänner 1892.

(Fortsetzung.)

Alschech Heinrich, Vermittlung des Kaufes, Verkaufes, Tausches und der Verpachtung von Realitäten und Gewerbe-Etablissements und Vermittlung von Hypothekar- und anderen Darlehen, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 24.

Krainz Anton, Wagnergewerbe, XIX., Heiligenstadt, Gärtnergasse 13.

Raffensperger Theresia, geb. Linder, Wäscherin, IX., Liechtensteinstraße 151.

Maßmann Karl, Zimmermaler, II., Mathildenplatz 4.

Wieninger Alois, Zimmerputzergewerbe, IX., Grüne Thorgasse 16.

Damisch Marie, Verschleiß von neuen Uhren, I., Hafnersteig 5.

Musil Johann, Wollverschleiß, XV., Blüthengasse 13.

Federmann Josefa, geb. Heinzelmann, Zwirn- und Wollverschleiß und Vordruckerei, I., Freisingergasse 5.

Peduzzi Eduard, Victualienhandel mit Holz und Kohlen, XV., Blüthengasse 3.

Röschel Agnes, Victualienhandel, XIV., Schönbrunnerstraße 79.

Danberger Anna, Victualienhandel, XII., Unter-Meidling, Rauchgasse 13.

Köck Karoline, Victualienhandel, XII., Unter-Meidling, Mandlgasse 7.

Seifert Bertha, Victualienhandel, IX., Waisenhausgasse 12.

Bausmayer Amalia, Victualienhandel, VIII., Lenaugasse 9.

Hromkovics Ignaz, Victualienhandel, VIII., Landongasse 46.

Husek Ignaz, Victualienhandel, IV., Heumühlgasse 8.

Schlesinger Adolf, Victualienhandel, II., Rueppgasse 4.

Andrle Josef, Marktvictualienhandel, II., Karmeliterplatz.

Biribauer Ferdinand, Marktvictualienhandel, II., Karmeliterplatz.

Bednarz Wilhelm, Musiker-Gewerbe (Musikcapelle), X., Himbergerstraße 75.

Adler Wilhelm, Möbelverschleiß, IV., Margarethenstraße 49.

Baumgartner Karoline, Naturblumenhandel, I., Mansfedergasse 6.

Kolbinger Anna, Obstverschleiß, XVIII., Währing, Marktplatz.

Waczulka Susanna, Feilbieten von Obst- und Gemüse im Umherziehen, II., Treustraße 32.

Haymann Max, Verschleißer von Papierwaaren, I., Wipplingerstraße 43.

Pfriemer Sofie, Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten, dann Verschleiß von Schulheften 2c., IX., Universitätsstraße 4.

Froegl Barbara, Verschleiß von Kerzen, Petroleum, Seifen und Parfumerie, VIII., Josefstädterstraße 31.

Aulehla Katharina, Pferdefleischverkauf, XVIII., Anastasius Grüngasse 11.

Gewerbeanmeldungen vom 4. Jänner 1892.

Deutsch Alexander, Agentie mit neuen Möbeln, II., Praterstraße 68.

Reiß Leon, Bäcker, IV., Schleifmühlgasse 16.

Kittenberger Josef, Bäcker, IV., Mozartplatz 4.

Kuffler Victor, Bankgeschäft, I. Maria Theresienstraße 32/34.

Deutsch Ignaz, Commissionsverschleiß von Leder und rohen Fellen, II., Novaragasse 51.

Kemetzky Franz, Commissionswaarenhandel mit Eisenwaaren und Schmelzbügel, I., Annagasse 11.

Ullmann Ludwig, Commissionswaarenhandel in Tücher, I., Gonzagagasse 12.

Breuer Adolf, Commissionswaarenhandel mit Manufacturen, I., Salzgries 25.

Schorsch Alexander, Commissionshandel in Wirk-, Wasch- und Leinwandwaaren, I., Singerstraße 8.

Sommer Heinrich, Ein- und Verkauf von Hadern, Knochen, Abfällen von Metall, Eisen, Messing 2c., IX., Rimbockstraße 23.

Gerin Josef, Essigerzeuger, IX., Marktgasse 9.

Redlich Ludwig, Fleischhauergewerbe, II., Ob. Donaustraße 70.

Hutter Franz, Fleischselcher, X., Kudlichgasse 40.

Soudek Martin, Fleischverschleiß, VI., Hofmühlgasse 20.

Hornstein Bernhard, Fleischverschleiß, II., Unt. Augartenstraße 25.

Kern Juliana, Fragnerin, V., Rubensgasse 5.

Schranz Samuel, Gemischtwaarenhändler, III., Hauptstraße 11.

Reis Josef & Max Breth, Gemischtwaarenhandlung mit Garnen, Kunstdünger und Samen, I., Wipplingerstraße 14.

Singer Salomon, Gemischtwaaren-Verschleiß, XVIII., Cottagegasse 5.

Neumann Georg, Gemischtwaarenhandel, XVIII., Annagasse 39.

Pytlik Franz, Gemischtwaaren-Verschleiß mit Petroleum, XV., Neubaugürtel 30.

Elsner Josef, Gemischtwaaren-Verschleiß und Petroleum-Kleinverschleiß, XIV., Hollochergasse 21.

Gruber Josef, Gemischtwaaren- und Petroleum-Kleinverschleiß, XIV., Karlsgasse 26.

Bauernfeind Ignaz, Gemischtwaaren-Verschleiß mit Petroleum, XIV., Perniengasse 16.

Slepicka Susanna, geb. Pscheszna, Gemischtwaaren-Verschleiß, IX., Porzellangasse 31.

Donner Josefa, geb. Boidl, Gemischtwaaren-Verschleiß, IX., Nußdorferstraße 51.

Wasserburger Leopoldine, Gemischtwaaren-Verschleiß, IX., Bleichergasse 1.

Gehbauer Ernst, Gemischtwaaren-Verschleiß, IX., Servitengasse 8.

Maxa Josef, Gemischtwaaren-Verschleiß, XII., Kriechbaumgasse 32.

Bartonek Kartharina, Gemischtwaaren-Verschleiß, XII., Ferdinandgasse 35.

Wagner Alexander, Gemischtwaaren-Verschleiß, XII., Bahnstraße 4.

Kloß Johann, Gemischtwaaren-Verschleiß, XI., Geiselberggasse 7.

Lachinger Mathias, Gemischtwaaren-Verschleiß, XI., Braunhubergasse 6.

Blaschek Peter, Gemischtwaaren-Verschleiß, XI., Geiselbergstraße 23.
Wyka Adalbert, Gemischtwaaren-Verschleiß, X., Humboldtplatz 10.
Bolojthy Hugo, von, Gemischtwaaren-Verschleiß, VI., Eßterházygasse 21.
Bauer Marie, Gemischtwaaren-Verschleiß, V, Arbeitergasse 19.
Mayer Theresia, Gemischtwaaren-Verschleiß, IV., Karolineng. 21.
Freund Josef, Gemischtwaaren-Verschleiß, IV., Louisengasse 24.
Köhler Josefa, Gemischtwaaren-Verschleiß, IV., Große Neug. 44.
Wagner Leopold, Gemischtwaaren-Verschleiß, III., Apostelg. 27.
Finkelstein Gustav und Julius Gröger, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Mayergasse 4.
Bienenstock Julius, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Obere Donaustraße 89.
Nehrer Malvine, geb. Friedländer, Gemischtwaaren-Verschleiß, I., Salvatorgasse 6.
Köpl Anna, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Nestroygasse 3.
Perensky Mathias (auch Leska), Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Darwingasse 35.
Huber Johann, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Klosterneuburgerstraße 19.
Pruggmayer Rosalia, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Odeong. 5.
Brammer Emanuel, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Große Pfarrgasse 28.
Feld Feiwel, Gemischtwaaren-Verschleiß, II., Wallensteinstraße 16.
Walter Jakob, Handelsagentie in Genußmitteln, I., Wipplingerstraße 26.
Kohn Richard Max, Handelsagentie mit inländischen Manufacturwaaren, I., Zelinkagasse 3.
Kraml Josef, Handel mit Taschenuhren aus Gold und Silber, VII., Kaiserstraße 52.
Itmer Hersch (auch Simon Heinrich) Karp, Handel mit Farben und chemischen Producten, II., Kaiser Josefstraße 20.
Steiner Isidor, Holzstäbe- (Holzdraht-) Erzeugung, V., Fockygasse 22.
Sammer Nikolaus, Kamm- und Fächermacher, XV., Schmelzgasse 5, 1. St., Th. 17.
Gröling Carl, v., Cassenfabrikation, V., Mittersteig 10.
Javorsky Jacob, Kleidermacher, IX., Lichtenthalergasse 10.
Siegelmann Johanna, Damenschneiderin, IX., Seegasse 17. (Wohnung.)
Hamperl Wenzel, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XVIII., Gürtelstraße 46.
Rosenkranz Veronica, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, IX., Harmoniegasse 2.
Leittner Josef Georg, Holzhandel, IX., Spittelauerlände.
Fabiankovich Christine, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, IX., Kinderspitalgasse 9.
Tirmatinger Anton, Kleinbrennholz-, Kohlen und Coaks-Verschleiß, X., Quellengasse 106.
Liemann Michael, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, VIII., Florianigasse 44.
Cap Thomas, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, III., Sechskrügelgasse 14.
Peßl Salomon, Kleinfuhrmann, III., Hauptzollamt.
Bittner Gisela Clara, Kunstblumen-Erzeugerin, VII., Kirchengasse 26.
Eminovits Constantin, Kunstblumen-Erzeuger, I., Kleeblattgasse 11.
Fabian Johann, Ledergalanteriearbeiter, XIV., Eisenbahngasse 29.
Jakšić Anton, Maronibrater, XVIII., Martinsstraße 98.
Zohles Wilhelm, Metallgraveur, II., Karmelitergasse 3.
Ruzycka Jakob, Milchmeierei, X., Alxingergasse 30.
Fischer Mathilde, Modistin, I., Goldschmiedgasse 6.
Kobias Bertha, Modistin, II., Leopoldsgasse 11.
Schömig Gustav und Philipp Stiefs, fabriksmäßige Erzeugung von Musikinstrumenten, V., Arbeitergasse 37.
Clyna Josef, Naturblumenhandel, VII., Burggasse 45.
Rosenbaum Heinrich und Ignaz Rosenbaum, fabriksmäßige Papierausstattung, VIII., Piaristengasse 17.
Pecher Johann, Papierverschleiß, VII., Apollogasse 20.
Fischbach Johann, Parfümeriegewerbe und Verschleiß von Seifenwaaren und Toiletteartikeln, I., Kärnthnerring 3.
Bergmann Rudolf, Provisionsbezug anläßlich der dauernden Geschäftsbesorgung für eine Firma, VII., Mariahilferstraße 54.
Kowar Anton, Schmuckfedern-Erzeugung VII., Zollergasse 6.
Schmidt August, Schleierdrucker, XIV., Hauptstraße 81.
Drucker Karl, Schuhmacher, XIV., Sigmundsgasse 5.
Schwarzinger Josef, Schuhmachergewerbe, III., Kainergasse 19.
Heinisch Johann, Erzeugung und Verkauf von patentirter flüssiger Schuhwichse, VIII., Wickenburggasse 5.
Leser Johann, Verschleiß von Brot und Würstel, I., Freiung (Markt).
Wolf Anna, Verschleiß von gebrannten geistigen Flüssigkeiten II., Engerthstraße 198.
Kolacek Marie, Marktvictualien-Verschleiß, VII., Markthalle, Zelle 147.
Schwendmayr Juliane, Verschleißerin von Milch und Gebäck, II., Mühlfeldgasse 3.
Füllbier Maria Anna, Milch-, Butter- und Gebäckverschleiß, VI., Kaserngasse 9.
Sielipp Julie, Milch- und Gebäckverschleiß, VII., Kaiserstraße 74.
Triebel Margarethe, Milch- und Gebäckverschleiß, VIII., Kochg. 34.
Crößmann Johanna Charlotte, Verschleiß von Milch-, Gebäck- und Zuckerbäckerwaaren, IX., Alserbachstraße 32.
Ermer Maria, Milch- und Gebäckverschleiß, Van Swietengasse 8.
Pohl Josef, Verschleiß von Galanteriewaaren, Reise- und Touristenrequisiten, I., Kärnthnerstraße 55.
Graf Carl, Selchwaaren-Verschleiß, XV., Schönbrunnerstraße 14.
Balek Franz, Selchwaaren-Verschleiß, XVIII., Johannesgasse 70.
Köpf Anton Adolf, Selchwaaren-Verschleiß, IX., Hahngasse 3.
Jarvorsky Johann, Spirituosen-Verschleiß, X., Inzersdorferstraße 39.
Glaß Hirsch Mendel, Verschleiß von neuen Taschenuhren, II. Scholzgasse 11 1/7.
Strobl Franz, Victualien-Verschleiß, III., Fasangasse 25.
Kraus Katharina, Victualien-Verschleiß, XVIII., Wienerstraße 2.
Löwy Josef, Verschleiß von Wein in Flaschen, II., Glockengasse 12.
Klein Michael, Verschleiß von Wein in Flaschen, I., Fleischmarkt 10.
Gablek Magdalena, Zuckerwaaren-Verschleiß, IV., Favoritenstraße 52.
Edro Aefa, Zuckerbäckerwaaren-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Märzstraße 29.
Plank Franz, Spediteur, IX., Nußdorferstraße 39.
Klein Theresia, Stadtlohnkutscher, X., Siccardsburggasse 43.
Aichinger Emma, Stadtlohnkutscher, X., Rudolfshügel 13.
Böhm Johann, Tapezierer, IX., Berggasse 17.
Kroth Wilhelm, Tapezierer, IX., Ferstelgasse 3.
Kroth August, Tapeziergewerbe, VIII., Daungasse 2 a.
Kendler Alfred, von, Veranstaltung von Productionen in Magie, IX., Währingerstraße 20.
Bunzl Antonia, vereh. Seipel, Vogel- und Vogelfutterhandel, X., Puchsbaumgasse 50.
Hartl Therese, Vordruckerei und Stickerei, VIII., Piaristeng. 35.
Bučel Marie, Wäscherin, XI., Hauptstraße 187.
Hametner Ferdinand, Weißwäscher, XI., Meichelstraße 21.
Eipal Anna, Wäschefeinputzerei, VI., Marchettigasse 1.
Sikula Franz, Wäscheputzergewerbe, VI., Gumpendorferstraße 131.
Hradil Theresia, Wäscheputzerin, IV., Waaggasse 14.
Rosenkranz Christine, Weißnäherin, XIX., Ober-Döbling, Hirschengasse 19.
Blažek Johann, Zimmerputzer, I., Körblergasse 1.
Franke Franz, Zuckerbäcker, VIII., Skodagasse 6.

(Wird fortgesetzt.)

Inhalt.

„Amtsblatt" Nr. 1.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzungen des Gemeinderathes	1
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 5. Jänner 1892	1
Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 5. Jänner 1892	20
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	21
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 5. Jänner 1892	21
Bezirksausschüsse	24
Magistratische Bezirksämter	24
Allgemeine Nachrichten:	
Ball der Stadt Wien	24
Schulangelegenheiten	25
Gewerbebewegung	25
Militär- und Conscriptionswesen (Militärangelegenheiten)	26
Kundmachung	26
Concurs-Ausschreibungen:	
Hilfsarztens-Stelle in der städtischen Versorgungs-Anstalt in Wien	26

„Amtsblatt" Nr. 2.

Gemeinderath:	
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 8. Jänner 1892	27
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. Jänner 1892	48
Allgemeine Nachrichten:	
Frachtermäßigung für Kupfervitriol-Transporte	50
Schulnachrichten	51
Wasserversorgung	51
Städtisches Lagerhaus	51
Oeffentliche Sicherheit	51
Sanitätswesen	51
Approvisionirung	52
Gewerbebewegung	52
Kundmachungen	54
Concurs-Ausschreibung:	
Hilfsarztens-Stelle in der städtischen Versorgungs-Anstalt in Wien	54

Z. 400571
8.

Kundmachung.

Dr. Heinrich Laube-Stiftung.

Vom Beginne des Studienjahres 1891/1892 an gelangt ein Dr. Heinrich Laube-Stipendium im Betrage von jährlichen dreihundert (300 fl.) Gulden ö. W. zur Verleihung.

Auf dieses Stipendium können in erster Linie jene aus Wien gebürtigen ordentlichen Hörer der philosophischen Facultäten der Wiener Universität Anspruch erheben, welche mittellos sind und sich entweder den philosophischen, philologischen oder historischen Studien widmen und das erste Studienjahr bereits mit gutem Erfolge zurückgelegt haben; bei dem Abgange solcher Bewerber aber überhaupt aus den im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gebürtige, dürftige, ordentliche Hörer der früher angeführten Disciplinen der philosophischen Facultät in Wien, deutscher Nationalität.

Der Stipendist, welcher für jedes Semester einen tüchtigen Studienerfolg durch Colloquientestate oder durch ein günstiges Seminar-Zeugniß nachweist, bleibt bis zum Schlusse der vierjährigen Studienzeit, und im Falle, als er mit den Lehramts- oder Doctoratsprüfungen beschäftigt ist, noch ein weiteres Jahr im Genusse der Stiftung und unterliegt die Auszahlung des Stiftungsbetrages den hiefür jeweilig geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Impfungs- und Mittellosigkeits-Zeugnisse und den beiden letzten Semestral-Zeugnissen belegten Gesuche bis 20. Februar 1892 bei dem Wiener Magistrate zu überreichen.

Jene Studirenden, welche keine Prüfungs-Zeugnisse beizubringen in der Lage sind, haben sich bezüglich ihrer Würdigkeit zur Erlangung eines Stipendiums mit der Bestätigung seitens ihres vorgesetzten Decanates des Professoren-Collegiums auszuweisen.

Nur die mit einem legalen Armuthszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

1—3

M. Z. 2998
ex 1892

Kundmachung.

In Gemäßheit der §§. 18 und 19 des Gesetzes vom 23. Mai 1883, R.-G.-Bl. Nr. 83, über die Evidenzhaltung des Grundsteuercatasters wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der Vermessungsbeamte zum Zwecke der Entgegennahme von Anmeldungen über eingetretene Veränderungen im Grundbesitze und zu sonstigen Evidenzhaltungsamtshandlungen an den Tagen 3., 4., 5. Februar 1892, im Locale der Steueradministration zu Wien, I. Bezirk, Fleischmarkt Nr. 19, anwesend sein wird.

Es wollen daher die Grundbesitzer an den bezeichneten Tagen bei dem Vermessungsbeamten in Angelegenheit der Evidenzhaltung des Catasters Anmeldungen oder sonstige auf stattgefundene Veränderungen im Grundbesitze bezügliche Nachweisungen beibringen oder mündliche Erklärungen abgeben.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Jänner 1892. 1—3

M. Z. 458226
XVII.

Kundmachung.

Am 3. und 4. Februar 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, feuerfeste Cassen, Möbel, Claviere, Bücher, Nähmaschinen, Kleider, Wäsche, Schuhwaaren, ꝛc. ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im neuen Rathhause VI. Hof, Parterre, einfinden. Die Auctionsstunden sind von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags.

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Jänner 1892. 2—3

M. Z. 392880
ex 1891

Concurs-Ausschreibungen.

Hilfsarztens-Stelle in der städtischen Versorgungs-Anstalt in Wien.

In der **Wiener städtischen Versorgungs-Anstalt**, IX., Spitalgasse 23, ist vom 1. April 1892 an **die Stelle eines Hilfsarztes** zu besetzen.

Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt von 800 fl. und die Bequartierung in der Anstalt verbunden. Die Anstellung erfolgt auf 3 Jahre unter Festsetzung einer beiden Kontrahenten zustehenden vierteljährigen Kündigung des Dienstverhältnisses. Nach Ablauf von 3 Jahren kann die Anstellung erneuert werden und wird bei Verleihung von definitiven Hausarzten-Stellen auf den Hilfsarzt Bedacht genommen.

Bewerber um diese Stelle haben in ihren Gesuchen in Gemäßheit des §. 11 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten nachzuweisen, daß sie Doktoren der Medizin und Chirurgie, sowie Magister der Geburtshilfe, beziehungsweise Doktoren der gesammten Heilkunde sind. Die mit diesen Nachweisen, dann dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Heimatsdokumente und den Nachweisen über die eventuelle bisherige Verwendung zu versehenden, ordnungsmäßig zu stempelnden Gesuche sind bis längstens **31. Jänner 1892** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen. Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate.

Wien, am 29. December 1891. 2—3

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 3. Freitag, den 15. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 19. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 22. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 12. Jänner 1892 unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre zur Kenntnis zu bringen, dass die Herren Gem.-Räthe Gschwandner, Dr. Huber und Dr. Linke ihr Ausbleiben wegen Unwohlsein entschuldigt haben.

Dient zur Kenntnis.

2. Die am 1. Jänner 1892 zu Wien verstorbene, I., Wollzeile 27 wohnhaft gewesene Frau Elise Kanitz, Private, hat ihren Erben aufgetragen, dem Bürgermeister von Wien für die Armen in Wien den Betrag von 300 fl. ö. W., schreibe dreihundert Gulden österr. Währung, zu übergeben.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

3. Eine Zuschrift des Bezirksvorstehers des IX. Bezirkes:

Ich beehre mich, die ergebene Anzeige zu machen, dass ich heute von Herrn C. W. Pertl, Director des Danzer'schen Orpheums, den namhaften Betrag von 255 fl. 90 kr., als Erträgnis einer zugunsten des Baufondes der Maria Valerie-Krippe veranstalteten Vorstellung erhalten habe. Diesen Betrag habe ich sofort an die Leitung des Central-Krippen-Vereines, I., Seilerstätte Nr. 14, übersendet.

Ich erlaube mir von diesem neuerlichen Act der Humanität des Herrn C. W. Pertl mit dem höflichen Ersuchen Mittheilung zu machen, von demselben den löblichen Gemeinderath in die Kenntnis setzen zu wollen.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

4. In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Eigner eine Interpellation gestellt, welche sich auf den Zustand der in den sogenannten Drasche'schen Ziegelwerken und Konrath'schen Gründen befindlichen Eisgewinnungsflächen bezieht, und es ist in dieser Interpellation angegeben, dass diese Fläche fast das ganze Jahr hindurch zu Ablagerungsstätten von Cadavern der Hunde und Katzen benützt werden.

Das Eis, welches gewonnen wird, werde an Wirthe, Fleischhauer und Selcher geliefert.

Ueber diese Angelegenheit ist der Bericht seitens des Markt-Commissariates erstattet worden, aus welchem Folgendes hervorgeht:

Die Wienerberger Ziegelei besitzt in ihrem Werke drei Lehmgruben innerhalb der Einplankung, welche durch aufgehendes Wasser gespeist werden.

Von diesen drei Gruben wird nur eine zur Eisgewinnung verwendet und war das heute vorgefundene Eis kaum 2 Centimeter dick und daher zum Aushacken noch nicht geeignet. Die ausgehackte Probe war anstandslos.

Der anwesende Werkleiter konnte eine behördliche Bewilligung zur Eisgewinnung nicht vorweisen und glaubt, dass eine solche im Besitze der Direction sein dürfte. Das sämmtliche aus diesen Gruben gewonnene Eis wird nur an den Brauereibesitzer Kuffner in Ottakring zur Füllung der Bierkeller verkauft, und gelangt an Fleischer, Selcher oder andere Gewerbsleute kein Eis zur Abgabe.

Bezüglich der Eisplätze des Josef Konrath in der Badgasse am rechten Ufer der Als, zwischen dem Bade und der Brücke zur Spodiumfabrik, wird bemerkt:

Genannter besitzt dort vier Teiche, welche nur mit dem Wasser aus dem Brunnen nächst der Badeanstalt gefüllt werden.

Von diesen vier Teichen sind dermalen drei gefüllt und wird, da das Eis kaum vier Centimeter stark ist, heute nicht gehackt. Die besichtigte Probe war rein.

Konrath verkauft das Eis gleichfalls nur an Kuffner.

Selber erscheint zur Ass. Z. 5669 mit 10½ fl. für die Eisgewinnung besteuert, erklärt, eine Betriebsbewilligung seitens der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft zu besitzen, die er aber momentan nicht vorfinden konnte.

Sowohl der Werkleiter als auch Konrath erklärten auf das Bestimmteste, dass Teiche und Gruben während des Sommers nie zur Ablagerung von Kehricht, Cadavern ꝛc. verwendet werden.

Nachdem heute sämmtliche Gruben gefüllt sind und die Eisfläche mit Schnee bedeckt ist, so konnte die Beschaffenheit des Bodens nicht erhoben werden.

Bemerkt wird noch, daß beide Parteien zu verhalten wären, den Beginn der Eisgewinnung beim löbl. Bezirksamte anzuzeigen, um eine entsprechende Überwachung in sanitärer Richtung pflegen zu können.

Der Amtsleiter des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk theilt mit:

Entsprechend den im kurzen Wege heute erhaltenen Auftrage habe ich bezüglich der vorliegenden Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Eigner sofort im hierortigen Bezirke die eingehendsten Erhebungen durch die Marktcommissariats-Abtheilung pflegen lassen und lege den diesbezüglichen Bericht mit dem Bemerken vor, dass der dermalige Zustand der Eisgewinnungsplätze bei den Ziegelwerken und den Kourath'schen Pachtgründen eine sofortige Verfügung nicht nothwendig erscheinen lässt, dass jedoch dieser Angelegenheit hieramts ein besonderes Augenmerk zugewendet wird, und dass schon dermalen die im beiliegenden Berichte erwähnten Eisgewinner verhalten werden, vor dem Beginne der Eisgewinnung anher die Anzeige zu erstatten, damit das gewonnene Eis seitens der Amtsorgane auf seine Beschaffenheit und die zulässige Art seiner Verwendung geprüft werden könne. Schließlich wolle zur Kenntnis genommen werden, daß laut mündlicher Rücksprache beim k. k. Polizei-Bezirks-Commissariate Hernals daselbst keine Wahrnehmungen über die Verwendung von sanitätswidrigem Eise seitens der Approvisionierungs-Gewerbsleute im XVII. Bezirke gemacht worden sind.

Gem.-Rath Eigner: Ich bitte um's Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, eine Discussion über eine Interpellations-Beantwortung ist nicht möglich. Es ist am besten, wenn Sie Ihre Wünsche in Form eines Antrages oder in Form einer neuen Interpellation zur Kenntnis bringen oder den Herrn Bürgermeister direct von Ihren Wünschen verständigen.

Gem.-Rath Eigner: Ich muss erklären, dass die Teiche nicht eingeplankt, sondern offen sind . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Gemeinderath, wir müssen uns an die Geschäftsordnung halten, die wir uns selbst gegeben haben.

Gem.-Rath Eigner: Ich bitte das Eis chemisch untersuchen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche, die Einläufe bekannt zu geben.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

5. Zuschrift des Präsidenten der General-Direction der österr. Staatsbahnen, Freih. v. Czedik:

„Se. k. u. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. Jänner 1892 meinem Ansuchen um Enthebung von dem Posten des Präsidenten der General-Direction der österr. Staatsbahnen, sowie um Versetzung in den dauernden Ruhestand Allergnädigst zu willfahren geruht.

Indem ich die durch zehn Jahre mir anvertraut gewesene Leitung des österr. Staatseisenbahnbetriebes meinem Nachfolger im Amte übergebe, habe ich die Ehre, meinen ergebensten Dank für die wohlwollende Unterstützung hiermit zum Ausdrucke zu bringen, welche mir während meiner langjährigen Amtierung als General-Director der bestandenen Kaiserin-Elisabeth-Bahn, sowie als Präsident der General-Direction der österr. Staatsbahnen bei allen sich ergebenden Gelegenheiten in der kräftigsten Weise zu Theil wurde. Zugleich erlaube ich mir zu ersuchen, diesen Dank auch der sehr geehrten Stadtvertretung freundlichst bekannt geben zu wollen."

Dient zur Kenntnis.

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Büsch**:

Ein großer Theil des XII. Bezirkes, der frühere Ort Hetzendorf, ist seit dem 1. Jänner d. J. seiner Bewachung, sowohl in persönlicher Beziehung, als auch in Beziehung auf die Eigenthums-Sicherheit gänzlich entblößt.

Nachdem die bis dahin bestandene Ortswache aus zwei Tag- und zwei Nachtwächtern aufgelöst, bis zur Stunde noch durch keine k. k. Sicherheitswache ersetzt wurde, Diebstähle herabgerissener Dachrinnen von den Häusern sich mehren, und die k. k. Sicherheitswache im k. k. Schlosse von Hetzendorf anderweitig Dienste zu thun nicht ermächtigt ist, erlaube ich mir die ergebene Anfrage an den geehrten Herrn Bürgermeister zu stellen:

Ob hochderselbe geneigt ist, geeignete Schritte zu thun, damit auch diesem Theile des XII. Bezirkes äußerster Peripherie, dem früheren Orte Hetzendorf, bei gleichen Pflichten, auch gleiche Rechte und gleiche Sicherheit geboten seien.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Anregung wird dem Herrn Bürgermeister sofort zukommen, und er wird das Nöthige veranlassen, um die angeregten Zustände einer näheren Untersuchung durch die competente Instanz unterziehen zu lassen.

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Djörup**:

In Anbetracht, dass aus dem Hochquellengebiete wegen Mangel an Niederschlägen der Zufluss nach Wien sehr spärlich ist; ferner in Anbetracht, dass sowohl Pottschacher- wie Schwarzawasser hereingepumpt werden muss; und schließlich in Anbetracht, dass ich auf meinem Weg durch die Matzleinsdorferstraße das Einschraubventil, welches an dem dortigen Auslaufbrunnen zur Probe angebracht ist, regelmäßig über das Minimum offen finde, wodurch das Wasser Tag und Nacht über und über stießt, so erlaube ich mir die ergebene Anfrage zu stellen:

Bis wann mit Anbringung von selbstschließenden Ventilen bei den öffentlichen Auslaufbrunnen der Straßen und Plätze Ernst gemacht wird?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner**:

„Über Anordnung des Herrn Bürgermeisters soll in den neu einverleibten Vorortebezirken vom 1. Jänner ab, die Hundesteuer gleichwie in den bisherigen Bezirken mit 4 fl. pro Jahr eingehoben werden.

Nachdem in den Vorortebezirken, namentlich in den ländlichen Gemeinden zum Theile gar keine, in einzelnen Gemeinden eine weit geringere Quote, so beispielsweise Grinzing, Sievering u. s. w. bloß mit 1 fl. 20 kr. eingehoben wurde, nachdem ferner in den ländlichen Gebietstheilen der neuen Bezirke bloß solche Hunde gehalten werden, welche zur Bewachung des Hauses absolut nöthig sind, nachdem eine so weitgehende unbedeutende Erhöhung der Steuer wieder eine empfindliche, durchaus nicht gerechtfertigte Belastung der Landwirte bedeutet, nachdem weiters wiederholt, insbesondere auch in der Debatte über die städtischen Zuschläge zur Verzehrungssteuer von der herrschenden Gemeinderathspartei das Versprechen gegeben wurde, die Vorortebewohner weiterhin nicht mehr zum Zwecke der Vermehrung der Gemeindeeinnahmen zu neuen Lasten heranzuziehen, nachdem endlich der Herr Bürgermeister zu einer Erhöhung der städtischen Steuern ohne Anhörung des Gemeinderathes gar nicht competent ist, so sieht sich der Gefertigte veranlaßt, zu fragen:

Wie kann der Herr Bürgermeister die von ihm ohne Anhörung des Gemeinderathes getroffene Verfügung, bezüglich der Erhöhung der Hundesteuer rechtfertigen und ist der Herr Bürgermeister geneigt, diese Angelegenheit dem Plenum des Gemeinderathes zur Entscheidung vorzulegen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe darauf zu erwidern, dass es sich hier durchaus nicht um einen Act sozusagen von Verwaltungsjustiz seitens des Herrn Bürgermeisters handelt, sondern um Anwendung eines längst bestehenden, durch einen Gemeinderaths-Beschluss veranlassten Landes-Gesetzes auf die neu zugewachsenen Theile der Gemeinde Wien.

Gem.-Rath Jedlička: Der hatte kein Recht, das zu beschließen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte mich nicht zu unterbrechen und bitte sich vor Augen zu halten, dass das nicht angeht. Wenn Sie eine Bemerkung zu machen haben, so bitte ich, sich zu melden.

Die Ausdehnung dieses erörterten Landesgesetzes ist eine natürliche Folge der Vereinigung der neu zugewachsenen Gebietstheile mit Wien; übrigens ist nach den bestehenden Vorschriften dafür Sorge getragen, dass für jene Gewerbsleute, welche Hunde bedürfen, und für die Gehöftsbesitzer, welche die Hunde als Wachhunde benützen, eine geringe oder gar keine Steuer eingehoben wird.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte sich noch einen Moment zu gedulden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Dobeš**:

Die in der Seelsorge nicht angestellten Aushilfskatecheten, resp. Religionslehrer, welche am 15. September v. J. durch das fürsterzbischöfliche Ordinariat ihre Decrete erhalten haben und wirklich auch seit dieser Zeit wirken, erhielten bis jetzt noch nicht ihre Remuneration ausbezahlt.

Es wurde damals an ihre Anstellung die Bemerkung geknüpft, dass sich die obbenannten Geistlichen mit den Schulleitungen wegen Flüssigmachung ihrer Remunerationen ins Einvernehmen zu setzen haben; dieses geschah und haben bereits die Herren Bezirksschulinspectoren schon im October v. J. an den Wiener Bezirksschulrath die Berichte über den factischen Antritt der Lehrthätigkeit der betreffenden Herren Religionslehrer gemacht.

Nachdem dieselben infolge der Vorenthaltung dieser Remunerationen, sowie durch den Umstand der allgemeinen Theuerung überhaupt in Zwangslagen versetzt sind, so erlaube ich mir an den hochverehrten Herrn Bürgermeister nachstehende Interpellation zu richten:

Ist dem Herrn Bürgermeister dieser Umstand bekannt? und wann dürften beiläufig diese Beträge zur Anweisung resp. Auszahlung gelangen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

10. Antrag des **Gem.-Rathes Schlögl:**

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass es den Händlern und Marktparteien des Central-Viehmarktes in St. Marx gestattet werde, diesen Markt mit Rindfleisch in größeren Stücken, sowie Wildpret in einzelnen Stücken beschicken und zum Verkaufe bringen zu dürfen, damit es den Besuchern des Central-Viehmarktes auch möglich ist, ihren Bedarf an Fleisch ꝛc., ꝛc., nach Qualitäten zu erstehen, welches zur besseren und billigeren Approvisionierung bedeutend beitragen würde.

Begründet wird dieser Antrag dadurch, dass es vor dem Inslebentreten der neuen Marktordnung möglich gewesen ist, solches Fleisch von besserer Qualität, welches direct aus den Provinzen eingesendet wurde, billiger und ohne Zuwage zu erhalten.

Durch die neue Marktordnung gehen mehrere Tausend Kilo gutes Fleisch für Wien verloren, da es dem Händler, der nur die Markttage in Wien und seinen heimatlichen Markt besuchte, unmöglich gemacht wurde, hierorts seine Waare selbst zu verkaufen, und andererseits nicht gewillt ist, in der Markthalle durch Sensale für sich sein Fleisch verkaufen zu lassen, da dieselben für solche Artikel oft nicht die genügende und richtige Kenntnis besitzen.

Diese Händler sehen sich nun genöthigt, Fleisch von der besten Qualität eines Rindes entweder in die Marktflecken ihrer Provinz oder in kleinere Provinzstädte, welche keine solche Marktordnung wie Wien besitzen, zu senden, und dort zur Veräußerung zu bringen.

Es ist bestimmt anzunehmen, dass Tausende von Kilo gutes Rindfleisch nach Wien wieder eingeführt werden würden, wenn dieser Erlass annulliert würde, der dieselben der Approvisionierung ganz entzieht.

An den Stadtrath.

11. Antrag des **Gem.-Rathes Büsch:**

In Anbetracht dessen, dass zugrunde gegangene Geschäftsleute oder solche, deren Geschäfte aufgelöst wurden, bei der Steuerbehörde abgemeldet sind, dennoch ein lebhaftes Geschäft und Handel betreiben, d. i. Waaren in ihren Wohnungen geheim bergen oder von den Erzeugern entnehmen und sodann dem Klein-Consumenten selbst zutragen oder durch Boten zusenden, durch Begegnung deren unerlaubter Concurrenz die Steuer und hohen Zins bezahlenden Geschäftsleute nur geschädigt werden, wäre es angezeigt, dem großen Publicum die Geschäftsabmeldungen leichter zugänglich zu machen und stellen daher Unterzeichneter und Genossen den Antrag:

Der löbliche Stadtrath beschließe, dass unter Rubrik „Gewerbebewegung" des „Amtsblatt der k. k. Reichs, haupt- und Residenzstadt Wien" außer den enthaltenen Gewerbeanmeldungen auch die „Gewerbeabmeldungen vom 2. Jänner 1892" aufzunehmen sei.

An den Stadtrath.

12. Antrag des **Gem.-Rathes Rauscher** und Genossen:

Wiederholt ist in der Wiener Bevölkerung und deren Vertretungen der Wunsch laut geworden, es möge die nach Beseitigung der Linienwälle und -Gräben frei werdende Area nicht zu Speculationsbauten hintangegeben, und auf solche Weise das alte Wien anstatt durch den bisherigen fiscalischen Gürtel, durch einen Ring kahler Zinsburgen eingeengt werden. In dieser Richtung wurden auch bereits verschiedene Vorschläge, wie Anlage von Bürgerhäusern, öffentlichen Gärten, Volksbädern u. dgl. gemacht. Die Gefertigten können diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne die Benützung eines Theiles dieser frei werdenden Räume für einen Zweck zu beantragen, zu dem sich diese Plätze vorzüglich eignen würden, d. i. nämlich zur Anlage öffentlicher Turn- und Spielplätze und zur Erbauung öffentlicher Turnhallen.

Das Turnen — eines der ersten und vorzüglichsten Mittel für die Beförderung und Erhaltung körperlicher Gesundheit — ist von der Unterrichts-Verwaltung in Österreich leider nur zu lange vernachlässigt worden. In neuerer Zeit hat jedoch diesbezüglich die bessere Einsicht einen erfreulichen Umschwung hervorgerufen, wovon mehrere auf die Pflege des schul- und volksthümlichen Turnens, sowie auf die Einführungen der Turnspiele abzielende Erlässe des hohen k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht zeugen. Gewiss wird die Wiener Groß-Commune hinter diesen Bestrebungen der staatlichen Unterrichts-Verwaltung nicht zurückstehen wollen, und sie wird, in Erwägung des Umstandes, dass andere Großstädte weit mehr für die Pflege der gerade in unserer deutschen Volksart begründeten Turnsache gethan haben, jede sich ihr darbietende Gelegenheit wohl freudig ergreifen, um von anderen Großstädten nicht überflügelt zu werden.

Einem Berichte des städtischen Oberturnwartes von Berlin, Herrn Dr. Eduard Angerstein, entnehmen die Gefertigten nachstehende interessante Einzelnheiten. Berlin besitzt 10 Staatsturnhallen und 104 im städtischen Eigenthume stehende Turnhallen, darunter 1 Central- und 30 Bezirksturnhallen; jede Turnhalle hat einen Sommerturnplatz, und stehen die Turnhallen und Turnplätze den Turnvereinen von 6 Uhr Früh bis 10 Uhr Abends zur Verfügung. Die Verwaltung dieser Turnhallen besorgt ein eigenes „Curatorium für das städtische Turnwesen". Sämmtliche Turngeräthe sind communales Eigenthum und werden auf Kosten der Stadt an- und nachgeschafft. Die Turnvereine dürfen diese Geräthe benützen und ihre Turnkleider in eigens dazu bestimmten Nebenräumen aufbewahren. Die Central-Turnhalle liegt im Mittelpunkte der Stadt, ist 150 Fuß lang und 70 Fuß breit; neben ihr befindet sich ein über einen Morgen großer Sommerturnplatz. Die Bezirksturnhallen variieren in ihrem Ausmaße zwischen 32 Meter und 19 Meter Länge, und zwischen 16 Meter und 10 Meter Breite. Die Kosten der Central-Turnhalle sammt Sommerturnplatz beliefen sich auf 100.000 Thaler, die der Bezirks-Turnhallen schwanken zwischen 70.000 und 20.000 Mark. Alle Turnhallen sind Stein- oder Ziegelbau ohne Kalkverputz. Die Fußböden bestehen allerorts aus parkettartig gelegten Eisenstäben. Bei einzelnen Turnhallen sind auch Nebenräume für den Fechtunterricht angebracht. In Berlin bestehen 30 Turnvereine mit 8000 turnenden Mitgliedern.

In gleicher Weise ist in anderen Städten des Deutschen Reiches für die Pflege des Turnens ausgiebige Vorsorge getroffen; so bestehen z. B. in Dresden, Leipzig, Hamburg, München je 8 bis 10 große, communale Turnhallen.

Auch die Hauptstadt des benachbarten Ungarreichs, Budapest, hat in letzterer Zeit eine große National-Turnhalle errichtet.

In Niederösterreich besitzen Korneuburg, Stockerau, Oberhollabrunn, Mistelbach, Krems, St. Pölten, Wiener-Neustadt u. a. Orte ihre eigenen Turnhallen.

Nur Wien hat keine einzige Turnhalle, sondern nur Turnsäle, die verhältnismäßig klein sind, meist unter der Erde liegen, daher wenig Luft, aber viel Gasbeleuchtung haben, und all dieser Gründe wegen für das Jugendturnen, weil ungesund, nicht taugen. Eingerichtete Sommerturnplätze sind in Wien keine, mit Ausnahme der räumlich meist sehr beschränkten Vereinsturnplätze.

Die Gefertigten stellen demnach den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle in Erwägung der von uns im Vorstehenden geltend gemachten Gründe beschließen:

a) es werde im k. k. Prater (am Donaucanal) nach dem Muster der in Berlin, Dresden, Karlsruhe, München, Budapest und anderwärts bestehenden Centralturnhallen eine solche kommunale Centralturnhalle für Wien errichtet;

b) es werden an den geeigneten Punkten auf der Area der Linienwallgründe mindestens acht Bezirksturnhallen erbaut;

c) jede dieser Turnhallen soll mit einem entsprechend großen Sommerturnplatze, mit einem Spielplatze und nach Thunlichkeit auch mit einem Nebenraume für den Fechtunterricht verbunden werden;

d) der hiefür zu verwendende Platz soll ein Ausmaß von mindestens je 5000 Quadratmeter haben;

e) diese Plätze sollen bis 6 Uhr Abends dem Jugend-, nach dieser Zeit dem Männerturnen zur Verfügung gestellt werden;

f) die zur Deckung der erforderlichen Kosten nothwendigen Auslagen sollen von der Stadt Wien mit Unterstützung des Landes Niederösterreich und des Staates aufgebracht, und es soll bei der zu erhoffenden unentgeltlichen Überlassung der betreffenden Gründe seitens des Staates, die 250.000 fl. kaum übersteigende Aufwandssumme in mehreren Jahresraten in den städt. Voranschlag eingestellt werden;

g) endlich wolle in Erwägung gezogen werden, ob anschließend an diese öffentlichen Baulichkeiten nicht auch Volksbäder in zweckmäßiger Weise angebracht werden können.

An den Stadtrath.

13. Antrag des **Gem.-Rathes Ziegelwanger**:

In dem uns vorliegenden Programme über Verkehrsanlagen und Feststellung der Wien-Regulierung kommt in Punkt IV, letzter Absatz, der Wortlaut vor: „In der ersten Bauperiode ist die Regulierung der Wien aufwärts bis zur Einmündung des Lainzerbaches herzustellen".

Nach diesem Wortlaute wäre daher die Herstellung der Sammelcanäle, welche im Rahmen der Wien-Regulierung sind, auf lange Zeit verschoben. Die Erbauung der Sammelcanäle kann jedoch an beiden Ufern des Wienflusses in sanitärer Beziehung nicht auf so lange Zeit verschoben werden.

Die Ortschaften des XIII. Bezirkes leiden überhaupt an Mangel jeder Canalisierung.

Die sanitären Verhältnisse sind unerträglich, wenn man bedenkt, dass in allen Ortschaften das Senkgrubensystem noch existiert und bei der Entleerung derselben die Fäcalstoffe direct in die Wien fließen.

In Hietzing und Penzing sind die Abladeplätze, wo der Unrath abgeleert wird, auf den höchsten Punkten, so in Hietzing ob der Neugasse in der Nähe des Küniglberges — in Penzing am Bucklacker, auf dem höchsten Punkt Penzings, in der Nähe der stark frequentierten Poststraße, in der Nähe, ja man kann sagen, beinahe in der Mitte der Häuser, die dicht bevölkert sind. Die Entleerung der Senkgruben in Hietzing und Penzing findet mittelst Latrinenwägen statt; es wird der Unrath durch den ganzen Ort geschleppt, um auf den höchsten Punkten, in die offenen Gruben entleert werden zu können; der Unrath fließt in Hietzing von dem Abladeplatz durch mangelhafte Wasserläufe in die Wien, verpestet dieselbe. Die Bewohner werden daher dreimal belästigt, beim Entleeren der Senkgruben, beim Entleeren des Latrinenwagens und beim Abfluss des Unrathes; das Gleiche findet in Penzing statt, ja dort sind die Übelstände noch ärger, es fließt der Unrath im offenen Gerinne des Ameisbaches direct in die Wien; bei Westwinden ist der Gestank unerträglich. So schaut es in Hietzing und Penzing aus. In den anderen Ortschaften sind die sanitären Verhältnisse noch drückender, wenn man bedenkt, dass dort noch große Milchwirthschaften sind, wo viel Jauche abfließt, und außerdem noch die Fabriken, wie die Lederfabrik „Flesch", die vielen Färbereien und Druckereien und das Hütteldorfer Bräuhaus, ihre ganzen Abfallwässer in die Wien fließen lassen. Sind solche Zustände nicht himmelschreiend?

Der Unrath von Ob.-St. Veit fließt in einem offenen Gerinne und breitet sich zwischen Ober- und Unter-St. Veit in der Nähe der Verbindungsbahn auf offenem Felde aus, in dieser Gegend sind die Brunnen alle verseucht, und ist in einem großen Umkreis auf eine Anlegung von Brunnen nicht zu denken.

Von Lainz und Speising kommt die Jauche durch den Lainzerbach; derselbe zieht sich durch Hietzing. Der Lainzerbach, welcher wohl eingewölbt ist, hat keine wasserdichte Sohle, dieselbe ist sehr mangelhaft.

In Erwägung aller dieser Umstände erlaubt sich der Gefertigte, folgende Anträge zu stellen:

1. Es sei an die Herstellung der Sammelcanäle an beiden Ufern der Wien sobald wie möglich zu schreiten, um eine allgemeine Canalisierung des XIII. Bezirkes zu ermöglichen.

2. Am linken Ufer ist der Sammelcanal, welcher bereits im Rahmen der Wien-Regulierung liegt und bis zum Ameisbach hergestellt ist, bis Hütteldorf fortzusetzen.

3. Da der Sammelcanal am linken Wienufer in Penzing fertig ist, wolle mit der bereits im Juli beantragten Canalisierung Penzings in diesem Frühjahre begonnen werden.

An den Stadtrath.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich war ungefähr am 28. oder 29. v. M. bei Herrn Bürgermeister Dr. Prix und habe ihn gebeten, dass mit Rücksicht auf die ländlichen Verhältnisse der an der Peripherie gelegenen Gemeinden eine Begünstigung in der Einhebung der Hundesteuer gewährt werde, was mir der Herr Bürgermeister freundlichst zugesichert und mich diesbezüglich an den betreffenden Bezirksamtmann gewiesen hat. Ich habe dies auch gethan. Gestern gieng ich in das Bezirksamt und erkundigte mich beim Beamten, welcher die Hundemarken ausgibt, der mir aber sagte, er hätte bis heute keinen Auftrag erhalten, sondern müsse sämmtliche Marken mit 4 fl. verkaufen; das ist die Ursache, welche mich veranlasst, diese Interpellation zu stellen.

Vielleicht kann vom Präsidium veranlasst werden, dass die Bezirksämter verständigt werden.

Gem.-Rath Rauscher (zur Geschäftsordnung): Wie mir mitgetheilt wird, hat Herr Collega Steiner an den Gemeinderath der Reichshauptstadt Wien eine Zuschrift gerichtet, als Erwiderung auf die in der letzten Sitzung verlesene Note des Herrn Statthalters, welche ich aber seitens des Schriftführers nicht verlesen hörte.

Ich erlaube mir demnach an den Herrn Vorsitzenden zwei Anfragen zu stellen:

Die eine Frage ist, warum wurde die Zuschrift des Collegen Steiner nicht verlesen und die zweite, wie wird in Hinkunft der 2. Satz des §. 20 unserer Geschäftsordnung aufzufassen sein, wo es heißt: „ebenso werden die Einläufe" . . . ?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte Herr Gemeinderath, wenn Sie eine Interpellation an den Vorsitzenden zu stellen haben, dies im Sinne des §. 21 unserer Geschäftsordnung schriftlich vor der Sitzung zu thun. Das ist ja ohnehin den Herren hinlänglich und durch allgemeine Übung als feststehend bekannt. Nun bitte ich aber, (Unruhe links) um weitere Erörterungen zu vermeiden, erkläre ich, dass die Sachlage folgende ist:

Es hat in der letzten Sitzung die Verlesung eines Schriftstückes stattgefunden, welche sich auf eine früher in diesem Saale gefallene Äußerung bezog. Nun ist hier nach meiner Ansicht der letzte Passus des §. 20 anwendbar, wo es heißt, das es jedem Mitgliede des Gemeinderathes freisteht, die ihm nöthig erscheinenden Berichtigungen oder Aufklärungen zu geben.

Nach meiner Ansicht hat dies sofort zu geschehen und zwar mündlich, denn wir verhandeln hier mündlich. (Unruhe links, Rufe: Zur Geschäftsordnung!) Ich halte es aber für unzulässig, dass hier ein Schriftenwechsel stattfindet und dass hier ein förmlicher Wechsel von Satzschriften abgeführt wird; das ist nicht unsere Sache und wir müssen es den einzelnen Mitgliedern der Versammlung überlassen, ihre Wünsche in irgend einer ihnen geeignet erscheinenden Weise durchzuführen. Aber so geht es nicht, meine Herren, dass hier diese Schriften verlesen werden, das ist nicht möglich. Es hätte die Antwort des Herrn Gem.-Rathes Steiner das letztemal erfolgen müssen. Soweit ist die Sache abgethan. (Unruhe links.) Ich bitte nun um Ruhe meine Herren!

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich nehme nicht zu dieser Angelegenheit das Wort. Im §. 25 unserer Geschäftsordnung heißt es: Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Gemeinderathes mit der Einladung zur Sitzung bekanntzugeben.

Ich constatiere nun, dass mir in dieser Woche bis zur Stunde keine Einladung, weder durch einen Diener, noch durch die Post zugekommen ist. Ich weiß daher von gar nichts, was in dieser Woche in den Gemeinderaths-Sitzungen geschieht — und das muß ich constatieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist ja selbstverständlich, nachdem eine Bestätigung nicht ertheilt wird, dass eine Omission stattfinden kann. Aber es ist Thatsache, dass letzten Samstag die Einladungen zur heutigen Sitzung an alle Mitglieder des Gemeinderathes ergangen sind, und ich bitte die Herren Mitglieder der Versammlung, sich zu melden, welchen eine solche Einladung noch nicht zugekommen ist.

Gem.-Rath Bärtl: Z. B. Herr Collega Janotta.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Entgegen den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden muss ich das Eine bemerken: ich habe in der letzten Sitzung mich zum Worte gemeldet und der Herr Bürgermeister erklärte, er könne nicht zugeben, dass ich mich in eine Polemik mit Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter einlasse, ich habe mich schließlich noch einmal gemeldet, es wurde mir aber das Wort entzogen. Wenn man im Gemeinderathe der Stadt Wien beleidigt werden kann, so muss man auch das Recht haben, rehabilitiert zu werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Privatsachen sind nicht Gegenstand unserer Verhandlung! (Ruf links: O ja!) Vorsitzender fährt fort.) Wir sind kein Gerichtshof!

Gem.-Rath Hipp: Ich muss in demselben Sinne sprechen, ich bin vollständig einverstanden mit dem, was der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter gesagt hat, dass es nicht angeht, dass hier ein schriftliches Verfahren eingeleitet werde. Es soll auch das Statut, welches wir haben, richtig gehandhabt werden und das ist leider Gottes das letzte Mal nicht richtig gehandhabt worden, nachdem der Fall, wie der Herr Collega Steiner sagt, sich so abgespielt hatte. Es muß dem Gemeinderathe nach dem Statut das Recht zustehen, das Wort zu bekommen; wäre das der Fall gewesen, so wäre das heute vermieden worden.

Gem.-Rath Bärtl: Der Herr Vorsitzende war früher so gütig, mich in meinen weiteren Ausführungen zu unterbrechen, ich habe geschlossen, indem ich um die Aufklärung ersuchte, wie §. 20 der Geschäftsordnung aufzufassen sei, wo es heißt: „Dass die Einläufe, welche nicht unmittelbar dem Stadtrathe oder Magistrate zugewiesen werden, im Auszuge bekanntgegeben oder über Beschluss der Versammlung ihrer vollen Ausdehnung nach verlesen werden." Der Herr Vice-Bürgermeister hat aber gesagt, das sei eine Interpellation und müsse eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung überreicht werden, das ist aber nicht möglich, nachdem ich bis heute nicht allwissend bin und daher nicht wissen konnte, ob der Herr Vorsitzende die Zuschrift des Herrn Collegen Steiner zur Verlesung bringen werde oder nicht.

Gem.-Rath Arnhart (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat selbst zugegeben, dass dem Herrn Collegen Steiner Unrecht geschehen ist. (Rufe rechts, Lärm! Rufe links: Was ist das!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr um Ruhe, ich muss dringend bitten, die Aufrechterhaltung der Ordnung habe ich selbst in die Hand zu nehmen.

Es liegt im allgemeinen Interesse, dass wir ruhig verhandeln, wenn Sie sich zu beschweren haben, bitte ich, es zu sagen; es geht nicht an, dass plötzlich eine Seite der Versammlung zu schreien beginnt.

Ich bitte sich zu benehmen, wie es in einer öffentlichen Versammlung nothwendig ist. Sie sind Alle über das Alter leichter Erregbarkeit hinaus; wenn Jemand eine Aeußerung macht, wird sie nicht so scharf hingenommen.

Ich bitte so zu verhandeln, dass wir fortfahren können. Ich bitte sich kurz zu fassen, es ist bereits 6 Uhr und wir haben noch nichts erledigt.

Gem.-Rath Arnhart: Der Herr Vorsitzende hat selbst zugegeben, dass der Herr Collega Steiner das Wort haben solle; damit dem Collegen nicht Unrecht geschieht, er Gelegenheit findet, von diesem Paragraph der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, bitte ich ihm zu einer thatsächlichen Berichtigung auf drei Worte das Wort zu ertheilen. Ich bitte, den Gemeinderath eventuell abstimmen zu lassen. Es werden Alle dafür stimmen, dass Jemandem, dem Unrecht gethan wurde, Recht gegeben werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Gemeinderath zu befragen nicht nothwendig, weil die Geschäftsordnung sich vollkommen klar ausspricht. Ich bitte den Fall endlich begraben sein zu lassen!

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich habe es bereits erwähnt, es ist eine Thatsache und Herr Collega Janotta wird bestätigen, was ich gesagt habe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es sind schon Briefe bei der Post verloren gegangen, so kann doch auch eine Einladung verloren gehen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich weiß das nur aus der Zeitung.

* * *

14. Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe die Ehre zu referieren über die Vorlage Nr. 205. Es ist schon seit mehreren Jahren der dringende Wunsch der Bevölkerung der ehemaligen Gemeinde Simmering, ein eigenes Bezirksgericht zu bekommen. Die Bewohner der ehemaligen Gemeinde Simmering, sowie der (Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren, ich bitte um Ruhe, der Referent kann sich sonst nicht verständlich machen.) der anderen zum XI. Gemeindebezirke von Wien gehörigen Gebietstheile gehören noch immer zum Sprengel des Gerichtsbezirkes Schwechat, der Ort Schwechat aber ist bekanntlich ziemlich weit von Simmering entfernt und die Verbindung dahin keine besonders günstige. Infolge dessen haben nun (Lebhafte Unruhe, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, unterbrechend: Ich bitte um Ruhe und viel Rücksicht auf den Referenten zu nehmen, sonst kann er sich absolut nicht verständlich machen.) im Jahre 1887 Verhandlungen zwischen der Gemeinde Simmering einerseits und dem Ärar andererseits wegen der Errichtung eines besonderen Bezirksgerichtes in Simmering stattgefunden.

Die Gemeinde hat sich damals bereit erklärt, laut eines vorliegenden Gemeinde-Ausschuss-Beschlusses dem Ärar die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, für einen Mietzins im Betrage von 1600 fl. und ferner die erste Einrichtung auf ihre Kosten beizustellen. Die Verhandlungen sind jedoch damals nicht zum Abschlusse gekommen und erst aus Anlass der Vereinigung der Vororte mit Wien sind diese Verhandlungen neuerdings aufgenommen worden. Bei Wiederaufnahme dieser Verhandlungen hat zunächst die Gemeinde Simmering in einem hier vorliegenden Gemeinde-Ausschuss-Beschlusse vom 21. Jänner 1891 erklärt, dass sie an den früheren Bedingungen vom 1. Juli 1887 festhalte und dass sie sich daher neuerdings dem Ärar gegenüber verpflichten wolle, die Localitäten, die für das Bezirksgericht erforderlich sind, um den Mietzins von 1600 fl. und außerdem die erste Einrichtung beizustellen. Ein bestimmtes Local ist in dem betreffenden Gemeinde-Ausschuss-Beschlusse nicht genannt, jedoch wurde, wie aus den Verhandlungen ersichtlich ist, damals in Aussicht genommen, dieses Bezirksgericht im Gemeindehause Simmering selbst einzurichten, in der Weise, dass dort bauliche Veränderungen vorgenommen werden, deren Kosten durch die 1600 fl. gewissermaßen verzinst werden sollen.

Es hat dann am 28. Jänner 1891 eine commissionelle Verhandlung im Gemeindehause Simmering stattgefunden, damit die Localitäten in Augenschein genommen werden und festgestellt werde,

wie das Bezirksgericht dort installiert werden kann. Bei dieser commissionellen Verhandlung hat der Herr Bürgermeister von Simmering erklärt, dass die Gemeinde Simmering sich auch mit einem Mietzinse von 500 fl., statt der im Jahre 1887 verlangten 1600 fl., einverstanden erklären würde, da sich herausgestellt habe, dass die Adaptierungskosten für das Bezirksgericht nicht so bedeutende sind, als früher vorausgesetzt wurde.

Der Landes-Ausschuss hat dann mit Decret vom 23. April 1891 dem Gemeinde-Ausschuss-Beschlusse vom 21. Jänner 1891, mit dem die Gemeinde Simmering erklärt hatte, dass sie den früheren Gemeinde-Ausschuss-Beschluss vom Jahre 1887 aufrecht erhalte und sich zur Erfüllung der damals dem Ärar gegenüber stipulierten Bedingungen weiter verpflichtet halte, die Genehmigung ertheilt, jedoch gleichzeitig bemerkt, dass nachdem nach dem Protokolle der commissionellen Verhandlung vom 28. Jänner vorigen Jahres der Bürgermeister von Simmering die Herabsetzung des Mietzinses von 1600 fl. auf 500 fl. in Aussicht genommen hat, hierüber aber ein Gemeinde-Ausschuss-Beschluss nicht vorliege, vor allen Dingen eine Sitzung des Gemeinde-Ausschusses einzuberufen wäre, in welcher die Frage neuerlich zur Verhandlung kommen soll. Die Sitzung hat am 28. April 1891 stattgefunden und hat damit geendigt, dass der Gemeinde-Ausschuss von Simmering beschlossen hat, der Erklärung seines Bürgermeisters vom 28. Jänner vollinhaltlich beizutreten.

Nachdem jedoch der Bürgermeister von Wien von dem Stande dieser Angelegenheit Kenntnis erlangt hat, hat er sich an den n.-ö. Landes-Ausschuss mit der Bitte gewendet, diesen Gemeinde-Ausschuss-Beschluss nicht zu genehmigen, und der Landes-Ausschuss hat darauf mit Decret vom 4. Mai 1891, welches zwei Tage vor der Beeidigung des Bürgermeisters erlassen wurde, diesem Gemeinde-Ausschuss-Beschlusse seine Genehmigung versagt.

Nach der Beeidigung des Herrn Bürgermeisters haben weitere Verhandlungen mit dem Ärar stattgefunden, und diese Verhandlungen sind nunmehr zum Abschlusse gekommen. Zunächst hat sich herausgestellt, dass das Bezirksgericht nicht gut im Gemeindehause Simmering zu installieren ist; es müssten daselbst derartige bauliche Veränderungen vorgenommen werden, welche es sogar als unmöglich erscheinen ließen, die daselbst installierte Feuerwehr weiter zu belassen. Es müsste für die Feuerwehr ein eigenes neues Locale gebaut werden, abgesehen davon, dass kaum die erforderlichen Räumlichkeiten übrig blieben, um den Bezirks-Ausschuss und Ortsschulrath Simmering im Gemeindehause unterzubringen.

Außerdem würden sich nach dem Kostenvoranschlage des Stadtbauamtes mit Rücksicht auf die von dem Ärar geforderten Arrestlocalitäten Adaptierungen ergeben, welche einen Kostenaufwand von 14.000 fl. erfordern würden. Abgesehen hievon würde der ziemlich große Hof des Gemeindehauses Simmering durch die Aufführung einer sehr hohen Mauer, welche für einen eigenen Gefängnishof den Abschluss bilden sollte, sehr verunstaltet werden.

Aus allen diesen Gründen hat man sich entschlossen, von der Errichtung eines Bezirksgerichtes im Gemeindehause Simmering selbst abzusehen und für dieses Bezirksgericht andere Localitäten ausfindig zu machen. Die Gemeinde Simmering besitzt in der Dorfgasse 64 ein Haus, welches bisher zu Mietzwecken verwendet wurde. Die Gemeinde Wien hat nun den einen Tract dieses Hauses bereits an die Polizeidirection zur Errichtung eines Polizei-Commissariates vermietet. Die eine Hälfte dieses Gebäudes ist also schon für zehn Jahre an den Staat für besondere Zwecke vermietet worden.

Es hat sich nun praktisch erwiesen, die andere Hälfte dieses Gebäudes dem Justizärar für die Zwecke eines Bezirksgerichtes zur Verfügung zu stellen.

Die Localitäten, welche ursprünglich für ein Bezirksamt in Aussicht genommen waren, welches Bezirksamt dann in praktischerer Weise im Gemeindehause untergebracht wurde, hat sich für die Zwecke eines Bezirksgerichtes als praktisch erwiesen. Nur müssen selbstverständlich für die Arrestlocalitäten eigene Räumlichkeiten geschaffen werden. Zu diesem Zwecke ist es nothwendig, einen kleinen ebenerdigen Bau, der sich im Hofe des Hauses befindet, niederzureißen und an Stelle desselben einen einstöckigen Tract aufzuführen, der mit dem Hauptgebäude in Verbindung gebracht werden soll. Diese baulichen Veränderungen würden nach dem Kostenvoranschlage des Stadtbauamtes den Betrag von 21- bis 22.000 fl. erfordern. Es handelt sich nunmehr darum, mit dem Justizärar den Mietvertrag abzuschließen. Das Justizärar hat sich allen Bedingungen, welche die Gemeinde bei den Verhandlungen gestellt hat, gefügt, hat von dem früheren Mietzinsbetrage von 500 fl., welcher ursprünglich von dem Justizärar gefordert wurde, nachdem ein giltiger Gemeinde-Ausschuss-Beschluss von Simmering nicht vorliegt, abgesehen, und hat sich einverstanden erklärt, mit der Beibehaltung eines Mietzinses von 1600 fl. für alle Localitäten des Bezirksgerichtes und für die Finanzcasse, welche daselbst errichtet werden soll, an Stelle des früher in Aussicht genommenen Steueramtes. Bezüglich der Dauer des Mietvertrages von zehn Jahren hat niemals eine Differenz obgewaltet. Ebenso ist keine Differenz entstanden über die Herstellung der Adaptierungen seitens der Gemeinde Wien, nur hat das Justizärar diesfalls einige Änderungen an dem Projecte des Stadtbauamtes in Anspruch genommen.

Endlich hat sich auch bezüglich der Beistellung der ersten Einrichtung eine Differenz nicht ergeben; nur hat das Justizärar den Wunsch ausgesprochen, dass diese Gegenstände ihm als Eigenthum überantwortet werden, wogegen ein berechtigter Einwand seitens der Gemeinde nicht gemacht werden kann. Auch wurde in Aussicht genommen, dass eventuell dem Justizärar überlassen wird, diese Gegenstände gegen einen Pauschalbetrag selbst anzuschaffen. Die der Beschlussfassung des Gemeinderathes unterliegenden Anträge liegen nun gedruckt vor, und ich werde sie gleich verlesen. Ich möchte nur noch auf Eines aufmerksam machen. In dem Hause, Dorfgasse Nr. 64, befinden sich außer jenen Localitäten, welche für die Zwecke des Bezirksgerichtes dermalen in Aussicht genommen und nothwendig sind, auch 2 kleine Wohnungen; diese müssten, wenn das Justizärar dieselben nicht übernehmen wollte, besonders vermietet werden und man hat deshalb dem Justizärar den Vorschlag gemacht, damit dasselbe den ganzen Tract des Hauses bekomme, den Mietzins von 1600 fl. auf 2000 fl. zu erhöhen. Diese 400 fl. werden eben auf jene zwei kleineren Wohnungen gerechnet, welche eventuell seitens des Justizärares für die Wohnung des Bezirksrichters benützt werden, eventuell zur seinerzeitigen Vergrößerung des Bezirksgerichtes praktisch verwendet werden können. Aus diesem Grunde finden die Herren in der gedruckten Vorlage statt des früheren von mir genannten Mietzinsbetrages von 1600 fl. den Betrag von 2000 fl. eingesetzt. Die Anträge, die nun verlesen werden, sind folgende (liest):

1. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die für das k. k. Bezirksgericht und die Finanzcassa in Sim-

mering erforderlichen Localitäten in dem Hause Dorfgasse Nr. 64, einschließlich der im 1. Stocke des betreffenden Haustractes gelegenen Wohnungsräume dem k. k. Ärar gegen einen Jahresmietzins von 2000 fl., inclusive Nebengebüren auf die Dauer von zehn aufeinanderfolgenden Jahren vom 1. Februar 1892 angefangen, somit bis 31. Jänner 1902 zu vermieten.

2. Das vorgelegte Project des Stadtbauamtes über die Adaptierung des gedachten Hauses behufs Unterbringung des k. k. Bezirksgerichtes Simmering und über den Umbau des Hoftractes behufs Unterbringung der Arreste, mit dem Kostenbetrage von circa 21.938 fl. 69 kr. wird genehmigt.

3. Die hiedurch und durch die Übernahme der Kosten für die Einrichtung erwachsenden Auslagen werden auf die mit 130.110 fl. dotierte Präliminar-Rubrik XII 4 g „Erhaltung und Reparatur der städt. Realitäten in den einbezogenen Vorortegemeinden" verwiesen.

Ich empfehle diese Anträge zur Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es hat sich zum Worte gemeldet Herr Gem.-Rath Ferdinand Mayer. Ich ertheile ihm das Wort.

Gem.-Rath Ferdinand Mayer: Ich finde den ganzen Antrag etwas sonderbar. Um es möglich zu machen, dass das Bezirksgericht in Simmering untergebracht werde, ist es nothwendig, die Adaptierungen in der Weise vorzunehmen, dass wir 21.000 fl. verwenden müssen, um einen Zinsbetrag von 2000 fl. zu erhalten. Das ist eine Zumuthung, von der ich glaube, dass wir sie nicht mir nichts, Dir nichts annehmen sollen. Wenn das Justizärar meint, dass wir diese Herstellungen tragen sollen, muss es sich unbedingt dazu bequemen, eine entsprechende Quote dafür zu bezahlen, respective einen Zins zu bezahlen, der den Verhältnissen entspricht. Wenn wir einen Bau ausführen, der jetzt mit 21.000 fl. präliminiert ist, so wissen wir, dass wir bei der factischen Durchführung über 30.000 fl. brauchen werden; das kann man ruhig sagen, dass eine derartige Überschreitung platzgreift. Dass der Zins, der beantragt wird, von 1600 auf 2000 fl. erhöht wird, wird allerdings zum Ausdrucke gebracht; ob aber diese 2000 fl. dem entsprechen, dass wir dort einen Tract niederreißen und einen vollständigen Neubau ausführen und denselben so adaptieren müssen, wie es das Justizärar für nothwendig findet, dazu können wir wohl nicht verhalten werden. Wenn wir dem Antrage zustimmen sollen, müsste er so formuliert sein, dass die Gemeinde eine Gewähr hat, denn nach dem vorliegenden Antrage soll nur auf 10 Jahre die Zusicherung gegeben werden, dass das Gebäude in Miete behalten wird, wir geben aber heute schon 21.000 fl. nach dem Antrage des Stadtbauamtes aus; bestimmt wird aber die Ausführung 30.000 fl. kosten. Wenn wir also dafür stimmen sollen, müsste uns doch wenigstens die Gewähr geboten sein, dass die 21.000 fl., welche die Ausführung kostet, wenigstens so gesichert sind, d. h. dass die Mietvertragsdauer so bemessen ist, dass wir mit unserem investierten Capital vollkommen gedeckt sind. Denn das ist nicht so einfach, meine Herren, es sind Arrestlocale zu bauen, alle Vorsichtsmaßregeln müssen getroffen werden, es wird ein Bau ausgeführt, den Sie nicht so geschwind zu Wohnungen werden vermieten können. Es muss der Fall in Aussicht genommen werden, dass das Justizärar sagt, wir mieten andere Räumlichkeiten und uns dort kündigt. Was machen wir dann damit? Also wenn wir schon zustimmen, hätten wir erwartet, dass der löbliche Stadtrath in der Weise Vorsicht walten lässt, dass das Mietverhältnis auf eine längere Reihe von Jahren, nicht auf 10 Jahre geschlossen wird. Für 10 Jahre wäre es gewagt, so riesige Auslagen zu machen. Es wird wohl noch so viel Zeit sein, dass das Referat zurückgeleitet werde und der Referent an das Justizministerium herantrete und sage: wenn wir die Arbeit machen, muss die Vertragsdauer in Bezug auf das Mietverhältnis nicht auf 10 Jahre, sondern auf so lange Zeit ausgesprochen sein, dass wir für unsere heutigen Auslagen gedeckt erscheinen und auch soweit gedeckt, dass der Betrag für den Fall, wenn die Baulichkeit zu anderen Zwecken verwendet wird, in Berechnung kommt.

Ich beantrage somit die Zurückweisung des vorliegenden Referates an den Stadtrath.

Gem.-Rath Koch. In dieser Angelegenheit muss ich die Herren auf etwas aufmerksam machen. Die bestandene Gemeinde Simmering hat bereits vor sechs Jahren das Ansuchen wegen Errichtung eines eigenen Bezirksgerichtes gestellt, denn wie kommt die große Gemeinde Simmering dazu, dass deren Insassen das ganze Jahr nach Schwechat hingehen müssen. Es ist erst seit neuerer Zeit die Verbindung durch die Aspangbahn geschaffen worden, früher hat man sich einen Wagen nehmen müssen und musste einen ganzen Tag verbringen. Wir sind bereits vor sechs Jahren an das Justizministerium herangetreten, dieses hat aber gesagt: es sind zu wenig Fälle, als dass man in Simmering ein eigenes Bezirksgericht errichten müsste. Wir sind einfach abgewiesen worden, darauf sind wir kurz vor der Einverleibung mit Wien noch einmal eingeschritten. Die alte Gemeinde hätte sich aber noch größere Kosten gemacht, wenn wir ein Bezirksgericht nach Simmering bekommen hätten. Sie werden einsehen, dass wir als ein Vorort von Wien in unseren Rechtsangelegenheiten nicht an einen Ort gehen können, der beinahe schon an's Ungarische grenzt. Trotz der Einbeziehung haben wir unseren Wunsch nicht erreicht. Es sind ganz regelrecht gefasste Gemeinderaths-Beschlüsse da, wo wir von 1600 fl. auf 500 fl. heruntergegangen sind und im letzten Augenblick hat sogar das Justizministerium gesagt: Wenn ihr uns Concessionen macht, werden wir das Bezirksgericht errichten, wenn ihr aber viel verlangt, kriegt ihr es nicht.

Wo sollen wir heute hingehen? Sollen wir nach Schwechat hinaus, wir, die wir mit unserem ganzen Vermögen in die Großcommune Wien einbezogen worden sind? Das Bezirksgericht Landstraße ist überfüllt und kann uns nicht aufnehmen, das Bezirksgericht des X. Bezirkes kann uns auch nicht brauchen. Sie werden doch nicht verlangen, dass wir, der XI. Bezirk, nach Schwechat zum Bezirksgerichte gehen. Das mussten wir früher thun, bevor wir zur Großcommune gekommen sind. Wir haben Beschlüsse in der Gemeinde gefasst und wir hätten auch 30.000 fl. ausgegeben, denn wir haben das Vermögen gehabt, um ein Bezirksgericht zu bekommen. Ich staune, dass die Großcommune Wien da noch herumhandeln will beim Eintreten des Referenten, der sich so viele Mühe gegeben hat, um den Zins von 500 auf 2000 fl. hinaufzubringen. Was sollen wir machen? Sollen wir nach Schwechat hinaus? Wir sind froh, dass wir ein Bezirksgericht bekommen; wenn wir zum Bezirksgerichte Landstraße hätten kommen können, hätten wir das mit Vergnügen begrüßt, aber das können Sie nicht verlangen, dass wir nach Schwechat müssen. Die Einnahme von 2000 fl. ist jedenfalls kein glänzendes Geschäft, aber

das Justizministerium wird froh sein, wenn es auch in zwanzig Jahren das Local noch hat und die Commune wird dann sagen: wenn ihr nicht 3000 fl. zahlt, müsst ihr hinausziehen. Denn dann haben Sie gar keinen Platz. Ich bitte Sie also, den Antrag des Referenten im Interesse der Gemeinde Simmering anzunehmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Dass Simmering ein Bezirksgericht verlangt, finde ich ganz begreiflich, unbegreiflich finde ich aber die Haltung des Finanz-Ärars gegenüber diesem Verlangen. Sie haben gehört, dass das Ärar anfangs nur einen Zins von 500 fl. zahlen wollte und da müssten Adaptierungen vorgenommen werden im Betrage von circa 25.000 fl. Mir ist das einigermaßen unverständlich; es heißt, es werden bloß Arreste gebaut. Nun möchte ich doch wissen, wie man diese Arreste herzustellen gedenkt, wie man da einen Bau mit 25.000 fl. ausführen will? (Gem.-Rath Bärtl ruft: Feuerfest!) Diesen Arrest möchte ich sehen, da muss jedenfalls ein Saal darinnen sein oder so etwas dergleichen.

Sehen Sie, meine Herren, so macht es das Finanz-Ärar. Es ist nothwendig, dass in Simmering ein Bezirksgericht sei. Nun stellt aber das Finanz-Ärar solche Ansprüche und wie wir gehört haben, hat sich der Herr Referent alle Mühe geben müssen, um wenigstens den Pacht bis 2000 fl. hinaufzubringen.

Es ist das außer Verhältnis zur ganzen Summe, welche ausgegeben werden muss. Dessenungeachtet, weil die Simmeringer ein Recht beanspruchen, welches wir ihnen gewähren müssen, bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Niemand wird uns vorwerfen, dass wir gegen die Errichtung eines Amtes in einem Bezirke sind, wo ein solches hingehört; denn wenn die Bevölkerung gezwungen wäre, aus Groß-Wien hinauszugehen, so wäre das widersinnig. Aber das Eine bekrittle ich und muss mich dagegen aussprechen, dass man für ein bereits bestandenes Haus gar nichts in den Zins bringt. Man muss das Haus adaptieren und die Adaptierungskosten machen — (es ist da auch etwas Spassiges, das ich später besprechen werde) — circa 22.000 fl. aus, dafür sollen wir 2000 fl. Zins bekommen.

Nun muss doch ein altes Haus dort gestanden sein, welches wohl auch Zins getragen haben wird, ohne Adaptierung. Wenn wir 2000 fl. vom Ärar bekommen und davon Steuern zahlen, was bleibt uns dann? Wir kommen auf keine 5% für das alte Haus. Ich möchte daher die Herren aus dem Stadtrathe bitten, die Güte zu haben, wenn eine solche Vorlage vom Stadtbauamte kommt, nicht gleich mit solchen Dingen zu kommen.

Es kommt mir das so vor, als wie so ein kleiner Spass; man spricht hier von einem Kostenbetrage von circa 21.938 fl. 69 kr. (Heiterkeit links.) Entweder, meine Herren, ist das circa 22.000 fl. oder genau 21.000 fl. und so und so viel. Das ist so eine Gefechtsart, die ich nicht verstehen kann.

Ich bin für die Vermietung, aber ich bitte die Herren, sich zu begnügen und den Antrag vielleicht zurückzuweisen, damit uns das Ärar mehr Zins bezahlt, denn, meine Herren, die Ämter sind ja deswegen da, um die Ordnung im Staate zu sichern und ich bilde mir ein, wenn wir am Nordpol in Franz Josefs-Land eine Colonie von Gründen hätten und ein paar Hundert Häuser dort zusammenbrächten, dass auch dort Ämter verlangt werden würden. Also müssen die Ämter zu uns kommen und nicht wir zu den Ämtern.

Nachdem es für den Staat nothwendig ist, dass Ordnung herrscht, hat der Staat die Pflicht, Ämter dort zu errichten, wo Einwohner sind und ich bitte Sie also, den Antrag zurückzuweisen und vom Staate einen besseren Zins zu verlangen.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Es ist mir schon im Laufe der Zeit, wo ich die Ehre habe, dem Gemeinderathe anzugehören, aufgefallen, dass gerade die Commune Wien immer die Localitäten so billig an den Staat abgibt.

Wenn die Staatsbehörde in einem Privathause Localitäten mietet, zahlt sie ziemlich viel; ich verweise auf das Postamt in Rudolfsheim, mir kommt es auffällig vor, dass nur 2000 fl. bezahlt werden sollen, wo die Adaptierungen 21.000 fl. kosten und würde auch bitten, dass der Antrag an den Stadtrath zurückgewiesen werde und die Pachtdauer von 10 auf 20 Jahre erhöht werde; ich bitte also den Antrag des Herrn Collegen Mayer anzunehmen.

Gem.-Rath Ferd. Mayer: Ich habe mich nicht gegen die Errichtung eines Bezirksgerichtes in Simmering ausgesprochen, selbstverständlich ist es lobenswert, dass die frühere Vertretung in dem Sinne gearbeitet hat. Der erste Redner nach mir muss mich total missverstanden haben; gegen das Referat spreche ich aus der Ursache, weil mir der Betrag des Mietzinses ein so minimaler erscheint, obwohl es erst durch fortwährendes Pressen gelungen ist, einen Mietzins von 2000 fl. zu erhalten.

Wenn wir, um einen Zins einheben zu können, einen Tract niederreißen, der auch was getragen hat und einen Neubau aufführen wollen, so kostet das gewiss 22.000 fl., in Wirklichkeit wird es aber vielleicht noch mehr kosten.

Wenn ich den Antrag stelle auf Rückweisung an den Stadtrath, so kann mir Niemand den Vorwurf machen, dass ich gegen die Errichtung des Bezirksgerichtes in Simmering bin. Ich bitte, thun Sie wenigstens das Eine, dass man sich dagegen verwahrt, dass man in der Weise vorgeht, dass das Justiz-Ärar und der Staat überhaupt meint, die Gemeinde müsse nur bezahlen, wenn sie es begehren; sagen wir, wir stellen es zur Verfügung und wenn wir keinen höheren Zins begehren, verlangen wir wenigstens die Garantie, dass das Gericht nicht vielleicht schon in 10 Jahren ausziehe und uns die Localitäten in der Weise überlasse, wie sie für die Arreste hergerichtet sind, vermieten wir sie auf 20 Jahre, damit wir das Anlage-Capital amortisiert bekommen, das ist ein Antrag, welchem Sie zustimmen können, ob die Sache acht Tage früher oder später hier zum Vortrage komme, kann ja nichts verschlagen. Ich bitte daher, meinem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Hawranek: So viel ich weiß, muss, wenn der Staat Localitäten in Privathäusern mietet und er die Localitäten anders braucht, als sie gegenwärtig sind, sie auf seine Kosten adaptieren; — wenn er aber mit der Commune ein Geschäft macht, so will er, dass die Commune dem Ärar das Alles vollständig herstellt. Ich kann das nicht begreifen; das Bezirksgericht im X. Bezirke hat seinerzeit, ich weiß das sehr gut, es war das Gemeindehaus darinnen, welches ausgezogen ist — die Adaptierung selbst besorgt. Ich stelle den Antrag, dass das Justiz-Ärar — ich bitte aufzupassen, Herr Referent —, die Hälfte der Adaptierungskosten zahlt und dann die Localitäten um einen Jahreszins von 2000 fl. vermietet werden.

Gem.-Rath Frauenberger: Es muss hier, meine Herren, jedenfalls einen Haken haben und möchte ich die Anfrage an den Herrn Referenten richten, wie so es kommt, dass wir zu einem derart billigen Zinse gekommen sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren, es ist offenbar ein Missverständnis. Lediglich der Umstand, dass der Beschluss der Gemeinde Simmering an einem Formfehler leidet, ist die Ursache, dass die Angelegenheit hieher kommt, sonst wäre die Sache mit 500 fl. längst beschlossen.

Gem.-Rath Silberer. Ich möchte nur befürworten, dass der Antrag wie er vorliegt angenommen werde. Ich kann die Befürchtung nicht theilen, dass das Ärar uns in 10 Jahren weitergeht und wir dann nicht wissen würden, was wir mit den Arrestlocalitäten machen. Es wurde eben sehr richtig von verschiedenen Rednern betont, dass wir als Gemeinderath dem Staate da etwas bieten, was kein Privater bieten würde. Denn es würde kein privater Hausherr Adaptierungen vornehmen, in dem Umfange und einen so billigen Mietzins verlangen; darin liegt die beste Garantie dafür, dass der Staat bleibt, solange das Mietverhältnis besteht. Ich bin auch nicht für die 20jährige Contractsdauer, weil schon in 10 Jahren die Mietzinse so gestiegen sein werden, dass man vom Staate 3000 fl. wird verlangen und auch bekommen. Ich bemerke übrigens, dass ich es traurig finde, dass der Staat in solcher Weise gegenüber der Gemeinde vorgeht.

Das muss constatiert werden, wenn es nicht der Staat wäre, würde ich den Ausdruck Erpressung wählen; eine Pression liegt unbedingt vor. Sie wissen, Zeit ist Geld. Die Simmeringer wollen ein Bezirksgericht in ihrem Gebiete haben, und wir sind verpflichtet, die Simmeringer in ihrem Verlangen zu unterstützen und darauf eben wird von Seite des Staates gesündigt. Er sagt: „wenn ihr das Bezirksgericht wollt, so zahlt!" Ich bedauere, dass von Seite des Staates so vorgegangen wird.

Die Rechte der Großcommune Wien werden in solchen Fällen in Zukunft gewahrt werden. Wie ein Vorredner bereits gesagt hat, hat sich der Gemeinde-Ausschuss Simmering bereit erklärt, ein Bezirksgericht einzurichten und dasselbe dem Ärar zu überlassen. Wenn nun 2000 fl. bezahlt werden, so ist das gewiss das Äußerste, was vom Staate erreicht werden kann.

Ich bitte nun mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse und mit Rücksicht darauf, dass der Zins, der hier geboten wird, das vom Ärar Erreichbare repräsentiert, die Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent Dr. Vogler: Zunächst möchte ich die Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger beantworten, die identisch ist mit einer anderen Äußerung, die heute hier von mehreren Seiten bemängelt worden ist, dass ein Mietzins bedungen wird, der zu gering ist, namentlich in Hinblick auf die Adaptierungskosten von 22.000 fl.

Ich erlaube mir zu bemerken, daß die Gemeinde Wien verpflichtet ist, in alle Verpflichtungen der bestandenen Vorortegemeinden einzutreten und dass hier eine rechtsverbindliche Verpflichtung der Gemeinde Simmering bereits vorliegt, die Localitäten, welche das Bezirksgericht benöthigt, dem Ärar um den Mietzins von 1600 fl. auf die Dauer von 10 Jahren zu überlassen und die erste Einrichtung herzustellen. Die Gemeinde Simmering hat bei dieser Erklärung in Aussicht genommen, die erforderlichen Adaptierungen im Gemeindehause auf ihre Kosten herzustellen. Die Gemeinde Simmering ist aber noch weiter gegangen und hat sich bereit erklärt, die fraglichen Localitäten um 500 fl. per Jahr dem Ärar auf 10 Jahre zu überlassen und dies nur, damit sie das Bezirksgericht hinbekommt. Nur dem Umstande, dass der Bürgermeister von Wien von dieser Erklärung Kenntnis bekommen hat, und beim Landes-Ausschusse dagegen Einsprache erhob, ist es zuzuschreiben, dass es möglich war, dies zu inhibieren und dass wir für die eigentlichen Bezirksgerichts-Localitäten 1600 fl. statt des Mietzinses von 500 fl., welcher bereits von der Gemeinde Simmering beschlossen worden war, erhalten. Dagegen ist doch nichts einzuwenden.

Wir müssen diese Verpflichtung der Gemeinde Simmering erfüllen; anderseits ist der Mietzins von 2000 fl., der nunmehr inclusive der Bezirksrichter-Wohnung bezahlt wird, kein so abnorm niederer. Der Bruttozins des ganzen Hauses betrug 3547 fl. und ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, dass von diesem Zinse, wie uns im Stadtrathe bekannt ist, nicht der gesammte Betrag einbringlich gewesen ist, weil in dem Hause Wohnparteien waren, welche nicht immer in der Lage gewesen sind, den Mietzins zu bezahlen, so dass der Stadtrath bereits zu wiederholten Malen — Collega Wurm hat das Referat darüber gehabt — Zinsabschreibungen bewilligen musste und zwar wegen Uneinbringlichkeit. Wir bekommen nun in dem Ärar einen solventen Mieter für die Dauer von 10 Jahren. Ferner ist zu bedenken, dass die Polizei 2100 fl. und das Justiz-Ärar 2000 fl. an Mietzins zu zahlen hat; wir bekommen zusammen also 4100 fl. anstatt der früher vereinnahmten 3547 fl. oder eigentlich nicht vereinnahmten, wenn man die Abschreibungen berücksichtigt. Wir bekommen rund noch um 600 fl. mehr. Dagegen müssen wir allerdings 21.000 fl. aufwenden für Adaptierungen. Ja, meine Herren, dafür bekommt aber Simmering ein Bezirksgericht und ein gewisses Opfer muss uns das auch wert sein, ganz abgesehen von der Verpflichtung, die wir übernehmen müssen. Es wird Niemand leugnen, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist, dass die Gemeinde Simmering ein Bezirksgericht bekommt, und diesem Wunsche muss die Gemeinde Wien gerecht werden. Das Justiz-Ärar sagt einfach: Ich habe nicht nothwendig, dort ein Bezirksgericht zu errichten, Schwechat thut's auch, die Nummernzahl, die auf Simmering entfällt, ist eine so geringe, dass es sich nicht auszahlt, dort ein Bezirksgericht zu errichten, wenn wir mehr zahlen müssten als 1600 fl. In Folge dessen ist der Standpunkt des Ärars ein richtiger, wenn es sagt: Die Gemeinde soll auch etwas thun. Damit man der Bevölkerung entgegenkommt, damit man der Bequemlichkeit der Bevölkerung Rechnung trägt, muss auch von Seite der Gemeinde ein Opfer gebracht werden, und dieses Opfer ist, wie ich nachgewiesen habe, kein so enormes, kein so bedeutendes.

Es ist wiederholt von meiner Person gesprochen worden, dass ich mir besondere Mühe gegeben habe, den Mietzins auf 2000 fl. zu erhöhen. Ich möchte bemerken, dass dieses Verdienst weniger mir, als dem Herrn Bürgermeister zukommt. Ich erlaube mir aber allerdings zu bemerken, daß ich mich bei den Verhandlungen, welche ich mit dem Präsidium des Oberlandesgerichtes gepflogen habe, überzeugt habe, dass andere Bedingungen, als die jetzt vorliegenden, nicht zu erreichen sind.

Es ist dann noch von Seite des Herrn Gem.-Rathes Jedlička bemängelt worden, dass es hier heißt „circa". Ich bemerke, dass es in dem geschriebenen Referate „per" und nicht „circa" heißt. Allerdings ist dieser Kostenbetrag noch nicht adjustiert und deshalb dürfte das Wort „circa" hineingenommen worden sein. Es hat dies auch seine Begründung, weil das Ärar nachträglich, nachdem der Kostenvoranschlag aufgestellt worden ist, einige Änderungen verlangt hat, welche möglicherweise mehr,

möglicherweise weniger kosten. Wenn von Seite eines der Herren Vorredner bemerkt worden ist, daß sich die Sache höher, vielleicht auf 30.000 fl. stellen wird, so möchte ich mir die Bemerkung erlauben, dass ich nicht glaube, dass das geschehen wird. Denn der Kostenvoranschlag ist nach unseren Einheitspreisen aufgestellt worden; von diesen Preisen finden aber, wie die Herren wissen, bei den Offertausschreibungen Preisnachlässe statt. Infolge dessen werden wir, wie ich glaube, nicht mehr, sondern weniger auszugeben haben. Aus allen diesen Gründen empfehle ich die Ablehnung aller Vertagungs-Anträge, welche nichts nützen und empfehle die Annahme der von mir im Namen des Stadtrathes gestellten Anträge. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Tischler (zur thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Referent hat in seinen Ausführungen ganz deutlich erklärt, dass der Beschluss der Gemeinde Simmering von dem Landesausschusse sistiert wurde. (Referent Dr. Vogler: Der Beschluss von 500 fl.!) Dann steht es uns überhaupt frei, wenn jener Beschluss sistiert wurde, andere Bedingnisse aufzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es ist vom Herrn Gem.-Rathe Ferd. Mayer der Antrag gestellt worden, der Act sei an den Stadtrath zurückzuleiten.

Zu diesem Antrage wurde vom Herrn Gem.-Rathe Steiner der Zusatz-Antrag gestellt, dass die Pachtdauer von zehn auf zwanzig Jahre zu verlängern sei.

Diese beiden Anträge darf ich wohl unter Einem zur Abstimmung bringen (Zustimmung), und bitte daher jene Herren, welche dem Vertagungs-Antrage mit dem Beisatze des Herrn Gem.-Rathes Steiner zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, daher sind beide Anträge abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Antrage des Referenten. (Gem.-Rath Hawranek ruft: Mein Antrag!) Ich bitte, das kommt schon.

Bei Punkt 2 hat Herr Gem.-Rath Hawranek beantragt, es sei seitens des Justiz-Ärars die Hälfte der Adaptierungskosten zu übernehmen. Das ist ein Gegen-Antrag zu dem Antrage des Herrn Referenten. Ich bringe Punkt 1 der Referenten-Anträge zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bei Punkt 2 bringe ich zuerst zur Abstimmung den Gegen-Antrag des Gem.-Rathes Hawranek, das Justiz-Ärar habe die Hälfte der Adaptierungskosten zu tragen. Bitte die Herren, welche diesem Gegen-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Das ist die Minorität. Der Antrag ist abgelehnt.

Es kommt nun zur Abstimmung Punkt 2 des Referenten-Antrages. Bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es gelangt nun zur Abstimmung Antrag 3 des Referenten. Bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag 3 ist angenommen und hiemit dieser Gegenstand erledigt.

Es wurde daher beschlossen:

1. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die für das k. k. Bezirksgericht und die Finanzcassa in Simmering erforderlichen Localitäten in dem Hause Dorfgasse Nr. 64, einschließlich der im 1. Stocke des betreffenden Haustractes gelegenen Wohnungsräume dem k. k. Ärar gegen einen Jahresmietzins von 2000 fl., inclusive Nebengebüren auf die Dauer von zehn aufeinanderfolgenden Jahren vom 1. Februar 1892 angefangen, somit bis 31. Jänner 1902 zu vermieten.

2. Das vorgelegte Project des Stadtbauamtes über die Adaptierung des gedachten Hauses behufs Unterbringung des k. k. Bezirksgerichtes Simmering und über den Umbau des Hoftractes behufs Unterbringung der Arreste, mit dem Kostenbetrage von circa 21.938 fl. 69 kr. wird genehmigt.

3. Die hiedurch und durch die Übernahme der Kosten für die Einrichtung erwachsenden Auslagen werden auf die mit 130.110 fl. dotierte Präliminar-Rubrik XII 4 g „Erhaltung und Reparatur der städt. Realitäten in den einbezogenen Vorortegemeinden" verwiesen.

15. Gem.-Rath Dr. Vogler: Der in Wien bestehende Verein „Wiener pädagogische Gesellschaft" ist an den Gemeinderath herangetreten wegen Bewilligung einer Subvention zur Herausgabe des XIV. pädagogischen Jahrbuches.

Seit einer Reihe von Jahren hat der Gemeinderath dieser Gesellschaft eine Subvention von 200 fl. zur Herausgabe des Jahrbuches, welches sehr gediegen gehalten ist und sehr zweckmäßige Aufsätze enthält, bewilligt. Es wird nunmehr von Seiten des Stadtrathes im Einklange mit dem Magistrat beantragt, der „Wiener pädagogischen Gesellschaft" zur Herausgabe des XIV. Jahrbuches eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist keine Einwendung. Dieser Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Der „Wiener pädagogischen Gesellschaft" zur Herausgabe des XIV. Jahrbuches eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

Ich bitte nun Herrn Gem.-Rath Vaugoin zu referieren.

16. Gem.-Rath Vaugoin: Der Humanitätsverein „Mercur" in Hernals bittet um eine Subvention. Er begründet sein Ansuchen damit, dass er nach dem Statute arme Schulkinder mit warmen Winterkleidern und Schuhen jedes Jahr zu betheilen hat. Im verflossenen Jahre — (Rufe: Lauter!) Bitte, ich spreche nicht still, die Unruhe ist sehr groß. Im verflossenen Jahre sind verausgabt worden für 200 Paar Schuhe 540 fl., für 200 Paar Strümpfe und Socken 55 fl., für andere Gegenstände 12 fl. 38 kr., in Summa 607 fl. 38 kr.

Der Verein hat eine größere Anzahl von Mitgliedern und die Jahresbeiträge der Mitglieder betragen 205 fl., er erhält außerdem Spenden Sr. Majestät und der Gemeinden. Dieser Verein hat bis jetzt von Seite der Gemeinde Wien keine Unterstützung erhalten; er bittet darum, mit Rücksicht auf den humanitären Zweck, und es wird vom Stadtrathe beantragt, ihm eine Subvention in der Höhe von 50 fl. zu geben. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Grünbeck hat das Wort.

Gem.-Rath Grünbeck: Der in Rede stehende Verein ist einer der ältesten Vereine und hat schon das zwanzigste Jahr seines Bestandes hinter sich. Ich möchte die Herren Collegen ersuchen, den Betrag unbedingt zu erhöhen, denn 50 fl. sind viel zu wenig. Der Verein leistet Vorzügliches in unserem Bezirke und ich möchte daher den Antrag stellen, die Subvention auf 100 fl. zu erhöhen. Ich ersuche um Ihre gütige Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wünscht der Herr Referent zu sprechen?

Referent Gem.-Rath Vaugoin: Ich habe namens des Stadtrathes 50 fl. zu beantragen und bin nicht in der Lage, davon abzugehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegenüber dem Antrage des Referenten ist vom Gem.-Rathe Grünbeck der Antrag gestellt worden, eine Subvention von 100 fl. zu ertheilen. Ich werde diesen Betrag als den höheren zuerst zur Abstimmung bringen und bitte die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Humanitätsvereine „Mercur" in Hernals eine Subvention von 100 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

17. Gem.-Rath Vaugoin: Der Verein gegen Verarmung und Bettelei bittet um eine Subvention. Dieser Verein besteht seit einer langen Reihe von Jahren und ich glaube, er ist allen Mitgliedern der geehrten Versammlung hinreichend bekannt. Aus seinen Ausweisen geht hervor, dass er im abgelaufenen Jahre an Unterstützungen, u. zw. an unverzinslichen Darlehen 17.964 fl. an die Armen gegeben hat, dass er ferner unrückzahlbare Unterstützungen in der Höhe von 5881 fl. bewilligt und an Widmungen für große Nothlagen 1363 fl., außerdem noch an Unterstützungen anderer Art 414 fl. gewährt hat. Dieser Verein hat schon wiederholt von Seite der Gemeinde eine Subvention in der Höhe von 300 fl. erhalten, die Gemeinnützigkeit dieses Vereines ist Allen bekannt, und es werden außer den Beiträgen, die ich hier genannt habe, den Gewerbetreibenden, welche Nähmaschinen und andere Utensilien benöthigen, durch Gutstehung des Vereines dieselben von Fabrikanten auf Raten gegeben. Ich bitte auch im vorliegenden Falle um Zustimmung, indem ich den Antrag stelle, diesem Vereine 300 fl. zu gewähren. (Rufe: Einverstanden!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Vereine gegen Verarmung und Bettelei eine Subvention von 300 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

18. Gem.-Rath Vaugoin: Der Hilfsverein der Diurnisten der Gemeinde Wien bittet um Gewährung einer Subvention. Dieser Verein zählt 63 Mitglieder, er hat bisher eine Subvention van jährlich 300 fl. erhalten; an unverzinslichen Darlehen an die Mitglieder hat er 1355 fl. gegeben, an nicht rückzahlbaren Unterstützungen 250 fl. Das sind lediglich städtische Diurnisten. Nachdem nun dieser Verein in sehr gemeinnütziger Weise, wenigstens im Interesse der eigenen Collegen in vielen Fällen große Nothlage zu lindern im Stande ist, beantragt der Stadtrath, diesem Vereine wieder eine Subvention von 300 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Arnhart: Es ist hier im Gemeinderathe schon sehr oft in wärmster Weise der Diurnisten gedacht worden. Ich glaube, dass ich im Interesse Aller spreche, wenn ich beantrage, diesem Vereine 500 fl. zu geben. Nach den Ausführungen, die von Ihrer Seite bezüglich der Diurnisten gemacht worden sind, glaube ich, dass dieser Antrag sicher angenommen werden wird, und begründe ihn nicht weiter.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich müsste dieselben Worte sprechen. Wir haben jetzt Großwien, und es sind daher noch mehr Diurnisten da, — auch heute steht ein Antrag auf Anstellung von solchen auf der Tagesordnung — und die Diurnisten sind gewiß nicht in glänzenden Verhältnissen.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Meine Herren! Der Stadtrath läßt in allen diesen Fällen gewiss das weitestgehende Wohlwollen walten, indem er dem Gemeinderathe entsprechende Anträge stellt. Er hat aber auch geglaubt, dass er diesen Standpunkt einnimmt, wenn er für diesen Verein, der 63 Mitglieder hat, eine Subvention von 300 fl. beantragt. Ich glaube nun, es ist nicht richtig, in einer, ich möchte fast sagen: übel verstandenen Duselei Anträge zu stellen, die denn doch zu weit gehen. Wenn Sie diesem Vereine noch mehr bewilligen als 300 fl., so kann ich Ihnen eine Anzahl von Vereinen nennen, denen Sie Tausende geben müssten, weil sie größere Bedürfnisse haben. Ich glaube, den Bedürfnissen dieses Vereines können wir vollkommen genügen, wenn Sie den Betrag bewilligen, den der Stadtrath vorschlägt, und ich möchte bitten, dies zu thun.

Gem.-Rath Frauenberger: Es ist mir bei diesem Vereine die Mitgliederanzahl aufgefallen: 63 Mitglieder. Ich stelle mir da vor, dass die Bedürftigkeit des Vereines mit Rücksicht auf die geringe Anzahl der Mitglieder nicht in jenem Maße vorhanden ist, wie vielleicht bei manchem anderen Vereine, der vielleicht Tausende von Mitgliedern zählt. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, es klingt sehr schön, wenn man hier in der Vollversammlung sagt: für diesen Verein oder diesen Zweck sind 200 oder 300 fl. zu wenig, bewilligen wir mehr; meine Herren, vergessen Sie nicht, dass sich diese Summen summieren, und dass das dann im Budget zum Ausdrucke kommt, dass Sie es im Budget wieder finden werden.

Es werden hier Anträge gestellt, denen man beinahe nicht entgegentreten kann, weil es sonst heißt: Ja, von dieser Seite wird Alles bekämpft; jetzt haben wir einen Antrag gestellt, den armen Diurnisten ein paar 100 fl. mehr zuzuwenden, und richtig sind sie wieder dagegen. Aber man muß die Ursache wissen; es geht nicht, dass man bei jeder Gelegenheit mit solchen Anträgen kommt. Der Stadtrath ist die Körperschaft, welche die Verhältnisse eingehend studiert, und wir müssen uns diesbezüglich an den Stadtrath halten.

Ich möchte Sie daher bitten, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen und nicht bei jeder Gelegenheit zu sagen, diese Summe erhöhen wir. Vergessen Sie, meine Herren, nicht, dass wir das Geld der Steuerträger verwalten und auch das Interesse unserer Wähler hier zu vertreten haben. (Bravo!) Es geht nicht an, in der Weise mit dem Gelde herumzuwerfen.

Gem.-Rath Bärtl: Von einem Sprecher wurde das Wort Duselei gebraucht. Wie dies hineinpasst, begreife ich nicht und ich verwahre mich gegen einen solchen Ausdruck. Nicht nur der

Stadtrath weiß, was die Diurnisten zu leisten haben und was sie für eine Besoldung bekommen, uns ist dies auch nicht fremd. Ich habe 24 Jahre in der Finanz-Section mitgearbeitet — und jeder College wird es bestätigen — wie schwer es oft gegangen ist, einem solchen Diurnisten nur wieder auf die Füße zu helfen. Er ist in schlechter Lage.

Meine Herren! Seit einer Reihe von Jahren werden die Lebensmittel theurer. Sie sagen freilich, es sind nur 63 in diesen Büchern, ja vielleicht noch weniger. Aber in neuerer Zeit hat der Gemeinderath 20 und mehr Diurnisten angestellt. Die kommen wieder dazu und die werden da noch nicht dabei sein. Sie sind meistens verheiratet und haben Familie. Was thun sie denn heute mit 1 fl. 20 kr. oder 1 fl. 30 kr. die sie haben? Um 200 fl. handelt es sich. Bei 300 fl. würde der Gemeinderath aber weiter gehen. Werden uns die 200 fl. unglücklich machen? sie kommen ja den Aermsten unserer Beamten zugute! Es wären selbst 500 fl. gerechtfertigt, was kommt denn da auf Einen? Ich wünschte, dass wir einem Jeden 500 fl. geben könnten und ich würde es mit Vergnügen thun, weil das die ärmsten der Beamten sind; sie haben keine Aussicht weiterzukommen. Die Lebensmittel werden alle Tage theurer, Sie wissen es ja, und die Diurnisten müssen bei ihrem Gehalte stehen bleiben.

Ich bitte Sie, wenn jemals Gerechtigkeit vom Gemeinderathe geübt werden soll, so wäre es in diesem Falle am Platze (Beifall links) und ich empfehle Ihnen daher den Antrag auf das Wärmste. (Beifall links.)

Gem.-Rath Grünbeck: Mir war es durchaus nicht darum zu thun, Ihnen Phrasen vorzubringen. Ich habe mich ganz kurz gefasst und glaube wohl, dass uns als Gemeinderäthen das Recht zusteht, Anträge zu stellen.

Die Majorität kann sie abweisen oder ihnen zustimmen, aber so weit darf es nicht kommen, dass das, was der Stadtrath X beantragt, gewissermaßen als Heiligthum gelten soll. Meine Herren! Dann sind wir unnöthig und können ruhig bei unserem Geschäfte bleiben, wir versäumen dann wenigstens nicht unser Geschäft.

Nun, meine Herren, wenn da nur 63 Mitglieder sind — ich wusste das anfangs nicht — so zeigt das eben, dass die Diurnisten selbst die paar Kreuzer nicht haben, um in den Verein einzutreten, an dem krankt eigentlich die ganze Geschichte. (Richtig! links.) Leider ist es vielen nicht möglich einzutreten, weil sie selbst diese Paar Sechserln Auflage nicht haben, und wenn die Diurnisten sehen werden, dass sie vom Gemeinderathe in honetter Weise unterstützt werden, so werden auch die anderen beitreten.

Es sind gewiss viele Hilfsbedürfte unter den Diurnisten, die werden dann unterstützt. Wem kommt das zugute? Jenen, die eigentlich die Arbeit leisten, und die jeden Tag vor die Thüre gesetzt werden können. Ja, meine Herren, ist das nicht recht und billig, und ist da gar so viel Duselei dabei, wenn man für solche Leute eintritt.

Wenn man auf der einen Seite Tausende hinausgeben kann, kann man für unsere Diurnisten, die wir angestellt haben, ganz ruhig um 200 fl. mehr geben, und das sage ich Ihnen ruhig, ich traue mir dies im 1., 2. und 3. Wahlkörper und in jeder Versammlung zu vertheidigen, trotzdem ich nur ein vom 3. Wahlkörper Gewählter bin. Sie können ganz ruhig nach Hause gehen und sagen: Wir haben den Diurnisten um 200 fl. mehr gegeben, ich kann Sie versichern, dass wegen einer solchen Lappalie die Gemeinde nicht in Concurs kommt. (Beifall links.)

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Ich begreife nicht, wie über eine solche Kleinigkeit eine so große Debatte geführt wird.

Herr Gem.-Rath Frauenberger sagt, dass uns das im Budget genieren werde. Wenn dieser Punkt uns genieren sollte, so wäre das das Wenigste, da sind andere Punkte, welche wir zu bekritteln haben. Ich würde sie nicht begreifen, wenn man Jemandem 2000 fl. geben würde, der es nicht braucht. Diese 63 sind aber lauter arme Teufel. (Bravorufe.)

So steht die Geschichte und wenn der Stadtrath nur immer durchbringen will, was er will, so sind wir hier Alle nur Null. Seien Sie einmal weichherzig gegenüber dem kleinen Mann; Sie haben den Bierzuschlag erhöht. Das wird ein schreckliches Mirakel sein, wenn Sie denselben, diesen Leuten ein paar Kreuzer mehr geben. Das sind Hungerleider und ich bedauere, dass auch die bei der Gemeinde Angestellten so erbärmlich gezahlt werden. Es muss das endlich ausgesprochen werden. Freilich bekommt man solche arme, hungrige Menschen jederzeit genügend. Seien Sie weichherzig und nicht hart. Dieser Punkt, der im Budget vorkommt, wird wirklich von uns nicht empfunden werden, wohl aber sind andere Posten, die hart drücken.

Gem.-Rath Silberer: Auf Gefahr, in Widerspruch mit einem Herrn Redner zu kommen, muß ich sagen, dass ich auch für 500 fl. stimmen werde (Beifall links), nicht des Beifalles der Gegenseite und Popularitätshascherei halber, sondern deshalb, weil ich die Empfindung habe, dass bei dem Budget, wie es die Gemeinde Wien gegenwärtig hat, diese paar hundert Gulden gar keine Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, die Ärmsten der Armen unserer Angestellten mit ein paar Gulden zu unterstützen.

Diese Personen, um welche es sich handelt, sind pensionsunfähig, können jederzeit entlassen werden, im Falle der Erkrankung geht ihr Gehalt nicht fort wie beim Beamten; diese Leute sind wirklich arme Teufel, unterstützungsbedürftig! Wenn von irgend Jemanden der Antrag gestellt worden wäre, den Leuten zu Neujahr eine Gratification von 500 fl. zukommen zu lassen, so wäre gewiss nichts gesagt worden; jetzt beantragt der Stadtrath 300 fl. und ein Mitglied der Versammlung will 200 fl. Aufbesserung und das wird bekämpft. Diese 200 fl. werden das Budget der Commune Wien gewiss nicht tangiren, aber dem Gemeinderathe Dankbarkeit einbringen, die mehr wert ist, als diese paar Gulden. Ich stimme für 500 fl., weil ich mir ausrechne, dass bei 300 fl., vertheilt auf 63 Mitglieder, auf ein Mitglied nur 5 fl. entfallen. Ich will Ihre Zeit nicht weiter in Anspruch nehmen und bitte Sie, für 500 fl. zu stimmen.

Gem.-Rath Kaspar: Ich muss diesen Antrag mit Freuden begrüßen und meinem Erstaunen Ausdruck geben. Wie man in diesem Falle wegen eines so minimalen Betrages von 200 fl. noch soviel Worte verlieren kann. Wer kennt denn das Elend dieser armen, hungernden Diurnisten nicht! — Zwei Anträge liegen vor dahin lautend, es möge ihre Lage verbessert werden; nun, das gehört allerdings nicht zur Sache, es handelt sich lediglich um Subvention des Vereines, der aus 63 Mitgliedern besteht; diese Zahl wird den geehrten Herren sehr gering vorkommen. Wissen Sie, warum? Es wurde schon betont, dass die armen Teufel nicht diese paar Kreuzer haben, welche sie als Vereinsmitglied jeden Monat zahlen müssen.

Ich bitte, dieser Betrag ist so minimal, verschwenden wir nicht unsere kostbare Zeit und bewilligen wir mit Freuden diese 200 fl. dem armen Vereine.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort. (Lebhafte Schlußrufe.)

Ich bitte, meine Herren, wenn Jemand das Wort zur Geschäftsordnung will, so möge er sich melden. Gem.-Rath Frauenberger hat jetzt das Wort.

Gem.-Rath Frauenberger: Es ist ganz neu, ja die neueste Aufführung, dass man hier einfach Schluss ruft. Ich glaube, dass die Herren wissen sollen, dass man sich zum Worte meldet, wenn man einen Antrag zu stellen hat. Diese Sache hat richtig die Wendung genommen, dass, wenn man in einer guten Sache hier spricht, es schließlich so aussieht, als ob man der unbarmherzigste Mensch wäre; da muss ich doch bemerken, dass mir das nicht einleuchtet, was die Herren sagen. Es handelt sich nicht um die Diurnisten im allgemeinen. Wenn es sich darum handeln würde, die Gehalte der Diurnisten im Hause zu verbessern, dann werde ich gewiss dafür sein und wenn es möglich wäre, die Gehalte der Diurnisten im allgemeinen in Wien zu verbessern, so würde ich das Meinige dazu thun. Damit Sie aber meine Worte nicht verdrehen, so sage ich Ihnen: es handelt sich hier um einen Privat-Verein, welcher 63 Mitglieder zählt, ja vielleicht noch weniger. Nun dürfen Sie diesen Verein nicht vergleichen mit den Diurnisten im allgemeinen. Aber ich sage nochmals: wenn wir soviel Geld haben, so haben wir jetzt Gelegenheit, es auszugeben. Gehen Sie hinein in die Wärmestuben, dort finden Sie tausend und aber tausend brodlose Menschen.

Wir unterstützen wohl den Verein, aber die Unterstützung reicht nicht hin; wenn man aber sagt, dass die Diurnisten dieses Vereines die allerärmsten sind, dann sage ich: Nein! Es gibt noch viel Ärmere. Noch etwas: Was geben wir der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft, die so unendlich Viel in Wien leistet. Waren Sie (gegen die Linke gewendet) nicht dagegen, haben Sie nicht einen Antrag gebracht, der so schändlich ausgesehen hat, dass die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft sich veranlasst gesehen hat, den Betrag nicht anzunehmen.

Ich bitte Sie, nicht Alles umzudrehen und insbesondere, dass nicht in solcher Weise den Mitgliedern dieser Partei hier entgegengetreten werde, und dass man nicht Demjenigen, der sich in anständiger Weise zum Worte meldet, entgegenschreit.

Ich bitte, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gem.-Rath Dr. Vogler hat Schluss der Debatte beantragt. Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. Angenommen.

Referent (zum Schlusswort): Sie können sich überzeugt halten, dass der Stadtrath sich eingehend mit der Sache beschäftigt hat. Mir ist es, als ich vor die Versammlung getreten bin, nicht eingefallen, dass der geehrte Gemeinderath blindlings dem Antrage des Stadtrathes zustimmen müsse. Ich habe bei einem früher gestellten Antrag auf Erhöhung der Subvention von 50 fl. auf 100 fl. mich einverstanden erklärt, im vorliegenden Falle habe ich die Pflicht, den Antrag des Stadtrathes zu vertreten. Aber Eines möchte ich Ihnen sagen: Wer sich mit dieser Frage viel zu beschäftigen hat, der ist im Stande Ihnen zu sagen, dass die Subventionen und Aushilfen, von denen die Herren hier gar keine Kenntnis erhalten, weil solche Fälle nur hergelangen, wo die Bedeckung nicht vorhanden ist, eine Ziffer von mehr als 80.000 fl. erreicht. (Rufe: Hört!) Nun, wir haben Gelegenheit genug, die mildthätige Hand dort zu öffnen, wo die Noth dringend es verlangt.

Ich habe nichts dagegen, wenn Sie heute in der Stimmung sind, über den Antrag des Stadtrathes hinauszugehen.

Ich habe die Pflicht, für den Antrag des Stadtrathes einzutreten. Ich glaube, was der Stadtrath mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die in diesem Vereine bestehen — die Mitgliederzahl betrug Ende December 1889: 55; neu eingetreten sind 16 Mitglieder, ausgetreten 9; es verblieben demnach mit 31. December 1890 ein Mitgliederstand von 62 — ich bei dem Antrage des Stadtrathes bleiben muss und ich bitte Sie, dem Vereine eine Subvention von 300 fl. zu geben.

Gem.-Rath Grünbeck (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich erlaube mir thatsächlich zu berichtigen, dass, wie die Vorlage bez. der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft gekommen ist, von Seite unserer Partei, ohne ein Wort zu sprechen, derselben zugestimmt wurde. Ich bitte Herrn Frauenberger, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Wessely (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich möchte mir erlauben, auf eine Äußerung des Gem.-Rathes Frauenberger Folgendes richtig zu stellen. Er war wahrscheinlich Willens, der Oppositon wieder ein „Klampferl" anzuhängen, dass die Opposition Schuld daran war, dass die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft seinerzeit die 3000 fl., die ihr der Gemeinderath bewilligt hat, nicht angenommen hat. Dieser Antrag ist nicht von der Opposition gestellt worden, sondern es ist schon in der Finanzsection bei der Berathung des Gegenstandes darauf hingewiesen worden, dass die Rettungs-Gesellschaft nicht 5000, sondern 3000 fl. verlangt hat, und infolge dessen hat der Gemeinderath beschlossen, dass 3000 fl. bewilligt werden, welche aber die Rettungs-Gesellschaft nicht angenommen hat. Das ist das Richtige. (Rufe links: Die Vorlage war gar nicht im Gemeinderathe!)

Gem.-Rath Steklik (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe Herrn Frauenberger gegenüber zu berichtigen, daß ich, als es sich um die Erhöhung der Diurnistengehalte handelte, dafür gesprochen habe. Ich glaube daher, dass wenn Herr Frauenberger sich die Worte merken würde, er es nicht nothwendig hätte, uns wieder Vorwürfe entgegenzuschleudern. Übrigens weiß ich ganz genau, dass Herr Frauenberger in jeder Sitzung spricht und dass die „Annonce", die er hat, eine recht billige ist. (Rufe: Oho! rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir, zu bemerken, dass das keine Berichtigung war.

Gem.-Rath Frauenberger: Auf die letzte Bemerkung des unmittelbaren Herrn Vorredners gehe ich nicht ein. Herrn Gem.-Rath Grünbeck berichtige ich, dass er, als die Angelegenheit zur Sprache gekommen ist, nicht die Ehre gehabt hat, dem Gemeinderathe anzugehören. Herrn Gem.-Rath Wessely gegenüber berichtige ich, dass damals in der Sitzung der Finanzsection von einem verstorbenen Collegen die Behauptung aufgestellt wurde, dass er, wenn er sich den Fuß auf der Straße brechen, und die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft kommen würde, sich gar nicht wegtransportieren ließe. So hat die Opposition gesprochen; daraufhin hat die Rettungs-Gesellschaft den Betrag nicht angenommen. (Lärm links.)

Gem.-Rath Wessely (zur persönlichen Bemerkung): Wenn Herr Frauenberger die ganze Opposition für die Äußerung eines Mitgliedes derselben verantwortlich macht, so wäre das gerade so, wie wenn ich mir anmaßen wollte, für seine Äußerungen die ganze Majorität verantwortlich zu machen. (Widerspruch rechts. Ruf links: Die möchte sich schön bedanken!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen den Antrag des Referenten, 300 fl. zu bewilligen, ist von Herrn Gem.-Rath Arnhart beantragt worden, eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen. Ich bitte jene Herren, welche dem höheren Betrag zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität, angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Hilfsvereine der Diurnisten der Gemeinde Wien eine Subvention von 500 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

19. Gem.-Rath Vaugoin: Der Verein zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke „Erdberg" ist ebenfalls um eine Subvention eingeschritten. Ich bemerke, dass dieser Verein zum erstenmale um diese Subvention eingeschritten ist. Wie aus dem Berichte hervorgeht, hat derselbe im abgelaufenen Jahre den Betrag von 1602 fl. 10 kr. zur Anschaffung von Kleidern, Schuhen und anderen Gegenständen für arme Kinder verwendet. Es wird nun von Seite des Magistrates beantragt, dem Vereine den allerdings nur geringfügigen Betrag von 30 fl. als Subvention zu gewähren.

Gem.-Rath Silberer: Auf die Gefahr hin, der Verschwendung geziehen zu werden, nachdem ich gerade für die Erhöhung einer Subvention gestimmt habe, erlaube ich mir zu bemerken, dass es der Commune Wien entsprechender und würdiger wäre, 100 fl. zu bewilligen. Man hat früher eine Anzahl von Mitgliedern namhaft gemacht und damit motivieren wollen, dass die Subvention eine kleinere sein soll.

Die Zahl Derjenigen, die auf diese paar Gulden reflectieren, ist eine sehr große, denn in dem III. Bezirke werden viele bedürftige Kinder sein; ich befürworte also, 100 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Rauscher: Ich könnte auf das Wort verzichten; da ich auch eine Erhöhung beantragen wollte; der Betrag, den der Stadtrath beantragt, ist — Sie gestatten mir ein freies Wort — lächerlich klein. Wie viele arme Schulkinder sollen damit bekleidet werden? Auf die Gefahr hin, das Odium des Gem.-Rathes Frauenberger auf mich zu laden, werde ich dem Antrage des Collegen Silberer zustimmen.

Gem.-Rath Steiner: Selbst auf die Gefahr hin, von Herrn Gem.-Rath Frauenberger der Humanitätsduselei geziehen zu werden, muß ich doch den Antrag des Gem.-Rathes Silberer wärmstens unterstützen, schon darum, weil dem Verein im III. Bezirke 30 fl. gewährt werden sollen, wogegen dem Ortsschulrathe in Kaiser-Ebersorf 100 fl. bewilligt werden sollen, wie der nächste Antrag zeigt.

Den Herrn Gem.-Rath Frauenberger kann ich versichern, daß ihm Niemand Herzlosigkeit vorwerfen wird, wie er Eingangs seiner Rede bemerkt hat; es wird Niemand sagen, daß er keine Barmherzigkeit hat, denn es werden sich Alle erinnern, mit welcher Begeisterung Herr Frauenberger bei der Bewilligung des Gehaltes des Bürgermeisters mit 24.000 fl. gestimmt hat. (Bravo! links. — Widerspruch rechts.) Bei den Diurnisten, die keine Wähler sind, stimmt er dagegen. (Bravo! links.)

Referent: Ich habe nichts mehr zu bemerken. Der Verein ist das erstemal eingeschritten; seine Thätigkeit ist außerordentlich ersprießlich; er hat aber Mittel zur Verfügung. Der Magistrat befürwortet diesen kleinen Betrag, der Stadtrath hat sich nicht veranlasst gefunden, ohne Verlangen des Vereines eine größere Summe zu beantragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur Abstimmung kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Silberer auf Gewährung einer Subvention von 100 fl. Die Herren, welche diesen Antrag annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Vereine zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke „Erdberg" eine Subvention von 100 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

Gem.-Rath Vaugoin: Der Ortsschulrath von Kaiser-Ebersdorf ist um einen Beitrag zur Anschaffung von Winterkleidern und Schuhen für arme Schulkinder eingeschritten. Ich bemerke, dass bis jetzt Ortsschulräthe vonseiten der Gemeinde keine Subventionen erhalten haben. Es war aber in Kaiser-Ebersdorf bisher die Gepflogenheit, dass, nachdem Niemand anderer in dieser Gemeinde der armen Kinder sich angenommen hat, sich der Ortsschulrath derselben annahm und den nothwendigen Betrag durch Beiträge, die er gesammelt hat, zur Anschaffung von Kleidern für arme Kinder aufgebracht hat. Diese Kinder kommen, wie angegeben wird, aus großen Entfernungen in die Schule; die Entfernung ist so groß und sie sind so mangelhaft bekleidet, dass sie nicht im Stande sind, über Mittag wieder nach Hause zu gehen, und ihnen in manchen Fällen Kost und Nahrung gegeben werden musste. Der Ortsschulrath hat im abgelaufenen Jahre einen Betrag von 171 fl. 87 kr. zusammengebracht, und zwar trug dazu bei: der Zither-Club einen Betrag von 38 fl. und der Männergesangverein einen solchen von 30 fl. 42 kr. In diesem Jahre haben sich die Angehörigen der Gemeinde geweigert einen Betrag zu leisten, weil sie durch die in Aussicht stehende Erhöhung der Communalabgabe und durch die Besteuerung des Nutzviehs, zu einer höheren Besteuerung herangezogen werden. Es war also der Ortsschulrath gedrängt, sich an den Gemeinderath der Stadt Wien mit der Bitte um eine Subvention für diese Zwecke zu wenden. Der Stadtrath hat mit Rücksicht auf den Umstand, als es sich denn doch um arme Kinder handelt, die nichts dafür können, dass die Gemeindeangehörigen sich ihrer nicht annehmen, geglaubt, dass, wenn dieser Ortsschulrath dies thun will, diesmal doch geholfen werden müsse. Ich beantrage daher namens des Stadtrathes, dem Ortsschulrathe in Kaiser-Ebersdorf zur Bekleidung armer Schulkinder ausnahmsweise und nur einmal eine Subvention im Betrage von 100 fl. zu gewähren. Es ist im Übrigen zu wünschen, daß in den Gemeinden Vereine in's Leben treten, welche die Unterstützung armer Schulkinder in die Hand nehmen und diese Sache nicht den Ortsschulräthen überlassen.

Gem.-Rath Wärtl: Meine Herren! Ich stimme dem Referenten bei, aber dieser Zusatz, den der löbliche Stadtrath sich erlaubt hat, gefällt mir nicht. Kaiser-Ebersdorf gehört heute zur Stadt Wien, geradesogut wie Döbling oder Ottakring nach Wien gehören. Warum soll man einer Gemeinde, die nach Wien gehört, sagen: „ausnahmsweise" wird etwas bewilligt. (Referent Vaugoin: Dem Ortsschulrathe!) Ich bitte, der Stadtrath beantragt, 100 fl. ausnahmsweise zu bewilligen; ich danke den Herren, sei es nun Ortsschulrath oder Armenrath oder Bezirks-Ausschuss, dass sie sich der armen

Leute annehmen. Es müssen sich Männer zusammenthun, die den Armen helfen. Der Ortsschulrath bittet also hier für arme Kinder; warum also „ausnahmsweise"? Kaiser-Ebersdorf gehört doch zu Wien. Ich beantrage, das Wort „ausnahmsweise" wegzulassen, ich bin für die 100 fl., aber gegen das „ausnahmsweise". Wozu denn? Das ist niemals bei einem Gesuche vorgekommen Es ist richtig, wie der Herr Referent erwähnt hat: der Gemeinderath gibt alle Jahre 80.000 fl. für humanitäre Zwecke aus. Wer soll sich denn der Armen annehmen? Mir gefällt das Wort „ausnahmsweise" nicht; wenn der Ortsschulrath wieder ansucht, wird er es wieder bekommen. Diese 100 fl. und noch 1000 bringen uns nicht um, es sind andere Punkte, wo gespart werden kann und wo auch für die Folge gespart werden muss. Aber bei einem humanitären Verein soll man diesen Zusatz weglassen.

Referent: Ich bitte, ich möchte zur Aufklärung sprechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Wort.

Referent: Ich möchte nicht gerne eines Missverständnisses wegen eine große Debatte sich entwickeln lassen. Der Herr Vorsprecher hat mich vollkommen missverstanden. Der Ortsschulrath als solcher ist eine Behörde und soll nicht betteln und sammeln gehen für Kinder. Das ist Sache der Vereine im Bezirke, und der Stadtrath hätte das Gesuch nahezu abgewiesen. Denn, wenn wir ein Präjudiz schaffen, müssten alle Ortsschulräthe sich mit der Sache befassen und für die Kinder betteln gehen. (Gem.-Rath Bärtl: Wäre auch kein Unglück.)

Der Ortsschulrath ist ja kein Verein, und der Gemeinderath wird den armen Kindern dieses Districtes gewiss etwas bewilligen, wenn sich ein Verein gründet — und er soll sich gründen, denn der XI. Bezirk ist groß, Kaiser-Ebersdorf war doch nur eine kleine Gemeinde und als solche vielleicht nicht fähig, einen Verein zu gründen, aber der XI. Bezirk als solcher hat die Pflicht, die Sache in die Hand zu nehmen. Aber Sie werden zugeben, dass der Ortsschulrath in Hinkunft nicht betteln gehen soll; das ist Sache der Vereine.

Ich bitte Sie, für die Subvention zu stimmen, und wenn der XI. Bezirk wegen Unterstützung humanitärer Vereine kommen wird, werden wir ebenfalls dafür stimmen. Sie haben ja heute bewiesen, dass Sie großmüthig sind, und der Stadtrath hat einen Fingerzeig erhalten, dass er bei Verleihung von Subventionen freigebiger wird vorgehen müssen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Antrag gestellt worden, dass über den Beisatz „ausnahmsweise und nur einmal" getrennt abgestimmt werde.

Ich bringe nun zur Abstimmung den Antrag auf Bewilligung der 100 fl. und ersuche jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nun jene Herren, welche dafür sind, dass diese Bewilligung „ausnahmsweise und nur einmal" erfolge, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieser Antrag ist ebenfalls angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Ortsschulrathe von Kaiser-Ebersdorf zur Anschaffung von Winterkleidern und Schuhen für arme Schulkinder eine *Subvention von 100 fl. ausnahmsweise und nur* einmal zu gewähren.

21. Gem.-Rath Schlechter: Der Gegenstand steht auf der gedruckten Tagesordnung, eine separate Beilage existiert hiefür nicht. Die Tischler-Genossenschaft in Wien ist um eine Subvention für ihre Fachzeichenschule eingeschritten, welche sich im I. Bezirke, Renngasse Nr. 20 befindet.

Diese Genossenschaft hat circa 3500 Lehrlinge und die Schule, welche von ihr seinerzeit errichtet wurde, wird dermalen von mehr als 200 Lehrlingen besucht. Die Auslagen sind im Jahre mit circa 3700 fl. anzunehmen; zu denselben trägt das k. k. Unterrichtsministerium eine jährliche Subvention von 1000 fl., und die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer hat im letzten Jahre eine Subvention von 450 fl. gegeben; es würde also der Rest von circa 1250 fl. auf die Genossenschaft ganz allein fallen, und wendet sie sich daher an den Gemeinderath um eine entsprechende Subvention.

Der Magistrat, welcher den Act vorlegt, kommt dazu — und zwar nicht nur der Gewerbereferent, sondern auch der Referent für Finanzsachen —, dass der Genossenschaft der Tischler für ihre Fachschule eine Subvention von 500 fl. gegeben werden möge.

Der Stadtrath beantragt, Ihnen dies zur Genehmigung zu empfehlen. Einverstanden.

Es wurde daher beschlossen, der Tischlergenossenschaft in Wien für ihre Fachzeichenschule eine Subvention von 500 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

22. Gem.-Rath Meißl: Der Leopoldstädter Humanitätsverein ist ebenfalls um eine Subvention eingeschritten.

Dieser Verein besteht seit 15 Jahren. Nach 10 Jahren hat er eine Tabelle herausgegeben, wonach er in diesen 10 Jahren 25.254 fl., und zwar zur Bekleidung von 2050 Kindern verwendet hat. Weiter liegt keine Tabelle vor, aus dem Jahre 1889, wo ebenfalls 90 Knaben und 120 Mädchen bekleidet wurden, und vom Jahre 1890, wo 101 Knaben und 110 Mädchen bekleidet wurden. Im Jahre 1891 ist der Verein noch weiter gegangen und hat 240 arme Schulkinder bekleidet.

Der Stadtrath beantragt, diesem Vereine, der in so edler und humaner Weise wirkt, eine Subvention von 100 fl. für dieses Jahr zu gewähren.

Gem.-Rath Müller: Meine Herren! Ich möchte gerne die gute Stimmung des Gemeinderathes bei dieser Gelegenheit benützen; der Verein besteht seit 15 Jahren und wirkt sehr segensreich und zwar speciell für Nichtzuständige, und diese sind gerade die Allerärmsten. Das ist ein Vorzug, den der Verein hat, denn die Zuständigen bekommen ja doch hie und da eine Unterstützung.

Ich möchte Sie daher bitten, statt 100 fl. etwa 200 fl. zu bewilligen. Die Herren, welche den Verein kennen, werden mir beipflichten, und der Gemeinderath im Großen und Ganzen weiß es ja auch, wie dieser Verein wirkt. Ich bitte Sie also, statt 100 fl. 200 fl. zu bewilligen.

Referent. Ich, als Referent, kann natürlich nichts Anderes referieren, als den Antrag des Stadtrathes; aber dasjenige, was der Herr Vorredner gesagt hat, ist ganz richtig und wahr. Wenn man die Thätigkeit des Vereines sieht und die Aufgaben, die er sich gestellt hat, die große Zahl von Kindern, die er betheilt, so halte ich es wohl für natürlich, wenn der Gemeinderath, der sich wiederholt als so großmüthig gezeigt hat, dies auch hier wieder thut, bei einem Vereine, der so wohlthätig wirkt. Ich möchte nur

wünschen, dass die Herren einmal bei einer Betheilung zugegen wären, wie die Eltern mit ihren Kinder kommen, und welche Zufriedenheit bei ihnen herrscht. Ich muß natürlich bei meinem Antrage bleiben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur Abstimmung kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Müller, gegen den Referenten-Antrag 200 fl. zu bewilligen. Ich bitte jene Herren, die für diesen Antrag sind, aufzustehen. — Nun bitte ich um die Gegenprobe. — Der Antrag auf eine Subvention von 200 fl. ist abgelehnt.

Zur Abstimmung kommt nun der Referenten-Antrag auf eine Subvention von 100 fl. Die Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. Einverstanden.

Es wurde dahe beschlossen, dem Leopoldstädter Humanitätsvereine eine Subvention von 100 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

Gem.-Rath Kreindl: Ich habe die Ehre zur Geschäftszahl 2622 zu berichten.

Das St. Josef unentgeltliche Kinderspital hat von der Commune Wien in Würdigung seines humanen Wirkens seit den 60er Jahren eine Unterstützung von jährlich 800 fl. erhalten, welcher Betrag seit dem Jahre 1888 auf 1000 fl. erhöht worden ist. Laut des Jahresberichtes sind während des 49jährigen Bestandes des Spitales 29.355 arme Kinder im Spitale verpflegt und 226.000 Kinder ambulatorisch behandelt worden. Unter den im letzten Jahre behandelten Kindern waren 750, deren Eltern oder Pfleger in Wien wohnten. Das jährliche Erfordernis ist über 19.000 fl., welchen Aufwand die Direction bei dem geringen Vermögen des Spitales nur mit aller Mühe aus den immer spärlicher werdenden Spenden bestreitet. Ich bitte einer Subvention von 1000 fl. zuzustimmen. Angenommen.

Es wurde sohin beschlossen, dem St. Josef-Kinderspitale eine Subvention von 1000 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

24. Derselbe. Ich habe weiters zur Zahl 2120 zu referieren. Die Commune Ottakring ersucht um eine Subvention für die Kinderbewahranstalt. (Rufe: Das geht nicht!) Die frühere Gemeinde Ottakring sucht an um eine Subvention für die Communal-Kinderbewahr-Anstalt in Ottakring. Durch Einbeziehung der Vororte wurde der Communal-Kinderbewahr-Anstalt in Ottakring eine wichtige Einnahmsquelle entzogen insoferne als früher, bei erlangter Zuständigkeit, die wohlhabenderen Gesuchsteller gewöhnlich einen Betrag für diese Anstalt spendeten. Dieser Verein bittet nun in einer Eingabe um eine Subvention seitens der Gemeinde Wien, da er bei stets wachsenden Auslagen durch diesen materiellen Verlust empfindlich geschädiget ist. Der Vorstand in Ottakring bestätigt das segensreiche Wirken des Vereines, welches der arbeitenden armen Bevölkerung aus dieser Institution erwächst. In einer Gemeinde-Ausschusssitzung wurde auch eine jährliche Spende von 40 Raummeter harten Holzes aus den Gemeindewäldern dem Vereine zugesichert. Ich bitte, die Subvention im Betrage von 200 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Vock: Nachdem ich höre, daß der Verein ein Deficit von 364 fl. ausweist, stelle ich den Antrag, die Subvention auf 300 fl. zu erhöhen.

Referent: Es ist ohnedies der Antrag nur auf 100 fl. gestellt worden, ich habe mir erlaubt, nachdem ich mit mehreren Herren aus Ottakring gesprochen habe, die Erhöhung der Subvention auf 200 fl. zu beantragen. Ich bitte daher, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur Abstimmung kommt der Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Vock, 300 fl. zu bewilligen. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. Wird abgelehnt.

Ich bitte die Herren, welche dem Referenten-Antrage auf eine Subvention von 200 fl. zustimmen, die Hand zu erheben. Wird angenommen.

Es wurde sohin beschlossen, der Kinderbewahranstalt in Ottakring eine Subvention von 200 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

25. Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre zur Geschäftszahl 1846 zu referieren. Der Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder sucht um eine Subvention an.

Der Verein besteht seit 47 Jahren und hat während dieser Zeit in seiner Anstalt über 1100 Kinder verwahrt und erzogen. Dieser Verein hat und zwar das letztemal mit Gemeinderaths-Beschluss vom 18. December 1890, eine Subvention in der Höhe von 300 fl. erhalten. Durch 9 Vorortevertretungen wurde ebenfalls eine Subvention von 90 fl. (à 10 fl.) diesem Vereine zugeführt. Der Stadtrath beantragt in Würdigung dessen, dass diese Subvention das letzte Mal für das Jahr 1891 gegeben wurde, die Subvention von 300 fl. auf 400 fl. für das Jahr 1891 zu erhöhen und bitte ich um Ihre Zustimmung. Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem „Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder" eine Subvention von 400 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

26. Derselbe. Ich habe ferner zu berichten zur Geschäftszahl 2513 über das Ansuchen des Vereines von Kinderfreunden um eine Subvention.

Der Verein von Kinderfreunden in Wien hat die letzte Subvention laut Gemeinderaths-Beschlusses vom 23. Februar 1891 im Betrage von 500 fl. erhalten.

Er sucht diesmal in seiner Zuschrift an, um Erhöhung dieser Subvention und um Gewährung derselben auf mehrere Jahre. Der Stadtrath empfiehlt Ihnen, dieses Ansuchen nicht anzunehmen, weil es angezeigt erscheint, dass man alljährlich durch einen Bericht des Vereines über die Thätigkeit desselben in Kenntnis ist und es ja geringe Mühe macht, die Subvention von Jahr zu Jahr zu bewilligen. Er beantragt daher, wie im Vorjahre dem Vereine eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen und zwar für das Jahr 1891.

Ich bitte diesem Antrage die Zustimmung zu geben. Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem „Vereine von Kinderfreunden" eine Subvention von 500 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

27. Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre zu referieren ad Z. 2400. Der Verein zur Gründung und

Erhaltung unentgeltlicher Knabenbeschäftigungs-Anstalten in Wien, VII. Bezirk, Neubaugasse 27, sucht unterm 11. September um eine Subvention von 600 fl. an für das Schuljahr 1891/92. Dabei wird darauf hingewiesen, dass der Verein seitens der Gemeinde seit einer Reihe von Jahren jährlich eine Subvention von 600 fl. erhalten hat. Zuletzt für das Schuljahr 1890/91 mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 4. November 1890.

Der Vereinsausschuss weist darauf hin, dass im Februar 1890 eine dritte Schulwerkstätte im VIII. Bezirke, Piaristengasse, eröffnet wurde, welche sehr starken Zuspruch hat und dass ferner die Schulwerkstätte im IX. Bezirke, Glasergasse 8, in seine Verwaltung übergegangen ist und vom 1. October 1890 bis 31. März 1891 ein Curs für Lehrer im Handfertigkeitsunterrichte abgehalten wurde.

Das Ansuchen des Vereines wird vom Vorsteher des Bezirkes Neubau auf das Wärmste befürwortet; ebenso auch von den übrigen behördlichen Organen.

Der Stadtrath hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst: Es sei dem Vereine zur Gründung und Erhaltung unentgeltlicher Knabenbeschäftigungs-Anstalten im VIII. Bezirke, Piaristengasse, für das Schuljahr 1891/92 eine Subvention im Betrage von 600 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Rauscher: Ich möchte an den Herrn Referenten die Anfrage mir erlauben, nach welcher Arbeitsmethode in dieser Anstalt vorgegangen wird und wie der Handfertigkeitsunterricht ertheilt wird?

Referent: Soweit bin ich nicht informiert.

Gem.-Rath Rauscher: Es hängt davon ab, ob ich für die Subvention stimme oder nicht. (Rufe: Schwedische Arbeitsart!) Ich glaube nicht, dass die schwedische Arbeitsart besteht. Ich habe wenigstens in den Anstalten, die ich besucht habe, diese nicht gefunden und ich könnte nur die Zustimmung geben, wenn das Salomonische System eingeführt wäre.

Referent: Ich glaube, der Herr Vorredner, welcher dem Lehrerstande angehört, wird die Nützlichkeit dieser Lehrwerkstätten kennen. Ich habe seinerzeit Gelegenheit gehabt, eine solche Lehrwerkstätte am Neubau zu besichtigen (Rufe: Um die handelt es sich!) und ich muss gestehen, sie hat auf mich den allerbesten Eindruck gemacht. Die Knaben, statt in den Straßen herumzulaufen, werden dort beschäftigt. Sie widmen sich gewissen Zweigen und das Erlernte kommt ihnen beim Eintritt in ein Gewerbe zugute. Es ist besser, wenn sich die Burschen dort aufhalten, statt in den Straßen herumzustrawanzen. Ich möchte Sie daher bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem „Vereine zur Gründung und Erhaltung unentgeltlicher Knabenbeschäftigungsanstalten in Wien" für das Schuljahr 1891/92 eine Subvention von 600 fl. zu gewähren.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung um $^1/_2$8 Uhr Abends in eine vertrauliche verwandelt.

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 12. Jänner 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

Gem.-Rath Josef Müller referiert über den Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. December 1891, Z. 25381, betreffend die Regulierung des Minoritenplatzes im I. Bezirke durch Einlösung des Hauses Nr. 2. Der Kaufpreis desselben von 50.000 fl. soll, nach dem Antrage des Referenten, zur Hälfte vom Stadterweiterungs-Fonde, zur Hälfte von der Gemeinde Wien getragen werden. Die auf die Gemeinde entfallenden Kosten der Einlösung seien auf die Budget-Rubrik XXII 4, „Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung . . . 140.000 fl." zu verweisen.

Gem.-Rath Dr. Uhl stellt den Zusatz-Antrag, dass in das betreffende Übereinkommen unter der Bedingung eingegangen werde, dass der dermalen zwischen dem Minoritenplatze und dem Ballhausplatze bestehende Durchgang zu einer Durchfahrt umgestaltet werde.

Nach längerer Debatte wurden sowohl der Antrag des Referenten Gem.-Rath J. Müller, als auch der Zusatz-Antrag des Gem.-Rathes Dr. Uhl angenommen.

(Schluss der vertraulichen Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 19. Jänner 1892.
Mittwoch, den 20. Jänner 1892.
Donnerstag, den 21. Jänner 1892.
Freitag, den 22. Jänner 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 8. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Krank: Dr. Huber.
Experte: Magistrats-Vicedirector Tachau.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Götz referiert über die Herrichtung von Lehrzimmern für zwei neu eröffnete Classen an der Baumgartner Volksschule im Schlossgebäude und beantragt, die Ausgaben für die vom Ortsschulrathe Baumgarten verfügte Einrichtung zweier Classenzimmer im Schlosse zu Baumgarten im Betrage von 111 fl. 15 kr. nachträglich zu genehmigen und die städtische Hauptcassa anzuweisen, die Begleichung des noch unberichtigten Contos des Rudolf Förster per 84 fl. 55 kr. vorzunehmen und diese Auslage in der gehörigen Weise bei den ephemeren Depositen zu verrechnen. Weiters sei der Magistrat aufzufordern, die auf die Adaptierung des Schlosses zu Baumgarten bezughabenden Acten mit den nöthigen Anträgen mit Beschleunigung dem Stadtrathe zur Beschlussfassung vorzulegen

(angenommen);

— referiert über den Bericht über Proben mit Gasdruck-Regulatoren, welche bei der Straßenbeleuchtung im VII. Bezirke in Verwendung standen.

St.-R. Noske beantragt, den Magistrat zu beauftragen, solche Maßregeln zu treffen, dass die Messungen an der Laterne erfolgen können.

Referent zieht den Antrag zurück.

St.-R. Schneiderhan referiert über die Subvention für die evangelischen Schulen und beantragt, wie alljährlich auch im Jahre 1892 für die gemeinschaftlichen evangelischen Schulen Wiens die bisherige Subvention im Betrage von 7000 fl. zu bewilligen (angenommen).

Hierüber ist die Beschlussfassung des Gemeinderathes einzuholen.

St.-R. Kreindl referiert über das Ansuchen des Johann Ludwig um Bewilligung zur Herstellung eines offenen Nothdaches, V. Bezirk, Margarethengürtel 2 und beantragt, es sei die vom Magistrate beantragte Ertheilung des Bauconsenses für das auf dem Bürgerspitalgrund errichtete Object gemäß §. 97 der Bauordnung zu bestätigen

(angenommen);

— referiert über einen zur Ausgabs-Rubrik Buchbinderarbeiten erforderlichen Zuschusscredit und beantragt die Gewährung eines Zuschusscredites im Betrage von 250 fl. zur Ausgabs-Rubrik IV 10 Buchbinderarbeiten (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines um Subvention und beantragt, demselben pro 1892 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen (angenommen);

Hierüber ist die Beschlussfassung des Gemeinderathes einzuholen;

— referiert über das Ansuchen des Vereines „Nicolaus" in Ottakring um Subvention und beantragt, demselben pro 1891 eine Subvention von 50 fl., sowie den erforderlichen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zu Ausgabs-Rubrik XXXVIII 1 b zu bewilligen

(angenommen).

Hierüber ist die Beschlussfassung des Gemeinderathes einzuholen.

St.-R. v. Neumann referiert über das Offertverhandlungsergebnis für den Bau eines Wohnhauses, III. Bezirk, Gestettengasse (früheres Erdberger Armenhaus) und beantragt, die Erd- und Maurerarbeiten dem Bestbieter Eduard Schätz mit 18¾% Nachlass, die Bautischlerarbeiten dem Bestbieter Franz Meid mit 18¼% Nachlass, die Bildhauerarbeiten dem Bestbieter Josef Wenzel mit 6¾% Nachlass, die Traversenlieferung dem Bestbieter Max Wahlberg mit 12% Nachlass, die Füllofenlieferung dem Bestbieter H. Heim mit 500 fl. 80 kr., die Cementkalklieferung der Firma A. Alex. Curti, welche zwar um 66 kr. für die Gesammtlieferung theurer offeriert wie die Firma Forster & Comp., deren Cement jedoch im vorliegenden Falle nach dem Gutachten des Bauamtes entsprechender ist.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den Magistrat aufzufordern, über den Antrag des St.-R. v. Neumann, betreffend die veränderten Vergebungsmodalitäten für Lieferungen von hydraulischen Bindemitteln, Traversen &c. ehebaldigst zu berichten.

Der Referenten-Antrag jedoch ausschließlich der Traversenlieferung sowie der Zusatz-Antrag des St.-R. v. Billing werden angenommen;

— referiert über Bewilligung eines Zehrungsbeitrages für den zur Beaufsichtigung der Herstellung der Uferversicherung in Penzing bestellten technischen Aspiranten Josef Menzel und beantragt, die Bemessung des Zehrungsbeitrages habe nach der mit St.-R.-Z. 3684 erfolgten Systemisierung vom 1. Jänner 1892 bis dahin mit 2 fl. 50 kr. zu erfolgen (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Ludwig Geist um Consens für Zubauten auf den Parc. 2860/1 und 2861/1 in der Marx-Meidlingerstraße, Einl.-Z. 40 im III. Bezirke und beantragt, es werde die vom Magistrate beantragte nachträgliche Ertheilung des Bauconsenses im Sinne des §. 97 der Bauordnung bestätigt.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei eine Caution für die Demolirungskosten zu leisten.

Referent motiviert diesen Antrag dahin, es sei durch eine Caution die Sicherheit zu erbringen, dass die Demolirung obiger Objecte ohne Kosten für den Versorgungsfond seinerzeit erfolge.

Letzterer Antrag wird abgelehnt und der Referenten-Antrag auf Bestätigung des Bauconsenses angenommen.

— referiert über das Ansuchen des Franz Gegenbauer um käufliche Ueberlassung des städt. Grundes Cat.-Parc. 380 in Speising und beantragt, das Anbot desselben (28 fl. per Quadratmeter) abzulehnen (angenommen);

— referiert über die Anträge des gewesenen Gem.-Rathes Himmelbauer, betreffend die Bepflanzung des Grundstreifens am Getreidemarkte von der Dreihufeisengasse bis zur Gumpendorferstraße mit Bäumen und beantragt die Ablehnung dieses Antrages

(angenommen);

— referiert über Mehrforderungen der allg. österr. Baugesellschaft für den Schulhausbau, I., Johannesgasse und beantragt die Ablehnung dieser Nachtragsforderungen (angenommen).

St.-R. v. Goldschmidt war als Präsident der obigen Gesellschaft während der Berathung dieses Geschäftsstückes im Sitzungssaale nicht anwesend.

St.-R. Müller referirt über das Project für den Bau eines Canales in der Neilreichgasse und beantragt, das vorgelegte Project für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales in der Neilreichgasse vor den Häusern Einl.-Z. 1201 und 1202 in dem zu Wien einbezogenen Theile von Inzersdorf mit dem Kostenerfordernisse von 2188 fl. 40 kr. zu genehmigen und bezüglich der Kostenbedeckung zu beschließen, daß die Kosten auf Rubr. XXVII, 1 b Gruppe VI, Canalbauten verwiesen werden (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Carl Polzer um Liquidierung der ihm gemachten Abstriche bei den Rechnungen über geleistete Schieferdeckerarbeiten im Gumpendorfer Schlachthause und beantragt die Abweisung des Gesuchstellers (angenommen).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen der k. k. Steueramtsbeamten Franz Zote und E. Scheckenbacher um Uebernahme in den städt. Dienst. Derselbe beantragt, daß den beiden Bittstellern behufs ihrer Ernennung zu Kanzlei-Praktikanten die Aufnahmsprüfung und die für die Kanzlei-Praktikanten vorgeschriebene dreimonatliche Probepraxis nachgesehen werde (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Siegfried R. v. Petteani um Ertheilung der Altersnachsicht und beantragt die Gesuchsabweisung.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, es sei die Altersnachsicht auszusprechen (der Antrag Dr. Grübl wird angenommen);

— referiert über Gesuche um Ertheilung der Studiennachsicht behufs Aufnahme in den Kanzleidienst und beantragt die Ertheilung der Studiennachsicht an Rudolf Piotrowsky, Ritt. v. Trojan, Julius Klieber, Wilhelm Dworak, Alfred Martinetz, Theodor Kroth und Hans Kühnel (angenommen);

— referiert über die Systemisierung von Diurnistenstellen und die Verleihung derselben an die in den einverleibten Vorortegemeinden in Verwendung gestandenen Diurnisten. Derselbe beantragt, die Genehmigung zur Creierung von 16 neuen Diurnistenstellen zu ertheilen, sowie zu genehmigen, dass die in den Vororte-Gemeindeämtern bereits in Verwendung stehenden Diurnisten gegen Anweisung der für die magistratischen Diurnisten systemisierten Taggelder bis auf weiteren Bedarf bei den magistratischen Bezirksämtern oder bei den Gemeinde-Bezirksvorstehungen in Verwendung verbleiben (angenommen).

Hierüber ist die Beschlussfassung des Gemeinderathes einzuholen;

— referiert über Gesuche um Studiennachsicht zur Aufnahme in den Kanzleidienst und beantragt, dem Leopold Osvadič, Heinrich Schindler, Franz Paul, Josef Wenisch und Hans Rubert die angesuchte Studiennachsicht zu gewähren (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Gustav Fasching, Diurnisten beim k. k. Steueramte Fünfhaus um Ertheilung der Studiennachsicht behufs Erlangung einer Kanzlei-Praktikantenstelle und beantragt die Gesuchsgewährung (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Carl Muck, Forstwart am Stiftungsfondsgute Ebersdorf um Uebernahme in den städtischen Cassadienst und beantragt, den Gesuchsteller vom 1. Jänner 1892 der städtischen Hauptcassa zur Dienstleistung zuzuweisen und demselben zu dem bisherigen Gehalte von 600 fl., das 30percentige Quartiergeld und zwar beides aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien anzuweisen, wogegen sämmtliche von ihm bisher bezogene Emolumente, so insbesonders das Naturalquartier, Holz- und Grunddeputat vom gleichen Zeitpunkte zu entfallen haben (angenommen);

— referirt über das Ansuchen des Privatbeamten Hermann Schreiner um Studiennachsicht behufs Aufnahme in den Kanzleidienst und beantragt die Gesuchsgewährung (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Oberbuchhalters um Aufnahme von Buchhaltungs-Praktikanten und beantragt, es sei dem Gemeinderathe zu empfehlen die Aufnahme von 15 Buchhaltungs-Praktikanten mit dem Bezuge des systemisierten Adjutums von jährlich 500 fl. zu bewilligen (angenommen);

Hierüber ist die Beschlussfassung des Gemeinderathes einzuholen;

— referiert in Anwesenheit von 19 Mitgliedern des Stadtrathes über die Besetzung von Kanzlei-Accessistenstellen und beantragt, den Kanzlei-Accessisten 2. Gehaltsstufe Rudolf Zauner, in eine erledigte Kanzlei-Accessistenstelle 1. Gehaltsstufe mit dem Gehalte von 700 fl. und 30percentiges Quartiergeld vorrücken zu lassen und dem Kanzleipraktikanten Alexander Prinke eine Kanzlei-Accessistenstelle 2. Gehaltsstufe mit dem Gehalte von 600 fl. und 30percentigem Quartiergeld zu verleihen (angenommen);

— referiert über die Quartiergeldanweisung für den Gemeindesecretär von Unter-Döbling Wenzel Habenicht für den Entgang der ihm zukommenden Naturalwohnung und beantragt, demselben vom August 1891 an, für die Zeit als er nicht im Genusse einer Naturalwohnung steht, ein Quartiergeld von jährlich 220 fl., welches jedoch bei Berechnung seiner Pension nicht in Anrechnung zu bringen ist, in ¼jährigen Anticipativraten anzuweisen (angenommen);

— referiert über Besetzungen im Steuerexecutionsamte und beantragt den Amos Haeckl in eine Steuer-Commissärsstelle I. Gehaltsstufe mit dem Jahresbezuge von 1100 fl. nebst 30%igem Quartiergelde, den Conrad Hippenmayer in eine Steuer-Commissärsstelle II. Gehaltsstufe mit dem Jahresgehalte von 1000 fl. nebst 30%igen Quartiergelde vorrücken zu lassen, und bezüglich der zweiten noch erledigten Stelle derselben Gehaltsstufe sei der Magistrat zu beauftragen, einen einen neuerlichen Vorschlag zu erstatten (diese Anträge werden angenommen);

Weiters beantragt Referent die erste der erledigten Steuer-Commissärsstellen III. Gehaltsstufe dem zum Steuer-Commissär III. Gehaltsstufe extra statum beförderten Karl Matzenauer, die zweite, dem provisorischen Steuer-Commissär Eduard Zigeuner, Edler von Blumendorf, mit den systemisierten Bezügen zu verleihen (angenommen);

Schließlich beantragt Referent eine Executionistenstelle II. Gehaltsstufe mit den systemisierten Bezügen dem Steuerexecutionsdiurnisten Karl Schaupp zu verleihen (angenommen);

Bei Berathung dieses Besetzungsvorschlages waren 20 Stadträthe anwesend.

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Verlängerung des Termines zur Benützung der Gemeindearreste seitens der k. k. Polizeibehörde und beantragt: Es sei der k. k. Polizei-Direction mitzutheilen, dass die Gemeinde Wien die Benützung der Gemeindearreste im II. und V. Bezirke bis zum Ablaufe des Mietvertrages, im X. Bezirke bis Ende Februar 1892, im IV. und im IX. Bezirke bis zum 12. Mai 1892 gestatte, im III. Bezirke aber die von der Miete an das Ärar bisher ausgeschlossenen Arrestlocalitäten in die Miete einzuziehen bereit sei, ohne den mit 2600 fl. nebst Nebengebüren fixierten Jahreszins zu erhöhen. Bezüglich der Gemeindearrestlocalitäten im XIX. Bezirke gebe die Gemeinde ihre Zustimmung, dass die k. k. Polizeibehörde die bisher als Gemeindearreste verwendeten Ubicationen weiterhin als k. k. Polizeiarreste benütze, vorausgesetzt, dass der Servitutsverpflichtete hiezu seine Zustimmung ertheile.

Hiebei wäre jedoch zu bedingen, dass die Gemeinde vom 1. Jänner 1892 ab für das sogenannte Regiepauschale, resp. für die Kosten der Reinigung und Beleuchtung der sämmtlichen, somit auch der noch weiters zur Benützung überlassenen Gemeindearreste, soweit dieselben nicht schon im Vorhinein bezahlt worden sind, nicht mehr aufzukommen und auch die Überwachung, Beheizung, Reinigung ꝛc. noch für einige Monate überlassenen Ubicationen nicht mehr zu besorgen hat, sondern dass dieselbe auf Kosten des k. k. Ärars erfolge (angenommen).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referirt über das Ansuchen der Franziska Karl, Rathsdienerswitwe, um Anweisung der Pension und beantragt, derselben die normalmäßige Witwenpension von 260 fl. mit dem Bezugsrechte vom 1. December 1891 zu bewilligen (angenommen);

(20 anwesende Mitglieder des Stadtrathes.)

— referiert über das Ansuchen des Josef Windhör, Gemeindesecretär von Weinhaus, um Anrechnung seiner provisorischen Dienstzeit zur Pension und beantragt, dem Gesuchsteller zu bedeuten, dass über die eventuelle Anrechnung seiner provisorischen Dienstzeit erst anlässlich seiner seinerzeitigen Versetzung in den bleibenden Ruhestand entschieden werden wird (angenommen);

— referiert über die Quartiergeldanweisung für den Gemeindebeamten von Ober-St. Veit Karl Sommerer, anlässlich der Benützung seines Naturalquartieres in Ober-St. Veit, Maria Theresienstraße Nr. 17 durch die Sicherheitswache und beantragt, demselben für den Entgang seiner obigen Naturalwohnung vom 1. Februar 1892 an ein Quartiergeld von 180 fl. (gleich 30% seines jetzigen Activgehaltes) und für den Entgang des unentgeltlichen Bezuges des Beheizungsmateriales für diese Naturalwohnung eine Entschädigung von 100 fl. jährlich, ebenfalls vom 1. Februar 1892 an, zahlbar in 12 gleichen anticipativen Monatsraten, zu bewilligen (angenommen);

— referirt bei 19 anwesenden Mitgliedern des Stadtrathes über die Besetzung von Aufseherstellen im städtischen Asyl- und Werkhause und beantragt:

1. Die erledigte Aufseherstelle I. Classe daselbst mit dem Jahresgehalte von 500 fl. sammt den systemisierten Nebenbezügen im Beförderungswege, dem Aufseher II. Classe Georg Dietrich zu verleihen und demselben gemäß dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 21. December 1875, M.-Z. 76856, ex 1876 eine Diensteszulage von 62 fl. 50 kr. anzuweisen.

2. Zwei erledigte Aufseherstellen II. Classe mit dem Gehalte von 450 fl. sammt Nebenbezügen, dem Peter Jäger und Franz Bogenhofer und

3. die zwei erledigten Aufseherstellen III. Classe dem Petenten Karl Hofmann und Ludwig Mayer zu verleihen (angenommen).

St.-R. Vaugoin referiert über die Widmung eines Ehrengrabes für August von Pettenkofen und beantragt, es sei zur Beisetzung der Leichenreste des am 21. März 1889 in Wien verstorbenen, in dem Einzelngrabe, Gruppe 31 a, Reihe 1, Nr. 7 am Wiener Central-Friedhofe beerdigten Malers August von Pettenkofen ein Ehrenplatz, d. i. eine Grabstelle in der in der großen Mittelstraße gelegenen, rechtsseitigen Abtheilung der Ehrengräber nächst den Arcaden des Wiener Central-Friedhofes gegen dem zu widmen, dass daselbst ein der Weihe des Platzes entsprechendes Grabdenkmal errichtet werde und die mit der Exhumierung und Übertragung der Leichenreste verbundenen Auslagen auf Kosten der Fräulein Marie und Melanie Müller getragen werden (angenommen);

— referiert über Ansuchen städtischer Bediensteter um Gewährung von Gehaltsvorschüssen (die Anträge werden angenommen).

St.-R. Dr. Lederer referiert über einen Ausgleich in einer Rechtsangelegenheit

(der Antrag des Referenten wird angenommen).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Witzelsberger referiert über die Ertheilung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik XXX 2 „Erhaltung und Reparatur der Schlachthäuser pro 1891". Derselbe beantragt, hiefür einen Zuschusscredit von 1250 fl. zu bewilligen (angenommen);

— referiert über die Ertheilung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik XXVIII 2 f „Reinigung des Centralviehmarktes und der Straßenzüge" (einschließlich der Bespritzung der letzteren) und beantragt, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit in der Höhe von 2600 fl. zu bewilligen (angenommen);

Der **Vorsitzende** theilt mit, dass das Referat wegen Auszahlung einer restlichen Verdienstsumme an H. C. Hoffmeister für die Herstellung einer Kohlenbahn im Rudolfsheimer Krankenhause mit Rücksicht auf die im Zuge befindliche Übernahme der Vorortespitäler dem Magistrate zur weiteren Verfügung zurückgestellt wird.

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die Eröffnung des Linienwalldurchbruches, IX. Bezirk, Liechtensteinstraße und beantragt:

1. Der provisorischen Eröffnung des fraglichen Linienwalldurchbruches für den allgemeinen Personenverkehr zuzustimmen und die Ausstellung des von den Grundeigenthümern geforderten Reverses seitens der Gemeinde Wien zu genehmigen.

2. Die geforderte Plankenaufstellung mit dem Kostenbetrage von circa 450 fl. zu genehmigen und die Ausführung derselben dem Stadtzimmermeister Josef Puchinger zu übertragen (angenommen).

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

(Plan von Wien für Schüler.) Der vom Stadtbaudirector Herrn Franz Berger bearbeitete und vom Lehrervereine „Die Volksschule" herausgegebene Plan der Stadt Wien ist auch in seiner 13. Auflage vom hohen k. k. Landesschulrathe als zulässig erklärt worden. Auf dem Plane sind die 19 Bezirke mit den wichtigsten öffentlichen Gebäuden und Gärten, sowie mit den bedeutendsten Straßen und Plätzen verzeichnet; im beigegebenen Führer sind die einbezogenen Vororte nach ihrer historischen Entwicklung beschrieben und die Sehenswürdigkeiten und Gedenktafeln nach Bezirken geordnet, angeführt. Ferner enthält dieser neueste Plan ein vollständiges Verzeichnis der Post- und Telegraphenämter, der Bahnhöfe, Verkehrsanstalten und Bäder und endlich die Bezeichnung der 42 neuen Linienämter. Der Preis für den Plan sammt Führer ist 40 kr.

Armenangelegenheiten.

Bei der am 13. d. M. im XVII. Bezirke (Hernals) vorgenommenen Wahl wurden nachfolgende Herren zu **Armenräthen** gewählt:

Basilides Philipp, Hausbesitzer.
Bělohlawek Franz, Gastwirt.
Beyerl Josef, Hausbesitzer.
Hafner Carl, Friseur.
Haßel Fritz B., Papierhändler.
Hauke Josef, Hausbesitzer.
Hausmann Franz, Fleischselcher.
Heilinger Rudolf, Weinschänker.
Hermann Johann, Hausbesitzer.
Heyek Josef, Papierhändler.
Himmel Anton, Hausbesitzer.
Hirsch August, Hausbesitzer.
Kamaryt Franz, k. k. Grundbuchsführer i. P.
Kaufmann Max, Gastwirt.
Klein Georg, Hausbesitzer.
Kornmann Carl, Hausbesitzer.
Korothwitschka Hugo, Gemischtwarenverschleißer.
Kraft Georg, Hausbesitzer.
Kretschek Carl, Hausbesitzer.
Krenz Carl, Restaurateur.
Kröppelt Georg, Hausbesitzer.
Kroth Paul, Bäckermeister.
Kühnel Alois, Hausbesitzer.
Kugler Leopold, Weinschänker.

Lasnička Anton, Hausbesitzer.
Lieb Carl, Beamter.
Lynge Johann, Gemischtwarenverschleißer.
Mayer Peter, Gastwirt.
Merstallinger Leopold, Bäckermeister.
Mayer Carl, Hausbesitzer.
Ploner Moriz Hausbesitzer.
Rand Josef, Hausbesitzer.
Ranftelshofer Carl jun., Anstreichermeister.
Reisinger Johann, Gastwirt.
Reiter Johann, Gastwirt.
Resch Josef, Glasermeister.
Scheidl Johann, Hausbesitzer.
Schöbek Friedrich, Hausbesitzer.
Schreiber Eduard, Gemischtwarenverschleißer.
Schuster Franz, Realitätenbesitzer.
Stadler Josef, Hausbesitzer.
Stenzl Josef, Cafétier.
Teufelsbauer Hans, Volksschullehrer.
Timmel Anton, Privat.
Ulreich Jocob, Kaufmann.
Ungrad Josef, Hausbesitzer.
Wurst Ludwig, Bäckermeister.
Fuchs Josef, Bildhauer.
Danek Wenzel, Schuhmacher.
Lenauer Anton, Kaufmann.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 12. Jänner 1892.)

1. Auftrieb.

auf dem freien Markte:

Jungschweine	1237
Fettschweine	5570
Summa	6807

Angekauft wurden:

für Wien	4890
für das Land	768
unverkauft blieben	1149

Auftrieb

auf dem galizischen Markte:

3884 Stück

unverkauft blieben 301.

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . . von 28 bis 40 kr. } per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . . „ 34 „ 42 „ }

Bei flauer Kauflust wurden Jungschweine um 1 kr. per Kg. billiger verkauft, während Fettschweine die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

(Stechviehmarkt vom 14. Jänner 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber — 3368, Lämmer — 436, Schafe — 8112.

2. Preisbewegung:

Kälber	per Kg.	38	bis 64	kr.
Lämmer	„ Paar	6	„ 14	fl.
Schafe	„ Kg.	22	„ 36	kr.
Schafe	„ Paar	6	„ 19	fl.

Auf dem Jungviehmarkte war die Kauflust flau und haben die Preise einen Rückgang von 4 kr. per Kg. erfahren.

Auf dem Schafmarkte war der Auftrieb um 3676 Stück größer als in der Vorwoche, daher per Paar um 1 fl. 50 kr. billiger verkauft wurde.

Der Schlachtviehmarkt am 14. Jänner 1892 war mit 156 Stück Mastvieh und 131 Stück Beinlvieh beschickt.

Baubewegung.

(Vom 1. bis 15. Jänner 1892.)

Bauconsense wurden ertheilt:

a) für Adaptierungen:

I. Bezirk	ein Consens	—	Hoher Markt.
„	„	—	Graben.
„	„	—	Grillparzerstraße.
II. Bezirk	„	—	am Tabor.
III. Bezirk	„	—	Sofienbrückengasse.
„	„	—	Radetzkystraße.
„	„	—	Apostelgasse.
„	„	—	Hauptstraße.
VI. Bezirk	„	—	Millergasse.
VII. Bezirk	„	—	Kaiserstraße.
IX. Bezirk	„	—	Waisenhausgasse.

b) für diverse Bauten.

II. Bezirk	vier Consense	—	Prater, für die Musik- und Theaterausstellung.
III. Bezirk	ein Consens	—	Rasumoffskygasse, für einen Rohrcanal.
	ein Consens	—	Erdbergerlände, für einen Schupfen.
VIII. Bezirk	ein Consens	—	Feldgasse, für eine Risalitanlage.
IX. Bezirk	ein Consens	—	Glasergasse, für eine Bäckerei.

Parcellierungsconsense wurden ertheilt:

IX. Bezirk	ein Consens	—	Währingerstraße.
XIV. Bezirk	„	—	Felberstraße (Rudolfsheim).

Baulinien wurden bestimmt:

III. Bezirk	—	Marxergasse.
VII. Bezirk	—	Westbahnlinie.
		Neubaugasse.
IX. Bezirk	—	Nußdorferstraße.

Gewerbebewegung.

Gewerbeanmeldungen vom 5. Jänner 1892.

Grübler Franz, Bäcker, VI., Liniengasse 92.
Golda Josef, Bäcker, XVIII., Johannesgasse 10.
Tomašek Eleonora, Kunst- und Naturblumen-Verschleiß, XVIII., Hauptstraße 31.
Richter Emil, Georg Macdonald, Commissionshandel mit Pferden, IV., Wohllebengasse 11.
Herkner Heinrich, Commissionsverschleiß von Baumwoll- und Leinenwaaren, I., Hohenstaufengasse 6.
Linke Julius, Drechsler, VII., Mondscheingasse 12.
Faberl Karl, Erzeugung von künstlichem Eis, II., Klosterneuburgerstraße 95.
Haager Hermine, Feinputzerei von Wäsche, IX., Nußdorferstraße 21.

Ponli Maria, Verschleiß von Feinzeug- und Messerschmiedwaaren, XVIII., Schulgasse 10.

Kaupp Josef jun., Fleischhauergewerbe, II., Karmelitergasse 10.

Stodler Josef, Fleischhauergewerbe, II., Karmelitergasse 12.

Dangl Johann, Fleischhauer, III., Augustinerplatz.

Obermann Franz, Fleischverschleiß, XVI., Hofergasse 5.

Reischel Theresia, Verschleiß von Fleischselchwaaren, VIII., Piaristengasse 15.

Wittmann Philipp, Fourageverschleiß, III., Lorbeergasse 12.

Theurer Antonia, Fragnergewerbe, V., Arbeitergasse 25.

Rampata Adalbert, Fragnergewerbe, XVI., Römergasse 32.

Pichler Anton, Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum, XVII., Alsbachstraße 16.

Jakubovic Maria, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Dornerplatz, Markthütte 52.

Terc Magdalena, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Syringgasse 7.

Rodr Franziska, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidling, Ferdinandsgasse 4.

Bininger Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XI., Pfeiffergasse 39.

Petrach Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, XI., Gärtnergasse 53.

Pleskot Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Rembrandtstraße 30.

Austerlitz Simon, Gemischtwarenhandel, I., Franz Josefs-Quai 33.

Stallek Euphemia, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Sachsenplatz 6.

Fleißig Julie, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Wittelsbachstraße 4.

Lux Theresia, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Kleine Schiffgasse 18.

Buchner Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Schützengasse 13.

Kisiwetter Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Erdbergermais, Rundweg 2125.

Ullrich Vincenz, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Starhembergasse 44.

Zila Ernestine, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Wiedener Hauptstraße 89.

Schaufler Franz, Gemischtwaren- und Petroleum-Verschleiß, IV., Theresianumgasse 29.

Gedrevič Victorin, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Embelgasse 44.

Karabaczek Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Hundsthurmerstraße 89.

Csizmar Susanna, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Schottenfeldgasse 23.

Novak Theresia, geb. Shitzel, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Hofoper.

Hechtl Theresia, Grünwarenhändlerin, XVI., Habichergasse 42.

Mezuliarek Johann, Grünwaren-Verschleiß, III., Thongasse 13.

Scheiber Johann, Verschleiß von Gummiwaren, Bandagen, Artikeln für Krankenpflege, I., Freiung.

Hirschfeld Richard, Handelsagentie mit allen Waaren deren Verkauf an keine Concession gebunden ist, IX., Sensengasse 9.

Munk Rudolf, Handel mit Bau- und Brennholz und von Tischlern erzeugten Holzwaren, IX., Günthergasse 2.

Eisenschütz Adolf, Handelsagentie, II., Glockengasse 19.

Sewald Leopoldine, Hadernhandel, XVII., Herrengasse 4.

Praunseys Georg, Verschleiß von Hafer, Heu, Stroh und Häckerling, III., Rasumoffskygasse 12.

Martinek Anna, Handel mit Fischen und Krebsen, I., Freiung.

Fuhrmann Maria, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, IX., Alserstraße 34.

Kletzer Leopold, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, VIII., Schlösselgasse 9.

Wittmann Philipp, Holz- und Kohlenhandel, III., Lorbeergasse 12.

Graßinger Johann, Holz- und Kohlenhändler, II., Auf der Haide 7.

Krenn Antonie, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, II., Vereinsgasse 26.

Blahetek Simon, Kleinhandel für Holz und Kohlen, XVIII., Döblingerstraße 32.

Bernhardt Michael, Holz- und Kohlenverschleiß im Kleinen, V., Rüdigergasse 6.

Bauer Elisabeth, geb. Decker, Holz- und Kohlenverschleiß, X., Puxbaumgasse 50.

Schreiber Isidor, Juwelier und Goldschmiedegewerbe, I., Salzgries 23.

Birschitz Georg, Handel mit gebratenen Kastanien und Äpfeln, XVIII., Kreutzgasse, Zellerhof.

Zindl Marie Anna, Damenkleidermacherin, IX., Thurngasse 13.

Daschenreiter Amalia, Damenkleidermacherin, VIII., Mölkerg. 4.

Račel Johann, Kleidermacher, IV., Floragasse 2.

Knepperges Karl, Kleinfuhrmann, V., Ziegelofengasse 14.

Wittmann Philipp, Kleinfuhrwerksinhaber, III., Lorbeergasse 12.

Beer Heinrich, Fabriksmäßiger Betrieb der Kürschnerwaren-Erzeugung, I., Marc Aurelstraße 7.

Hawel Alois, Ledergalanteriewaaren-Erzeuger, VII., Neubaugasse 43.

Leer Franz, Lederverschleiß, XVI., Hauptstraße 63.

Petranovic Martin, Maronibrater, XVIII., Kreutzgasse 11.

Potatzky Therese, Marktfirante, XVI., Kirchstetterngasse 44.

Hartmann Anna, Marktvictualienhandel, III., Marktplatz, Hauptstraße.

Kobliska Julie, Markt-Victualienhandel, XII., Meidlinger Markt, wohnt: Gaudenzdorf, Mankengasse 41.

Maletz Theresia, Markt-Victualienhandel, XVI., Panikengasse, Markt.

Pribila Eva, Markt-Victualienhandel, XVI., Ottakringer Markt.

Topainer Marie, Markt-Victualien-Verschleiß, VII., Markthalle, Zelle Nr. 115/116.

Barthe Franz, Milchmeier, VII., Apollogasse 12.

Graf Marie, Verschleiß von Milch und Gebäck, XVII., Blumengasse 55.

Kralik Adolf, Milch-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Braunhirschengasse 24.

Nowak Johanna, Milch-Verschleiß, XVII., Dornerplatz.

Hartl Peter, Milchmeier, XVII., Hernalser Hauptstraße 106.

Klauser Michael, Milchmeiergewerbe, XVI., Gansterergasse 23.

Isling Marie, Miederputzerin, XVI., Neumayergasse 15.

Kolbe Josef Anton Franz, Musikergewerbe, VI., Mariahilferstraße 103.

Wirmer Leopold, Musiker, VII., Schottenfeldgasse 92.

Portugaller Josef, Director bei einer Musik-Capelle, X., Erlachgasse 21.

Sedelmayer Josef, Director bei einer Musik-Capelle, X., Rudolfshügel, Heinrichsgasse 11.

Hamburger Julie, Naturblumen-Verschleiß, IX., Liechtensteinstraße 33.

Krennberger Franz Josef, Papier-, Schreib-, Zeichenrequisiten- und Kurzwaaren-Verschleiß, III., Erdbergstraße 40.

Luger Thomas, Verschleiß von Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten, XVI., Gablenzgasse 20.

Rosenbaum Karoline, Verschleiß von Papier- und Kurzwaren, IV., Phorusgasse 9.

Doppler Vincenz, Verschleiß von Petroleum, Seifen und Kerzen, XVIII., Gürtelstraße 123.

Nistler Barbara, Pferdefleischselchwaren-Verschleiß, XVII., Veronikagasse 3.

Baumgartner Josef, Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleischselchwaren, II., Wintergasse 16.

Weiß Adolf, Weiß Ludwig, Pfaidlerei, I., Eßlinggasse 18.

Fischer Rudolfine, Pfaidlerei, I., Naglergasse 21.

Morgenstern Albert, Pfaidler, II., Große Stadtgutgasse 17.

Salter Simon, Pfaidlerei, IV., Hauptstraße 5.

Resinger Anna Katharina, Pfaidlerei, XVII., Stiftgasse 74.

Morgenthal Roman, Saiten-Instrumentenmacher, XVII., Kirchengasse 45.

Prenchtel Franz, Schlosser, V., Spengergasse 30.

Stephatschek Ignaz, Schuhmacher, XII., Meidling, Wilhelmsstraße 49, 1. Stock, Thür 6.

Strasil Franz, Schuhmachergewerbe, XVI., Wichtlgasse 16.

Reinelt Anton, Schuhmacher, XVII., Wilhelmsgasse 30.

Hruschka Josef, Selchwarenverschleiß, XII., Meidling, Johannesgasse 16.

Singer Sigmund, Verschleiß von Seilerwaren und Turngeräthen, VII., Westbahnstraße 1.

Feitel Ignaz (Traugott), Silberwarenhandel, I., Kärnthnerstraße 43.

Weinwurm Jacob, Sodawassererzeugung, III., Rennweg 92.

Riehl Nikolaus, Verschleiß von Telegraphen, Telephonen und einschlägigen Artikeln, I., Schottenring 19.

Schäbert Ignaz und Schäffer Adolf, Handel mit Thee, Rum und Essenzen, II., Circusgasse 34.

Klima Alois, Tischler, XII., Meidling, Mandlgasse 5.

Horak Josef, Tischler, XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 20.

Deutsch Johann, Tischler, XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 44.

Duschanek Franz, Tischlerei, XV., Neubaugürtel 37, wohnt: XVI., Brunnengasse 12.

Dunkl Ferdinand, Victualienhandel, XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 7.

Mann Josefine, Victualienhandel, V., Matzleinsdorferstraße 9.

Polak Therese, Handel mit Victualien im Umherziehen, XVIII., Schulgasse 73.

Ludwig Marianna, Victualienverschleiß, III., Rudolfsgasse 9.

Kellermann Samuel, Victualienverschleiß, III., Adamsgasse 22.

Jansens Bertha, Vergoldergewerbe, V., Am Hundsthurm 2.

Schenk Constantin, Vogelhändler, XVI., Reinhartsgasse 38.

Weis Franz, Geräthhandel für Schuhmacher, V., Einsiedlerg. 54.

Held Wilhelm, Gold- und Silberwaren-Erzeuger, II., Novaragasse 49.

Ertl Anton, Zuckerbäcker, II., Untere Augartenstraße 11.

Kaloszek Ignaz Emerich, Zuckerbäckergewerbe, X., Siccardsburggasse 11.

Huyek Carl, Zuckerbäckerwaren- und Canditenverschleiß, XVI., Ottakring, Hauptstr. 1.

Gewerbeanmeldungen vom 7. Jänner 1892.

de Gloser Theodor, Administrateur der Tournen Judic, Carl-Theater, II. Bezirk.

Bruža Theresia, Bänder, Spitzen- und Stickwarenverschleiß, I., Rothenthurmstraße 20.

Kubesch Roman und Heilinger Carl, Bildhauergewerbe, IV., Weyringergasse 38.

Reif Moriz, Börsegeschäft, Börse.

Schweitzer Moriz, Börsebesucher, k. k. Börse, IX., Lichtensteinstr. 7.

Hubar Eduard, Bürstenbindergewerbe, VII., Kirchengasse 15.

Klein Sigmund, Verschleiß chem. Producte und Mineralölen, II., Klosterneuburgerstraße 70.

Auer Dorothea, Eier- und Geflügelhändlerin, XII., Meidling, Schönbrunnerstraße 137.

Steindl Eva, Handel mit Eiern und Geflügel, XII., Meidling, Johannesgasse 29.

Greil Johann, Fischhandel, XII., Meidling (Markt). Wohnung: Hetzendorf, Bahnstraße 2.

Löffler Samuel, Verschleiß von Fischen, II., Karmeliterplatz.

Neugebauer Julius, Fleischhauergewerbe, II., Schiffmühlenstr. 72.

Korber Friedrich, Verschleiß von Fleisch- und Selchwaren, V., Steinbauergasse 14.

Wertl Johann, Verschleiß von Fleisch-, Selch- und Wurstwaren, XII., Neu-Hetzendorf, Hauptstraße 63.

Schmalhofer Julius, Fleischverschleiß, XVI., Ottakring, Marktpl.

Hudetz Theresia, Fragnerin, V., Arbeitergasse 33.

Schnur Carl, Friseur, II., Pazmanitengasse 11.

May Friedrich, Friseur und Raseur, XIV., Schönbrunnerstraße 50.

Schmidt Theresia, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Opernring 23.

Grueber Johann, v., Gemischtwaren-Verschleiß, II., Taborstr. 46.

Pollak Moriz, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Schüttelstraße 39.

Kraft Anna, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Stadtgutgasse 13.

Matysek Johanna, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Trennstraße 26.

Weinwurm Adolf, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Hofenederg. 1.

Peter Josef, auch Petr, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Wallensteinstraße 14.

Baumgartinger Franziska, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Hechtengasse 3.

Hersan Michael, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Louisengasse 24.

Dietmüller Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Weyringergasse 11.

Kohn Emma, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Embelgasse 34.

Baumgartner Conrad, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Margarethenplatz 2.

Schwarz Selig, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Steinbauerg. 15.

Kurz Gottlieb, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Mariahilferstr. 51.

Herold v. Stoda Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Eßterházygasse 37.

Grubler Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Liniengasse 32, VI., Mariahilferstraße 119.

Karger Franziska, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Bürgerspitalgasse 17.

Wurmser Leopold, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Seideng. 33.

Siller Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Kaiserstraße 3.

Burcik Leonhard, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Rögergasse 34.

Schodritz Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Liechtensteinstraße 100.

Mayer Barbara, geb. Brenner, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Leibnitzgasse 5.

Niederhofer Carl, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Wielandplatz 12.

Wodicka Maria, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Bucheng. 84.

Stodola Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidling, Bischofgasse 7.

Abeles Samuel, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Schönbrunnerstraße 56.

Schnek Leopold, Gemischtwaren-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Märzstraße 1.

Jolles Gisela, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Hauptstraße 140.

Schell Franz, recte Koch, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Wendgasse 1.

Hely Anna, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Friedmanngasse 21.

Roubicek Josef, Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum, XVII., Rötzergasse 34.

Honig Jakob, Tauber Philipp, Glaswarenhandel, I., Rudolfspl. 4.

Kohn Josef & Co., Großhandlung, I., Minoritenplatz 4.

Kübecher Ludwig, Handelsagentie, VII., Schottenhofgasse 3.

Ehrenweter Katharina, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, I., Zelinkagasse 3.

Vacek Josef, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, III., Kegelgasse 9.

Baumann Engelbert, Kleinverschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks, XI., Rimböckstraße.

Trexler Franz, Kornfeld Adolf, Ausübung eines Privilegiums auf ein Insectenvertilgungsmittel, VI., Eßterházygasse 32.

Neßmann Franziska, Caféschänkerin (Fortbetrieb durch die Witwe), V., Matzleinsdorferstraße 10.

Kuranda Leopold, Kleidermachergewerbe, I., Köllnerhofgasse 6.

Melichar Franz, Kleidermacher, XII., Meidling, Johannesgasse 18.

Hoffmann Bertha, recte Korneisl, Damenkleidermacherin, VI., Gumpendorferstraße 117.

Kugler Josef, Kürschner, XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 35.

Pollitzer Samuel, Lederausschnitt, Schuhmacherzugehör- und Schuhobertheil-Verschleiß, IX., Porzellangasse 11.

Feigenbaum Chaskel, Handel mit Leder, II., Große Mohreng. 23.

Niernsee Marie, Leinwäschhandel, V., Margarethenplatz 3.

Nelken Wolf Markus, Verschleißer von Manufactur- und Schnittwaren, II., Rueppgasse 27.

Lang Josefa, Markt-Victualienhandel, XI., Marktplatz, Wohnung: IX., Pfeiffergasse 8.

Elias Wenzel, Markt-Victualienhändler, XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 3.

Schiller Caroline, Niedermacherin, XVI., Ottakring, Eisnerstr. 14.

Schalko Magdalena, Milchmeierei, XII., Meidling, Franzensg. 15.

Kohn Franz, Verschleiß von Milch, Butter, Gebäck, V., Fockygasse 22.

Friesenhengst Johann, Milchverschleiß, IX., Thurngasse 10.

Brandmayr Franz, Milch- und Gebäckverschleiß, IX., Türkenstraße 8.

Nail Juliana, Milchverschleiß, XII., Meidling, Wertheimsteinstr. 10.

Bradel Christine, Milch- und Gebäckverschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 21.

Schill Maria Anna, Milchverschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 35.

Zimmermann Eleonore, Milch- und Gebäckverschleiß, XVII., Stiftgasse 102.

Kneisel Adalbert, Möbeltischlerei, XI., Geygasse 1a.

Gabris Johann, Feilbieten von Obst- und Grünwaaren im Umherziehen, XVII., Leitermayergasse 2, Th. 20.

Orsecki Katharina, Feilbieten von Obst- und Gemüse, II., Kleine Pfarrgasse 12.

Michalke Rosalia, Feilbieten von Obst- und Gemüse, II., Wallensteinstraße 50.

Schlegel Carl Martin, Verschleiß von Papier, Kurzwaaren, Schulheften, Preislisten ꝛc., II., Staudingergasse 4.

Nesbeda Johanna Franziska, geb. Sodonia, Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten, Kurz-, Galanterie- und Nürnbergerwaaren u. dgl. VIII., Josefstädterstraße 63.

Schüller Franz, Verschleiß von Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten, XVI., Neulerchenfeld, Liebhardtgasse 18.

Ryba Rosina, Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen, XVII., Alsbachstraße 29.

Bauer Charlotte, Pfaidlerin, II., Rafaelgasse 10.

Exinger Karl, Pfaidler, III., Rudolfsgasse 30.

Maly Karl, Pfaidler, V., Kohlgasse 38.

Barthon Johann, Pfaidler, VIII., Josefstädterstraße 25.

Bock Therese, Pfaidlerei, XIV., Goldschlagstraße 58.

Scharschitzky Johann, Pfaidlerei, XV., Fünfhaus, Pelzgasse 69.

Zöllner Octavia, Verschleiß von Pfaidlerwaaren, XVI., Ottakring, Hauptstraße 82.

Schüller Franz, Verschleiß von Preislisten und anderen Drucksorten, XVI., Neulerchenfeld, Liebhardtgasse 18.

Rausburg Mathilde (Daniel Fanto), Verschleiß von Schulheften, Preislisten, Preiszetteln ꝛc., II., Czerningasse 19.

Wessely Johann, Schuhmacher, XVI., Neulerchenfeld, Haberlgasse 49.

Huhn Anton & Huhn Karl, Schuhwichserzeugung, Verschleiß von Schuhwichs, Lack, Tinte, Zündwaren und Putzpulver, I., Schulerstraße 7.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzungen des Gemeinderathes	55
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 12. Jänner 1892	55
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 12. Jänner 1892	71
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	71
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 8. Jänner 1892	71
Allgemeine Nachrichten:	
Plan von Wien für Schüler	74
Armenangelegenheiten	74
Approvisionierung	75
Baubewegung	75
Gewerbebewegung	75
Kundmachungen	78
Concurs-Ausschreibung:	
Hilfsarztens-Stelle in der städtischen Versorgungs-Anstalt in Wien	78

Z. 400571
8.

Kundmachung.

Dr. Heinrich Laube-Stiftung.

Vom Beginne des Studienjahres 1891/1892 an gelangt ein Dr. Heinrich Laube-Stipendium im Betrage von jährlichen dreihundert (300 fl.) Gulden ö. W. zur Verleihung.

Auf dieses Stipendium können in erster Linie jene aus Wien gebürtigen ordentlichen Hörer der philosophischen Facultäten der Wiener Universität Anspruch erheben, welche mittellos sind und sich entweder den philosophischen, philologischen oder historischen Studien widmen und das erste Studienjahr bereits mit gutem Erfolge zurückgelegt haben; bei dem Abgange solcher Bewerber aber überhaupt aus den im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gebürtige, dürftige, ordentliche Hörer der früher angeführten Disciplinen der philosophischen Facultät in Wien, deutscher Nationalität.

Der Stipendist, welcher für jedes Semester einen tüchtigen Studienerfolg durch Colloquientestate oder durch ein günstiges Seminar-Zeugnis nachweist, bleibt bis zum Schlusse der vierjährigen Studienzeit, und im Falle, als er mit den Lehramts- oder Doctoratsprüfungen beschäftigt ist, noch ein weiteres Jahr im Genusse der Stiftung und unterliegt die Auszahlung des Stiftungsbetrages den hiefür jeweilig geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Impfungs- und Mittellosigkeits-Zeugnisse und den beiden letzten Semestral-Zeugnissen belegten Gesuche bis 20. Februar 1892 bei dem Wiener Magistrate zu überreichen.

Jene Studirenden, welche keine Prüfungs-Zeugnisse beizubringen in der Lage sind, haben sich bezüglich ihrer Würdigkeit zur Erlangung eines Stipendiums mit der Bestätigung seitens ihres vorgesetzten Decanates des Professoren-Collegiums auszuweisen.

Nur die mit einem legalen Armuthszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

2—3

M. Z. 2998
ex 1892

Kundmachung.

In Gemäßheit der §§. 18 und 19 des Gesetzes vom 23. Mai 1883, R. G.-Bl. Nr. 83, über die Evidenzhaltung des Grundsteuercatasters wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der Vermessungsbeamte zum Zwecke der Entgegennahme von Anmeldungen über eingetretene Veränderungen im Grundbesitze und zu sonstigen Evidenzhaltungsamtshandlungen an den Tagen 3., 4., 5. Februar 1892, im Locale der Steueradministration zu Wien, I. Bezirk, Fleischmarkt Nr. 19, anwesend sein wird.

Es wollen daher die Grundbesitzer an den bezeichneten Tagen bei dem Vermessungsbeamten in Angelegenheit der Evidenzhaltung des Catasters Anmeldungen oder sonstige auf stattgefundene Veränderungen im Grundbesitze bezügliche Nachweisungen beibringen oder mündliche Erklärungen abgeben.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Jänner 1892. 2—3

M. Z. 458226
XVII.

Kundmachung.

Am 3. und 4. Februar 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, feuerfeste Cassen, Möbel, Claviere, Bücher, Nähmaschinen, Kleider, Wäsche, Schuhwaaren, ꝛc. ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im neuen Rathhause VI. Hof, Parterre, einfinden. Die Auctionsstunden sind von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags.

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Jänner 1892. 3—3

M. Z. 392880
ex 1891

Concurs-Ausschreibungen.

Hilfsarztens-Stelle in der städtischen Versorgungs-Anstalt in Wien.

In der **Wiener städtischen Versorgungs-Anstalt**, IX., Spitalgasse 23, ist vom 1. April 1892 an **die Stelle eines Hilfsarztes** zu besetzen.

Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt von 800 fl. und die Bequartierung in der Anstalt verbunden. Die Anstellung erfolgt auf 3 Jahre unter Festsetzung einer beiden Contrahenten zustehenden vierteljährigen Kündigung des Dienstverhältnisses. Nach Ablauf von 3 Jahren kann die Anstellung erneuert werden und wird bei Verleihung von definitiven Hausarzten-Stellen auf den Hilfsarzt Bedacht genommen.

Bewerber um diese Stelle haben in ihren Gesuchen in Gemäßheit des §. 11 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten nachzuweisen, daß sie Doctoren der Medizin und Chirurgie, sowie Magister der Geburtshilfe, beziehungsweise Doctoren der gesammten Heilkunde sind. Die mit diesen Nachweisen, dann dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Heimatsdocumente und den Nachweisen über die eventuelle bisherige Verwendung zu versehenden, ordnungsmäßig zu stempelnden Gesuche sind bis längstens **31. Jänner 1892** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen. Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate.

Wien, am 29. December 1891. 3—3

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 4. Dienstag, den 19. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 15. Jänner 1892 unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre zur Kenntnis zu bringen, dass Herr Gem.-Rath Dr. Lueger sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung durch Unwohlsein entschuldigt hat.

2. An den Herrn Bürgermeister ist folgendes Schreiben des Herrn Dr. Leopold Teltscher eingelangt (liest):

„Weiland Seine kaiserliche und königliche Hoheit der am 15. December 1891 verblichene durchlauchtigste Herr Erzherzog Sigismund hat einen Betrag von 10.000 fl. für die Armen Wiens zu Handen des Herrn Bürgermeisters letztwillig gewidmet.

Seine kaiserliche und königliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer von Österreich als Testamentsexecutor nach weiland Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit haben zu verfügen geruht, dass dieses Legat ohne Rücksicht auf die Bestimmung des §. 685 a. b. G. B. sogleich zur Auszahlung gebracht werde.

Demzufolge gebe ich mir die Ehre im Vollmachtsnamen Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Rainer von Österreich, Testamentsexecutor nach weiland Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Sigismund, in Persolvierung des obbezeichneten Legates den Betrag von 10.000 fl. ö. W. in Worten Zehntausend Gulden österreichische Währung Euer Hochwohlgeboren zu überreichen und bitte um gefällige Empfangsbestätigung." (Beifall).

Die Versammlung spricht den Dank für diese Spende aus.

3. Weiters habe ich mitzutheilen, dass Herr Paul Freiherr von Schey mit Schreiben vom 11. Jänner d. J. den Betrag von 50 fl. zu Gunsten des Vereines zur Beköstigung armer Schulkinder dem Herrn Bürgermeister übersendet hat. — Wird der Dank ausgesprochen.

4. Die Direction der Wechselstuben-Actien-Gesellschaft „Mercur" übermittelt den Betrag von 100 fl., welcher von dem Gewinner des Haupttreffers der Wiener Communallose in der am 2. d. M. stattgefundenen Ziehung für die Waisenknaben, welche bei derselben interveniert haben, hinterlegt worden ist. — Wird der Dank ausgesprochen.

5. Soeben kommt mir die Mittheilung zu, dass Herr Gem.-Rath Lechner sein Ausbleiben wegen Unwohlsein entschuldigt hat. — Dient zur Kenntnis.

6. Weiters habe ich der geehrten Versammlung zur Kenntnis zu bringen, dass der Herr Bürgermeister sich an seine Excellenz den Herrn Finanzminister mit dem Ersuchen gewendet hat, es möge der Durchbruch der verschiedenen Straßen, welche an den Linienwall grenzen, durch denselben ermöglicht werden.

Ueber dieses Ersuchen hat Seine Excellenz der Herr Finanzminister dem Herrn Bürgermeister bekanntgegeben, dass gegen die Herstellung der fraglichen Communikationen vom Standpunkte der Gefällsinteressen keine Einwendung zu erheben sei, dass jedoch eine gesetzliche Ermächtigung, durch welche die Staatsverwaltung zur verlangten unentgeltlichen Eigenthumsabtretung und Belastung befugt werde, nicht vorliegt, und dass daher die Gestattung der Benützung der zu den geplanten Communikationen benöthigten Linienwallgründe nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte des staatlichen Eigenthums und in precaristischer Weise, d. i. unter dem ausdrücklichen Vorbehalte des Widerrufes stattfinden könne.

Das Schreiben schließt:

„Euer Hochwohlgeboren wollen indes versichert sein, dass ich auf die schleunigste Erledigung der erwähnten Angelegenheit gleich von Anfang an hingewirkt und in diesem Sinne die Dicasterial-Gebäudedirection angewiesen habe, sowie dass ich mich über den Gang der bezüglichen Verhandlung von Tag zu Tag im Laufenden erhalten lasse. Es wird daher seitens der Staatsbehörde gewiss keine Verzögerung eintreten." (Beifall.)

Dient zur Kenntnis.

7. Ich habe weiters zur Kenntnis zu bringen, dass unter der Chiffre N. N. von einem Unbekannten 100 fl. für Arme an den Herrn Bürgermeister übersendet worden sind. — Die Versammlung nimmt dies dankend zur Kenntnis.

8. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Djörup, welcher fragt, bis wann mit der Anbringung von selbstschließenden Ventilen bei den öffentlichen Auslaufbrunnen der Straßen und Plätze begonnen werden wird, habe ich die Ehre zu erwidern:

Nachdem der löbl. Gemeinderath die vom Magistrate beantragte Anschaffung von 100 Stück Selbstschlussventilen des Systems Knauf behufs Anbringung an öffentlichen Auslaufbrunnen in den alten Gemeindebezirken Wiens abgelehnt hatte, wurde dem Stadtbauamte in Erledigung seines Berichtes vom 14. Juni 1891, Z. 1866, mit Magistratsdecret vom 27. Juni 1891, Z. 230988, ein Pauschalbetrag von 200 fl. zum Zwecke der Anfertigung eines Modelles und einiger von diesem Amte construierten Absperrventile bewilligt. Auf Grund dieser Bewilligung hat das Stadtbauamt 9 Ventile mit Aufschriftstafeln anfertigen lassen und hievon 8 Stück bereits ihrer praktischen Verwendung zugeführt.

Anlässlich des Berichtes des Stadtbauamtes vom 12. September 1891, Z. 2141 über das tadellose Funktionieren der gedachten 8 Ventile, hat der löbliche Stadtrath über Antrag des Magistrates infolge Beschlusses vom 6. November 1891, Z. 2598 die Anschaffung vom 50 Stück Abschlussventilen nach der bauämtlichen Construction für Brunnen mit kleineren Ständern, und zwar je zur Hälfte für bestehende und neu zu errichtende Brunnen, dann die Erprobung des Selbstschlußventiles des Systems Kelsen mit dem Beifügen genehmigt, dass über das Resultat dieser Erprobung seinerzeit Bericht zu erstatten ist.

Das Stadtbauamt hat die eben erwähnten 50 Stück Ventile durch P. F. Adamek zum Preise von 10 fl. per Stück, dann 50 Stück kleine Aufschriftstafeln bereits anfertigen lassen und es stehen von diesen Ventilen dermalen im I. Bezirk 1, im III. Bezirk 1, im V. Bezirk 1, im X. Bezirk 2, im XII. Bezirk 2, im XIII. Bezirk 8, im XIV. Bezirk 3, im XV. Bezirk 3, im XVI. Bezirk 11, im XVIII. Bezirk 21 und im XIX. Bezirk 5 Stück in Verwendung. Mit Rücksicht darauf, dass sich diese Ventile bisher sehr gut bewährt haben und selbe ihren Zweck, nämlich Ersparnis von Wasser, vollkommen erfüllen, wird das Stadtbauamt demnächst wegen Anschaffung einer größeren Anzahl von derlei Abschlusshähnen dem Magistrate eine Vorlage machen.

Die von S. Kelsen der Gemeinde Wien unentgeltlich überlassenen 5 Stück Absperrhähne wurden in der städtischen Wassermesser-Probierstation bereits ämtlichen Proben unterzogen und auf Grund des Resultates dieser Proben dem Lieferanten behufs Vornahme von nothwendigen kleineren Reconstructionen zurückgestellt.

Die reconstruierten Ventile werden seinerzeit in der Probierstation ämtlich geprüft und wenn die Probe günstig ausfällt, an öffentlichen Auslaufbrunnen behufs ihrer weiteren praktischen Erprobung angebracht werden. Über das Functionieren dieser Ventile wird der Magistrat nach Ablauf einiger Monate an den löblichen Stadtrath Bericht erstatten.

An diesen Ventilen werden also über Verlangen des Stadtbauamtes einige kleinere unwesentliche Änderungen vorgenommen werden. Auch diese Ventile werden eingebaut und die Erfahrungen über dieselben dem Gemeinderathe zur Kenntnis gebracht werden. (Beifall.)

9. Weiter habe ich die Ehre zu erwidern auf die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dobes, welcher darauf hinweist, dass verschiedene in der Seelsorge nicht angestellte Aushilfskatecheten resp. Religionslehrer, bisher ihre Bezüge nicht ausbezahlt erhalten haben.

Ich habe darauf zu erwidern, dass nach §. 55, Abs. 3, des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. 62, über die rechtzeitige und befriedigende Verabfolgung der Lehrerbezüge die Schulbehörden zu wachen und zu entscheiden haben. Es hätten demnach auch jene Religionslehrer des Schulbezirkes Wien, welche einen Anspruch auf Auszahlung einer Remuneration haben, sich behufs Geltendmachung desselben, beziehungsweise Betreibung der Auszahlung an den Bezirksschulrath zu wenden. — Ich bitte nun in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Scheidl:**

„Als seinerzeit die Gürtelstraße eröffnet wurde, jubelten die ehemaligen Vorortegemeinden Fünfhaus und Neulerchenfeld laut, weil ihnen hiedurch gleichsam eine Ringstraße geschaffen werden sollte und sich nebenbei freie Plätze zu öffentlichen Parkanlagen ergeben würden. Die Bewohner hofften umsonst: denn die Gürtelstraße entsprach zwar den gehegten Erwartungen, indem sie heute eine der schönsten Straßen Wiens ist und auf beiden Seiten mit drei- bis vierstöckigen Zinshäusern verbaut ist; aber die zweite Hoffnung gieng in Trümmer, weil die übrigen Gründe außer den Straßengründen von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft angekauft wurden, und da von den Eigenthümern auf alle mögliche Weise versucht wurde, das verwendete Capital möglichst gut zu verzinsen, so sahen sich diese Gemeinden gezwungen, diese Gründe zeitweilig als Holzlager, als Plätze für Pflastersteine u. s. w. in Verwendung zu geben, was der Gürtelstraße ein eigenthümliches Gepräge verleiht.

Wer heute von der Schönbrunnerstraße in Fünfhaus bis zur Lerchenfelderstraße, Thaliastraße einen Spaziergang unternimmt, der kann bemerken, dass die Gürtelspiegelgründe einen trostlosen Anblick gewähren. Mist, Schutt, Steine, Alles wird hier von den Parteien abgelagert; dazu kommt noch, dass die Beleuchtung höchst mangelhaft ist und es Wunder nehmen muss, dass sich dort nicht manche Unglücksfälle ereignen. Die Gemeinden Fünfhaus und Neulerchenfeld haben schon Jahre lang mit der Neuen Tramway-Gesellschaft Unterhandlungen gepflogen, und es kostete viele Kämpfe, es musste sogar die Entscheidung des Verwaltungs-Gerichtshofes angerufen werden. Zuletzt wollten die beiden Gemeinden diese Gründe mieten, was aber wieder an der allzu hohen Forderung der Tramway-Gesellschaft scheiterte.

Im Gebiete Neulerchenfeld befindet sich auf diesen Gründen ein Holzbau, welcher den gräßlichsten Anblick bietet und gegen Demolierungsrevers aufgebaut ist.

Dieser Bau wird von der Tramway an Künstler vermietet. Es wäre an der Zeit, alle die geschilderten Übelstände zu entfernen und die Gründe, welche Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser, damit kennzeichnete, dass er sie für öffentliche Anlagen erklärte, ihrem Zwecke zuzuführen.

Ich stelle daher den Antrag, die Neue Tramway-Gesellschaft werde beauftragt, die Gürtelgründe von der Schönbrunnerstraße im XV. Bezirk bis zur Thaliastraße im XVI. Bezirk schleunigst zu räumen, und diese Gründe auf das richtige Niveau zu bringen."

An den Stadtrath.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Referat gelangt Herr Gem.-Rath Dr. Hackenberg.

11. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg. Ich habe die Ehre zu referieren über die Übernahme der in das erweiterte Gemeindegebiet von Wien fallenden Landesstraßen und Bezirksstraßen.

Im Grunde des Artikels 18 des Gesetzes vom 19. December 1890 hat die Gemeinde Wien die in das erweiterte Gemeindegebiet fallenden Landes- und Bezirksstraßen in die eigene Verwaltung zu übernehmen, und ist bezüglich des Zeitpunktes der Übernahme und der Bedingungen, unter welchen diese Übernahme stattzufinden hat, im Wege der Landesgesetzgebung Vorsorge zu treffen. Es haben über Wunsch des Herrn Bürgermeisters Verhandlungen über die Modalitäten dieser Übernahme und den Zeitpunkt der Übernahme beim Landesausschusse stattgefunden. Die Herren finden das Resultat dieser Verhandlungen in einer eingehenden Vorlage, die Ihnen zugesendet worden ist, und die Sie ja sicher durchgelesen und genau studiert haben werden. Es sind Landes- und Bezirksstraßen zu übernehmen und zwar Landesstraßen in vier großen Straßenzügen in einer Gesammtlänge von 26.825 Meter, wovon 22.743 Meter Länge gepflastert und 4082 Meter Länge geschottert sind.

Diese Straßen befinden sich in der durchschnittlichen Breite von 8·45 Meter; in dem Zuge dieser Straßen befinden sich verschiedene in der gedruckten Vorlage angeführte Objecte, die zum Theile von Gesellschaften und Einzelpersonen auf Grund privatrechtlicher Verpflichtungen zu erhalten sind. Der Zustand dieser Straßen wurde commissionell untersucht, und theilweise als ein guter, theilweise als ein mittlerer, theilweise als ein sehr guter, und in einer kleinen Strecke in der Märzstraße bis zur Felberstraße als ein sehr schlechter befunden, wodurch die Neupflasterung dieser Strecke in kurzer Zeit erforderlich sein wird. Aus den Vorlagen, die der u.-ö. Landesausschuss dem Magistrate gemacht hat, um das Erfordernis zu prüfen, ging hervor, dass im Durchschnitte der Jahre 1880—89 für die Erhaltung dieser Landesstraßen ein Betrag von 41.798 fl. nothwendig war, während für das Jahr 1892 selbst aber nur ein

Betrag von 35.298 fl. präliminiert worden war. Die Vertreter der Gemeinde Wien waren nun bemüht, diejenigen Kosten vom Lande zu erhalten, welche die Erhaltung dieser Straßen erforderlich macht. Aus den Vorlagen ging jedoch weiters hervor, dass außer dem nach dem Durchschnitte der 10 Jahre für die Erhaltung der Straßen erforderlichen Betrage von 41.798 fl. für die Erneuerung des Pflasters der gepflasterten Straßen noch ein weiterer Betrag nothwendig sei. Das Ausmaß dieser gepflasterten Straßen beträgt 195.600 Quadratmeter. Die Ausweise des Landesausschusses wiesen nach, dass unter den 41.798 fl. diese Erneuerungskosten des Pflasters nicht enthalten waren, welche dadurch entstehen, dass das Pflaster in einem gewissen Zeitraume, wenn die Würfel vollständig abgenützt, wiederholt gewendet sind, und ihr Volumen sich so vermindert hat, dass sie nicht weiter benützt werden können, erneuert werden muß.

Der Magistrat hat unter Vergleich der Dichte des Verkehres auf diesen Straßen mit anderen Straßen Wiens angenommen, dass eine solche Pflastererneuerung auf den genannten Landesstraßen ungefähr in einem Zeitraume von 25 Jahren nothwendig sein werde. Wird nun dem zugrunde gelegt, dass die Herstellung eines neuen Pflasters per Quadratmeter einen Betrag von 7 fl. 56 kr. kostet, dass weiters von der Fläche von 195.600 Quadratmeter jährlich 7824 Quadratmeter neu gepflastert werden müssen, so ergiebt dies ein Pflastererfordernis von 59.150 fl. jährlich, rechnet man den Wert der alten Steine per Quadratmeter mit etwa 1 fl., ein Erfordernis von 51.326 fl. Im Zuge der zu übernehmenden Straßen befinden sich zwei große, erst im Jahre 1888 dem Verkehre übergebene Brücken; es war daher nicht möglich, dass das Erfordernis für Erhaltung dieser Brücken im gedachten zehnjährigen Durchschnitte enthalten sei.

Es sind dies die Kaiser Josef-Brücke über die Wien und die Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Brücke in Heiligenstadt über die Donau. Der Magistrat hat nun unter Vergleichung mit anderen Brücken, die wir zu erhalten haben, berechnet, dass die Kaiser Josef-Brücke ein jährliches Erhaltungserfordernis von 930 fl., die Jubiläums-Brücke von 1850 fl., beide zusammen 2780 fl. beanspruchen. Die Delegierten der Gemeinde Wien bei dieser Verhandlung beanspruchten nun vom Lande den Ersatz dieser Summen im Betrage von 41.798 fl. für die currente Erhaltung der Straßen, 51.326 fl. als jährliches Erfordernis für die Pflastererneuerung bei einem 25jährigen Turnus der Benützung, dann weitere 2780 fl. als jährliches Erfordernis für die Erhaltung der beiden großen Brücken, zusammen daher den jährlichen Betrag von 95.904 fl. Herr Landesausschuss Schöffel, der den Landesausschuss vertrat, wendet dagegen ein, dass dies ein durchaus unbilliges Verlangen sei, weil nach dem Straßengesetze das Land überhaupt verpflichtet sei, Straßen im geschotterten Zustande und in einer Breite von 5—6 Meter, nicht aber von 8·4 Meter herzustellen.

Wenn das Land über seine gesetzlichen Verpflichtungen hinausgegangen und in Erfüllung einer nicht bestehenden Verpflichtung 2,600.000 fl. für Pflasterungen aufgewendet hat — erst in jüngster Zeit wieder 60.000 fl. —, so könnte die Stadt Wien wohl nicht beanspruchen, dass ihr neben diesem Betrage auch noch eine weitere große Summe dafür zugewendet werde, dass die jährliche Pflastererneuerung stattfinde. Insbesondere wies Herr Schöffel noch darauf hin, dass sich im Zuge dieser Straße die Tramway-Geleise befinden und dass die Tramway-Gesellschaft verpflichtet sei, innerhalb der Zone ihrer Geleise die Straße zu erhalten und das Pflaster zu erneuern; die sich hiebei ergebende Fläche sei jedoch nicht berechnet worden und wäre dieselbe auch in Abzug zu bringen.

Nach langen Verhandlungen, und nachdem sich die Delegierten Wiens die Überzeugung verschafft hatten, dass der von der Gemeinde geforderte Betrag absolut nicht zu erreichen sei, und da Herr Landesausschuss Schöffel insbesonders darauf hinwies, dass das Gesetz auch ohne Einvernehmen mit der Gemeinde Wien lediglich durch den Landtag beschlossen werden könne, und ein vorhergehendes Übereinkommen mit der Gemeinde im Gesetze gar nicht vorgesehen sei — eine Thatsache, die ich meinerseits zwar damals bestritt, was ich aber juristisch aufrecht zu erhalten nicht in der Lage bin — einigten sich die Vertreter der Gemeinde und des Landes-Ausschusses, vorbehaltlich der Genehmigung des Landes-Ausschusses und des Gemeinderathes, auf einer neuen Basis.

Aus der Beilage des Landes-Ausschuss-Berichtes ergibt sich unter Anderen Folgendes:

Für die Pflaster-Reparatur ist jährlich ein Betrag per Quadratmeter von 5·1 bis 7 kr., bloß für die Reparatur, alle anderen Kosten nicht gerechnet, dagegen für die Erhaltung der geschotterten Straßen, Schotter aufziehen und Planieren, per Quadratmeter 11·3 bis 16·6 kr. erforderlich; das jährliche Erfordernis für die beschotterten Straßen ist also um circa 10 kr. per Quadratmeter mehr als für die gepflasterten Straßen.

Nun wurde proponiert, dass dieser Mehrbetrag vom Lande zu bezahlen sei, und nachdem die gepflasterten Straßen ein Ausmaß von 195.600 Quadratmeter haben, ergibt sich eine Summe von 19.500 fl. als Mehrerfordernis der Erhaltung der beschotterten Straßen gegenüber der gepflasterten Straßen. Diesen Betrag erklärt sich Landes-Ausschuss Schöffel bereit, dem Landes-Ausschusse zur Annahme zu empfehlen.

Es wurde daher als Basis der Ersatzleistung dieser 19.500 fl., sodann nach dem 10jährigen Durchschnitt für die Erhaltung jährlich 41.800 fl. und das Erfordernis für die Erhaltung der früher genannten großen Brücken, zusammen 64.140 fl. oder rund 65.000 fl. als die Summe angenommen, welche das Land Niederösterreich als jährliche Ersatzleistung zur Erhaltung dieser Landesstraßen beizusteuern sich zu verpflichten geneigt ist.

Es kam weiters bei den Landesstraßen noch Folgendes in Frage: Es ergab sich aus den Ausweisen, dass 17 mit Decret und einer Löhnung von 24—30 fl. monatlich angestellte Straßen-Einräumer mit dem Rechte zum Bezuge von Provisionen nach zurückgelegten zehn Dienstjahren, resp. Gnadengaben, und zwar für ihre Kinder, Witwen und Waisen angestellt seien. Von den 17 Straßen-Einräumern ist eine Anzahl über zehn Jahre im Dienste, eine geringe Anzahl weniger als zehn Jahre im Dienste. Obwohl wir nun uns sträubten, provisionsberechtigte Einräumer zu übernehmen, insbesondere mit Rücksicht darauf, dass das Institut der provisionsberechtigten Straßen-Einräumer in Wien nicht besteht und wir durch Einfügung dieser in den Organismus der Gemeinde besorgten, dass unsere Bediensteten gleicher Kategorie ähnliche Ansprüche stellen könnten, so entschlossen wir uns aus Humanitätsgründen und insbesondere deshalb, weil wir bei den Bezirksstraßen provisionsberechtigte Einräumer zu übernehmen verpflichtet sind, nicht weiter dagegen zu opponieren, dass wir eine Anzahl Einräumer der Landesstraßen übernehmen. Diejenigen Einräumer, welche jedoch bereits provisionsberechtigt sind, werden nur auf die Dauer von längstens zwei Jahren, bis der Landes-Ausschuss für dieselben Verwendung hat in den Dienst der Gemeinde genommen und soll das

Land, wenn in dieser Zeit ein Provisionsanspruch fällig wird, denselben zu zahlen verbunden sein.

Weiters ergab sich aus den Ausweisen des Landes-Ausschusses, dass an den Straßen noch eine Menge anderer Objecte: Stützmauern, Einzäunungen u. s. w. bestehen, auf Grund von privatrechtlichen Verpflichtungen Einzelner und juristischer Persönlichkeiten, und es wurde die Vereinbarung getroffen, dass alle aus diesen Verpflichtungen dem Lande zustehende Rechte, auch an die Gemeinde überzugehen haben. Dies ist die Frage der Übernahme der Landesstraßen betreffend. Was die Bezirksstraßen anbelangt, sind die Verhältnisse folgendermaßen: Es sind zu übernehmen die Straßen von fünf verschiedenen Straßen-Concurrenz-Bezirken, und zwar von Hietzing, Sechshaus, Hernals, Schwechat und Klosterneuburg. Die Herren finden die Anzahl der Straßen, die da zu übernehmen sind in der gedruckten Vorlage angeführt. Das Ausmaß dieser Straßen ist ein sehr bedeutendes, es sind auch auf diesen Straßen eine große Anzahl Objecte vorhanden, die miterhalten werden müssen und die nach dem Gesetze einen Theil der Straße bilden.

Für die Erhaltung und Säuberung dieser Straßen waren präliminiert für das Jahr 1892 von den Bezirksstraßen-Ausschüssen — ich nenne die Summe in ganzen Beträgen — . 160.245 fl.
als außerordentliche Auslagen für Neupflasterungen sind pro 1892 präliminiert im Ganzen . . . . 98.000 fl.

zusammen daher . 258.245 fl.

Überdies sind noch andere Erfordernisse, insbesonders im Gerichtsbezirke Hernals, präliminiert. Dazu kommt, dass der Bezirksstraßen-Ausschuss Hernals aus einem Schuldscheine ddto. 3. September 1872 über ein Darlehen, welches bei der Bodencreditanstalt im Betrage von 300.000 fl. aufgenommen wurde, dermalen noch eine Summe von 218.915 fl. 33 kr. schuldig ist. Die im Jahre 1892 fälligen Annuitäten aus dieser Schuld an Zinsen und Capitalszahlungen betragen 18.652 fl., so dass sich für die genannten Bezirksstraßen ein Gesammterfordernis von 276.897 fl. ergibt.

Die Höhe der Umlagen der verschiedenen Bezirksstraßen-Ausschüsse, wie sie früher bestanden haben, kümmern uns wohl heute nicht. Der Straßenfond von Sechshaus hatte nach den Ausweisen, welche uns vorliegen mit Ende 1890 ein Activum von 97.195 fl., das jedoch nach Angabe des Landesingenieurs Roßmann bis Ende des Jahres 1891 eine Verminderung auf 35.000 fl. erfahren dürfte.

Das Activum des Straßenfondes Hietzing betrug Ende des Jahres 1890 72.661 fl., jenes von Schwechat 25.038 fl. und jenes von Klosterneuburg 665 fl. 64 kr. Diese Activen dürften jedoch nach Angabe desselben Landesingenieurs, der die Straßenaufsicht führt, bis Ende 1891 eine Verminderung erfahren haben bei Hietzing auf 65.000 fl. nebst einem Hause im Werte von 5000 fl. in Kalksburg, und von 10.000 fl. bei dem Straßenfonde Schwechat. Der Betrag von 665 fl. 64 kr. bei dem Straßenfonde in Klosterneuburg dürfte inzwischen schon vollständig aufgezehrt worden sein. Bei der Frage der Auftheilung der Activen der Bezirksstraßenfonde, zu welchen nicht bloß Bargeld, Wertpapiere sondern auch die Requisiten und sonstiges Vermögen gehören, bestand zwischen den Delegierten der Gemeinde Wien und den Delegierten des Landesausschusses gleichfalls Differenzen. Die Delegierten der Gemeinde Wien beanspruchten die Auftheilung nach dem Modus der Steuerleistung der Bevölkerung, soweit dieselbe in das erweiterte Gemeindegebiet einbezogen und jener, welche nicht einbezogen worden war, und zwar von der Erwägung ausgehend, dass die Fonde gebildet worden waren aus den Steuerleistungen der Bevölkerung, so dass dieser Gesichtspunkt der allein berechtigte zu sein schien, weil ja die zahlreichere und wohlhabendere in das neue Gemeindegebiet Wien einbezogene Bevölkerung jedenfalls mehr zu diesem Bezirkssteuerfonde beigetragen hat. Der Vertreter des Landesausschusses wollte wieder den Standpunkt, die Auftheilung der Fonde soll geschehen nach Maßgabe der Straßenlänge im Verhältnisse der Länge jenes Theiles der Straßen, die in das neue Gebiet Wien einbezogen sind und jene, die außerhalb des neuen Gemeindegebietes Wien zu liegen kommen. Nach längerer Verhandlung einigte man sich auf einer Basis, dass der mittlere Durchschnitt zwischen Steuerleistung und der Straßenlänge angenommen werden soll. Es erhält daher von dem Bezirksstraßenfonde Hietzing die Gemeinde Wien 60%, der Fond selbst 40%, von dem Fonde des Bezirkes Schwechat Wien 25%, der Fond 75%, von dem Fonde des Bezirkes Klosterneuburg Wien 40%, der Fond 60%.

Was den Bezirksstraßenfond Sechshaus und Hernals anbelangt, so fallen die Straßen dieser beiden Straßenconcurrenzbezirke vollständig in das neue Gemeindegebiet von Wien. Wir haben daher die Activen und Passiven zu übernehmen, wobei ich auch bemerken möchte, dass nebst der Schuld von 218.915 fl. bei dem Bezirksstraßenfonde Hernals auch ein Activum von 30.000 fl., fructificiert in einem Sparcassabuche, vorhanden ist.

Nachdem der Stadtrath über diese Angelegenheit verhandelt und diejenigen Anträge, die Sie am Schlusse der schriftlichen Vorlage finden, angenommen hatte, überraschte uns der Landesausschuss mit einer Mittheilung, dass aus dem Nothstandsdarlehen des Jahres 1866, das der Staat dem Lande gewährt hatte, wovon der Landesausschuss einigen Bezirksstraßenausschüssen Bauvorschüsse übergeben hätte, beim Bezirksstraßenfonde Hietzing noch die Summe von 19.129 fl. 93½ kr., beim Bezirksstraßenfonde Schwechat 1091 fl. 43½ kr., beim Bezirksstraßenfonde Sechshaus 6690 fl. 44 kr. rückständig seien.

Die diesfalls angestellten Erhebungen führten eigentlich zu keinem Resultate. Niemand bei den betreffenden Bezirksstraßenausschüssen wusste von dem Vorhandensein dieser Schuld, was wohl daher kommen mag, dass seinerzeit den betreffenden Bezirksstraßenausschüssen diese Nothstandsvorschüsse vom Lande unter Verwahrung derselben octroyiert worden waren, so dass dieselben offenbar nicht einmal verbucht worden sind. Der Landesausschuss bemerkt in dieser Zuschrift, dass daher die Commune Wien nach Maßgabe der Vereinbarungen für diese Rückstände aufzukommen hätte. (Rufe: Sehr gut!) Der Stadtrath beschloss nach dieser Zuschrift, an den Landesausschuss das Ersuchen zu richten, in neuerliche Verhandlungen mit Rücksicht auf die bekannt gegebenen Rückstände einzutreten, um womöglich eine Abänderung des Auftheilungsschlüssels der Activen der drei früher von mir genannten Bezirksstraßenfonds herbeizuführen. Der Landesausschuss lehnte den Eintritt in solche Verhandlungen mit Zuschrift vom 11. December v. J. in folgender Weise ab. (Hört! Hört!) (Liest:)

„Die Angelegenheit der den Bezirksstraßenfonden Hietzing, Schwechat und Sechshaus gewährten Nothstand-Bauvorschüsse aus den Jahren 1866 und 1867 geht ihrer Austragung entgegen. Wie dem löblichen Magistrate bekannt ist, schweben seit Jahren zwischen dem Landesausschusse und dem k. k. Finanzministerium Verhandlungen wegen Regelung der Invasionsforderungen aus den

Jahren 1805 und 1809, bei welchen das von der Regierung dem Lande Niederösterreich im Jahre 1866 gewährte Nothstands-Darlehen von 300.000 fl. als ein Compensations-Objekt in Betracht kommt. Das k. k. Finanzministerium hat bereits protokollarisch den Verzicht auf die Rückzahlung dieses Nothstands-Darlehen in Aussicht gestellt, für den Fall als eine Vereinbarung über die Invasionsforderungen zu Stande kommt.

Diese Vereinbarung ist bisher nicht erfolgt, weil der Landesausschuss noch eine bare Entschädigung fordert, welche seitens des k. k. Finanzministeriums bisher nicht zugestanden worden ist; es ist aber anzunehmen, dass die Verhandlungen in nicht ferner Zeit zum Abschlusse kommen und dass daher auch die Nothstands-Darlehen aus dem Jahre 1866 zur Abschreibung gelangen.

In diesem Falle — wenn also das staatliche Nothstands-Darlehen an das Land zur Abschreibung gelangt — würden auch die obbezeichneten Bauvorschüsse, welche aus dem Nothstands-Darlehen gewährt wurden, abgeschrieben werden.

Derzeit kann aus dem erwähnten Grunde eine Abschreibung noch nicht erfolgen, aber sie kann nach dem Stande der Verhandlungen mit Sicherheit in Aussicht gestellt werden, so dass dem Landesausschuss kein Anlass gegeben erscheint, in neuerliche Verhandlungen über die Auftheilung der Vermögensbestände der genannten Bezirksstraßenfonde einzugehen."

Angesichts dieser Ablehnung, aber auch angesichts der nahezu an Sicherheit grenzenden Aussicht einer Abschreibung dieser Forderungen blieb dem Stadtrathe nichts Anderes übrig, als auf weitere Verhandlungen zu verzichten. Bemerken möchte ich nur, dass die in dieser Zuschrift erwähnten Invasionsforderungen von den Jahren 1805 und 1809 auch in unserem Budget eine Rolle spielten. Es ist das sogenannte Angles'sche Anlehen, wie es bei uns aufgeführt ist. Die Verpflichtung zur Tilgung dieser Forderungen trägt zur Hälfte die Gemeinde, zur Hälfte das Land. Die Gemeinde Wien hat an Capitalstilgungsraten und Zinsen seit den Jahren 1805 und 1809 bereits bedeutende Beträge gezahlt. Ich will noch Eines bemerken:

Ich habe nachträglich, nachdem die officiellen Verhandlungen vorüber waren, mit dem Landesausschusse Herrn Schöffel noch über eine andere Frage persönlich verhandelt. Es befindet sich nämlich an der Gunoldstraße ein dem Lande gehöriges Gebäude, das seinerzeit als Linienverzehrungssteueramt errichtet wurde. Nachdem die Verzehrungssteuergrenze hinausgerückt worden ist, wird das Gebäude frei, das Land hat dafür keine Verwendung. Die Kosten des Baues dieses Hauses sollen circa 10.000 fl. ausgemacht haben. Ich habe nun vom Landesausschusse Schöffel begehrt, dass außer 65.000 fl. jährlicher Ersatzleistung, der Gemeinde auch dieses Gebäude in's Eigenthum übergeben werden solle und es wurde zwischen uns, allerdings privatim, die Abmachung getroffen, dass die Zustimmung zu dieser Transaction gegen dem gegeben werden solle, dass der Landesausschuss das Eigenthumsrecht an diesem Gebäude der Gemeinde abtrete. Das ist das, was im Punkte 1 der Anträge des Stadtrathes niedergelegt erscheint.

Ich beantrage daher (liest):

„1. Der vom n.-ö. Landesausschusse anlässlich der Übernahme der in das erweiterte Gemeindegebiet von Wien fallenden Landesstraßen sammt den dazugehörigen Bauobjecten zur Erhaltung derselben angebotene Beitrag mit einer Pauschalsumme von 65.500 fl. jährlich wird gegen dem acceptiert, dass das Linienamtsgebäude bei der Kaiser Franz Josefs-Jubiläumsbrücke am linken Ufer des Donaucanales als Zubehör der Klosterneuburger Landesstraße in das Eigenthum der Gemeinde Wien unentgeltlich übergeben werde und die grundbücherliche Einverleibung dieses Eigenthumsrechtes stattfinde.

2. Von den auf diesen Landesstraßen bestellten Straßeneinräumern werden jene acht Einräumer, welche bereits mehr als zehn Jahre dienen, daher schon provisionsberechtigt sind, von der Gemeinde Wien in ihren Dienst nicht übernommen, dieselben werden jedoch von der Gemeinde Wien auf den ihnen dermalen zugewiesenen Landesstraßenstrecken so lange unter Bezahlung ihrer Lohnansprüche durch diese Gemeinde belassen, bis sie vom n.-ö. Landesausschusse für andere Landes- oder Bezirksstraßen zur Dienstleistung einberufen werden, welche Einberufung jedoch längstens in zwei Jahren zu erfolgen hat, so dass nach Ablauf dieser Frist jede Verpflichtung der Gemeinde Wien diesen Personen gegenüber erlischt. Sollte innerhalb dieser zwei Jahre die Provisionierung eines dieser acht Einräumer erfolgen oder der Fall eines Gnadenanspruches der Witwe oder der Waisen eines solchen Einräumers, eintreten, so hat hiefür das Kronland Niederösterreich aufzukommen. Jene auf diesen Landesstraßen bestellten neun Einräumer, welche noch keine zehnjährige Dienstzeit vollstreckt haben, werden in die Dienste der Gemeinde Wien übernommen.

3. In Betreff der Auftheilung der Vermögensbestände der Bezirksstraßenfonde auf die Gemeinde Wien einerseits und die bestehend verbleibenden Bezirksstraßenfonde andererseits mit Ende des Jahres 1891 wird bestimmt, dass dieselbe nach dem mittleren Durchschnitte zwischen der Straßenlänge und Steuerleistung erfolge, wornach in dem Bezirke

a) Hietzing 60% der Gemeinde Wien und 40% dem Bezirksstraßenfonde Hietzing,
b) Schwechat 25% der Gemeinde Wien und 75% dem Bezirksstraßenfonde Schwechat,
c) Klosterneuburg 40% der Gemeinde Wien und 60% dem Bezirksstraßenfonde Klosterneuburg zuzuweisen sind.

4. Die Wegmeister und Straßeneinräumer der Straßenbezirke Hernals und Sechshaus werden unter Wahrung der bereits vor der Uebernahme erworbenen Rechte in die Dienste der Gemeinde Wien übernommen.

Die auf jenen Bezirksstraßenstrecken, welche aus den Bezirksstraßen-Concurrenzbezirken Hietzing, Schwechat und Klosterneuburg als in das erweiterte Gemeindegebiet von Wien fallend auszuscheiden sind, dermalen bestellten Einräumer werden gleichfalls unter Wahrung der von ihnen vor der Übergabe bereits erworbenen Rechte von der Gemeinde Wien in den Dienst übernommen.

5. Die Gemeinde Wien stellt das Verlangen, dass jene Rechte, welche dem Lande bezüglich der zu übernehmenden Bezirksstraßen gegen Unternehmungen, physische oder juristische Personen zustehen, auf die Ge-

meinde Wien als Rechtsnachfolgerin des Landes, respective dieser Concurrenzbezirke, übergehen und dass eine diesbezügliche Bestimmung in das zu erlassende Landesgesetz aufgenommen werde.

6. Die Übergabe, beziehungsweise Übernahme der erwähnten Landes- und Bezirksstraßen hat mit 1. Jänner 1892 zu erfolgen."

Das Referat wurde im Stadtrathe schon vor längerer Zeit erstattet. Der 1. Jänner empfiehlt sich als Übernahmstag, weil er ein Abrechnungstermin ist, und wenn wir nun auch den 1. Jänner schon überschritten haben, so empfiehlt sich auch heute die Fixierung des 1. Jänner als Übernahmstermin, damit man zu diesem Zeitpunkte die Abrechnung pflegen kann. Wenn seit 1. Jänner für die betreffenden Landesstraßen Auslagen gemacht worden sein sollten, müssten sie von der Gemeinde ersetzt werden.

Punkt 7 der Anträge lautet (liest):

„7. Es wird der hochlöbliche n.-ö. Landesausschuss ersucht, auf Grundlage der vorstehenden Erklärungen ein Landesgesetz zu erwirken."

Mit Rücksicht auf die bekanntgegebenen Rückstände der Nothstandsbauvorschüsse, die noch nicht bezahlt sind, beantragt Ihnen der Stadtrath weiters folgenden Zusatzantrag, enthalten in der Beilage ad Nr. 190 (liest):

„Bezüglich der nachträglich bekanntgegebenen Vorschüsse an die Bezirksstraßenfonde Hietzing, Schwechat und Sechshaus erklärt der Gemeinderath, eine Verpflichtung zur Rückzahlung nicht anzuerkennen."

Ich empfehle Ihnen diese Anträge zur Annahme.

Gem.-Rath Djörup: Hochverehrte Versammlung! Ich wollte nur gerne fragen, ob diese Parcellen im Grundbuche nachher eingetragen werden, wenn das Landesgesetz erwirkt wird, ob dann zu Gunsten Wiens dieselben im Grundbuche einverleibt werden. Ich vermisse dies im Antrage.

Referent: Das kann nicht im Grundbuche eingetragen werden, da bekanntlich Straßen als öffentliches Gut Gegenstand der Eintragung in das Verzeichnis für öffentliches Gut sind. Ins Grundbuch werden sie nicht eingetragen.

Gem.-Rath Djörup: Sind die Straßen Wiens nicht als öffentliches Gut der Stadt Wien eingetragen?

Referent: Ja, aber nicht im Grundbuche.

Gem.-Rath Djörup: Also nicht im Grundbuche. Ich bin ja nicht Jurist und will mich über einzelne Worte nicht aufhalten. Sie sind also als öffentliches Gut im Cataster eingetragen und eingezeichnet . . . .

Referent: Auch nicht im Cataster, sondern im Verzeichnis für öffentliches Gut, was wieder etwas Anderes ist, als der Cataster.

Gem.-Rath Djörup: Da muss ich sehr bedauern, diesem Antrage nicht zustimmen zu können, und bedauere sehr, dieß aussprechen zu müssen. Ich kenne diese advocatorischen Benennungen nicht so genau, aber die Erfahrung habe ich gemacht, dass in den auswärtigen Bezirken seit vielen Jahren von Seite des Landes-Ausschusses Parcellirungen gemacht wurden, ähnlich wie wir hier in der Stadt Wien am Franz Josefs-Quai es gemacht haben, und jeder Bezirk war bemüht, bei seinen Parcellirungen möglichst kleine Blöcke herzustellen, damit der betreffende Besitzer sie auch am bequemsten verkaufen könne. Meine Herren! Das ist wunderschön, ich nehme an, dass bei der ersten Stadterweiterung von Wien, wo der Grund so theuer war, möglichst viele kleine Blöcke und möglichst viele Straßen angelegt wurden. Ich habe neulich bei den Plänen von Wien und Berlin, die hier gehangen haben, einen ziemlich gleichen Maßstab gesehen, es genügt ein Blick für Jedermann, sich davon zu überzeugen. Wie kommt es, dass die Straßenerhaltung, die Canalisierung der Commune Wien jedes Jahr mehr kostet, als beispielsweise in Berlin? Wir bekommen in den nächsten Tagen wohl die Pläne wieder zu Gesichte und werden das nämliche Bild vor Augen haben. Vom praktischen Standpunkte ist das dahin zu deuten, dass in den Bezirkstheilen wenig Fabriken sind. In den Vororttetheilen, die als Industriebezirke reserviert werden sollen, hat sich herausgestellt, dass der Fabrikant, wenn er sich einen Grund kauft und denkt, er will etwas erübrigen, damit er seine Fabrik erweitern kann, mit dem Baublocke nicht auskommt, — dass er auf vier Seiten Straßen hat. Und wer hat die Straßen zu erhalten in der Reichshaupt- und Residenzstadt? Die Commune Wien. Ich hätte mit Freude gehört, wenn die Herren Advocaten da vorgesehen und es uns ermöglicht hätten, in solchen Bezirkstheilen später einige Straßen zu cassieren und die Blöcke zusammen zu legen, damit diese gewonnenen Gründe der Commune Wien zu Gute gekommen wären. Von diesem Standpunkte aus habe ich meine Frage gestellt. Das ist eine alte Thatsache.

Wir sehen das z. B. bei den unglücklichen Fabriks-Parcellierungen auf den Donauregulierungsgründen und das ist kein Wunder, wenn alles nach derselben Schablone gemacht wird. Dass die Herren da nicht vom fachmännischen Standpunkte gehandelt haben, gebe ich gerne zu.

Besichtigen Sie aber einmal so ein Geschenk näher, z. B. draußen in Meidling die Maria Theresien-Brücke, die erst vor wenigen Jahren gebaut wurde. Wenn man, wie ich, 3—4 Mal täglich vorbei geht, so sieht man, dass dies auch so ein Geschenk, oder wenigstens ein billiger Kauf vom Landesausschusse ist; bei dieser Brücke ist das Interessante, dass die Querträger zwischen den Auflagern zu schwach sind. (Widerspruch.) Ich bitte das nur zu stenographieren. Die Querträger dieser Brücke sind zu schwach und die Folge ist, weil die Brücke etwas zu schief über den Wienfluss geht, dass eine ungleiche Belastung der Hauptträger stattfindet.

Jeder Laie kann, wenn er hinschaut, die S-förmige Form bemerken, auch wenn er kein Ingenieur ist; also meine Herren! Nachdem wir auch solche Objecte in den Kauf nehmen müssen, so hoffe ich wenigstens, dass uns, wenn auch nicht grundbücherlich, aber doch das Recht gewährt wird, bei den in Aussicht gestellten Fabriks-Vierteln, die Blöcke, die wir zusammenlegen, auch als unser Eigenthum zu behandeln und dass wir dieselben nicht dem Lande übergeben müssen. Sonst stimme ich im Großen und Ganzen dem Antrage bei.

Gem.-Rath Bärtl: Meine Herren! Ich werde dem Herrn Vorsprecher auf diesem Gebiete nicht folgen. Heute handelt es sich um die Übernahme der Bezirksstraßen. Der Herr Vorsprecher spricht aber von der Parcellierung. Um die handelt es sich heute nicht. Mir ist nur eines aufgefallen und der Herr Referent wird vielleicht in der Lage sein, mir Aufschluß darüber zu geben.

In dem Antragspunkte III, betreffend die Bezirksstraßen-Fonds finden Sie z. B. in Hietzing 60% für die Gemeinde Wien, in Schwechat nur 25% und in Klosterneuburg nur 40%.

Woher kommt denn diese große Differenz in den Percentsätzen? Ich erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage, wie diese Berechnung stattgefunden hat.

Referent: Ich habe mir schon erlaubt, den Herren auseinanderzusetzen, dass diese Anträge einen mittleren Durchschnitt zwischen der Steuerleistung der betreffenden Bezirke, welche außerhalb Wien liegen und welche in die Stadt fallen und die Straßenlänge bilden, d. h. jenes Theiles der Straßen, welche nach Wien hereinkommen und welche außerhalb bleiben.

Wenn die Herren den Eingang jenes Theiles des Referates, wo über die Bezirksstraßen gehandelt wird, lesen, so werden Sie finden, dass, wenn die Vertheilung nur nach Maßgabe der Steuerleistung stattfinden würde, die Gemeinde Wien einen außerordentlich hohen Procentsatz bekäme, nachdem, wie schon früher erwähnt, die nach Wien hereinfallende Bevölkerung viel steuerkräftiger ist, als die außerhalb Wien bleibende.

In die äußeren Theile der Bezirke, insbesonders bei Schwechat, fallen aber viel größere Straßenlängen, weil die Bezirksstraßenfonde, welche bestehen bleiben, längere Straßenzüge haben; es sind die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken ganz und gar nicht gleich und daher ist dies genau berechnet und der mittlere Durchschnitt genommen worden. Es ergiebt dies allerdings für jeden Bezirk verschiedene Procentsätze.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht der Herr Redner fortzufahren?

Gem.-Rath Bärtl: Nein, ich bin durch diese Aufklärung befriedigt und werde für die Vorlage stimmen.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich glaube, dass bei der großen Unruhe, die während des Referates herrschte, den Herren ein Moment entgangen sein dürfte, welches Vielen vielleicht für nebensächlich, mir aber sehr wichtig erscheint.

Mit ganz besonderer Vorsicht ist nicht bloß im schriftlichen Referate, sondern auch in den mündlichen Ausführungen des Herrn Referenten betont worden, dass sich die Gemeinde davor schützen möge, dass durch die Gemeinde die Straßen-Einräumer mit ihren Ansprüchen, welche sie bisher durch eine zehnjährige Dienstzeit erworben haben, übernommen werden. Ich begreife, dass, nachdem die Straßen-Einräumer der Commune Wien in so günstiger Lage, wie die des Landes sich nicht befinden, da eine solche Institution mit der Übernahme einer kleineren Anzahl Straßen-Einräumer nicht weiters eingeführt werden will. Ich will auch nicht darüber sprechen, ob es wünschenswert wäre, dass diese ohnedies außerordentlich bescheidene Einrichtung, welche vom Lande getroffen wurde, von der Gemeinde zurückgenommen wird. Es gehört das wohl nicht zur Sache; es scheint mir aber etwas Anderes zur Sache zu gehören; es wird vorgeschlagen, dass jene 10 Straßen-Einräumer, welche bereits den Provisions-Anspruch erlangt haben, von der Gemeinde nicht übernommen werden, sondern dass man sie bloß in Verwendung nimmt und das Land sie innerhalb 2 Jahren auf Landesstraßen zu verwenden haben werde; dagegen wird beantragt, dass jene Einräumer, welche noch nicht diesen Provisions-Anspruch erlangten und noch nicht 10 Dienstjahre haben, von der Gemeinde Wien übernommen werden.

Meine Herren! Wenn diese übernommen werden, so verlieren sie den Anspruch auf Provision, welchen sie zwar bisher insoferne nicht haben, als sie bei eventueller Dienstuntauglichkeit die Provision nicht erhalten würden; nachdem sie 5, 6 oder 8 Jahre bereits gedient haben, können sie mit Rücksicht auf ihre Dienstzeit mit diesem Anspruche herantreten. Sie werden dieser geringen Begünstigung verlustig, wenn sie von der Gemeinde übernommen werden, nachdem eine solche Institution bei der Gemeinde nicht besteht.

Ich glaube, dass man, obwohl es sich um eine kleine Anzahl von Straßen-Einräumern handelt, in einem so großen Gemeinwesen wie die Stadt Wien, nicht gleichgiltig über die Sache hinweggehen sollte, es hat immerhin etwas sehr Missliches und ich glaube, es wäre zu verurtheilen, wenn man bei so armen Teufeln eine Verkürzung eintreten ließe in ihren Aussichten, welche sie für die Zukunft gesichert glaubten. Welche Aussichten das sind, das sehen Sie aus dem Referate, denn sie erlangen nur eine Provision von 15 bis 42 kr. täglich, wenn sie dienstuntauglich werden, und ihre Kinder 4 bis 8 kr.; ich folge den Ausführungen des Herrn Referenten und bemerke nochmals, dass ich wünsche, es können diese nicht ohne weiters übernommen werden mit ihren Ansprüchen, welche sie an das Land hätten.

Ich möchte aber beantragen, dass auch diese 8, welche noch nicht eine zehnjährige Dienstzeit haben, nicht in den Gemeindedienst übernommen werden; man soll es so machen, wie mit Jenen, welche bereits zehn Jahre erlangt haben. Wenigstens wird den acht Straßen-Einräumern der Anspruch, welchen sie nach Vollendung des zehnten Dienstjahres erworben, gesichert bleiben.

Ich würde bitten, wenn der Herr Referent über diese zunächst formelle Anregung seine Ansicht aussprechen möchte.

Gem.-Rath Tagleicht: Schon der Titel des Referates würde den Redner, der zuerst gesprochen hat, darüber belehrt haben, dass es sich hier um die Übernahme der Landes- und Bezirksstraßen handelt; es ist also kein Zweifel, dass sowohl das Referat, als die Anträge, welche seitens des Herrn Referenten gestellt wurden, sachlich und fachlich correct und richtig sind. Ich habe mit ziemlicher Aufmerksamkeit das Referat verfolgt und kann mich mit den Anträgen nur einverstanden erklären.

Ich kann aber nicht umhin, hervorzuheben, dass es auffallend ist, dass bei den bestandenen Straßenfonden der verschiedenen Bezirke rapide Rückgänge in der Höhe der Straßenfonde stattgefunden haben und zwar innerhalb einer Zeit, nämlich vom Jahre 1890 bis zum Schlusse 1891, also in einer Zeit, in welcher die Einverleibung der Vororte mit Wien überall auf der Tagesordnung gestanden ist. Darüber kann ich nur meine Verwunderung aussprechen.

Es hat nämlich beim Straßenfonde Sechshaus eine Verminderung um 62.000 fl., beim Straßenfonde Hietzing um circa 2000 fl., bei Schwechat um 15.000 fl., also zusammen um circa 80.000 fl. in einem Jahre stattgefunden. Der Bezirks-Straßenfond Klosterneuburg ist sogar ganz aufgebraucht worden, allerdings war er nicht groß und hat nur 600 und noch einige Gulden betragen. Aber in den vorhergehenden Jahren wurden diese Fonde bedeutend weniger in Anspruch genommen. Es sollen jene Herren, welche diese Straßenfonde verwaltet haben, daran erinnert werden, dass wir uns verpflichtet fühlen, auch einen Rückblick auf die Inanspruchnahme der Fonde in den abgelaufenen Jahren zu werfen.

Wir werden jetzt einen Straßenfond übernehmen, dessen Höhe um 80.000 fl. geringer ist, als er gewesen wäre, wenn der Fond um ein Jahr früher übernommen worden wäre. Ich habe geglaubt, auf diese Umstände aufmerksam machen zu sollen. Es zeigt sich übrigens auch in diesem Falle, dass die Vereinigung der Vororte mit Wien auch hier zum Vortheile der Vorortegemeinden ausgeschlagen hat; denn bei einer fortgesetzten jährlichen Ausgabe von 80.000 fl. würde dieser Fond bald nicht mehr existieren können und Sie hätten den Landes-Ausschuss in größerem Maße in Anspruch nehmen müssen, der sich wohl gerechtfertigt geweigert

hätte, außergewöhnliche Ausgaben zu bewilligen. Mit dem Übernahmstermin per 1. Jänner 1892, obwohl wir heute bereits den 15. Jänner schreiben, werden wir wohl Alle einverstanden sein, weil, wie von dem Herrn Referenten sehr richtig betont wurde, dies im Interesse einer präciseren Abrechnung gelegen ist.

Ich beantrage daher die Annahme der Referenten-Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Referent hat somit das Schlusswort.

Referent: Ich erlaube mir zunächst zu den Ausführungen des ersten Herrn Vorredners einige Bemerkungen zu machen. Es ist schon von einem Vorsprecher bemerkt worden, dass die Ausführungen dieses ersten Redners, wenigstens der erste Theil, sich gar nicht mit dem Gegenstande des Referates befassen, denn was die höheren Kosten der Straßenerhaltung in Wien gegenüber Berlin anbelangt, was die Frage der Parcellierung betrifft, ob größere oder kleinere Parcellen gemacht werden, hängt mit der Übernahme der Landes- und Bezirksstraßen gewiss nicht zusammen. Gewiss ist aber unter allen Umständen, dass die Advocaten nicht daran schuld sind, dass die Parcellen kleiner gemacht werden, als von dem betreffenden Herrn Redner gewünscht wurde. Die Advocaten sind auch nicht daran schuld, wenn von der Gesetzgebung für bestimmte Gegenstände bestimmte Ausdrücke gebraucht werden; es sind das keine advocatorischen Ausdrücke, sondern gesetzmäßige; die muss man kennen, wenn man darüber sprechen will oder man muss sich eine Correctur gefallen lassen.

Der Herr Redner hat insbesonders ein Object beanständet, die Maria Theresienbrücke über die Wien und hat behauptet, es sei eine Brücke, die im Zuge einer Landesstraße gelegen sei.

Dieser Herr Redner hat offenbar, gegen meine Vermuthung, das Referat nicht gelesen, sonst würde er gefunden haben, dass diese Brücke, die Maria Theresienbrücke, im Zuge einer Bezirksstraße liegt, und zwar im Bezirksstraßen-Ausschusse Sechshaus. Ich glaube daher kaum, dass der Landesausschuss daran Schuld trägt, wenn die Construction dieser Brücke nicht richtig, oder die Träger an derselben zu schwach sein sollten, was ich natürlich nicht weiß.

Der Herr College Herrdegen hat von einem sehr edlen Motive geleitet, die Anregung gegeben, dass entgegen den Anträgen des Stadtrathes jene Straßen-Einräumer auf den Landesstraßen, welche eine zehnjährige Dienstzeit noch nicht zurückgelegt haben, beim Landesausschusse im Landesdienste verbleiben sollten. Wenn dieser Anregung stattgegeben würde, so wäre gerade das Schicksal dieser armen Leute das allerelendste. Der Herr Landesausschuss Schöffel hat uns nämlich direct erklärt: „für diese Leute haben wir keine Verwendung, wenn die Gemeinde Wien diese Leute nicht übernimmt, so müssen wir sie unter allen Umständen entlassen, d. i. der Noth und dem Elende preisgeben". Ich glaube daher, dass es gerade im Interesse dieser Armen gelegen wäre, dass sie von der Gemeinde Wien, wenn auch nicht gerade unter Wahrung ihrer dem Lande gegenüber erworbenen Ansprüche auf Provision, übernommen werden. Ich bitte, meine Herren, das Eine zu erwägen, dass die Straßen-Einräumer des Landes ziemlich schlecht gezahlt sind, einen monatlichen Lohn von 25 fl. und einigen Kreuzern haben, während unsere Straßen-Einräumer im Allgemeinen besser gezahlt sind, so dass sie ungefähr monatlich auf einen Betrag von 30—33 fl. zu stehen kommen. Diese monatliche Mehrzahlung ist vielleicht eine kleine Compensation gegenüber dem Verluste auf Provisionsansprüche.

Was die Ausführungen des Herrn Collegen Tagleicht anbelangt, so möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Angaben über die Vermögensbestände der Bezirksstraßen-Ausschüsse keine amtlichen sind, es sind dies lediglich Privatangaben, approximative Ziffern, die einen Anspruch auf Richtigkeit absolut nicht haben. Es ist dies schon deshalb unmöglich, weil man ja im November, wo diese Verhandlungen stattgefunden haben, nicht vorhersagen konnte, wie groß der Vermögensbestand zwei Monate später, am 1. Jänner 1892, sein werde.

Auch mir fiel dieser Umstand auf, und da wurde mir bemerkt, dass insbesondere der Bezirksstraßen-Ausschuss Sechshaus eine große Anzahl von Straßen neu gepflastert hat, woher es auch kommt, dass die Barbestände dieser Cassa eine so bedeutende Verminderung erfahren haben.

Nachdem meritorische Einwendungen nicht gemacht wurden — ich glaube, auch der Herr College Herrdegen hat seine Anregung nicht zu einem Antrage zugespitzt, in welchem Falle ich ihn bitten würde, im Interesse dieser Leute seine Anträge zurückzuziehen, — erlaube ich mir nochmals, diese Anträge des Stadtrathes zur Annahme zu empfehlen.

Gem.-Rath Steblik: Der Herr Referent hat in seinen Ausführungen erwähnt, dass im Jahre 1866 den betreffenden Bezirksstraßen gewisse Theile des Fondes zugewiesen wurden, und er hat im Laufe seiner Rede erörtert, dass die Commune Wien verpflichtet werde, einen Theil dieser Summe zu übernehmen. In seinen weiteren Ausführungen hat er erklärt, dass diese Summen jedenfalls in zwei Jahren abgeschrieben werden, und ich erlaube mir, zu fragen, ob der Herr Referent die bindende Erklärung abgeben kann, dass nicht hinterher der Landesausschuss an uns herantritt, dass wir von diesen Nothstandsforderungen Theile zurückzuzahlen hätten.

Referent: Eine Verpflichtung gegenüber dem Staate haben wir überhaupt nicht, sondern wenn eine Verpflichtung besteht, so besteht sie nur gegenüber dem Lande. Das Land hat wieder eine Verpflichtung gegenüber dem Staate. Übrigens erlaube ich mir hier einfach auf den zweiten Antrag, den ich ad numerum vorgetragen habe, hinzuweisen, worin erklärt ist, dass der Gemeinderath eine Verpflichtung zur Rückzahlung dieser Bauvorschüsse zu Nothstandsbauten nicht anerkennt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn von Seite der Versammlung keine Einwendung erhoben wird, so bringe ich sämmtliche Anträge des Herrn Referenten von Punkt 1 bis inclusive 7 unter Einem zur Abstimmung (Zustimmung), und werde dann den zweiten Antrag zur Abstimmung bringen, der sich bezieht auf die eben zum Vortrage gelangte Ablehnung der Verpflichtung zur Rückzahlung dieser Vorschüsse an die Fonde.

Ich bitte die Herren, welche den Anträgen des Referenten Punkt 1—7 zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Anträge sind angenommen.

Ich bitte nun jene Herren, welche dem Antrage des Referenten, welcher lautet (liest):

„Bezüglich der nachträglich bekannt gegebenen Vorschüsse an die Bezirksstraßenfonde Hietzing, Schwechat und Sechshaus erklärt der Gemeinderath, eine Verpflichtung zur Rückzahlung nicht anzuerkennen" zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieser Antrag ist gleichfalls angenommen und hiemit der Gegenstand erledigt.

Es wurde daher beschlossen:

1. Der vom n.-ö. Landesausschusse anlässlich der Übernahme der in das erweiterte Gemeindegebiet von Wien fallenden Landesstraßen sammt den dazu gehörigen Bauobjecten zur Erhaltung derselben angebotene Beitrag mit einer Pauschalsumme von 65.500 fl. jährlich wird gegen dem acceptiert, dass das Linienamtsgebäude bei der Kaiser-Franz Josefs-Jubiläumsbrücke am linken Ufer des Donaucanales als Zubehör der Klosterneuburger Landesstraße in das Eigenthum der Gemeinde Wien unentgeltlich übergeben werde, und die grundbücherliche Einverleibung dieses Eigenthumsrechtes stattfindet.

2. Von den auf diesen Landesstraßen bestellten Straßeneinräumern werden jene acht Einräumer, welche bereits mehr als zehn Jahre dienen, daher schon provisionsberechtigt sind, von der Gemeinde Wien in ihren Dienst nicht übernommen, dieselben werden jedoch von der Gemeinde Wien auf den ihnen dermalen zugewiesenen Landesstraßenstrecken so lange unter Bezahlung ihrer Lohnansprüche durch diese Gemeinde belassen, bis sie vom n.-ö. Landesausschusse für andere Landes- oder Bezirksstraßen zur Dienstleistung einberufen werden, welche Einberufung jedoch längstens in zwei Jahren zu erfolgen hat, so dass nach Ablauf dieser Frist jede Verpflichtung der Gemeinde Wien diesen Personen gegenüber erlischt. Sollte innerhalb dieser zwei Jahre die Provisionierung eines dieser acht Einräumer erfolgen oder der Fall eines Gnadenanspruches der Witwe oder der Waisen eines solchen Einräumers, eintreten, so hat hiefür das Kronland Niederösterreich aufzukommen. Jene auf diesen Landesstraßen bestellten neun Einräumer, welche noch keine zehnjährige Dienstzeit vollstreckt haben, werden in die Dienste der Gemeinde Wien übernommen.

3. In Betreff der Auftheilung der Vermögensbestände der Bezirksstraßenfonde auf die Gemeinde Wien einerseits und die bestehend verbleibenden Bezirksstraßenfonde andererseits mit Ende des Jahres 1891 wird bestimmt, dass dieselbe nach dem mittleren Durchschnitte zwischen der Straßenlänge und Steuerleistung erfolge, wornach in dem Bezirke

a) Hietzing: 60% der Gemeinde Wien und 40% dem Bezirksstraßenfonde Hietzing,

b) Schwechat: 25% der Gemeinde Wien und 75% dem Bezirksstraßenfonde Schwechat,

c) Klosterneuburg: 40% der Gemeinde Wien und 60% dem Bezirksstraßenfonde Klosterneuburg zuzuweisen sind.

4. Die Wegmeister und Straßeneinräumer der Straßenbezirke Hernals und Sechshaus werden unter Wahrung der bereits vor der Übernahme erworbenen Rechte in die Dienste der Gemeinde Wien übernommen.

Die auf jenen Bezirksstraßenstrecken, welche aus den Bezirksstraßen-Concurrenzbezirken Hietzing, Schwechat und Klosterneuburg, als in das erweiterte Gemeindegebiet von Wien fallend, auszuscheiden sind, dermalen bestellten Einräumer werden gleichfalls unter Wahrung der von ihnen vor der Übergabe bereits erworbenen Rechte von der Gemeinde Wien in den Dienst übernommen.

5. Die Gemeinde Wien stellt das Verlangen, dass jene Rechte, welche dem Lande bezüglich der zu übernehmenden Bezirksstraßen gegen Unternehmungen physischen oder juristischen Personen zustehen, auf die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin des Landes, respective dieser Concurrenzbezirke, übergehen, und dass eine diesbezügliche Bestimmung in das zu erlassende Landesgesetz aufgenommen werde.

6. Die Übergabe, beziehungsweise Übernahme der erwähnten Landes- und Bezirksstraßen hat mit 1. Jänner 1892 zu erfolgen.

7. Es wird der hochlöbliche n.-ö. Landesausschuss ersucht, auf Grundlage der vorstehenden Erklärungen ein Landesgesetz zu erwirken.

Bezüglich der nachträglich bekanntgegebenen Vorschüsse an die Bezirksstraßenfonde Hietzing, Schwechat und Sechshaus erklärt der Gemeinderath, eine Verpflichtung zur Rückzahlung nicht anzuerkennen.

12. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Den meisten Herren wird ohnehin bekannt sein, dass das Militärärar seit einer langen Reihe von Jahren und zwar bereits seit dem Jahre 1836 einen großen Theil der Simmeringer Haide von der früher bestandenen Gemeinde Simmering zum Zwecke militärischer Exercitien gepachtet hat. Dieser Pachtvertrag ist wiederholt von der Gemeinde Simmering erneuert worden und der letzte Pachtvertrag lief gegen Ende December des vorigen Jahres ab. Das Militärärar ist nun neuerdings an die Gemeinde Wien herangetreten wegen Pachtung dieses Areales im Ausmaße von 128 Joch, 42 Quadratklafter zu dem gleichen Zwecke auf weitere drei Jahre unter den bisherigen Modalitäten. Der Pachtzins, den das Ärar für diese heute ziemlich unfruchtbare Fläche — denn sie könnte erst durch sehr bedeutende Melioration fruchtbringend gemacht werden — zahlt, ist eigentlich ein sehr bedeutender, nämlich 9 Kreuzer per Quadratklafter. Wenn die Herren erwägen, dass die Gemüsegärtner in Simmering 8, 7, 6 und noch weniger Kreuzer zahlen, wobei es oft sehr fraglich ist, ob dieser Pachtschilling von diesen Gärtnern eingebracht werden kann, werden Sie sich der Überzeugung nicht verschließen, dass die Gemeinde Wien durch die Verpachtung einer so großen Fläche an

einen einzigen Pächter um 9 Kreuzer per Quadratklafter ein ausgezeichnetes Geschäft macht.

Der Stadtrath erlaubt sich daher, Ihnen folgenden Antrag zu stellen:

„Die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der bestandenen Gemeinde Simmering überläßt dem k. und k. Militär-Ärar, und zwar zur Benützung als Artillerie-, überhaupt als Militär-Exercierplatz jene Fläche der Simmeringer Hutweide, welche in dem Vertrage ddto. Wien, den 23. December 1874 und Simmering, den 28. Jänner 1875 angehefteten, einen integrierenden Bestandtheil dieses Vertrages bildenden Plane durch die Linien nach den mit Grenzsteinen fixierten Punkten I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, X und XI genau begrenzt ist, und die zu der Grundbuchs-Einlage, Grundbuch Simmering, Tom. III. Appendix folio 1320, jetzt Realität Grundbuch Simmering, Einlage 449, gehörigen Cat.-Parc. Nr. 311, 312, 314, 315, 317, 319, 328, 332, 333, rücksichtlich die auf dem Plane ersichtlichen Theile derselben, sowie auch die im oben erwähnten Plane bezeichneten Wegeparcellen Nr. 313, 318, 329, 331, rücksichtlich die auf dem Plane bezeichneten Theile derselben enthält, im Flächenausmaße von 127 Joch 128·42 Quadratklafter = 73 Hektar, 13 Ar, 1·38 Quadratmeter um den jährlichen Pachtzins von 9 kr. für eine Quadratklafter, also im Ganzen um 18.299 fl. 58 kr., und unter den übrigen vom Magistrate vorgeschlagenen Modalitäten auf die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis 31. December 1894, und begibt sich die Gemeinde Wien während der ganzen Pachtdauer ausdrücklich des Rechtes, diesen Vertrag zu kündigen; der Militär-Verwaltung wird dagegen das Recht der einjährigen Kündigung eingeräumt."

Es ist dies ein Recht, welches die Militär-Verwaltung ausdrücklich wünscht und gegen das zu opponieren wir keinen Grund haben. Wenn von den Herren gewünscht wird, so erlaube ich mir auch noch, die einzelnen Modalitäten, unter welchen dieser Vertrag abgeschlossen wurde, zur Kenntnis zu bringen. (Rufe: Nein!) Es wird nicht gewünscht, und erlaube ich mir daher, den Antrag zu stellen, diesem Antrag des Stadtrathes die Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der bestandenen Gemeinde Simmering überläßt dem k. und k. Militär-Ärar, und zwar zur Benützung als Artillerie-, überhaupt als Militär-Exercierplatz jene Fläche der Simmeringer Hutweide, welche in dem Vertrage ddto. Wien, den 23. December 1874 und Simmering, den 28. Jänner 1875 angehefteten, einen integrierenden Bestandtheil dieses Vertrages bildenden Plane durch die Linien nach den mit Grenzst einen fixierten Punkten I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, X und XI genau begrenzt ist, und die zu der Grundbuchs-Einlage, Grundbuch Simmering, Tom. III. Appendix folio 1320, jetzt Realität Grundbuch Simmering, Einlage 449, gehörigen Cat.-Parc. Nr. 311, 314, 315, 317, 319, 328, 332, 333, rücksichtlich die auf dem Plane ersichtlichen Theile derselben, sowie auch die im oben erwähnten Plane bezeichneten Wegeparcellen Nr. 313, 318, 329, 331, rücksichtlich die auf dem Plane bezeichneten Theile derselben enthält, im Flächenausmaße von 127 Joch 128·42 Quadratklafter = 73 Hektar, 13 Ar, 1·38 Quadratmeter um den jährlichen Pachtzins von 9 kr. für eine Quadratklafter, also im Ganzen um 18.299 fl. 58 kr., und unter den übrigen vom Magistrate vorgeschlagenen Modalitäten auf die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis 31. December 1894, und begibt sich die Gemeinde Wien während der ganzen Pachtdauer ausdrücklich des Rechtes, diesen Vertrag zu kündigen; der Militär-Verwaltung wird dagegen das Recht der einjährigen Kündigung eingeräumt.

Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Antrag 56. Derselbe befindet sich auf der Tagesordnung für den 29. December, welche den Herren in die Hand gekommen ist. Es handelt sich um die Erneuerung zweier Stiftplätze in der Handelsakademie. Die Gemeinde Wien hat nämlich nach Begründung der Handelsakademie, und zwar im Jahre 1857, nachdem von diesem Jahre ab Stiftplätze eingeräumt wurden, 4 Stiftplätze für junge Leute an der Handelsakademie creiert und dieser Stiftbetrag mit 12.000 fl. alt, respective 12.500 fl. ö. W. bei der Cassa der Handelsakademie eingezahlt. Nach §. 6 des Statutes hat nämlich jeder Stifter für einen Freiplatz 3200 fl. Conventionsmünze zu bezahlen, entweder auf einmal oder in sechs aufeinanderfolgenden Raten. Diese Stiftplätze gelten für die Zeit von 20 Jahren und sind im Jahre 1878 erloschen; sie wurden auch von Seite des Gemeinderathes wieder erneuert und gelten nunmehr bis zum Jahre 1898. Außerdem hat die Gemeinde Wien auch im Jahre 1871, nämlich im Schuljahre 1871/72 zwei solche Stiftplätze creiert und den Betrag von 6300 fl. erlegt. Diese Stiftplätze sind bei Beginn des Schuljahres 1891/92 erloschen und es handelt sich um die Erneuerung beider Stiftplätze. Nachdem kein Grund vorliegt, diese Stiftplätze, welche sich als eine wahre Wohlthat erweisen, zurückzuziehen, beantragt der Stadtrath, es möge abermals ein Betrag von 6300 fl. bezahlt werden, um diese Stiftplätze für 20 Jahre zu renovellieren und zwar soll von den Bestimmungen des Statuts Gebrauch gemacht werden, den Betrag in sechs Raten zu 1050 fl. zu zahlen und die erste Rate im Budget pro 1891 auf den Reservefond zu verweisen, während die übrigen fünf Raten per 1050 fl. ins Budget der Jahre 1892 bis 1896 einzustellen sein werden.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages des Stadtrathes.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die im Schuljahre 1871/72 von der Gemeinde Wien creierten und bei Beginn des Schuljahres 1891/92

erloschenen Stiftplätze in der Handelsakademie für 20 Jahre zu erneuern. Zur Bestreitung des hiezu nöthigen Betrages von 6300 fl. ist von den Bestimmungen des Statuts Gebrauch zu machen und der Betrag in sechs Raten zu 1050 fl. zu bezahlen. Die erste Rate ist im Budget pro 1891 auf den Reservefond zu verweisen, während die übrigen fünf Raten per je 1050 fl. in das Budget der Jahre 1892 bis 1896 einzustellen sein werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Josef Müller zu referieren.

14. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre zur Zahl 181 zu referieren, und zwar in einer theilweisen Abänderung eines Plenarbeschlusses vom 29. September 1891, Z. 555, betreffend die Herstellung von Zubauten am Centralviehmarkte für Zwecke der gefällsämtlichen Abfertigung der Schlachtthiere daselbst.

Es ist hier beschlossen worden, mit der Finanz-Landesdirection einen Vertrag abzuschließen, der dahin geht, dass folgende Zubauten hergestellt werden, und zwar ein Zubau zum bestehenden Linienamte mit dem Betrage von 4010 fl. 49 kr., ein Amtsgebäude mit einer gemeinschaftlichen Kanzlei — ich betone dies, weil ich dann darauf zurückkomme — mit dem Betrage von 6397 fl. 79 kr. Das ist bewilligt worden unter der Bedingung, dass sich die Finanzverwaltung verpflichtet, 5% des Betrages von dieser Bausumme als Zins an die Gemeinde abzuführen, ferner unter der Bedingung, dass, im Falle die Steuern und Abgaben diesen Betrag übersteigen, sich auch dieser Betrag um diese Summe erhöhen sollte, ferner unter der Bedingung, dass die Kosten der Beleuchtung, Beheizung und Einrichtung der Ubicationen, welche gemeinschaftlich benützt werden, von beiden Contrahenten, nämlich der Finanz-Landes-Direction und der Gemeinde zu tragen sind, ferner dass die Benützung der Brückenwagen nur gegen dem gestattet sei, dass die Finanzverwaltung zur Erhaltung und Erneuerung derselben einen Beitrag bezahlt.

Darauf hin hat die Finanzverwaltung erwidert, dass sie auf diesen Vorschlag nicht ganz eingehen könne, sondern gesonnen sei, einen Betrag von 300 fl. hiefür an die Gemeinde zu bezahlen, weil einige Bauten vorhanden sind, welche gemeinschaftlichen Zwecken dienen, was auch vollkommen richtig ist.

Aus sämmtlichen hergestellten Zubauten resultiert ein Betrag von 6397 fl. 79 kr. In diesem Betrage ist aber auch die Herstellung einer Rampe mit 700 fl. inbegriffen, welche nur für interne Zwecke dient.

Ferner ist darin der Betrag von 1537 fl. 20 kr. für das Amtsgebäude ganz eingestellt, während doch die Gemeinde mit der Hälfte participiert. Es wäre also richtig, dass die Gemeinde die Hälfte dieser Baukosten auf sich nimmt.

Das bildet einen Betrag von 768 fl. 65 kr., so dass eigentlich auf die Gemeinde 1468 fl. 65 kr. entfällt, welcher Betrag von der Totalsumme per 6397 fl. 79 kr. in Abzug zu bringen wäre.

Wenn dies geschieht, so verbleibt ein Betrag von 4929 fl. 14 kr. und wenn man hievon 5 Percent nimmt, so ergiebt dies 246 fl. 45 kr. Das Ärar will aber 300 fl. geben und daher glaube ich, dass gegen diesen Modus nichts einzuwenden wäre und dass man sich mit dem Pauschale von 300 fl. begnügen könne.

Bezüglich der Brückenwage wird folgendes bemerkt. Das Finanzärar sagt: „Wir stellen heute auf dem Centralviehmarkte sechs Organe zu den Brückenwagen bei, die der Gemeinde gehören, und dienen dadurch der Bequemlichkeit des Publicums; falls nun die Gemeinde nicht darauf eingehen sollte, dass sie uns die Wagen nicht unentgeltlich benützen lässt, so werden wir einfach auf unsere Kosten ein bis zwei Wagen herstellen und diese mit zwei Organen bedienen; uns kommt das billiger, diese sechs Organe kosten uns mehr und wir thun das nur zur Commodität des Publicums. Falls die Gemeinde nicht darauf eingeht, reflectieren wir nicht mehr darauf und werden uns eigener Wagen bedienen."

Ich glaube nun, es liegt im Interesse der Manipulation, dass für Jene die etwas zu wägen haben, möglichst viele Wagen zur Disposition stehen, und es ist also viel besser, wenn sechs Wagen da sind, als zwei; daher beantragt der Stadtrath, diesen Passus fallen zu lassen und sich mit dem Antrage des Finanzärars zu begnügen.

Bezüglich der Beheizung, Beleuchtung und Einrichtung erklärt das Ärar, die Kosten zu übernehmen.

Ich bitte Sie also, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen, der folgendermaßen lautet:

In theilweiser Abänderung des Plenarbeschlusses vom 29. September 1891, Z. 555, sei der Finanzverwaltung die Benützung der anlässlich der Einführung des neuen Verzehrungssteuer-Tarifes auf dem Wiener Centralviehmarkte für finanzielle Zwecke zu schaffenden Localitäten, sowie die Mitbenützung der städt. Brückenwagen seitens der Finanzorgane um den jährlichen Pauschalmietzins von 300 fl. gegen dem zu gestatten, dass die Einrichtung, Beheizung und Beleuchtung der, finanziellen Zwecken dienenden Localitäten von der Finanzverwaltung selbst auf eigene Kosten besorgt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

In theilweiser Abänderung des Plenarbeschlusses vom 29. September 1891, Z. 555, sei der Finanzverwaltung die Benützung der anlässlich der Einführung des neuen Verzehrungssteuer-Tarifes auf dem Wiener Centralviehmarkte für finanzielle Zwecke zu schaffenden Localitäten, sowie die Mitbenützung der städt. Brückenwagen seitens der Finanzorgane um den jährlichen Pauschalmietzins von 300 fl. gegen dem zu gestatten, dass die Einrichtung, Beheizung und Beleuchtung der, finanziellen Zwecken dienenden Localitäten von der Finanzverwaltung selbst auf eigene Kosten besorgt werden.

15. Gem.-Rath Dr. v. Billing: Meine Herren! Ich habe zuerst über ein Stück zu referieren bezüglich dessen der Antrag auf der gedruckten Tagesordnung steht, es handelt sich um das Ansuchen der Buchhaltung auf Bewilligung eines Zuschuss-Credites von 18.500 fl. zur Rubrik „Auslagen für Commissionen,

Wagengebüren, Reisekosten und Diäten." Nach dem diesbezüglichen Berichte der Buchhaltung war diese Rubrik bis Ende September des Vorjahres bereits weitaus überschritten und mit Rücksicht auf den Betrag, der vom October bis December mit der Summe von 8000 fl. erforderlich schien, war diese Rubrik in dem Betrage von 62.609 fl. in Anspruch genommen, während sie bloß mit der Summe von 44.160 fl. präliminiert war, so zwar, dass in der That ein Überschuss von 18.549 fl. sich ergiebt, der Stadtrath hat diesen Akt genau geprüft, ziffermäßig sowohl als nach Maßgabe der Ursache und hat vor allem gefunden, dass gewisse Posten, welche auf diesem Conto gebucht waren, eigentlich nicht auf denselben gehört hatten und auch auf Grundlage specieller Gemeinderaths-Beschlüsse auf andere Contos, insbesondere auf den Reservefond, gehören. Der eigentliche Abgang beträgt daher nur 11.000 fl. Dies ist nur eine formelle Sache, im Allgemeinen ist thatsächlich um 18.500 fl. mehr verausgabt worden, als präliminiert war. So bedauerlich diese Mehrausgabe ist, so kann in diesem Jahre, beziehungsweise in dem Vorjahre diese Mehrausgabe wohl entschuldigt oder gerechtfertigt erscheinen, nachdem die Vorarbeiten für die Vereinigung der Vororte thatsächlich eine solche colossale Masse von Commissionen nothwendig gemacht haben, wie in keinem anderen Jahre, was wohl später nicht mehr vorkommen wird (Rufe links: „Alle Jahre!"). Ich glaube nicht. Es ist daher dem Stadrathe nichts übrig geblieben, als den Antrag zu stellen, es möge der Gemeinderath diesen Zuschuss bewilligen.

Ich werde sofort zu einem Referate kommen, welches, wie ich glaube, einen Riegel vorschieben wird, damit künftig eine derartige Überschreitung nicht vorkomme. Ich bitte daher für das vergangene Jahr diesen Zuschusscredit zu bewilligen.

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Ich bin mit diesem gar nicht einverstanden, es kommen alljährlich Überschreitungen dieser Rubrik: „Diäten und Wagenpauschalien" vor. Wenn Einer z. B. auf der Landstraße bei der Tegetthoffbrücke etwas zu collaudieren hat, so bestellen sich die betreffenden Organe auf die Landstraße; sie haben dann Diäten und Wagengebüren, was in der Stadt nicht der Fall wäre. Es ist wirklich ein Vorgehen, welches überhaupt nicht passt.

Es wird mit den Wagenpauschalgeldern so gewirtschaftet, dass es wirklich zum Erbarmen ist. Wenn z. B. eine Gaslaterne mehr aufgestellt, oder eine halbnächtige in eine ganznächtige verwandelt werden soll, intervenieren die Buchhaltung, der Magistrat und ein Ingenieur. Die beanspruchen alle Wagengelder. Das muss abgeschafft werden. Es soll einfach der Bezirksausschuss oder der Ingenieur die Erhebungen pflegen, das ist auch gut. Der Buchhalterist versteht gar nichts, der Magistratsconcipist auch nicht, und was der Ingenieur oder Bezirksausschuss sagen, geschieht. Ich glaube, dass mit den Wagenpauschalgeldern besser gewirtschaftet werden solle. Ich stimme überhaupt gegen diese Überschreitung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch Jemand das Wort? (Ist nicht der Fall.)

Referent: Ich habe nur wenig zu bemerken. Dagegen zu stimmen, ist wohl thatsächlich nicht möglich, aus dem Grunde, weil die Post bereits ausgegeben ist. (Rufe links: Es soll nicht ausgegeben werden!) Das ist ein rein formaler Akt. Was die Bemerkungen des Herren Collegen betrifft, so komme ich mit dem Referate, betreffend die Regulierung der Commissionsgebüren, und wenn er die Güte hat, diesem meinem Referat zu folgen, so glaube ich wenigstens annehmen zu können, dass seine Wünsche befriedigt sein werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Stehlik wünscht zu einer Bemerkung das Wort.

Gem.-Rath Stehlik: Die Geschichte ist nicht so gleichgiltig, als man denkt, denn 84.000 fl. für Kostgelder, Wagen- und Reise-Auslagen ist ein kolossaler Betrag. (Rufe: Es sind nur 62.000 fl.!) Wenn bei Baulichkeiten Commissionen stattfinden, so müssen diese vom Bauherrn bezahlt werden. Wenn Jemand eine Reise macht, so kann er diese verschiedenartig machen, natürlich, wenn die Herren auf Communekosten reisen, dann reisen sie bequem und anständig; aber man sollte specificierte Rechnungen verlangen, damit man sieht, was für Kostgelder, Wagengebüren und andere Reise-Auslagen gefordert wird. Solche Rechnungen sollte man uns vorlegen. (Rufe: Der Ausweis liegt vor!) Es war eine Debatte, wo es sich um Kreuzer gehandelt hat, da hat man uns die Sache vorgehalten; sehen Sie, hier ist ein wunder Punkt, worüber wir zu sprechen haben. Es handelt sich um 84.000 fl. (Rufe: 62.000 fl.!) und eine Überschreitung von 18.000 fl. Sagen Sie uns wenigstens, ob die Herren mehr gegessen haben, oder ob sie mehr gefahren oder gereist sind, das Alles soll erwogen werden. Ich habe bereits erwähnt, dass die Commissionen bei Baulichkeiten bezahlt werden. Die Commissionskosten sind sehr bedeutende, davon könnte ein Überschuss erzielt werden, welcher zur Bezahlung anderer Commissionskosten verwendet werden könnte.

84.000 fl. sind eine colossale Auslage, und wenn Jemand eine Reise machen will, so soll er uns vorerst sagen, was sie kostet, und finden wir die Rechnung zu hoch, so werden wir sie herabsetzen!

Gem.-Rath Bärtl: Es ist nicht zu verkennen, dass diese Rubrik IV, 16: „Diäten, Commissionsgebüren und Kostgelder" eine sehr böse Post ist. Ich versichere die Herren, es ist noch kein Jahr vergangen, dass nicht eine Überschreitung bei dieser Position sich ergeben hätte. Die Finanzsection hat dem bereits Rechnung getragen; es handelt sich da um eine jährliche Überschreitung. Die Präliminarposition hat schon 80.000 fl. betragen, und doch wurde sie überschritten. Es wurde bereits ein specieller Referent bestellt, der im Einvernehmen mit dem Oberbuchhalter die Details dieser Post zu prüfen hatte, und es hat sich ergeben, dass der ganze Betrag bis auf einen Kreuzer ordnungsmäßig verbraucht worden ist. Man muss nur gerecht sein! Es kommen Commissionen vor, welche sich nicht aufschieben lassen, da kann man nicht sagen, es ist kein Geld mehr da. Wenn keine Bedeckung vorhanden ist, so weist dies die Buchhaltung nach, und es muss ein Zuschusscredit verlangt werden. Das Referat steht seit December v. J. auf der Tagesordnung und würde heute auch noch nicht zum Referate kommen, wenn nicht im Landtage eine Sitzung wäre. Ich wünsche, dass das Referat erstattet werde, und will infolge dessen die Sache nicht weiter ausführen. Ich werde dem Referate, welches der Referent vortragen wird, mit Aufmerksamkeit zuhören.

Aber diese Post gab immer zu großen Debatten Anlass, nicht nur im Plenum, nein, auch in der Finanzsection. Diese letztere hat sich überzeugt durch Einvernahme der Buchhaltung, dass kein Geld übriggeblieben ist, ich wüsste nicht, in welcher Form.

Das ist nicht der Fall. Es ist leider so, und in diesem Jahre ist es umsomehr gerechtfertigt. Eine Verweigerung gibt es nicht, das Geld ist ausgegeben. Wahr ist es, dass die großen Commis-

sionen bezüglich der Einverleibung der Vororte mehr Auslagen veranlasst haben, daher werde ich meine Zustimmung nicht verweigern.

Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich habe nur dankbar anzuerkennen, dass der unmittelbare Herr Vorredner das Referat, welches bereits vorliegt, durchgesehen hat, während das bei den beiden früheren Herren Rednern nicht geschehen zu sein scheint. Ich bin daher in Verlegenheit, zu meinem Referate zu schreiten. In diesem Referate sollen bestimmte Sachen geregelt werden. Hiebei den Wünschen der Herren Rechnung zu tragen, ist in diesem Falle nicht möglich, und ich bitte daher um Genehmigung der Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Da ein Gegen-Antrag nicht gestellt worden ist, bitte ich jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten, die Überschreitung zu passieren, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Der städtischen Buchhaltung einen Zuschusscredit von 18.500 fl. zur Rubr. IV, 16 „Auslagen für Commissionen, Wagengebüren, Reisekosten und Diäten" zu bewilligen.

Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Nummer 198. Wir kommen in natürlicher Consequenz dieser Sache zu Nr. 198, und da muss ich mit den Klagen beginnen, welche von den früheren Vorrednern vorgebracht worden sind, und sich im großen Ganzen als richtig herausgestellt haben. Der Kampf um die Herabsetzung der sogenannten Commissionsgebüren, Wagengelder u. dgl. war kein kurzer. Ich constatiere, dass diese Frage seit ungefähr 12 Jahren der Gegenstand der Mühen und Sorgen verschiedener Referenten war. Ich selbst war in dieser Beziehung in früheren Zeiten Referent, und es hat nahezu sieben Jahre gedauert bis zu dem Momente, wo ich in der Lage war, Ihnen dieses Referat vorlegen zu können. Die Ursache davon ist leicht zu finden. Jedes derartige Referat ist ein solches, welches ein gewisses Einkommen der Beamten schmälert, denn der Zweck eines solchen Referates ist nicht die Erhöhung der Commissionsgebüren, sondern die Ermäßigung derselben, und es ist natürlich, dass in dieser Richtung gerade von Seite der Executive eine gewisse ablehnende und abwehrende Haltung durch Jahre hindurch beibehalten wurde; das muss constatiert werden.

Die Missstände des bisherigen Systems waren folgende:

Erstens gab es bei den Commissionen eine ganze Menge einzelner Gebüren: Commissionsgebüren, Wagengebüren, Diäten und alles mögliche.

Zweitens war es ein Übelstand, dass jede Commission, welche nicht im I. Bezirke zur Durchführung kam, thatsächlich mit dem Bezuge einer Gebür, und zwar einer verhältnismäßig nicht unbedeutenden Gebür belastet war.

Drittens kann nicht geleugnet werden, dass die Commissionen oft ganz unnöthig abgehalten wurden, dass Commissionen abgehalten wurden unter Beiziehung von Beamten, welche nicht nöthig waren, wenn ich auch nicht so weit gehen will, dass ich sage, der betreffende Buchhaltungsbeamte oder Magistratsofficial habe von der Sache *nichts verstanden; er verstand sie gewiss, war* aber dabei nicht nöthig. Es wurden Commissionen über Lappalien abgehalten, wo die Commission thatsächlich mehr gekostet hat als die ganze Amtshandlung finanziell wert war. Kurz, es war eine Reihe von Missbräuchen, welche abzustellen es thatsächlich einen Kampf erforderte. Dieser Kampf wurde endlich durch einen Sieg gekrönt, dadurch, dass die Vereinigung der Vororte kam und sich hier die Situation in wesentlicher Weise änderte. Anstatt eines Centrums, von welchem aus Commissionen vorgenommen wurden, nämlich vom Rathhause aus, wurde nunmehr eine ganze Menge kleinerer Centren geschaffen, eine ganze Menge neuer Amtssitze; es sind das die Bezirksämter, welche man nun als Amtssitz der exponierten Beamten ansah, und es erschien aus dem Grunde schon eine bedeutende Verbilligung der ganzen Manipulation und Amtshandlung möglich, dass man nunmehr das Princip feststellte, dass jede Commission, welche in dem Bezirke des Sitzes selbst vorgenommen wird, vollständig ohne Commissionsgebür durchgeführt werden muss. Nur dann, wenn der betreffende Beamte sich in einen andern Bezirk, und zwar in den nächsten Bezirk begibt, welcher als eine zweite Zone bezeichnet wird, wurde eine Gebür bewilligt, und zwar sowohl für einen halben Tag, als für einen ganzen Tag und für die Nacht. Für die weiter entlegenen Bezirke wurde eine dritte Zone geschaffen, endlich für jene angrenzenden Ortschaften, welche nicht mehr zu Wien gehören und welche in dem Referate ausdrücklich und nominativ bezeichnet sind, eine vierte Zone. Dadurch ist nun erreicht, dass, wie gesagt, ein großer Theil der numerischen verschiedenartigen Commissionen wegfällt, weil der Beamte beispielsweise beim Bezirksamte A in dem Kreise des Bezirksamtes B naturgemäß keine Commission vorzunehmen hat und weil er sie in seinem eigenen Amtssitze unentgeltlich zu besorgen verpflichtet ist. Abgesehen von dieser Eintheilung, welche nun zu einem gewissen Zonentarif führt und zu einer Zoneneintheilung, ist nun zweitens durch den Stadtrath Vorsorge getroffen, dass solche allgemeine, aber bindende Verpflichtungen für verschiedenartige Amtsleiter gegeben wurden, dass es auch künftig nicht mehr vorkommen kann, soll und hoffentlich auch wird, dass wegen Lappalien unnöthig abgebrochene oder überhaupt in Stücke zerlegte Commissionen stattfinden. Und es liegt nicht in der Ziffer, nicht in der Zoneneintheilung, sondern darin, dass eben die Amtsleiter nunmehr dafür verantwortlich sind, nur im Falle absoluter Nothwendigkeit eine Commission auszuschreiben, die Gewähr, dass auch in dieser Richtung das Commissionswesen in geregelte Bahnen geleitet werden wird.

Es ist auch großer Missbrauch bei den Collaudierungen getrieben worden, und es liegt diesfalls schon ein Referat beim Magistrate, welches aber schon ziemlich lange in Berathung steht, aber noch nicht vorgelegt worden ist. Dieses Referat ist heute noch nicht Gegenstand des Vortrags, aber es ist jedenfalls angemessen, den Magistrat anzuweisen, dieses Referat endlich einmal vorzulegen, damit in dem Collaudierungswesen eine entsprechende Verringerung eintrete. Weiters hatte es aber auch der Stadtrath für angemessen erachtet, eine gewisse Controle selbst zu üben, indem die Buchhaltung beauftragt werden soll, halbjährlich Bericht zu geben, in welchem bezüglich jedes einzelnen Departements oder Amtes angegeben wird, welche Commissionen und mit welchen Gebüren dieselben durchgeführt wurden, um eventuell den Stadtrath in die Lage zu versetzen, sich an den Bürgermeister zu wenden, um vorkommende Missbräuche und Unzukömmlichkeiten in entsprechender Weise kraft Verantwortlichkeit der Amtsleiter auch abzustellen.

Was nun die Gebüren selbst betrifft, wurde Ihnen eine Gebürentabelle gedruckt vorgelegt. Tarif I zerfällt in 2 Theile.

Der erste Theil, die sogenannten Augenscheinsgebüren werden heute von uns unberührt gelassen, und zwar aus folgendem Grunde: Diese Gebüren beruhen nicht auf der Feststellung von Seite des Gemeinderathes, sondern auf Landesgesetzen, auf Bauordnungen, auf dem Sanitätsgesetze; es sind die Fälle, in denen solche politische Augenscheine vorzunehmen sind, im Gesetze genau vorgeschrieben, auch die Tarifsätze dafür und werden diese Beträge von Seite der Partei auf Grundlage des Gesetzes uns zurückerstattet.

An diesem Tarife, das ist der Tarif I A, etwas zu ändern, ist heute nicht die Zeit; es wäre auch gar kein Anlass dazu vorhanden, nachdem da irgend etwas Überflüssiges zu machen thatsächlich nicht möglich ist.

Was die Commissionsgebüren für jene Commissionen betrifft, welche der städtische Beamte, sei es im eigenen oder im übertragenen Wirkungskreise der Gemeinde nunmehr zu vollziehen hat, so beruht, wie ich Ihnen gesagt habe, das Princip darin, dass an den betreffenden Beamten nur dann eine Gebür zu zahlen ist, wenn er mehr als einen halben Tag oder wenn er außer seinem engeren Wohnsitze, das ist dem Magistrate oder Bezirksamte, die Commission zu verrichten hat. Ist das nicht der Fall, hat er keine Gebür zu beziehen.

Der Magistrat hatte eine Gebürenscala — sie befindet sich auf Seite 5 des gedruckten Referates — vorgelegt, worin vorgeschlagen wurde, dass, wenn der Beamte sich in die 2. Zone, in den nächst gelegenen Bezirk begibt, er als Commissionsgebür 2 fl., in der 3. Zone 3 fl., in der 4. Zone 4 fl. zu beziehen hat.

Hieran hat der Stadtrath nichts geändert. Es ist die Wagengebür und eventuell das Kostgeld darin enthalten und die Gebür gewiss eine sehr mäßige; sie ist thatsächlich um so mäßiger, als die Commissionen früher nahezu das Dreifache dieser Gebür ausgemacht haben.

Handelt es sich um eine Commission, welche einen ganzen Tag oder eine halbe Nacht in Anspruch nimmt, so hat der Magistrat die Sätze von 2 fl., 3 fl., 4 fl. 50 kr. und 6 fl. beantragt. Hier hat der Stadtrath eine Herabsetzung getroffen, indem er Ihnen beantragt, es sei der Betrag auf 2 fl., 3 fl., 4 fl. und 5 fl. herunterzusetzen. Wenn es sich um eine Commission handelt, die die ganze Nacht in Anspruch nimmt — es sind das sehr selten vorkommende Commissionen — so hat auch hier, wie ich später erweisen werde, der Stadtrath die Sätze des Magistrates, welche 4, 6 und 8 fl. lauteten, herabgesetzt. Was die Zoneneintheilung betrifft, so sehen Sie auf Seite 4 eine instructive Mittheilung, wo sich eine erste, eine zweite, eine dritte Zone befindet, und es ist vom Magistrate vorgeschlagen worden, es seien die Bezirke I, IV, VI—IX, XIV und XV als erste Zone, also gebürenfrei zu betrachten, dagegen seien vom Bezirke III, d. i. Landstraße und V, d. i. Margarethen einige Theile, welche über der Gürtelstraße liegen, als zweite Zone, also nicht zum Bezirk gehörig, zu betrachten. Der Stadtrath ist darauf nicht eingegangen, weil er keinen Anlass findet, politische Bezirksgrenzen wegen einer Gebür zu zerreißen und abzugrenzen, sondern er schlägt vor, diese Theile, welche ja nicht allzuweit über die Gürtelstraße hinaus liegen, als zum Bezirke gehörig gelten zu lassen. Die weiteren Bezirke X, XI, XII, XIII, XVI, XVII, XVIII und XIX mussten wegen den colossalen Ausdehnungen thatsächlich in zwei Zonen getheilt werden, so dass jener Theil, in welchem der Amtssitz ist, als eine Zone, der andere entlegene Theil als zweite Zone betrachtet wird. Endlich ist den Herren auch das Magistratsreferat, betreffend das Normale, vorgelegt worden.

Der Stadtrath hat vorerst aus diesem Normale alles ausgeschieden, was sich auf Diäten und Reisekosten bezieht, nachdem der Stadtrath daran festhält, dass Diäten und Reisekosten, d. h. Kosten von Reisen über die Umgebung Wiens hinaus, eventuell außer Österreich, thatsächlich separat zu behandeln sind und diese Behandlung erst mit dem Rangsclassensystem, welches der Herr Bürgermeister vorlegen soll, zum Durchbruche kommen soll.

Der Stadtrath beschloss daher vorläufig, der Deutlichkeit halber aus diesem Normale alles auszuscheiden, was sich auf Diäten und Reisekosten bezieht, und nur jene Gebüren stehen zu lassen, welche sich auf Wien und Umgebung beziehen.

Übrigens hat der Stadtrath den §. 7 aus eigener Initiative in entschiedener Weise geändert, nachdem in diesem Paragraphe eigentlich der Kernpunkt der ganzen Sache liegt. Es sind da die Grundsätze gegeben, nach welchen die Commissionen zur Ausschreibung kommen sollen.

Das sind die Grundzüge des Referates, welches ich mir zu erstatten erlaube.

Ich bin bereit, wenn es zu einer Debatte kommt, jede gewünschte Aufklärung zu geben.

Ich komme zu den Anträgen, welche der Stadtrath zur Annahme empfiehlt, wobei ich bemerke, dass die Buchhaltung selbst annimmt, dass durch die einschneidenden Veränderungen, welche vorgenommen werden, durch die genaue Abgrenzung und Normierung dieser Bezüge mindestens 20.000 fl. werden erspart werden.

Die Anträge sind folgende (liest):

I. Der Tarif I A (Augenscheinstaxen) wird bis auf weiteres unverändert belassen.

II. Die beantragte Einführung einer einheitlichen „Entfernungsgebür" an Stelle der bisher bei Commissionen und Amtshandlungen außer dem Amtssitze der städtischen Beamten üblich gewesenen Commissions- und Wagengebüren und Kostgelder wird genehmigt.

III. Der Entfernungsgebürentarif und die Zoneneintheilung (I B) wird mit der Modification genehmigt, dass die Gebür für den ganzen Tag oder die halbe Nacht in der I. Zone mit 2 fl., in der II. Zone mit 3 fl., in der III. Zone mit 4 fl., in der IV. Zone mit 5 fl. — jene für eine ganze Nacht in der I. Zone mit 3 fl., in der II. Zone mit 4 fl., in der III. Zone mit 5 fl. und in der IV. Zone mit 6 fl. bemessen werden, ferner, dass die Ausscheidung der Bezirkstheile III b und V b und die Zuweisung derselben zu den Bezirken XI und XII in Wegfall kommt, dieselben somit in der I. Zone verbleiben.

IV. Die Tarife für die Botengänge und Begleitungsgebüren, dann für die Kostgelder und Zehrgelder (Tarif II) werden mit dem Beifügen genehmigt, dass bei Bezug einer Entfernungsgebür selbstverständlich irgend ein Kostgeld nicht in Aufrechnung zu kommen hat.

V. Das vorgelegte Normale wird mit nachstehenden Änderungen genehmigt, und zwar:

1. Alle Punkte (§§. 2, 4—6, 8, 9—11), welche sich auf die Diäten und Reisekosten beziehen, sind dermalen auszuscheiden und ist seinerzeit bei Vorlage des Berichtes über diese Gebüren ein abgesondertes Normale vorzulegen.

2. §. 7 hat folgendermaßen zu lauten:

„Die städtischen Bediensteten sind verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Commissionen und Amtshandlungen in kürzester Frist und mit möglichster Schonung der städtischen Finanzen auszuführen."

Die Leiter der städtischen Ämter und Departements sind unter ihrer eigenen Verantwortung verpflichtet, dafür Sorge zu tragen,

a) dass Commissionen nur in Fällen nachweisbarer Nothwendigkeit und nur dann angeordnet werden, wenn der finanzielle Effect der Amtshandlung mit den Kosten der Commission in einem angemessenen Verhältnisse steht;

b) dass alle den Verhandlungsfall betreffenden Erhebungen und Amtshandlungen möglichst bei einer Commission in einem Zuge durchgeführt werden;

c) dass zu den Commissionen in der Regel nur ein amtierender Beamter entsendet wird, und dass die Beiziehung anderer Beamten (der Buchhaltung, des Stadtbauamtes und anderer Ämter) nur im Falle erwiesener Nothwendigkeit oder eines erweislichen Vortheiles für die städtischen Finanzen zu erfolgen habe. Diese Beiziehung hat nur über Weisung des Amtsleiters, welcher die Commission anordnet, zu geschehen;

d) dass möglichst viele Commissionen in unmittelbarer Aufeinanderfolge in einem Zeitraume (Halbtag, ganzer Tag) und in einer Zone durchgeführt werden;

e) dass für den Beginn der Commissionen eine Stunde bestimmt werde, welche die Durchführung derselben möglichst in in einer Tageshälfte zulässt, und dass solche Commissionen in der Regel für die Nachmittage anberaumt werden;

f) dass für mehrere in einem Zeitraume (Halbtag, Tag oder Nacht) durchgeführte Commissionen die Entfernungsgebür nur einmal in Anrechnung komme.

VI. Der Magistrat wird aufgefordert, das bereits seit längerer Zeit in Verhandlung stehende „Normale für die Vornahme von Collaudierungen" den derzeitigen Verhältnissen angepaßt, und die Anträge, betreffend der Regelung der Diäten und Reisegebüren nach Durchführung des Rangsclassensystems vorzulegen.

VII. Die Buchhaltung wird beauftragt, summarische Semestralausweise über die von den städtischen Ämtern und Departements durchgeführten Commissionen und Amtshandlungen, für welche Entfernungsgebüren entfielen, dem Stadtrathe vorzulegen.

Der Stadtrath glaubt hiemit sowohl in ziffernmäßiger Beziehung als auch in Bezug auf die möglichste Einengung der Zahl der Commissionen, sowie auf die Ermöglichung einer Controle abzielende und zweckdienliche Anträge gestellt zu haben und bittet Sie um Annahme derselben.

Der Stadtrath ist sich zwar vollkommen klar, dass auch dieses Referat durchaus nicht ein solches ist, welches nicht Verbesserungen brauchte, allein ein solches Normale muss erst, wie man sagt, durchgekostet werden, das heurige Jahr ist überhaupt in Allem und Jedem ein Versuchs- und Erfahrungsjahr und der Stadtrath wird wohl in der Lage sein, am Schlusse des Jahres an der Hand der vorgelegten Berichte der städtischen Buchhaltung prüfen zu können, ob diese Anträge genügen, ob sie in mancher Beziehung vielleicht Härten haben oder vielleicht zu lange sind, und wird nicht ermangeln, an der Hand der Erfahrung mit eventuellen Abänderungs-Anträgen an Sie heranzutreten.

Es ist aber nothwendig, meine Herren, dass diese Frage so rasch als möglich erledigt wird, denn es ist, um den Beschlüssen des Gemeinderathes nicht vorzugreifen, Vorsorge getroffen worden, dass vom 1. Jänner ab die bisher durchgeführten Commissionen vorläufig nicht mit einer Gebür bedacht werden, sondern in suspenso bleiben, bis zu dem Momente, wo Sie dieses Gebüren-Normale genehmigt haben.

Ich würde Sie also bitten, mit Rücksicht darauf, dass dieses Normale wieder nur ein Versuch ist, der erst der Erfahrung bedarf, die Anträge des Stadtrathes zu genehmigen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Fortsetzung der Debatte über die Verkehrsanlagen.

Nun sind wegen des Landtages verschiedene andere Dinge zur Debatte gestellt worden und Sie müssen verzeihen, wenn ich heute nur sprungweise das Eine oder Andere, was mir aufgefallen ist, erwähne, und wenn ich die Sache nicht so eingehend behandeln kann, wie ich glaube, dass dieselbe es verdienen würde. Sie müssen auch verzeihen, wenn ich die ganze Geschichte vielleicht etwas tragischer nehme als sie wirklich ist. Ich bitte von Vornherein um Verzeihung, und zwar mit der Motivierung — Sie können sich meine Lage denken — dass ich so lange Communalbeamter war, und, wenn eine solche Sache zur Verhandlung kommt, man sich unwillkürlich in jene Zeit versetzt fühlt und sich fragt: „Was würdest Du sagen, wenn Du als Beamter das lesen würdest, was hättest Du für eine Meinung?"

Ich versetze mich so in jene Zeit; wenn es vielleicht da etwas anders herausklingt, was Sie dem Gemeinderathe nicht verzeihen könnten, so werden Sie vielleicht etwas milder urtheilen, wenn Sie meine persönliche Lage in Betracht ziehen. Es ist hier beabsichtigt, verschiedene Änderungen vorzunehmen und es ist beabsichtigt, Verschiedenes stehen zu lassen, nämlich die Diäten, Reisegebüren u. s. w., werden vorläufig stehen gelassen, die Collaudierungsgebüren u. s. w. ebenfalls; es ist in Aussicht, dass sie demnächst auf der Tagesordnung erscheinen werden; ich möchte aber wünschen, dass diese ganzen Dinge zusammen behandelt werden. Ich hätte aber etwas Anderes noch mehr gewünscht, dass zuerst jene Frage zur Behandlung genommen würde, auf welche die Beamten der Commune nun seit 2 Jahren warten, nämlich auf die Regulierung und die Rangsclassen-Eintheilung. Die Beamten geben sich der Hoffnung hin, dass mit der Rangsclassen-Eintheilung eine Verbesserung ihrer Lage eintreten werde; ich weiß nicht inwiefern diese Hoffnung gerechtfertigt ist; aber sie haben diese Hoffnung und warten nun mit Ungeduld, bis der Gemeinderath sich mit der Sache beschäftigt, und darüber debattiert wird. Nun kommt dieses Referat, welche jene Frage, von der die Beamten mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit die Verbesserung ihrer Lage erwarten, nicht beantwortet.

Sie können sich leicht denken, dass diese Vorlage gerade den entgegengesetzten Eindruck macht; es handelt sich lediglich, eine Streichung vorzunehmen und das Budget zu verringern; ich gebe es von vornherein zu, ich habe es selbst miterlebt, in jedem Bureau gibt es sogenannte „Schneider", das ist der technische Ausdruck, „Diätenschneider". Es wird wirklich gesündigt, ich gebe das auch zu, aber Sie laufen Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten, das ist nicht allgemein, es sind Ausnahmen und ist es nicht gut, für solche Ausnahmen die ganze Beamtenschaft oder ganze Bureaux büßen zu lassen.

Das ist nicht recht. Man kommt sehr leicht in diese Gefahr. Ich will auch nicht untersuchen, ob es richtig oder unrichtig ist, dass heutzutage alle Beamten, welche mit auswärtigen Commissionen

oder Dienstleistungen zu thun haben, mit diesen Commissionen und Diäten gewissermaßen rechnen, sie budgetieren, sie sagen, je nachdem Einer in einem Bureau ist: „Mein Gehalt beträgt so viel, das Quartiergeld so viel, die Commissionen werden so viel ausmachen". Man rechnet damit. Ich für meine Person glaube, dass das nicht richtig ist, glaube, dass er nicht damit rechnen soll, dass dies eine Einnahme ist, aber die Herren rechnen damit, und wenn ihnen was weggenommen wird, so sagen sie, wir sind geschädigt worden. Ich will nicht sagen, dass dieser Ausspruch richtig ist, aber die Herren sind der festen Meinung, dass das nur deshalb gemacht wird, um ihnen was aus der Hand zu reißen. Es haben mir schon mehrere Beamte offen in's Gesicht gesagt: „Dazu hat der Stadtrath keine Zeit, die Rangsclassen-Eintheilung zu schaffen; sie ist schon seit 2 Jahren versprochen, aber dazu ist keine Zeit, weil wir da etwas bekommen könnten; dazu hat aber der Stadtrath sofort Zeit, dass er uns noch etwas wegnimmt, jetzt wo im Reichsrathe eine Unzahl von Petitionen eingereicht wird, um die Lage der Beamtenschaft zu verbessern und die Theuerung zu paralysieren. In diesem Moment tritt der Stadtrath hervor und sagt: wir werden Euch noch ein Bischen Eure Bezüge beschneiden. Das sage ich nicht, das wird anderweitig gesagt, meine Herren. Ich füge bei, dass Sie mich nicht vielleicht als Vertreter eines Classeninteresses betrachten sollen, ich habe das auch damals gesagt, wie ich candidiert habe. Ich werde diese Sache sehr objectiv nehmen und ich wiederhole auch hier, ich spreche nicht für die Beamten in dem Sinne, weil ich vielleicht fürchte, ich könnte das Mandat verlieren, diese Angst habe ich nicht! Es liegt mir übrigens nicht viel daran, aber es ist mir etwas Anderes wichtiger und wertvoller; mir scheint es wertvoller zu sein, eine Beamtenschaft zu haben, die Lust, Liebe und Eifer zur Arbeit hat, eine Beamtenschaft die Muth und Thatendrang hat, kurz Militärambition besitzt. Durch solche Dinge wird die Ambition in der Beamtenschaft nicht gehoben und das würde ich sehr bedauern. Nun, aus diesem Grunde spreche ich zur Sache. Ich will nun einige Punkte hier erwähnen. Es ist hier ein Paragraph aufgeführt. Ich weiß nicht, bietet er etwas Neues oder Altes. Es ist ein principieller Gegenstand und erlaube ich mir als Laie, ich werde von den Juristen gerne eine Belehrung entgegennehmen, auf §. 3 hinzuweisen, es heißt dort:

„Die mit dieser Vorschrift systemisierten Bezüge stellen eine Vergütung der Auslagen der Bediensteten bei solchen Anlässen, also für Zehrung, Unterkunft, Bedienung, Kleiderabnützung dann für Fahrgelegenheiten dar, sie enthalten jedoch keine Entlohnung für die Arbeit des Bediensteten, für welche derselbe schon durch den Gehalt entschädigt erscheint und wozu er durch die Bestimmungen der Dienstpragmatik (§. 29) verpflichtet ist.

Nun, meine Herren, Sie hören hier von Halbtagarbeiten, von Ganztagarbeiten und von Halbnachtarbeiten und von Ganznachtarbeiten. Nicht wahr? Alle diese Arbeiten werden nicht entlohnt, sondern es wird nur eventuell der Wagen, den der Mann braucht, um hinzufahren, bezahlt; wenn er aber doch das Bedürfnis haben sollte — wenn er den ganzen Tag oder die ganze Nacht draußen ist — zu essen, so muss er das aus Eigenem bestreiten. Mehr als den Wagen darf er nicht rechnen. Das habe ich in Parenthese gesagt.

Was steht nun in §. 29. Ich bitte die Juristen um Vergebung, dass ich Ihnen ins Handwerk pfusche.

Da heißt es letzte Zeile:

„Ebenso ist der städtische Beamte zu allen ämtlichen Dienstleistungen außer dem Amtslocale und bei Amtshandlungen innerhalb des Gemeindegebietes auch ohne Anspruch auf besondere Entlohnung verpflichtet."

Jetzt möchte ich aber den §. 33 als Ergänzung dazulesen. Hier heißt es: „Der städtische Beamte hat die vorgeschriebenen Amtsstunden genau einzuhalten und, wenn es der Dienst erfordert, zeitweilig auch länger zu arbeiten. Die Amtsstunden werden im Allgemeinen mit 7 Stunden festgesetzt; der Gemeinderath hat sie aber auf 6 Stunden herabgesetzt. Zu welcher Tageszeit das Amt zu besuchen ist, das wird weiter bestimmt. Sie hören also:

In dem einen Paragraphe heißt es: der Mann kann auch außerhalb des Amtes verwendet werden, ohne eine Entschädigung beanspruchen zu dürfen. In einem anderen Paragraphe heißt es: er habe so und so viele Stunden zu amtieren. Ich vermisse aber eine klare Bestimmung, in der es heißen würde: der Mann habe außer der Bureauzeit und außerhalb des Amtes zu arbeiten, ohne dass er einen Anspruch auf irgend eine Vergütung hätte. Ich glaube, dass das nicht geschadet hätte, wenn dies in den Paragraphen enthalten wäre, denn ich kann mit aller Mühe nur herauslesen, dass man einerseits den Beamten während der Bureauzeit im Bureau oder auf der Gasse verwenden kann, dass man ihn andererseits im Bureau nur 6 oder 7 Stunden verwenden kann.

Ich lese aber nicht heraus, dass man ihn auch in der Nacht verwenden kann und dass er dafür nicht einen Kreuzer Entschädigung bekommen soll. (Rufe: Er bekommt sie!) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Hier ist nur von Wagengeldern u. s. w. die Rede. Das ist richtig.

Es heißt aber hier ausdrücklich: „Für alle diese Arbeiten wird der Beamte nicht entlohnt, er hat seine Entlohnung in seinem Gehalte". So heißt es im §. 3. Ich sage nicht, dass diesem Paragraphe ein Zwang angethan werden soll, sondern ich erlaube mir in aller Bescheidenheit zu bemerken, dass es doch gut wäre, wenn so etwas präcise ausgedrückt wäre, d. h.: „Du hast zu jeder Zeit und an jedem Orte zu arbeiten", wie es z. B. beim Militär heißt: „Du hast bei Wasser, Feuer, Sturm und Gewitter zu dienen." Das braucht gar nicht so weit geführt zu werden. Mir scheint, dass man bei dieser Gelegenheit dies jetzt noch hinzufügen könnte, wenn man einen Rechtstitel dafür hat. Wenn die Herren Juristen (und ich bescheide mich da) aus diesem Paragraphe da herausfinden, dass die Beamten zu jeder Tages- und Nachtzeit verwendet werden können, gut, dann ist es mir auch recht. Es wäre nur gut, wenn das in der Dienstespragmatik drinnen stünde, damit die Leute sich nicht irren, und wenn sie in's Amt eintreten, glauben, ich kann nur zu dem und dem verwendet werden, und damit sie nicht unwillig sind, wenn sie zu etwas Anderem verpflichtet werden. Das wäre das Eine.

Ich komme nun zu etwas Anderem. Es wird ein Zonentarif aufgestellt. Mit diesen Zonentarifen ist es eine eigene Sache. Es ist da immer schwer, bei den Grenzen das Richtige zu treffen. Jetzt war es so, dass der erste Bezirk als Amtsbezirk für die Commissionsgebür ausgeschlossen war, erst wenn in anderen Bezirken commissioniert wurde, hat der Betreffende etwas bekommen. Das ist ganz schön, aber nicht ganz logisch. Denn wenn z. B. Einer von hier, vom Rathhaus, ins geographische Institut hinüber gieng, hat er 60 Schritte gemacht und eine Commissionsgebür bekommen. (Rufe: Jetzt bekommt er sie auch!) Ich bitte! Wenn er auf den Franz Josefs-Quai gegangen ist, hat er keine Commissionsgebür bekommen.

Mir ist, meine Herren, diese Logik nicht ganz einleuchtend. Allerdings wähle ich hier für mein Argument einen ganz nahen und einen entfernten Punkt, aber diese Dinge wiederholen sich sehr oft. Es ist für den Beamten ganz gleichgiltig, ob er im I. oder im II. und III. Bezirke etwas zu thun hat, weil die meisten Beamten nicht im I. Bezirke wohnen, sondern nach 2 Uhr nach Hause und dann erst zu ihren Commissionen gehen. Dann haben sie in den I. Bezirk noch weiter, als in die anderen Bezirke, z. B. in den VIII. und IX. Bezirk. Ich will dies nicht als Kritik aussprechen, das ist seit vielen Jahren so geschehen, und ich weiß, woher das kommt. Die Ursache war eine flagrante Ausnützung der Commissionsgebüren. Man hat auch hier wieder das Kind mit dem Bade ausgegossen. Hier ist es ähnlich. Sie haben statt eines Amtsbezirkes 11 oder 12 solcher Centren, möchte ich sagen, von denen aus im engeren Kreise nichts gerechnet werden darf, sondern nur im weiteren Kreise. Da will ich Ihnen nur ein Beispiel sagen. Die Strecke Rathhaus—Brigittenau—Donauregulierungsgründe ist die dritte Zone; das ist eine Entfernung von 6 Kilometer. Die Strecke Rathhaus—Gürtelstraße ist ebenfalls dritte Zone; das ist eine Entfernung von 2 Kilometer. Nun, meine Herren, ist die Gebür auf die Fiaker hin berechnet. Es wird nämlich angenommen, dass der Beamte mit dem Fiaker hinaus- und wieder hereinfährt; ob er mit dem Fiaker fährt oder nicht, ist natürlich Nebensache, aber man muss sich ernsthaft stellen und wenn man so etwas rechnet, so thut man so, als wenn man glaubte, er fährt mit dem Fiaker; sonst hat es ja gar keinen Sinn, sonst rede ich ja von solchen Wagengebüren nicht und sage einfach, er bekommt das; wofür, das ist egal. Wenn man aber glaubt, dass der Fiaker 2 Kilometer und 6 Kilometer weit den Beamten um denselben Preis führen wird, so ist das doch nicht logisch. Dasselbe ist der Fall mit der halben Nacht und mit der ganzen Nacht und da ist eine Bestimmung in der Vorlage, die mich wirklich sehr unangenehm berührt hat. Da heißt es: „Ein Anspruch auf die Gebür für eine halbe Nacht von 6—12 Uhr oder von 12—5 Uhr tritt nur dann ein, wenn die Amtshandlung über drei Stunden erfordert oder sich über die Mitternachtsstunde erstreckt."

Nun, meine Herren, jetzt geht Einer um 8 oder $^1/_2$9 Uhr Abends hinaus und macht seinen Dienst bis 10 oder 11 Uhr ab. Nun ist er fertig; Jetzt gienge ein vernünftiger Mann nach Hause. Der Mann ist aber nicht vernünftig, wenn er nach Hause geht, weil er ja nichts kriegt; er muss noch eine Stunde stehen bleiben, dann bekommt er etwas, denn er muss 3 Stunden dort bleiben, sonst bekommt er nichts. Oder er muss schwindeln, er muss sagen „ich war 3 Stunden dort", was nicht wahr ist. Wie man überhaupt „vor Mitternacht" und „nach Mitternacht" in einen Topf werfen kann, ist mir ganz unverständlich. Ich will dem Herrn nicht nahetreten, der dies gemacht hat, aber gewiss hat er wenige Nachtarbeiten gemacht; denn ich kann sagen, aus einer Arbeit vor Mitternacht macht man sich nichts daraus, wenn man um 12 oder $^1/_2$1 Uhr nach Hause kommt und sich ausschlafen kann.

Wenn Einer aber — und das kommt vor — nach Mitternacht hinaus muss, bekommt er auch nicht mehr, er bekommt nicht die ganze Nacht, sondern nur die halbe Nacht und muss wieder 3 Stunden dort sein. Sie können sich denken, dass Jeder drei Stunden dort war! Nun ich glaube, man lässt so etwas stehen; es erinnert mich das an eine Schulordnung, wir haben aber Männer in unseren Ämtern. Wenn Einer in der Nacht hinaus muss, ist es bitter genug. Ich möchte den Herren Stadträthen nicht wünschen, einmal eine Nacht draußen in Sturm und Wetter zubringen zu müssen; ich möchte die Expensnote für so eine Nacht sehen (Heiterkeit links) 50 fl. macht das ganz gewiss und ich weiss nicht, ob die Herren eine zweite Nacht auch noch mitmachen würden. (Heiterkeit.)

Hier, meine Herren, finde ich nun etwas, was mir wieder mit dem Geiste dieses Gesetzes nicht recht stimmt. Sie haben gehört, dass es dort heißt, es werden nur die Ausgaben wieder zurückerstattet, für die Dienstleistung wird nichts gezahlt. Auf Seite 5, Absatz 4, heißt es aber (liest): „In jenen Fällen, in welchen ein Amtswagen benützt wird, oder die Vergütung der baren Wagenauslagen erfolgt, tritt die Entschädigung nach der Zone 1 ein". In dem Falle hier also, wenn er keine Auslagen gehabt hat, bekommt er eine Entschädigung, ob bei Tag oder bei Nacht, hier aber heißt es, er bekommt nichts. Dieser Widerspruch geht mir nicht ganz ein; denn, wofür der Beamte das bekommt, weiß ich nicht; weil es heißt, für die Arbeitsleistung bekommt er principiell nichts, nur den Wagen bekommt er gezahlt. Das leuchtet mir — ich bin ja Laie in solchen Dingen — natürlich nicht ganz ein.

Nun kommt etwas Anderes, Tarifpost 2. Ich habe mir das nur geschwind notiert und muss demgemäß ein Bischen hin und herspringen. Hier ist vom Zehrgeld, vom Kostgeld die Rede. Diese Ausdrücke sind schon hergebracht und haben das Bürgerrecht erlangt, ich will sie also nicht beanständen. Das Kostgeld für den Beamten beträgt in allen Fällen, wo er gezwungen ist, Mittag zu essen, 1 fl., das Kostgeld für den Diener 80 kr. Ich betrachte den Diener gerade so wie einen anderen Menschen und will nicht sagen, dass der Diener Hunger leiden soll, ich finde für das Mittagmahl des Dieners 80 kr. entsprechend, glaube aber nicht, dass unter allen Umständen das Kostgeld des Beamten mit 1 fl. ebenso entsprechend ist. Ich bitte mich nicht misszuverstehen, als ob ich einen Menschen nicht so achten würde, wie den anderen, man muß aber doch auch daran denken, dass der höhere Beamte mitunter genöthigt ist, in Gesellschaft Mittag zu essen, da gibt es nichts, da muss er einfach draufzahlen.

Nun kommt das Schönste. Wenn der Mann eine Wagengebür verrechnet hat, bekommt er auch den Gulden nicht, da darf er überhaupt nicht zu Mittag essen, oder er darf es, aber nicht auf Kosten der Commune. Er hat zu Hause sein Essen, in seiner Wohnung wird alles gemacht, und er muß draußen irgendwo essen, hat aber eine Wagengebür bekommen, infolge dessen fällt der Gulden auch weg. Ich überlasse Ihnen zu beurtheilen, ob das Alles so richtig ist. Ich bin ja für Ersparungen und dafür, dass man nichts Unnöthiges hinauswirft und dass alle Gebüren in der richtigen Weise geregelt werden. Ich könnte mir sogar die Abschaffung aller dieser Gebüren und die Einführung einer Particularverrechnung vorstellen, wie es thatsächlich in allen Fabriken, Kaufgeschäften und Privatunternehmungen der Fall ist. Ich halte unsere Beamten für ehrenhaft genug, dass sie uns nicht beschwindeln werden. Wenn sie außerhalb des Amtssitzes etwas zu thun haben und die Arbeit ihnen Kosten verursacht hat, indem sie einen Wagen brauchten oder essen mussten, so schreiben sie das auf einen Zettel auf, wie jeder Ingenieur in einer Fabrik oder der Beamte in einem großen Kaufhause es thut. Er wird als Ehrenmann betrachtet, ist es auch und bekommt Alles einfach zurückbezahlt. Das wäre logisch und würde dem §. 3 entsprechen, wenn es heißen würde: „Innerhalb der Grenzen der Gemeinde Wien kann der Beamte von Mitternacht bis Mitternacht in Anspruch genommen werden."

Allerdings, meine Herren Juristen, möchte ich fragen, ob eine so präcise Bestimmung auch rückwirkend gemacht werden kann oder ob man sagt, dass das nur bei neu eintretenden Beamten der Fall sein soll.

Nun kommt wieder etwas, und da sehe ich auch wieder, dass der Mann mit diesen Dingen nicht gut vertraut ist. Da heißt es, dass Bauamtsbeamte bei großen und wichtigen Neubauten, dann bei Canalbauten mit Minierung 1 fl. 50 kr., Bauamtsbeamte bei kleineren Bauten und Herstellungen 1 fl. erhalten.

Nun, meine Herren, ich war viele Jahre draußen auf der Strecke, und weiss, was das kostet und wie die Verhältnisse sind, und ich fordere alle Herren auf, Ingenieure, Baumeister u. s. w., die mit diesen Dingen zu thun gehabt haben, sie sollen mich desavouieren oder mir Recht geben. Mir ist es vollständig egal, ob ich einen Canal zu bauen habe, der 1 Meter, oder 60 Centimeter oder 90 Centimeter, oder 1 Meter 50 Centimeter hoch ist — ich esse und trinke genau so viel und ruiniere mir die Kleider genau so, ob nun der Canal ein großes oder ein kleines Profil hat. Nun mache ich aufmerksam, daß die Herren, die die sogenannten kleineren Objecte bekommen, in der Regel zwei, drei Objecte zu beaufsichtigen haben. Das ist die Regel. Und diese Objecte sind oft nicht einmal in einem Bezirke, sondern in Nachbarbezirken. Also der, welcher zwei oder drei Objecte zu beaufsichtigen hat, bekommt nur 1 fl., derjenige aber, der nur ein Object hat oder das Glück hat, ein Schulhaus, ein städtisches Haus zu bauen, wo er viel angenehmer untergebracht und nicht dem Koth, Schnee und Regen ausgesetzt ist in so einer lumpigen Bauhütte — schauen Sie sich einmal eine solche an — der bekommt 1 fl. 50 kr. Er bekommt nicht zu viel, sondern halbwegs, was ihm gebürt; der Andere aber bekommt entschieden viel zu wenig. Das aber ist absolut nicht logisch, dass man das Essen und Kleiderabnützen in einem Causal-Nexus mit dem Querschnitt eines Canales bringt; der hat doch damit gar nichts zu thun.

Ich glaube daher, dass diese Posten zu vereinigen und ein und derselbe Preis anzusetzen sei. Ich werde mir erlauben, als solche 1 fl. 50 kr. zu beantragen. Ich bitte Sie, mir zu glauben; ich bin ein ziemlich sparsamer Mensch, ich will mich selbst nicht loben, aber ich sage Ihnen, ich habe mir als Beamter sogar ein Bischen was erspart; aber mit 1 fl. hätte ich absolut nicht draußen leben können, da wäre ich nicht draus gekommen.

Ich bitte nur zu rechnen. Der Beamte ist verpflichtet, von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends da zu sein, und wenn forcierte Arbeit ist, solange zu bleiben, als forciert gearbeitet wird.

Es ist ja nur menschlich, dass der Beamte z. B. im Sommer hie und da einen Gespritzten oder ein Glas Bier trinkt, zu Mittag ordentlich isst, vielleicht vormittags ein Paar Würstel zu sich nimmt, und jetzt bitte ich zu rechnen, ob Sie diese Mahlzeiten für einen ganzen Tag mit Einem Gulden herstellen können. Dann nehmen Sie noch, was für Kleiderabnützung dazu kommt. Jemandem der bei einem Baue zu thun hat, wird oft an einem einzigen Tage der Rock so ruiniert, dass er ihn nicht mehr anziehen kann.

Wenn ein Maurer ihn ein einziges Mal mit Kalk anspritzt, so ist der Rock hin und kein Mensch entschädigt ihn dafür.

Der Mann kann sich auch nicht wie ein Lump anziehen, und es schickt sich nicht, dass der Bauleiter der Commune in einem Zwillichkittel herumgeht; er muss doch halbwegs anständig gekleidet sein.

Diese Entlohnung ist also nicht gerechtfertigt, und ich bitte Sie, falls Sie den Antrag, den ich stellen werde, nicht annehmen sollen, doch wenigstens zu genehmigen, dass diese zwei Posten zusammen gezogen werden und 1 fl. 50 kr. für jede solche Permanenzleistung festgestellt werde.

Eine zweite Post ist der polizeiliche Permanenzdienst der Bauamtsbeamten; dieser Dienst dauert 24 Stunden. Er wird geleistet im Unterkammeramte in einem Zimmer mit einem Canapee; darauf wird auf die Nacht halb und halb ein Bett hergerichtet — sehr passager natürlich — darin kann der Beamte schlafen, — nämlich wenn man ihn schlafen lässt.

Da möchte ich den Herren wieder wünschen, einmal einen solchen Permanenzdienst zu machen, Sie würden sehen, ob Sie dafür 2 fl. 50 kr. rechnen würden.

Meine Herren, ein Aufseher, ein Taglöhner der Wasserleitung, der auch dort Journal hat, bekommt 2 fl. 50 kr. und der Bauamtsingenieur, meine Herren, der 24 Stunden dort sein muss, der immer mit einem Fuße im Landesgerichte steht, bekommt dasselbe! Er muss, wenn irgendwo was geschieht, sofort hinaus und Sie wissen ja noch vom Ringtheater-Process, dass die Leute faktisch mit einem Fuße im Landesgerichte waren, also, wenn der Mann seinen Dienst antritt, so tritt er ihn mit dem Gefühle an: Um Gotteswillen, wenn ich nur wieder draußen wäre! Dieser einzige Gedanke kann nicht mit 2 fl. 50 kr. bezahlt werden! Nun kommt aber noch das körperliche Weh dazu. Der Mann muss, so oft ein Telegramm kommt, hinaus, und gerade in stürmischen Nächten ist das am allerärgsten; denn natürlich wirft da der Sturm dort und da einen Rauchfang oder eine Mauer um, oder ein Dach wird durch den Wind abgehoben u. dgl. Der Mann muss manchmal 3-, 4- bis 5mal hinaus — bei jedem Wetter — also mit welchen Gefühlen wird er sich niederlegen! Sie können sich das vorstellen — vielleicht wie ein Arzt bei einer Epidemie — er legt sich nieder — im nächsten Moment klingelt es — er muss sich anziehen und hinauseilen, er muss sich aber auch durch 24 Stunden verköstigen und natürlich den Leuten, die ihn bedienen, Wasser herein bringen, aufbetten, Stiefel putzen ꝛc. einige Sechserln Trinkgeld geben, dann bekommt er dieselbe Entlohnung von 2 fl. 50 kr. wie der Taglöhner, der dort ist. Fragen Sie einen Dienstmann und sagen Sie ihm, er soll 24 Stunden Dienst thun mit der Voraussicht, dass er vielleicht 2- und 3mal nach Hernals hinaus muss, was der verlangen wird!

Hier aber sind Leute, welche die Staatsprüfung machen, Hochschulen absolvieren und so viel Studien machen müssen: diese stellt man ganz den Taglöhnern gleich und giebt ihnen genau dasselbe, was man einem Taglöhner giebt, man stellt sie mit Helfern gleich; einfache Wasserleitungsarbeiter, die bei der Bespritzung beschäftigt sind, bekommen per Tag 2 fl. 40 kr. Ich vergönne ihnen das vom Herzen, aber ich finde es nicht recht, dass der Ingenieur dasselbe hat, welcher verantwortlich ist und mindestens 2 fl. in 24 Stunden ausgeben muss, ich will Sie übrigens mit diesen Dingen nicht länger belästigen, ich glaube, dass es jedenfalls angemessen wäre, wenn vielleicht die ganze Angelegenheit überhaupt vertagt würde. Ich glaube, dass dieser Wunsch gerechtfertigt ist. In zwei Monaten soll, wie wir gehört haben, die Vorlage kommen wegen der Rangsclassen-Eintheilung und Regulierung der Gehalte; das ist dann das Zuckerbrot, und wenn Sie es durch diese Geschichte dann etwas verbittern wollen, wird es etwas leichter hingenommen; es ist eine Art Medicin, aber jetzt sollen Sie den Leuten nichts aus der Haut schinden, weil einige gesündigt haben, was ich ja ohneweiters zugeben will. Ich werde mir erlauben

Anträge zu stellen, um eine gänzliche Reform des Gebürenwesens einzuführen, aber heute sind Sie nicht in der Lage, dieser Sache näher zu treten, wie sie es wert wäre, ich beantrage daher Vertagung des Referates bis das Referat kommt über die Eintheilung der Ämter; und dann kann diese Geschichte bezüglich der Diäten-, Reise- und Collaudierungsgebüren unter Einem erledigt werden.

Ich empfehle Ihnen, meinen Vertagungs-Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich unterbreche die Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung um 8 Uhr abends.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 12. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Krank: Dr. Huber und Rückauf.
Entschuldigt: Dr. Stenzl.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Borschke** macht derselbe der Versammlung nachstehende Mittheilungen:

Die St.-R. Dr. Hackenberg und Ritter von Goldschmidt entschuldigen ihr verspätetes Erscheinen in der heutigen Sitzung; St.-R. Rückauf entschuldigt sein Ausbleiben wegen Krankheit, St.-R. Dr. Stenzl wegen dringender Berufsgeschäfte.

Wird zur Kenntnis genommen.

St.-R. v. Götz hat folgenden Antrag eingebracht: Der Magistrat werde beauftragt, bei der Erneuerung von Pachtverträgen bezüglich der der Commune Wien neu zugewachsenen Bäder einen Passus aufzunehmen, welchem zufolge die Pächter verpflichtet werden, der armen Bevölkerung und der Schuljugend des betreffenden Ortes an gewissen Tagen der Woche in den Sommermonaten unentgeltlich oder gegen geringe Bezahlung die Benützung des Bades zu ermöglichen.

Wird dem Magistrate zur Berichterstattung zugewiesen.

St.-R. Meißl hat folgenden Antrag eingebracht: Es sei statt der in dem projectierten Pflasterpräliminare pro 1892 berücksichtigten Vereinsgasse im II. Bezirk, die Straße vom Erzherzog Carl-Platze (Verlängerung der Engerthstraße), oder für den Fall als der eingesetzte Betrag hiefür nicht genügen sollte, wenigstens ein Theil dieser Straße zu pflastern.

Wird dem Budget-Referenten zugewiesen.

St.-R. v. Götz referiert über den Bauamts-, respective Magistrats-Bericht, betreffend die Proben mit Gasdruck-Regulatoren, welche bei der Straßenbeleuchtung im VII. Bezirke in Verwendung standen.

Referent beantragt, es sei dieser Bericht, gemäß welchem bei der Probe einige Regulatoren bei dem Minimaldrucke von 15 Millimeter den stipulierten Stundenconsum von 141 Litern überschritten, während die übrigen diesen Consum nicht erreicht haben, sowie der auch vom Magistrate aufgenommene Antrag des Stadtbauamtes und der Buchhaltung, dass im gegebenen Falle kein Anlass vorliege, auf eine Conventionalstrafe gegen die Gasgesellschaft zu erkennen, zur Kenntnis zu nehmen und zwar gleichzeitig mit der Bemerkung des Magistrates, dass das Stadtbauamt anzuweisen sein wird, dieser Erscheinung die nöthige Aufmerksamkeit zuzuwenden, künftighin derartige Proben öfters vorzunehmen und über deren Resultat zu berichten.

Unter Einem sei das Stadtbauamt zu beauftragen, dass in Hinkunft in den Ausweisen über die unter verschiedenen Druckverhältnissen bei den Flammen-Gasdruckregulatoren erzielten Gasconsum-Resultate auch die bei der Flammen-Regulatoren-Abnahme gleichzeitig constatierten Druckverhältnisse im Röhrenstrange notiert werden mögen

(angenommen).

St.-R. Meißl referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien, resp. um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband.

Referent beantragt, den Nachbenannten gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen, und zwar

a) die Zuständigkeit an:

Schrötter Bernhard (Berthold), Commissionshändler.
Strý Franz, Schilder- und Schriftenmaler.
Haberlechner-Steiner Veronika, Handarbeiterin.
Pfauser Mathias, Maurergehilfe.
Ledl Ignaz, Kutscher.
Musil Josef, Drechslergehilfe.
Zachata Franz, Fabriksarbeiter.
Summerer Josef, Gemischtwaren-Verschleißer.
Ritschel Carl, Wagner.
Zinner Josef E., k. u. k. Hof-Hausdiener.
Herrmann Jakob, Möbel-Fabrikant.
Eichler Hugo L. A., Realschul-Professor.
Potuček Ignaz, Schuhmachergehilfe.
Potocka Alois, Schlossergehilfe.
Hanakampf Cajetan, Tischler.
Berger Carl, Gußmeister.
Tatiček-Masek Franziska, Hilfsarbeiterin und ihre 5 minderjährigen Kinder.
Schuster Josef, Schneider.
Zaberl (Schaberl) Georg, Gemischtwaren-Verschleißer.
Hufnagl Johann, Lohndiener.
Čamrda Franz, Tischlergehilfe.
Wagner Anton, Schlossergehilfe.
Wiesgril Carl, Cafékoch.
Barvich Josef, Posamentierergehilfe.
Schwoma Josef, Bahnbeamter.
Boška Josef, Gemischtwaren-Verschleißer.

Froschauer-Scheibenhof Marie, Edl. v., Bahnbeamtin.
Scherka Johann, Schlosser.
Fraunhofer Leopoldine, Industrielehrerin.
Fink Josef, Buchdruckergehilfe.
Rudovsky Anton, Claviermachergehilfe.
Walter Clara, Verschleißerin.
Ditz Gustav, Gastwirt.
Riedel Josef, Cafésieder.
Beigl Anton, Tischler.
Hladky Franz, Kürschnergehilfe.
Matzenauer Johann N., Schlosser.
Weidlich Josef A., Metalldrehergehilfe.
Wurmhöringer Leopold M., Futteralmacher.
Lintner-Kraus Johanna, Bedienerin.
Stöger Josef, Pfaidlerwaren-Verschleißer.
Fischer Peter, Maurergehilfe.

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

Selkes-Pollak Marie, Dienstvermittlerin.
Hüll Johann N., Anstreicher.
Mittli Stefan, Schnürmachergehilfe.
Spindler Conrad, Schuhmacher.
Tamm Josef, Drechslergehilfe.
Sichermann Elias Wolf, Geschäftsdiener.
Steiner Josef, Bäcker.
Albrecht Franz, Bildhauergehilfe (angenommen);

— referiert weiters über Gesuche gleichen Inhaltes und beantragt zu verleihen:

a) die Zuständigkeit an:

Sedlák Carl, Schuhmacher.
Provacnik Johann, Bureaudiener.
Größl-Pscheidl Anna, Hausbesorgerin und ihr minderjähriges Kind.
Kny Johann L. A., Sattler.
Zechmann Elias, Brunnenmachergehilfe.
Schnobrich (Schobert) Marie, Kleidermacherin.
Schifferer Markus, Handlungsgehilfe.
Patuček Theresia, Handarbeiterin.
Mannerstorfer Josef, Blumenmacher.
Nowohradsky Anton, Tischlergehilfe.
Kail Franz, Tischlergehilfe.
Wacha Adolf, Tischlergehilfe.
Smeykal Mathias, Kuchenbäcker.
Hoštičky-Daněk Franziska, Private.
Hoštičky Leopold, Kürschnergehilfe.
Proschek Johann, Diurnist.
Walzl Gustav, A. W. M., Häuser-Administrator.
Schelle Josefa, Victualienhändlerin.
May Markus, Agent.
Rubesch Emanuel, Staatsbahnbeamter.
Spitz Sigmund, Pferdehändler.
Billeta Emilie, Näherin.
Melichawsky Julius, Schriftsetzer.
Marjetisch Michael, Diener.
Hübsch Carl, Tischler.
Ripa Josef, Tischlergehilfe.
Edl Johann, Schlosser.
Neswadba Augustin, Tischler.
Klaps Johann, Schlossergehilfe.
Lahner Barbara, Bedienerin.
Killer Johann, Wagnergehilfe.
Axelrad Jakob Abraham, Einkäufer.
Houska Juliana, Gemischtwaren-Verschleißerin.
Weinstabl Josef, Monteur.
Hosek Johann, Burgtheater-Billeteur.

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

Lechartier Adolf, k. u. k. Leibbereiter.
Halter Marie, Telegraphen-Aspirantin.
Krastel Friedrich G. J., k. k. Hofschauspieler und Regisseur.
Pikal Julius, Privatier.
Passadori Peter, Rauchfangkehrer-Geschäftsführer (angenommen);

— referiert über das Ansuchen der Lehramts-Candidatin Adele von Bokroß um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, derselben diese Zusicherung gegen Erlag der Taxe von 100 fl. zu ertheilen (angenommen).

St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des „Vereines zur Errichtung und Erhaltung der I. Wiener Suppen- und Theeanstalt" um Überlassung von Hochquellenwasser für die im XVII. Bezirke, Hernals, Hauptstraße Nr. 96, zu errichtende Suppen- und Theeanstalt.

Referent beantragt, die Abgabe von täglich 5 Hektoliter Wasser aus der Hochquellenleitung in das Locale der gedachten Anstalt unter den im Stadtbauamtsberichte ersichtlich gemachten Bedingungen und weiters gegen dem zu genehmigen, dass der Eigenthümer des obenbezeichneten Hauses sich mit der Einleitung des Hochquellenwassers in sein Haus und in Ergänzung der vorliegenden Erklärung auch damit einverstanden erklärt, dass die herzustellende Abzweigung, sobald dieselbe für Zwecke der Suppen- und Theeanstalt nicht mehr benöthigt werden sollte, auf Kosten der Gesuchsteller wieder cassiert wird (angenommen);

— referiert über die Protokolle der Sitzungen des Bezirks-Ausschusses des IX. Bezirkes vom 16. December 1891, des II. Bezirkes vom 30. December 1891, sowie des V. Bezirkes vom 14. December 1891 und beantragt, dieselben zur Kenntnis zu nehmen (angenommen).

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Commando der „Freiwilligen Ortsfeuerwehr Simmering", um Überlassung des Turnsaales in der Bürgerschule am Marktplatze im XI. Bezirke, behufs Abhaltung von Turnübungen.

Referent beantragt, es sei der genannten Freiwilligen Feuerwehr der Turnsaal der dortigen Bürgerschule für die Samstag-Abende von 7 Uhr ab, während der Wintermonate des Jahres 1892, gegen genaue Einhaltung der vom Stadtrathe erlassenen Bestimmungen zu überlassen. Die Kosten der Beheizung und Beleuchtung seien seitens der Gemeinde zu bestreiten (angenommen).

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Vergleichsanbot des Dr. Hans Waniczek, betreffend die nach Johann Zöttl aushaftenden Wassergebüren für die Häuser IX., Thurngasse 19 und 21.

Referent beantragt, das Anerbieten des Genannten, wonach zum Ausgleiche des gedachten Rückstandes im ermäßigten Betrage von 961 fl. 80 kr. ein Pauschalbetrag von 700 fl. bezahlt werden soll, aus den vom Magistrate und dem Stadtanwalte geltend gemachten Gründen zu genehmigen (angenommen).

St.-R. Wurm referiert über den Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. December 1891, Z. 25381, betreffend die

Regulierung des Minoritenplatzes im I. Bezirke durch Einlösung des Hauses Nr. 2 daselbst.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Es sei auf den Antrag des hohen k. k. Ministeriums des Inneren, das Haus Nr. 2, Minoritenplatz im I. Bezirke, Einl.-Z. 750, um den Preis von 50.000 fl., wovon der Stadterweiterungsfond und die Gemeinde Wien je die Hälfte zu bestreiten hätten, einzulösen, unter folgenden Bedingungen einzugehen:

a) Der nach der Linie a b in vorgelegtem Situationsplane zur Straßenverbreiterung erforderliche Grund der Cat.-Parcelle Nr. 59, E.-Z. 750, per circa 57 Quadratmeter, sowie der nach dieser Linie entfallende Theil der dem Stadterweiterungsfonde gehörigen Parcelle Nr. 60, E.-Z. 749, per circa 86 Quadratmeter seien als Straßengrund abzuschreiben und der Gemeinde Wien kosten- und lastenfrei zu übergeben;

b) der restliche Theil der Grundb.-Einl. Z. 750, sei mit dem von der Parcelle Nr. 60, E.-Z. 749, verbleibenden Theile per 34 Quadratmeter zu einer Einlage zu vereinigen und bei derselben das Eigenthumsrecht des Stadterweiterungsfondes und der Gemeinde Wien zu gleichen Theilen auszuzeichnen;

c) die Kosten der Herstellung einer Abschlussmauer für die verbleibende Realität nach der Linie a b seien vom Stadterweiterungsfonde und der Gemeinde Wien zu gleichen Theilen zu tragen;

d) für den Fall, als bei einer künftigen Regulierung des Minoritenplatzes das fragliche Haus in diesen Platz einbezogen wird, habe der Stadterweiterungsfond, resp. sein Rechtsnachfolger die ihm gehörige Hälfte des Hauses für diesen Zweck ohne Anspruch auf Schadloshaltung zur Verfügung zu stellen und sei diese Verpflichtung auf der neuen Grundbuchseinlage zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben;

e) die Frage wegen der Verwaltung der gemeinsamen Realität sei nachträglich zwischen dem Stadterweiterungsfonde und der Gemeinde Wien auszutragen;

f) von der Gemeinde seien aus Anlass des Abschlusses dieses Rechtsgeschäftes nur jene Stempel und Gebüren zur Zahlung zu übernehmen, welche auf die von der Gemeinde zu zahlende Quote des Kaufschillings entfallen.

2. Die auf die Gemeinde entfallenden Kosten der Einlösung seien bezüglich der Bedeckung auf die Rubrik XXII 4 „Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenerweiterung" per 140.000 fl. zu überweisen.

3. Das k. k. Oberstthofmeisteramt sei zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Forderung der öffentlichen Verkehrs-Interessen eine entsprechende, auch für den Wagenverkehr benützbare Communication durch das zwischen dem Regierungsplatze und dem Ballhausplatze gelegene hofärarische Depotgebäude herstellen zu lassen (angenommen).

Hierüber ist im Plenum Bericht zu erstatten.

St.-R. Dr. Lederer referiert über die Übernahme der Monumente der Dichter Anastasius Grün und Nikolaus Lenau in das Eigenthum der Gemeinde Wien.

Referent beantragt, diese auf dem Schillerplatze aufgestellten Hermen in das Eigenthum der Gemeinde Wien zu übernehmen. Von der Anbringung der Verschalungen über die beiden Monumente sei derzeit abzusehen (angenommen).

St.-R. Noske referiert über eine Zuschrift des Wiener Bezirks-Schulrathes, III. Section, vom 7. Jänner 1892, Z. 620, betreffend das Ansuchen des Lehrer-Vereines „Diesterweg" um Überlassung des Turnsaales an der Bürgerschule, III., Hainburgerstraße, zu seiner Versammlung am 9. Jänner 1892.

Referent beantragt, diese Zuschrift, zufolge welcher die Zustimmung des Ortsschulrathes Landstraße zu der gedachten Local-Benützung mündlich eingeholt und das magistratische Bezirksamt des III. Bezirkes davon verständigt wurde, zur Kenntnis zu nehmen (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des n.-ö. Bauvereines um käufliche Überlassung des städtischen Grundes Einl.-Z. 1675, V. Bezirk, an der Marx-Meidlingerstraße.

Referent beantragt, die Entscheidung hierüber in suspenso zu belassen, bis das Referat über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Vogler, betreffend die Änderung des Regulierungs-Planes für die Gründe vor der Matzleinsdorfer Linie die Umgangnahme von der Auflassung der Marx-Meidlingerstraße, erstattet werden wird (angenommen).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über eine Reihe von Gesuchen um Gnadengaben und Pensionierungen von städt. Beamten und Dienern, eventuell deren Witwen.

(Nach den Anträgen des Referenten angenommen.)

— referiert über das Ansuchen des Diurnisten beim k. k. Landesgerichte Camillo Krisianowsky um Studien-Nachsicht behufs Aufnahme in den städt. Kanzleidienst.

Referent beantragt, dem Genannten die erbetene Studien-Nachsicht zu ertheilen (angenommen).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Matzenauer referiert über die Abgabe von Pflastersteinen zu Pflasterungen in Breitensee.

Referent beantragt, zu Pflasterungen in Breitensee, und zwar je eines Vorplatzes vor den neu aufgestellten Brunnen und zur Herstellung von gepflasterten Zugängen, von dem im städtischen Materialdepot vorhandenen Vorrathe alter Ordinärsteine ein Quantum von 20 Cubikmetern an die vormalige Gemeinde Breitensee abzugeben (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des gewesenen Vorstehers des III. Bezirkes, Franz Schallaböck, um die nachträgliche Genehmigung des bereits erfolgten Verkaufes einer alten, unbrauchbar gewordenen Straßenwalze und über das Ansuchen ebendesselben und des gegenwärtigen Vorstehers des III. Bezirkes um nachträgliche Genehmigung der dem Straßensäuberungs-Taglöhner Franz Schiedl für seine Verwendung als Gartenaufseher seit 1888 ausbezahlte Zulage von täglich 50 kr. über seinen Taglohn von 1 fl. und um Bewilligung dieser Zulage auch für die Zukunft.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Es sei der Verkauf der genannten Straßenwalze, welche für städtische Zwecke nicht mehr verwendbar war, um den Betrag von 136 fl. 12 kr., der in der Vertragsrechnung pro April 1890 sub Journ.-Art. 527/506 in Empfang gestellt wurde, nachträglich zu genehmigen.

2. Es sei die nachträgliche Genehmigung der in den Sommermonaten der Jahre 1888 bis inclusive 1891 bereits ausbezahlten Zulagen von täglich 50 kr. aus den Verlagsgeldern des III. Bezirkes an Franz Schiedl zu ertheilen und in Erwägung der von dem Garten-Referenten des Magistrates dargelegten Argumente dem Vorsteher des III. Bezirkes die Bewilligung zu geben, dass er den genannten Taglöhner mit Rücksicht auf seine ersprießliche Leistung in der Gartenpflege auch künftighin während der Sommermonate als Gartenaufseher bei der Anlage vor dem Dampfschiffahrtsgebäude im III. Bezirk verwende und ihm hiefür eine Zulage von 50 kr. täglich über seinen Taglohn per 1 fl. bezahlt.

Diese Zulage sei nicht auf der Rubrik XXII 5 c „Löhnungen des Straßensäuberungs-Personales", sondern auf Rubrik XXIV 2 a „Erhaltung der in der Obsorge der Bezirksvorsteher stehenden Gartenanlagen" zu verrechnen und die diesfällige Position im Präliminare pro 1892 um 100 fl. zu erhöhen (angenommen);

— referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites pro 1891 zur Ausgabs-Rubrik XXII 6 g „Reparatur der Schlauchtrommelwägen und sonstigen Requisiten zu Straßenbespritzungszwecken" und beantragt, einen Zuschusscredit in der Höhe von 750 fl. zu genehmigen (angenommen);

— referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites pro 1891 zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters" und beantragt, einen solchen in der Höhe von 24.000 fl. zu genehmigen (angenommen).

Hierüber ist im Plenum Bericht zu erstatten.

— referiert über die Vertheilung von Büchern aus dem Nachlasse des Ludwig Damböck an Schulen im VI. und VII. Bezirke.

Referent beantragt, die Vertheilung nach dem Vorschlage des Magistrates, resp. nach der von demselben vorgelegten, in der diesfalls abgehaltenen Comité-Sitzung genehmigten Tabelle mit folgenden Modificationen zu genehmigen:

Post 24. Exner, „Beiträge zur Geschichte der Gewerbe ꝛc.", ist der Knaben-Bürgerschule VII., Zieglergasse 49 zuzutheilen.

Post 66. Seckendorff, Freih. v., „Verbauung der Wildbäche", ist der k. k. Staats-Realschule auf dem Schottenfelde zuzutheilen.

Post 77 und 78. Vega, Freih. v., „Sammlung mathematischer Tafeln" und „Logarithm.-trigonom. Handbuch", sind ebenfalls dieser Mittelschule zuzutheilen.

Post 94. Hartinger, „Die eßbaren und giftigen Schwämme", ist der Mädchen-Bürgerschule VI., Stumpergasse 54 zuzutheilen.

Post 105. Liebig, „Chemische Briefe", ist dem Mariahilfer Communal-Real- und Ober-Gymnasium zuzutheilen.

(St.-R. Dr. Vogler beantragt, dieses Werk nach dem Magistrats-Antrage einer Mädchen-Bürgerschule zu überlassen; es wird jedoch der Referenten-Antrag angenommen.)

Post 108. Lorinser, „Die wichtigsten eßbaren, verdächtigen und giftigen Schwämme", ist der Mädchen-Bürgerschule VI., Gumpendorferstraße 2 B zuzutheilen.

Post 113. Dr. Katzenburg, „Die Waldverderber und ihre Feinde", ist der Knaben-Bürgerschule VI., Rahlgasse 2 zuzutheilen.

Post 117. Jos. Scherr, „Deutsche Cultur- und Sittengeschichte", ist der Lehrer-Bibliothek des Mariahilfer Communal-, Real- und Ober-Gymnasiums zuzutheilen (angenommen).

St.-R. Wurm referiert über den Recurs puncto Entscheidung über das Project der Nutzwasserleitung vom Lagerhausschöpfwerke nach dem Central-Viehmarkte und dem Schlachthause zu St. Marx.

Referent beantragt, es sei der gegen den Punkt 4 lit. p der Entscheidung der hiezu delegierten k. k. Bezirks-Hauptmannschaft Sechshaus vom 10. December 1891, Z. 59527 zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 24. December 1891 bereits angemeldete Recurs, zu dessen Ausführung mit dem Statthalterei-Erlasse vom 8. Jänner 1892, Z. 173, eine Frist bis 15. Jänner l. J. in der Art gegeben wurde, dass die Statthalterei erklärte, mit der Entscheidung über die diesfällige Berufung der Gemeinde Wien nicht vor dem 15. Jänner 1892 vorzugehen, nunmehr im Sinne des Magistrats-Antrages zu überreichen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, mit dem Baue der gedachten Wasserleitung zuzuwarten, bis sich über die dortselbst in Folge der Durchführung der geplanten großen Verkehrsanlagen zu erbauenden Brücke ꝛc. ein Urtheil bilden lässt.

(Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag angenommen).

Die Sitzung wird geschlossen.

Bezirksausschüsse.

VII. Bezirk (Neubau).

(Heirats-Stiftung.) Laut Stiftbriefes sind die Interessen der J. G. Zweig'schen Stiftung im Betrage von 50 fl. am Faschingmontag, den 29. Februar 1892, an ein armes, sittsames Mädchen, welches wenigstens seit einem Jahre im VII. Bezirke wohnt und sich verehelichen will, zu vergeben.

Bewerberinnen haben sich bis längstens 1. Februar 1892, mit ihrem Gesuche in der Gemeindekanzlei, VII., Neubaugasse 25, zu melden.

* * *

(Freiplatz für Violin-Unterricht.) In der Musikschule des Herrn Theodor Kleinecke, VII., Burggasse 62, ist ein Freiplatz für Violin-Unterricht an einen im VII. Bezirke wohnhaften Knaben durch den Bezirksausschuss Neubau zu vergeben.

Bewerber um diesen Freiplatz haben ihre Gesuche bis 1. Februar 1892, in der Gemeindekanzlei, VII., Neubaugasse 25, zu überreichen.

Allgemeine Nachrichten.

(Ball der Stadt Wien.) Infolge des Ablebens Sr. k. u. k. Hoheit des durchl. Prinzen und Herrn Erzherzogs Carl Salvator wird der für den 27. d. M. anberaumt gewesene Ball der Stadt Wien verschoben. Der Tag, an welchem dieser Ball stattfindet, wird demnächst bekannt gegeben werden.

* * *

Schulnachrichten.

Bezirksschulrath.

In der am 13. Jänner l. J. stattgehabten Vollversammlung des Bezirksschulrathes der Stadt Wien wurde beschlossen:

Den Mitgliedern der früheren Ortsschulräthe sei anlässlich der Neuconstituierung die Anerkennung auszusprechen.

Mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf die nunmehr auch für die Bezirke I—X vorzunehmende Systemisierung der Lehrstellen sei dem Lehrpersonale bekannt zu geben, dass Gesuchen um Versetzung oder Belassung in Hinkunft keine Folge gegeben werden kann. Schließlich wurden in Ausführung des Schlussabsatzes des §. 6 des Landesgesetzes vom 27. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 67, betreffend die Regelung der Bezüge des Lehrpersonales an den öffentlichen Volksschulen im Schulbezirke Wien,

über die darin erwähnte, vom Bezirksschulrathe zu verfügende Beaufsichtigung des Turnunterrichtes jene Fälle festgestellt, in welchen die Beaufsichtigung platzzugreifen hat.

* * *

(Gehaltsauszahlung für städt. Lehrer und Diener.) Zufolge Verfügung des Magistrates vom 10. Jänner l. J., M.-D.-Z. 30, haben die Directoren und Leiter der städt. Unterrichtsanstalten, der Volks- und Bürgerschulen die Consignationen für das ihnen unterstehende Personale im Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 25. April 1876 auszufertigen und unter Beisetzung ihrer Unterschrift und unter Anschluss der Gehaltsbögen längstens bis zum 10. eines jeden Monates bei der städt. Hauptcassa-Abtheilung ihres Bezirkes zu überreichen und ebendaselbst am Zahltage von 10 Uhr vormittags ab, die von der städt. Hauptcassa liquidierten Beträge beheben zu lassen.

Die Consignationen für den Monat Februar l. J. sind unverzüglich auszufertigen und vorzulegen.

* * *

(Wahl der Ortsschulräthe.)

(Fortsetzung.)

Im I. Bezirke (Innere Stadt):

A) als Mitglieder:

1. Gustav Adolf Heyderich, Kaufmann,
2. Dr. Josef Schröpf, Hof- und Gerichtsadvocat,
3. Dr. Eduard Fischer, Arzt,
4. Franz Glasser, k. k. Professor,
5. Dr. Anton Schelle, Hof- und Gerichtsadvocat,
6. Carl Schlink, Bezirksausschuss,
7. Salomon Heit, Kaufmann.

B) als Ersatzmänner:

1. Adolf Wilhelm Schack, Bezirksausschuss,
2. Johann Pammer, Kaufmann.

Im V. Bezirke (Margarethen):

A) als Mitglieder:

1. Georg Winkelmayer, Buchbinder,
2. Felician Altenberg, Gemeinderath, Apotheker und Hausbesitzer,
3. Rudolf Weiß, Bezirks-Ausschuss, Handschuhmacher und Hausbesitzer,
4. Josef Domhart, pens. Oberbuchhalter,
5. Edmund Stratzkaney, Bureauchef,
6. Karl Witthof, Bürger, Bezirks-Ausschuss, Branntweiner und Hausbesitzer,
7. Karl Lechner, Gemeinderath und Hausbesitzer,
8. Anton Katschinka, Oberlehrer,
9. Dr. Ludwig Huber, Stadtrath, Hof- und Gerichtsadvocat und Hausbesitzer.

B) als Ersatzmänner:

10. Dr. Alexander Soßmann, k. k. Steuer-Inspector,
11. Johann Rasch, Bürger und Hausbesitzer.

Im VI. Bezirke (Mariahilf):

A) als Mitglieder:

1. Joh. Nep. Grabner, Bezirks-Vorsteher,
2. Johann Brix, Hauseigenthümer und Bezirks-Ausschuss,
3. Moriz Retzer, Bürger und Gemischtwarenhändler,
4. Emanuel Trojan, Sodawasser-Erzeuger,
5. Karl Riek, Gymnasial-Professor,
6. Karl Brischar, Papier- und Schreibrequisitenhändler.
7. Johann Halmschlager, städt. Oberlehrer,
8. Franz Schmid, Clavierfabrikant.

B) als Ersatzmänner:

1. Andreas Weber, Tischlermeister und Bezirks-Ausschuss,
2. Josef Kunz, Handelsgesellschafter und Hausbesitzer.

Im XI. Bezirke (Simmering):

A) als Mitglieder:

1. Josef Koch, Fabrikant,
2. Wilhelm Seidler, praktischer Arzt,
3. Karl Lechner, Hausbesitzer,
4. Franz Ostertag, Kaufmann,
5. Franz Bäder, Fleischhauer,
6. Georg Krepp, Badhausbesitzer,
7. August Wittmann, Gärtner.

B) als Ersatzmänner:

1. Franz Fuchs, Schmied,
2. Leopold Oberer, Gärtner.

Im XIII. Bezirke (Hietzing):

A) als Mitglieder:

1. Dr. Adolf Seidler, Advocat,
2. Carl Drechsler, Seidenfärber,
3. Franz Grundmann, Seiler und Hausbesitzer,
4. Gottfried Alber, Baumeister und Hausbesitzer,
5. Moriz Seidl, Fabriksgesellschafter und Hausbesitzer,
6. Johann Meißl, Oberlehrer,
7. Johann W. Gedliczka, Knopffabrikant und Hausbesitzer.

B) als Ersatzmänner:

1. Rudolf Tüchler, Parfumeur und Hausbesitzer,
2. Ferdinand Weinrother, Lohnwägen- und Hausbesitzer.

Im XV. Bezirke (Fünfhaus):

A) als Mitglieder:

1. Richard Witzelsberger, Stadtrath, Bäcker und Hausbesitzer,
2. Karl Wimberger, Gemeinderath und Hotelier,
3. Johann Winter, Gemeinderath und Productenhändler,
4. Heinrich Stagl, Architekt und Stadtbaumeister, Bezirks-Vorsteher,
5. Andreas Hackl, Juwelier und Hausbesitzer,
6. Wilhelm Zeckl, Kaufmann,
7. Karl Jungwirth, Tuchhändler.

B) als Ersatzmänner:

1. Josef Pfann, Goldarbeiter,
2. Amand Zetschock, Bäcker.

Im XVIII. Bezirke (Währing):

A) als Mitglieder:

1. Ignaz Bachknecht, Hausbesitzer und Kaufmann.
2. Franz Andre, Hausbesitzer und Bahnbeamter,
3. Julius Wehle, Bahn-Inspector.
4. Rudolf Foschum, Hausbesitzer und k. k. Hauptmagazins-Director,
5. Hermann Löffler, Hausbesitzer und Canalräumer,
6. Emanuel Hoffmann, Hausbesitzer und Cassier,
7. Adolf Harthau, Hausbesitzer und Tischler.

B) als Ersatzmänner:

1. Josef Semler, Hausbesitzer,
2. Johann Hatthay, Baumeister.

Im XIX. Bezirke (Döbling):

A) als Mitglieder:

1. Dr. Karl Eckel, Hausbesitzer,
2. Otto Gebauer, General-Directionsrath i. P. und Bezirks-Ausschuss,
3. Karl Sickenberg, Fabrikant und Bezirks-Ausschuss,
4. Karl Schündler, Bahnbeamter,
5. Dr. Karl Kohn, städtischer Arzt,
6. Wilhelm Möller, k. k. Fabriks-Verwalter,
7. Karl Rauscher, Lohnwagen- und Hausbesitzer.

B) als Ersatzmänner:

1. Leopold Rieder, Bäcker,
2. Julius Führer, Bahnbeamter.

Städtisches Lagerhaus.

7. Jänner 1892 bis 14. Jänner 1892:

Waren eingelagert . . . . . 22.708 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 38.380 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 10.181 Meter-Centner.

Lagerstand vom 14. Jänner 1892: 407.703 Meter-Centner, und zwar:

119.568	Meter-Centner	Weizen,	64.239	Meter-Centner	Roggen,
66.429	„	Gerste,	49.076	„	Hafer,
13.067	„	Mais,	22.624	„	Oelsaaten,
8.873	„	Mehl u. Kleie,	9.052	„	Wein,
1.580	„	Zucker.			

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 4,734.455 fl. öst. Währ.

Approvisionierung.

(Schlachtviehmarkt vom 18. Jänner 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 2851, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 450.
Summa . 3301.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2391
Galizische „ . . .	451
Deutsche „ . . .	411
Büffel „ . . .	48

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	2801
Stiere	228
Kühe	272

2. Preisbewegung:

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht:

Ungarische Schlachtthiere .	von 54 bis 67 fl.	Diese Preise ermäßigen sich für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung um den beim Handel vereinbarten Procentabzug, welcher zwischen 30 bis 40% schwankt.
Galizische „ .	„ 53 „ 66 „	
Deutsche „ .	„ 54 „ 71 „	

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen . .	von 20 bis 34 fl.
Stiere . .	„ 24 „ 34 „
Kühe . .	„ 23 „ 32 „
Büffel . .	„ 19 „ 28 „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 24 bis 104 fl.

Unverkauft blieben:

Mastvieh	107 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	9 „

Infolge des um 1406 Stück Schlachtthiere geringeren Auftriebes sind die Preise um 2 fl. per 100 Kilo gestiegen. Seit Einschluss der Verzehrungssteuer wurden 29 Rinder behandelt.

* * *

(Für den täglichen Fleischmarkt eingesendete Fleischwaren vom 10. bis 16. Jänner 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	226.591 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 143.647; Ober-Österreich — 3.520; aus Mähren — 17.718; aus Galizien — 46.855; aus Ungarn — 14.851.)
Kalbfleisch . . .	14.123 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 3.450; aus Mähren — 27; aus Galizien — 10.635; aus Ungarn — 11.)
Schaffleisch . .	6.769 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 889; aus Galizien — 5.449; aus Ungarn — 132; aus der Bukowina — 299.)
Schweinfleisch .	38.488 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 23.462 aus Ober-Österreich — 65; aus Steiermark — 381; Böhmen — 476; Mähren — 914; Galizien — 10.539; Ungarn — 2.651.)
Kälber	1.508 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 90; Mähren — 30; Galizien — 1.386; Ungarn — 2.)
Schafe	448 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 197; Mähren — 1; Galizien — 234; Ungarn — 2; Bukowina — 14.)
Schweine . . .	2.907 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 204; Galizien — 2.703.)
Lämmer . . .	6 „	(Davon aus Ungarn — 6.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	4.689 Kg.	Kälber	54 Stück
Kalbfleisch	119 „	Schafe	26 „
Schaffleisch . . .	— „	Schweine	13 „
Schweinfleisch . .	827 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	per Kg.	34—100 kr.
Kalbfleisch	„ „	36— 80 „
Schaffleisch	„ „	28— 50 „
Schweinfleisch . . .	„ „	38— 66 „
Lämmer	per Stück	3 fl.

* * *

Die Einsendungen von Fleischwaren sind gegen die Vorwoche stärker gewesen.

Armenangelegenheiten.

(Spende). Se. k. u. k. Hoheit, der am 15. December 1891 verblichene durchl. Herr Erzherzog Sigismund hat für die Armen Wiens, zu Handen des Herrn Bürgermeisters, einen Betrag von 10.000 fl. letztwillig gewidmet.

Militärangelegenheiten.

(Assentierung.) Bei der vom Bürgermeister Dr. Prix vorgenommenen Ziehung jenes Buchstabens, bei welchem die Losung der in der ersten Altersclasse befindlichen, im Jahre 1871 geborenen Assentpflichtigen zu beginnen hat, wurde der Buchstabe Y gezogen. Die Losung selbst findet am 3., 4., 5. und 6. Februar l. J. in der Volkshalle statt.

Die Liste der zur Assentierung im heurigen Jahre berufenen Individuen liegt vom 24. bis einschließlich 31. d. Mts. im Conscriptionsamte des Magistrates (I., Neues Rathhaus) auf.

Gewerbeangelegenheiten.

Wahl des Vorsteher-Stellvertreters der Fleischhauergenossenschaft.

Bei der am 16. d. M. von Seite der Fleischhauergenossenschaft unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistratsrath Leban vorgenommenen Wahl, wurde Herr Carl Wieselthaler, X., Himbergerstraße 15, einstimmig zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. Jänner 1892.

(Fortsetzung.)

Heinecke Anna, Selchwaren-Verschleiß, IX., Liechtensteinstraße 10.
Salaquarda Franz, Selch- und Wurstwaren-Verschleiß, XII., Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 46.
Schneider Josef, Verschleiß von Sonnen- und Regenschirmen und Pelzwaren, II., Glockengasse 1.
Blümel Anton, Spielwarenerzeugung, VIII., Stolzenthalergasse 1.
Frank Jonas, Tambourierer, I., Lazzenhof 11.
Schramm Hermann, Tapezierer, II., Treustraße 19.
Kraus Jakob, Verschleiß von neuen Uhren, Gold- und Silberwaren, II., Schiffamtsgasse 10.
Lewié Adele, Uhrenverschleiß, I., Rothenthurmstraße 27.
Jellinek Albert, Vermittlung des Kaufes und Verkaufes von Realitäten und der Vermittlung von Hypothekar-Darlehen, I., Schottenring 33.
Henblum Katharina, gewerbsmäßiges Verzieren von Tüll, Seide, Sura u. dgl. mittelst Aufklebens der zur Verzierung dienenden Gegenstände, VII., Neubaugasse 49.
Schrott Friederike, Victualienhandel, V., Schwarzhorngasse 2.
Krsek Therese, Victualienhandel, V., Reinprechtsdorferstraße 43.
Baron Johanna, Victualienverschleiß, I., Wipplingerstraße 27.
Oelmann Josefa, geb. Glaser, Wäscheputzerin, VIII., Lerchengasse 10.
Cotzen Wilhelm, Weinhändler, I., alte Wallfischgasse 9.
Gottwald Franz, Zimmerputzer, II., Obere Augartenstraße 40.
Kanausek Franz, Zuckerbäcker, XV., Fünfhaus, Friesgasse 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. Jänner 1892.

Wr. General-Repräsentanz der Accumulatoren Fab.-Act.-Ges. in Berlin, fabriksmäßige Erzeugung von Accumulatoren.
Schierer Jahann, Vorhänge-Appretur, V., Diehlgasse 23.
Schlichting Ferdinand, unbef. Bildhauerei, VI., Windmühlgasse 15.
Hütteldorfer Bierbrauerei-Actien-Gesellschaft, Brauerei, I., Bauernmarkt 13.
Sammet Elias, Verschleiß von Briefmarken, II., Hafnergasse 1.
Schiffzik Karl, Schiffzik Anton, fabriksmäßiger Betrieb der Eisengießerei, X., Hasengasse 11.
Rühl Leopold, Errichtung eines Eislaufplatzes, XVIII., Paulinengasse, Ecke der Antonigasse.
Mandel Adolf, Fleischhauergewerbe, II., Krummbaumgasse 1.
Vieröckl Rudolf, Fleischselcher, VIII., Josefstädterstraße 43.
Bilzer Franz, Friseur, IX., Lichtenthalergasse 3.
Stotz Josef, Friseur, I., Augustinerstraße 2.
Töpfer Wilhelm, Friseur, VI., Windmühlgasse 2.
Öst. Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft, fabriksmäßige Erzeugung von Leuchtgas aus Steinkohle, I., Tuchlauben.
Imperial-Continental-Gas-Association, Gasanstalt, I., Burgring.
Wr. Baugesellschaft des Wr. Bankverein, Gastgewerbe.
Hütteldorfer Bierbrauerei-Actien-Gesellschaft, Schankgewerbe.
Dorthe Blanka, Gemischtwaren-Verschleiß, XV., Burggasse 3.
Drozda Paul, Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum, XV., Michaelergasse 2.
Frankenbusch Karl, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Wollzeile 27.
Götz Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Alsbachstraße 10.
Gromann Leopold, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Ledererhof 2.
Haas Elisabeth, geb. Falk, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Friedmannsgasse 47.
Heinetke Friedrich, Karl, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Kleine Schiffgasse 3.
Holuschka Ludwig, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Neubaugasse 34.
Kristan Pauline, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Seilergasse 9.
Melinsky Maria, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Gumpendorferstraße 17.
Moravitz Heinrich, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Obere Donaustraße 45.
Plechacek Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Gumpendorferstraße 35.
Ramhartner Johanna, Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum, V., Rüdingergasse 5.
Stummvoll Rosalia, Gemischtwarenverschleiß, I., Parisergasse 4.
Tomaschek Karl, Gemischtwarenverschleiß, VI., Wallgasse 6.
Weigl Martin, Gemischtwarenverschleiß, XI., Kaiser Ebersdorferstraße 72.
Krajnik Vincenz, Glaser, VIII., Skodagasse 2.
Öst. amerik. Gummifabriks-Actien-Gesellschaft, Gummiwarenfabrik.
Sárttany Sigmund, Handelsagentie, VI., Kasernengasse 5.
Weiß Salomon, Handelsagentie, VII., Mondscheingasse 17.
Fritscheler Jakob, Holz- und Kohlenverschleiß, XVI., Ottakring, Hauptstraße 22.
Zelenka Mathias, Kappenmacher, V., Arbeitergasse 26.
Bodnar Franz, Kastanienbrater, XVIII., Kirchengasse 30.
Buryan Josefa Franziska, Damenkleidermachergew., VI., Ägidigasse 18.
Feuer Adolf, Schneidergewerbe, II., Wallensteinstraße 19.
Fuchs Laurenz, Schneidergewerbe, II., Tandelmarktgasse 16.
Hamburger Cäcilie, geb. Schöntag, Damenschneidergewerbe, II., Untere Augartenstraße 25.
Knapp Julie, Kleidermacherin, IV., Alleegasse 51.
Priborsky Anna Antonia, Kleidermacherin, V., Franzensgasse 9.
Lenk Franz, Kürschner, VII., Kirchengasse 40.
Poll Johann, Verschleiß von Kurzwaaren, Papier, Schulheften ꝛc., VIII., Josefstädterstraße 97.

Hödl Georg, unbef. Laubausschneider, V., Arbeitergasse 69.
Patek Johann, Verschleiß von Lederausschnitten, XVIII., Antonigasse 58.
Kröll Josef, Liqueur-Erzeugung, XVIII., Gersthof, Hauptstraße 21.
Steinhardt David, Handelsagentie in Manufacturwaren, I., Eßlinggasse 9.
Beck Sofie, Marktvictualienhandel, II., Karmeliterplatz.
Heger Helene, Marktvictualien-Verschleiß, III., Sophienbrückengasse 37.
Lederer Karl, Marktvictualien-Verschleiß, IV., Phorusplatz (Markthalle).
Mayer Theresia, Marktvictualienhandel, Markthalle im VI. Bezirk, Zelle Nr. 49.
Dengg Karl, Roth Georg, Roth Johann, Maschinenfabrik, IV., Heugasse 32.
Rutzky Josefine, Maskenleih-Anstalt, VI., Gumpendorferstraße 47.
Dümler Hermann, Mechaniker, VI., Mariahilferstraße 25.
Kaindl Raimund, Milchmeier, XV., Thalgasse 5.
Unterrainer Magdalena, Milchmeierei, X., Himbergerstraße 95.
Altmann Barbara, Milchverschleiß, XVIII., Weinhaus, Türkenschanzstraße 13.
Geider Theresia, Milchverschleiß, II., Brigittaplatz.
Hammer Marie, Milchverschleißerin, Fünfhaus, Karolinengasse 26.
Dollfuß Aloisia, Handel mit Obstmost in verschlossenen Flaschen und Gebinden, XVIII., Martinstraße 40.
Brusenbauch Benedikt, Verschleiß von Optikerwaren, I., Wollzeile 5.
Priborsky Johann, Agent in Papierwaren, V., Franzensgasse 9.
Adam Henriette, Pfaidlerei, VII., Westbahnstraße 26.
Dannhauser Alfred, Pfaidlerei, XVII., Ottakringerstraße 20.
Müller Carl, Pfaidler, I., Freisingergasse 2.
Schomek Rosa, Weißnäherin, IV., Wiedner Hauptstraße 49.
Dümler Hermann, Verschleiß von photographischen Bedarfsartikeln, VI., Mariahilferstraße 25.
Mathä Josef, Rauchrequisitenhandel, V., Wehrgasse 29.
Wr. Baugesellschaft, Wr. Bankverein, Schwimm- und Badeanstalt in der Penzinger Au.
Mayer August, Spengler, I., Graben 26.
Deutsch Moritz und Deutsch Josef, Strickgarn- und Wirkwarenzurichtung, I., Salvatorgasse 9.
Doifl Josef, richtig Toifl, Thee- und Rum-Verschleiß, VI., Garbergasse 13.
Wienerberger Ziegelfabrik und Baugesellschaft, Terracottafabrik.
Horninger Johann, Erzeugung von Tinte, Kreide und färbigem Streusand auf kaltem Wege, XV., Zinkgasse 2.
Rauseder Johann, Tischler, XI., Kaiser-Ebersdorf 144.
Wagner Hona, Erzeugung von Toiletteseife und Parfumerieware, II., Rembrandtstraße 41.
Grab Maximilian, Verschleiß von neuen Uhren, I., Vorlaufstraße 1.
Graf Maria, Victualienhandel, VIII., Lenaugasse 17.
Weniger Antonia, Victualienhandel, IV., Karlsgasse 16.
Fiedler Anton, Zuckerbäckerwaren-Verschleiß, XV., Kirchenplatz 3.
Kroiß Franziska, Zuckerbäckergewerbe, II., Wintergasse 21.
Wienerberger Ziegelfabriks-Baugesellschaft, Ziegelerzeugung, I., Opernring 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. Jänner 1892.

Rohrbeck's D. J. Nachfolger, Verschleißer von chemischen und physikalischen Apparaten und chemischen Producten, I., Kärnthnerstraße 59.
Pokorny Josef, Bäckergewerbe, XIII., Ober-St. Veit, Maria Theresienstraße 12.
Braun Anna, Blumenhandel, XVIII., Währing, Kreutzgasse 62.
Mayer Leopold, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, Wohnung: III., Schlachthausgasse 14.
Wallner Pauline, Verschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks, II., Darwingasse 22.
Otto Leopold, Commissionshandel, I., Rudolfsplatz 2.
Zenker Johann, Verschleiß von Conditoreiwaren, IX., Grüne Thorgasse 19.
Kurka Richard Josef, Verschleiß von Filtern, II., Rothensterng. 14.
Sandner Franz, Fleischhauer, III., Adamsgasse 20.
Lampel Lazar, Fleischverschleiß, IX., Porzellangasse 53.
Kellner Johann, Friseurgewerbe, IX., Bergstraße 133.
Baldia Ludmilla, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Auerspergstr. 4.
Bederna Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Kasernenq. 13.
Biedermann Christine, Gemischtwarenhandel, XVI., Breitenseerstraße 22.
Fischer Leopold, Gemischtwaren-Verschleißer, XIV., Goldschlagstraße 59.
Freund Alois, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Schweglerstr. 29.
Hofmann Elise Rosalie, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Alserstraße 8.
Holinka Aloisia, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Döblingerstraße 22.
Hrudla Robert, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Gumpendorferstraße 54.
Kleiner Israel, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Lilienbrunng. 11.
Locke Rosa, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidling, Wilhelmstraße 7.
Löwy Hermine, geb. Süß, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Bürgerplatz 19.
Mitterer Franziska, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Novarag. 23.
Perner Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidling, Bischofgasse 9.
Spiteller Wilhelm, Gemischtwaren-Verschleiß, XIX., Nußdorf, Nußdorferlände 55.
Widder Bertha, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Himbergerstr. 61.
Winter Charlotte, Gemischtwaren-Verschleiß (Petroleum), V., Matzleinsdorferstraße 58.
Wessely Franz, Verschleiß von neuen Gold- und Silberwaren, II., Stefaniestraße 1.
Nebenzahl Feivel, Handelsagentie, II., Antonsgasse 1.
Pschera Peter, Hutmacher, XIII., Baumgarten, Schulgasse 16.
Sandner Franz, Fleischhauer, III., Adamsgasse 20.
Stifka Johann, Kaffeeschänker, XVIII., Währing, Johannesgasse 20.
Stockt Franz Michael, Kaffeesiedergewerbe, XIII., Penzing, Marktgasse 55.
Klesо Josef (Kocsinan), Kammmacher, VI., Gumpendorferstraße 17.
Mayer Martha, Verschleiß von Kerzen, Seifen und Petroleum, VII., Neubaugasse 86.
Rzesatz Franz, Schneider, VIII., Florianigasse 45.
Welat Franz, Schneider, V., Ziegelofengasse 9.
Finda Karoline, Damenkleidermacherin, III., Gärtnergasse 12.
Frank Helene, Damenkleidermacherin, II., Circusgasse 47.
Mühlfeit Peter, Damenkleidermacher, VIII., Schmidgasse 16.
Waßmuth Marie, geborne Körbler, Damenkleidermacherin, IX., Bründlgasse 4, 1. Stock.
Graf Carl, Verschleiß von Schneider- und Modistenzugehör, VIII., Josefstädterstraße 14.
Schwimmer Szimch (Simon), Cravattenmacher, II., Ferdinandstraße 18.
Haecht & Bundialek Franz, Commissions-Verschleiß von Kurz- und Galanteriewaren, I., Brandstätte 3.
Nowy Sophie, Kurzwaren-Verschleiß, VI., Gumpendorferstraße 117.
Reich Jonas, Handelsagentie in Kurz- und Galanteriewaren, I., Werderthorgasse 17.
Hattauer Moriz, Lederzurichterei, XVI., Neulerchenfeld, Römergasse 27.
Schweiger Carl, Handelsagentie in Leinen-, Baumwoll- und Jutewaren, I., Concordiaplatz 2.
Kosina Josef u. Greiner Johann, Maschinenbau- und Reparaturwerkstätte, IV., Favoritenstraße 50.
Langbein Olga, Maschinenstrickerei, VII., Neustiftgasse 16.
Schölling Matthäus, Markt-Victualien-Verschleiß, VII., Markthalle, Zelle Nr. 42.
Zdrahal Therese, Markt-Victualienhandel, X., Eugenmarkt.
Biedermann Johann, Milchmeier, III., Hauptstraße 29.
Rosenmayer Josef, Milchmeier, X., Götzgasse 6.
Platz Marie, Milch-Verschleiß mit Gebäck, XIV., Dadlergasse 18.
Burian Marie, Modistengewerbe, VI., Hirschengasse 27.
Eisenstädter Eduard und Bleier Rudolf, Pfaidler, I., Kärnthnerstraße 14.
Trucker Anna, Pfaidlerin, IV., Kleine Neugasse 3.
Irak Rosalia, Verschleiß von Papier und Nürnbergerwaren, III., Rochusgasse 19.
Szilagyi Aloisia, Verschleiß von Papier, Kurzwaren, Schulheften, Preislisten ꝛc. ꝛc., II., Franzensbrückenstraße 2.
Wedan Agnes, Verschleiß von Sattler- und Tapezierer-Zugehörartikeln und Wagenstoffen, I., Köllnerhofgasse 4.
Pouli Felice, Schleifergewerbe, XVIII., Währing, Schulgasse 10.
Hron Ignaz, Schuhmachergewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Bräuhausgasse 13.
Fix Anton, Speditions- und Commissionsgeschäft, III., Ungargasse 53.
Kreidl Joachim, Commissionswarenhandel in Spezereiwaren I., Seilergasse 13.
Kotányi Johann, Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 16 und 18.
Draxler Theresia, Stadtlohnkutscher-Gewerbe, VI., Blaugasse 4.
Honig Simon & Co., Commissionswaren-Verschleiß in Stickereien, I., Marc-Aurelstraße 5.
Gebauer Carl, Tapezierer, I., Judengasse 12 a.
Ehrenstein Jeanette, Commissionshandel, mit Thee, Rum, Cognac, anderen gebrannten, geistigen Getränken und Weinen, I., Weihburggasse 2.
Kapek Anton, Tischler, X., Bürgerplatz 4.
Weßely Franz, Uhrmacher, II., Stephaniestraße 1.
Hager Alois, Victualienhandel, II., Rembrandtstraße 24.

Reinthaler Anna, Victualien-Verschleiß, I., Maximilianstraße 7.
Schamburek Anton, Victualienhandel, XVIII., Währing, Herrengasse 44.
Hering Leopold, jun., Wildpret- und Geflügelhandel, I., Markthalle und Jedlitzgasse.
Walla Martin, Ziegel- und Schieferdeckergewerbe, XVI., Neulerchenfeldergürtel 47.
Pokorny Josef, Zucker- und Kuchenbäckeri, XIII., Ober-St. Veit, Maria Theresiastraße 12.
Braun Bernhard, dauernde Geschäftsbesorgung gegen Provision für eine Firma, II., Staudingergasse 10.
Fix Anton, Aufbewahrung und Reinigung von beweglichen Sachen aller Art, III., Ungargasse 53.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 11. Jänner 1892.

Diewald Franz, Bäcker, VI., Wallgasse 14.
Holzmann Karl, Baumaterialienhandel, IV., Weyringergasse 40.
Gergasevics Mathilde, Verschleiß von Bildern und Geschichtsbüchern, Abziehbildern, Gratulationskarten, Reliefbildern, Ölfarbendruckbildern und Textbüchern für Kindertheater, XVIII., Kreutzgasse 32.
Korger Karl, Bildhauer, XII., Meidling, Schillergasse 20.
Kreischek Amalie, Verschleiß von Binderwaren, IX., Liechtensteinstraße 105.
Kalita Josef, Commissionshandel mit Borstenvieh, III., Central-Viehmarkt, IX., Hauptstraße 3.
Dubsky Alois, Bronzewaren-Erzeuger, VII., Schottenfeldgasse 76.
Schwarz Josefine, Canditenverschleiß, II., Rueppgasse 19.
Siebert Heinrich, Commissionswaren-Verschleiß, X., Goethegasse 21.
Witte Mathilde, Commissionswaren-Verschleiß, I., Helferstorferstraße 5.
Salvenmoser Josef, Copiermasse-Erzeuger, XVIII., Fürstengasse 8.
Linz Maria de, Erdgeschirr-Verschleiß, III., Gemeindeplatz 2.
Hassak Josef, Essigerzeugung auf kaltem Wege und Handel mit Essig, XVIII., Herrengasse 14.
Prechner Josef, Fächer-Verschleiß, VI., Schmalzhofgasse 21.
Glaser Sigmund, Verschleiß von Frauen- und Kinderkleidern, XIV., Rudolfsheim, Marktgasse 16.
Frenzel Maria, Fleischhauerei, V., Hundsthurmerstraße 119.
Tintner Leopold, Fleischhauer, XVI., Yppenplatz, Marktstand.
Weigl Josef, Fleischhauergewerbe, I., Hoher Markt.
Kellner Josef, Friseur, IX., Währingerstraße 50.
Schallast Franz, Friseur und Rasseur, III., Hauptstraße 67 und 81.
Burghardt Heinrich, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Quellengasse 4.
Gaubmann Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Salmgasse 11.
Gribitz Friedrich, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidling, Reschgasse 7.
Grünwald Magdalena, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Luftbadgasse 12.
Hillinger Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Reisnerstraße 46.
Jäger Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XV., Mariahilfergürtel 13.
Kohn Hersch, Gemischtwaren-Verschleiß, IX. Rögergasse 29.
Kruder Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Wiedener Hauptstraße 71.
Mayer Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Hauptstraße 147.
Rosche Karl, Gemischtwarenhandel (Gold- und Silberwaren), IX., Althanplatz 2.
Schaffer Louis, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Mathildenplatz 3. I. 10 bei Segal.
Schaller Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Weißgärberstraße 6.
Schieckl Amalie, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Gfrornergasse 9.
Schodl Christian, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Liechtensteinstraße 19.
Swéceny Alois, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Alleegasse 71.
Stanzig Amalie, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Außer der Marxerlinie, Evidenz-Nr. 34.
Zeißl Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Reisnerstraße 13.
Eckert Aloisia, Geschirrhandel, XVI., Ottakring, Yppenplatz, Markt.
Witte Mathilde, Handelsagentie, I., Helferstorferstraße 5.
Pekny Johann, Holz- und Kohlen-Verschleiß, XVI., Ottakring, Engerthgasse 11.
Wasel Franz, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, I., Tuchlauben 12.
Ebenloh Josefa, Kaffeeschank-Gewerbe, XIII., Hütteldorf, Brauhausgasse 4.
Pazdera Adalbert, Herrenkleidermacher, III., Rennweg 65 a.
Wonaschek Johann, Herrenkleidermacher, III., Steingasse 32.
Riedl Maria, Damenschneiderin, VIII., Feldgasse 13.
Sitsch Marie, Kleidermacherin, XVI., Neulerchenfeld, Neumanngasse 38.
Sailer Josefa, Verschleiß von Kochgeschirren, XVI., Ottakring, Blumberggasse 14.
Semik Rosalia, Krägen- und Manchetten-Putzergewerbe, XIV., Rudolfsheim, Huglgasse 22.
Köhler Ludwig Friedrich Karl Anton, Erzeugung patentierter Küchenwagen, V., Hundsthurmerstraße 128.
Stieber Johann, Kürschner-Gewerbe, II., Kaiser Josefstraße 29.
Häring Josefine Kunstblumen-Erzeugung, VI., Matrosengasse 8.
Slavicek Victor, Kupferschmied, VIII., Josefstädterstraße 83.
Swoboda Franz, Kupferschmied, III., Handgasse 5.
Friedländer Josef, Manufacturwaren-Verschleiß, II., Novaragasse 41.
Tschulena Johann, Marktvictualienhandel, III., Großmarkthalle.
Rosenzweig Gallus, Maskenleih-Anstalt, III., Rennweg 43.
Schatz Amalie, Maskenleih-Anstalt, IV., Favoritenstraße 54.
Fichtl Karl, Mechaniker, I., Liebenberggasse 7.
Michler Anna, Merkantil-Drucksorten sowie freie Preßerzeugnisse, II., Gabelsbergerstraße 6.
Bernhauser Magdalena, Milch- und Brotverschleiß, V., Gartengasse 26.
Kaspar Franziska, Verschleiß von Milch, Butter, Eiern und Gebäck, III., Schlachthausgasse 21.
Gerhold Anton, Dr., Erzeugung von Mundwasser und Zahnpulver, VI., Barnabitengasse 15.
Gergasevics Mathilde, Papier-, Papierwaren-, Schreib- und Zeichenrequisiten-Verschleiß, XVIII., Kreutzgasse 32.
Coriary Alosia, Pfaidlergewerbe und Vordruckerei, III., Erdbergstraße 22.
Kuh Friedrich, Pfaidlergewerbe, VII., Zieglergasse 23.
Türkl Amalia, Pfaidlergewerbe, III., Rasumoffskygasse 22.
Wikauril Anna, Pfaidlerei, IX., Nußdorferstraße 22.
Kalaschek Franz, Pferdefleisch-Verschleiß, XVI., Ottakring, Breitenseerstraße 16.
Laqua Barbara, Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß, XVII., Stiftgasse 100.
Kucera Johann, Posamentierer, VII., Apollogasse 3.
Hahn Moriz, Handel mit Pretiosen, V., Hundsthurmerstraße 119.
Haber Abraham, Reinigungsgewerbe, I., Tiefer Graben 27, 38.
Donek Josef Schuhmacher, XVIII., Theresiengasse 43.
Mattausch Rudolf und Haneschka Hugo, fabriksmäßige Erzeugung von Schuhwaren, XV., Neubaugürtel 34.
Opelt Josef, Schuhmacher, VII., Bernardgasse 34.
Denk Andreas, Stricker, XII., Storchengasse 14.
Madl Johann, Tapeziererwaren-Verschleiß, IV., Favoritenstraße 48.
Dyck Wilhelm, Tischler, III., Kegelgasse 10.
Wah Anton, Tischler, XVII., Stiftgasse 42.
Fürst Albert, Verschleiß von Uhren und Pretiosen, IX., Porzellangasse 62.
Heichel Marie, Victualienhandel, II., Volkertstraße 8.
Nadler Therese, Victualienverschleiß, II., Staudingergasse 13.
Skala Johann, Victualienverschleiß, II., Rembrandtstraße 22.
Weber Franz, Weber Josef, Verschleiß von Wein in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden, I., Singerstraße 12.
Sokol Julie, Weißsticker-Gewerbe, III., Barichgasse 25.
Seifert Wilhelm, Hohlfeld Emil, Wirkwaren-Erzeuger, VI., Mittelgasse 23.
Friedberg Jacob, Xylograph, V., Margarethenstraße 67.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. Jänner 1892.

Aubrunner Anna, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, IV., Große Neugasse 24.
Fabiankovietz Johann, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, VIII., Blindengasse 8.
Pollak Leni, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XVIII., Blumengasse 6.
Neuhauser Franz, Bäckergewerbe, XVIII., Währing, Gürtelstraße 1.
Schlepitzka Anton und Frei Siegmund, Bauunternehmung unter ausschließlicher Verwendung berechtigter Gewerbsleute, IX., Berggasse 17.
Haas Alois, Erzeugung von künstlichen Blättern, VII., Kaiserstraße 93.
Dirnbacher Theresia, Blumenverschleißerin, III., Sophiensäle.
Kohn Jacob, Verschleiß geschmiedeter Eisenwaren, II., Jägerstraße 23.
Waza Franz, Fleischhauer, V., Wolfganggasse 11.
Platzer Berthold, Fleischverschleiß, II., Volkertstraße 16.
Granel Caroline, Fragnerin, XIV., Braunhirschengasse 19.
Dorigatti Rafael, Friseur und Rasseur, III., Wällischgasse 31.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 15. Jänner 1892	79
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 12. Jänner 1892	97
Bezirksausschüsse:	
VII. Bezirk (Neubau). Heirats-Stiftung	100
" " Freiplatz für Violin-Unterricht	100
Allgemeine Nachrichten:	
Ball der Stadt Wien	100
Schulnachrichten:	
Bezirksschulrath	100
Gehaltsauszahlung für städt. Lehrer und Diener	101
Wahl der Ortsschulräthe	101
Städtisches Lagerhaus	102
Approvisionierung	102
Armenangelegenheiten	103
Militärangelegenheiten	103
Gewerbeangelegenheiten	103
Kundmachungen	106

M. Z. 2998
ex 1892

Kundmachung.

In Gemäßheit der §§. 18 und 19 des Gesetzes vom 23. Mai 1883, R.-G.-Bl. Nr. 83, über die Evidenzhaltung des Grundsteuercatasters wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der Vermessungsbeamte zum Zwecke der Entgegennahme von Anmeldungen über eingetretene Veränderungen im Grundbesitze und zu sonstigen Evidenzhaltungsamtshandlungen an den Tagen 3., 4., 5. Februar 1892, im Locale der Steueradministration zu Wien, I. Bezirk, Fleischmarkt Nr. 19, anwesend sein wird.

Es wollen daher die Grundbesitzer an den bezeichneten Tagen bei dem Vermessungsbeamten in Angelegenheit der Evidenzhaltung des Catasters Anmeldungen oder sonstige auf stattgefundene Veränderungen im Grundbesitze bezügliche Nachweisungen beibringen oder mündliche Erklärungen abgeben.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Jänner 1892. 3—3

Kundmachung.

Mahnung zur Einzahlung der I. Rate der Hauszins-, Grund- und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude für das Jahr 1892.

Laut der Kundmachung der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction vom 29. December 1891 ist die Grundsteuer, Gebäudesteuer und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude vierteljährig, am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November einzuzahlen. Die Haus- und Grundsteuerpflichtigen werden demnach erinnert, dass die I. Rate der Hauszins-, Grund- und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude für das Jahr 1892 spätestens 14 Tage nach Ablauf des obbezeichneten Einzahlungstermines, d. i. längstens bis 15. Februar 1892 und zwar zufolge des §. 5 des Gesetzes vom 9. März 1870 selbst in dem Falle, wenn die Steuerschuldigkeit für das laufende Jahr noch nicht definitiv vorgeschrieben, der Zahlungsauftrag somit noch nicht zugestellt wurde, nach der Gebür des Vorjahres zu entrichten ist, widrigens nach dem obcitierten Gesetze und beziehungsweise nach dem Landesgesetze vom 6. Juli 1877 bei jenen Steuerträgern, deren ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen eintritt, welche für je hundert Gulden und für jeden Tag mit 1½ kr. von dem auf den festgesetzten Einzahlungs- (Fälligkeits-) Termin nächstfolgenden Tage, d. i. vom 2. Februar 1892, und bezüglich der Gemeindezuschläge und der Mietzinskreuzer von dem nach Ablauf der vierzehntägigen Frist nächstfolgenden Tage, d. i. vom 16. Februar 1892 an bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit zu berechnen und mit derselben einzuheben sind.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. Jänner 1892. (1—3)

Z. 400571
8. 3—3

Kundmachung.

Dr. Heinrich Laube-Stiftung.

Vom Beginne des Studienjahres 1891/1892 an gelangt ein Dr. Heinrich Laube-Stipendium im Betrage von jährlichen dreihundert (300 fl.) Gulden ö. W. zur Verleihung.

Auf dieses Stipendium können in erster Linie jene aus Wien gebürtigen ordentlichen Hörer der philosophischen Facultäten der Wiener Universität Anspruch erheben, welche mittellos sind und sich entweder den philosophischen, philologischen oder historischen Studien widmen und das erste Studienjahr bereits mit gutem Erfolge zurückgelegt haben; bei dem Abgange solcher Bewerber aber überhaupt aus den im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gebürtige, dürftige, ordentliche Hörer der früher angeführten Disciplinen der philosophischen Facultät in Wien, deutscher Nationalität.

Der Stipendist, welcher für jedes Semester einen tüchtigen Studienerfolg durch Colloquientestate oder durch ein günstiges Seminar-Zeugnis nachweist, bleibt bis zum Schlusse der vierjährigen Studienzeit, und im Falle, als er mit den Lehramts- oder Doctoratsprüfungen beschäftigt ist, noch ein weiteres Jahr im Genusse der Stiftung und unterliegt die Auszahlung des Stiftungsbetrages den hiefür jeweilig geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Impfungs- und Mittellosigkeits-Zeugnisse und den beiden letzten Semestral-Zeugnissen belegten Gesuche bis 20. Februar 1892 bei dem Wiener Magistrate zu überreichen.

Jene Studirenden, welche keine Prüfungs-Zeugnisse beizubringen in der Lage sind, haben sich bezüglich ihrer Würdigkeit zur Erlangung eines Stipendiums mit der Bestätigung seitens ihres vorgesetzten Decanates des Professoren-Collegiums auszuweisen.

Nur die mit einem legalen Armuthszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 5. Freitag, den 22. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 26. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Freitag, den 29. Jänner 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Wegen des Leichenbegängnisses **Sr. k. und k. Hoheit des durchl. Herrn Erzherzogs Carl Salvator** findet die für heute anberaumt gewesene Plenarsitzung des Gemeinderathes **nicht** statt.

* * *

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 19. Jänner 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. N. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet. (Die Versammlung erhebt sich.)

1. Es obliegt mir abermals die traurige Pflicht, Ihnen Mittheilung zu machen von dem neuerlichen Unglücksfalle, der die kaiserliche Familie betroffen hat. Seine k. u. k. Hoheit, der durchlauchtigste Herr Erzherzog Carl Salvator ist nach kurzem Leiden gestorben. Die Theilnahme der Bevölkerung und die tiefe Trauer über diesen Unglücksfall ist eine allgemeine, und ich gebe nur Ihren Gefühlen, meine Herren, Ausdruck, die Sie durch Erheben von den Sitzen Ihr tiefes Beileid bekundet haben, wenn ich hievon und von der tiefen Trauer der Bevölkerung Wiens Sr. k. u. k. Majestät im geeigneten Wege Kenntnis gebe. (Zustimmung.)

2. Die Herren Gem.-Räthe Stiaßny, Walther und Ritt. v. Goldschmidt entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

3. Herr Gem.-Rath Vaugoin ersucht um einen Urlaub bis Ende Februar. Wenn keine Einwendung erhoben wird, ist derselbe bewilligt. (Zustimmung.)

4. Für den Centralverein zur Beköstigung armer Schulkinder ist von der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft ein Betrag von 300 fl. ö. W. übersendet worden. — Wird der Dank ausgesprochen.

5. Herr Dr. E. Friedmann hat mir den Betrag per 500 fl., welche der verstorbene Hotelier Holzwarth zur Vertheilung an Arme im XV. Bezirke Fünfhaus legierte, übergeben. — Wird der Dank des Gemeinderathes ausgesprochen.

6. Der Bezirks-Vorsteher des IX. Bezirkes, Herr Löblich, bringt zur Kenntnis, dass Frau Heida Israel, Banquiersgattin, I., Schottenbasteigasse Nr. 5, und Frau Emma Bermann, Buchhändlersgattin, I., Giselastraße Nr. 4, für das Karoline Riedl'sche Kinderspital im IX. Bezirk gemeinschaftlich eine Sammlung veranstaltet haben, als deren vorläufiges Ergebnis dieselben 2928 fl. abgeführt haben, welcher Betrag bereits seiner Bestimmung zugeführt worden ist.

Zugleich wird ersucht, diesen hochherzigen Act der Humanität gefälligst dem löblichen Gemeinderathe zur Kenntnis zu bringen und sohin die beiden genannten Damen von der erfolgten Votierung des Dankes schriftlich verständigen zu wollen. (Beifall.)

Es wird hiefür der Dank des Gemeinderathes ausgesprochen.

7. Die internationale Ausstellungs-Commission für das Rothe Kreuz, Armenbedarf, Hygiene, Volksernährung und Kochkunst in Leipzig theilt mit, dass am 4. Februar diese Ausstellung eröffnet

wird, ladet den Magistrat zu der Eröffnungsfeierlichkeit und zum Besuche der Ausstellung mit der Bitte ein, diese Einladung anzunehmen oder einen Vertreter der Gemeinde-Vertretung oder des Magistrates zu der feierlichen Eröffnung der Ausstellung zu entsenden.

Ich glaube, dass wir dies zur Kenntnis nehmen. Die Herren werden es mir überlassen, irgend einen der Herren zu bitten, dass er vielleicht die Güte hätte, diese Vertretung zu übernehmen. Ich bitte die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Zagorski theilt nachstehende Einläufe mit:

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Frauenberger**:

In letzterer Zeit mehren sich die Klagen der Contrahenten der Commune wieder in außerordentlicher Weise darüber, dass sie längst eingereichte Rechnungen nicht ausbezahlt erhalten.

Dieser Umstand ist aber namentlich für kleinere Gewerbsleute höchst misslich, weil sie dadurch oft gezwungen werden, zu einem Darlehen zu greifen, und so den kleinen Verdienst wieder auf Zinsen auszugeben haben.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ob demselben bekannt ist, dass die eingereichten Rechnungen der Gewerbsleute im Allgemeinen unverhältnismäßig lange in den Ämtern liegen bleiben, in vielen Fällen aber mehrere Monate vergehen, ehe dieselben zur Auszahlung gelangen — und ob der Herr Bürgermeister nicht geneigt wäre, hier schleunigst Abhilfe zu schaffen, und die Ämter anzuweisen, Rechnungen von Professionisten und Gewerbetreibenden, in möglichst kurzer Zeit und wo kein Anstand obwaltet, wenigstens innerhalb eines Monates zur Auszahlung zu bringen.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre hierauf zu erwidern, dass mir ein solcher concreter Fall nicht bekannt ist, wohl auch dem Herrn Interpellanten nicht, sonst hätte er ihn angeführt. Ich kann Sie aber versichern, dass den Ämtern wiederholt eingeschärft worden ist, die Auszahlungen in der möglichst schnellsten Weise zu besorgen.

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Wimberger**:

Ein langgehegter Wunsch der Bewohner des VII. Bezirkes erfüllte sich durch die Eröffnung des Tramwayverkehrs in der Burggasse. Leider ist aber diese Strecke selbst wieder zum Theile recht unglücklich veranlagt, insbesonders entlang dem Hause Nr. 67 der Burggasse, woselbst sich das Geleise dem Trottoirrande ohne genügende Nothwendigkeit bis auf 3 Schuh nähert, während auf der gegenüberliegenden Seite ein Straßengrund bis über zwei Klafter Breite frei ist. Das Haus Nr. 67 der Burggasse ist nun drei Stockwerke hoch, es hat in dieser Gasse allein nicht weniger als 33 Fenster Front, wird daher von einer ansehnlichen Anzahl von Personen bewohnt, welche fast insgesammt durch die unpraktische Geleiseveranlagung in ihren anderweitigen Verkehren arg behindert werden. Der Möbeltransport, die Zufuhr von Brennmaterialien und gewerblichen Rohstoffen, wie die Abfuhr fertig gestellter Erzeugnisse, ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, nahezu unmöglich aber ist dem daselbst domicilierendem Gastwirte die Abschlauchung von Wein gemacht. Die bedrängten Parteien werden aber auch nicht selten dazu noch wegen Verkehrsstörung zur Verantwortung gezogen, aber es kann doch geradezu nur eine Erfindung sein, wenn man sich erzählt, dass der Polizeibezirksleiter seine diesbezügliche Intervention darauf beschränkt haben sollte, den klageführenden Parteien anzurathen, die derzeit innehabenden Wohnräume oder Geschäftslocalitäten einfach aufzugeben. Thatsächlich wurde aber bis nun doch keinerlei Abhilfe geschaffen, und erlaube ich mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ist derselbe bereit, bezüglich der Behinderung des allgemeinen Verkehres beim Hause Nr. 67 in der Burggasse durch die unpraktische Veranlagung des Tramwaygeleises, Erhebungen pflegen zu lassen und sodann Schritte einzuleiten, damit etwa durch Anbringung eines Wechsels dieser Unzukömmlichkeit ehestens ein Ende bereitet werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre zu erwidern, dass ich wohl darüber, ob dort wirklich der Verkehr durch die Geleiseanlage behemmt ist, Erhebungen pflegen lassen werde. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass die Durchführung der Tramwaylinie nach eingehender Tracenrevision und Feststellung zwischen den Parteien, also zwischen der Gemeinde und der Tramway, geschieht, und dass dann nicht so ohneweiters eine Abänderung erfolgen könne; es müsste wieder im Einverständnisse beider Theile geschehen. Ob überhaupt eine Behinderung des Verkehres stattfindet, werde ich erheben lassen.

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Linke**:

Mit der Kundmachung vom 15. November 1891, M. Z. 204003, wurde Jeder, der in Wien einen oder mehrere Hunde hält, — ohne Ausnahme — aufgefordert, eine Steuer von vier Gulden zu entrichten.

Diese Gebür ist bis längstens 31. Jänner l. J. zu bezahlen, und der Wasenmeister beauftragt, nach Ablauf dieses Termines, jeden auf den Straßen und Plätzen, ohne giltige Marke vorgefundenen Hund einzufangen.

In dieser Allgemeinheit widerspricht diese Kundmachung dem Grundgesetze vom 29. März 1873, R.-G.-Bl. Nr. 24, §. 3, „nach welchem Hunde zur Bewachung von Haus und Hof an der Kette, zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken, oder von dem beeideten Jagdpersonale höchstens mit dem halben Steuersatze belegt werden dürfen".

Infolge dieser gesetzwidrigen Kundmachung ist eine förmliche Panique bei den Besitzern solcher Hunde eingetreten; die Einen vertilgen die Hunde oder entäußern sich derselben, obschon sie dieselben zur Bewachung von Haus und Hof dringend benöthigen, die Andern borgen sich das Geld aus und bezahlen die Marke, obschon sie nach dem Gesetze hiezu gar nicht verpflichtet sind, und noch Andere sind rathlos und lassen das Schicksal über sich ergehen.

Die von dem Herrn Bürgermeister an die Amtsleiter der magistratischen Bezirksämter gerichtete Zuschrift vom 8. d. Mts., Pr. Z. 18, mit welcher dieselben verständigt wurden, dass die Hundesteuer für die Wachhunde den lokalen Verhältnissen entsprechend theilweise und selbst auch gänzlich nachgesehen werden kann, — ist nicht geeignet, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen!

Die Besitzer solcher Hunde sehen sich infolge dessen veranlasst, Gnadengesuche einzubringen. Dies macht denselben aber ungeheure Schwierigkeiten, mitunter auch Auslagen, insbesondere Denjenigen, — und das ist die Mehrheit, — welche nicht im Stande sind, ein solches Gesuch selbst zu verfassen.

Infolge dessen sind in Simmering auf der Haide einige Bureaus zur Verfassung solcher Gesuche etabliert worden, und wird auf diese Weise eine Zahl von einigen Hundert Gnadengesuchen zustande gebracht werden. Diese Gesuche sind alle nach einer Schablone verfasst, und entsteht deshalb die Besorgnis, dass sie Mangels einer individuellen Begründung abgewiesen werden.

Die Erwirkung einer solchen Nachsicht, insoweit sie nicht an sich schon durch das Gesetz geboten ist, sollte den Parteien doch dann erleichtert werden, und zwar umsomehr, als auch das magistratische Bezirksamt durch die Erledigung so vieler Gesuche überbürdet wird und die Hundebesitzer besorgen müssen, dass bis dahin ihre Hunde schon eingefangen sein werden.

Die meisten der Hundebesitzer sind Gärtner und wohnen auf der Haide vereinzelt in ihren Hütten und müssen deshalb Wachhunde halten, weil dort keine polizeilichen Streifungen stattfinden, die Hunde also Haus und Hof bewachen müssen.

Es wäre also sehr zu empfehlen, diese armen Leute von der Hundesteuer und von der Nothwendigkeit der Einbringung von Gnadengesuchen zu befreien.

Ich sehe mich auch deshalb zu der ergebenen Anfrage veranlasst, der Herr Bürgermeister wolle; — und zwar wegen Gefahr im Verzuge — ohne Aufschub bekannt geben:

welche Verfügungen er zu treffen gedenke, um den Besitzern von Wachhunden die Befreiung von der Hundesteuer zukommen zu lassen, und die Erwirkung derselben erleichtern.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre darauf zu erwidern, dass den Leitern der magistratischen Bezirksämter ohnehin aufgetragen worden ist, in coulantester Weise vorzugehen. Wenn also in der That Hunde zur Bewachung der Geschäfte verwendet werden, kann die Steuer herabgesetzt werden. Das habe ich aber dem Herrn Gem.-Rath Linke schon vor 14 Tagen gesagt.

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Linke**:

Wer ein „Stiergefecht" sehen will — braucht nicht nach Spanien zu reisen. (Lebhafte Heiterkeit.)

In Simmering, nächst der St. Marxer Linie hat er Gelegenheit, es fast täglich zur Mittagszeit auf der Hauptstraße zu sehen!

Die Straße wird der Breite nach abgesperrt, die Tramway muss halten, selbst gewisse Leichenzüge, welche nur Vormittag verkehren, können nicht vorwärts.

Die Stiere und verschiedene andere Rinder, meist 20 bis 40 an der Zahl, werden von dem Central-Viehhof auf den Corso getrieben, und da entsteht nun ein Jagen und Stoßen seitens der Treiber und Picadores (Heiterkeit), so dass die Zuschauer, welche nicht im Wagen sitzen, sich flüchten müssen, um nicht überrannt zu werden!

Das ist die Approvisionierung des Gumpendorfer Schlachthauses!

Längs der Gürtelstraße wird sodann das Vieh weiter getrieben, durch den X. Bezirk, wo nach dem Berichte von Gewährsmännern ein ähnliches Spectakel stattfinden soll, bis endlich die „Heerde" das Lebensziel erreicht.

Was müssen sich die hohen und allerhöchsten Herrschaften denken, welche von den militärischen Revuen auf der Heide in die Stadt zurückkehren, wenn sie auf einer der belebtesten Straßen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien solche Zustände bemerken?

Durch die Anlage der von der Bevölkerung dringend gewünschten Gürteleisenbahn könnte dieser Transport leicht bewerkstelligt werden.

Ich sehe mich deshalb zu der ergebenen Anfrage veranlasst:

Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, um diesem Scandal abzuhelfen?

Bürgermeister: Ich werde darüber Erhebungen pflegen lassen, wie die Sache aussieht und ob das überhaupt zu ändern ist, mehr kann ich vorläufig nicht thun.

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Wimberger**:

Es ist eine wohl bekannte Thatsache, dass die Abfuhren von dem Wiener Donnerstag-Stechviehmarkte sich wegen der vorzunehmenden Versteuerung auch in jener Zeit stark verzögerten, in welcher diese Versteuerung nur bezüglich der Bezirke I bis IX zu erfolgen hatte. Gegenwärtig unterliegen aber die Abfuhren in nicht weniger als XIX Bezirken der Vermautung, und es ist doch leicht zu erkennen, dass die mit der Berechnung und Einhebung der Verzehrungssteuergebüren betrauten Organe, selbst bei Entfaltung des größten Eifers und einer rastlosen Thätigkeit nicht mehr in der Lage sind, ihren Obliegenheiten entsprechen zu können.

Es muss diesfalls ja eben erwogen werden, dass Stechvieh bei gar vielen der Wiener Verzehrungssteueröffnungen, insbesonders aber bei den verschiedenen Bahnlinien zur Einfuhr gebracht wird, während die ganze Summe dieser Einfuhr mit Durchzugsbolletten bei der Marktlinie unter Beobachtung der verschiedenen Controlmaßregeln wieder zur Ausfuhr gelangt, um in kurzer Zeit darauf von nicht weniger als 3000—4000 Einzelkäufern erst recht zur Versteuerung zu gelangen. Die Zahl der Abfertigungen war zu Weihnachten 1891 so namhaft, dass dieselbe thatsächlich nicht bewältigt werden konnte, was überhaupt bei jeder Feiertagszeit der Fall sein wird, aber auch an gewöhnlichen Tagen erfordert die Versteuerung einen Zeitaufwand von vielen Stunden, welche die zumeist doch nebst Fleischhauern und Fleischselchern, größtentheils aber aus Gastwirten bestehenden Käufer nicht selbst zu opfern vermögen, so dass hiedurch denselben künstlich ein neuer Zwischenhandel aufgedrängt wird, welcher selbstverständlich die Preise für die Consumenten weit mehr erhöht, wie alle anderen Namen führenden Übelstände. Wer ernstlich für eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise wirken will, darf gerade solchen Übelständen gegenüber nicht die Augen schließen. Eigenthümlich erscheint auch der von unserem Marktdirector bisher wahrscheinlich noch gar nicht aufgefasstellmstand, dass den Stechviehwarenhändlern der Aufenthalt innerhalb Wiens unmöglich gemacht wird. Derselbe kann nämlich das am Markte einmal gekaufte und bei der Abfuhr nach Wien versteuerte Stechvieh, für den Fall, als er dasselbe nicht absetzt, keineswegs wieder auf den Markt bringen, weil keine Steuervergütung stattfindet, sondern solches Stechvieh bei der neuerlichen Abfuhr nochmals zur Versteuerung gelangen müßte. Floridsdorf und Inzersdorf sowie andere Orte, sind in diesem Falle Wien über, und die Stechviehwarenhändler sind gezwungen, dahin zu übersiedeln. Die Verhältnisse am Stechviehmarkte liegen nicht so wie am Schlachtviehmarkte; das Stechvieh wird zumeist nur in einzelnen Stücken, das Schlachtvieh aber zumeist in Partien erworben. Die Verzehrungssteuer für Stechvieh wird auch nie ein Streitobject zwischen Käufer und Verkäufer zu bilden vermögen, nachdem ja doch der diesbezügliche Verkauf in der Markthalle, wohin ja nur bereits versteuertes Stechvieh gebracht werden darf, sich jederzeit ohne Umstand vollzieht.

Mit Rücksicht auf die angeführten Thatsachen und in Ansehung der allseits immer mehr geltend werdenden, vollkommen berechtigten Wünsche bezüglich der Hintanhaltung jeder Steigerung der Lebensmittelpreise, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ist derselbe bereit, beim Herrn Statthalter Schritte zu unternehmen, dahingehend, dass der Verkehr am Wiener Stechviehmarkte bezüglich der Verzehrungssteuergebür als nicht exterritorial angesehen werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre hierauf zu erwidern, dass ich erst den Sachverhalt erheben lassen muss und mir je nach dem Resultate dieser Erhebungen weitere Schritte vorbehalte.

13. Anfrage des **Gem.-Rathes Dobeš**:

Gelegentlich der Wahl des Ortsschulrathes und Gemeinderathes im XII. Bezirke, wurde auch ein Herr, dessen Namen mir bekannt ist, den ich jedoch aus gewisser Achtung seiner Person vis-à-vis nicht öffentlich nennen will, zum Armenrath gewählt, dem die nach der alten Gepflogenheit, und wenn ich nicht irre, nach einem Beschlusse des Gemeinderathes vom Jahre 1878 erforderliche Qualification fehlt.

Wiewohl auch die Tagesblätter von den Bedingungen zur Wahl als Ortsschul- oder Armenrath Notizen brachten, nämlich, dass nur ein wahlberechtigter Steuerträger zu diesem Ehrenamte gewählt werden kann, und auch nach erfolgter Wahl die Wahlergebnisse veröffentlichten, in welchen der obgenannte Herr als Hausbesitzer angeführt wird, so kann hier nur ein Irrthum vorliegen, umsomehr, da der vielgenannte Herr kein wie immer Namen habendes Geschäft besitzt, weder in den Haupt- und Nachtragswählerlisten 1891 als Wähler verzeichnet ist, und nur dessen Gemahlin Rosine als alleinige grundbücherliche Eigenthümerin des Hauses C.-Nr. 763 im Grundbuche der Gemeinde Unter-Meidling verzeichnet erscheint.

Ich erlaube mir deshalb an den hochverehrten Herrn Bürgermeister nachstehende höfliche Anfrage zu stellen:

Kann ein Nichtsteuerträger resp. Nichtwähler das communale Ehrenamt eines Armenrathes bekleiden, und wenn nicht, was gedenkt der Herr Bürgermeister in diesem Falle zu thun?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern. Nach dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 4. October 1878, über die Zusammensetzung des Armenrathes ist nicht ausgeschrieben, dass der Armenrath, der zu wählen ist, Wähler oder Steuerträger ist. Die Wahl hängt vom Bezirks-Ausschusse ab; der kann sich seine Leute aussuchen. Es kann daher auch ein Nichtwähler in den Armenrath gewählt werden. (Unruhe und Widerspruch links.) Ich bitte um Ruhe; das ist einmal so, der Bezirks-Ausschuss kann wählen, wen er will. Wenn er nur Einen wählt, der ein anständiger Mann ist. (Beifall rechts.) Man muss überhaupt froh sein, wenn man Armenräthe bekommt. (Gem.-Rath Gregorig: Aber eingesperrt müssen sie gewesen sein!) Ich bitte um Ruhe, das ist keine Manier sich so zu benehmen.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

14. Antrag des Gem.-Rathes Noske und Genossen:

Durch das Verzehrungssteuergesetz vom 10. Mai 1890 (giltig ab 21. December 1891) wurde unter Anderem die Verzehrungssteuer für die 10 Bezirke des ehemaligen Gemeindegebietes auf

Mehl	im Betrage von rund				$^9/_{10}$ kr.	per Kg.
Butter	„	„	„	„	$5^1/_2$ „	„ „
Schweinschmalz	„	„	„	„	$3^1/_2$ „	„ „
Eier	„	„	„	„	15 „	„ 100 Stück.
Brennholz . . .	„	„	„	„	22 „	„ Kubikmeter
Kohlen	„	„	„	„	$5^1/_3$ „	„ 100 Kg.

aufgehoben. Man hätte nun erwarten müssen, dass diese wichtigen Hausbedarfs-Artikel in den alten Bezirken um den gleichen Betrag im Preise sinken, in den Vororten nicht gesteigert würden. Das Gegentheil ist aber in vielen Fällen eingetreten. In den Vortorten wurde die Unkenntnis des Publicums und die Geneigtheit desselben, ohne nähere Prüfung in eine, neuen Verhältnissen nicht günstige Kritik einzustimmen, geradezu benützt, um unter Berufung auf die angebliche Wirkung des Verzehrungssteuergesetzes — eben des Gesetzes, das die Steuer auf obige wichtige Artikel aufhob, — eine ganz ungerechtfertigte Preissteigerung bezüglich dieser Artikel herbeizuführen. In den alten Bezirken ist die Herabsetzung der Preise durchaus nicht in dem Maße erfolgt, als es nach dem Wegfalle der Verzehrungssteuer möglich wäre, z. B. ist Kohle nur um 3 kr. per 100 Kg. im Preise zurückgegangen, während $5^1/_3$ kr. Steuer weggefallen sind.

In dieser Weise wird dem Publicum als eine ihm sehr unliebsame Folge die Einbeziehung der Vororte geschildert, was nur ein Misbrauch dieser Verhältnisse ist, da der Marktpreis obiger Artikel nicht gestiegen ist; es wird solcher Art das Publicum über die Natur und die Wirkung dieser Verhältnisse in Consequenz einer gegen das erweiterte Wien planmäßig betriebene Agitation irregeführt.

Die Gefertigten beantragen deshalb, zum Zwecke der Aufklärung des Publicums und zur Bekämpfung der künstlich erzeugten Lebensmittelteuerung:

1. Es sei durch eine amtliche Kundmachung, welche im ganzen Gemeindegebiete von Wien in zahlreichen Exemplaren und in auffälliger Weise zu verbreiten wäre, dem Publicum bekannt zu geben, bei welchen der wichtigeren Hausbedarfsartikel die Verzehrungssteuer weggefallen ist oder ermäßigt wurde, um dasselbe solcher Art in Kenntnis zu setzen, dass eine Steigerung des Preises dieser Artikel nicht gerechtfertigt ist;

2. Es sei das Markt-Commissariat anzuweisen, auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Daten ein Verzeichnis jener Verkäufer der Lebensmittel und Hausbedarfsartikel zu verfassen, welche die Preise dieser nicht steigerten, beziehentlich entsprechend dem Wegfalle der Steuer herabgesetzt haben, und es sei dieses Verzeichnis im Rathhause und bei den magistratischen Bezirksämtern öffentlich anzuschlagen.

3. Es sei der Magistrat zu beauftragen, schleunigst darüber Bericht zu erstatten, ob die Gemeinde im Sinne des §. 51 der Gewerbeordnung an die Regierung einen Antrag auf Einführung von Maximaltarifen für die nöthigsten Lebensmittel stellen solle, um der willkürlichen Hinaufschraubung der Preise entgegenzutreten.

Die Unterzeichneten stellen schließlich das Ersuchen, diesen Antrag einer äußerst beschleunigten Behandlung zuzuführen.

15. Antrag des **Gem.-Rathes Weitmann** und Genossen:

Nach den gegenwärtig bestehenden Vorschriften werden selbst bei relativ ganz unwichtigen Anlässen, wie die Anbringung von Portalen oder Laternen an den Gassenfronten, Aufstellung von kleinen Motoren u. s. w. Commissionen mit einer verhältnismäßig sehr großen Anzahl von Theilnehmern angeordnet, welche in keinem Verhältnisse zur Wichtigkeit der betreffenden Angelegenheiten stehen, zumeist mit sehr bedeutenden Kosten für die Betreffenden verbunden sind und zu vielfach ganz zwecklosen Chicanen von Geschäftsleuten führen, durch welche dieselben in ihrem Betriebe oft sehr beschwert und geschädigt erscheinen.

Nicht nur, dass eine Menge Auslagen dem Concessionswerber erwachsen, werden oft ganz unberechtigte Einsprüche geradezu provociert, welche selbst im Falle ihrer Abweisung oft eine erdrückende Verzögerung und Erschwernis für die betreffenden Gewerbsleute nach sich ziehen. Allein auch der Gemeindeverwaltung erwachsen durch diesen Umstand bedeutende Kosten, da sie ihre Organe infolge dieser häufigen Commissionierung dem eigentlichen Dienst entzieht.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

es sei dieser allseitig unbegründete Übelstand der allzu häufigen Commissionen dadurch zu beseitigen und die den Parteien und der Gemeinde daraus erwachsenden Auslagen auf die Weise zu ersparen, dass in allen jenen Fällen, wo es sich um dergl. sich häufig wiederholende unbedeutende Maßnahmen, wie Aufstellung von Portalen und an den Straßenfronten angebrachten Auslag-Laternen, von kleinen Motoren bis zu höchstens 4 Pferdekraft u. s. w. handelt, von der Anberaumung eigener Commissionen abzukommen hat, und dass im Wege allgemeiner Weisungen und Directiven an die hiebei verwendeten Geschäftsleute den öffentlichen Interessen Rechnung getragen würde.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag, der löbliche Gemeinderath beschließe:

es sei der Magistrat aufzufordern, diejenigen Anträge zu stellen, welche den obbezeichneten Intentionen gerecht zu werden geeignet erscheinen. — An den Stadtrath.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, zu referieren.

16. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, über ein Ansuchen um eine Subvention für die Internationale Musik- und Theater-Ausstellung im Jahre 1892 zu berichten.

Die Sache konnte erst heute im Stadtrathe erledigt werden und ist über Antrag des Herrn Bürgermeisters zum Vortrag bestimmt worden.

Anlass zu dem Beschlusse des Stadtrathes hat ein Schreiben gegeben, welches folgendermaßen lautet (liest):

„Wie aus dem angeschlossenen Programme und Reglement ersichtlich, veranstaltet im nächsten Jahre die gefertigte Commission eine internationale Ausstellung für Musik- und Theaterwesen, welche den Zweck hat, einerseits die historische und künstlerische Entwicklung von Musik und Theater in einem geschlossenen, von sonstigen Ausstellungsobjecten getrennten Bilde dem Publicum vorzuführen, andererseits auch die wirtschaftliche und technische Bedeutung von Musik- und Theaterwesen zur Darstellung zu bringen.

Die Ausstellung soll demnach nicht nur die culturelle Seite der beiden Kunstrichtungen vertreten und zum Ausdrucke bringen, sie soll in erster Linie auch den Gewerbetreibenden, Kunstgewerbetreibenden und Industriellen neue Anregung geben und gewiss wird sie dazu beitragen, demselben auch neue Absatzgebiete zu erschließen.

Das Reinerträgnis der Ausstellung ist ausschließlich gemeinnützigen Zwecken gewidmet und würden daran participieren: Die Gesellschaft der Musikfreunde, das Museum der Geschichte der österreichischen Arbeit, der Spitalbau der Poliklinik und die Bezirks-Krankenkassen.

Intensiver als durch diese gekennzeichneten Ziele und Zwecke wird jedoch der Effect der Ausstellung in der Belebung des Verkehres unserer geliebten Vaterstadt Wien zu Tage treten; der Fremdenzufluss wird sich heben, den Geschäften wird sich hoffentlich Gelegenheit zu regerem Absatze bieten, und jenes großstädtische Leben, welches fast immer Ausstellungen begleitet, wird auch in Wien sich einstellen. Die Ausstellungs-Commission ihrerseits lässt es an nichts fehlen, um der Ausstellung zu einem glanzvollen Resultate zu verhelfen und sie vereinigt die größten Anstrengungen in Bezug auf Inhalt der Ausstellung mit einer lebhaften Agitation für die Schaffung eines großen Garantiefondes, welch' letzterer gegenwärtig die Höhe von 88.000 fl. erreicht hat. Bei dem Umstande jedoch, als die großen, für diese Ausstellung nothwendigen Veranstaltungen: Die Miete der Rotunde und des Ausstellungsparkes, die umfangreichen Installationen, der selbständige Bau und die Führung eines Theaters ungewöhnliche Risken mit sich bringen, würde die Commission eine wesentliche Beruhigung und die wertvollste Förderung darin finden, dass sich der Gemeinderath unserer geliebten Vaterstadt, der ja die Ausstellung in erster Linie zugute käme, durch Gewährung einer Subvention auch seinerseits zum Gelingen der Ausstellung beizutragen, bewogen fühlt."

Es wird mit der Bitte geschlossen, das verehrliche Präsidium möge in Anbetracht der gemeinnützigen Zwecke, denen die Ausstellung ihr Erträgnis widmet, dieses Einschreiten einer zustimmenden Erledigung zuführen. Unterschrieben ist: „Die Commission für die Internationale Musik- und Theater-Ausstellung".

Aus dem Programme, welches angeschlossen wurde, erlaube ich mir zur Kenntnis zu bringen, dass innerhalb des Rahmens, welcher für die Ausstellung beabsichtigt worden ist, folgende Kategorien insbesonders ihre Berücksichtigung finden sollen. (Liest):

„A. Biographische Denkwürdigkeiten.

Erinnerungen an berühmte Musiker, dramatische Dichter, darstellende Künstler und Künstlerinnen der Vergangenheit und Gegenwart auf dem Gebiete der Oper, des Dramas und der Mimik; Bildnisse (Gemälde, Stiche, Photographien 2c.), Autographen, Medaillen, bemerkenswerte Gegenstände aus deren Besitz. Einschlägige Special-Literatur.

B. Musik.

1. Instrumente. Die Musik-Instrumente in ihrer historischen Entwicklung bis auf die Jetztzeit:

a) Tasten-Instrumente: Orgel, Clavier, Harmonium nebst älteren und Zwischengattungen;
b) Saiten-Instrumente: 1. Harfen, Zithern, Guitarren, Mandolinen, Lauten 2c.; 2. Geigen, Violen, Violoncellen, Contrabässe 2c. nebst den Hilfsmitteln zum Spiele derselben;
c) Blas-Instrumente aus Holz und Blech;
d) Schlag-Instrumente — letztere Beide mit einer besonderen Abtheilung für Militär-Instrumente (inclusive Signalhörner, Trommeln 2c.);

e) sonstige Instrumente: Harmoniken, Holz- und Stroh-Instrumente, Spieluhren, Orchestrions u. dgl.;

f) Hilfsmittel der Musik-Aufführung, wie z. B. Stimmgabeln, Metronome ꝛc.

2. Graphische Darstellung der Musik:

a) Noten-Handschriften: älteste geschriebene Noten, Missale, Mensuralmusik, Tabulaturen, Codices; nicht edirte Werke aus der Zeit nach Erfindung des Notendruckes, dazu passende bildliche Darstellungen ältester Musik-Übung;

b) älteste und ältere Notendrucke in charakteristischen Mustern für jede Epoche;

c) Neuere Notendrucke von den ersten Ausgaben Bach's und Händel's bis auf die neueste Zeit.

3. Musik-Literatur und Musik-Unterricht:

a) Literatur der Vergangenheit und Gegenwart: musik-geschichtliche Werke und Zeitschriften, Werke über Kirchenmusik, Musik-Lexika; Fachblätter, Verlagskataloge, Jahresberichte von Vereinen ꝛc.; Programme und Affichen; Pläne und bildliche Darstellungen sowie Modelle von Concertsälen und Musik-Instituten;

b) Unterricht: 1. theoretische und praktische Werke, Lehrmittel und Lehrbehelfe für Gesang, Instrumentalspiel und Theorie; 2. Organisationsstatute, Statistiken und Jahresberichte von Musikschulen und Conservatorien.

C. Theater.

Objecte aus der Vergangenheit und Gegenwart:

1. Theaterbauten: Pläne, Darstellungen und Modelle von Theatern; Maschinenwesen und Beleuchtungsapparate.

2. Behelfe der theatralischen Aufführung: Decorationen, Theaterrequisiten, Modelle von Bühnendecorationen, Costüme nebst entsprechenden bildlichen Darstellungen, Figurinnen, Theaterwaffen, Theaterschmuck ꝛc.

3. Bildliche Darstellungen theatralischer Aufführungen, künstlerische Ausschmückung der Theater; Gemälde, Sculpturen, Zeichnungen und Illustrationen zu dramatischen Werken.

4. Dramatische Werke aller Gattungen inclusive Opernlibretti und Ballet-Sujets.

5. Dramaturgie, Kritik und Theaterliteratur; einschlägige Fachliteratur, Zeitschriften, Theaterzettel, Affichen, Programme ꝛc.

D. Ethnographisch interessante Gegenstände der vorstehend erwähnten Kategorien."

Seitens des Directors Gloßy liegt ein Bericht vor, aus welchem ich mir Folgendes zur Kenntnis der geehrten Versammlung zu bringen erlaube. (Liest):

„Aus diesem Programme" (welches ich eben in allgemeinen Umrissen zur Kenntnis gebracht habe) „ist Zweck und Umfang der beabsichtigten Ausstellung zu entnehmen.

In Hinsicht des gewerblichen Theiles bin ich nicht in der Lage nähere Auskunft zu geben, auch kommt dieser Theil der Ausstellung hier insoferne nicht in Betracht, als der vorliegende Antrag lediglich dahin zielt, nur den wissenschaftlichen Theil der Ausstellung durch eine Subvention zu fördern, der wie der Herr Antragsteller bereits bemerkt hat, keinerlei Einnahmen erwarten läßt, dagegen aber namhafte Auslagen bedingt. So viel mir bekannt ist, sind die Arbeiten für die historische Ausstellung im vollen Zuge, und zeigt sich für dieselbe in wissenschaftlichen Kreisen des In- und Auslandes ein lebhaftes Interesse.

Ihr Gelingen muß aber auch von Allen, welchen es mit der fortschrittlichen Entwicklung des Culturlebens Ernst ist, freudig begrüßt werden, da eine derartige Ausstellung, in welcher die Literaturdenkmale und die Kunst vergangener Jahrhunderte versinnlicht werden soll, eines der vorzüglichsten didaktischen Mittel ist und den Beschauer in kurzer Zeit über den Fortgang der dargestellten Culturzweige besser instruiert, als der todte Buchstabe in gelehrten Werken. Unzweifelhaft wird aber aus dieser Ausstellung auch für die Wissenschaft ein Nutzen entspringen, indem so manche bisher unbekannte Quellen erschlossen werden dürften; wenigstens hat man bis jetzt die Erfahrung gemacht, dass durch Nachforschungen bei solchen Gelegenheiten häufig stofflich sehr wertvolle Beiträge zu Tage gefördert wurden.

In dieser Hinsicht reicht also eine Unterstützung weit über das Zeitliche des geplanten Unternehmens."

Es wird noch weiters darauf aufmerksam gemacht, dass, da die Ausstellung stattfinden wird, alles daran gewendet werden muss, um den guten Ruf unserer Stadt auch bei diesem Unternehmen zu wahren, wie es andererseits leicht begreiflich ist, dass dasselbe in mannigfacher Hinsicht für verschiedene Classen der Wiener Bevölkerung von materiellem Vortheile sein wird.

Aus dem Referate der Buchhaltung erlaube ich mir zur Kenntnis zu bringen, dass, für den Fall der Bewilligung einer Subvention, die Ausgabe auf einer zur Hauptrubrik 53 neu zu eröffnenden außerordentlichen Rubrik zu verrechnen sein würde und in dem Reservefonde Deckung zu finden hätte.

Der Magistrat verweist auf die von mir zur Verlesung gebrachte Äußerung des Bibliotheksdirectors Herrn Dr. Gloßy, und auf die daselbst angeführten Motive hin und stellt den Antrag, die erbetene Subvention mit einem Betrage von 10.000 fl. zu bewilligen, jedoch diese Bewilligung an die Bedingung zu knüpfen, dass dieselbe ausschließlich für die Zwecke der Fachausstellung verwendet werde.

Bezüglich der activen Betheiligung der Gemeinde Wien wird seitens der Bibliotheksdirection ein besonderer Antrag gestellt werden. Die 10.000 fl. sind, wie ich bereits erwähnt, pro 1892 zu verrechnen und durch den Reservefond zu bedecken.

Die Herren haben aus den von mir zur Verlesung gebrachten Stellen der Äußerungen entnommen, wie die Sache in künstlerischen Kreisen und in jenen Kreisen, welche die Ausstellung durchzuführen bestrebt sind, aufgefasst wird. Der Gemeinderath hat zur Sache Stellung zu nehmen und in Erwägung zu ziehen, ob diese Ausstellung zu unterstützen sei und ob dieselbe auch in materieller Beziehung für die verschiedenen Kreise der Bevölkerung auch Erfolg verspricht; und ich glaube, dass auch bei dieser Ausstellung der Gemeinderath wieder den Standpunkt einnehmen werde, wie bisher, dass derartige Ausstellungen, welche ein Zusammenströmen insbesonders reicher und wohlhabender Menschen in Wien zur Folge habe, zu unterstützen sind.

Es ist diese Anschauung auch in einem Antrage, welchen die Herren Gem.-Räthe Seiler und Genossen eingebracht haben und in welchem direct eine Subvention von 10.000 fl. beantragt wird, zum Ausdruck gebracht worden. Es wird in diesem Antrage darauf verwiesen, dass derartige werkthätige Folgen mit einer Ausstellung nothwendiger Weise verknüpft sind, und dass andere viel kleinere Städte, welche in ihrer Bedeutung an Wien nicht heranreichen, bei solchen Gelegenheiten große Opfer bringen, ich will da

beispielsweise auf München verweisen, welches vor zwei Jahren anlässlich der Ausstellung eine Subvention von 200.000 Mark votiert hat, in richtiger Erkenntnis der wohlthätigen Folgen der Ausstellung für die gesammte Bevölkerung.

Ich glaube daher an die geehrte Versammlung die Bitte stellen zu können, dem Antrage des Stadtrathes ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Purscht (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir zu bemerken, dass auf der Tagesordnung schon zum dritten Male die Fortsetzung der Berathung bezüglich des Programmes für die finanzielle Sicherung und Ausführung der öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien steht, und dass das noch immer nicht zur Berathung kommt. Ich glaube der Gegenstand ist dringender, als das Referat über die Subvention.

Bürgermeister: Ich bitte, die Verhandlung über das Geschäftsstück nicht zu unterbrechen. Übrigens erkläre ich, dass heute die Verkehrsanlagen deswegen nicht zur Berathung kommen, weil um eine Einigung zu erzielen, zwischen den Beschlüssen des Landtages und den Anträgen, welche dem Gemeinderath gestellt worden, der Act an den Stadtrath zurückgeleitet worden ist. Aus diesem Grunde kommt der Gegenstand heute nicht zur Berathung.

Gem.-Rath Purscht: Dann muß ich bitten, die Tagesordnung nicht in der Weise ausfertigen zu lassen.

Bürgermeister: Es macht ja nichts, wenn der Gegenstand heute hier nicht zur Berathung kommt. Es war eben nicht anders möglich.

Gem.-Rath Stehlik: Sie werden verzeihen, wenn ich einen Betrag von 10.000 fl. für eine Theatervorstellung (Rufe: Ausstellung!) ... Ich hab' mich geirrt, irren ist menschlich, zu hoch finde, in einer Zeit, wo in Wien bittere Noth existiert. Ich bedaure sehr, dass Sie das gleichgiltig hinnehmen. In München herrschen andere Zustände als in Wien. In Wien herrscht heute ein Elend, in München ist es besser, in München sind andere Steuern; hier haben wir hohe Steuern; das möchte ich doch den anwesenden Herren Gemeinderäthen zu bedenken geben. In einer Zeit wie heute, sind 10.000 fl. eine horrende Summe. Ich habe mir hier nur diese Kritik erlaubt.

Gem.-Rath Herold: Hochgeehrte Herren! Ich begrüße Alles, was Nouvements in unserem Wien hervorbringt. Diese Ausstellung ist ganz geeignet, eine Bewegung hervorzubringen, an der ein jeder Gewerbetreibende und Geschäftsmann, an der die ganze Stadt profitieren wird. (Beifall rechts.) Diese schöne Idee, die auch eine gewisse Originalität besitzt, hat auch schon Sensation im Auslande erregt, und man sieht mit Spannung der Ausstellung, die in diesem Jahre in Wien zu Stande kommen wird, entgegen, und ich begrüße mit lebhafter Freude die Worte des Herrn Referenten, dass der löbliche Gemeinderath und die Stadt Wien 10.000 fl. als Subvention zu diesem Werke hergeben wird. Es ist, wie ich glaube, eine große Summe, sie ist aber nicht schlecht angewendet, indem sie fast jedem Einzelnen zugute kommen wird, und ich bitte daher, dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen, denn diese Summe wird so viel Gutes stiften, dass sie nicht zum Fenster hinausgeworfen erscheint.

Gem.-Rath Seiler: Der Herr Vorredner von jener (linken) Seite hatte die Freundlichkeit, mit den Worten zu schließen, dass wir in Wien Elend und schwere Steuern haben. Allerdings kann ich das nicht widerlegen, weil es wahr ist. Wenn wir aber nichts dazu thun, sondern nur fortwährend lamentieren und sagen, wir haben eine schlechte Zeit, und nicht mitarbeiten wollen, so wird es auch nicht besser werden. Wenn wir die einzelnen Städte anschauen, was die subventionieren und welche Beträge sie bewilligen, um Leben und Bewegung in eine Stadt zu bringen, so müssen wir constatieren, daß bei uns Alles conträr gemacht wird.

Wenn wir einmal die Verhältnisse von Wien und Pest gegeneinanderhalten — ich will von München gar nicht sprechen — so würden wir erstaunen, um welchen Percentsatz Pest mehr von Fremden besucht ist, als Wien. (Gem.-Rath Gregorig: Aber aus Russland.) Schuld daran ist, dass wir nichts machen. Sie können versichert sein, dass heute nicht mehr über Wien gesprochen wird, wie in früherer Zeit. Wenn wir nichts dazu thun, dass Bewegung, Besucher und Fremde kommen, so gehen wir Alle zugrunde. Wir können unsere Steuern schon zahlen, wenn wir Geschäfte machen, und der Gemeinderath ist in erster Linie dazu berufen, der Bevölkerung zum Erwerbe zu verhelfen, und welch' großer Erwerb geboten wird, beweisen die vielen Ausstellungen, die wir bis jetzt gehabt haben. (Lärm links.)

Wenn wir die statistischen Daten des Fremdenverkehres nachsehen, so finden wir, dass sich derselbe in allen Jahren, wo in Wien Ausstellungen waren, nicht verdoppelt, sondern vervierfacht und versechsfacht hat. Durch diesen Fremdenverkehr gewinnen nicht nur die Hoteliers und die Wirte, sondern alle Geschäfts- und Gewerbsleute. Ich glaube daher, dass wir durch diese Summe nicht nur die Ausstellung subventionieren, sondern, dass wir auch dem Gewerbe, speciell dem Musikfachgewerbe, welches früher colossal aufgeblüht war und jetzt durch die Concurrenz in Böhmen überflügelt wird, unter die Arme greifen und es ihm ermöglichen, auszustellen, und zu zeigen, dass es ebensoviel leisten kann, wie jedes andere Land. Ich bitte daher, die Anträge des Herrn Referenten anzunehmen. (Beifall.)

Gem.-Rath Bentnik (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir den Schluss der Debatte zu beantragen (Beifall.)

Bürgermeister: Die Herren, welche den Schluss der Debatte annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) — Der Schluss der Debatte ist angenommen.

Für den Antrag sind noch eingetragen, die Herren Gem.-Räthe Wurm, Gregorig, Ferdinand Mayer, Jedlička, Dr. Klotzberg, Silberer und der Referent; gegen den Antrag ist Herr Gem.-Rath Stehlik eingetragen; ich ertheile ihm das Wort.

Gem.-Rath Stehlik: Ich bitte, meine Herren, ich bin missverstanden worden, denn ich bin dafür, dass dieser Betrag votiert werde; ich bin dafür, denn das dient zur Hebung der Gastwirtegeschäfte und Hotels; nur wünsche ich Eines, dass aus der Mitte des Gemeinderathes in das Comité einige Herren gewählt werden, damit wir wissen, ob der Betrag fruchtbringend angelegt wird, und ich hege weiters den Wunsch, dass dieser Betrag seinerzeit hier verrechnet werde.

Gem.-Rath Seiler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Bürgermeister: Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte zur Wahl von Generalrednern zu schreiten. (Rufe rechts: Die Herren sollen auf das Wort verzichten.)

Bitte, meine Herren, doch einmal zur Wahl zu schreiten sonst müsste dieselbe mit Stimmzetteln erfolgen. (Rufe: Sämmtliche Redner verzichten auf das Wort.)

Es entfällt also die Wahl eines Generalredners.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Ich erkläre im Namen der Redner von dieser (linken) Seite, dass wir der Ausstellung und dem Antrage des Referenten zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass eine Ausstellung für Wien immer von Nutzen ist. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlusswort. (Rufe: Verzichten!)

Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich würde auch sehr gerne auf das Wort verzichten; muß mir aber doch einige Worte erlauben, nämlich, dass ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck gebe, dass in einer Angelegenheit, welche für die Stadt Wien gewiss von Wichtigkeit ist, volle Einigung zu constatieren ist. (Allgemeiner lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich glaube nicht nothwendig zu haben, dem Antrage noch irgend etwas beizufügen und möchte bitten, denselben anzunehmen.

Bürgermeister: Ich schreite zur Abstimmung, und ersuche jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. (Beifall.)

Es wurde daher beschlossen, für die im Jahre 1892 in Wien stattfindende internationale Musik- und Theater-Ausstellung eine Subvention von 10.000 fl. zu gewähren.

17. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, für den Stadrath über die Systemisierung von 16 Diurnistenstellen zu referieren.

Es ist das Nummer 3 der lithographischen Vorlage. Es liegt diesfalls ein Bericht des Magistrates vor, aus welchem bekanntzugeben ist, dass seinerzeit bei Vorlage des großen Referates in Antrag gebracht wurde, die Bewilligung der Aufnahme von 118 Kanzleipraktikanten. Diese Anzahl von Kanzleipraktikanten hat der Magistrat unter der Voraussetzung in Vorschlag gebracht, dass sein weiterer Antrag auf Aufnahme von 24 Beamten der bestandenen k. k. Steuerämter vom Gemeinderathe werde acceptiert werden. Dieser Antrag ist, wie die Herren sich erinnern, nicht angenommen worden; der Gemeinderath hat bloß die Aufnahme von 12 dieser Beamten bewilligt. Es haben sich aber auch diese 12 nicht gefunden, sondern bloß 8 von den Beamten sind um Übernahme in den städtischen Dienst eingeschritten. Es ist dadurch ein Abgang von 16 Arbeitskräften entstanden. Der Magistrat verweist darauf, dass bei den aufzulösenden Bezirkshauptmannschaften und bei den k. k. Steuerämtern in den Vororten eine Anzahl sehr gut geschulter Diurnisten sich befindet, welche mit Beginn des Jahres 1892 ihre Posten verlieren, und deren Übernahme in den städtischen Dienst, an sich wünschenswert, auch abgesehen von der Geschultheit, welche die Leute besitzen, ein Gebot der Humanität ist.

Es wird beantragt, als Ersatz für den Ausfall der bereits erwähnten 16 Beamtenstellen, welcher sich dadurch ergiebt, dass *nicht* 24, sondern nur 8 Beamte der bestandenen k. k. Steuerämter in den Vororten übernommen worden sind, 16 Diurnistenstellen mit dem systemisierten Taggelde zu creieren. Beigefügt wird, dass bei den einverleibten Vororte-Gemeinden bedienstete Diurnisten, welche vom Magistrate besonders und namentlich aufgeführt werden, soweit dieselben als befähigt befunden worden sind, und es nicht vorzogen, als Kanzleipraktikanten unterzukommen, aus Dienstes- und Humanitätsrücksichten nicht entlassen, sondern aufgenommen werden sollen.

Denselben wird das für Diurnisten des Wiener Magistrates systemisierte Taggeld zugewiesen.

Es wird beantragt:

Es sei die Genehmigung zur Creierung von 16 neuen Diurnistenstellen zu ertheilen, sowie zu genehmigen, dass die in den Vorortegemeinden bereits in Verwendung stehenden Diurnisten, gegen Anweisung des für die städtischen Diurnisten systemisierten Taggeldes bis auf weiteren Bedarf bei den magistratischen Bezirksämtern oder bei den Gemeindebezirks-Vorstehungen in Verwendung verbleiben.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu genehmigen.

Gem.-Rath Kaspar: Sehr geehrte Herren! Ich habe principiell gegen diesen Antrag des Stadtrathes nichts einzuwenden; ich muß mir aber erlauben, bei dieser Angelegenheit auf zwei vorliegende Anträge des Herrn Vertreters aus dem VI. Bezirke und meiner Wenigkeit hinzuweisen und zu bitten, dass endlich diese Anträge vom Stadtrathe in Würdigung gezogen werden, denn, meine Herren, es geht doch nicht an, dass wir Leute in unseren Diensten halten, welche die kümmerlichste Existenz fristen müssen.

Es gehen diese Anträge meines geehrten Collegen aus dem VI. Bezirke dahin, dass eine Regelung überhaupt stattfinde.

Nun, meine Herren, der Wiener Gemeinderath ist stets bestrebt, sich in allen Dingen als sehr munificent zu erweisen, ja, er genießt auch diesen Ruf allgemein. Aber endlich muss dieser Zustand ein Ende nehmen und den Diurnisten endlich ihr Recht werden, damit sie doch wenigstens ein menschenwürdiges Dasein fristen können. Ich stelle also den positiven Antrag, dass die Regulierung der Bezüge der Diurnisten einer eingehenden Würdigung ehestens unterzogen werde. (Bravo! bravo! rechts.)

Gem.-Rath Hipp: Ich möchte mir vor Allem die Anfrage an den Herrn Referenten erlauben: sind diese 16 Diurnisten, die uns vorgeschlagen werden — wenn ich in dem Lärm richtig vernommen habe, ist es so — Diejenigen, die heute bereits in den Vororte-Steuerämtern in Thätigkeit sind, und zwar ebenfalls als Diurnisten?

Referent: Ich erlaube mir diesfalls auf den Antrag zu verweisen, welcher den Herren in einem Exemplare zugekommen ist und welcher lautet: „Es sei zu genehmigen, dass die in den Vorortegemeindeämtern bereits in Verwendung stehenden Diurnisten gegen Anweisung des für die magistratischen Diurnisten systemisierten Taggeldes bis auf weiteren Bedarf bei den Bezirksämtern oder Gemeindebezirks-Vorstehungen in Verwendung verbleiben — um nicht diese Personen an die Luft setzen zu müssen."

Gem.-Rath Hipp: Ich danke sehr, ich weiß das zur Genüge, auch daß die Diurnisten schon durch längere Zeit mit einer Petition an uns herangetreten sind; diese Zuschrift ist gar nicht zur Verlesung gekommen, aber ich bin auch so froh, dass die Sache endlich heute hier erscheint und dass diese armen Leute nicht thatsächlich auf die Straße gesetzt werden; es sind lauter tüchtige

Arbeiter (Referent: Das habe ich auch erwähnt!) und wir können sie ruhig übernehmen. Ich werde daher mit Freuden dem Antrage zustimmen.

Bürgermeister: Wünscht noch Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Da nicht, ist die Debatte geschlossen; der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe dem Antrage nichts beizufügen. Bezüglich des Antrages Kaspar, welcher lautet: es sei die Regulierung der Bezüge einer eingehenden Würdigung ehestens zu unterziehen, erlaube ich mir darauf zu verweisen, dass, soviel ich mich erinnere, mindestens zwei ähnliche Anträge schon in Behandlung stehen. — Ich bitte, sich doch gefälligst zu gedulden, bis die Eintheilung der Rangsclassen und die Systemisierung in Einem erfolgen kann. Es ist doch nicht zuläßig, dass man das eine oder andere Stück aus dieser Organisation herausreißt und ganz systemlos etwas beschließt, was dann nur die Arbeit der systematischen Ordnung der ganzen Angelegenheit unendlich erschwert.

Ich bitte Sie also, diesem Antrage nicht zuzustimmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Antrag des Stadtrathes wie derselbe vorgetragen wurde, ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre ihn daher für angenommen.

Nun bitte ich diejenigen Herren, welche dem Zusatz-Antrage des Herrn Gem.-Rathes Kaspar zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist abgelehnt.

Es wurde daher beschlossen:

„Es sei die Genehmigung zur Creierung von 16 neuen Diurnistenstellen zu ertheilen, sowie zu genehmigen, dass die in den Vorortegemeinden bereits in Verwendung stehenden Diurnisten, gegen Anweisung des für die städtischen Diurnisten systemisierten Taggeldes bis auf weiteren Bedarf bei den magistratischen Bezirksämtern oder bei den Gemeindebezirks-Vorstehungen in Verwendung verbleiben."

18. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe weiters die Ehre Bericht zu erstatten, über den Antrag, welcher sich ebenfalls auf die Systemisierung von Diurnistenstellen bezieht, Nr. 195 der lithographischen Vorlage.

Hier handelt es sich um den Steuer- und Wahlcataster. Den Herren sind die Agenden dieses magistratischen Amtes gewiss bekannt. Derselbe besteht derzeit aus einem Leiter, einem Beamten, d. i. einem Steueramtsofficial, 15 Diurnisten, und 2 Dienern, wovon einer provisorisch ist. Dieses Amt hat durch den Zuwachs, welchen die Gemeinde Wien infolge der Einverleibung der Vororte erfahren hat, eine außerordentliche Vermehrung seiner Agenden erhalten, und ich erlaube mir, aus dem Berichte des Leiters dieses Amtes folgendes mitzutheilen.

Es ist nothwendig die Anlage von 28.531 Cataster-Blättern für die Erwerbsteuer, die Anlage der Grundbücher für 14.526 Grundsteuer-Conten, 15.406 Hauszinssteuer-Conten, 28.531 Erwerbsteuer-Conten und circa 4000 Einkommensteuer-Conten, zusammen 62.463. Dazu ist zu bemerken, dass diese Daten des Steuer- und Wahlcatasters fortwährend in Evidenz zu halten sind, und dass jede Veränderung, welche, sei es an dem vorgeschriebenen Steuerfuße, sei es in der Veränderung der Personen durch Ableben ꝛc. eintritt, sofort im Steuercataster durchzuführen ist, weil dieser Cataster jederzeit bereit sein muss, die Grundlage für die Wählerlisten abzugeben und weil er außerdem die sämmtlichen Auskünfte, die in dieser Richtung von dem Publicum gewünscht werden, richtig zu ertheilen hat. Es ist erklärlich, dass diese außerordentliche Vermehrung der Arbeiten es nicht gestattet, mit dem derzeitigen Personale das Auslangen zu finden.

Ich darf darauf hinweisen, dass bei außerordentlichen Gelegenheiten, wie bei einer Wahl in den Reichsrath, Landtag oder Gemeinderath, periodisch eine sehr wesentliche Vermehrung des Personales stattfinden muss, weil das normale Personale mit dieser Riesenarbeit nicht fertig werden kann. Die jetzt an den Tag getretene Vermehrung der Agenden gestattet aber nicht, das Auslangen mit dem bisherigen Personale zu finden, denn nach einer Aufstellung, welche auch die Buchhaltung geprüft hat, beträgt der Zuwachs an Arbeiten 70% der bisherigen Arbeit. Es ist nun beantragt, eine Vermehrung der Diurnisten um 8 mit dem Taggelde von 1 fl. 20 kr. eintreten zu lassen, das würde pro 1892 eine Erhöhung des Bedarfes um 3520 fl. darstellen. Zu bemerken kommt, dass es selbstverständlich ist, dass diese 8 Diurnisten auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 29. December 1885 nach 1, 5 oder 10 Jahren tadelloser Dienstzeit in das höhere Diurnum von 1 fl. 50 kr., 1 fl. 75 kr. oder 2 fl. vorrücken. Der Antrag, welchen ich mir zu stellen erlaube, lautet: „Es seien acht neue Diurnistenstellen mit den üblichen Bezügen vom 1. Jänner 1892 an zu systemisieren". Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Kaspar: Ich erlaube mir, an den sehr verehrten Referenten die Anfrage, ob bei den Diurnisten noch fortwährend die Übung gepflogen wird, dass Diejenigen, welche irgend einen Ruhegenuss beziehen, nach einem bestehenden Gemeinderaths-Beschluss in ein höheres Diurnum nicht vorrücken dürfen, und ob der Antrag, der von mir gestellt wurde, im Stadtrathe schon der Berathung unterzogen worden ist.

Referent: Ich habe die Ehre darauf zu erwidern, dass meines Wissens ein solcher Beschluss gar nicht besteht.

Gem.-Rath Kaspar: Gewiss besteht er und er geht dahin, dass alle Diurnisten, welche dermalen im Genusse einer Pension oder eines Ruhegenusses stehen, von der Beförderung in die höhere Gebür ausgeschlossen sind.

Meine Herren! Das geht absolut nicht an. Nehmen Sie an, wie in der Staatsverwaltung prakticiert wird; da haben wir so viele gediente Militärs, so viele quiescierte Beamte, da wird gar keine Rücksicht genommen; denn was die Leute früher ins Verdienen gebracht haben, ist nicht in Rücksicht zu ziehen. Nachdem aber ein Gemeinderaths-Beschluss factisch besteht, dass Solche, welche einen Ruhegenuss beziehen, in ein höheres Diurnum nicht vorrücken sollen, so habe ich mir erlaubt, diesen Antrag zu stellen, aber bis heute ist eine Erledigung nicht erfolgt.

Bürgermeister: Wünscht noch Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen. Gegen den Antrag des Herrn Referenten ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre denselben für angenommen.

Es wurde daher beschlossen, acht neue Diurnistenstellen mit den üblichen Bezügen vom 1. Jänner 1892 an zu systemisieren.

19. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre weiters Bericht zu erstatten, über den Antrag des Stadtrathes. Ich bitte, die gedruckte Tagesordnung zur Hand zu nehmen, Referat Nr. 2331. Der Gegenstand betrifft das Ansuchen des Oberbuchhalters um Aufnahme von Buchhaltungspraktikanten.

Der Oberbuchhalter hat einen Bericht erstattet und in demselben zur Motivierung seiner Schlussbitte um Vermehrung der Praktikantenstellen nachgewiesen, welche Vermehrung der Agenden durch den Zuwachs der Gemeinden die Buchhaltung erfahren hat. Es wird insbesonders auf Folgendes hingewiesen. Mit dem 1. Jänner 1892, als am Tage des Beginnes der Wirksamkeit der Bezirksämter, wird der Geschäftskreis der Buchhaltung, welche centralisiert bleibt, eine bedeutende Erweiterung erfahren.

Es wird in möglichster Kürze darauf hingewiesen, dass folgende Agenden zuwachsen, respective eine Erweiterung erfahren: Die Schulagende, das Steuerwesen, Armenwesen, eine große Anzahl von Stiftungen der Vororte, die Schlachthäuser in Unter-Meidling, Nussdorf und Hernals, zahlreiche Friedhöfe, eventuell auch Krankenanstalten, Gemeinde-Sparcassen, Märkte, die Besorgung der Einquartierungs- und Vorspannsleistung sowie eine erhebliche Vermehrung der Agenden der Musikimpost, Hundesteuer und Dienstboten-Krankencassa, die bedeutende Vermehrung von Verbuchungsposten in den Empfängen sowie bei Ausgaben der verschiedenen Zweige des städtischen Haushaltes wie auch eine wesentliche Zunahme der zu prüfenden Bestellscheine, Überschlagsnachweisungen, Kostenanschläge, Conten und Rechnungen über Reparaturen und Neubauten. Weiters verweist der Buchhalter darauf, dass, sowie es nothwendig war zum Behufe der Zusammenstellung des Budgets pro 1892 die von den Vororte-Gemeinden vorgelegten Rechnungen, welche nach einem anderen Systeme zusammengestellt und abgefasst werden, als dies in unserem Budget eingehalten ist, zu zerlegen und nach den Rubriken unseres Budgets-Schema einzurichten, es auch nothwendig werden wird, die weiteren Nachweisungen, welche von den Bezirks-Ausschüssen behufs Zusammenstellung der weiteren Budgets und behufs des Rechnungsabschlusses zu machen sein werden, neuerlich zu prüfen.

Es wird insbesonders gesagt, dass bei den Hauszinssteuer-Contribuenten eine Vermehrung von 14.000 auf nahezu 30.000 eingetreten ist, und dass es daher notwendig ist, angesichts dieser bedeutenden Geschäftsvermehrung, für welche eine Anzahl bereits einigermaßen geschulter Arbeitskräfte vorhanden sein soll, vorzusorgen. Nur die schleunigste Durchführung einer solchen Maßregel kann Garantie dafür gewähren, dass die Verbuchung auf dem Laufenden erhalten und auf den Standpunkt gebracht werden kann, dass der Rechnungsabschluss für 1891 zu richtiger Zeit fertig werde. Es wird mit Rücksicht darauf angesucht: es möge die Aufnahme von 15 Praktikanten mit dem Bezuge des für die Buchhaltungs-Praktikanten systemisierten Adjutums von jährlichen 500 fl. bewilligt werden. Das Kostenerfordernis für das laufende Jahr wird sich mit Berücksichtigung des Umstandes, dass für diese Praktikanten eine 8wöchentliche Probepraxis vorgeschrieben ist, während welcher sie eine Sustentation von monatlichen 25 fl. beziehen, unschwer durch Verweisung auf den Reservefond decken lassen. Für das Jahr 1892 würde eine Mehrauslage von 7500 fl. erwachsen.

Ich erlaube mir zu beantragen, es sei die Aufnahme von 15 Buchhaltungs-Praktikanten mit dem Adjutum von 500 fl. jährlich zu bewilligen. (Keine Einwendung.) — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, die Aufnahme von 15 Buchhaltungs-Praktikanten mit dem Adjutum von 500 fl. jährlich zu bewilligen.

20. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe weiters zu berichten über den auf der geschriebenen Tagesordnung erwähnten Antrag behufs Systemisierung des Personales für den Forstdienst im Höllenthal und Naßwald.

Es ist den Herren bekannt, dass von dem Gemeinderathe Herr Heinrich Volkmann, k. k. Forstrath und Landesforst-Inspector als forsttechnischer Beirath der Gemeinde Wien bestellt worden ist, welcher in dieser seiner Stellung durch längere Zeit fungiert hat. Derselbe hat nun seine Stellung gekündigt, und es ist vom Magistrate unter Vorlage dieser Kündigung ein Bericht über die weitere Gestaltung der Forstverwaltung vorgelegt worden.

Der Magistrat verweist darauf, dass nunmehr der Besitz der Gemeinde Wien an Waldungen, sobald die Wasserversorgung durchgeführt wird, eine bedeutende Vermehrung erfahren wird. Es wird nämlich zu dem im großen Höllenthale befindlichen Forstbesitze der Gemeinde beim Kaiserbrunnen der dem Grafen Hoyos abgekaufte Complex im Ausmaße von circa 3000 Joch hinzukommen, und es wird für diesen Complex der derzeitige Verwaltungsorganismus nicht ausreichen.

Es ist nämlich derzeit nur ein untergeordnetes Forstschutzorgan in Kaiserbrunn angestellt und hat der erwähnte Landesforst-Inspector eine Art Controle über sämmtliche Forste der Gemeinde Wien besorgt, hat durch zeitweilige Inspicierungen sich von dem Stande der Aufforstungen und von dem Zustande der Wälder überhaupt überzeugt und über diese Wahrnehmungen Bericht erstattet und Vorschläge gemacht. Nun soll mit Rücksicht auf diese Kündigung und mit Rücksicht auf den Zuwachs an Forstareale eine Vermehrung des Personales eintreten.

Die Anträge, welche vom Magistrate gestellt worden sind, sind folgende:

„Die Kündigung des k. k. Forstrathes Volkmann als forsttechnischer Beirath der Gemeinde Wien ist zur Kenntnis zu nehmen und ist von der Bestellung eines eigenen forsttechnischen Beirathes für den Forstbesitz der Gemeinde und der von ihm verwalteten Fonde unter Vorbehalt eventueller Expertisen in besonders wichtigen Forstwirtschaftsfragen abzusehen."

Der Stadtrath hat bezüglich dieses zweiten Theiles im eigenen Wirkungskreise abweichend beschlossen, der Magistrat möge berichten, ob es nicht im Interesse der Gemeinde liege, eine Art Oberaufsicht des gesammten Betriebes der städtischen Forste einzurichten durch Creierung eines Forstinspectorates.

Es war nämlich die Anschauung maßgebend, dass bei dem außerordentlich zerstreuten Forstbesitz, — die Herren wissen, die Gemeinde hat das Gut Spitz, hat in der Lobau einen ausgedehnten Besitz an Auen, im großen Höllenthal und zukünftig auch im Naßthal, außerdem sind nun der Gemeinde noch Waldungen zugewachsen durch die incorporierten Gemeinden, — dass bei dem außerordentlich zerstreuten Forstbesitze es für eine nach einheitlichen Grundsätzen geleitete Forstwirtschaft abträglich wäre, wenn diese einzelnen Forstbezirke ohne eine einzige Controlsinstanz wirtschaften würden.

Es ist also seitens des Stadtrathes diese Abänderung beschlossen worden und es wird beantragt:

„Für den Forstdienst im Höllenthal und Naßwald ist vorläufig, d. i. bis zur eventuellen weiteren Vergrößerung dieses städtischen Forstgebietes, zu bestellen:

a) einen Forstverwalter mit der Befähigung als Wirtschaftsführer im Sinne des §. 22 des Forstgesetzes" — das sind die besonderen Qualificationen, die das Forstgesetz vorschreibt —

„b) einen Forstadjuncten mit der gleichen Befähigung,

c) einen Forstwart in Kaiserbrunn,

d) einen Waldheger im Naßwald."

Behufs Erlangung von geeigneten Bewerbern für diese Stellen ist ein Concurs auszuschreiben.

Dazu beantragt der Stadtrath nun Folgendes:

„Über die infolge der Vororte-Einverleibung zugewachsenen Waldungen, deren jetzige Bewirtschaftung und über die erforderlichen Einrichtungen, beziehungsweise Bestellung des nöthigen Personales hat der Magistrat Bericht zu erstatten."

Bezüglich der Gehalte, mit welchen die von mir erwähnten Stellen verbunden werden sollen, ist zu bemerken, dass die anfänglich gestellten Anträge des Magistrats-Referenten im Gremium eine Abänderung erfahren haben, und dass beantragt wird:

„Als Gehalt für den Forstverwalter im Naßwald 1200 fl. Gehalt nebst 2 Quinquennalzulagen von je 100 fl., einer Naturalwohnung, beziehungsweise einem 30%igen Quartiergelde, einem Wagenpauschale von jährlich 150 fl., dann dem jährlichen Deputate des unveräußerlichen Bezuges von 40 Raummetern weichen Holzes und dem Rechte der Benützung von 4 Joch Wiesen-, beziehungsweise Ackergrund, dann mit dem Bezuge der vom Gemeinderathe für das Forstpersonale normierten Zehrungsbeiträge."

Weiters wird beantragt:

„Ein Forstadjunct mit der gleichen Befähigung im Naßwald mit 600 fl. Jahresgehalt, 30% Quartiergeld, resp. Naturalwohnung, dem Rechte des unveräußerlichen Bezuges von 25 Raummetern weichen Holzes, dann der Benützung von 2 Joch Wiesen-, beziehungsweise Ackergrund und des normierten Zehrungsbeitrages."

Dann wird beantragt:

„Ein Forstwart in Kaiserbrunn mit 600 fl. Jahresgehalt, mit einer Naturalwohnung, resp. 120 fl. jährlichem Quartiergelde, mit dem jährlichen Deputate des unveräußerlichen Bezuges von 25 Raummetern Holz und mit der Benützung von 2 Joch Wiesen-, resp. Ackergrund und ein Waldheger im Naßwalde mit einem Taglohne von 1 fl. 30 kr.

Bezüglich der Ausschreibung des Concurses für diese Stellen habe ich bereits Erwähnung gethan.

Für den durch die Bestellung des Forstverwalters und Forstadjuncten sich ergebenden jährlichen Mehraufwand, welcher sich für die Dauer der Quartiergeldanweisung inclusive des Wagenpauschales mit 2100 fl. beziffert, ist im Präliminare sub Rubrik XXVI 1 a „Bezüge des Betriebspersonals der Hochquellenleitung" vorzusorgen. Ich bitte um Ihre Genehmigung für diese Anträge.

Gem.-Rath Ferdinand Mayer: Die Anträge, welche der Herr Referent erstattet hat, verursachen uns wieder bedeutende Mehrausgaben. Es wird da meines Erachtens förmlich eine neue Verwaltung in Bezug auf das Forstwesen eingeführt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, wenn der zugewachsene Waldbestand, den wir durch die Einverleibung bekommen haben, allein maßgebend war, um dort einen Forstverwalter anzustellen, damit die Sache einheitlich verwaltet werde, so finde ich, dass für das allein, dass wir im Naßwald die dortigen Waldbestände erworben haben, diese Einrichtung, wie sie beantragt wird, nämlich einen Heger, einen Forstwart, einen Verwalter und ein ganzes Forstpersonale anzustellen, ja riesig kostspielig ist. Sie kennen ja das ganze Gebiet dort; was wir dort erworben haben, ist ja zum größten Theil abgestocktes Terrain. Was im Laufe der letzten Jahre versucht worden ist, nämlich die dortigen abgestockten Theile wieder aufzuforsten, ist bis heute vollständig missglückt. Soviel ich informiert bin, ist das Geld, das wir jährlich für die Aufforstung ausgeben, hinausgeworfen. Dort wird ein riesiger Wildstand vom Grafen Hoyos gehalten, der sein Forstpersonal wohl bestellt hat, und dieses frägt nicht darnach, ob wir mit unserer Aufforstung vorwärts kommen. Thatsache ist, — davon hat mir Jemand, der wohl informiert ist, Mittheilung gemacht — dass das Geld, das wir dort für die Aufforstung verausgabt haben, hinausgeworfen ist. Die Holzbestände, die wir durch den neuen Ankauf im Rießthale und im Höllenthale erworben haben, sind Waldbestände, die meines Erachtens Holz zum Fällen besitzen, das abgestockt werden soll. Dazu ist doch kein Forstverwalter und ein ganzes Personale nothwendig. Ich bin der Meinung, es solle diesbezüglich ein eingehendes Referat erstattet werden. Wie steht es eigentlich mit der Aufforstung im Naßthale? Mir ist, wie gesagt, von einem Manne, der die ganzen Verhältnisse dort kennt, mitgetheilt worden, dass das Geld das wir bis jetzt dort ausgegeben haben, auch das Geld für den betreffenden, der die Aufsicht hat, hinausgeworfen ist. Die Gelder, die für die Aufforstung angewendet worden sind, sind hinausgeworfen aus der einfachen Ursache, weil Alles zu Grunde geht und durch den Wildstand ruiniert wird.

Wenn wir, wie hier, ein Referat haben, wodurch die Gemeinde Wien eine ständige Mehrbelastung von nahezu 5000 fl. erfahren soll, so sollte man, glaube ich, doch einen etwas eingehenderen Bericht haben. Ich für meine Person kann dem Antrage des Herrn Referenten nicht zustimmen, umsoweniger, wenn die Sache so primitiv geschieht, wie es hier factisch der Fall ist, außer wenn der Herr Referent in der Lage ist, das zu widerlegen.

Aber der Mann, der mir die Mittheilung gemacht hat, lebt draußen, kommt mit den Leuten zusammen und kennt das ganze Terrain, weil er es abgeht. Er kennt also die Verhältnisse und sagte: Wenn die Gemeinde nichts Besseres thun kann als die Aufforstung in der Weise zu behandeln, soll sie lieber die Sache stehen lassen. Das ist ganz schlicht gesagt, so wie eben die Verhältnisse sind, und das ist für mich maßgebend; ich bringe es heute hier zur Kenntnis, weil durch den Antrag des Herrn Referenten eine bleibende Ausgabe geschaffen wird, und weil wir also eine Gewähr dafür haben müssen, ob sich die Sache auch rentieren wird.

Denn die eigentlichen Waldbestände, die wir dort haben, sind fertiges Holz; damit ist ja weiter nichts zu thun, als dass man alljährlich bezeichnet: So viel Holz wird abgeschlagen, abgestockt, weggeführt und verkauft. Weiter ist nichts zu thun. Diese Waldstände als solche brauchen gar kein Forstpersonale; das Jagdgebiet gehört dem Grafen Hoyos, der sich höchlich dagegen verwahren wird, dass dort Wild gehegt werde. Wozu brauchen wir also das Personale?

Wenn der ganze Besitz, den wir jetzt haben, die Herrschaft Spitz und die zugewachsenen Waldbestände es nothwendig machen einen Verwalter anzustellen, so will ich ja dagegen nichts einwenden. Wenn wir aber für das Nasswaldgebiet diese Ausgabe machen sollen, müsste ich doch recht sehr bitten, sich zunächst einen eingehenderen Bericht erstatten zu lassen, bevor Sie diesem Antrage zustimmen.

Falls also der Herr Referent besser informiert ist und weiß, dass das Geld, welches wir heute bewilligen und verausgaben sollen, auch für die Gemeinde nutzbringend ist, so lässt sich darüber reden; solange das aber nicht der Fall ist, werde ich dagegen stimmen.

Bürgermeister: Ich werde dafür sorgen, dass jene Anträge des Herrn Referenten, welche Ihnen heute mitgetheilt wurden und in dieser Vorlage Nr. 5 nicht enthalten sind, ebenfalls gedruckt werden, so dass die Herren dann ein vollständiges Bild über die gesammten Referenten-Anträge haben. Es wird daher die Debatte über diesen Gegenstand jetzt unterbrochen.

Wir schreiten nunmehr zur Wahl der Budget-Commission, welche auf der Tagesordnung steht.

Gem.-Rath Rauscher: Wie wir aus der vorliegenden Namensliste gesehen haben, ist seitens der geehrten Herren der Majorität dieses Hauses einer unserer Candidaten gestrichen worden. Wir stehen somit einer ganz neuen Situation gegenüber. Ich erlaube mir daher, namens meiner Partei den Antrag zu stellen, die Sitzung sei auf 5—10 Minuten zu unterbrechen, damit wir zu einer Besprechung zusammentreten können. Von der Berathung wird es abhängen, wie wir uns dieser ganz unerwarteten Sachlage gegenüber benehmen werden.

Bürgermeister: Ich glaube, wir unterbrechen die Sitzung auf 10 Minuten (Zustimmung), es schadet ja nichts. Die Sitzung ist unterbrochen. (Nach 10 Minuten Pause.)

Bürgermeister: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Als Obmann-Stellvertreter des Bürgerclub habe ich folgende Erklärung abzugeben. Unser Obmann, Herr Dr. Lueger hat dem Obmann Dr. Grübl die Liste übergeben . . . (Unruhe rechts.)

Bürgermeister: Ich bitte, das geht nicht.

Gem.-Rath Bärtl: Ich erkläre, dass wir uns in Folge dessen . . . .

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath haben jetzt nicht das Wort, wenn ich rede. Hören Sie mich jetzt an. Clubsachen gehören nicht in die Versammlung des Gemeinderathes und ich lasse darüber, als nicht zum Gegenstand gehörig, nicht reden; machen Sie das hinter den Coulissen ab, aber nicht hier in öffentlicher Sitzung.

Gem.-Rath Bärtl: Wir werden nicht daran Theil nehmen.

Bürgermeister: Wir werden ja sehen, ob Sie an der Wahl theilnehmen.

Gem.-Rath Grünbeck: Dann bitte ich, uns aber auch nicht zu wählen. (Unruhe.)

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, dass die Anzahl der zu wählenden Mitglieder von 25 auf 30 erhöht werde.

Bürgermeister: Der Gemeinderath hat beschlossen, die Budget-Commission habe aus 25 Mitgliedern zu bestehen; nun wird beantragt, diese Zahl auf 30 zu erhöhen; wünscht Jemand hiezu das Wort? (Unruhe links. Gem.-Rath Gregorig: Sie haben 5 Juden, die Sie unterbringen müssen!)

Nachdem Niemand das Wort wünscht, bitte ich die Herren, die zustimmen, die Hand zu erheben!

Das ist abgelehnt! (Rufe: Nein!)

Dann bitte ich die Herren, sich auf die Plätze zu verfügen.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich erkläre nochmals, dass von dieser Seite die Wahl nicht angenommen wird. (Unruhe rechts.)

Bürgermeister: Das gehört gar nicht hierher! (Rufe links: Es gehört dazu!) Nein, absolut nicht!

Diejenigen Herren, die mit dem Antrage auf Vermehrung der Zahl der Mitglieder der Budget-Commission von 25 auf 30 einverstanden, wollen sich von den Sitzen erheben. Ich bitte zu zählen! (Unruhe links. Gem.-Rath Jedlička: Das ist die reine Comödie; es ist schon einmal abgestimmt worden!)

(Nach einer Pause): Der Antrag ist mit 68 Stimmen angenommen. — Wir schreiten zur Wahl. Es sind 30 Mitglieder zu wählen.

Schriftführer Gem.-Rath Zagorski verliest die Namen der einzelnen Gemeinderäthe, welche die Stimmzettel in die Urne legen.

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Dr. Grübl zu referieren.

21. Gem.-Rath Dr. Grübl (tritt an den Referententisch):

Ich habe zur Zahl 6 aus dem Jahre 1892 zu berichten. Der Herr Ackerbauminister hat an den Herrn Bürgermeister folgenden Erlass gerichtet (liest):

„Ich beabsichtige im Einvernehmen mit den übrigen betheiligten Centralstellen den §. 3 der mit der Minist.-Verordnung vom 3. September 1883, R.-G.-Bl. Nr. 145 erlassenen Marktordnung für den Centralviehmarkt in St. Marx in der aus der Beilage ersichtlichen Weise abzuändern. Im Hinblick auf die Bestimmungen des §. 9 des Gesetzes vom 29. Februar 1880, R. G. Bl. Nr. 35 beehre ich mich, Eure Hochwohlgeboren zu ersuchen, mir bezüglich des 2. Alineas dieses Paragraphs die Äußerung der Gemeinde Wien, und zwar wegen besonderer Dringlichkeit des Falles, binnen längstens 8 Tagen übermitteln zu wollen.

Hinsichtlich des 1. Alineas des §. 3 liegt die Äußerung der Gemeinde Wien bereits in dem von der n.-ö. Statthalterei unterm 17. December vorigen Jahres anher vorgelegten Berichte des Wiener Magistrates vom 14. December 1891, Z. 452257, betreffend die anlässlich des Inslebentretens des Gesetzes vom 10. Mai 1890, R. G. Bl. Nr. 78 erforderlichen Abänderungen der §§. 2 und 3 der Marktordnung, vor."

In der Beilage wird nun die beantragte Stylisierung des §. 3 angeführt.

Der §. 3 soll in Zukunft lauten:

Die Art der Entrichtung der Verzehrungssteuer auf dem Wiener Centralviehmarkte in St. Marx wird durch die Verordnung der k. k. Finanz-Landes-Direction vom 13. Juli 1891, Z. 1149 Pr.,

zur Vollziehung des Gesetzes vom 10. Mai 1891 wegen Änderung der Wiener Linienverzehrungssteuer und wegen Einführung der Linienverzehrungssteuer in mehreren Vororten von Wien (Niederösterr. Landesges. Blatt Nr. 41 ex 1891) bestimmt.

Jetzt kommt der eigentliche Gegenstand um den es sich handelt.

„Nachdem in Gemäßheit der bezogenen Verordnung Vieh der Tarif-Nummern 4, 5, 6 in lebendem oder geschlachteten Zustande über die Wiener Verzehrungssteuerlinie auf dem Central-Viehmarkte in St. Marx ohne Versteuerung gebracht wird, und die Verpflichtung zur Zahlung der Verzehrungssteuer für dieses Vieh erst bei dessen Hinwegbringung vom Markte, eventuell bei der Übernahme zu dem am Marktplatze stattfindenden Consum eintritt, so hat der Verkauf des vorbezeichneten Viehes auf diesem Markte ohne Einrechnung der Verzehrungssteuer in den Kaufpreis stattzufinden und sind demgemäß auch die erzielten Preise nur exclusive Verzehrungssteuer zu notieren."

Mit anderen Worten, es soll die Marktordnung dahin abgeändert werden, dass in §. 3 ausdrücklich bestimmt wird, dass auf dem Wiener Schlachtviehmarkte das Vieh, welches in dem Tarif 4, 5, 6 das sind Rinder und Kälber, angeführt ist, nur exclusive Verzehrungssteuer gehandelt werden dürfe.

Ich erlaube mir diesfalls nun Folgendes zu bemerken.

Bis gegen Ende December hat factisch dieser Zustand auch bestanden; es durfte das Vieh nur exclusive der Steuer gehandelt werden, und zwar ist das geschehen auf Grund einer Magistrats-Verordnung, welche der Magistrat im eigenen Wirkungskreise erlassen und publiciert hat, eine Verordnung, von welcher der Magistrat dann selbst in seiner Gremialsitzung anerkannt hat, dass er nicht berechtigt war, diese Verordnung zu erlassen und dass daher diese Verordnung zurückzuziehen sei.

Es ist nun von Seite mehrerer Corporationen, auch von der Fleischhauer-Genossenschaft an den Gemeinderath das Ersuchen gerichtet worden, es möge die Verfügung getroffen werden, dass in Zukunft das Vieh auf dem Wiener Schlachtviehmarkte nach der freien Vereinbarung der Parteien exclusive oder inclusive der Verzehrungssteuer gehandelt werden dürfen.

Wie den Herren bekannt ist, hat sich der Stadtrath dahin ausgesprochen, den Marktparteien zu eröffnen, es sei ihrer freien Vereinbarung überlassen, das unter Tarif Nr. 4, 5, 6 angeführte Vieh nach freier Vereinbarung inclusive oder exclusive der Verzehrungssteuer zu handeln.

Damit ist die magistratische Verordnung, die ich früher angeführt habe, implicite außer Kraft gesetzt. Diese Kundmachung ist erfolgt, und die Herren kennen die Vorgänge, welche sich an die Publicierung derselben geknüpft haben. Es haben am 1. Markttage, das war am 23. December gewisse Reibungen stattgefunden. Die Fleischhauer glaubten . . . (Unruhe; der Bürgermeister: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.) durchzusetzen, dass dem von ihnen gewünschten Modus, dass nämlich der Preis inclusive der Steuer gehandelt werde, d. h. dass also die Händler und Producenten die Steuer zu bezahlen haben.

Das hat zu verschiedenen Vorgängen geführt. Aber auch auf diesem Markte ist schon eine größere Zahl von Thieren inclusive und exclusive der Verzehrungssteuer gehandelt worden und aus den Berichten des Markt-Commissariates ist zu constatieren, dass die folgenden Märkte ruhig und anstandslos verlaufen sind und dass sich nicht der geringste Anstand ergeben hat, dass es den Parteien möglich war, nach ihrer freien Wahl den Preis exclusive oder inclusive der Verzehrungssteuer zu verhandeln, dass es auch gar keine Schwierigkeiten verursacht hat, die Preisnotierung exclusive oder inclusive der Verzehrungssteuer vorzunehmen. Wenn die Herren wünschen, so werde ich mir erlauben, die zwei Berichte über die letzten Märkte zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, weil es nach meiner Meinung von Wichtigkeit ist, dass die Versammlung die Ansicht der magistratischen Ämter, insbesondere der Markt-Direction und des Markt-Directors genau erfahre.

In dem Berichte des Marktcommissariates vom 28. December 1891 heißt es (liest):

„Das Marktcommissariat wurde im kurzen Wege beauftragt, in Befolgung der Weisung der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. December l. J., Z. 80768, über den Verlauf des am 28. December 1891 stattfindenden Schlachtviehmarktes, und zwar insbesondere über die Art und Weise der Abwickelung der Geschäftsabschlüsse sofort dem löblichen Magistrate zu berichten.

Diesem hohen Auftrage zufolge erlaubt sich das Marktcommissariat, folgenden Bericht zu erstatten."

Der Markt vom 28. December war der zweite Markt, auf dem Markte vom 21. December haben sich jene Vorgänge abgespielt, die den Herren aus den Zeitungen ohnehin genau bekannt sind. Diesen Bericht verlese ich deshalb, weil die Vorgänge auf diesem Markte der Versammlung nicht genau bekannt sein werden.

Es heißt weiter (liest): „Der heutige Markt war mit 2809 Stück Mastvieh und 420 Stück Beinlvieh, der letzte Montagsmarkt mit 3228 Stück Mastvieh und 433 Stück Beinlvieh beschickt.

Die schweren ungarischen Qualitäten waren infolge der Nichtbeschickung des Marktes seitens mehrerer Fabriksfirmen in geringerer Anzahl als in der Vorwoche vertreten.

Von den regelmäßigen Einsendern sind dem heutigen Markte ferne geblieben die Firmen: Linzer, Grumwald aus Pest, Gutsjahr, Mittelmann, Fabrikshof aus Arad, Spiritusfabrik aus Temesvár, Fabrik aus Szegedin, Moskowits aus Großwardein, Mendel Fárkás, Gergely Fárkás aus Szász-Regen, Voit aus Dees, was einen Ausfall von 500 Rindern ergab."

Das Marktcommissariat meint, das habe zu einem Ausfall von 500 Rindern geführt. (Fortfahrend):

„Die Geschäftsabwicklung begann sich sofort nach dem Marktbeginne um 10 Uhr in ruhiger, durch keine lärmenden Scenen oder auffälligen Menschenansammlungen gestörter Weise zu entfalten, und wurden gleich nach Marktbeginn, nach beiden Modalitäten, mit Einschluss und mit Ausschluss der Verzehrungssteuer, Geschäftsabschlüsse vollzogen.

Dem infolge des stärkeren Consums von Wildpret und Geflügel geringeren Bedarfe der Fleischhauer angemessen, gestaltete sich die Kauflust ziemlich flau und wurden im Allgemeinen die letztwöchentlichen Preise erzielt.

Auf dem heutigen Markte wurden ebenso, wie auf den Schlachtviehmärkten der Vorwoche, bei dem Kaufmodus mit Einschluss der Verzehrungssteuer um 2—3 fl. per 100 Kilo erhöhte Preise gefordert und von den Käufern auch zugestanden.

Die ruhige Geschäftsabwicklung dauerte bis zum Geschäftsabschlusse an. Von den verkauften Rindern wurden circa ein Drittheil mit Einschluss und circa zwei Drittheile mit Ausschluss der Verzehrungssteuer behandelt.

Unverkauft blieben 150 Stück Rinder."

Das ist also der Bericht vom 28. December über den Markt vom 27. December. Jetzt möchte ich noch zur Verlesung bringen den Bericht vom 4. Jänner, welcher lautet (liest):

„Dem erhaltenen Auftrage entsprechend, erlaubt sich das Marktcommissariat über den Auftrieb und den Verlauf der Geschäftsabwicklung auf dem am 4. Jänner l. J. abgehaltenen Schlachtviehmarkte folgenden Bericht zu erstatten. Der Schlachtviehmarkt war am 4. Jänner 1892 mit 2891 Stück Mastvieh und 483 Stück Beinlvieh, zusammen mit 3374 Stück Rindern, daher um 145 Stück Rinder stärker als am Montagsmarkte, den 28. December 1891 beschickt. Dieser Auftrieb entsprach nicht den normalen Verhältnissen, indem die ungarischen Großmäster infolge der Forderung der Wiener Fleischhauer, die Geschäftsabschlüsse mit Einrechnung der Verzehrungssteuer in den Kaufpreis zu effectuieren, ihre Mastrinder schwerster Qualität in der Anzahl von beiläufig 700 Stücken vom Wiener Markte fernhielten. Dieser geschwächte Auftrieb genügte nicht dem Bedarfe, und hatte dieser Sachverhalt eine für die Vieheigenthümer und deren Bestellte sehr günstige Conjunctur zur Folge. Demgemäß wurden gegenüber der Vorwoche einerseits Preiserhöhungen von 2—3 fl. per 100 Kilogramm bei sehr guten und mittleren Qualitäten bewilligt, andererseits aber von der Forderung der Preisbehandlung mit Einschluss der Verzehrungssteuer nahezu allgemein abgestanden. Selbstverständlich wurden die 268 Stück Rinder, welche mit Einschluss der Verzehrungssteuer behandelt wurden, zu entsprechend höheren Preisen bezahlt im Vergleiche zu den mit Ausschluss der Steuer behandelten Rinder. Die mindesten Qualitäten wurden bei ruhiger Nachfrage zu den vorwöchentlichen Preisen ebenfalls rasch abverkauft. Die Geschäftsabwicklung wurde in leidenschaftsloser und ruhiger Weise vollzogen und bot dieselbe von den normalen Verhältnissen äußerlich keine Abweichung.

Unverkauft blieben 53 Stück Rinder niederster Qualität."

Es liegt dann noch ein Ausweis über den Markt vom 11. Jänner vor, das ist der letzte vorliegende Ausweis, woraus sich ergiebt, dass aufgetrieben wurden im Ganzen 4707 Stück, und zwar 4145 Stück Mastvieh, 562 Stück Beinlvieh, zusammen 4707 Stück, der Provenienz nach 2192 ungarische, 442 galizische, 2029 deutsche, 44 Büffel, zusammen 4707 Stück. Es wird in einem anderen Berichte vom selben Datum, 11. Jänner, angeführt (liest):

„Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden gegen den letzten Montagmarkt um 1333 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des stärkeren Auftriebes ziemlich flau, daher sehr gute Qualitäten um 2 fl. und die übrigen Sorten um 3—4 fl. per 100 Kg. im Preise gefallen sind. Mit Einschluss der Verzehrungssteuer wurden nur 127 Rinder behandelt."

Dies, meine Herren, der Sachverhalt. Der Herr Ackerbauminister hat nun die Absicht, den §. 3 der Marktordnung zu ändern. Das setzt folgende gesetzliche Verhältnisse voraus. Bis zum Jahre 1880 war die Gemeinde berechtigt, die Marktordnung im eigenen Wirkungskreise zu erlassen. Sie hatte die Marktordnung zur höheren Genehmigung vorzulegen, und wenn die Marktordnung den gesetzlichen Bestimmungen entsprach, war kein Grund vorhanden, die Genehmigung zu verweigern. Dann ist das sogenannte Seuchengesetz vom Jahre 1880 erschienen. In §. 9 dieses Gesetzes, letztes Alinea heißt es, dass die Regierung berechtigt ist, für Viehmärkte von größerer Bedeutung die Marktordnung zu erlassen nach Anhörung der betreffenden Gemeinde.

Die Herren werden sich nun an die Vorgänge im Jahre 1882 erinnern. — Damals hat der Ackerbauminister im Einvernehmen mit dem Minister des Inneren und dem Handelsminister den Entwurf einer Viehmarktordnung dem Gemeinderathe zur Äußerung vorgelegt. Es haben langwierige Verhandlungen stattgefunden. Sämmtliche Bestimmungen, insbesonders die maßgebenden und wichtigen wurden begutachtet. Es haben sehr ausführliche Debatten im Gemeinderathe stattgefunden und die Äußerungen der Gemeinde wurden sohin dem Ackerbauministerium erstattet. Es wurde aber in diesen Äußerungen mit größter Energie darauf hingewiesen, dass das Ministerium nicht berechtigt sei, eine solche Marktordnung zu erlassen, weil §. 9 des Viehseuchengesetzes nicht jenen Sinn und jene Bedeutung habe, welche die Regierung dieser Gesetzesstelle beilegt. Die Regierung ist aber anderer Ansicht gewesen und hat die Marktordnung erlassen, und zwar unter Ignorierung der von der Gemeinde ausgesprochenen Wünsche. Es ist nun der Gegenstand wieder im Gemeinderathe zur Verhandlung gekommen und die Rechtssection stellte den Antrag, gegen diese Verfügung, nämlich gegen die Erlassung der Marktordnung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Es ist aber dieser Antrag in vertraulicher Sitzung bei namentlicher Abstimmung mit geringer Majorität abgelehnt worden.

So besteht diese Marktordnung vom Jahre 1883 in Rechtskraft und die Ansicht der Regierung, dass sie berechtigt ist, die Marktordnung zu erlassen, hat eine formale Bekämpfung von seiten des Gemeinderathes durch die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nicht erhalten.

Nunmehr handelt es sich um Vorgänge gleicher Art, aber um die Erlassung einer Bestimmung, wie selbe in der Markt-Ordnung noch nicht enthalten ist, weshalb es, wie ich glaube, dem Gemeinderathe immerhin freistünde, für den Fall, als die Regierung die von ihr beabsichtigte Änderung der Marktordnung aufnehmen sollte, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

In diesem Stadium befindet sich aber die Angelegenheit nicht, sondern heute handelt es sich darum: was für eine Äußerung soll die Gemeinde auf die Anfrage des Herrn Ackerbauministers abgeben? Und da hat der Stadtrath nach sehr eingehender Berathung Folgendes beschlossen: Es soll eine Äußerung an den Herrn Ackerbauminister erstattet werden, in welcher erstens unter Hinweis auf die angeführten und durch die Berichte der Marktdirection constatierten Verhältnisse auseinandergesetzt wird, dass mit Ausnahme des ersten Marktes alle anderen Märkte in ruhiger, glatter, anstandsloser Weise verlaufen sind, dass es den Marktparteien vollkommen möglich war, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, die Verkäufe durchzuführen, dass die Behörde in der Lage war, die Preisnotierungen exclusive und inclusive in entsprechender Weise vorzunehmen, und dass daher gegenüber diesen Verhältnissen kein Anlass vorliege, eine Änderung vorzunehmen. Das ist der erste Gedanke, welcher in der Äußerung an den Herrn Ackerbauminister auszuführen ist.

Ferner wurde darauf hingewiesen, dass es im Interesse des Marktes geradezu wünschenswert sei, dass die Bestimmung der Verkaufsmodalitäten dem freien Ermessen und der freien Vereinbarung der Marktparteien überlassen werde, weil es auf diese Weise auch bisher den Marktparteien, beziehungsweise den Käufern möglich gewesen sei, insbesondere bei den billigeren Sorten von Thieren die Steuer von sich abzuwälzen, dadurch billigere Kaufpreise zu

erzielen und so auch dem Consumenten billigere Kaufpreise zu gestatten, was also namentlich für die ärmeren Schichten der Bevölkerung wünschenswert und vom größten Vortheile sei.

Es soll ferner darauf verwiesen werden, dass es unmöglich Sache der Regierung sein könne, in solcher Weise einen Markt zu bevormunden, beziehungsweise in den geschäftlichen Verkehr eines Marktes einzugreifen; es soll darauf hingewiesen werden, dass auf allen Märkten, auf allen Börsen die Bestimmung des Kaufpreises von dem Aufeinanderwirken von Angebot und Nachfrage abhängig sein soll, und dass es lediglich Sache der Behörde sein kann, dahin zu wirken, dass diese beiden Factoren ungehindert und ungestört aufeinander wirken, dass keine unerlaubte Beeinflußung stattfinde, dass aber jeder künstliche Eingriff in dieser Richtung nur von Nachtheil sei und entweder einen oder den anderen Factor des Marktes schädigen muss. Es wird dabei darauf verwiesen, dass, wenn auch die Gemeinde dem Consumenten pflichtgemäß näher steht, sie doch niemals etwas versucht hat, wodurch die Interessen der Producenten geschädigt werden könnten.

Endlich wird die Competenzfrage aufgeworfen und es wird darauf verwiesen, dass damals die Gemeinde der Ansicht war, dass die Regierung nicht berechtigt gewesen sei, eine Marktordnung zu erlassen, dass aber beim Widerstreit der Ansichten über die zweckmäßige Organisierung des Marktes man nicht dazugekommen sei die Beschwerde zu ergreifen, dass man aber heute auch der Meinung sei, dass die Regierung nicht berechtigt war, weil das letzte Alinea des §. 9 des Viehseuchengesetzes nicht jenen Sinn und jene Bedeutung habe, welche ihr die Regierung beilegt. Aber wenn in der Unterlassung der Beschwerde ein Präjudiz erblickt werden wollte, wird darauf verwiesen, dass es sich jetzt um eine neue Bestimmung, nämlich um eine Bestimmung, zu deren Erlassung die Regierung überhaupt, auch nicht nach dem Viehseuchengesetze berechtigt ist, handle, und es wird demgemäß die bestimmte Erwartung ausgesprochen, dass die Regierung eine Verfügung, wie sie sie beabsichtigt, nicht treffen werde.

Schließlich soll in der der Regierung vorzulegenden Äußerung darauf verwiesen werden, dass die Bevölkerung derzeit mit lauter neuen Verhältnissen und Einrichtungen zu thun habe, und dass von diesem Standpunkte aus es sich empfehle, die neuen Institutionen zunächst sich einleben zu lassen, Erfahrungen zu machen und darnach zu entscheiden, ob überhaupt eine Änderung vorgenommen werden soll oder nicht.

In diesem Sinne empfehle ich der geehrten Versammlung, es möge der von mir auseinandergesetzten Skizze einer Äußerung an das Ackerbauministerium die Zustimmung ertheilt werden.

Gem.-Rath Steiner (contra): Meine Herren! Verzeihen Sie mir, wenn ich mit der hier schon so oft gehörten Klage beginne, dass ein so wichtiges Referat einfach auf dem Pult liegt, wenn man den Saal betritt, ohne dass man sich früher mit den Interessenten ins Einvernehmen setzen konnte. Sie haben das schon oft gehört und es wird uns immer von Seite des Referenten oder des Präsidiums versprochen, es kommt nicht mehr vor, und seitdem wir hier beisammen sitzen, wiederholt es sich nahezu jede Woche.

Nun zur Sache selbst. Ich habe schon einmal erklärt: Ich habe am 27. December v. J. der beim Schwender stattgefundenen Versammlung der Fleischhauer beigewohnt, um von den Marktinteressenten zu erfahren, was im Interesse der Approvisionierung Wiens und des Fleischhauerstandes selbst gelegen sei.

Meine Herren! Es wurde da allgemein zum Ausdruck gebracht und von sämmtlichen Rednern betont, warum der Markt von der Regierung nicht als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegen erklärt wurde.

Es ist ja eigenthümlich, gelegentlich der Debatte über die Verzehrungssteuer im Reichsrathe, als der gewesene Minister Dunajewski referierte, erklärte er, dass die Ausdehnung des Verzehrungssteuerrayons im großen Maßstabe nur im Interesse der Bevölkerung Wiens gelegen sei, und dass deshalb die Verzehrungssteuerlinie so weit ausgedehnt werde.

Ich glaube aber, es geschah nur aus fiscalischen Gründen, dass der Wiener Central-Viehmarkt nicht als innerhalb der Linie gelegen erklärt wurde.

Nehmen Sie an, sämmtliche Kühe, Schweine, Alles muss, wenn es die Verzehrungssteuergrenze passiert, sofort versteuert werden. Warum wird denn nicht der Ochs versteuert? Weil die Interessen der österreichischen Großgrundbesitzer und die ungarischen Mäster in gar keiner Weise geschädigt werden dürfen. Ich begreife auch nicht, warum sich nicht der Stadtrath auf den Standpunkt stellt und erklärt, der Wiener Central-Viehmarkt werde als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie liegend betrachtet, und zwar im Interesse der Stadt Wien, und warum nicht eine diesbezügliche Petition an die Regierung gerichtet werde. Warum, meine Herren der liberalen Partei?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: (Derselbe hat mittlerweile den Vorsitz übernommen.) Ich glaube meine Herren, da waltet ein großes Missverständnis vor. Es handelt sich nicht darum, dass §. 3 der Marktordnung aufgehoben werde, sondern darum: Es wurden über Beschlüsse des Stadtrathes die Magistratsverfügung aufgehoben, welche dahin gieng, dass die Verzehrungssteuer unbedingt von einer der Parteien getragen werden muss, dass der Verkauf anders nicht stattfinden dürfe.

Diese Verordnung wurde aufgehoben, und der Stadtrath-Referent beantragt, es habe bei dieser Aufhebung sein Bewenden, so soll es bleiben; um §. 3 der Marktordnung handelt es sich hier gar nicht.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte, ich möchte nur meinen Antrag motivieren, den ich am Schlusse meiner Ausführungen stellen will.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Antrag ist vielleicht ein ganz selbständiger, aber er gehört nicht zu diesem Referat.

Gem.-Rath Steiner: Er gehört dazu.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Er gehört nicht dazu; da muss ich sehr bitten. Er ist etwas ganz Selbständiges.

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Vice-Bürgermeister wird mir zugeben, dass der Markt außerhalb der Verzehrungssteuerlinie liegt, und das ist eine beträchtliche Schädigung der Approvisionierung Wiens.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte Herr Redner, ich will ja das Alles zugeben, aber dies ist etwas ganz Selbständiges, was mit dem Referate gar nicht zusammenhängt. (Gem.-Rath Steiner: Ich will, dass dies besprochen wird.)

Dann müssen Sie einen selbständigen Antrag stellen; es ist hier ein Irrthum, aus der Rednerliste habe ich entnommen, dass die Herren nicht aufgemerkt haben, um was es sich eigentlich hier handelt. (Rufe links: Weil man nichts hören kann.)

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Ackerbauminister erklärte in der Zuschrift an den Stadtrath, dass nur inclusive gehandelt werden

soll, das ist doch nicht zum Nutzen, sondern gewiss eine Schädigung der Approvisionierung. Darüber kann doch gesprochen werden.

Der Herr Referent erklärt, es soll nach freiem Übereinkommen gehandelt werden. Nun, meine Herren, die Fleischhauer haben sich darüber beim Schwender beschwert; dazu werden sich die ungarischen Mäster nie hergeben; Sie sehen ja, dass die Herren bereits striken; die ungarischen Mäster haben schon Millionen von Wien weggetragen, sie haben die Bevölkerung geradezu ausgebeutet, und nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Fleischhauer, die zum großen Theil durch diesen Usus noch mehr geschädigt wurden.

Meine Herren, es wird bei jeder Gelegenheit, wenn es sich um die Marktverhältnisse handelt, auf die Fleischhauer hingewiesen, die sind immer die Schuldigen; fahrt ein Fleischhauer im Wagen, so heißt es gleich: die sind reich, die können fahren. Meine Herren, die Verhältnisse sind nicht mehr so; fahren kann nur Derjenige, der ein bedeutendes Privatvermögen besitzt, aber die sich nur von ihrem Gewerbe ernähren, die sind schlecht daran.

Wenn Sie beim Schwender gehört hätten, was erzählt wurde, so würden Sie mir gewiss zustimmen und ich bin überzeugt, dass auch der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter mir das Wort nicht entziehen wird, wenn ich über diese Dinge einige Worte verliere.

Ich begreife nicht, warum man sich nicht einstimmig auf den Standpunkt stellt, an die hohe Regierung eine Petition zu richten: „Der Fleischmarkt ist als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegen zu betrachten."

Wenn Sie den Stadtraths-Beschluss, ob exclusive oder inclusive gehandelt werden soll, nicht ändern, werden die Mäster wieder nicht nach Wien kommen, und das Fleisch wird theurer werden.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, der Gemeinderath wolle beschließen: „Es sei an die hohe Regierung eine Petition zu richten mit der Bitte, es sei auszusprechen, der Wiener Centralviehmarkt sei als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegen zu erklären." (Beifall links.)

Gem.-Rath Wimberger: Meine Herren! Ich befürchte nicht, dass die Mäster, wenn die hohe Regierung heute sich ausspricht, dass der Markt innerhalb der Linie ist, ausbleiben, denn, wenn die Mäster irgendwo einen Gulden mehr bekommen, werden sie nicht kommen, aber sie sind auf Wien angewiesen, es sind nur Drohungen seitens der Mäster; wenn ein Wirt Schweine hereinführt, so muss er zahlen, wenn er Geflügel hereinführt, muss er auch wieder zahlen. Ich glaube nicht, dass es ein anderes Gesetz geben kann für die Markthallen, als für den Viehmarkt.

Wenn Einer außer der Linie wohnt und Vieh hereinführt, so muss er zweimal zahlen; ein Stechviehhändler kauft 300 Schweine, 200 Schweine bleiben ihm übrig; früher konnte er sie auf den Markt führen, heute kann er es nicht mehr thun; warum? Weil er zweimal zahlen müsste.

Die Herren haben keine Idee davon, was über die Markthallen gesprochen wird, die Sache muss resumiert werden! Wenn wir billiges Fleisch haben wollen, muss die ganze Marktordnung geändert werden und es müssen ganz andere Verhältnisse kommen. Unser Marktdirector muss schlafen, sonst hätte er die Übelstände längst sehen müssen, ich will durchaus nicht über seine Person sprechen, er ist ein braver, liebenswürdiger, ehrlicher Mann, er ist schon alt (Rufe links: „Gehört in die Pension!"), aber auf den Centralviehmarkt gehört eine eigene Person hinaus, die draußen wohnen muss und die draußen die Sachen sieht; es sind ganz andere Verhältnisse dort; man muss nur selbst hinkommen, wie ich und andere Geschäftsleute; so geht es auch mit den Käufen zu, mit den Meter-Centnern. Ein Fleischhauer kauft um 70, 71 fl. und ein anderer um 65 fl. Man muss nicht vergessen, der 405 oder 420 Kilo kauft, muss 9 fl. 10 kr. zahlen und der 700 Kilo kauft, muss auch soviel zahlen. Für die arme Bevölkerung ist das ein großer Nachtheil; sie zahlen für ein schlechtes Fleisch 6 bis 7 kr. und für einen guten Ochsen nur 3 bis 4 kr., so ist es auch bei den Schweinen. Ein Schwein wiegt beispielsweise 35 Kilo, dafür zahlen sie 1 fl. 30 kr. mit Zuschlag, und für 36 Kilo müssen sie 2 fl. 60 kr. bezahlen, das ist ein Unterschied, da kostet das Kilo Fleisch um 12 kr. mehr, und da wollen wir in Wien etwas Billiges haben, das ist nicht möglich. Ich bitte, dass der Stadtrath die Schritte einleite, dass die hohe Regierung nachgiebt; es ist nicht zu befürchten, dass die ungarischen Mäster nicht kommen werden, ich befürchte es nicht, und wäre es wünschenswert, wenn eine eigene Person auf dem Markt draußen ist, die über die Verhältnisse genau orientiert ist und sich nicht erst, wenn sie hinauskommt, erkundigen muss, wie es mit den Marktverhältnissen aussieht.

Die heutigen Marktverhältnisse sind wirklich traurig. Wenn die Herren sich der Sache annehmen wollten, so müssten ganz andere Verhältnisse auf dem Markte stattfinden.

Auf dem Contumaz-Viehmarkte gehen Sie in einem 10 Zoll tiefen Morast, die Schweine liegen manchmal 3 bis 4 Tage dort bei der größten Kälte.

Unter solchen Verhältnissen muss die Theuerung kommen. Ich möchte daher bitten, dass der Stadtrath dahin wirkt, dass die hohe Regierung darauf eingehe, dass der Markt als innerhalb der Linien erklärt wird. (Beifall.)

Gem.-Rath Gregorig: Sehr geehrte Herren! Es liegt uns der Antrag des Stadtrathes vom 14. und 15. Jänner vor und heute haben wir den 19. Jänner und bei einer so wichtigen Angelegenheit sollen wir jetzt schon entscheiden. Es ist auch des Gemeinderathes nicht würdig. Der Bürgermeister wird nicht wünschen, dass wir wie eine Reihe Pagoden bei allen Vorlagen mit den Köpfen wackeln. Der Statthalter hat gemeint, der Gemeinderath sei ein würdiger Senat, der berathen soll. Wie die Sache vorliegt, können wir sie nicht berathen, das wäre ein einfaches „Ja" sagen.

Es ist schon von dem früheren Herrn ausgeführt worden, wie schädlich es ist, wenn exklusive Verzehrungssteuer gehandelt werde. Nun verlangt die hohe Regierung von uns, wir sollen zustimmen, dass überhaupt der ganze Handel nur exclusive der Verzehrungssteuer durchgeführt werden soll.

Mein Vorredner hat bereits gesagt, was am Markte geschieht, wie schädlich das ganze Wirken draußen ist. Gegen solche Anträge und Verlangen müssen wir entschieden Stellung nehmen und ich würde mir erlauben, folgenden Antrag zu stellen:

„Der Gemeinderath der Stadt Wien kann dem Ansinnen am Wiener Viehmarkte exclusive Verzehrungssteuer zu handeln, seine Zustimmung nicht geben. Es ist vielmehr im Interesse der Stadt Wien gelegen, dass am Wiener Viehmarkte nur inclusive Verzehrungssteuer gehandelt werde, und es könnte einer Änderung des §. 3 nur in diesem Sinne zugestimmt werden.

Sollte die hohe Regierung diesem letzten Wunsche ihre Zustimmung nicht geben, so hat die gegenwärtige Bestimmung §. 3 in Kraft zu bleiben."

Gem.-Rath Jedlička: Wir haben heute auf der Bank einen authographierten Zettel gefunden, auf dem ein Erlass des k. k. Ackerbauministeriums wegen einer Äußerung der Gemeinde steht, das glaube ich hervorheben zu müssen, weil die Gemeinde den Auftrag erhalten hat, sich zu äußern und der Herr Bürgermeister es für gut befunden hat, dieses Stück uns zur Berathung vorzulegen. Aus diesem Grunde allein schon muss ich den Vorsitzenden bitten, er möge nicht die Leute unserer Seite, wenn sie reden, unterbrechen, denn was Gem.-Rath Steiner gesprochen hat, gehört gewiss zur Sache . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte einen Moment. Es ist in jeder parlamentarischen Versammlung üblich und zulässig und durch die Geschäftsordnung sanctioniert, dass der Vorsitzende einen Redner unterbrechen kann, wenn er dies begründet findet. Ich bitte sich dies für die Zukunft zu merken, Ihre Belehrungen sind nicht am Platze . . . .

Gem.-Rath Jedlička: Ich lasse mich durch diese Äußerungen des Vorsitzenden absolut nicht beirren (Heiterkeit), weil ich das Recht zu haben glaube, zu sagen, was ich über die Sache denke.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss doch bitten, den nöthigen Respect zu wahren, gegen den von der Versammlung gewählten Vorsitzenden (Gem.-Rath Jedlička spricht dazwischen) ich müsste Ihnen sonst das Wort entziehen. Benehmen Sie sich so wie es sich im Wiener Gemeinderathe gehört.

Gem.-Rath Jedlička: Ich richte mich immer nach dem Benehmen der anderen Herren und des Herrn Vorsitzenden. (Rufe: Das ist denn doch zu stark!) Ich spreche zur Sache. Die Verhältnisse auf dem Wiener Markte sind unerhörte. Der Markt liegt mitten in der Stadt, und jedes Weib und ein Jeder, der im Korbe etwas trägt, wird bei der Linie von dem Finanzer untersucht, ob er nicht Verzehrungssteuerpflichtiges nach Wien trägt, das er versteuern muss. Nun hier haben wir den Viehmarkt, auf dem wird Schlachtvieh und Stechvieh gehandelt, das ist Essware. Warum muss der Wildprethändler, wenn er Hirsche, Rehe und Hasen hereinbringt, bezahlen? Das ist ja auch Vieh. Auch der Hirsch hat Hörner wie der Ochs. Warum also wird da eine Ausnahme gemacht? Weil vielleicht die Juden mit diesen Artikeln nicht handeln, nur mit dem Schlachtvieh. Für diese Leute soll man ein Präjudiz schaffen. Es ist etwas Merkwürdiges! Auf dem Central-Viehmarkte selbst — Sie mögen lachen oder nicht, ich muss es erzählen — ist ein Gasthaus, und der Gastwirt bezieht die Fleischware, ohne sie versteuern zu müssen, weil er als außerhalb der Linie befindlich betrachtet wird. Was geschieht aber mit dem Getränke? Wenn er zur Taborlinie hereinkommt, muss er es versteuern und die Verzehrungssteuer bekommt er nicht mehr zurück: er war schon in Wien mit dem Wein, mit dem Vieh ist er draußen. (Rufe rechts: Falsch! Unrichtig!) Das ist ein Factum. Es kommt aber weiter nach einer Äußerung, die im Stadtrathe gefallen sein soll, vor, dass man ein gewisses Interesse daran hat, uns darüber nicht reden zu lassen, um die Meinung der Bevölkerung nicht hören zu müssen. Es soll die Äußerung gefallen sein: „Jetzt ist's draußen ruhig, man braucht nichts mehr".

Nun, meine Herren, wenn es der Stadtrath nicht braucht, so braucht es die Bevölkerung von Wien, (Rufe links: So ist es!) und die dringt darauf, dass die Verhältnisse geordnet werden. Wenn man der Bevölkerung zu Liebe, im Sinne der Bevölkerung eine Äußerung abgeben soll, dann müssen Sie auch uns, die wir die Vertreter der armen Bevölkerung sind, anhören, und wir erklären hier, dass wir nur für eine solche Erklärung der Gemeinde sind, welche der hohen Statthalterei oder dem Ackerbauministerium sagt: Du, hohes Ministerium, erkläre den Markt als innerhalb Wiens gelegen, damit der Händler, der das Vieh hereinbringt, die Steuer zu bezahlen hat, und nicht die armen Fleischhauer. Das Spassigste ist, dass uns der Referent hier empfiehlt, wir sollen das dem freien Übereinkommen der Parteien überlassen. Es ist ein Unicum. Man könnte es dann auch dem Finanzer oder der Köchin überlassen, ob man die Steuer nachlässt oder nicht. Das ist ein geschlossenes Gebiet. Wer hereinführt, muss die Steuer bezahlen, und nachdem der Fleischhauer nicht hereinführt, so muss es der bezahlen, der es hereingeführt hat, wie es überall usuell ist.

Es wird immerwährend mit einer gewissen Hast versucht, die Sachen so zu stellen, wie es die Bevölkerung nicht brauchen kann. Es ist, glaube ich, die erste Pflicht des Gemeinderathes und Stadtrathes, auf seine eigenen Einwohner, Bürger und Steuerzahler Rücksicht zu nehmen, und nicht auf die jüdischen Viehhändler. Es sollte daher der Gemeinderath den Beschluss fassen, die Regierung habe den Markt als innerhalb Wiens liegend zu erklären. Ich stimme daher dem Antrage des Gem.-Rathes Steiner bei, dass die Gemeinde eine Petition an die Regierung richte, in welcher verlangt wird, dass die Regierung den Markt von Wien als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie liegend erkläre. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es herrscht hier ein Irrthum über den Gegenstand, welcher heute verhandelt wird. Wenn man diejenigen Redner, welche contra gesprochen haben, anhört, so glaubt man, dass alles Dasjenige, was sie jetzt vorgebracht haben, im Interesse der armen Bevölkerung sei, dass sie nur diejenigen sind, die jetzt das entdeckt haben und die ihr Licht leuchten lassen und solche Anträge stellen. (Stürmische Unterbrechung links.) Meine Herren, das ist nichts Neues. Sie haben es selbst mit beantragt, also verleugnen Sie nicht selbst Ihre Anträge. Die VIII. Section hat zumeist aus Antisemiten bestanden, und Sie haben wiederholt diese Anträge vorgebracht. Es ist also das nichts Neues! Wenn Sie überhaupt wollen, dass der Markt außerhalb der Linien erklärt wird . . . . (Stürmische Rufe: Innerhalb!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss doch sehr bitten, das ist keine Manier! Lassen Sie den Herrn Redner ruhig aussprechen!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe mich nur geirrt. Ich wollte sagen: Wenn Sie überhaupt wollen, dass der Markt innerhalb der Linien erklärt wird . . .

Gem.-Rath Jedlička: Er soll nicht so dumm reden!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Gemeinderath Jedlička! Es ist ganz und gar ungehörig, ein Mitglied der Versammlung in dieser Weise zu beleidigen; ich rufe Sie zur Ordnung; Niemand hat Ihnen Vorwürfe dieser Art gemacht, wenn Sie sprechen!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich erkläre, dass ich mich versprochen habe, ich wollte Ihnen nicht andere Worte in den Mund legen!

Gem.-Rath Jedlička: Wenn er spricht, ist immer ein Bahöl!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, nicht zu unterbrechen!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (fortfahrend): Wenn Sie beantragen wollen, dass das durchgeführt werde, dann bitte ich, in erster Linie auf Ihre Herren Abgeordneten, die im Reichsrath drin sitzen, Ihren Einfluss geltend zu machen. Das sind die Herren, die den festen Ring zusammenhalten. (Widerspruch links.) Ihr Baron Morsey ist es in erster Linie, der dafür stimmt (sehr richtig, rechts). Und wenn irgend Jemand Vergleiche stellt und sagt, dass der Eine zahlt und der Andere nicht, so ist das unrichtig. Auf dem Schweinemarkt müssen die Fleischselcher ebenso Steuer zahlen, wie auf dem Ochsenmarkt. Aus diesem Grunde müssen Sie nicht glauben, dass ich dafür bin; ich wäre dafür, dass dieses Gesetz aufgehoben wird; darüber entscheiden aber nicht wir, und von Seite des Herrn Bürgermeisters ist ohnehin wiederholt eine Eingabe an die Regierung gerichtet worden. Wenn man aber eine Parallele zieht zwischen Ochsen und Hirschen und vergleicht, dass beide Hörner haben, so muss sich jeder Jäger darüber aufhalten, aus dem Grunde, weil das nicht correct ausgedrückt ist. Wenn Jemand wieder hinweist auf die verschiedene Tarifierung, so können wir nichts dafür; das ist wieder von Seite der Regierung geschehen. Ich anerkenne, dass dies eine ungerechte Vertheuerung ist, aber man kann nichts dafür; es ist ja ganz richtig, dass auf solche Weise in vielen Fällen gewisse Artikeln vertheuert werden. Dass sie vertheuert werden, darüber ist kein Zweifel; aber nicht wir sind daran schuld, sondern lediglich die Regierung, beziehungsweise die gesetzgebende Körperschaft, das Parlament, und da sind wieder gerade Ihre Abgeordneten Diejenigen, welche zur Vertheuerung beitragen (Widerspruch links), und aus diesem Grunde erkläre ich mich für die Anträge des Referenten.

Gem.-Rath Adam (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche die Herren, welche den Schluss der Debatte annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Schluss der Debatte ist angenommen.

Es sind zum Worte gemeldet: contra die Herren Gem.-Räthe Tischler, Gräf, Hawranek, Hipp, Steiner, Scheidl, Grünbeck, Schlögl und Bärtl; pro Herr Gem.-Rath Seiler.

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Wahl von Generalrednern. (Widerspruch und Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche die Herren, welche dafür sind, dass die Wahl von Generalrednern vorgenommen werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit; ich unterbreche die Sitzung auf einige Minuten zur Vornahme dieser Wahl. (Nach einer Pause.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Zum Generalredner contra ist Herr Gem.-Rath Gräf gewählt; ich ertheile ihm das Wort.

Gem.-Rath Gräf: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich in die Rednerliste contra eintragen lassen, muss aber sofort die Erklärung abgeben, dass ich großentheils mit dem Herrn Referenten in der Hinsicht übereinstimme, dass ich das kleinere Übel eher wähle, als das größere. Nichtsdestoweniger werde ich den vom Herrn Collegen Steiner gestellten Antrag auf das Wärmste unterstützen.

Zur Begründung dieses Antrages erlaube ich mir anzuführen, dass die Verhältnisse, wie sie früher am Wiener Markte bestanden, günstiger waren, als die jetzigen. Es ist vielleicht eine unbegründete Furcht, die den Herrn Ackerbauminister beschleicht oder vielleicht zu große Rücksichtnahme auf die Agrarier, das will ich wohl zugeben, dass der Markt als außerhalb der Verzehrungssteuerlinie erklärt werden soll. Die Furcht, die man davor hegen könnte, dass Wien auf längere Zeit den Genuss eines guten Fleisches entbehren müsste, ist nicht begründet, denn schon von einem meiner unmittelbaren Herren Vorredner ist vorgebracht worden, dass so gute Preise für gutes Rindvieh, wie am Wiener Platze, nirgends bezahlt werden. Eigenthümlich ist, dass doch das Verhältnis bei so vielen sonstigen Artikeln ein anderes ist: ich verweise auf das schon erwähnte Nutzvieh, das in dem Momente, als es die Grenze des Verzehrungssteuerrayons überschreitet, versteuert werden muss; da wird auf den Nutzviehhändler keine Rücksicht genommen, so viele Stücke er hereinbringt, so viel Steuer muss er bezahlen. Ähnlich ist das Verhältnis bei Milch und Wein. Wer von den Wirthen und Weinhändlern die dreijährige Begünstigung für seine Weinvorräthe erwirkt hat, muss unbekümmert darum, ob er auch einen großen Theil des Weinquantums, das aufgenommen wurde, über die Verzehrungssteuerlinie hinausführt, die Verzehrungssteuer fatieren und bezahlen.

Nur beim Wiener Viehmarkte soll eine Ausnahme gemacht werden, ich finde das ganz und gar ungerechtfertigt; jedenfalls besser und billiger wird die ärmere Bevölkerungsclasse drauskommen, welche das mindere Fleisch consumiert, wenn der Händler verpflichtet ist, die Verzehrungssteuer zu bezahlen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil gerade durch den Auftrieb am Markte die Preise sich regulieren und bestimmen.

Der Herr College Wimberger hat schon auf das crasse Missverhältnis hingewiesen, das bezüglich der Besteuerung in Rücksicht gewisser Unterschiede besteht; wenn man in Erwägung zieht, dass für minderes Vieh ein bedeutender Steuersatz bezahlt werden muss, so ist selbstverständlich, dass das nicht von den Fleischhauern getragen, sondern auf die Consumenten überwälzt wird. Würde, was ganz gerechtfertigt wäre, der Markt als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie liegend erklärt werden, so würde das Missverhältnis aufhören, selbstverständlich würde der Preis ganz gleich sein, es würde eine gewisse Conjunctur eintreten und die Fleischpreise nicht solchen Schwankungen unterliegen wie jetzt. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz gewiss!

Es hat der Herr College Dr. Klotzberg unserer Partei einen Vorwurf gemacht und gesagt, unsere Abgeordneten seien die Ursache, an die sollen wir uns wenden. Unter Anderen hat er auch den Namen Morsey genannt. Ich glaube, ein bischen Schuld dürften die Herren schon tragen, das gebe ich zu, sie haben eben auch auf den eigenen Säckel gedacht. Aber die Großcommissionäre auf dem Wiener Viehmarkte sind doch nicht unsere Parteimänner, Angehörige unserer Partei, ich nenne Ihnen nur Namen wie Messing, Neumann u. s. w., mir sind nicht alle Namen geläufig.

Der Vorwurf, den uns Herr Dr. Klotzberg gemacht hat, ist nicht am Platze; die ganze Geschichte wird zu einer Regierungsfrage zugespitzt, und das ist auch die Ursache, dass ein großer Theil der Abgeordneten und vielleicht auch der Herr Ackerbauminister den Wunsch hegt, den Markt außerhalb des Verzehrungssteuer-Rayons zu haben.

Nun, meine Herren, die Regierung soll etwas thun. Man wirft unter Anderem auch die Schuld an den theueren Fleischpreisen den Fleischhauern in die Schuhe, und da muss öffentlich constatiert

werden, dass die Zeit längst vorüber ist — es ist das auch schon erwähnt worden — wo die Leute bedeutenden Gewinn gehabt haben. Wer die Fleischhauer kennt, wie ich als Gastwirt sie kenne, und ich werde doch auch gewiss ein lebhaftes Interesse daran haben, billige Fleischpreise zu bekommen, der wird sofort zugeben, dass nicht die Fleischhauer die Schuld haben, sondern die heutigen Verhältnisse auf dem Markte bedingen dies; die Leute kämpfen um ihre Existenz und müssen die Fleischpreise so halten, wie sie sind.

Eines habe ich noch zu erwähnen vergessen und das ist der Ring der Mäster. (Rufe links: So ist es!) Es ist traurig genug, wenn die Reichshaupt- und Residenzstadt sich von 2—3—4 großen Mästern geradezu beugen sollte und ich bedauere lebhaft, dass Se. Excellenz der Herr Statthalter nicht Maßregeln findet — er ist doch sonst so ein scharfer, energischer Mann — auch diesen Leuten an den Leib zu rücken. Das wäre sehr am Platze. Es geschieht aber nicht. Ich weiß nicht, warum man die Leute so mit Glacéhandschuhen behandelt hat.

Dieselbe Geschichte wie auf dem Rindermarkte ist auf dem Schweinemarkte. Wenn man dort ein Schwein bei einem Privathändler kauft, so ist es versteuert; warum soll das nicht auch auf dem Rindermarkte der Fall sein? Nun — glaube ich — sind so viele Argumente, die dafür sprechen, dass der Markt innerhalb der Linie bleibt, nämlich dass nur inclusive der Verzehrungssteuer verkauft werden darf, und der Beschicker des Marktes die Verzehrungssteuer zahlt.

Noch etwas! Wenn Sie den heute so schleppenden Verkehr draußen ansehen und berücksichtigen, dass man stundenlang warten muss, bis die 1—2 Schweine, die man gekauft hat, beim Linienamte abgefertigt werden, so ist das ein bedeutender Zeitverlust, und nachdem Zeit Geld ist, wird Jeder zugeben, dass auch dies die Sache vertheuert. In gar keiner Stadt der Welt existiert so etwas, das ist ein Novum, auf das wir uns jedenfalls kein Privilegium nehmen sollten.

Ich glaube nun, in erster Linie — und damit werden die Herren auch einverstanden sein — geben wir zu, dass die Anfrage des Herrn Statthalters in der vom Herrn Referenten beantragten Form beantwortet werde. Es lässt sich vorläufig nichts Anderes machen; im Übrigen aber, meine Herren, bitte ich Sie, den vom Gem.-Rathe Steiner gestellten Antrag wärmstens zu unterstützen, der dahin geht, der Gemeinderath beschließe, an die Regierung eine Petition zu richten, dass der Wiener Schlachtviehmarkt und Stechviehmarkt als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegen zu betrachten sei. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages. (Beifall links.)

Gem.-Rath Seiler: Meine hochverehrten Herren! Eigentlich ist mein Herr Vorredner der pro-Redner, denn er ist vielleicht unter den Wenigen der Einzige, der den Ausführungen des Herrn Referenten gefolgt ist und somit gleich im Anfang seiner Rede erklärt hat, dass er unter zwei Übeln das geringere wählt und dem Referenten-Antrage zustimmt.

Wie schon Herr Dr. Klotzberg erwähnte, hat sich der Herr Bürgermeister selbst dafür verwendet, dass dieser eigenthümliche Umstand, dass der Markt außerhalb der Linie gelegen ist, aufgehoben und dass der Markt innerhalb der Linie gelegen erklärt werde. Ich glaube, der größte Theil des Gemeinderathes ist auch für diesen Antrag, nur müsste er separat gestellt und als Petition hier behandelt werden, denn er hat mit dem Referenten-Antrage gar nichts gemein, weil der Referenten- oder Stadtraths-Antrag separat als Wunsch oder Ansicht des Gemeinderathes dem Herrn Ackerbauminister vorgelegt werden wird.

Wir Alle wissen, meine Herren, dass es, wie der Herr Vorredner gesagt hat und was auch vom Herrn Vorvorredner Dr. Klotzberg bestätigt wurde, ein eigenthümlicher Umstand ist, dass der Wiener Markt nicht innerhalb der Linie gelegen ist, was ja beim Fleischpreise jedenfalls einen Unterschied macht. Es ist, wie ich schon bei der Debatte über die Biersteuer erwähnt habe, ein eigenthümlicher Umstand, dass hier in Bezug auf die Steuer kein Unterschied gemacht wird. So wie das Lagerbier und das Abzugbier gleich behandelt werden, so muss auch hier Vorderes und Hinteres, oder sogenanntes Mast- und Beinlvieh dieselbe Steuer zahlen; Derjenige, der ein Stückchen Brustfleisch, das billigste, isst, muss dieselbe Steuer entrichten wie Derjenige, der Lungenbraten oder Beefsteak isst. Da es aber nicht möglich ist, an dem lebenden Thiere einen Unterschied bezüglich der Steuer zu machen, so müssen wir das tragen. Die Herren von der Gegenseite haben die Sache in einer solchen Weise auseinandergesetzt, dass ich darüber nichts mehr zu sagen habe und Sie nur bitte, die Anträge des Herrn Referenten anzunehmen.

Was aber den in Verhandlung stehenden Antrag betrifft, so wird wohl Niemand gegen denselben sein. Vorerst kann man mit Befriedigung darauf hinweisen, dass diese Modalität den Wünschen der großen Mehrzahl der Marktparteien entspricht.

Ich glaube, dass es ein erfreuliches Zeichen ist, dass die Marktparteien sich auf diesen Standpunkt stellen, weil sie damit anerkennen, dass das Princip der freien Concurrenz zur Geltung kommt, und dass hier, wie überall auf jedem anderen Markte, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage entscheiden muss; dies ist der einzig richtige Standpunkt und so unrichtig es wäre, die eine Modalität festzusetzen, welche der Herr Minister will, nämlich exclusive Verzehrungssteuer, ebenso richtig wäre es, sich auf den Standpunkt zu stellen, auf den sich Herr Gem.-Rath Gregorig stellt, nämlich nur inclusive Verzehrungssteuer. Das Eine ist eine Bevorzugung der einen, das Andere der anderen Gruppe und ich habe schon in meinen Eingangsworten gesagt:

Es kann und darf nicht Sache der Behörde sein, die eine Gruppe auf Kosten der anderen zu begünstigen. Auf einem Markte muss gleiches Recht für Alle herrschen, es muss freier Verkehr sein, und man darf nicht mit drakonischen Bestimmungen das Interesse des Einen zum Nachtheile des Anderen fördern. Schädigt man den Einen, so wird er entweder ausbleiben, oder es wird sonst der Markt darunter leiden. Das gleiche Recht für Alle kommt in dem Antrage des Stadtrathes zur Geltung, es entspricht auch den Wünschen der gerecht denkenden Marktparteien, und deswegen bitte ich, für den Antrag des Stadtrathes zu stimmen.

Referent Gem.-Rath Dr. Grübl (Schlusswort): Ich möchte zunächst auf die Eigenthümlichkeit hinweisen, wie schnell in dieser Versammlung vergessen wird, was erst kurz vorher verhandelt worden ist. Es wurde hier der Beschluss gefasst, es sei eine Petition an das Ministerium zu richten des Inhalts, dass der Fleischmarkt im Hinblick auf die neuen Verzehrungssteuerverhältnisse als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegen anzusehen sei. Es wurden hier zwei Erlässe, ein Erlass des Finanzministers und ein Erlass der Finanzlandes-Direction vorgelesen, worin es heißt, dass es nach dem Stande der Verzehrungssteuerverhältnisse, insbesondere aber mit Rücksicht auf den neuen Tarif, welcher für schweres Vieh einen höheren, für leichteres Vieh einen billigeren

Satz anordnet, nicht möglich ist, dem Wunsche der Gemeinde zu entsprechen, weil das mit zu großen Weitwendigkeiten und Schwierigkeiten verbunden wäre.

Nun will ich ja gar nicht untersuchen, ob es nicht dennoch wünschenswert wäre, neuerlich die Verlegung des Marktes innerhalb der Linie zu versuchen. Allein mit dem Gegenstande, der jetzt in Verhandlung ist, steht dies nicht im geringsten Zusammenhange. Denn wenn auch der Antrag angenommen wird, und die Regierung darauf eingeht, so bleibt dann noch immer die Frage: wie wird auf dem Markte gehandelt, inclusive oder exclusive der Verzehrungssteuer?

Wie wird der Preis notiert, inclusive oder exclusive der Verzehrungssteuer?

Das sind zwei Fragen, die einander nicht decken. Der Antrag betrifft einen ganz selbständigen Gegenstand, und wenn die Versammlung wünscht, dass derselbe wieder in Verhandlung genommen werde, nachdem er erst vor 2 Monaten erledigt worden ist, dann wird sie gut thun, den Antrag dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen.

Gem.-Rath Tischler (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Herr Gem.-Rath Klotzberg hat erwähnt, dass unsere Abgeordneten Schuld sind, dass die Sache in der Weise durchgeführt ist, wie es jetzt ist.

Wenn ich nicht irre, so ist diese Verzehrungssteuer seinerzeit durch eine Verordnung des Ministeriums und nicht durch ein Gesetz geschaffen worden.

Es handelt sich hier speciell um eine Wiener Angelegenheit, und wenn der Herr Bürgermeister sich direct an den Minister wendet, so wird er dadurch mehr durchsetzen, er soll nur etwas den Eisernen hervorkehren, wir werden unsere Abgeordneten nicht dazu brauchen. Es ist diese Fleischfrage ein Ding, das mit Groß-Wien in Verbindung steht, und das muss mit in den Kauf genommen werden. Die Sache liegt heute so, dass ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, eine Rede zu halten ist nicht gestattet, nur eine Berichtigung.

Gem.-Rath Tischler: Das kann der Minister ganz allein machen, wenn er will.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Gem.-Rath Klotzberg das Wort.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Während meiner Ausführungen wurde ich von der linken Seite häufig durch Bemerkungen unterbrochen. Diejenige Bemerkung aber, welche Gem.-Rath Jedlička gemacht hat, übersteigt das Erlaubte und verletzt jedweden Anstand. Ich sehe mich verpflichtet zu erklären, dass ich mir in geeigneter Weise hiefür Satisfaction verschaffen werde. (Gem.-Rath Gregorig: Das hat er von Gem.-Rath Frauenberger gelernt!) (Gem.-Rath Frauenberger: Ich muss sehr bitten, mich auszulassen.) (Lebhafte Unruhe.) (Gem.-Rath Gregorig: Zu mir hat er's gesagt!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr, Sie befinden sich doch im Wiener Gemeinderathe und nicht in einer Schulstube. Sind Herr Gemeinderath zu Ende?

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ja!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es liegen folgende Anträge vor (Unruhe). Bitte um Ruhe! Ein Antrag des Gem.-Rathes Steiner:

„Der Gemeinderath wolle beschließen: Es sei an die hohe Regierung eine Petition zu richten mit der Bitte: Der Wiener Central-Viehmarkt sei als innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegen zu erklären."

Zweitens der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig:

„Der Gemeinderath kann dem Ansinnen, am Wiener Viehmarkte exclusive Verzehrungssteuer zu handeln, seine Zustimmung nicht geben.

Es ist vielmehr im Interesse der Stadt Wien gelegen, dass am Wiener Viehmarkte nur inclusive Verzehrungssteuer gehandelt werde, und könnte der Gemeinderath einer Änderung des §. 3 nur in diesem Sinne zustimmen. Sollte die hohe Regierung diesem letzteren Wunsche ihre Zustimmung nicht geben, so haben die gegenwärtigen Bestimmungen des §. 3 in Kraft zu bleiben."

Dieser ganze Antrag ist ein Gegen-Antrag gegen den Antrag des Herrn Referenten. Ich bringe ihn daher zuerst zur Abstimmung, wenn er abgelehnt wird, dann folgt der Antrag des Referenten. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage Gregorig zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) — Minorität. — Ist abgelehnt.

Nun kommt der Antrag des Herrn Referenten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Majorität. Angenommen.

Der Antrag Steiner als selbständiger Antrag geht an den Stadtrath.

Es wurde daher beschlossen:

Den vom Ackerbauministerium abverlangten Bericht im Sinne der vom Referenten Gem.-Rath Dr. Grübl ausgeführten Darstellungen zu erstatten.

Hierauf wird die Sitzung um 8 Uhr abends geschlossen.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 26. Jänner 1892.
Mittwoch, den 27. Jänner 1892.
Donnerstag, den 28. Jänner 1892.
Freitag, den 29. Jänner 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 13. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: v. Neumann.
Krank: Rückauf.
Experte: Magistratsrath Kraus.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Rosner.

Vice-Bürgermeister Dr Vorschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Matzenauer referiert in Betreff Besorgung der Leitung der Gartengeschäfte im Wiener Centralfriedhofe und beantragt, mit der Leitung der Gartengeschäfte einen Obergehilfen mit dem Jahreslohne von 900 fl., verbunden mit dem Genusse einer Naturalwohnung im linksseitigen Administrationsgebäude des Wiener Centralfriedhofes, dann dem unentgeltlichen Bezuge des nothwendigen Brennmateriales (Mineralkohle und Unterzündholz) zu bestellen, sowie eine beiderseitige vierwöchentliche Kündigungsfrist festzusetzen. Diese Stelle sei dem Gartengehilfen Anton Bauer anzutragen, und falls derselbe sie nicht acceptiert, sei behufs Bewerbung um diesen Dienstposten eine entsprechende Verlautbarung zu veranlassen.

St.R. Meißl beantragt, diese Stelle mit 1000 fl. Jahreslohn und den vom Referenten beantragten Nebenbezügen zu dotieren und sie dem Gartengehilfen Anton Bauer zu verleihen.

(Dieser Gegen-Antrag wird angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Ansuchen des Fabriksbesitzers Heinrich Egger um Bewilligung zur Abtheilung der Realität Grundbuchs-Einlage Nr. 480 des V. Bezirkes, C.-Nr. 71, Hundsthurmerstraße, und beantragt die Genehmigung der angesuchten Parcellierung auf Grund der vorgelegten Pläne und unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen, ferner die Bewilligung zur Löschung der zur Lasienstandspost 9 enthaltenen Reallast, betreffend die Cassierung einer Schupfe (angenommen);

— referiert in Betreff Herstellung von Unrathscanälen in Ottakring, und beantragt, das vorgelegte Project für die Verlängerung des Hauptunrathscanales in der Hyrtlgasse und die Herstellung eines Zweigcanales in der Hauslabgasse im XVI. Bezirke mit dem Gesammtkostenerfordernisse von 2561 fl. 39 kr. zu genehmigen und die Baumeisterarbeiten per 2277 fl. 92 kr. im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung sicherzustellen (angenommen);

— referiert über den Bericht des Magistrates, betreffend die Eigenthumsverhältnisse bezüglich des Wienflussbettes im erweiterten Wiener Grundgebiete, und beantragt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Weiters sei der Bürgermeister zu ersuchen, sich mit dem k. k. Hofärar bezüglich Überlassung der dem k. k. Hofärar gehörigen Wienflussgründe-Parcellen 41/1 Gd. Auhof, Landtafel E.-Z. 173 und der Parcelle 154 sowie 801/8, Schönbrunn, Grundb.-Einl.-Z. 1 an die Gemeinde Wien, respective Übertragung dieser Parcellen in das Verzeichnis für das öffentliche Gut ins Einvernehmen zu setzen (angenommen).

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt referiert über die Vorstellung, resp. den Recurs des Ignaz Straka recte Hladky gegen die Verweigerung des Bauconsenses für den Umbau des Hauses Or.-Nr. 18, Mittersteig, V. Bezirk (Magistrats-Erledigung vom 4. December 1891, Z. 364.866) und beantragt, es sei der Magistrats-Antrag vom 12. December 1891, Z. 425.367, zu bestätigen, wonach der Bauconsens für den projectierten Gassentract und derzeitigen Hoftract ertheilt, respective der Vorstellung unter der Bedingung stattgegeben wird, dass

1. die zur Erweiterung des Mittersteiges und Eröffnung der verlängerten Straußengasse von der Grundb.-Einl. Nr. 826 des V. Bezirkes entfallenden Grundflächen per 91·32 Quadratmeter unentgeltlich und im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten, zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ein intabulationsfähiger Revers ausgestellt, dass

2. sich der Bauwerber mittelst intabulationsfähigen Reverses verpflichtet, seinerzeit, d. i. spätestens binnen 3 Jahren nach Eröffnung der verlängerten Straußengasse, an Seite der Realität Grundb.-Einl. Nr. 826 des V. Bezirkes das Haus in der genehmigten Baulinie der Straußengasse in der ganzen Frontlänge auszubauen und zur Sicherstellung dieser Verpflichtung eine nach Ablauf dieses Zeitraumes zu Gunsten der Gemeinde Wien verfallende Realcaution per 10.000 fl. primo loco sicherzustellen, weiters

3. dass zur Durchführung der verlängerten Straußengasse längs der zu erbauenden Front in der Straußengasse per 12 Meter in der halben Breite dieser Gasse per circa 106 Quadratmeter ein Beitrag von 2000 fl. an die Gemeinde Wien entweder bar erlegt, oder doch eine Caution per 2000 fl., und zwar als verfallen an die Commune, zahlbar nach erfolgter Demolierung des Hauses Or.-Nr. 16 Mittersteig, an die städtische Hauptcassa erlegt oder mittelst eines primo loco grundbücherlich einzuverleibenden Reverses sichergestellt werde.

Es wird Magistratsrath Kraus einvernommen.

St.-R. Wurm beantragt, es sei im Punkte 3 die Summe von 2000 fl. auf 6000 fl. zu erhöhen.

St.-R. Matzenauer beantragt, dass zur Durchführung der Straußengasse ein Beitrag von 8000 fl. seitens des Gesuchstellers zu leisten ist.

Bei der Abstimmung wird die Bedingung 1, 2 und 3 nach dem Referenten-Antrage angenommen.

Weiters wird der Zusatz-Antrag Matzenauer in folgender vom Referenten vorgeschlagenen Fassung angenommen:

Weiters hat sich der Gesuchsteller zu verpflichten, unpräjudicierlich seiner Verpflichtung, seinerzeit den zwischen der Baulinie der Straußengasse und seiner Besitzgrenze befindlichen Grundstreifen zur Arrondierung seiner Realität aus Eigenem zu erwerben, einen Beitrag zu den der Gemeinde Wien durch die seinerzeitige Eröffnung der Straußengasse bis zur Tiefe der Realität Mittersteig Nr. 16 erwachsenden Kosten dann zu bezahlen, wenn die Commune Wien diese Straße eröffnet. Diese Beitragsleistung ist entsprechend sicherzustellen.

Der Antrag Matzenauer, den Beitrag mit 8000 fl. festzusetzen, wird abgelehnt; der Antrag Wurm auf Fixierung des Beitrages per 6000 fl. wird angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Frauenwohlthätigkeits-Vereines in Ottakring um Bewilligung einer Subvention und beantragt die Gewährung einer Subvention von 30 fl. für das Jahr 1891 (angenommen).

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Diurnisten Friedrich Smola um Studiennachsicht und beantragt die Gesuchsgewährung (angenommen).

— referiert über die Verpachtung der bisher in Pacht gewesenen Theile des Waisnix'schen Grundcomplexes im Rasswald und beantragt die Verpachtung dieser Grundstücke an die vom Magistrate namhaft gemachten Personen um die vom Magistrate beantragten Pachtzinse, gegen beiden Theilen zustehende 1/4jährige Kündigung, unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Modalitäten (angenommen);

— referiert über die aus Anlass der Zurücktretung des k. k. Forstrathes Heinrich Volkmann von seiner Stelle als forsttechnischer Beirath der Gemeinde Wien zu treffenden Verfügungen und stellt folgende Anträge:

1. Die Kündigung des k. k. Forstrathes Volkmann als forsttechnischer Beirath der Gemeinde Wien ist zur Kenntnis zu nehmen und ist demselben für seine der Commune Wien geleisteten Dienste die Anerkennung des Stadtrathes auszusprechen.

2. Für den Forstdienst im Höllenthale und im Naßwalde ist vorläufig, d. i. bis zur eventuellen weiteren Vergrößerung dieses städtischen Forstgebietes

a) ein Forstverwalter mit der Befähigung als Wirtschaftsführer im Sinne des §. 22 des Forstgesetzes mit 1200 fl. Jahresgehalt, einem 30%igen Quartiergelde, respective einer Naturalwohnung, dem jährlichen Deputate des unveräußerlichen Bezuges von 40 Raummetern weichen Holzes und dem Rechte der Benützung von 4 Joch Wiesen-, beziehungsweise Ackergrund, dann mit dem Bezuge der vom Gemeinderathe für das Forstpersonale normierten Zehrungsbeiträgen;

b) ein Forstadjunct mit der gleichen Befähigung im Naßwalde mit 600 fl. Jahresgehalt, 30% Quartiergeld, respective Naturalwohnung, dem Rechte des Bezuges von 25 Raummetern weichen Holzes, dann der Benützung von 2 Joch Wiesen-, beziehungsweise Ackergrund und des normierten Zehrungsbeitrages zu bestellen.

Ferner ist zu systemisieren:

c) ein Forstwart in Kaiserbrunn mit 600 fl. Jahresgehalt, mit einer Naturalwohnung, respective 120 fl. jährlichem Quartiergeld, mit dem jährlichen Deputate des unveräußerlichen Bezuges von 25 Raummeter Holz und mit der Benützung von 2 Joch Wiesen-, respective Ackergrund;

d) ein Waldheger im Naßwald mit einem Taglohn von 1 fl. 30 kr.

3. Behufs Erlangung von geeigneten Bewerbern für die oben sub 2 a und b systemisierten Stellen ist ein Concurs auszuschreiben.

Nach erfolgter Besetzung dieser Stellen ist der gräfl. Hoyos'sche Förster Eduard Grande von der Dienstleistung im städtischen Forstgebiete bei der Singerinquelle zu entheben, in welcher Beziehung vom Magistrate seinerzeit das Geeignete zu veranlassen sein wird.

Die Stelle des Forstwartes in Kaiserbrunn mit der Unterordnung unter den Forstverwalter ist auf Grund der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 19. September 1882, Z. 5249, und vom 25. September 1888, Z. 3189 fernerhin von Emil Pokorny und die Waldhegerstelle im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 19. September 1891, Z. 1674, von Karl Forneth zu versehen.

4. Der durch die Bestellung des Forstverwalters und Forst-Adjuncten sich ergebende jährliche Mehraufwand, welcher sich für die Dauer der Quartiergeld-Anweisung inclusive des Wagenpauschales mit 2100 fl. beziffert, ist im Präliminare sub Rubrik XXVI 1 a „Bezüge des Betriebspersonales der Hochquellenleitung" vorzusorgen.

St.-R. Matzenauer beantragt:

Im Hinblicke auf die Resignation des Forstrathes Volkmann wird der Magistrat beauftragt, wegen Bestellung einer entsprechenden Oberaufsicht des gesammten Forstbesitzes der Gemeinde Wien Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, wegen entsprechender Verwaltung der durch die Vereinigung der Vororte mit Wien in den Besitz der Gemeinde Wien gelangten Forste eine Verfügung zu treffen. —

(Bei der Abstimmung werden die Referenten-Anträge angenommen.)

Die Anträge Matzenauer und Dr. Lederer gelangen in folgender Fassung zur Annahme: Der Magistrat hat zu berichten:

1. Ob es nicht im Interesse der Gemeinde liege, eine Art Oberaufsicht des gesammten Betriebes in den städtischen Forsten, durch Creierung eines Forst-Inspectorates einzurichten.

2. über die in Folge der Einverleibung der Vororte zugewachsenen Waldungen, deren jetzige Bewirtschaftung und über die erforderlichen Einrichtungen beziehungsweise Bestellung des nöthigen Personales.

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 14. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, Noske, v. Götz, Schlechter, v. Goldschmidt, Schneiderhan, Dr. Grübl, Dr. Stenzl, Dr. Hackenberg, Baugoin, Kreindl, Dr. Vogler, Dr. Lederer, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm. Meißl,

Bürgermeister Dr. Prix.

Krank: Dr. Huber und Rückauf.
Verreist: v. Neumann.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Kreindl referiert in Betreff der mit dem Statthalterei-Erlasse vom 7. Jänner 1892, Z. 28, verlangten Vorlage des Verzeichnisses der nicht militärischen Mitglieder der Pferdeassent-Commissionen im Jahre 1892 und beantragt, nachbenannte Herren als Vertrauensmänner in Vorschlag zu bringen:

1. Alex. Markus Beschorner, Inhaber der I. k. k. priv. Metallsärge-Fabrik und Realitätenbesitzer, VII., Dreilaufergasse 9 und Johann Brix, Meerschaumhändler, VI., Gumpendorferstraße 6 für die Pferdeassent-Commission Nr. 131, Platz: Gasthaus „zum Metzen", VI., Rahlgasse 3;

2. Georg Haller, Gastwirth, II., Prater 41 und Carl Witzmann, Hotelier, II., Taborstraße 12 für die Commission Nr. 132, Platz: Am Volkert im II. Bezirke;

3. Josef Bösenkopf, Brunnenfabrikant, III., Dietrichgasse 19 und Vincenz Straschil, Gemischtwaren-Verschleißer, III., Erdbergstraße 98, für die Pferdeassent-Commission Nr. 133 a, Platz: ehem. Pferdemarkt, III., Fasangasse 26;

4. Josef Deisel, Appreteur, IV., Rittergasse 2 und Carl Heim, Fleischhauer, IV., Schäffergasse 15 für die Commission Nr. 134, Platz: Pferdemarkt, V., Siebenbrunnengasse 3;

5. Heinrich Jaschka, Maschinen-Fabrikant, V., Lainzerstraße 23 und Carl Hallmann, Eisenwarenhändler, V., Hundsthurmerstraße 83

für die Commission Nr. 135, Platz: Pferdemarkt, V., Siebenbrunnengasse 3;

6. Edmund Bachmann, Alpacca- und Chinasilberwaren-Fabrikant, VI., Mollardgasse 29 und Eduard Reuter, Lohnwagenbesitzer, VII., Kaiserstraße 102 für die Commission Nr. 136 a Platz: VI., Mollardgasse 83;

7. Leopold Zell, k. u. k. Hof-Anstreicher, VIII., Strozzigasse 39 und Josef Rankl, k. u. k. Hof-Glashändler, VIII., Lerchenfelderstraße 8 für die Commission Nr. 137 a, Platz: VIII., Albertplatz 7.

8. Michael Koller, X., Erlachgasse 3 und Anton Krausenberger, X., Herndlgasse 7 für die Commission Nr. 138 a, Platz: X., Columbusplatz Nr. 4.

9. Leopold Seiler, Milchmeier, XI., Hauptstraße Nr. 1 und Leopold Gey, Wirtschaftsbesitzer, XI., Dorfgasse 90 für die Commission Nr. 139, Platz: XI., Marktplatz 1.

10. Georg Loy, Fuhrwerksbesitzer, XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 20 und Johann Philipp, Gastwirt, XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 3 für die Commission Nr. 147, Platz: Marktplatz in Unter-Meidling.

11. Josef Fashold, Stellfuhrinhaber, XIII., Altgasse 1 und Wilhelm Sager, Stellfuhrinhaber, XIII., Hietzing, Platz Nr. 4 für Commission Nr. 145, Platz: XIII., Hietzing, Kirchenplatz.

12. Ludwig Fuhrmann, Großfuhrmann, XIII., Penzing, Hauptstraße 82 und Josef Resch, XIII., Penzing, Schulgasse 18 für die Commission Nr. 146, Platz: XIII., Penzing, Kirchenplatz.

13. Carl Aust, Fleischhauer, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 61 und Carl Kuntner, Fuhrwerksbesitzer, XIV., Rudolfsheim, Dadlergasse 18 für die Commission Nr. 144 a, Platz: Rudolfsheim, Centralmarkt (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Karl Biel in Maria-Enzersdorf um Überlassung des unbrauchbaren Blechmateriales vom Schulgebäude, VII., Stiftgasse 35, um den Betrag von 6 fl., und beantragt die Genehmigung (angenommen).

St.-R. Müller referiert über den bauämtlichen Kostenanschlag, bezüglich der erforderlichen Mehrarbeiten bei der Reconstruction des flussabwärts gelegenen Fußweges der Ferdinandsbrücke und beantragt, den unter Ausg.-Rubr. XXIII, 3: „Erhaltung der Brücken über den Donaucanal" präliminierten Betrag von 13.800 fl. um 1460 fl., sonach auf 15.260 fl., zu erhöhen (angenommen);

— referiert über den vom Stadtbauamte in Gemäßheit des Stadtraths-Beschlusses vom 4. August 1891, Z. 1309, erstatteten Bericht bezüglich der Resultate der gepflogenen Erhebungen betreffend den Bauzustand der von den ehemaligen Vorortegemeinden in die Erhaltung übernommenen Brücken und Wege und beantragt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen (angenommen);

— referiert über das Project zur Erbauung von Canälen in der Julienstraße und Badgasse in Pötzleinsdorf und beantragt:

a) Die Erbauung von Hauptunrathscanälen in der Julienstraße vom Hause O.-Nr. 16 bis zur Villa Nr. 58 und in der Badgasse in Pötzleinsdorf nach den bauämtlichen Projecten mit dem Kostenerfordernisse von 7874 fl. 29 kr. und 3199 fl. 08 kr., wofür in dem im Canalbautenpräliminare für das Jahr 1892 unter Ausgabs-Rubrik XXVII/1 b zur Ausführung von Canalbauten im erweiterten Gebiete beantragten Pauschalbetrage von 150.000 fl. die Deckung gefunden wird, zu genehmigen.

b) Die Erd- und Baumeisterarbeiten für die im Frühjahre auszuführenden Canalbauten im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung sicherzustellen.

St.-R. Schlechter beantragt, diese Angelegenheit insolange zu vertagen, bis ein übersichtliches Bild über die ganzen Canalbauten in den neuen Bezirken, beziehungsweise ein vollständiges Canalbautenpräliminare vorliege, zieht jedoch später diesen Antrag zurück.

Weiter beantragt Referent:

c) Die Hälfte der circa 20.000 fl. betragenden Kosten, also den Betrag von 10.000 fl. zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Pötzleinsdorf und Neuwaldegg in das Budget des Jahres 1892 einzustellen und das Stadtbauamt zum Studium der Trace und zur Vorlage des Projectes aufzufordern.

St.-R. Baugoin beantragt dagegen, das Stadtbauamt aufzufordern, das Project auszuarbeiten und nebst Kostenanschlägen vorzulegen.

St.-R. v. Goldschmidt beantragt als Zusatz: Die Eigenthümer sämmtlicher an der Straße gelegenen Terrains im Plane anzugeben und zugleich über die eventuelle Verwertung einzelner anrainender Flächen als Villengründe oder zu anderen Zwecken zu berichten.

Die Referenten-Anträge a und b, sowie die Anträge Baugoin und Goldschmidt werden angenommen.

St.-R. Matzenauer referiert über das Anerbieten des Adolf Ritt. v. Obentraut wegen käuflicher Überlassung der Decorationspflanzen und Gewächshäuser in Hietzing und beantragt:

a) Den Ankauf von Decorationspflanzen nach Auswahl und Schätzung des Stadtgärtners um den Gesammtpreis von 1000 fl., wobei die einzelnen Pflanzensorten nicht niedriger bewertet werden dürfen, als dieselben bei dem vor kurzer Zeit für Zwecke des Central-Friedhofes stattgehabten Pflanzenverkaufe bewertet worden sind, gegen dem zu genehmigen, dass der Verkäufer die verkauften Pflanzen in seinen Gewächshäusern noch bis Ende Mai 1892 unentgeltlich aufbewahrt, pflegt und erhält;

b) den Ankauf von Gewächshäusern abzulehnen und

c) zur Ausgabe-Rubrik XXIV 1 n das Erfordernis von 1000 fl. sicherzustellen (angenommen).

St.-R. Dr. Grübl referiert über den Erlass des k. k. Ackerbau-Ministeriums vom 8. Jänner 1892, Z. 57, wegen Änderung des §. 3 der mit der Ministerial-Verordnung vom 3. September 1883, R.-G.-Bl. Nr. 145 erlassenen Marktordnung für den Central-Viehmarkt und beantragt, es möge der Stadtrath die Äußerung dahin abgeben, dass kein Anlass zur Änderung dieser Bestimmung dermalen vorliege.

St.-R. Noske will eine Verwahrung bezüglich des Rechtsstandpunktes aufgenommen haben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, hinzuweisen, dass die Freiheit des Handels implicite einwirke auf die Preisbestimmung hinsichtlich der geringeren Qualitäten und des schwächeren Viehes und damit auch auf den Preis des Fleisches für die ärmeren Classen und es nicht Sache der Regierung sein könne, die Approvisionierung für die ärmeren Classen zu erschweren und beantragt ferner, darauf hinzuweisen, dass die fragliche Angelegenheit bezüglich des Handels mit oder ohne Verzehrungssteuer kein Gegenstand der Marktordnung sei.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt sodann den Vorsitz.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, den Standpunkt in einer motivierten Eingabe darzulegen und die Erklärung beizufügen, „ohne

Anerkennung des Rechtes der Regierung zu einer Änderung, beziehungsweise überhaupt zur Erlassung der Marktordnung".

Diese Anträge werden angenommen und der Referent ersucht, die Eingabe auszuarbeiten und in der nächsten Sitzung dem Stadtrathe vorzulegen.

St.-R. Dr. Lederer referiert über die Verleihung der beiden Stipendien von je 100 fl. für Schüler der Weberei- und Manufacturzeichenschule VI. Bezirk, Marchettigasse 3 für das Schuljahr 1891/92 und beantragt, dieselben dem Siegfried Nelken und Adolf Teuber zu verleihen (angenommen).

St.-R. Wurm referiert über den Verkauf einer Baustelle am alten städtischen Pferdemarkte und beantragt, das Anerbieten des Theodor und der Michaela Weindl die Baustelle V auf der Realität des alten städtischen Pferdemarktes an der Ecke der Jacquin- und Kölblgasse, Grundb.-Einl. 2503, im III. Bezirke im Ausmaße von 758·40 Quadratmeter um den Preis von 45 fl. per Quadratmeter zu erwerben, gegen dem anzunehmen, dass die Gesuchsteller den ganzen Kaufpreis bei Übergabe der Baustelle erlegen und die Vertragsstempel- und Übertragungsgebüren bezahlen.

Wird angenommen; hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten;

— referiert über das Ansuchen des Stadtbaumeisters Anton Honus um Nachsicht der dreitägigen Terminsüberschreitung bei dem Umbaue des Canales in der Dietrichgasse im III. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung (angenommen);

— referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Stummer wegen Abänderung des §. 43, Absatz 3, der Wiener Bauordnung und beantragt, auf diesen Antrag, wornach ein größerer Percentsatz als 15% des Gesammtausmaßes als Minimum unverbaut bleiben müsse, derzeit nicht einzugehen, jedoch den Magistrat aufzufordern, den Bericht bezüglich der Abänderung der Wiener Bauordnung ehethunlichst vorzulegen und den Antrag v. Stummer hiebei in Erwägung zu ziehen (angenommen).

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, aus Anlass eines einschlägigen Falles, die vom Magistrate angesuchte Ermächtigung zur Abschreibung uneinbringlicher Forderungen bis zum Betrage von 200 fl. im eigenen Wirkungskreise, mit Rücksicht auf die Bestimmungen der §§. 67 und 90 des Gesetzes vom 19. December 1890. L.-G.-Bl. Nr. 45 und da der Gemeinderath, ebenso wie der Stadtrath eine Abänderung dieses Gesetzes nicht vorzunehmen berechtigt ist, nicht zu ertheilen. (angenommen);

— referiert über das Ansuchen der k. k. priv. Maschinenfabrikanten Brüder Scherb, II. Bezirk, Dresdenerstraße Nr. 107, um Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür und beantragt, in Anwendung des §. 7 des Canaleinmündungs-Gebürengesetzes vom 19. Jänner 1890, L.-G.-Bl. Nr. 9, eine 50% Ermäßigung der Gebür, demnach die Herabsetzung von 1130 fl. 08 kr. auf 565 fl. 04 kr. zu bewilligen (angenommen);

— referiert über den Recurs des J. Sperber durch Dr. Hermann Deutsch gegen die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für II., Dresdenerstraße 27 und beantragt, die Gebür von 1998 fl. 09 kr. auf die Hälfte, d. i. auf rund 1000 fl. zu ermäßigen (angenommen).

St.-R. Dr. v. Billing referiert über Schulgeldbefreiungen an der Wiedener Communal-Ober-Realschule und beantragt, die im Magistratsberichte vom 9. Jänner 1892, Z. 495833, verzeichneten Befreiungen zu bewilligen (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Drechslers Franz Dimmer um Ersatz des ihm durch das in Folge Wolkenbruches vom 8. Juli 1891 aus dem Hauscanale VII., Mentergasse 5, stattgefundene Eindringen von Wasser und Jauche in sein Geschäftslocale verursachten Schadens und beantragt, dem Gesuchsteller aus Billigkeitsrücksichten und unter Ablehnung jeder rechtlichen Verbindlichkeit eine Unterstützung im Betrage von 150 fl. gegen dem zu bewilligen, dass Gesuchsteller ausdrücklich erklärt, aus dem vorliegenden Anlasse keine weiteren, wie immer gearteten Ansprüche gegen die Gemeinde zu stellen.

St.-R. v. Goldschmidt beantragt, in Übereinstimmung mit dem Magistrats-Antrage 200 fl. zu bewilligen.

Der Referent erklärt sich hiermit einverstanden und wird der so modificierte Referenten-Antrag angenommen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 19. Jänner 1892.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	1236
Fettschweine	4374
Summa	5610

Angekauft wurden:

für Wien	4471
für das Land	589
unverkauft blieben	550

Auftrieb

auf dem galizischen Markte:

3449 Stück

unverkauft blieben 504.

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . . von 28 bis 40 kr.
Fettschweine . . . „ 34 „ 44 „
} per Kg. Lebendgewicht.

Fettschweine wurden um 1 kr. per Kg. theuerer verkauft, während Jungschweine nur schwer vorwöchentliche Preise erzielten.

* * *

(Stechviehmarkt vom 14. Jänner 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber — 2972, Lämmer — 581, Schafe — 7683.

2. Preisbewegung:

Kälber . . . per Kg.	38 bis 60 kr.
Lämmer . . „ Paar . . .	8 bis 14 fl.
Schafe . . . „ Kg.	16 bis 23 kr.
Schafe . . . „ Paar . . .	6 bis 20 fl.

Auf dem Jungviehmarkte war die Kauflust flau und haben die Preise einen Rückgang von 3 kr. per Kg. erfahren.

Auf dem Schafmarkte war die Nachfrage ziemlich lebhaft und sind die Preise um ½ fl. per Paar gestiegen.

Der Schlachtviehmarkt am 21. Jänner 1892 war mit 146 Stück Mastvieh und 53 Stück Beinlvieh beschickt.

Armenangelegenheiten.

Bei der am 9. Jänner 1892 abgehaltenen Sitzung des Bezirksausschusses des XV. Bezirkes (Fünfhaus) wurden folgende Herren einstimmig zu **Armenräthen** gewählt:

1. Zeckl Wilhelm, Specereiwarenhändler, Kranzgasse 22.
2. Kollmann Carl, Mehlhändler, Neubaugürtel 21.
3. Kratky Johann, Schuhmacher, Michaelergasse 6.
4. Haban Mathias, Holzhändler, Neubaugürtel 34.
5. Zetschak Amand, Bäcker, Neubaugürtel 36.
6. Sikora Johann, Hausbesitzer, Zinkgasse 17.
7. Wunderer Leopold, Hausbesitzer, Mariahilfergürtel 33.
8. Tauber Johann jun., Bürstenfabrikant, Blüthengasse 18.
9. Metschl Franz, Schlosser, Sperrgasse 12.
10. Perna Heinrich, Weber, Herklotzgasse 28.
11. Beutnitz Johann, Hausbesitzer, Henriettenplatz 1.
12. Eschelbeck Leopold, Lackierer, Robert Hamerlinggasse 19.
13. Rischawy Franz, Hausbesitzer, Thalgasse 8.
14. Baumann August, Bäcker, Kranzgasse 10.
15. Czischek Franz, Drechsler, Grenzgasse 8.
16. Pochop Johann, Tischler, Kranzgasse 5.
17. Frank Heinrich, Oberlehrer, Hackengasse 11.
18. Distel Carl, Zuckerbäcker, Kranzgasse 32.
19. Mosburger Anton, Cartonagewarenfabrikant, Victoriagasse 14 b.
20. Zelinka Johann, Schwertfeger, Beingasse 22.
21. Heidrich Emil, Drechslermeister, Tannengasse 15.
22. Proßnitz Josef, Dampfvermietungs-Anstaltbesitzer, Zinkgasse 1.
23. Märkl Johann, Großfuhrmann, Neubaugürtel 3.
24. Volkmann Adalbert, Riemer, Neubaugürtel 13.
25. Wolfsgruber Johann jun., Steinmetz, verl. Michaelergasse 702.
26. Wagner Franz, Kaufmann, Schönbrunnerstraße 7.
27. Schwarz Alois, Pfarrmeßner, Haidmannsgasse 1.
28. Ambrosi Eugen, Mehlhändler, Schönbrunnerstraße 13.
29. Tauber Josef, Bürstenfabrikant, Blüthengasse 18.

Militärangelegenheiten.

Die Sturmrollen der in Wien heimatberechtigten, im Jahre 1873 geborenen Landsturmpflichtigen liegen vom 23. bis inclusive 30. Jänner 1892 von 8 Uhr Früh bis 2 Uhr Nachmittags im Conscriptionsamte des Magistrates (I., Rathhausstraße Nr. 12, zu ebener Erde, links) zur allgemeinen Ansicht auf. Wer eine Auslassung, eine unrichtige Eintragung, namentlich hinsichtlich des Domiciles, des Standes oder Berufes findet, hat dies ohne Verzug im Conscriptionsamte zur Meldung zu bringen.

Gewerbeangelegenheiten.

Wahl des Vorstehers der Genossenschaft der Plattierer.

Bei der am 10. d. M. von der Genossenschaft der Plattierer, unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-Secretär Kienast, vorgenommenen Wahl wurde Herr Franz Kutschera, III., Hauptstraße 21, an Stelle des bisherigen Vorstehers Herrn Eduard Czerny, welcher sein Mandat wegen Kränklichkeit zurücklegte, zum Vorsteher gewählt.

* * *

Wiener Bezirks-Krankencassa.

Durch die Vereinigung der ehemaligen Vororte-Bezirks-Krankencassa mit der Wiener Bezirks-Krankencassa ist der Mitgliederstand der letzteren auf 65.000 Personen gestiegen. In den Kanzleien der aufgelösten Bezirks-Krankencassen wurden Filialen und in Simmering eine Zahlstelle der Wiener Bezirks-Krankencassa errichtet. Die zur Auszahlung gelangenden wöchentlichen Kranken-Unterstützungsbeträge belaufen sich gegenwärtig auf 6000 fl.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. Jänner 1892.

(Fortsetzung.)

Lukes Alois, Friseur, II., Springergasse 15.

Mayer Ignaz, Verschleiß von Garten-Utensilien, I., Augustinerstraße 8.

Wolfner Sigmund, Verschleiß von Garten-Utensilien, I., Wallfischgasse 15.

Binder Ludwig, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Steinbauergasse 13.

Felber Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Gürtelstraße 4.

Freudensprung Leopoldine, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Marktplatz 27.

Kallich Bertha, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Sandwirthgasse 8.

Kreinzer Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Schulgasse 36.

Neuhauser Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Zollergasse 16.

Pištek Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Quellengasse 7.

Popberger Maria, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Porzellangasse 49 a.

Rel Rudolf, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 49.

Rosenfeld Salomon, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Lambrechtgasse 2.

Salomon Sigmund, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Kaiser Josefstraße 37.

Wögenstein Magdalena, Geschirrhandel, XVII., Hernals, Pichlergasse 5.

Bodenstein Olga, Glas- und Kurzwaren-Verschleiß, VI., Dürergasse 20.

Jungmann Moriz, Handelsagentie, II., Rembrandtstraße 3.

Kehl Johann, Verkauf von Herz, Milz und Lunge von Rind- und Stechvieh, V., Markt, Hundsthurmplatz.

Cimpermann Johann, Kastanien-, Apfel- und Erdäpfelbrater, I., Schottenring, Ecke der Hohenstaufengasse.

Berger Ignaz, Claviermacher, V., Schwarzhorngasse 6.

Kostka Alois, Herrenkleidermacher-Gewerbe, III., Hörnesgasse 4.

Prybil Johann, Kleidermacher, IV., Fleischmannsgasse 1.

Budik Irma (Marie), Damenkleidermacherin, VIII., Neudeggergasse 19.

Straka Karoline, Damenkleidermacherin, III., Blattgasse 15.

Obst Franz, Kleinfuhrwerksgewerbe, XVII., Hernals, Weinhauserstraße 13.

Schreiner Anton, Kleinfuhrmann, III., Hauptstraße 70.

Kryslicka Karl, Kürschner, XVI., Ottakring, Habichergasse 27.

Priestesberger Christine, verehlichte Fason, Verschleiß von Kunstblumen, I., Kleeblattgasse 11.

Babirat Johann, Leinwand-Verschleiß, VII., Burggasse 70.

Thyll Rudolf, Maschinenfabrikation, II., Wintergasse 18.

Gilly Leopold, Milchmeier, XVII., Hernals, Gerlgasse 52.

Düring Katharina, Verschleiß von Milch, Gebäck und Zuckerbäckerwaren, VIII., Maria Treugasse 1.

Eckhardt Barbara, Modistengewerbe, VI., Eggdigasse 18.

Grur Wilhelmine, Modistengewerbe, VII., Westbahnstraße 12.

Svoboda Jakobine, Hausierhandel mit Obst, Blumen und Markt-Victualien, III., Dietrichgasse 19.

Pap Koloman, v., Verschleiß von Papier, Kurzwaren, Schulheften und Preislisten, Preiszetteln und Beglückwünschkarten, XVIII., Währing, Theresiengasse 36.

Hutuschka Emilie, Pfaidlerin, IX., Garelligasse 3.

Hoffmann Hermann, Commissionshandel von Pferdedecken, Woll- und Lederwaren, II., Praterstraße 60.

Neuncärker Rudolf, Posamentiergewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 7.

Stoi Konrad, Verschleiß von Schnitt- und Wirkwaren, III., Hauptstraße 21.

Krikava Josef, Schuhmacher, III., Erdbergstraße 132 alt.

Skalsky Edmund, Schuhmachergewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 5.
Zorzelka Franz, Schuhmachergewerbe, X., Puchsbaumgasse 41.
Schmidt Karl, Selchwaren-Verschleiß, Markthalle im VII. Bezirke, Zelle 146.
Kalchhauser Heinrich, Tischler, VI., Dominikanergasse 6.
Kudrna Franz, Tischlergewerbe, VII., Bernardgasse 10.
Philiptky Johanna, Tischlergewerbe, III., Paulusgasse 13.
Schick Joachim, Uhrmacher, II., Circusgasse 11.
Rzika Wilhelm, Victualienhandel, XVI., Markt, Neulerchenfeld, Thaliastraße.
Schwankl Marie, Victualien-Verschleiß, II., Untere Augartenstraße 37.
Ebhart Franz, Wäscheputzerei, XV., Fünfhaus, Burggasse 7.
Schüller Israel, Weber, II., Ferdinandsstraße 22.
Ripl Hermann, Zimmerputzer, I., Kolowratring 4.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. Jänner 1892.

Brunner Josef, Bäcker, XII., Meidling, Josefigasse 1.
Kühtreiber Johanna, Blumenmacher-Gewerbe, VI., Sandwirthgasse 1.
Tobias Mathilde, Blumenhandel, XV., Fünfhaus, Palmgasse 5.
Brück Otto, Buchdrucker, IX., Maximilianplatz 4—5.
Eisler Carl, Drechsler, XV., Fünfhaus, Sperrgasse 1.
Kraus Victor, Erzeugung von giftfreien Farben, II., Helenengasse, Viaduct 22.
Wacha Jakob, Erzeugung giftfreier Farben, II., Helenengasse, Viaduct 22.
Mährischl Julius, Fleischhauer, II., Kleine Schiffgasse 19.
Spitz Katharina, Fragner-Gewerbe, XVI., Ottakring, Hauptstraße 144.
Dirnberger Katharina, Privat-Unterricht in Französisch, Englisch und Clavierspiel, III., Wassergasse 1.
Mudrunka Marie, Privat-Unterricht in der französischen Sprache, VII., Mariahilferstraße 80.
Gröm Johann, Friseur, XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 129.
Emerling Chaje Jille, Gemischtwaren-Verschleiß, VIII., Kochgasse 36.
Gottschall Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Alleegasse 53.
Maxa Wenzel, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidlinger Markt.
Müller Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Obere Augartenstraße 54.
Scheinberger Hermine, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Linienwallplatz 2.
Sellinger Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Große Sperlgasse 8.
Bancura Elisabeth, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Reinhartggasse 34.
Gramß Marie, Damenkleidermacher-Gewerbe, IV., Goldeggasse 9.
Gassner Amalie, Privat-Unterricht im Gesange, II., Blumauergasse 18.
Niklas Selma, geb. Kempner, Privat-Unterricht im Gesange I., Hohenstaufengasse 17.
Sasse Wilhelm, Privat-Unterricht im Gesange, IV., Apfelgasse 2.
Alma Max Egon, Dr., Privat-Unterricht in den Gymnasial-Fächern und Musik, III., Schützengasse 9.
Neufeld Josef, Handelsagentie, VI., Dürergasse 27.
Weiß Marcus, Privat-Unterricht im Hebräischen, II., Josefinengasse 12.
Stransky Josef, Kurz- und Galanteriewaren-Händler, XI., Simmering, Geiselbergstraße 426.
Willenz Anna, Verschleiß von Kurz- und Manufacturwaren, I., Salzgries 13.
Lipp Josef, Kleidermacher-Gewerbe, XVI., Ottakring, Weyprechtgasse 8.
Prager Marie, Damenschneiderin, IX., Dietrichsteingasse 3.
Held Filipp, Erzeuger von Liqueuren, II., Novaragasse 49.
Hyrek Rosine, Marktvictualienhandel, III., Augustiner Markt.
Kohl Julie, Marktvictualienhandel, IX., Markthalle.
Eder Katharina, Milch- und Brotverschleiß, XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 26.
Poppinger Aloisia, Verschleiß von Milch, Gebäck, Butter, V., Laurenzgasse 5.
Schartl Barbara, Milch- und Gebäck-Verschleißer, V., Einsiedlergasse 42.
Schidl Aloisia, Milch- und Gebäck-Verschleiß, IV., Mühlgasse 5.
Techaczek Veronika, Milch-Verschleiß, IV., Alleegasse 26.
Treml Elisabeth, Verschleiß von Milch und Butter, Eier und Gebäck, II., Rothen Sterngasse 16.
Stepper Johann und Lienert Franz, Nürnbergerwarenhandel, I., Sonnenfelsgasse 4.
Löffler Maria Anna, Verschleiß von Papier und Kurzwaren XVI., Ottakring, Arltgasse 1.
Pollak Salomon (Samuel), Verschleiß von Perlmutterknöpfen, XVI., Ottakring, Wurlitzergasse 23.
Kohl Adolf, Schlosser, XII., Gaudenzdorf, Gürtelstraße 23.
Glöslein Wilhelm, Schlosser, V., Einsiedlergasse 40.
Maykut Jakob, Schnittwaren-Verschleißer, II., Große Mohrengasse 36.
Bich Wenzel, Schuhmacher, III., Erdbergstraße 61.
Waltuch Salomon, Schuhmacher, II., Theresiengasse 5.
Fischer Ferdinand, Seidenwarenerzeugung, VII., Dreilaufg. 11.
Hembach Karl, Selchwaren-Verschleiß, XV., Wimbergerplatz.
Sauer Franz, Selchwaren-Verschleißer, XII., Gaudenzdorf, Lainzerstraße 20.
Neumann Richard, Verschleiß von Spiegeln, I., Bäckerstraße 18.
Irk Paula von, Verschleiß von Taschner- und Galanteriewaren, II., Circusgasse 6.
Weil Max, Privatunterricht in den Gegenständen der Volks- und Bürgerschule, I., Rothenthurmstraße 29.
Hofinger Johanna, Vorhänge-Appretur, XII., Meidlinger Hauptstraße 7.
Fischer Agnes, Wäscheputzerin, IX., Grüne Thorgasse 19.
Kahay Johann, Wäscheputzer, V., Untere Bräuhausgasse 72.
Weißhappel Johann, Handel mit Werk- und Bauholz, VI., Mariahilferstraße 69.
Sgal Salomon, Commissions-Verschleiß von Wolle und Fellen, II., Ferdinandsstraße 27.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. Jänner 1892.

Probst Otto, Anstreicher, V., Matzleinsdorferstraße 70.
Handler Josef, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XVIII., Währing, Wildemanngasse 13.
Hockauf Josef, Kleinhandel mit Holz, Kohle und Coaks, II., Schiffamtsgasse 11.
Wiesner Adelheid, Handel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XIX., Heiligenstadt, Nußdorferstraße 72.
Seiter Mathias, Brot- und Marktvictualien-Verschleiß, XVIII., Währinger Markt, Kirchengasse.
Itzigsohn Moses Adolf, Buchbindergewerbe, II., Rembrandtstraße 30.
Bauer Franz, Verschleiß von Christbäumen, XIV., Rudolfsheimer Markt.
Findenig Maximilian, Ritter von, Drechsler, III., Löwengasse 25.
Westmair Wenzel, Drechsler, XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 20.
Ullmann Samuel, Händler mit alten Eisen und Metallen, XIV., Sechshaus, Plankengasse 23.
Lindner Franz, Faßbinderei, XVIII., Währing, Wienergasse 8.
Deschmann Franz, Öl- und Fettwarenhandlung, XVIII., Währing, Theresiengasse 12.
Aberbach Max, Fleischverschleiß, III., Verbindungsbahn, Casematte 34.
Blau Armin, Fleischverschleiß, XIX., Heiligenstadt, Barawitzkagasse 12.
Chyba Josef, Galanteriewaren-Verschleiß, I., Fleischmarkt 18.
Bernstein Heinrich, Bernstein Baruch, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Salzgries 27.
Domanek Mathias, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Erzherzog Karlplatz 16.
Findenig Maximilian, Ritter von, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Löwengasse 25.
Goja Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Barichgasse 5.
Jira Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 50.
Kvasnička Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Antonigasse 52.
Kunesch Juliana, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Salmannsdorf, Mariengasse 55.
Rast Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Johannesgasse 46.
Runkas Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Siebenbrunnengasse 28 e.
Schlegl Caroline, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Inzersdorferstraße 43.
Schöller Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Wiedener Hauptstraße 6.
Stuhl Georg, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Neustiftgasse 74.
Waldner Samuel Konrad, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Matzleinsdorferstraße 76.
Bogen Isidor (recte Isaias), Verschleiß von gebrannten, geistigen Getränken in handelsüblich gesiegelten Flaschen, XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 21.
Ožabal Johann, Grünzeug-Verschleiß, IV., Alleegasse 24.

Klos Marie, Erzeugung von Hemdkrägen und Manschetten, XVIII., Währing, Döblingerstraße 32.
Richter Anna, Damenschneiderin, IX., Lazarethgasse 29.
Schwarz Franz, Herrenkleidermacher, III., Barichgasse 20.
Sonkop Martin, Herrenkleidermacher, III., Barichgasse 19.
Swoboda Karl, Kleidermacher, V., Franzensgasse 7.
Lipscher Marie, Ledererzeugung, VI., Mollardgasse 35.
Kriegler Josef, Verschleiß von Leinen-, Baumwoll- und Wirkwaren, V., Hundsthurmerstraße 125.
Schmetterling Hersch, Manufacturwaren-Verschleiß, VIII., Albertgasse 12.
Hawelka Franz, Markt-Victualienhandel, I., Hoher Markt.
Filo Josefa, Milch-Verschleiß, XVIII., Währing, Johannesgasse 97.
Frauenberger Eleonore, Milch-Verschleißerin, XIX., Nußdorf, Gärtnergasse 119.
Pendl Stanislaus, Milch-Verschleiß, X., Eugenmarkt.
Schmidt Eduard, Verschleiß von Milch, X., Columbusplatz.
Schöller Franz, Modist, IV., Wiedener Hauptstraße 6.
Just Bernhardt, Verschleiß von Modistenartikeln, II., Circusgasse 11.
Tingel Johann, Musiker, III., Rudolfsgasse 20 a.
Bikles Jacob, Agentie mit Papier, II., Castelligasse 29.
Fuchs Adolf und Fuchs Josef, Pfaidlerei und Bordruckerei, IX., Währingerstraße 3.
Kolar Dominik, Pfaidler, V., Hundsthurmerstraße 41.
Lerchner Magdalena, Pfaidler, XIX., Ober-Döbling, Partzergasse 9.
Singer (Lazar) Lasar, Pfaidler, IX., Hahngasse 34.
Thausing Rudolf, Dr. Realitäten und Hypothekar-Darlehensvermittlung, I., Elisabethstraße 2.
Keinz Josef, Rothgerberei-Fabrik, II., Große Schiffgasse 12.
Urbanek Johann, Schuhmacher, XVIII., Währing, Kreutzgasse 33.
Moßler Adolf, Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern, XVIII., Währing, Herrengasse 67.
Schacht Caroline, Verschleiß von Seifen, Kerzen und Petroleum, XVIII., Währing, Kreutzgasse 15.
Kohn Helene, Spirituosen-Erzeugung, II., Glockengasse 10.
Schöbinger Emilie, Spirituosenhandel, X., Rudolfshügel, Franz Josefsgasse 18.
Stern Mathilde, Spiritushandel, XVIII., Währing, Gürtelstraße 56.
Döscher Emilie, Mechanische Strickerei, VI., Gumpendorferstraße 58 b.
Schöller Franz, Strohhut-Erzeugung, IV., Wiedener Hauptstraße 6.
Strobl Karl, Tischler, IX., Berggasse 43.
Türk Theresia, Zusammenstellung von Todten-Gedenkbildern, VI., Bürgerspitalgasse 29.
Rauscher Katharina, Victualienhandel, V., Reinprechtsdorferstraße 15.
Törner Caroline, Victualienhandel, XVIII., Währing, Pulverthurmgasse 3.
Vrablicz Michael, Victualienhandel, IX., Liechtensteinstraße 30.
Stift, Leopoldine, geb. Fischer, Weingroßhandel, I., Tiefer Graben 4.
Böhm Johann Nep. Filipp, Wildpret- und Geflügelhandel, IX., Schlickgasse 6.
Killermann Johann, Wirt, XVIII., Währing, Kreutzgasse 23.
Oberhofer Franziska, Wirtin, XVIII., Währing, Kirchengasse 19.
Polzer Engelbert, Vermittlung von Ein- und Verkauf von Wolle, Kämmlingen und Garn, III., Reisnerstraße 18.
Trost Carl, Ziegel- und Schieferdecker, V., Leitgebgasse 5.
Trittner Rudolf, Ziegel- und Schieferdecker, V., Wolfganggasse 32.
Zoder Ferdinand, Ziergärtner, II., Schwedengasse 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. Jänner 1892.

Ketz Franz, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, II., Krieglergasse 13.
Neuwirth Ferdinand, Brod- und Würstelverschleiß, I., Am Hof.
Hammerschlag Wilhelm und Edlitzberger Eduard, Commissionswarenhandel, VI., Mariahilferstraße 5.
Stößel Josefine, geb. Rosenberg, Commissionshandel mit Börseeffekten, I., Renngasse 6.
Košina Jakob, Verschleiß von Farben-, Lack und Malerrequisiten, X., Keplerplatz 2.
Adel Hermann, Fleischverschleiß, X., Columbusgasse 54.
Heinzl Julius, Fleischverschleiß, IX., Detailmarkthalle.
Rieder Julius, Fleischverschleiß, XVIII., Währing, Markt.
Zingler Johann, Fleischverschleiß, XVII., Hernals, Mariengasse 7.
Polansky Engelbert, Fleischhauer, XVII., Hernals, Dornerplatz, Markt.
Schmid Josef, Fleischhauergewerbe, V., Griesgasse 33.
Krivka Josef, Fleischselcher, XVI., Ottakring, Gablenzgasse 29.
Charwath Elisabeth, Fleischselchwaren-Verschleiß, XVII., Hernals Hauptstraße 114.
Blaustein Moses, Verschleiß von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, II., Springergasse 16.
Moschung Mathias, Friseur und Raseur, XVII., Hernals, Hauptstraße 35.
Allina Emanuel, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Lichtenauerg. 15.
Benda Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Sechshausergürtel 1.
Blakowetz Caroline, Gemischtwaren-Verschleiß, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 68.
Gröpel Amalie, geb. Bügamer, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Leibnitzgasse 16.
Mahler Lina, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Teinfaltstraße 7.
Moser Andreas, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 78.
Opratril Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Saillergasse 28.
Rienesl Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Schottengasse 35.
Suchan Wilhelm, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Kleine Stadtgutgasse 8.
Wahle Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Obere Donaustraße 25.
Ingruber Maria, Geschirr- und Küchengeräthe-Verschleiß, IV., Wiedener Hauptstraße 55.
Malik Marie, Grünwarenhandel, XVII., Dornbach, Paschingg. 6.
Sorger Josefine, Haarwickler-Erzeugung, III., Löwengasse 44.
Rotera Anton, Holz-, Coaks- und Kohlen-Verschleiß, X., Neilreichgasse 23.
Steinböck Johann, Hotelier, XVIII., Theresiengasse 64.
Wiesner Leopold, Cassier bei Leichen- und Krankenunterstützungs-Vereinen, XIV., Sechshaus, Schulgasse 7.
Urbitsch Adam, Herrenschneidergewerbe, IX., Mosergasse 9.
Brandenburger Hermine, Damenkleidermacherin, VII., Bernardgasse 32.
Ehrenstein Marie, Damenkleidermacherin, II., Praterstraße 49.
Engstler Marie, Markt-Victualienhandel, XVI., Ottakring, Ottakringer Markt.
Harberger Dorothea, Markt-Victualienhandel, Kärntnerthormarkt.
Paukert Franziska, Markt-Victualienhandel, XVI., Otttakring, Hubergasse 1.
Pfeifer Caroline, Markt-Victualien- und Kuchenbäckerei-Verschleiß, XVI., Ottakring, Wattgasse 13.
Thums Barbara, Markt-Victualienhandel, XVI., Ottakringer Markt.
Pfitzner Gregor, Mechaniker, VI., Wallgasse 31.
Binder Eva, verw. Edlinger, Milchmeierei, X., Wielandplatz 2.
Zeller Romana, Modistengewerbe, VII., Mariahilferstraße 82.
Radauscher Carl, Obsthandel, IV., Kärntnerthormarkt.
Oschry Theresia, Papier- und Kurzwaren-Verschleiß, V., Reinprechtsdorferstraße 20.
Löwy Bernhard, Pfaidler, I., Franz Josefs-Quai 31.
Löwy Mina Wilhelmine, Restenverschleiß, V., Hundsthurmerstraße 116.
Sterba Wenzel, Sattler, IX., Fechtergasse 22.
Mattil Johann Adam, Selchwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Dorotheergasse 39.
Scheranek Franz, Tischler, XVII., Hernals, Leitermeyergasse 11.
Kaubek Caroline, Victualienhandel, XVIII., Währing, Gürtelstraße 119.
Matzejka Elisabeth, Victualienhandel, XV., Fünfhaus, Sechshauser-Hauptstraße 8.
Guschelbauer Edmund, Volkssänger, XIV., Sechshaus, Ullmannstr. 45.
Beck Marie, verw. Maresch, geb. Poláček, Bordruckerei, X., Himbergerstraße 8.
Rauch Rosalie, Wäsche- und Krägenputzerei, XV., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 21.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Jänner 1892.

Benedikt Jakob, Baumwollhandel, IX., Alserstraße 22.
Schabaritz Josef, Verschleiß von Christbäumen, XIV., Rudolfsheim, Marktplatz.
Beer David, Schmelzerei von Fett und Vertrieb desselben, XVIII., Währing, Zimmermanngasse 10.
Lechner Maria, Fragnergewerbe, XVI., Ottakring, Wendgasse 5.
Weber Jakob, Futteralmacher, V., Schwarzhorngasse 4.
Salzmann Klara, Verschleiß von Galanterie- und Spielwaren, II., Taborstraße 48.
Kral Jakob, Gast- und Schankgewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 42.
Handek Carl, Geigenmacher, I., Canovagasse 4.

Enderle Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Andreasgasse 2.
Gabath Karl und Gabath Franz, Gemischtwarenhandel, IV., Wiedener Hauptstraße 35.
Handek Josefa, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Hahngasse 26.
Hantz Stefan, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Gürtelstraße 76.
Nachtigal Anna, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Salzgries 17.
Oresaik Josef, Handelsagentie, IX., Kolingasse 19.
Schwarzberg Ludwig, Hutmacher, XVIII., Währing, Neugasse 26.
Zell Marie, Kaffeesiederin, XVIII., Währing, Martinsstraße 16.
Bettelheim Filipp, Wertheimer Salomon, Handel mit feuerfesten Kassen und Schlosserwaren, IX., Schlickgasse 3.
Lissaner Moriz und Lissaner Mano, Herrenkleidermacher, I., Franz Josefs-Quai 15.
Weber Wilhelmine, Damenschneiderin, VIII., Langegasse 64.
Hochhauser Otto, Commissions-Verschleiß von Leder, II., Große Mohrengasse 12.
Bruckmüller Mathias, Lohndiener, I., Hotel de France.
Klaus Franz, Maskenleihanstalt, XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 45.
Ipold Franz, Handelsagentie in Materialwaren, Ölen und Lederabfällen, IX., Wasagasse 20.
Niklas Rudolf und Rodek Josef, Material- und Farbwarenhandlung, I., Kupferschmiedgasse 2.
Kämmerle Karoline, Modistin, VI., Mariahilferstraße 79.
Koliha Marie, Musikalienhandel, I., Habsburgergasse 4.
Schäder Franz, Naturblumenhandel, XVII., Hernals, Kirchengasse 7.
Bergmann Alois, Pfaidlerei, XVII., Hernals, Hauptstraße 30.
Estermann Hermann, Pfaidler, II., Glockengasse 4.
Kapaun Franziska, Pferdefleisch-Verschleiß, III., Hagenmüllergasse 3.
Seyer Lorenz, Pferdehandel, XIV., Zollernsperggasse 6.
Kaufmann Adolf, Verschleiß von Schafwolle, II., Czerninplatz 7.
Heibl (Heubl) Johann, Spirituosen-Erzeuger, VI., Mollardgasse 12 b.
Waag Heinrich, Tapezierergewerbe, XVIII., Währing, Theresiengasse 40.
Mahler Ludwig, private Ausführung von Übersetzungen, IV., Margarethenstraße 61.
Guttmann Elisabeth, Victualienhändlerin, VI., Wallgasse 23.
Doležal Katharina, Wäscheputzerin, VI., Luftbadgasse 12.
Horak Eduard, Verschleiß von Eigenbauweinen in verschlossenen Flaschen, IV., Margarethenstraße 19.
Huber Heinrich und Arvay Maximilian, Commissionshandel in Wein, Thee und Spirituosen, I., Franz Josefs-Quai 5.
Wieck Franz, Wirt, XVIII., Währing, Michaelerstraße 24.
Fabian Leo, Zimmermaler, VIII., Laudongasse 46.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzungen des Gemeinderathes	107
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 19. Jänner 1892	107
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	125
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. Jänner 1892	125
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. Jänner 1892	127
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionierung	129
Armenangelegenheiten	130
Militärangelegenheiten	130
Gewerbeangelegenheiten:	
Wahl des Vorstehers der Genossenschaft der Plattierer	130
Wiener Bezirks-Krankencassa	130
Gewerbeanmeldungen	130
Kundmachungen	133, 134

M.-Z. 11420.

Kundmachung,

die berichtigten Verzeichnisse der zur Hauptstellung des Jahres 1892 berufenen, **in Wien heimatberechtigten Wehrpflichtigen** und die **Losung** betreffend.

Nach den Bestimmungen des §. 30 der Wehrvorschriften, I. Theil, werden die von amtswegen ergänzten und berichtigten Verzeichnisse der zur diesjährigen Hauptstellung *berufenen Einheimischen aller drei Altersclassen am* 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30. und 31. Jänner 1892 im Conscriptionsamte des Magistrates, I. Bezirk, Rathhausstraße Nr. 12, zu ebener Erde links, zur freien Einsicht aufliegen.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass Jedermann, welcher

a) eine Auslassung oder unrichtige Eintragung wahrnimmt, oder
b) gegen Ansuchen um die Bewilligung zur Stellung außerhalb des zuständigen Stellungsbezirkes oder um eine Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht Einwendung erheben will,

aufgefordert ist, die Anzeige (Einsprache) im Conscriptionsamte zu erstatten.

Im Falle der Einbringung einer derartigen Anzeige ist jedoch deren Begründung nachzuweisen.

Die Losung wird am 3., 4., 5. und 6. Februar 1892 im neuen Rathhause (Volkshalle) um 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattfinden. Hiebei wird mit dem gezogenen Buchstaben Y begonnen und in der nachstehenden Ordnung vorgegangen werden:

Tag	Stunde	Buchstabe
Mittwoch den 3. Februar 1892	9 Uhr vormittags	Y. Z.
	10 „ „	A. B.
	11 „ „	C. D.
	11½ „ „	E. F.
Donnerstag den 4. Februar 1892	9 Uhr vormittags	G.
	10 „ „	H.
	11½ „ „	I. J. K.
Freitag den 5. Februar 1892	9 Uhr vormittags	L. M.
	10½ „ „	N. O. P.
	11½ „ „	Q. R.
Samstag den 6. Februar 1892	9 Uhr vormittags	S.
	10 „ „	Sch. St.
	11½ „ „	T. U. V.
	12 „ „	W. X.

Da die Zustellung besonderer schriftlicher Vorladungen zur Losung an die hiezu Verpflichteten nicht stattfindet, so werden die diesfalls berufenen, in dem Jahre 1871 geborenen Wehrpflichtigen oder deren Vertreter aufgefordert, an den oben angesetzten Tagen zur bezeichneten Stunde vor der Losungs-Commission zu erscheinen, und wird in deren Abwesenheit eine von dem Leiter der Losung hiezu bestimmte Person den Losungszettel ziehen.

In Betreff der Zeit und des Ortes der Hauptstellung (Assentierung) wird später eine Kundmachung erlassen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Jänner 1892. 1—3

Z. 452.254
VIII.

Kundmachung.

(Offert-Ausschreibung.)

Wegen Sicherstellung 1. der Lieferung der für den Wiener Central-Friedhof erforderlichen gusseisernen Gruppen- und Reihenständer, sowie Grab-

nummernpflöcke, ferner 2. wegen Vergebung der Arbeiten zur Restaurierung der vorhandenen alten, verrosteten Grabnummernpflöcke behufs neuerlicher Verwendung auf den zur Wiederbelegung gelangenden gemeinsamen Gräbergruppen wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Montag, den 8. Februar l. J., präcise um 10 Uhr vormittags im neuen Rathhause im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch, I., Lichtenfelsgasse, Stiege 3, im Mezzanin eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.**

Unternehmungslustige können die bezüglichen Musterstücke, sowie die Vorschriften bei der Verwaltung des Wiener Central-Friedhofes während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Es steht den Offerenten frei, entweder nur für die Lieferung (ad 1) oder nur für die Restaurierungsarbeiten (ad 2) oder auch für Beides zu offerieren.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcasse gegen Erlag von je 10 kr. bezogen werden.

Die Unternehmer haben ein Exemplar dieser Vorschrift, eventuell beider Vorschriften und sodann die am Schlusse jeder Vorschrift beigefügte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einem 50 kr.-Stempel versehen als Offert am obigen Tage bis zur festgesetzten Stunde der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Jedem Offerte sind 5% der Gesammtsummen, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen, welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Jänner 1892. 1—3

G.-Z. 500043
XI

Kundmachung.

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekannt gemacht, dass die vom Wiener Gemeinderathe aus Anlass des vierzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner k. und k. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef I. von Österreich errichtete und mit dem Betrage von 100.000 fl. ö. W. dotierte **Stiftung für ohne ihr Verschulden nothleidend gewordene Gewerbetreibende** zur Persolvierung gelangt, und dass im Laufe des Jahres 1892 die bisher aufgelaufenen, sowie die in den Monaten März und September von dem Stiftungscapitale eingehenden Zinsen unter die Stiftungswerber zur Vertheilung kommen.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben ohne Rücksicht auf die Confession solche Gewerbetreibende Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind. Dieselben müssen jedoch in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, resp. Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein und die Tauf-, resp. Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, in welchem das Moment, dass Gesuchsteller ohne sein Verschulden in die Nothlage gerathen ist, durch das Armeninstitut und für den Fall, dass derselbe einer Genossenschaft angehört, durch die Genossenschafts-Vorstehung ausdrücklich hervorgehoben wird, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind an den Bürgermeister der Stadt Wien zu richten und im Rathhause, I. Stock, Präsidial-Bureau zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Jänner 1892. 1—3

Kundmachung.

Mahnung zur Einzahlung der I. Rate der Hauszins-, Grund- und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude für das Jahr 1892.

Laut der Kundmachung der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction vom 29. December 1891 ist die Grundsteuer, Gebäudesteuer und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude vierteljährig, am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November einzuzahlen. Die Haus- und Grundsteuerpflichtigen werden demnach erinnert, dass die I. Rate der Hauszins-, Grund- und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude für das Jahr 1892 spätestens 14 Tage nach Ablauf des obbezeichneten Einzahlungstermines, d. i. längstens bis 15. Februar 1892 und zwar zufolge des §. 5 des Gesetzes vom 9. März 1870 selbst in dem Falle, wenn die Steuerschuldigkeit für das laufende Jahr noch nicht definitiv vorgeschrieben, der Zahlungsauftrag somit noch nicht zugestellt wurde, nach der Gebür des Vorjahres zu entrichten ist, widrigens nach dem obcitierten Gesetze und beziehungsweise nach dem Landesgesetze vom 6. Juli 1877 bei jenen Steuerträgern, deren ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen eintritt, welche für je hundert Gulden und für jeden Tag mit 1½ kr. von dem auf den festgesetzten Einzahlungs- (Fälligkeits-) Termin nächstfolgenden Tage, d. i. vom 2. Februar 1892, und bezüglich der Gemeindezuschläge und der Mietzinskreuzer von dem nach Ablauf der vierzehntägigen Frist nächstfolgenden Tage, d. i. vom 16. Februar 1892 an bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit zu berechnen und mit derselben einzuheben sind.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Jänner 1892. 2—3

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 6. Dienstag, den 26. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 15. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Krank: Dr. Huber und Rückauf.
Entschuldigt: v. Neumann.
Schriftführer: Magistrats-Concepts-Adjunct Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung und theilt mit:

St.-R. v. Neumann hat den Zuganschluss von Reichenberg versäumt und entschuldigt sein Nichterscheinen bei der heutigen Sitzung. (Dient zur Kenntnis.)

St.-R. Witzelsberger referiert über die Eingabe des Oberst-hofmeisteramtes wegen Anschüttung des Terrains oberhalb des Rohr-stranges der Hochquellenleitung bei der neuen Parkanlage in Penzing vor dem Schönbrunnerschlosse und beantragt, die nachgesuchte Bewilligung unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über das Ansuchen der Firma V. Egger & Comp. um Entlassung aus der Haftpflicht und um Erfolglassung der Caution für die Installation der elektrischen Beleuchtung in den Gemeinderathslocalitäten im Rathhause, und beantragt, die obige Firma hinsichtlich der weiteren bis 30. Juli 1894 laufenden Haftpflicht bezüglich der Installation der vorgenannten Beleuchtungs-anlage zu entbinden und ihr die Caution auszufolgen, wenn die nach §. 30 Alinea 2 der vorgelegten Bedingnisse vorzunehmende neuerliche Collaudirung ein günstiges Resultat geliefert haben wird.

Die St.-R. v. Goldschmidt und Dr. Grübl beantragen die Ablehnung des Referenten-Antrages.

(Der Antrag des Referenten wird abgelehnt.)

St.-R. Schlechter referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis bezüglich der Lieferung der eisernen Wasserleitungsröhren und Maschinenbestandtheile zur Completierung des Vorrathes pro 1892, und beantragt, die Lieferung der gusseisernen Rohrbestandtheile der bestbietenden Firma R. Ph. Waagner in Wien mit der Erstehungs-summe von 36.463 fl. 34 kr., die Lieferung der Maschinenbestand-theile der bestbietenden Firma S. Kelsen in Wien mit der Erstehungs-summe von 5478 fl. 38 kr. zur Ergänzung des Vorrathes im Reservoir am Laaerberge zu übertragen (angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Ignaz und Jacob Kuffner um Bewilligung zur Herstellung eines schliefbaren Canales für die Dampfrohrleitung von dem Fabriksgebäude XVI. Bezirk, Schubertgasse Nr. 6, und beantragt, die Genehmigung des gedachten Ansuchens unter den im Localaugenscheins-Protokolle vom 29. December 1891 enthaltenen Bedingungen und unter der weiteren Bedingung, dass zur Anerkennung des Eigenthumsrechtes der Gemeinde Wien ein jährlicher Recognitionszins von 10 fl. an die Gemeinde Wien entrichtet werde.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Ertheilung der Bewilligung auf Widerruf.

(Der Antrag des Referenten und des St.-R. Dr. Vogler werden angenommen.)

— referiert über die Aufnahme eines Diurnisten an Stelle des erkrankten Wasserbezugs-Revisors Ernst Opper, und beantragt, den

Act an den Magistrat mit der Aufforderung zurückzuleiten, nach Einholung der Äußerung des Wasser-Inspectorats darüber zu berichten, ob der im internen Dienste verwendete Diurnist Bobasch nicht im externen Dienste Verwendung finden könnte. (Angenommen);

— referiert über die Abgabe von Hochquellenwasser für die Sechshauser Volksküche in Fünfhaus, Friesgasse Nr. 11 und beantragt, die Abgabe von täglich 20 Hektoliter Hochquellenwasser an die obige Volksküche zu den gleichen Bedingungen, wie sie für die Suppen- und Theeanstalt im Hause Nr. 96 Hauptstraße, XVII. Bezirk, beschlossen wurde, zu genehmigen. (Angenommen);

— referiert über die Protokolle der Ausschusssitzungen des IV. Gemeindebezirkes von 21. December 1891 und beantragt, dieselben zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Offert des Johann Cervinka und Ferdinand Sickenberg & Söhne um käufliche Überlassung des Gemeindehauses in Nussdorf, Donaustraße Nr. 2 und beantragt, die obigen zwei Offerte abzulehnen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, es sei die Vorstehung des XIX. Bezirkes zu befragen, ob diese Realität in absehbarer Zeit zu Gemeindezwecken benöthigt werde.

Der Antrag des St.-R. Dr. Grübl wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen von W. Schönberger & Comp. um Bewilligung zur Anbringung zweier Transparentuhren am Hause I. Bezirk, Franz Josefs-Quai 1 a und Adlergasse 7 und Beleuchtung derselben auf städtische Kosten. Derselbe beantragt:

1. Das Ansuchen des Uhrmachers W. Schönberger & Comp. um Beleuchtung der an den Portalen seines Geschäftslocales am Franz Josefs-Quai und in der Adlergasse angebrachten Transparentuhren auf Gemeindekosten wird nur rücksichtlich der Uhr am Franz Josefs-Quai bewilligt.

2. Die Beleuchtung hat in der Dauer der Brennzeit der ganznächtigen öffentlichen Gasflammen durch drei Glühlampen à 10 Normalkerzen zu erfolgen; die Installation sowie die Stromlieferung werden der internationalen Elektricitäts-Gesellschaft auf Grund ihres Offertes, und zwar erstere zum Kostenbetrage von 339 fl. 35 kr., letztere mit dem Jahresbetrage von 157 fl. 73 kr. übertragen; von den Kosten der Installation nebst Nebenarbeiten im veranschlagten Gesammtbetrage von 377 fl. 74 kr. hat die Firma W. Schönberger & Comp. die Hälfte zu tragen, wobei das Eigenthumsrecht der ganzen Zuleitung und des Automaten der Gemeinde Wien verbleibt; ferner hat diese Firma die Differenz zwischen den Kosten der Gasbeleuchtung und dem Preise für die elektrische Beleuchtung zu zahlen. Der vorgelegte Entwurf des hierüber auszufertigenden Vertrages wird gleichzeitig genehmigt.

3. Für die der Gemeinde erwachsenden Auslagen der Installation per 188 fl. 87 kr. und für die Stromlieferung per 103 fl. 71 kr. ist unter Rubrik LI 1 „Erhaltung der öffentlichen Uhren" gelegentlich der Berathung des Budgets pro 1892 im Gemeinderathe vorzusorgen. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Überlassung von Lehrräumen und beantragt, derselben für die fachliche Fortbildungsschule sammt Vorbereitungscurse für Bäcker die erforderlichen Localitäten im Schulhause am Petersplatz in Hernals, und zwar in dem nach Süden gelegenen Theile der gegenwärtig von der Knaben-Volks- und Bürgerschule benützt wird; behufs Eröffnung einer Parallelclasse zur 1. und 2. Classe des gewerblichen Vorbereitungscurses an der Knaben-Volksschule, X., Uhlandgasse 1, je ein Lehrzimmer gemäß der Bestimmung des §. 14 des Gesetzes vom 28. November 1868, L.-G.-Bl. Nr. 23 unter den üblichen Modalitäten zu überlassen. (Angenommen);

— referiert über die Anschaffung eines Schneepfluges für den XIX. Bezirk und beantragt, die Anschaffung desselben für den obigen Bezirk bei dem Patentinhaber Bernhard Schmid zum angeforderten Preise von 800 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die Regelung der öffentlichen Uhren nach mitteleuropäischer Zeit und beantragt:

1. alle öffentlichen Uhren, welche an Objecten der Stadt Wien oder in der Verwaltung der Gemeinde befindlichen Fonde oder an städt. Patronatskirchen angebracht sind, werden vom 1. März 1892 ab, nach mitteleuropäischer Zeit reguliert und werde zu diesem Zwecke das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht ersucht, die löbl. Direction der Sternwarte in Währing zu beauftragen, von dem genannten Zeitpunkte ab das Mittagszeichen genau nach dieser Zeit abzugeben;

2. der Magistrat sei zu beauftragen, sich wegen Regulierung der öffentlichen Uhren nach mitteleuropäischer Zeit vom genannten Zeitpunkte ab, welche sich in Gebäuden des Staates, des Kronlandes Niederösterreich an landesfürstlichen Patronatskirchen befinden, mit den competenten Staats-, Landes- und kirchlichen Behörden, insbesondere auch mit dem löbl. Commando des militär-geographischen Institutes wegen Stellung der an dem Gebäude desselben befindlichen Uhr nach mitteleuropäischer Zeit ins Einvernehmen zu setzen;

3. sei der Magistrat ferner zu beauftragen, für den Fall, als vom 1. März 1892 ab das Mittagszeichen nicht nach mitteleuropäischer Zeit erfolgen sollte, trotzdem die nothwendigen Verfügungen zu treffen, dass die ad 1 genannten öffentlichen Uhren auf mitteleuropäische Zeit gestellt, das ist durch 5 Minuten, 21 Secunden gegenüber der Wiener Ortszeit zum Stillstande gebracht werden.

St.-R. Noske beantragt die Drucklegung der Anträge des Referenten und Vertagung der Beschlussfassung bis nach Zusendung der gedruckten Anträge an die Stadträthe.

Der Antrag des St.-R. Noske wird angenommen.

St.-R. Dr. Grübl referiert über die zufolge Beschlusses des Stadtrathes vom 14. d. M. von demselben verfasste Eingabe an das k. k. Ackerbauministerium, betreffend die Abänderung des §. 3 der Marktordnung für den Central-Viehmarkt und beantragt, dieselbe zu genehmigen.

(Wird angenommen — gelangt an den Gemeinderath);

— referiert über das Gesuch des Vorstandes der Productiv-Genossenschaft der Wiener Fleischselcher um Zusicherung einer eventuellen Befreiung vom Schlachthauszwange für das von derselben herzustellende Etablissement und beantragt:

Es möge der Gesellschaft bekannt gegeben werden, die Gemeinde Wien werde die Errichtung eines mit den besten technischen Behelfen ausgerüstetes Etablissement, in welchem die Schlachtung von Stechvieh und anderer zum Betriebe der Fleischselcherei nöthigen Thiere mit einer großen modernen Werkstätte zur Erzeugung und Verwertung aller einschlägigen Roh-, Halb- und Ganzfabrikate stattfinden soll, soweit es an ihr liegt fördern und auch der Schlachtung der Thiere in dem Etablissement selbst, insoweit es nach den Bestimmungen des seinerzeit über den Schlachthauszwang für Stechvieh geschaffenen Gesetzes statthaft ist, nicht entgegentreten. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über den Antrag des St.-R. Dr. Vogler wegen Änderung des Regulierungsplanes für die Gründe vor der Matzleinsdorfer- und Schönbrunnerlinie und Umgangnahme

von der Auflassung der Marx-Meidlingerstraße. Derselbe beantragt: Die Parcellierung ist aufrecht zu halten, jedoch ist der Baublock an der Ecke der Steinbauer- und Rudolfsgasse aufzulassen und an dessen Stelle ein Platz zu schaffen, in dessen Diagonalen 12 Meter breite Straßen zwischen Baumpflanzungen anzulegen sind.

(Wird angenommen — gelangt an den Gemeinderath.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Wurm referiert über die Abänderung des §. 42 der Wiener Bauordnung.

Das Referat wird behufs Drucklegung zurückgezogen.

St.-R. Kreindl referiert über das Ansuchen des Weinbau-Vereines im XVIII. Bezirke um Überlassung des Grundes, Cat.-Parc. 581 und stellt die vom Magistrate vorgelegten Anträge.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Wahl eines juridischen Correferenten.

St.-R. Dr. Grübl beantragt die Verlesung des Magistrats-Referates.

Mit letzterem Antrage erklärt sich die Versammlung einverstanden.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, dieses Grundstück dem Vereine gegen einen Zins von 5 fl. pachtweise zu überlassen, falls sich derselbe in legaler Weise constituiert und seine Zwecke präcisiert hat.

St.-R. Dr. Grübl beantragt den Zusatz, dass das Pachtverhältnis insolange gelte, als sich der Verein diesen Bedingungen unterwirft.

Referent zieht den Act zum Zwecke der Formulierung der Anträge zurück.

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des n.-ö. Bauvereines um käufliche Überlassung des städtischen Grundes, E.-Z. 1675 im V. Bezirke an der Marx-Meidlingerstraße und beantragt die Ablehnung des Offertes wegen zu geringen Preisanbotes.

(Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Jänner 1892.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Prix,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:	Dr. v. Billing,	Müller,
	Boschan,	v. Neumann,
	v. Götz,	Noske,
	v. Goldschmidt,	Rückauf,
	Dr. Grübl,	Schlechter,
	Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
	Kreindl,	Dr. Stenzl,
	Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
	Matzenauer,	Witzelsberger,
	Meißl,	Wurm.

Dienstlich verhindert: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
Krank: Dr. Huber.
Beurlaubt: Baugoin.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Rossner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter,** macht derselbe folgende Mittheilungen:

St.-R. Rückauf entschuldigt unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses, sein Ausbleiben von den Sitzungen in der letzten Woche.

(Zur Kenntnis.)

Statthalterei-Erlass vom 18. d. Mts., Z. 165 Pr., mit welchem der Herr Statthalter die vom Stadtrathe beschlossene Festsetzung des Bestandzinses rücksichtlich der an die Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung in Penzing vermieteten Localitäten mit 2000 fl. jährlich mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt und für dieses Entgegenkommen der Gemeinde dankt. (Dient zur Kenntnis.)

Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über das Einschreiten des Comités zur Veranstaltung der internationalen Musik- und Theaterausstellung in Wien um Subventionsbewilligung und beantragt die Gewährung einer Subvention im Betrage von 10.000 fl. im Sinne des Antrages des Magistrates.

(Wird einstimmig angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten;

— referiert über ein bei dem Stadtanwalte Dr. Schmidt vorgelegtes Ausgleichsanbot der Eigenthümer des Hauses I., Rothenthurmstraße Nr. 35, betreffend die durchgeführte Regulierung des Niveaus der Rothenthurmstraße zwischen der Griechen- und Adlergasse.

Referent beantragt, dieses Anbot abzulehnen.

(Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz, giebt denselben aber kurz nachher an **Bürgermeister Dr. Prix** ab.

St.-R. R. v. Neumann referiert auf Grund der diesem Protokolle angeschlossenen Druckorte in Betreff der Erlangung von Entwürfen für einen General-Regulierungsplan über das gesammte Gemeindegebiet von Wien und beantragt, es sei zur Ueberprüfung des vorgeschlagenen Referenten-Entwurfes ein Comité, bestehend aus fünf Mitgliedern des Stadtrathes und dem Stadtbaudirector, einzusetzen welches Comité ermächtigt ist, sich durch Heranziehung von Delegierten des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, sowie der Künstlergenossenschaft die Wohlmeinung dieser Fachkreise zu erwirken.

Vor Eröffnung der Debatte hierüber bespricht der Bürgermeister die Dringlichkeit der Baulinienbestimmung für die Franz Josefs-Kaserne und stellt an den Referenten die Anfrage, ob nicht wegen Gewinnung von Entwürfen des Generalregulierungsplanes für den Theil der Ringstraße bei der Franz Josefs-Kaserne eine separate Concurs-Ausschreibung oder schleunigere Behandlung möglich wäre, worauf Referent das Referat über diese Baulinienfrage sofort erstattet und folgende Anträge stellt:

R. Z. 43.

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, dass hinsichtlich der Tracenbestimmung der zu führenden Stadtbahnlinie durch das Terrain bei der Franz Josefs-Kaserne, sowie hinsichtlich der Anlage des Donaucanales an dieser Stelle die betreffenden Projecte ehestens der Gemeinde übermittelt werden.

2. Das Stadtbauamt wird nach Einlangen dieser Behelfe beauftragt, eine Planstudie darüber vorzulegen, ob nicht hinsichtlich eines Theiles des zur Parcellierung gelangenden Terrains eine Baulinienbestimmung noch vor der Aufstellung des in mehr als Jahresfrist zu erlangenden Generalregulierungsplanes statthaft wäre.

Eventuell sei eine Speeial-Concurrenz zu eröffnen für diese Stadtpartie nach Aufstellung der technischen Details.

Diese Anträge des Referenten werden angenommen.

Es wird nunmehr die Debatte über die Referenten-Anträge bezüglich des Generalregulierungsplanes eröffnet. St.-R. Schlechter beantragt den Zusatz, dass das Comité binnen 3 Wochen sein Referat zu erstatten habe.

Der Referenten-Antrag und der Zusatz-Antrag Schlechter wird angenommen.

St.-R. Müller referiert in Betreff der Herstellung von Linienwalldurchbrüchen und beantragt, es sei die über die Übergabe der zur Herstellung von Communicationen erforderlichen Linienwallgründe in der Verlängerung der Louisen-, Starhemberg- und Hungelbrunngasse IV. Bezirk, in der Johannagasse V. Bezirk, in der Mollard- und Matrosengasse VI. Bezirk, in der Seidengasse und Lerchenfelderstraße VII. Bezirk, in der Lazareth-, Fuchsthaler- und Säulengasse IX. Bezirk, in die Benützung der Gemeinde mit der k. k. Dicasterialgebäude-Direction getroffene Vereinbarung auf Grund des vorgelegten Commissionsprotokolles zu genehmigen. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien und stellt mit Rücksicht auf die vom n.-ö. Landtage in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüsse folgende Anträge:

Die Beschlüsse des Stadtrathes vom 16. und 17. December 1891 seien folgendermaßen zu modificieren.

Punkt A sei abzuändern wie folgt:

I. wird §. 1 und hat zu lauten:

I. Die Gemeinde Wien ertheilt dem beiliegenden Programme für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung der nachstehenden großen Verkehrsanlagen in Wien, und zwar:

1. Der Wiener Stadtbahn;

2. der Regulierung des Wienflusses unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle;

3. der Anlage von Hauptsammelcanälen beiderseits des Donaucanales;

4. der Umwandlung des Donaucanales in einen gegen größere Hochwässer geschützten Handels- und Winterhafen;

ihre Zustimmung.

Der Zusatz:

„unter der Bedingung, dass dieses Programm, einschließlich der Beitragsleistung des Landes in dem im Artikel IX genannten Ausmaße vom n.-ö. Landtage genehmigt werde und für dasselbe behufs Betheiligung des Staates in dem im Artikel IX genannten Ausmaße die verfassungsmäßige Genehmigung erwirkt wird."

hat zu entfallen.

Diese Anträge werden angenommen.

Punkt 2, nunmehr §. 2, hat zu lauten:

II. Die Gemeinde Wien betheiligt sich an der Ausführung der sub I bezeichneten Verkehrsanlagen und an den hiefür nach Punkt IX des Programmes zu bildenden Fonden und zwar an der Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Anlehens bezüglich der Kosten der Stadtbahn und zwar bezüglich der Hauptbahnen mit $7\frac{1}{2}\%$, bezüglich der Localbahnen, wenn für dieselben nicht die Concession an einen Privatunternehmer ertheilt wird, mit 10%, bezüglich der Kosten der Anlage von Hauptsammelcanälen längs des Donaucanales mit 90%, bezüglich der Umwandlung des Donaucanales in einen Handels- und Winterhafen mit $8\frac{1}{3}\%$. Bezüglich der Wienflussregulierung übernimmt die Gemeinde die Verzinsung und Tilgung jenes Anlehensbetrages, welcher zur Beschaffung des nach Maßgabe des Baufortschrittes auszuzahlenden auf die Gemeinde entfallenden effectiven Betrages von 5,000.000 fl. nebst den auflaufenden Intercalarzinsen erforderlich ist, sowie auch die Verzinsung und Amortisation jenes Betrages, welcher für diese Arbeiten über den Betrag von 15,000.000 fl. effectiv bis zum voraussichtlichen Betrage von 20,000.000 fl. auflaufen würde.

Die Betheiligung der Gemeinde erfolgt unter der Bedingung, dass dem Programme seitens des Landes Niederösterreich und seitens des Staates zugestimmt werde und dass behufs der Betheiligung des Landes und des Staates an der Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Anlehens die verfassungsmäßige Genehmigung erwirkt und der Gemeinde Wien zum Behufe der programmäßigen Ausführung der Wienflussregulierung sowohl seitens des Landes als seitens des Staates nach Maßgabe des Baufortschrittes je Ein Drittel der auflaufenden Kosten bis zum Höchstbetrage von je fünf Millionen Gulden effectiv ausgezahlt werden.

St.-R. Matzenauer beantragt, am Schlusse des vom Referenten beantragten §. 2 nach dem Worte „des Staates" einzusetzen „gleichmäßig" und nach dem Worte „effectiv" einzusetzen und „unbelastet".

St.-R. Boschan beantragt, nach „die verfassungsmäßige Genehmigung erwirkt wird" zu setzen: „und insbesondere unter der Bedingung, dass, sowie dies vom Lande Niederösterreich bereits geschehen ist, in Ansehung der Wienregulierung auch vom Staate die Verpflichtung zur Leistung jener Beiträge zur Verzinsung und Amortisation des aufzunehmenden Anlehens übernommen werden, welche ausreichen, um die Geldmittel zu schaffen, dass die der Gemeinde Wien zu bezahlenden 5 Millionen Gulden im Baren und zwar rechtzeitig nach Maßgabe des Baufortschrittes geleistet werden können."

Der Referenten-Antrag, welcher auf Grund der vorstehenden Anträge Matzenauer und Boschan modificiert wird, gelangt sohin in folgender Fassung zur Annahme:

§. 2.

Die Gemeinde Wien betheiligt sich an der Ausführung der im §. 1 bezeichneten Verkehrsanlagen und an den hiefür nach Punkt IX des Programmes zu bildenden Fonde, und zwar: an der Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Anlehens bezüglich der Kosten der Stadtbahn, und zwar: bezüglich der Hauptbahnen (Punkt II, lit. a, b, c, g und h des Programmes) mit $7\frac{1}{2}\%$, bezüglich der Localbahnen (Punkt II, lit. d, e, f, i und k des Programmes), wenn für dieselben nicht die Concession an einen Privatunternehmer ertheilt wird, mit 10%, bezüglich der Anlage der Hauptsammelcanäle beiderseits des Donaucanales mit 90%, bezüglich der Umwandlung des Donaucanales in einen Handels- und Winterhafen mit $8\frac{1}{3}\%$. Bezüglich der Wienfluss-Regulierung übernimmt die Gemeinde die Verzinsung und Tilgung jenes Anlehensbetrages, welcher zur Beschaffung des nach Maßgabe des Baufortschrittes auszuzahlenden, auf die Gemeinde entfallenden effectiven Betrages von 5,000.000 fl. nebst den auslaufenden Intercalarzinsen erforderlich ist, sowie auch die Verzinsung und Amortisation jenes Betrages, welcher für diese Arbeiten über den Betrag von 15,000.000 fl. effectiv bis zum voraussichtlichen Betrage von 20,000.000 fl. auflaufen wird.

Die Betheiligung der Gemeinde an den im §. 1 genannten Verkehrs-Anlagen erfolgt unter der Bedingung, dass dem Programme seitens des Landes Niederösterreich und seitens des Staates zugestimmt

werde und dass behufs der Betheiligung des Landes und des Staates an der Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Anlehens die verfassungsmäßige Genehmigung erwirkt werde und bezüglich der Wienfluss-Regulierung sowohl der Staat als das Land Niederösterreich die Verzinsung und Tilgung jenes Anlehensbetrages übernehmen, welcher zur Beschaffung des nach Maßgabe des Baufortschrittes auszuzahlenden, auf das Land und den Staat entfallenden effectiven Betrages von je 5,000.000 fl. nebst den auflaufenden Intercalarzinsen erforderlich ist.

Punkt II, 1 des Stadtraths-Beschlusses vom 16. und 17. December 1891 hat zu entfallen.

Punkt II, 2 wird nunmehr §. 3 und hat folgendermaßen zu lauten:

§. 3.

„Die Gemeinde Wien ertheilt die Bewilligung zu der im Punkte XIII, Z. 2 und 3 des Programmes vorgesehenen unentgeltlichen Benützung von Gemeindestraßen und zur unentgeltlichen Abtretung oder Belastung von Gemeindegrundstücken." (Angenommen.)

Als §. 4 ist zu setzen:

§. 4.

„Der Bürgermeister wird ermächtigt, das zur Ausführung des Programmes nothwendige Übereinkommen mit der Regierung und dem n.-ö. Landesausschusse, beziehungsweise mit der nach Punkt VII des Programmes einzusetzenden Commission für Verkehrsanlagen in Wien abzuschließen." (Angenommen.)

Als §. 5 ist zu setzen:

§. 5.

„Der Gemeinderath wählt aus seiner Mitte gemäß Punkt VII des Programmes 5 Mitglieder und 2 Ersatzmänner in die Commission für Verkehrsanlagen in Wien auf die Dauer ihres Gemeinderaths-Mandates.

Die Ersatzmänner sind als erster und zweiter Ersatzmann zu wählen und haben im Falle der dauernden Verhinderung von Mitgliedern einzutreten."

B (Wünsche an die Regierung) des Stadtraths-Beschlusses vom 16. und 17. December 1891 bleiben unverändert.

Ad C des Stadtraths-Beschlusses vom 16. und 17. December 1891 beantragt Referent die Streichung des Punktes 1.

(Angenommen.)

Ebenso beantragt Referent die Streichung des Punktes 2.

St.-R. Dr. Vogler, Dr. Grübl und Dr. Lederer beantragen die Belassung dieses Punktes; Dr. Lederer stellt noch den Eventual-Antrag, im Falle der Streichung des Punktes 2 einen Paragraph zu setzen, welcher die Maximalziffer enthält (analog der im Landesgesetze enthaltenen diesbezüglichen Bestimmung).

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag auf Streichung des Punktes 2 mit 10 Stimmen angenommen.

Eventual-Antrag Dr. Lederer auf Fixierung einer Maximalziffer wird vorbehaltlich der Stylisierung dieses Paragraphes angenommen.

Punkt 3 ist durch §. 5 erledigt.

Der Referent beantragt die Streichung des Punktes 4.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Die Debatte wird abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 20. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, v. Neumann, v. Götz, Noske, v. Goldschmidt, Schlechter, Dr. Grübl, Schneiderhan, Dr. Hackenberg, Dr. Stenzl, Kreindl, Dr. Vogler, Dr. Lederer, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm. Meißl,

---

Krank: Dr. Huber.
Beurlaubt: Baugoin.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Vorsitzender: **Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.**

St.-R. Kreindl referiert über das Ansuchen des Weinbau-Vereines im XVIII. Bezirke um Überlassung eines städtischen Grundes in Weinhaus, E.-Z. 260 Pötzleinsdorf.

Referent stellt folgenden Antrag:

Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, dem zu constituierenden Weinbau-Vereine für den XVIII. Wiener Bezirk die im Grundbuche Pötzleinsdorf sub E.-Z. 260 inliegende Wiesen-Parcelle Nr. 589 im Flächenausmaße von 1581 Quadratklafter zur Anlage eines Versuchs-Weingartens mit amerikanischen Reben pachtweise gegen einen jährlichen Pachtzins von 5 fl. auf die Dauer von 10 Jahren und zwar unter folgenden Bedingungen zu überlassen:

1. Die Statuten des Vereines sind dahin abzuändern, dass keinem Weingartenbesitzer aus den bestandenen Gemeinden Salmannsdorf, Neustift, Pötzleinsdorf, Gersthof, Weinhaus und Währing die Mitgliedschaft versagt werden darf, ferner dass der Verein das Schnittholz und die veredelten Wurzelreben nur ohne Entgelt an seine Mitglieder abgeben darf, und dass auch diese die vom Vereine erhaltenen Schnittholzer und Wurzelreben nicht entgeltlich veräußern dürfen.

2. Das fragliche Grundstück darf nur zur Anlage eines Versuchs-weingartens mit amerikanischen Reben behufs Erlangung von veredelten Wurzelreben und Schnittholz verwendet werden.

3. Die Gemeinde Wien ist bei Nichtzuhaltung dieser Bedingungen berechtigt, das Pachtverhältnis sofort ohne Kündigung aufzulösen.

Dem bisherigen Pächter Moriz Bastien wird für die Zeit von der Rückstellung der ihm verpachteten Parcelle Nr. 589 bis zum Ablaufe des Pachtvertrages ddto. 30. September 1887 ein Pachtnachlass von 40 fl. per Jahr bewilligt. (Angenommen.)

Über die Verpachtung ist dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.

— referiert über das Ansuchen des Julius Winkler noe. Carl Freih. v. Suttner um Ankauf der am städtischen Steinlagerplatze im IX. Bezirk lagernden Ausschuss-Würfelsteine.

Referent beantragt, die gedachten Ausschussteine (487 kurze und 81 lange 7/7"ige Würfel) gegen den angebotenen Nachlass von 20% von dem Kaufpreise per 245 fl. pro mille zu übernehmen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Carl Pöhlmann, Franz Popelka, Friedrich Korsch und Carl Epperlein, sämmtlich Schuldiener in Fünfhaus, um Zuerkennung von Dienstalters-Zulagen.

Referent beantragt, dem Franz Popelka den Gehalt von 400 fl. auf 450 fl., den übrigen Dienern aber den Gehalt von 450 fl. auf je 500 fl. vom 1. August 1891 an auf Grund des §. 19 der noch in Kraft bestehenden Dienstpragmatik für die Beamten und Diener der Gemeinde Fünfhaus zu erhöhen. (Angenommen);

— referiert über die Note der k. k. Finanz-Landesdirection vom 20. November 1891, Z. 1827/Pr., betreffend die Demolierung des Armenhauses der bestandenen Gemeinde Ober-Sievering und die pachtweise Überlassung des hiedurch gewonnenen Grundes für Zwecke des dortigen Linienamtes.

Referent beantragt, es sei dem Präsidium der k. k. Finanz-Landesdirection in Wien zu eröffnen, dass die Gemeinde Wien unter Aufrechthaltung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 27. October 1891, G.-R.-Z. 676, bereit sei, auch den übrigen Theil der Cat.-Parc. Nr. 3 in Ober-Sievering an das Finanzärar für Zwecke des dortigen Linienamtes, unter folgenden Bedingungen pachtweise zu überlassen:

1. Als Pachtobject hat die im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a b c A B e h i a umschriebene Fläche zu gelten;

2. die Verpachtung geschieht auf unbestimmte Zeit gegen beiden Theilen unbedingt zustehende halbjährige Kündigung des ganzen Platzes oder eines Theiles desselben;

3. das k. k. Finanzärar bezahlt hiefür einen Jahres-Pachtschilling von 40 fl. vom Tage der Übergabe dieses Platzes angefangen in halbjährigen Anticipativ-Raten;

4. die für Zwecke des Ärars nothwendige Herstellung und Erhaltung des Niveaus, des Straßenkörpers, etwaiger Abschrankungen oder Überbrückungen hat dasselbe auf eigene Kosten zu machen;

5. ebenso bestreitet das k. k. Finanzärar auch die Kosten der Beleuchtung, Reinigung und Bespritzung dieses Pachtgrundes allein;

6. nach ganzer oder theilweiser Auflösung des Bestandverhältnisses bezüglich dieses Grundtheiles ist derselbe auf Rechnung des k. k. Ärars vollkommen geräumt und planiert an die Gemeinde zurückzustellen;

7. diese nachträgliche Grundverpachtung bildet einen integrierenden, jedoch besonderen Theil des über das ganze Bestandverhältnis abzuschließenden Vertrages und hat das k. k. Finanzärar die Gebüren für das ganze Rechtsgeschäft zu bestreiten. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über mehrere Gesuche von in Fünfhaus wohnhaften Parteien um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien.

Referent beantragt, die Zuständigkeit gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Ignaz Haider, Conducteur der Staatsbahn;
Marie Habel, Bürgerschullehrerin;
Richard Habel, Ingenieur;
Alois Kittinger, Bahnbeamter;
Johann Studeny, Steinschleifer. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über das Ansuchen des Gottlieb und der Marie Weller um Schadloshaltung für den Straßengrund Einl.-Z. 1310 des VII. Bezirkes vor dem Hause Nr. 22 Westbahnstraße.

Referent beantragt, die Schadloshaltung für diesen abgetretenen Straßengrund per 33·54 m² conform dem Schätzungs-Resultate mit 38 fl. per m² zu bestimmen. (Angenommen.)

— referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik I, 2 „Wagenauslagen anlässlich der Vorspanns-Inspicierungen" und beantragt, einen solchen in der Höhe von 45 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen der Firma S. Fischer und J. Müller, Färbereibesitzer, um Baubewilligung für eine Färberei auf der Realität Einl.-Z. 3853, II. Bezirk (Brigittenau, Pappenheimgasse).

Referent beantragt, dem folgenden Antrage des Magistrates die Bestätigung zu ertheilen: Es sei die Baubewilligung gegen dem zu geben, dass seitens der Eigenthümer der Realität Grundb.-Einl. Z. 3853 im II. Bezirk auf ihre Kosten ein intabulationsfähiger Revers ausgestellt und auf dieser Realität grundbücherlich einverleibt werde, dahin gehend, dass dieselben verpflichtet sind, den zur Eröffnung der Pappenheimgasse in der Strecke von der Treustraße bis zur Denisgasse erforderlichen, grundbücherlich bereits abgeschriebenen Grund längs der obigen Realität in der halben Straßenbreite auf ihre Kosten auf das vorgeschriebene Niveau zu bringen, demnach auch die darauf befindlichen Objecte zu demolieren und diesen Grund bis 31. Mai 1892 zu übergeben, weiters die gleiche Verpflichtung auch hinsichtlich der zur Pappenheimgasse parallelen Straße zu erfüllen, jedoch diesen Grund an die Gemeinde Wien bis 31. December 1892 zu übergeben, und dass weiters zur Sicherstellung dieser Verpflichtung eine Caution im Betrage von 1000 fl. für jede der beiden Straßen bei der städtischen Hauptcassa erlegt oder grundbücherlich einverleibt werde. Diese Caution von je 1000 fl. wäre zu Gunsten der Gemeinde Wien verfallen, wenn bis 31. Mai, resp. 31. December 1892 die bezüglichen Straßenhälften nicht im vorgeschriebenen Niveau an die Gemeinde übergeben worden sind. Unter Einem ist sodann wegen Herstellung des Niveaus und Übergabe bis Mai 1892 hinsichtlich des Straßengrundes der Denisgasse im Sinne der diesfälligen Erklärung der Firma Dehm und Olbricht als Eigenthümerin der Realität Or.-Nr. 79, Klosterneuburgerstraße, an diese Firma die Aufforderung zu richten.

St.-R. Dr. Vogler beantragt beizufügen, dass die festgesetzte Caution, resp. Conventionalstrafe nicht von der Erfüllung der Verbindlichkeit befreie.

Der Referenten-Antrag und der Zusatz-Antrag des St.-R. Dr. Vogler werden angenommen;

— referiert über den Statthalterei-Erlass vom 2. December 1891, Z. 74.441, betreffend die Bewilligung für die Wiener Tramway-Gesellschaft zur vorläufigen Inbetriebsetzung von 20 Wagen nach zwei neuen Typen, resp. über die diesfälligen Verhandlungsacten, aus welchen hervorgeht, dass der Magistrat sich veranlasst sah, gegen die gedachte, ohne vorherige Einvernehmung der Gemeinde Wien erflossene Statthalterei-Verfügung sofort den Rekurs zu ergreifen, und beantragt, diese Acten zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des Sándor und der Therese Jaray, durch Dr. Eduard Jüngling, um Abgabe einer Erklärung hinsichtlich des zur M.-Z. 246.779 ex 1891 ertheilten Parcellierungs-Consenses für die Realität Grundb.-Einl.-Z. 310 — Or.-Nr. 12 Griesgasse — im V. Bezirke.

Referent beantragt, dem Punkte I des Ansuchens Folge zu geben und die gewünschte Erklärung, dass die in dem, zur genannten Mag.-Zahl genehmigten Trennungsplane in den gelb lasierten Figuren

ersichtlichen, mit den Buchstaben $\frac{e\ f\ g\ h\ e}{\text{roth}}$ und A B $\frac{b\ a}{\text{roth}}$ A umschriebenen Grundflächen per 208·09 Quadratmeter und per 41·208 Quadratmeter, zusammen 249·298 Quadratmeter mit den in dem ausgestellten Reverse benannten Flächen per 208 Quadratmeter und per circa 40 Quadratmeter identisch sind, und dass daher mit Rücksicht auf die schon erfolgte Sicherstellung der betreffenden Verpflichtung als Reallast eine weitere Sicherstellung, also insbesonders die im Punkte 2 des Decretes M.-Z. 246.779 vorgesehene Einverleibung der nach Punkt 1 dieses Decretes übernommenen Verpflichtungen als Reallast entfallen kann, auszufolgen, das weitere Begehren aber, wornach die Parcellentheile a b c d e und c d e f c zusammen als Stammrealität Haus in der Griesgasse in der Grundbuchseinlage 310 verbleiben sollen, abzuweisen. (Angenommen.)

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des „Allg. n.-ö. Volksbildungsvereines, Zweig Wien und Umgebung" um Erlassung der Beleuchtungs- und Beheizungskosten für den Gemeindesaal im III. Bezirk anlässlich der Abhaltung von Vorträgen.

Referent beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben, und es habe demnach die Verpflichtung des gedachten Vereines, die Kosten für die Beleuchtung und Beheizung des Gemeindesaales im III. Bezirke zu bestreiten, vom Tage der Überlassung desselben an den Verein zu entfallen. (Angenommen);

— referiert über den Fortbestand der städt. Kindergärten in den neu einbezogenen Bezirken und deren Subventionierung seitens des Bezirksschulfondes.

Referent beantragt, die diesen öffentlichen Kindergärten (in Simmering, Währing, Ober-Döbling, Unter-Sievering und Heiligenstadt) bisher von Seite der Bezirksschulfonde gegebenen Subventionen im Gesammtbetrage von jährlich 1900 fl. vom 1. Jänner 1892 an nicht in Anspruch zu nehmen, und die Ausgaben für die Erhaltung der in Rede stehenden Kindergärten von diesem Zeitpunkte an, aus den eigenen Geldern der Commune Wien zu bestreiten, wobei die bisherige Höhe der Ausgabe vorläufig, d. i. bis zur durchgreifenden Regelung der diesbezüglichen Verhältnisse, welche im Zuge ist, beizubehalten wäre. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.

St.-R. Witzelsberger referiert über den Consens für den Bau eines Amtslocales auf der Abladerampe der Szállásbahn am Central-Viehmarkte.

Referent beantragt, den gedachten Consens unter den von den Vertretern der priv. österr.-ung. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft und der k. k. General-Inspection der österr. Eisenbahnen mit Rücksicht auf die Lage des Objectes im Bauverbotsrayon der Bahn gestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen der Schulschwestern vom III. Orden des heil. Franziskus um Grundentschädigung, III., Apostelgasse 5.

Referent beantragt, die Schadloshaltung für den beim Hause Nr. 5, Apostelgasse im III. Bezirke, Grundb.-Einl. Nr. 19, zu Straßenzwecken abgetretenen Grund im Ausmaße von 48·33 Quadratmeter mit 15 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Heinrich Hartleben, III., Rennweg 56, um käufliche Überlassung des zur Arrondierung des Hauses III., Schulgasse 12, erforderlichen Grundes am Rennwege.

Referent beantragt, dem Genannten den zur Arrondierung des Eckhauses, III., Schulgasse 12, einzubeziehenden Straßengrund im Ausmaße von 12·56 Quadratmeter um den Preis von 40 fl. per Quadratmeter, sohin im Ganzen um 502 fl. 40 kr. käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über die Festsetzung des Mietzinses für die Sparcassa-Localitäten im neuen Gemeindehause zu Währing.

Referent beantragt, es sei der vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 27. November 1891, Z. 3392, für die von der Sparcassa der Gemeinde Währing im Währinger Gemeindehause innehabenden Localitäten mit 1079 fl. und Nebengebüren festgesetzte Zins unverändert aufrecht zu halten.

Dieser Zins sei vom Tage der Benützung dieser Localitäten, d. i. vom 15. December 1891 an, zu berechnen. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Anton Reidinger um Consens für Adaptierungen im Hause III., Dietrichgasse 29 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Verwaltung des Kinder-Asyles „Humanitas" in Kahlenbergerdorf um eine Subvention und beantragt, die bisher jährlich gewährte Subvention von 500 fl. pro 1892 auf 800 fl. zu erhöhen.

St.-R. Boschan beantragt die Bewilligung einer Subvention von 500 fl. pro 1892. (Dieser Antrag wird angenommen).

Hierüber ist dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.

St.-R. Schlechter referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz, betreffend die Beleuchtung der Alleegasse in Hacking.

Referent beantragt, die Errichtung von 8 neuen halbnächtigen Flammen in dieser Gasse an den im vorgelegten Plane mit 1 bis 8 bezeichneten Punkten zu genehmigen. Diese Beleuchtungs-Vermehrung ist jedoch erst mit dem Eintritte der günstigeren Jahreszeit durchzuführen. Die bezüglichen Jahreskosten per 161 fl. 12 kr. erscheinen im Budget pro 1892 bedeckt. (Angenommen);

— referiert über die Protokolle der Sitzungen des Bezirks-Ausschusses des II. Gemeindebezirkes vom 7. Jänner 1892 und des XVI. Bezirkes vom 28. December 1891 und beantragt, dieselben zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über den Statthalterei-Erlass vom 25. December 1891, Z. 79.951, betreffend Abänderungen der Winter-Fahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft.

Referent beantragt, den Magistrat zu beauftragen, den Recurs sowohl in meritorischer, als in formeller Beziehung, in letzterer wegen Nichteinholung der Wohlmeinung der Gemeinde vor den verfügten Änderungen einzubringen. In meritorischer Beziehung ist darauf hinzuweisen, dass der Verkehr durch die getroffenen Veränderungen, insbesonders durch die bedeutende Vergrößerung der Intervalle, dann dadurch, dass eine Vermehrung der Betriebsmittel, entsprechend dem Zuwachse von circa 3000 Meter an neuen Linien nicht stattgefunden hat, eine bedeutende Verschlechterung erfahren hat.

St.-R. Müller beantragt, es sei das Stadtbauamt anzuweisen, die Fahrordnungen genau dahin zu studieren, in welcher Richtung und in welchen Intervallen die Wägen fahren, und ob dies den Bedürfnissen des Publicums entspricht.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den Recurs nur wegen der formellen Frage zu ergreifen und in demselben auf das Meritorische nicht einzugehen.

St.-R. Witzelsberger beantragt, es sei der Bürgermeister zu ersuchen, sich mit dem Handelsminister wegen endlicher Einführung eines einheitlichen Tarifes für das ganze Wiener Gemeindegebiet ins Einvernehmen zu setzen.

Bei der Abstimmung wird beschlossen, den Recurs nach dem Antrage des Referenten in formeller und meritorischer Beziehung zu ergreifen.

Der Antrag des St.-R. Witzelsberger wird unter Berufung auf den Stadtraths-Beschluss vom 30. December 1891 ad Z. 3399 angenommen.

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Baulinienbestimmung für den sogenannten Kaisergarten im III. Bezirk.

Referent beantragt, für den Kaisergarten die mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 15. December 1878, Z. 5575, genehmigte Baulinie beizubehalten.

Die Verlängerung der Schulgasse hat unter Correspondenz der für die Schulgasse bestimmten Baulinie (gerade Hausnummern) zu erfolgen. Die beantragten Abkappungen an dem Kreuzungspunkte der hier zusammenführenden Straßen sind mit 4 Meter Frontlänge zu bestimmen.

Hinsichtlich der Ausführung und Erhaltung der beantragten Vorgärten in der Boerhavegasse sind die entsprechenden grundbücherlichen Sicherstellungen vorzuschreiben. (Angenommen);

— referiert über die Vergebung der Traversenlieferung für den Bau des Wohnhauses III. Bezirk, Gestättengasse (Wällischgasse 41, Armenhaus).

Referent beantragt die Übertragung dieser Lieferung an A. Hermann Frankel und Söhne zum Preise von 11 fl. 05 kr. per 100 Kilo (franco Bauplatz).

St.-R. Müller beantragt, es sei das Stadtbauamt zu beauftragen, Bericht zu erstatten über das Eisenmaterial aus verschiedenen Werken hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit bei Trägern, und zwar bei gleichem Querschnitte und gleicher Länge.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag und der Antrag Müller angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Mayenauer referiert über die eventuelle Gewährung weiterer Pachtzinsnachlässe für Gründe der bestandenen Gemeinde Simmering.

Referent beantragt, es sei der Magistratsbericht über den Stadtraths-Auftrag vom 10. November 1891, Z. 15.213, nach welchem Berichte die Preise von 8, 7, 6 und 5 kr. Pachtzins per Quadratklafter Küchengartengrund in Simmering angemessen erscheinen und nicht herabzusetzen sind, zur Kenntnis zu nehmen und in dieser Angelegenheit nichts Weiteres zu verfügen. (Angenommen);

— referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß in Betreff der Aufstellung von Sitzbänken in der Allee an der Hüttelsdorferstraße in Rudolfsheim (Schmelz).

Referent beantragt, es seien dortselbst, und zwar auf der Seite von Rudolfsheim, 30 Bänke einfachster Construction (gleich den alten Glacis-Bänken) aufzustellen, insoferne das Militärärar hiezu seine Zustimmung ertheilt.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Aufstellung von 120, St.-R. Dr. Lederer die Aufstellung von 100 einfachen Bänken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den Magistrat zu beauftragen, vorerst eine Anfrage an das Kriegsministerium wegen Gestattung der Aufstellung von Bänken dortselbst, zu richten.

Dieser letztere Antrag wird angenommen.

St.-R. Roske referiert über die vom Magistrate getroffenen provisorischen Verfügungen wegen Auszahlung der Bezüge der an den communalen Kindergärten in den neu einbezogenen Bezirken Angestellten.

Referent beantragt, diese provisorischen Verfügungen einverständlich zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in dem mit Wien vereinigten Theile der bestandenen Gemeinde Speising.

Referent beantragt, es sei diese Gemeindejagd dem Schweinehändler Leopold Langsteiner, XIII., Hietzing, Alleegasse 26, um den Jahreszins von 70 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis incl. 31. December 1897 unter den im Protokolle ddto. Speising, 15. December 1891 enthaltenen Bedingungen, sowie unter der weiteren Bedingung zu verpachten, dass der Pächter der Verpflichtung zur Bestellung eines geeigneten, dem Bezirksamte binnen 14 Tagen anzuzeigenden Aufsichtsorganes (§. 13 der Ministerial-Verordnung vom 15. December 1852) nachkommt. (Angenommen);

— referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd im XI. Wiener Gemeindebezirke, Simmering.

Referent beantragt, es sei diese Jagd dem Ernst Gatter, Carl Ferstl, Martin und Alois Gey, sämmtlich in Simmering wohnhaft, für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis incl. 31. December 1897 um den Jahreszins von 200 fl. unter den im Protokolle der k. k. Bezirkshauptmannschaft Bruck a. d. Leitha ddto. 28. November 1891 sammt Beilage enthaltenen Bedingungen, sowie unter der im vorhergehenden Referate hinsichtlich eines zu bestellenden Aufsichtsorganes beschlossenen Bedingung zu verpachten.

Das Ansuchen des Carl Peitl um Verpachtung des Jagdrechtes auf jenem Theile der Gemeinde Klederling, welcher durch das Gesetz vom 19. December 1891, Nr. 45 L.-G.-Bl., zum Gemeindegebiete von Wien gefallen ist, sei mit Rücksicht auf die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen abzuweisen. (Angenommen);

— referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in Unter-Sievering und beantragt, dieselbe dem Hausbesitzer Carl Wöginger in Ober-Sievering für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis inclusive 31. December 1897 um den Jahreszins von 70 fl. unter den im Protokolle ddto. Unter-Sievering, 14. December 1891 enthaltenen Bedingungen, sowie unter der in den vorhergehenden Referaten hinsichtlich der Bestellung eines Aufsichtsorganes beschlossenen Bedingung zu verpachten. (Angenommen);

— referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in den mit Wien vereinigten Theilen von Grinzing und beantragt, dieselbe dem Hausbesitzer Carl Köttner in Grinzing um den Jahreszins von 50 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis inclusive 31. December 1897 unter den im Protokolle ddto. Grinzing, 15. December 1891 enthaltenen Bedingungen, sowie unter der in den vorhergehenden Referaten hinsichtlich der Bestellung eines Aufsichtsorganes beschlossenen Bedingung zu verpachten. (Angenommen);

— referiert über die Weiterverpachtung der Gemeindejagd in Hetzendorf, respective über das diesfällige Anbot des k. und k. Oberst-Jägermeister-Amtes.

Referent beantragt zu beschließen: Die Gemeinde Wien ist bereit, als Rechtsnachfolgerin der bestandenen Gemeinde Hetzendorf dem hohen k. und k. Oberst-Jägermeister-Amte vom 1. Jänner 1892 ab auf sechs Jahre, d. i. bis inclusive 31. December 1897, die Gemeindejagd in Hetzendorf um den Jahreszins von 100 fl. und im Übrigen unter den in dem Vertrage ddto. Wien, 30. October 1886 enthaltenen Bedingungen zu verpachten.

Die Gemeinde Wien bleibt mit diesem Offerte 30 Tage im Worte und wird der Magistrat beauftragt, falls innerhalb dieser 30 Tage eine Erklärung über die Annahme desselben nicht einlangen

sollte, die zur licitationsweisen Verpachtung der gedachten Gemeindejagd erforderlichen Schritte einzuleiten. (Angenommen);

— referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in Heiligenstadt und beantragt, dieselbe dem Isidor Schorstein, Verwaltungsrath der Kahlenberg-Eisenbahn-Gesellschaft um den Jahreszins von 60 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis incl. 31. December 1897 unter den im Protokolle ddto. Heiligenstadt, 30. November 1891 enthaltenen Bedingungen und unter der in den vorhergehenden Referaten, St.-R.-Z. 3986, 3916, 4009 und 4008, hinsichtlich der Bestellung eines Aufsichtsorganes beschlossenen Bedingung zu verpachten. (Angenommen);

— referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in dem mit Wien vereinigten Theile von Altmannsdorf und beantragt, dieselbe dem Josef J. Krätzer, Lederwarenfabrikanten im XII. Bezirke um den Jahreszins von 35 fl. auf die Dauer von 6 Jahren (vom 1. Jänner 1892 bis incl. 31. December 1897) unter den im Protokolle ddto. Altmannsdorf 7. October 1891 enthaltenen Bedingungen und unter den im vorhergehenden Referate bezüglich der Bestellung eines Aufsichtsorganes beschlossenen Bedingung zu verpachten. (Angenommen);

— referiert über die Verpachtung der Gemeindejagd in Lainz und beantragt, dieselbe dem Seifenfabrikanten Carl Schweizer im VII. Bezirke um den Jahreszins von 56 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis incl. 31. December 1897 unter den im Protokolle ddto. Lainz, 9. December 1891 enthaltenen Bedingungen und unter der in den vorhergehenden Referaten bezüglich der Bestellung eines Aufsichtsorganes beschlossenen Bedingung zu verpachten. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 21. Jänner 1892.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Prix,
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, v. Neumann, v. Götz, Noske, v. Goldschmidt, Rückauf, Dr. Grübl, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Kreindl, Dr. Vogler, Dr. Lederer, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm, Meißl,
Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Krank: Dr. Huber.
Entschuldigt: Dr. Stenzl.
Beurlaubt: Baugoin.
Experte: Baudirector Berger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Carl Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Antrag des St.-R. Kreindl, es sei die Einführung der Gasbeleuchtung im Döbling-Nussdorfer Schlachthause zu genehmigen.

An den Magistrat zur Berichterstattung.

Interpellation des St.-R. Schlechter, warum die Erledigung der vorliegenden Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien sistiert wurde.

Der Vorsitzende erwidert, dass über die Grundsätze der Verleihung eine Berathung im Stadtrathe stattfinde und sonach die Gesuche zur Erledigung gelangen sollen.

Es ist zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 19. Jänner 1892 die Wahl des Comités zur Vorberathung des General-Regulierungplanes vorzunehmen. Das Comité besteht aus fünf Mitgliedern des Stadtrathes.

Der Vorsitzende ersucht um Vornahme der Wahl.

Gewählt wurden:

Die St.-R. v. Neumann, Wurm, Müller, Boschan und R. v. Goldschmidt.

Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter setzt das Referat über das Programm für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien fort und beantragt, Punkt C 4 der Beschlüsse des Stadtrathes vom 16. und 17. December 1891:

„4. Die Mitglieder erhalten über die Ausübung ihrer Vollmacht eine Instruction, welche vom Stadtrathe festzustellen ist.“ wegzulassen.

Die St.-R. Schlechter, Dr. Vogler und Dr. Grübl beantragen, den Punkt C 2, welcher lautet:

„2. Die von der Gemeinde Wien in die Commission zu entsendenden Abgeordneten sind in solchen Fällen, wo es sich um eine wesentliche Abänderung oder eine mit Mehrkosten verbundene Erweiterung des gegenwärtigen Programmes handelt, gebunden, die Frage vor Abgabe ihres zustimmenden Votums dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorzulegen.“ wieder aufzunehmen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei eine Maximalziffer zu bestimmen, bis zu welcher die Gemeinde bezüglich der Beitragsleistung haftet.

Der Antrag Schlechter-Dr. Vogler-Dr. Grübl wird abgelehnt; der Antrag Dr. Lederer wird angenommen.

Der Referenten-Antrag auf Streichung des Punktes C 4 wird angenommen.

Weiter beantragt Referent den Punkt C 5, welcher lautet:

„5. Der Gemeinderath erklärt es als selbstverständlich, dass der Gemeinde über die Gebarung jährlich Rechnung gelegt werde.“ beizubehalten. (Angenommen.)

Die Berathung wird hierauf abgebrochen und die Stylisierung des nach dem Antrage Dr. Lederer gefassten Beschlusses auf die nächste Sitzung verschoben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des Wiener kaufmännischen Vereines um käufliche Überlassung der Baustelle II in der Johannesgasse im I. Bezirke und beantragt:

Es sei die Parcelle Nr. II in der Johannesgasse im Ausmaße von 691·87 Quadratmetern dem Wiener kaufmännischen Vereine um den Preis von 120 fl. per Quadratmeter unter den von ihm angebotenen Zahlungsmodalitäten käuflich zu überlassen unter der Bedingung, dass derselbe die Übertragungs- und Stempelgebüren rücksichtlich dieses Vertragsabschlusses bezahle; dem Vereine werde durch 2 Monate vom Tage des Vertragsabschlusses angefangen das Recht vorbehalten, von der an die Parcelle II gegen die Annagasse anstoßenden Parcelle III

einen Grundstreifen von 3—5 Meter Tiefe zum gleichen Preise von 120 fl. per Quadratmeter zu erwerben. (Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten;

— referiert über die Vergebung des Aufziehens und der Instandhaltung der öffentlichen Uhren an dem Gemeindehause in Ottakring, Abelegasse 29 und an dem Schulgebäude, Hauptstraße 158 und beantragt, diese Arbeiten dem Wilhelm Johne, Uhrmacher, Ottakring, Hauptstraße Nr. 47, um den am Ende jeden Jahres zahlbaren Betrag von 80 fl. jährlich für das Jahr 1892 und 1893 zu übertragen. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Gastwirtes Leopold Graf um Überlassung einiger für das Wirtsgeschäft im städtischen Hause, XI., Dorfgasse 64, beigestellter Inventarstücke (4 Tische, 4 Cimente und 1 hölzerne Kellerstiege) und beantragt, diese Inventarstücke dem Gastwirte Leopold Graf gegen Rücklass der nach Äußerung des Gemeindevorstandes Simmering ein Eigenthum des Leopold Graf bildenden Thüre zu überlassen; eine Geldentschädigung habe Leopold Graf nicht zu leisten. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Adolf Zenz um Herstellung einer Abtheilungswand in der Schulleiterwohnung, VIII., Langegasse 36 und beantragt, diese Herstellung mit dem Kostenbetrage von 94 fl. 35 kr. zu genehmigen (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Raimund v. Götz um Abänderung der Parcellierung der Realität Consc.-Nr. 9 in Unter-Baumgarten und stellt folgende Anträge:

Die angesuchte Parcellierung wird unter den nachfolgenden Bedingungen beziehungsweise Baulinienbestimmungen nach dem vorliegenden Plane genehmigt:

1. Für die neue Quergasse die Linie a p und die in einer Entfernung von 11·38 Meter zu dieser parallel gezogenen Linien (r f);

2. gegen die Hauptstraße ist parallel mit der Linie r s in einem Abstande von 11 Meter zur ersteren die Baulinie behufs Gewinnung eines Kirchenplatzes zurückzurücken.

3. Als Niveau für die neue Querstraße wird die geradlinige Verbindung der bereits im Niveau hergestellten Straßen, der Hauptstraße und der Bahngasse bestimmt.

4. Die zur Eröffnung der neuen Quergasse, zur Verlängerung der Bahngasse, zur Verbreiterung der Hauptstraße, sowie zur Schaffung eines Kirchenplatzes erforderlichen Gründe sind unentgeltlich und im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abzutreten und ist die gebüren- und lastenfreie Abschreibung derselben unter Einem mit der Durchführung der Parcellierung zu veranlassen.

5. Diese sub 4 bedungene Pflicht zur unentgeltlichen Übergabe und Niveauherstellung ist auf den Baustellen 1—13 und den restlichen Grundtheilen (k' k'' g g') grundbücherlich vorzumerken.

6. Die grundbücherlich sicherzustellende Verbauung mit Wohnhäusern wird in folgender Weise bestimmt:

a) Die Eckbaustellen 1, 6, 7, 13 sind in der Weise zu verbauen, dass gegen die anrainenden Parcellen 2, 5, 8 und 12 ein mindestens 30% der Gesammtparcellenfläche messender unverbaubarer Garten verbleibt.

b) Bei den Mittelparcellen 2, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 12 sind die betreffenden Gebäude entweder frei gegen die Nachbarparcellen auszuführen oder je zwei Objecte zusammen zu verbinden, so dass bei der einen oder anderen Verbauungsweise mindestens 40% der Gesammtparcellenfläche messende unverbaubare Gärten verbleiben.

c) Bei den Eck- sowie den Mittelparcellen dürfen die zu erbauenden Häuser außer dem Parterregeschoß bloß ein bewohnbares Stockwerk erhalten.

Bei Punkt 2 stellt St.-R. Schlechter und sohin der Referent folgenden Antrag:

„2. Gegen die Hauptstraße ist parallel mit der Linie r s in einem Abstande von 11 Metern zur ersteren die Baulinie zurückzurücken und die auf diese Art gewonnene Baustelle Nr. 1 mit dem Bauverbote zu belegen.

Die Punkte 1, 2 (modificiert) und 3 werden genehmigt und das Referat wegen Vorlage neuer Anträge durch den Referenten vertagt.

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Josef Koniakowsky um Bestimmung der Baulinie für VI. Bezirk, Windmühlgasse Nr. 15 und beantragt, das Stadtbauamt aufzufordern, eine neue Studie vorzulegen, beziehungsweise darüber zu berichten, nach welcher, statt der beantragten Verlängerung der Theobaldgasse durch das Haus Nr. 7 die Verlängerung nach der Richtung a d und b c d. i. gegen das Haus Nr. 15 Windmühlgasse, projectiert wird. Hiebei wäre die Fillgrader- und die Bienengasse fahrbar in die Theobaldgasse einzumünden, weshalb die Niveaus darnach entsprechend zu bestimmen wären. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Abänderung der Geleise-Anlage bei der Mariahilfer-Linie.

Referent beantragt, mit Hinblick auf die Äußerung des Stadtbauamtes die Zustimmung zur Straßenbenützung für die von der Wiener Tramway-Gesellschaft projectierte Änderung ihrer Geleise-Anlage nicht zu ertheilen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Ernst von Gotthilf um käufliche Überlassung eines städtischen Grundes, E.-Z. 1036, in der Börsegasse im I. Bezirke, im Ausmaße von 428·34 Quadratmeter zum Preise von 124 fl. per Quadratmeter und beantragt, ein Comité zum Zwecke der Verhandlung mit dem Gesuchsteller einzusetzen.

St.-R. Matzenauer beantragt die Ablehnung des Offertes.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, die Angelegenheit dem Comité, welches behufs Verhandlung mit Diedek bezüglich Or.-Nr. 39 Tiefer Graben, eingesetzt ist, zuzuweisen.

Der Antrag Dr. Lederer wird abgelehnt und der Antrag Matzenauer angenommen;

— referiert über das Ansuchen des Carl Feder und Consorten um Vorausbestimmung der Schadloshaltung für den von Or.-Nr. 22 und 24, Neubaugasse im VII. Bezirke, zur Neubaugasse und Durchführung der Dreilaufergasse abzutretenden Grund und beantragt, den Magistrat im Hinblicke auf §. 12 der Wiener Bauordnung zu ermächtigen, mit den Gesuchstellern wegen Feststellung der Schadloshaltung für die zur Durchführung der Dreilaufergasse abzutretenden Grundtheile, eventuell wegen gänzlicher Einlösung der Realität Or.-Nr. 22, Neubaugasse, in Verhandlung zu treten. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Bachofen v. Echt wegen Anfertigung einer Medaille zur Erinnerung an die Vereinigung der Vororte mit Wien und beantragt, auf die in diesem Antrage enthaltene Anregung nicht einzugehen.

St.-R. Matzenauer beantragt, es sei die Prägung einer Medaille um den vom Bibliotheksdirector angegebenen beiläufigen Kostenbetrag von 3500 fl. zu beschließen.

Letzterer Antrag wird mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen.

St.-R. Dr. v. Billing referiert über Schulgeldbefreiungen und Schulgeldbefreiungsverluste am Communal-Gymnasium in Ober-Döbling und beantragt, die bezüglichen Magistrats-Anträge vom 17. Jänner 1892, Z. 459.838, zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über die Vergebung der Holzfällung am Bürgerspitalfondsgute in Spitz a. d. D. und beantragt:

a) die im Protokolle des Forstamtes Spitz a. d. D., 8. December 1891, Z. 152, enthaltene Vergebung des in der Fällungsperiode 1891/92 zu gewinnenden Holzes und zwar von 2268 m³ Brennholz und 154 m Nutz- und Stammholz um den Gesammtfällungs- beziehungsweise Bringungslohn von 1318 fl. 10 kr. zu genehmigen;

b) die Fällung der Dürrlinge und Windbrüche von dem Forstamte Spitz, von Fall zu Fall um den Maximallohn von 50 kr. per Kubikmeter zu vergeben;

c) das Forstamt Spitz zu ermächtigen, die Fällung von 30 m³ Brennholz im District Hohenmais II/h 2, welche bei der Licitation um dem Ausrufspreis von 50 kr. nicht an Mann gebracht werden konnten, um den Maximalpreis von 60 kr. per Cubikmeter aus freier Hand zu vergeben. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

(Der Ball der Stadt Wien) findet definitiv am Sonntag den 7. Februar d. J. statt.

* * *

(Gegen den Ausdruck „Groß-Wien".) Der Statthalter Graf Kielmansegg hat mit Erlass vom 12. Jänner 1892, P.-Z. 246, an den Bürgermeister Dr. Prix das Ersuchen gestellt, sowohl zu veranlassen, dass der Ausdruck „Groß-Wien" in amtlichen Ausfertigungen nicht geduldet und überhaupt aus dem amtlichen Sprachgebrauche ganz ausgeschlossen werde, als auch darauf hinzuwirken, dass diese Bezeichnung auch im öffentlichen Verkehre wieder verschwinde, nachdem die historische Individualität der Gemeinde Wien durch die Erweiterung ihrer Grenzen unverändert geblieben ist und deren Name ausschließlich „Reichshaupt- und Residenzstadt Wien", im Sinne des Gesetzes vom 19. December 1890 (L.-G.-Bl. Nr. 45) zu lauten hat.

* * *

Gem.-Rath Alfons Herold wird als Delegierter der Stadt Wien bei der am 4. Februar d. J. stattfindenden Eröffnung der internationalen Ausstellung für das Rothe Kreuz, Armeebedarf, Hygiene, Volksernährung und Kochkunst in Leipzig beiwohnen. Derselbe functioniert auch als Juror dieser Ausstellung.

* * *

Das „Statut" sowie die „Geschäftsordnung für den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und für die magistratischen Bezirksämter" sind bereits im Druck erschienen und sind, vereinigt in ein Heftchen, im Expedite des Gemeinderaths-Präsidium (Rathhaus, I. Stock) um den Betrag von 10 kr. erhältlich.

Approvisionierung.

(Schlachtviehmarkt vom 25. Jänner 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3267, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 328.
Summa . 3595.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1543
Galizische „ . . .	384
Deutsche „ . . .	1598
Büffel „ . . .	70

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	2723
Stiere	244
Kühe	628

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht:

Ungarische Schlachtthiere .	von 54 bis 65 fl.	Diese Preise ermäßigen sich für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung um den beim Handel vereinbarten Procentabzug, welcher zwischen 30 bis 40% schwankt.
Galizische „ .	„ 53 „ 62 „	
Deutsche „ .	„ 54 „ 69 „	

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Procentabzug:

Ochsen . .	von 23 bis 33 fl.
Stiere . .	„ 23 „ 33 „
Kühe . .	„ 20 „ 33 „
Büffel . .	„ 18 „ 25 „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 22 bis 98 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen	14 Stück
Beinlvieh	12 „

Der heutige Markt war gegen den vorwöchentlichen um 294 Stück Schlachtthiere stärker beschickt. Bei flauer Kauflust haben die Preise einen Rückgang von 1 bis 2 fl. per 100 Kilo erfahren.

* * *

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 17. bis 23. Jänner 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 200.683 Kg. (Davon aus Nieder-Österreich — 115.158; Ober-Österreich — 3.262; aus Steiermark — 192; aus Mähren — 13.436; aus Galizien — 50.307; aus Ungarn — 18.328.)

Kalbfleisch . . .	10.738 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 2.387; aus Galizien — 8.351.)
Schaffleisch . .	2.270 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 447; aus Galizien — 1.391; aus Ungarn — 312; aus der Bukowina — 120.)
Schweinfleisch .	36.043 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 23.467; aus Mähren — 961; aus Galizien — 10.444; aus Ungarn — 1.171.)
Kälber	1.121 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 35; aus Ober-Österreich — 2; aus Steiermark — 2; aus Mähren — 28; aus Galizien — 1.053; aus Ungarn — 1 St.)
Schafe	277 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 139; aus Ober-Östereich — 24; aus Mähren — 2; aus Galizien — 55; aus Ungarn — 41; aus Bukowina — 16 St.)
Schweine . . .	2.625 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 185; aus Mähren — 10; aus Galizien — 2.429; aus Ungarn — 1 St.)
Lämmer . . .	— „	—

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	4.690 Kg.	Kälber	29 Stück
Kalbfleisch	41 „	Schafe	6 „
Schaffleisch . . .	33 „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	1.287 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch . . .	von	32	bis	100	kr.	per Kg.
Kalbfleisch . . .	„	34	„	75	„	„ „
Schaffleisch . . .	„	30	„	54	„	„ „
Schweinfleisch . .	„	40	„	66	„	„ „
Kälber	„	38	„	58	„	„ „
Schafe	„	30	„	42	„	„ „
Schweine	„	40	„	56	„	„ „
Lämmer	„	—	„	—	„	„ „

Zufuhr etwas schwächer, Marktverkehr schleppend, Preise gedrückt.

Armenangelegenheiten.

(Spenden.) Fürst Emanuel Collalto San Salvatore hat für die Armen Wiens den Betrag von 400 fl., ebenso ein Unbenannter unter Chiffre N.N. 100 fl., und weiters ein Unbenannter unter Chiffre F. G. 100 fl. — zuhanden des Bürgermeisters Dr. Prix gespendet.

Gewerbeangelegenheiten.

Genossenschaftliche Krankencassen.

Seitens der genossenschaftlichen Krankencassen wurde in der letzten Zeit wiederholt Klage geführt, dass sie durch Unterlassung der Anmeldung von krankenversicherungspflichtigen Hilfsarbeitern eine bedeutende Schädigung ihrer Interessen erfahren. Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat nun den Magistrat aufgefordert, in solchen Fällen mit aller Strenge des Gesetzes seines Strafamtes zu walten, nachdem sich die Unterlassung der Anmeldung bei solchen Cassen als Übertretung des §. 121 der Gewerbe-Ordnung darstellt und die schuldtragenden Gewerbsinhaber nach §. 131 desselben Gesetzes straffällig erscheinen.

Gewerbeanmeldungen vom 18. Jänner 1892.

Popp Carl, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XVI., Ottakring, Yppenplatz 2.

Zrubecky Johann, Verschleiß von Butter und Käse, X., Canongasse 1.

Calchara Giacomo, Canditen und Gefrornes, XVII., Hernals, Mitterberggasse 17.

Gerger Josef Carl, Drechslerwaren-Verschleiß, IV., Kettenbrückengasse 22.

Prokop Franz, Eislaufplatz, XVIII., Währing, Bockgasse.

Schmid Alois, Fleischselcher, XVI., Ottakring, Wattgasse 40.

Knechtsberger Franz, Friseur, IX., Währingerstraße 56.

Böck Aloisia, Gemischtwaren-Verschleiß, XI., Hauptstraße 102.

Bartele Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Reindorferstraße 8.

Czerwenka Georg, Gemischtwaren-Verschleißer, XII., Hetzendorf, Premlechnergasse 4.

Feigenblum Feige, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Gr. Mohrengasse 13.

Grenl Theresia, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Kreutzgasse 60.

Herold Pauline, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Fasangasse 7.

Kek August und Kek Aloisia, Gemischtwaren-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Mariahilfergürtel 21.

Kisler Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Mayßengasse 5.

Müller Magdalena, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Meidling, Breitenfurterstraße 1.

Reich Sigmund, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Dammstraße 11.

Rotböck Ludwig, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Gaudenzdorfer Hauptstraße 1.

Sailer Andreas, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Hahngasse 17.

Schreier Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XI., Simmering, Braunhubergasse 12.

Zavadil Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 50.

Zeisel Theodor, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 63.

Starke Ernst Hermann, Verschleiß von neuen Gold- und Silberwaren, XVIII., Währing, Schulgasse 12.

Schuster Leo, Graveur, VII., Neubaugasse 17.

Schillinger Josefine, Hadernhandel, V., Matzleinsdorferstraße 32.

Cellerin Heinrich, Handelsagentie, VI., Mollardgasse 31.

Baldus Carl, Handschuhmacher, VIII., Josefstädterstraße 85.

Fleischmann Fanni, Handschuh-Verschleiß, I., Freisingergasse 7.

Ranninger Carl, Hundehändler, XII., Altmannsdorf, Sandhütte 2.

Potuznik Josef, Hutmachergewerbe, I., Kärnthnerstraße 33.

Eichler Franz, Kleidermacher, III., Adamsgasse 17.

Leska Franz, Schneidergewerbe, XVIII., Währing, Mitterberggasse 21.

Statz Bertha, Kleidermacherin, XII., Gaudenzdorf, Hauptstraße 72.

Reichsfeld Ignaz, Kohlenagentie, Kärnthnerring 6.

Human Marie, Marktvictualienhandel, III., Augustinermarkt.

Müllner Theresia, Marktvictualienhandel, III., Augustinermarkt.

Sterk Rosa, Marktvictualien-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.

Wech Franz, Marktvictualien-Verschleiß, XI., Simmering, Marktplatz.

Schmaus Carl Eduard, Milchmeierei, XIX., Oberdöbling, Neugasse 13.

Becker Magdalena, Milch-, Obst-, Gebäck- und Zuckerwaren-Verschleiß, XVIII., Gersthof, Alseggerstraße 23.

Havránek Anna, Milch- und Gebäckverschleiß, XVI., Ottakring, Gansterergasse 19.

Helmwein Johann, richtig Helnwein, Milch- und Gebäckverschleiß, XIV., Märzstraße 49.

Millig Maria, Milch- und Gebäckverschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 38.

Pollak Wilhelm & Bloch Salomon, Handelsagentie in Modewaren, I., Führichgasse 1.

Liebermann Jacob, Commissionsagentur in orientalischer Ware, IV., Resselgasse 3.

Pambichler Josefa, Detailverschleiß von Petroleum, XIX., Oberdöbling, Theresiengasse 2.

Schmidt Ludwig, Rohproducten-Verschleiß, I., Postgasse 18.

Lippert Josef, Schlossergewerbe, VII., Lerchenfelderstraße 91.

Pitlik Agnes, Schlossergewerbe, X., Laxenburgerstraße 54.

Rendl Wolfgang, Schlosser, V., Obere Amtshausgasse 33.

Gruber Johann, Schuhmacher, III., Dietrichgasse 31 a.

Hradil Alois, Schuhmacher, VIII., Lerchenfelderstraße 20.

Rehor Anna, Schuhmachergewerbe, XIX., Nußdorf, Bräunhausgasse 2.

Mörth Aloisia, Selchwaren-Verschleiß, III., Seidlgasse 32.

Resch Josef, Stadtlohnfuhrwerk, XIII., Penzing, Schulgasse 18.

Patek Franz, Tischler, XII., Gaudenzdorf, Plankengasse 17.

Stark Franz, Tischler, XVII., Dornbach, Hauptstraße 52.

Hutterer Rosina, Uhrgehäuse-Erzeugung, VI., Mariahilferstraße 3

Brutzek Ida, Victualienhandel, VI., Magdalenenstraße 66.
Hutterer Anton, Victualien-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 39.
Klement Carl, Victualienhändler, XVII., Hernals, Dornerplatz, Hütte 16.
Brabel Aloisia, Victualienhandel, XVIII., Währing, Paulinengasse 4.
Schmidt Sophie, Verschleiß von Wachstuch, Ledertuch, Rouleaux, Fußtapeten, I., Wipplingerstraße 7.
Glück Mendel, Wein-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 17.
Tatkale Freude Masche, Weißnäherin, II., Castellezgasse 12.
Apold Margarethe, Wirtsgewerbe, VI., Mittelgasse 7.
Jelinek Alexander, Wolltücher-Verschleiß, I., Schottenring 35.
Krampert Engelbert, Zimmermaler, XIV., Rudolfsgasse 25.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. Jänner 1892.

Blau Josef Moriz, Agent, II., Taborstraße 10.
Benda Johann, Bäcker, X., Inzersdorf, Triesterstraße 146.
Schiegl Ludwig, gewerbsmäßige Bau-Unternehmung, X., Puchsbaumgasse 29.
Jegan Agnes, Bier- und Brantweinschank, XIII., Unter-St. Veit, Bognergasse 7.
Weiner Gustav, Verschleiß von Bier, Wein und Spirituosen, VII., Neustiftgasse 50.
Kaupper Anna, Verabreichung von Brod und Victualien und Brantweinausschank, k. k. Thierarznei-Institut im III. Bezirke.
Nicolai Wilhelm, Berger Heinrich, Verschleiß von Buchbindermaterialien, VII., Bandgasse 16.
Löffler Oswald, Geflügelhandel, XVIII., Gürtelstraße 79.
Boskowitz Alfred, Nathansohn Moriz, Dr., Gemischtwarenhandel, II., Praterstraße 40.
Csutky Carl, Gemischtwaren-Verschleiß, XIX., Kahlenbergerdorf 24.
Hladik Rosalia, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Steinbauerg. 28.
Karasek Wilhelmine, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Stättermayergasse 3.
Lubowsky Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Turnergasse 19.
Niedermayer Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 44.
Nohel Samuel, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Rothe Sterng. 14.
Prohaská Carl, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Schulgasse 6.
Schober Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Adamsgasse 13.
Springer Arnold, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Wipplingerstraße 27.
Stefandel Georg, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Domgasse 6.
Zatka Antonia, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Inzersdorf, Laxenburgerstraße 16.
Zechmeister Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Klosterneuburgerstraße 22.
Lager Marie, Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken in geschlossenen Gefäßen, X., Inzersdorf, Inzersdorferstraße 7.
Werner Maximilian, Handelsagent, IX., Wasagasse 19.
Smažinka Anna, Holz- und Kohlenhandel, V., Hauslabgasse 14.
Beaulonsin Katharina, Verschleiß von Kerzen, Seifen- und Parfümeriewaren, II., Circusgasse 27.
Doucha Jakob, Herrenkleidermacher, II., Praterstraße 33.
Frankl Isidor und Frankl Adolf, Herrenkleidermacher, I., Jasomirgottgasse 3.
Krejči Jakob, Kleidermachergewerbe, II., Stressleurgasse 12.
Stiftner Stefan, Kleidermacher, XVI., Ottakring, Brestelgasse 5.
Bortlik Franz, Damenschneider, I., Graben 29.
Müller Aloisia, Damenschneiderin, X., Himbergerstraße 61.
Kaufmann Heinrich, Agentie für landwirtschaftliche Producte, II., Taborstraße 10.
Liebhart Marie, Milch-Verschleiß, XVIII., Marktplatz 3.
Zbornik Michael, Milch-, Gebäck- und Flaschenbier-Verschleiß, XVIII., Wildemanngasse 25.
Baloun Franz, Musiker, III., Untere Weißgärberstraße 20.
Hanauer Carl, Musikergewerbe, V., Obere Amtshausgasse 24.
Schwiedernoch Marie, Papier- und Kurzwarenhandel, XVIII., Währing, Hauptstraße 23.
Gänger Pauline, Pfaidlerei, XVI., Neulerchenfeld, Neumayerg. 32.
Schulke Rudolf Hermann Josef, Mayr Heinrich Julius Bela, Handel mit diätetischen Präparaten, III., Linke Bahngasse 5.
Czepitschka Rosalie, Schuhmacherin, II., Mayergasse 6.
Hrdina Johann, Schuhmacher, XVIII., Weinhaus, Herrengasse 13.
Wodicka Franz, Schuhmacher, X., Inzersdorf, Richardgasse 1.
Vitousek Marie, Stadtlohnkutschergewerbe, X., Inzersdorf, Heinrichsgasse 22.
Mazzini Anton, Teichgräber, XVIII., Gersthof, Alseggergasse 23.
Adam Louise, Thierausstopfergewerbe, I., Habsburgergasse 7.
Müller Marie, Victualienhandel, XVIII., Marktplatz, Kirchengasse.
Hofer Eduard, Wagner, XVIII., Gersthof, Bergsteiggasse 5.
Resch Marie, Wäscheputzerei, II., Taborstraße 22, Th. 9.
Winter Karl, Wäscheputzer, VIII., Feldgasse 1.
Riedl Albert, Flaschenwein-Verschleiß, XVIII., Währing, Michaelerstraße 4.
Peter Georg Niklas, Wirtsgewerbe, IX., Marktgasse 16.
Dossedla Karl, Zimmermalergewerbe, III., Steingasse 25.
Fischbach Heinrich Georg, Zimmer- und Decorationsmaler, III., Traungasse 1.
Barta Johann, Zuckerbäckerwaren-, Gebäck- und Obst-Verschleiß XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 18.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Jänner 1892.

Ascher Franz, Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks, XVII., Hernals, Palffygasse 14.
Grün Edmund, Börsebesucher, I., Brännerstraße 4.
Lachner Maria, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, IX., Seusengasse 8.
Jonauschek Carl und Winkler Emanuel, Commissionswarenhandel, VI., Hirschengasse 24.
Kienast Ignaz, Essigessenz-Erzeugung, XVIII., Währing, Herrengasse 98.
Scholz Johann, Fleischhauer, XV., Fünfhaus, Kranzgasse 4.
Weinstein Ignaz, Fleisch-Verschleiß, I., Seitenstettengasse 4.
Balerini Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Alsbachstraße 19.
Decht Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Blumengasse 51.
Kehle Rosalia, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Liebhardsgasse 3.
Lindner Ignaz, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Marktgasse 13.
Meyerwech Ignaz, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Goldschmiedgasse 7.
Reiner Johanna, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Ottakringerstraße 12.
Rover Carolo, Gemischtwaren-Verschleiß, VI., Webgasse 18.
Scholz Alexander, Gemischtwaren-Verschleiß, VIII., Bennogasse 10.
Tschirf Adam, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Gersthof, Feldgasse 9.
Zothe Mathilde, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Sterngasse 11.
Lesch Karl, Verschleiß von Giften, den zur arzneilichen Verwendung bestimmten Stoffen und Präparaten, I., Wipplingerstraße 19 und 21.
Fleißig Anna, Grünwarenhandel, I., Hoher Markt.
Orth Marie, Handel mit Grünzeug und Obst im Umherziehen, XVII., Hernals, Karlsgasse 22.
Feser Conrad, Gürtler, XII., Meidling, Rudolfsgasse 56.
Eißler Max, Eißler Hugo, Eißler Gustav und Eißler Sigmund, Holzimprägnierung, I., Elisabethstraße 2.
Fedrit Regina, Verschleiß von Kaffee und Feigenkaffee, II., Staudingergasse 5.
Flassig Anna, Kaffeebrennerei und Feigenkaffee-Erzeugung, XVII., Hernals, Gerlgasse 3.
Hochholzer Katharina, Damenkleidermacher-Gewerbe, VIII., Schlösselgasse 10.
Luley Barbara, Damenkleidermacherin, VII., Bandgasse 17.
Lux Maria, Damenkleidermacherin, I., Tuchlauben 10.
Plankenbichler Anna, Damenkleidermacherin, VII., Sigmundsgasse 13.
Kondla Theresia, Kleinfuhrwerk, XVII., Hernals, Wilhelmsgasse 28.
Prochaska Adolf, Lebzelter, II., Carmelitergasse 3.
Berger Carl, Lebercommissionshändler, IV., Mayerhofgasse 11.
Krästner Michael, Milch-Verschleiß, XVII., Hernals, Kapitelgasse 1.
Kercher Johann, Musiker, XVII., Hernals, Leopoldigasse 8.
Blazek Josefa, Feilbieten von Obst und Grünwaren, XVII., Hernals, Grillparzergasse 13.
Bretholz Antonia, geb. Spitzer, Pfaidlergewerbe, IX., Strohheckgasse 12.
Dies Leopoldine, Pfaidlergewerbe, VII., Lerchenfelderstraße 119.
Jäger Ignaz, Pferdefleisch-Verschleißer, XVI., Ottakring, Odoakergasse 24.
Ludwig Johann, Schlosser-Gewerbe, XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 29.
Nekvasil Wenzel, Schuhmacher, IX., Seegasse 8.
Steinherz Rosi, Selchwaren-Verschleiß, III., Radetzkyplatz 4.
Obereiner Josef, Spängler-Gewerbe, VII., Kaiserstraße 69.
Hahn Katharina, Victualienhandel, XVII., Hernals, Wilhelmsgasse 33.
Hierländer Michael, Victualien-Verschleiß, II., Jägerstraße 31.

Kotterle Josef, Victualienhandel, VIII., Langegasse 8.
Lamprecht August, Victualienhandel, XVII., Hernals, Hauptstraße 84.
Iwan Marie, Zuckerwaren-Verschleiß, III., Rennweg 18.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. Jänner 1892.

Makowitschka Maria, Annoncen-Affigierung, XIV., Rudolfsheim, Braunhirschengasse 21.
Brüll Eugen und Kalmus Filix, Commissionshandel in Börseeffecten, IX., Hörlgasse 11.
Handl Nathan, Börsebesucher, I., k. k. Börse, Wohnung: II., Förstergasse 4.
Semlrock Antonia, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, III., Baumgasse 15.
Drabek Adalbert, Feigenkaffee-Verschleiß, XVIII., Währing, Kreutzgasse 79.
Zwiauer Magdalena, Fischhandel, I., Fischmarkt.
Daum Ignaz, Flaschenbier-Verschleiß, XVIII., Währing, Martinsstraße 21.
Melzer Katharina, Fleischverschleiß, XVII., Hernals, Ottakringerstraße 5.
Schweiger Johann, Fleischverschleißer, XII., Meidling, Meidlinger Markt.
Müller Lazar, Verschleiß gebrannter geistiger Flüssigkeiten, II., Prager Reichsstraße 2.
Engel Bernhard, Besuch der Frucht- und Mehlbörse, II., Taborstraße.
Barek Jakob, Gemischtwaren-Verschleiß, VIII., Buchfeldgasse 18 a.
Reiser Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Gürtelstraße 100.
Pillwatsch Leopold, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Säulengasse 6.
Simonet Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Salvatorgasse 10.
Stepanek Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 92.
Apfel Sarah, Geschirrverschleiß, IX., Liechtensteinstraße 30.
Roth Marcus, Glaswarenhandel, XVII., Hernals, Leopoldigasse 32.
Lowatsch Gustav Georg Oswald, Handelsgärtner, XIX., Ober-Döbling, Weinberggasse 30.
Plank Carl, Hundehandel, II., Rueppgasse 12.
Listner Josef, Hutmachergewerbe, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 35.
Bocker Anna, Kastanien-, Äpfel-, Erdäpfelbrater, III., Heumarkt, Eingang Kinderpark.
Petrina Wenzel, Kürschner, XV., Fünfhaus, Clementinengasse 15.
Wöhrer Martin, Mechaniker, XVII., Hernals, Veronicagasse 9.
Laurenlehner Ernestine, Milch- und Canditenverschleiß, VII., Kaiserstraße 78.
Petraschek Karl, Milch- und Gebäckverschleiß, III., Schimmelgasse 20.
Scheibenbogen Rosalia, Milch-, Gebäck- und Canditenverschleiß XVIII., Währing, Herrengasse 37.
Kopunics Anna, Obst- und Grünwarenhandel, XVI., Ottakring, Gansterergasse 23.
Huber Anna, Pfaidlerei, XVIII., Währing, Gürtelstraße 25.
Pfeiffer Aloisia, Pfaidlerin, VIII., Lederergasse 14.
Hofmann Franz, Ausübung eines Privilegiums auf Hängegerüste, IX., Alserstraße 26.
Piernunczik Josef, Schuhmacher, II., Große Pfarrgasse 30.
Balasch Abraham, Schuhobertheil-Erzeugung, XVII., Hernals, Rötzergasse 10.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 15. Jänner 1892	135
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Jänner 1892	137
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. Jänner 1892	139
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. Jänner 1892	143
Allgemeine Nachrichten:	
Ball der Stadt Wien	145
Gegen den Ausdruck „Groß-Wien"	145
Notiz, betreffend die internationale Ausstellung für das rothe Kreuz	145
Notiz, betreffend das Statut sowie die Geschäftsordnung für den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 2c.	145
Approvisionierung	145
Armenangelegenheiten:	
Spenden	146
Gewerbeangelegenheiten:	
Genossenschaftliche Krankencassen	146
Gewerbeanmeldungen	146
Kundmachungen	148—150

Z. 497.

Kundmachung.

Concurs zur Besetzung der **Oberlehrerstellen an den allgemeinen Volksschulen für Mädchen in Wien, III. Bezirk, Erdbergstraße Nr. 88 und IV. Bezirk, Alleegasse Nr. 12 und für Knaben in Wien, VI. Bezirk, Brückengasse Nr. 3.**

An den allgemeinen Volksschulen in Wien, und zwar: für Mädchen, III. Bezirk, Erdbergstraße Nr. 88 und IV. Bezirk, Alleegasse Nr. 11 und für Knaben, VI. Bezirk, Brückengasse Nr. 3 kommen die Oberlehrerstellen zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist ein Gehalt jährlicher 1200 fl. und der Genuss einer Naturalwohnung verbunden.

Zur Besetzung dieser Stellen wird hiemit der Concurs ausgeschrieben und es haben Diejenigen, welche eine dieser Stellen zu erlangen wünschen, und zwar die auswärtigen Bewerber im Wege ihrer vorgesetzten Schulbehörde, ihre an den Ortsschulrath des betreffenden Wiener Gemeindebezirkes gerichteten, mit der Dienstabelle, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, dem Tauf- und Heimatscheine, ferner mit den Nachweisen über bereits geleistete Schuldienste, sowie über die Befähigung zur subsidiarischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes belegten Gesuche **bis längstens 4. März 1892** bei dem betreffenden Ortsschulrathe zu überreichen.

Auf nach Ablauf dieses Termines eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann kein Bedacht genommen werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 22. Jänner 1892.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:

Dr. J. N. Prix. 1—3

Z. 498.

Kundmachung.

Concurs zur Besetzung der **Directorstellen an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben in Wien, IV. Bezirk, Pressgasse Nr. 24 und an der Mädchen-Bürgerschule in Wien, VII. Bezirk, Stiftgasse Nr. 35.**

An der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben in Wien, IV., Pressgasse Nr. 24 und der Mädchen-Bürgerschule in Wien, VII., Stiftgasse Nr. 35, kommen die Directorstellen zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist ein Gehalt jährlicher 1400 fl. und der Genuss einer Naturalwohnung verbunden.

Zur Besetzung dieser Stellen wird hiermit der Concurs ausgeschrieben und es haben Diejenigen, welche eine dieser Stellen zu erlangen wünschen, und zwar — die auswärtigen Bewerber im Wege ihrer vorgesetzten Schulbehörde, ihre an den Ortsschulrath — des IV., beziehungsweise VII. Wiener Gemeindebezirkes gerichteten, mit der Dienstabelle, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, dem Tauf- und Heimatsscheine, ferner mit den Nachweisen über bereits geleistete Schuldienste, sowie über die Befähigung zur subsidiarischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes

belegten Gesuche **bis längstens 4. März 1892** bei den betreffenden Ortsschulräthen zu überreichen.

Auf nach Ablauf dieses Termines eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann kein Bedacht genommen werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 22. Jänner 1892.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:

Dr. J. N. Prix. 1—3

G.-Z. 5946.
VIII.

Kundmachung.

Im Status des Wiener Stadtphysikates ist die Stelle eines **städtischen Arztes** in Erledigung gekommen und im Concurswege zu besetzen.

Bewerber um diese Arztensstelle, mit welcher ein Jahresgehalt von 1000 fl., dann fünf Quinquennalzulagen à 200 fl., ferner ein jährliches Quartiergeld von 30% des Jahresgehaltes verbunden ist, haben sich über die österr. Staatsbürgerschaft, über den an einer inländischen Universität erlangten Doctorgrad der gesammten Heilkunde, eventuell über den erworbenen medicinischen und chirurgischen Doctorgrad, sowie über das Magisterium der Geburtshilfe, weiters über die mit Erfolg abgelegte Prüfung für den öffentlichen Sanitätsdienst (Physikatsprüfung), endlich über ihre bisherige mindestens zweijährige Verwendung im Sanitäts-, rücksichtlich spitalsärztlichen Dienste oder in der ärztlichen Praxis auszuweisen.

Die mit diesen Ausweisen und sonstigen Behelfen belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Februar 1892,** 12 Uhr mittags im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Die Bewerber werden aufmerksam gemacht, dass auf die städtischen Ärzte die Bestimmungen der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten und Diener Anwendung finden.

Die Instruction für die städtischen Ärzte und die ihren Wirkungskreis normierenden Bestimmungen können im Stadtphysikate im neuen Rathhause, I. Bezirk, eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Jänner 1892. 1—3

M.-Z. 11420.

Kundmachung,

die berichtigten Verzeichnisse der zur Hauptstellung des Jahres 1892 berufenen, **in Wien heimatberechtigten Wehrpflichtigen** und die **Losung** betreffend.

Nach den Bestimmungen des §. 30 der Wehrvorschriften, I. Theil, werden die von amtswegen ergänzten und berichtigten Verzeichnisse der zur diesjährigen Hauptstellung berufenen Einheimischen aller drei Altersclassen am 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30. und 31. Jänner 1892 im Conscriptionsamte des Magistrates, I. Bezirk, Rathhausstraße Nr. 12, zu ebener Erde links, zur freien Einsicht aufliegen.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass Jedermann, welcher

a) eine Auslassung oder unrichtige Eintragung wahrnimmt, oder
b) gegen Ansuchen um die Bewilligung zur Stellung außerhalb des zuständigen Stellungsbezirkes oder um eine Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht Einwendung erheben will,

aufgefordert ist, die Anzeige (Einsprache) im Conscriptionsamte zu erstatten.

Im Falle der Einbringung einer derartigen Anzeige ist jedoch deren Begründung nachzuweisen.

Die Losung wird am 3., 4., 5. und 6. Februar 1892 im neuen Rathhause (Volkshalle) um 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattfinden. Hiebei wird mit dem gezogenen Buchstaben Y begonnen und in der nachstehenden Ordnung vorgegangen werden:

Tag	Stunde	Buchstabe
Mittwoch den 3. Februar 1892	9 Uhr vormittags	Y. Z.
	10 „ „	A. B.
	11 „ „	C. D.
	11½ „ „	E. F.
Donnerstag den 4. Februar 1892	9 Uhr vormittags	G.
	10 „ „	H.
	11½ „ „	I. J. K.
Freitag den 5. Februar 1892	9 Uhr vormittags	L. M.
	10½ „ „	N. O. P.
	11½ „ „	Q. R.
Samstag den 6. Februar 1892	9 Uhr vormittags	S.
	10 „ „	Sch. St.
	11½ „ „	T. U. V.
	12 „ „	W. X.

Da die Zustellung besonderer schriftlicher Vorladungen zur Losung an die hiezu Verpflichteten nicht stattfindet, so werden die diesfalls berufenen, in dem Jahre 1871 geborenen Wehrpflichtigen oder deren Vertreter aufgefordert, an den oben angesetzten Tagen zur bezeichneten Stunde vor der Losungs-Commission zu erscheinen, und wird in deren Abwesenheit eine von dem Leiter der Losung hiezu bestimmte Person den Losungszettel ziehen.

In Betreff der Zeit und des Ortes der Hauptstellung (Assentierung) wird später eine Kundmachung erlassen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Jänner 1892. 2—3

Z. 452.254
VIII.

Kundmachung.

(Offert-Ausschreibung.)

Wegen Sicherstellung 1. der Lieferung der für den Wiener Central-Friedhof erforderlichen gusseisernen Gruppen- und Reihenständer, sowie Grab-

nummernpflöcke, ferner 2. wegen Vergebung der Arbeiten zur Restaurierung der vorhandenen alten, verrosteten Grabnummernpflöcke behufs neuerlicher Verwendung auf den zur Wiederbelegung gelangenden gemeinsamen Gräbergruppen wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Montag, den 8. Februar l. J., präcise um 10 Uhr vormittags im neuen Rathhause im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch, I., Lichtenfelsgasse, Stiege 3, im Mezzanin eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.**

Unternehmungslustige können die bezüglichen Musterstücke, sowie die Vorschriften bei der Verwaltung des Wiener Central-Friedhofes während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Es steht den Offerenten frei, entweder nur für die Lieferung (ad 1) oder nur für die Restaurierungsarbeiten (ad 2) oder auch für Beides zu offerieren.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcasse gegen Erlag von je 10 kr. bezogen werden.

Die Unternehmer haben ein Exemplar dieser Vorschrift, eventuell beider Vorschriften und sodann die am Schlusse jeder Vorschrift beigefügte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einem 50 kr.-Stempel versehen als Offert am obigen Tage bis zur festgesetzten Stunde der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Jedem Offerte sind 5% der Gesammtsummen, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen, welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Jänner 1892. 2—3

G.-Z. 500043
XI

Kundmachung.

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekannt gemacht, dass die vom Wiener Gemeinderathe aus Anlass des vierzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner k. und k. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef I. von Österreich errichtete und mit dem Betrage von 100.000 fl. ö. W. dotierte **Stiftung für ohne ihr Verschulden nothleidend gewordene Gewerbetreibende** zur Persolvierung gelangt, und dass im Laufe des Jahres 1892 die bisher aufgelaufenen, sowie die in den Monaten März und September von dem Stiftungscapitale eingehenden Zinsen unter die Stiftungswerber zur Vertheilung kommen.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben ohne Rücksicht auf die Confession solche Gewerbetreibende Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind. Dieselben müssen jedoch in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, resp. Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein und die Tauf-, resp. Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, in welchem das Moment, dass Gesuchsteller ohne sein Verschulden in die Nothlage gerathen ist, durch das Armeninstitut und für den Fall, dass derselbe einer Genossenschaft angehört, durch die Genossenschafts-Vorstehung ausdrücklich hervorgehoben wird, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind an den Bürgermeister der Stadt Wien zu richten und im Rathhause, I. Stock, Präsidial-Bureau zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Jänner 1892. 2—3

Kundmachung.

Mahnung zur Einzahlung der I. Rate der Hauszins-, Grund- und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude für das Jahr 1892.

Laut der Kundmachung der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction vom 29. December 1891 ist die Grundsteuer, Gebäudesteuer und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude vierteljährig, am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November einzuzahlen. Die Haus- und Grundsteuerpflichtigen werden demnach erinnert, dass die I. Rate der Hauszins-, Grund- und 5% Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude für das Jahr 1892 spätestens 14 Tage nach Ablauf des obbezeichneten Einzahlungstermines, d. i. längstens bis 15. Februar 1892 und zwar zufolge des §. 5 des Gesetzes vom 9. März 1870 selbst in dem Falle, wenn die Steuerschuldigkeit für das laufende Jahr noch nicht definitiv vorgeschrieben, der Zahlungsauftrag somit noch nicht zugestellt wurde, nach der Gebür des Vorjahres zu entrichten ist, widrigens nach dem obcitierten Gesetze und beziehungsweise nach dem Landesgesetze vom 6. Juli 1877 bei jenen Steuerträgern, deren ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen eintritt, welche für je hundert Gulden und für jeden Tag mit 1½ kr. von dem auf den festgesetzten Einzahlungs- (Fälligkeits-) Termin nächstfolgenden Tage, d. i. vom 2. Februar 1892, und bezüglich der Gemeindezuschläge und der Mietzinskreuzer von dem nach Ablauf der vierzehntägigen Frist nächstfolgenden Tage, d. i. vom 16. Februar 1892 an bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit zu berechnen und mit derselben einzuheben sind.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Jänner 1892. 3—3

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 7. Freitag, den 29. Jänner 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Freitag, den 5. Februar 1892, um 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 26. Jänner 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. N. Prix.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bin leider, meine Herren, abermals in der traurigen Lage (die Versammlung erhebt sich), von einer schweren Heimsuchung, welche das kaiserliche Haus betroffen hat, Mittheilung zu machen. Ihre königliche Hoheit, die Herzogin in Baiern, Ludovica, die Mutter unserer allverehrten Kaiserin, die Schwiegermutter Seiner Majestät, ist, wie Sie wissen, gestorben. Ich werde mir mit Ihrer Zustimmung erlauben, das Beileid und die tiefe Trauer des Gemeinderathes und der Bevölkerung Seiner Majestät in einer besonders zu erbittenden Audienz zu unterbreiten. (Zustimmung.)

1. Die Herren Gem.-Räthe Matzenauer, Dr. Vogler, Villicus, Gerhardus und Glasauer haben ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung durch Unwohlsein entschuldigt.

2. Der Herr k. k. Notar v. Fillenbaum übersendet den Betrag von 100 fl. ö. W., welchen die am 27. September 1891 in Wien verstorbene k. k. Hofraths-Witwe Frau Louise Staudinger, geborene v. Würth, in ihrem Testamente ddto. Wien, 3. October 1889 den Armen legiert hat. — Wird der Dank ausgesprochen.

3. Herr Robert Ulrich theilt mit, dass ihm der Brauhausbesitzer Herr Moriz Edler v. Kuffner den Betrag von 200 fl. zur Vertheilung an die im Bezirke Ottakring wohnhaften Armen übergeben hat. — Wird der Dank ausgesprochen.

4. Emanuel Fürst Colalto von San Salvatore hat mir für die Armen Wiens den Betrag von 400 fl. übergeben. — Der Gemeinderath spricht den Dank aus.

5. Unter der Chiffre N. N. sind mir für Arme 100 fl. und unter der Chiffre F. G. sind mir gleichfalls 100 fl. für Arme ohne Unterschied der Confession übersendet worden. — Wird der Dank ausgesprochen.

6. Ich kann nicht umhin, einen Gegenstand hier zur Sprache zu bringen, der viele Kreise der Bevölkerung alteriert hat. Da ist nämlich ein in dem Wiener Tagblatte erschienener Artikel, überschrieben „Influenza oder Wasser?" — Ich weiß nicht, ob ihn die Herren gelesen haben (Rufe: Ja!), in welchem gesagt wird (liest):

„Wir haben vor Allem zu constatieren, dass seit einigen Tagen die Darmkatarrhe in Wien einen geradezu epidemischen Charakter angenommen haben und in der colossalsten Weise in der Bevölkerung verbreitet sind. (Rufe links: Judenhetze!)

Ärztlicherseits wird darauf hingewiesen, dass die Influenza die Unterleibsorgane angreife; es wird aber auch die Behauptung aufgestellt, dass die Darmkatarrhe, welche mit großer Heftigkeit auftreten, daher stammen, dass jüngst Wasser aus dem offenen Gerinne der Schwarza eingeleitet wurde, während derzeit aus der Pottschach Seihwasser eingeführt wird, und dass diese Mischung des Wassers die nachtheiligen Folgen auf die Gesundheitsverhältnisse Wiens ausgeübt habe.

Wir können die Frage nicht entscheiden, was das Richtige ist, zweifellos aber ist es, dass das Wasser seit Kurzem schlecht geworden, dass dies nachtheilige Folgen in sanitärer Hinsicht nach sich ziehen muss und dass es höchste Zeit ist, dass die Bevölkerung wiederum vollkommen tadelloses Trinkwasser bekomme."

(Rufe links: (Wahrscheinlich hat der Szeps nichts bekommen!) Nun, meine Herren, ich habe sofort das Stadtphysikat über diese Anwürfe einvernommen, und der Stadtphysicus hat mir Folgendes mitgetheilt (liest):

„Soviel dem Stadtphysikate bekannt geworden ist, sind allerdings in jüngster Zeit die katarrhalischen Erkrankungen des Verdauungstractes in vermehrter Zahl aufgetreten, aber durchaus leichter Natur und in kurzer Zeit mit Genesung endend. Diese Erkrankungen lassen sich ganz ungezwungen dadurch erklären, dass die Influenza namentlich bei ihrem Ablaufe auch in dieser Form vorkommt, welche mit Rücksicht darauf, dass mit derselben schwere Complicationen

von Seite der Lunge, der feinen Bronchien, des Herzens, wie bei der Influenza der Athmungsorgane nicht verbunden sind, als günstige bezeichnet werden kann.

Eine sehr große Zahl dieser Darmerkrankungen dürften ferner auch als reine Erkältungskrankheiten aufzufassen sein, welche durch die abnorme, nasskalte und sehr hohe Temperaturschwankungen aufweisende Witterung bedingt sind.

Das Wasser der Hochquellenleitung hiefür zu beschuldigen, dasselbe förmlich als vergiftet hinzustellen, muss als eine vollkommen grundlose und völlig unberechtigte Alarmierung der Bevölkerung bezeichnet werden. (Rufe: Hört! Rufe links: Das kann nur die Judenpresse!)

Abgesehen davon, dass die letzte Einleitung von Schwarzawasser am 30. December v. J. stattfand, also seither fast ein Monat verstrichen ist, hat auch die wiederholt und speciell am gestrigen Tage vorgenommene chemische Untersuchung des Leitungswassers die vollkommen tadellose chemische Beschaffenheit desselben ergeben. (Hört!)

Eine Verunreinigung mit Pottschacher Seihwasser dagegen, kann nur Derjenige annehmen, der von dieser Anlage keine genaue Kenntnis besitzt. (Rufe: Sehr richtig!) Es sind daselbst nämlich keine Seihbrunnen, sondern Tiefbrunnen und zwar bis zu einer Tiefe des Bodens angelegt, in welcher nach den jetzigen allgemein anerkannten bacteriologischen Forschungen keinerlei Bacterien vorkommen, und haben auch die wiederholt bisher vorgenommenen chemischen und bacteriologischen Untersuchungen dieses Wassers immer dasselbe günstige Resultat ergeben."

Es kann nicht genug und scharf getadelt werden (Beifall), wenn eine Journalistik nur darin ihren Wert und ihr Bestreben sieht, unwahre und alarmierende Gerüchte, die ganz und gar Unbegreifliches behaupten (Lebhafter Beifall und Händeklatschen im ganzen Saale), unter die Bevölkerung auszusprengen. Ich werde selbstverständlich die amtliche Berichtigung geben, habe es aber für meine Pflicht gehalten, in einem solchen Falle hier in der Gemeinderathssitzung ein solches Vorgehen auf das entschiedenste zu brandmarken.

(Beifall und Händeklatschen. Rufe links: Da sollen Fremde nach Wien kommen!)

7. Ich habe die Ehre, das Resultat der in der letzten Sitzung vorgenommenen Wahl in die Budget-Commission mitzutheilen. Abgegeben wurden 67 Stimmzettel. Gewählt erscheinen die Gemeinderäthe:

Adam	mit	66	Stimmen
Bachofen von Echt	„	67	„
Bärtl	„	60	„
Boschan	„	67	„
Dr. Friedjung	„	62	„
Geitler	„	66	„
Gräf	„	60	„
Grünbeck	„	60	„
Hawranek	„	52	„
Kirchmayer	„	67	„
Dr. Klotzberg	„	67	„
Lang	„	44	„
Lechner	„	67	„
C. M. Mayer	„	65	„
Matthies	„	67	„
Dr. Nechansky	„	67	„
Dr. Prockſch	„	67	„
Röhrl	„	64	„
Sasse	„	66	„
Stehlik	„	54	„
Seiler	„	66	„
Steiner	„	62	„
Dr. Stern	„	65	„
Vock	„	67	„
Wessely Vincenz	„	59	„
Winkler	„	65	„
Winter	„	67	„
Wunsch	„	67	„
Dr. Uhl	mit	67	Stimmen
Zweig	„	67	„

Die übrigen Stimmen zersplitterten sich; die nächstmeisten Stimmen erhielten die Gem.-Räthe Taubler (18), Jedlička (12).

Gem.-Rath Bärtl: Ich erkläre nochmals, dass weder ich noch meine Collegen eine Wahl in diese Commission annehmen.

Bürgermeister: Das gehört nicht hieher. Ich bitte um Verlesung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. „Über den mir mit dem Erlasse des Herrn Ministerpräsidenten und Leiters des hohen k.k. Ministeriums des Innern vom 21. Jänner 1892, Z. $\frac{216}{M. J.}$ zugekommenen Allerhöchsten Auftrag beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren für die Seiner k. und k. Apostolischen Majestät anlässlich des Ablebens Seiner k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Salvator, Namens des Gemeinderathes dargebrachte Beileids-Kundgebung den Allerhöchsten Dank bekannt zu geben.

Wien, den 25. Jänner 1892.

Kielmansegg."

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Seiler** und Genossen an den Herrn Bürgermeister:

„Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderathssitzung vom 5. Jänner l. J. wurde die vom Gem.-Rathe Herrn Müller gestellte Interpellation, betreffend die Einhebung der Mautgebüren bei den über den Donaustrom führenden Brücken vom Herrn Bürgermeister hinsichtlich der Kronprinz Rudolfbrücke dahin beantwortet, dass die Entrichtung der Brückenmaut bei der genannten Brücke vom 1. Jänner 1892 an entfällt und dass nunmehr die gesetzlich normierte Straßenmaut zur Einhebung gelangt.

Nachdem jedoch auf der Kronprinz Rudolfbrücke die Brückenmaut auch seit 1. Jänner 1892 weiter eingehoben wird, erlauben sich die Unterzeichneten den Herrn Bürgermeister um eine diesbezügliche Aufklärung zu ersuchen."

Bürgermeister: Ich habe die Ehre hierauf zu erwidern, dass allerdings in der letzten Interpellationsbeantwortung beim Abdruck derselben in der Zeitung eine irrige Mittheilung unterlaufen ist. Das Gesetz vom 26. August 1891, betreffend die ärarischen Brücken, Straßen- und Überfahrtsmauten bestimmt bezüglich seiner Giltigkeit im §. 31 Folgendes: Dasselbe tritt für die Linienmaut in Wien gleichzeitig mit dem Gesetze vom 10. Mai 1890 in Wirksamkeit, bezüglich aller anderen Mauten, worunter auch die Brückenmauten begriffen sind, erst mit 1. Jänner 1893. In dieser Beziehung muss ich das Mitgetheilte richtig stellen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes K. J. Müller**:

„Auf meinen Reisen im vorigen Jahre durch Deutschland habe ich die Wahrnehmung gemacht, dass die ersten Fabriken für Wassermesser wieder zu dem System der sogenannten Nassläufer zurückgreifen, ebenso werden in vielen Städten, als: München, Fürth, Straßburg, Düsseldorf 2c. wieder die Nassläufer, schon seit mehreren Jahren anstatt der Trockenläufer eingebaut; es geschieht dies zum großen Theile wegen des bedeutend billigeren Preises bei ganz gleicher Functionierung und Dauer des Messers.

Ich erlaube mir nun, von dieser gemachten Erfahrung den Stadtrath in Kenntnis zu setzen, mit der Bitte, derselbe möge bei Vorkommen des Referates, über Lieferung von 500 Stück Wassermesser, worüber im Juni 1891 die Offertverhandlung stattfand, dies in Betracht ziehen, nachdem bei dem großen Bedarfe, welcher in Wassermesser in der nächsten Zeit an die Gemeinde herantritt, sich bedeutende Summen werden ersparen lassen."

An den Stadtrath.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Tagesordnung; das ist die Fortsetzung der Verhandlung über den Antrag des Stadtrathes mit dem Programme für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien. Ich bitte den Herrn Referenten Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Bericht zu erstatten.

11. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren! Seitdem sich der Gemeinderath zum letztenmale mit dem Gegenstande des Referates befasst hat, sind im niederösterreichischen Landtage die Beschlüsse über die Betheiligung des Landes Niederösterreich an dieser großen Action gefasst worden. Es war selbstverständlich, dass die Formulierung dieser Beschlüsse, welche, als der Stadtrath die Vorlage zur Berathung bekam, noch nicht bekannt sein konnte, auf die Beschlüsse des Wiener Gemeinderathes von wesentlichem Einflusse wird sein müssen.

Nachdem die Beschlüsse also zur Kenntnis des Gemeinderathes gekommen waren, hat sich der Stadtrath über Verfügung des Bürgermeisters neuerlich mit den bereits formulierten Anträgen zu befassen gehabt. Er hat dieselben genau durchgegangen und in Einklang gebracht mit den Beschlüssen des niederösterreichischen Landtages. Das Resultat dieser neuerlichen Redaction, wenn ich so sagen darf, liegt den Herren in einer Druckvorlage vor, welche die Beschlüsse vom 19. bis 22. Jänner 1892 enthält. Es ist zu bemerken, dass der Punkt 1, die Einleitung, unverändert aufgenommen worden ist; dagegen enthalten die Punkte 2—3 eine vollständig neue Formulierung der Beschlüsse, welche sich genau an die Formulierung der Landtags-Beschlüsse anlehnen und in den meisten Punkten nahezu wörtlich dieselbe Diction einhalten, wie sie dort stattgefunden hat.

Bezüglich des Punktes 4 ist zu bemerken, dass derselbe die Bedingungen, welche die Gemeinde an ihre Betheiligung überhaupt knüpft, genau formuliert enthält. Es ist dies eine Abänderung der im Punkte 2 und 1 zum Schlusse enthaltenen Formulierung, die, wie die Herren aus der Vorlage entnehmen, viel genauer und auch etwas umfassender ist. Es sind dann weiter die im Punkte C enthaltenen Bestimmungen den ersten Beschlüssen angereiht worden, und es ist bloß bezüglich der Beschlüsse unter C 2 und 4 Folgendes zu bemerken: Dort wurde die Formulierung derart gewählt, dass die Delegierten der Gemeinde Wien unter gewissen Voraussetzungen an den Gemeinderath zu gehen verpflichtet waren, Voraussetzungen, welche sich kurz dahin präcisieren lassen, dass bei allen Angelegenheiten, welche eine wesentliche Abänderung oder eine mit Mehrkosten verbundene Erweiterung des Programmes in sich fassen würden, die Delegierten der Gemeinde vor Abgabe eines zustimmenden Votums an den Gemeinderath zu gehen hatten. Es bezieht sich dies auf jenen Punkt des Programmes, in dem es heißt: „Eine Abänderung oder eine mit Mehrkosten verbundene Erweiterung des Programmes" — ich glaube, das ist Punkt 9 — „kann nur mit Einstimmigkeit der Curien beschlossen werden".

Zur Ablehnung würden also die Delegierten der Gemeinde keine Instruction brauchen; aber um zuzustimmen, würden sie allerdings an den Gemeinderath zu gehen haben, wie es damals beschlossen wurde. Man hat angesichts des Widerstandes, der von Seite der Regierung derartigen Beschlüssen im Landtage entgegengesetzt wurde, geglaubt, von derartigen Bestimmungen absehen zu müssen; aber um andererseits die Verpflichtung der Gemeinde einzuschränken, wurde, sowie es im Landtage geschehen ist, die Betheiligung der Gemeinde mit einer Maximalziffer festgestellt. Es ist dies im §. 3 im ersten Absatze geschehen, so dass also in jenem Übereinkommen, zu dem der Bürgermeister in der Vorlage ermächtigt ist, derselbe für die Gemeinde keine höhere Verpflichtung übernehmen kann, als sie innerhalb dieses Rahmens von 24 Millionen, respective 21,400.000 fl. sich zusammenfassen lässt. Diese Ziffer ergiebt sich nach einer genauen Aufstellung des Stadtbauamtes für sämmtliche auf die Gemeinde Wien entfallende Antheile an den verschiedenen Kosten und Auslagen der einzelnen Detailsprojecte der öffentlichen Arbeiten. Es wäre also dieser Punkt 3, erster Absatz, der Ersatz für Punkte C 2 und 4. Im Übrigen sind die Punkte, wie sie das erste Mal formuliert waren, im Wesentlichen unverändert aufgenommen worden, und dann ist unter C jene Abtheilung vollinhaltlich aufgenommen, welche schon das erste Mal die Wünsche des Gemeinderathes bezüglich der Ausführung der Arbeiten und bezüglich der Art und Weise verschiedener Tracierungen von Eisenbahnlinien enthält.

Im Namen des Stadtrathes beehre ich mich, Ihnen diese neu formulierten Beschlüsse mit der Bitte zu unterbreiten, dieselbe annehmen zu wollen. Ich behalte mir vor, in der Special-Debatte bei einem Punkte, nämlich Punkt 4, nochmals eine Ausführung der verschiedenen Wünsche, welche diesfalls behufs Änderung der Fassung dieses Punktes vorgebracht wurden, dem Gemeinderathe vorzulegen.

Bürgermeister: Mit Rücksicht auf die geänderten Anträge des Stadtrathes wird die Debatte von neuem eröffnet. Ich eröffne also die General-Debatte; wünscht jemand in der General-Debatte das Wort?

Gem.-Rath Frauenberger (pro): Meine hochverehrten Herren! Angesichts der Vorlage, welche uns nun schon durch mehrere Sitzungen beschäftigt hat, und welche auch bereits Gegenstand der Berathung und Beschlussfassung im hohen Landtage war, muss ich hervorheben, dass ich die Vortheile, welche darin der Stadt Wien geboten werden, wohl dankend anerkenne; ich muss aber gleichwohl beifügen, dass die Reichshauptstadt auch eine gewisse Berechtigung hat, von der hohen Regierung zu fordern, dass die Stadt Wien endlich wieder etwas mehr Berücksichtigung finde, und ich muss betonen, dass das Herz des Reiches in dieser Hinsicht schon seit längerer Zeit bei der hohen Regierung ein Guthaben hat.

Es hat ein österreichischer Minister vor langer Zeit im Parlamente den Ausspruch gethan, dass er kein Freund der Hauptstädte sei und es scheint, dass dieser Ausspruch damals zeitgemäß war, und dass sich auf jenen lichten Höhen, von welchen herab die Minister sprechen, auch noch andere Herren befunden haben, welche diese Ansicht getheilt haben, denn nur so ist es möglich, dass die Reichshauptstadt seit Beginn dieser Regierung bis in die letzte Zeit so wenig Berücksichtigung gefunden hat.

Es schien eine Zeit lang, als ob die Provinzstädte höher stehen würden, als die Reichshauptstadt. Diese Umstände konnten für Wien nicht günstig ausfallen, und in diese Zeit fällt auch die auffallende Erhöhung aller Steuern, namentlich der Erwerb- und Einkommensteuer. Es fällt in diese Zeit auch die neue Einführung der Kaffeesteuer, der Petroleumsteuer. Es fällt in diese Zeit die Erhöhung der Cigarren und natürlich die Verschlechterung derselben.

Alle diese Umstände haben dazu beigetragen, Wien auf das allerempfindlichste zu schädigen und wenn daher die gegenwärtige Regierung bestrebt ist, jenes große Unrecht, welches der Reichshauptstadt zugefügt wurde, wieder gut zu machen, so muss ich der gegenwärtigen Regierung dafür meinen Dank aussprechen.

Die Reichshauptstadt ist indes trotz aller Vernachlässigung nicht stehen geblieben und wir haben auf allen Gebieten Fortschritte zu verzeichnen. Ich erinnere Sie z. B. an alles das — wenn wir uns in eine Zeit vor 30 Jahren zurückversetzen — was seit dieser Zeit in Wien alles geleistet wurde.

Ich erinnere Sie an das Heranwachsen unserer schönen und herrlichen Vororte, welche wir erst vor kurzer Zeit an die Reichshauptstadt angegliedert haben, und wenn die Herren Collegen Steiner und vielleicht Collega Rauscher sich zurückerinnern könnten (Rufe links: Da waren sie ja noch nicht da!) in jene Zeit vor 30 Jahren, so würden auch sie sagen, dass in dieser Zeit sehr viel geschehen ist und sie würden vielleicht ihren Vorfahren selbst, wenn sie auch liberal waren, dafür dankbar sein, dass sie soviel geleistet haben; sie würden ihnen dankbar dafür sein, dass sie es ihnen auch möglich gemacht haben, dass sie mit soviel Wohlbehagen hier in diesem Saale sitzen. (Heiterkeit links.) Es ist viel geschehen, viel hat die Reichshauptstadt geleistet, dass es gesagt werden muss, und wenn wir nun, meine hochverehrten Herren, eine Vorlage hier haben, welche für die Reichshauptstadt Wien segenbringend ist, so muss ich sagen, hat die Bevölkerung auch ein Recht, solches zu verlangen und die Wiener Bevölkerung, meine Herren, bekommt durch diese Vorlage, das muss hier an dieser Stelle ausgesprochen werden, nichts geschenkt, die Regierung macht der Stadt Wien und der Bevölkerung kein Geschenk, sondern das ist nur wohlverdient und die Bevölkerung Wiens hat mit dieser Vorlage auch große Opfer zu bringen. Das kann nicht geleugnet werden, dass neuerdings große Opfer von der Bevölkerung verlangt werden und dass die Bevölkerung auch diese Opfer tragen muss. Meine Herren, die Bevölkerung ist aber auch entschlossen diese Opfer zu bringen, weil der Zustand, in welchem sich Wien durch diese Vernachlässigung befindet, unhaltbar ist und weil in dieser Richtung etwas geschehen muss. Die Bevölkerung wird also diese Opfer bringen, sie verlangt aber, dass die hohe Regierung anerkenne, dass sie ein Opfer bringt, und dass in dieser Vorlage nicht etwa ein bloßes Geschenk gelegen ist.

Auch jener Minister, welcher seinerzeit diesen Ausspruch gethan hat, ist in der letzten Zeit seiner Amtsführung zu einer besseren Einsicht gekommen, ich weiß nicht, ob aus eigenem Antriebe, oder gezwungen durch die Macht der Verhältnisse. Auch er hat im letzten Jahre seiner Amtsführung seine Hand hergegeben, um wenigstens einleitende Schritte zu unternehmen und eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, und deshalb möchte ich ihm, wo wir über Wien sprechen, kein hartes Wort in seine Heimat nachsagen. Bezüglich der Stadtbahnlinien bin ich der Meinung, meine Herren, dass die Regierung wenigstens die Hauptbahnen selbst bauen soll u. zw. deshalb selbst, weil die Localbahnen ohnedies concessioniert werden und wahrscheinlich von Privaten gebaut werden. Meine Herren, was wird nach dieser Vorlage geschehen? Es wird eine Stadtbahn angelegt im großen Style; es wird die Wienfluss-Regulierung vorgenommen, die Anlegung von Canälen rechts und links der Wien; es wird der Donauarm reguliert, respective ein Winterhafen angelegt, Sammelcanäle rechts und links und wenn Sie denken, meine Herren, dass bei der praktischen Durchführung der Vereinigung der Vororte mit Wien die Linienwälle fallen, dass dort Bauten und Straßen entstehen werden, wenn Sie das Alles zusammen rechnen, müssen wir sagen, dass wir vor einer Fülle von Arbeit stehen, wie noch nie; und wer findet bei allen diesen Arbeiten Beschäftigung? Alle die mit Arbeiten sonst zu thun haben: Künstler, Architekten, Baumeister, alle Handwerker würde ich sagen, und Tausende und Tausende von Arbeitern selbst.

Meine Herren, es hat eine unendliche Bedeutung für Wien, wenn tausende und tausende von Gulden wöchentlich ausbezahlt werden, und wenn der Samstag kommt, so werden diese tausende und tausende von Gulden, welche in kleine Beträge getheilt sind, von einer Hand in die andere gehen, wie das naturgemäß ist. Alle werden profitieren und sich der Schöpfungen freuen und sehen, was durch diese Vorlagen Segensreiches für die Reichshaupt- und Residenzstadt geschaffen wurde. Nun, meine Herren, möchte ich an Sie die Frage richten, wie verhält sich zu dieser Vorlage die Opposition? Da muss ich sagen: wehmüthig zustimmend.

Die Herren stimmen zu, aber es geschieht nicht ohne innere Wehmuth. (Rufe links: Merkwürdig!) Sie sehen nämlich, dass die liberale Partei hier wirklich etwas Großes zu leisten im Begriffe ist (Rufe links: Das werden wir erst abwarten!), dass man nicht dagegen sein kann, nicht dagegen sprechen kann, weil die Bevölkerung darüber bereits abgestimmt hat und weil derjenige, der dagegen wäre, von dem Unwillen der Bevölkerung geradezu hinweggetragen würde (Unruhe links und Widerspruch), daher geht die Opposition mit uns (Rufe links: Mit Ihnen überhaupt nicht!) und während sie schon im Gehen ist, stellt sie noch Bedingungen. Sie geht schon mit uns (Unruhe links), aber sie stellt noch Bedingungen.

Nun möchte ich Sie doch fragen (lebhafte Unruhe), ich bitte, dort ist ein neuer Gemeinderath, Herr Bürgermeister. (Heiterkeit) ....

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich habe eine ziemlich gute Lunge, aber ich brauche sie noch öfter. Ich werde mir erlauben, auf die Bedingungen, wie sie von Seite der Opposition gestellt wurden, etwas näher einzugehen. Da wird zunächst die Bedingung gestellt, dass die Geldbeschaffung nur im Wege der öffentlichen Zeichnung und ohne Vermittlung eines Bankhauses geschehen solle. So ist es, ich bin vollkommen einverstanden, meine Herren, wenn es geht, mit Vergnügen. Wenn es aber nicht geht, möchte ich Ihnen die Frage vorlegen, ob wir dann, weil wir das nicht so schnell durchführen können, vielleicht die ganzen Anlagen stehen lassen sollen oder ob es nicht doch vortheilhafter ist, es so zu machen wie alle Staaten, wenn sie Geld zu beschaffen haben, und vielleicht die Vermittlung eines Bankhauses anrufen sollen. Ein zweiter Punkt ist der, dass zu den Arbeiten nur solche Leute verwendet werden dürfen, welche österreichische Staatsbürger sind Meine Herren! das ist ein Gedanke, denn ich nicht fassen kann. (Widerspruch links.) Ich bitte um Entschuldigung, Sie können mich widerlegen. Nun, meine Herren, da würde sich ja alle Freizügigkeit aufhören.

Ich will Ihnen das an einem Beispiele nachweisen. Es kommt Einer nach Wien, er hat vielleicht eine Frau noch mit, vielleicht ein paar Kinder. Er sucht in Wien etwas, einen Posten, er findet ihn momentan nicht, er weiß nicht was er anfangen soll, er hat Aussicht, das zu finden, was er sucht, aber er muss noch warten. Der Mann muss aber inzwischen seine Familie ernähren. Er will arbeiten, er will zur Schaufel greifen und nun sagt man ihm: „Sie, mein lieber Freund, das geht in Wien nicht, in Wien können Sie nicht arbeiten; da müssen Sie ein patentierter Oesterreicher sein, dann können Sie arbeiten". Meine Herren! Gibts denn so etwas in der ganzen Welt, dass man, wenn Einer arbeiten und dazu eine solche Arbeit, eine Taglöhnerarbeit aufsuchen will, ihm die Arbeit nicht zukommen lässt? Ist das menschlich? (Gelächter links.) Das Recht auf Arbeit darf man niemandem nehmen.

Ein zweiter Punkt, eine von den famosen Bedingungen (Gem.-Rath Jedlička: Machens sich ein Stricherl. Heiterkeit links.)

ist die, dass zu allen Arbeiten nur solches Material verwendet werden darf, welches im Inlande erzeugt wird. Meine Herren! Ich bitte, da doch ein bischen acht zu geben und die Sache zu überlegen, ob das möglich ist. Wenn es geht, ist es ja gut. Aber die Herren wissen ja alle, dass in Österreich nicht Alles zu haben ist. (Gelächter und Rufe links: O ja!) Also ja, Alles ist zu haben! Es gibt auch andere Länder, wo das nicht zu haben ist, was in Österreich zu haben ist. Schauen Sie, was würden beispielsweise die Gumpoldskirchner sagen, wenn man Ihnen zurufen würde: Baut jetzt Reis, Gumpoldskirchner, in Eueren Weingärten, da geniert Euch die Reblaus nicht; oder macht Theeanlagen oder erzeugt Jamaica-Rum. Können wir Ihnen das nicht sagen? (Lebhaftes Gelächter links. Bürgermeister Dr. Prix giebt das Glockenzeichen.) Wir können ihnen sagen, sie sollen das thun (Lebhafte Unruhe links), wir brauchen das nicht aus Italien zu beziehen, wir werden das von Gumpoldskirchen nehmen, und was werden uns die Gumpoldskirchner sagen? „Meine Herren aus Wien, das versteht Ihr nicht, das wächst hier nicht". Ich bitte, die Herren haben gesagt: Alles wächst hier. Bauen Sie Reis in Gumpoldskirchen, versuchen Sie es! (Rufe links: Das brauchen wir nicht bei den Verkehrsanlagen! Bürgermeister Dr. Prix giebt neuerlich das Glockenzeichen.)

Nun, meine Herren, komme ich zu einem anderen Punkte. Es heißt, dass die Bau- und Steinmetzarbeiten nur in ganz kleinen Losen vergeben werden dürfen. Damit wird gesagt, dass die kleinen Unternehmer auch sollen Lose übernehmen können. Das ist recht schön und gut, ob aber so große Arbeiten dann so präcise und gut durchgeführt werden können, wenn so viele Kleine arbeiten, das ist eine andere Frage. Eine noch andere Frage ist aber die, ob nicht Derjenige, der mit seinen Werkzeugen und mit seinem Capitale gerüstet dasteht, an der Hand der gemachten Erfahrungen nicht doch immer wieder billiger offerieren kann als der kleine Mann. (Gelächter links. Ruf links: Das ist ja selbstverständlich!) Nun also, das ist selbstverständlich.

So verhält es sich mit den gestellten Bedingungen. Meine Herren, derartige Bedingungen können wir nicht stellen, wir haben überhaupt nicht das Recht, Bedingungen zu stellen. (Widerspruch links.) Nein, wir haben nicht das Recht, eine Bedingung zu stellen, weil uns hier bestimmte Abmachungen vorliegen, weil das Elaborat, welches uns vorliegt, das Ergebnis jener Enquête ist, bei welcher auch bedeutende Vertreter des Gemeinderathes mitgewirkt haben und weil an diesem Ergebnis nichts geändert werden kann, ohne dass man auch den andern Theil befragt. (Ruf links: Warum legt man es dann vor?) Ich bitte, schreien Sie doch nicht immer darein, das ist unartig!

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, lassen Sie doch den Redner sprechen.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich weiß nicht, was den Herren nicht recht ist. Wenn wir diese Bedingungen abändern, sagen die anderen Theile, die Vertreter des Landes und der Regierung, damit sind wir nicht zufrieden, dann müssen wir wieder zusammentreten und da werden wir mitsammen reden; da müsste die Geschichte von vorne angehen und die ganze Sache fiele in's Wasser. (So ist es! rechts.) Daher bin ich dafür, dass wir keine Bedingungen kennen, und ich möchte Sie bitten, alle Bedingungen wegzuwerfen (Gelächter links), und wenn Anträge aus der Mitte des Gemeinderathes hervorgehen, so wollen wir diese als Wunsch vielleicht am Schlusse anfügen. (Gelächter links und Rufe: Ach!) Ja ach, Sie werden es besser machen! (Heiterkeit rechts.) Meine Herren, ich halte es für viel zweckmäßiger, wenn wir unsere Beschlüsse im Wege einer Bitte hier anschließen, als Bedingungen zu stellen, und ich muss es hier aussprechen: Ich habe zur gegenwärtigen Regierung in dieser Hinsicht volles Vertrauen; was die Regierung thun kann, wird sie gewiss thun. (Gelächter links.) Das ist meine innerste Überzeugung, weil die gegenwärtige Regierung — so hat es den Anschein — jenen großen Fehler gut machen will, welcher früher begangen wurde. Wir sehen, dass die Regierung in dieser Frage gewissenhaft und loyal den Wunsch und Willen des kaiserlichen Herrn durchgeführt hat; und da mag man sagen, was man will, ob des Geschehenen verdient die hohe gegenwärtige Regierung den Dank der ganzen Bevölkerung von Wien. Und was Se. Excellenz den Herrn Statthalter betrifft, meine hochverehrten Herren, sollte die ganze Bevölkerung von Wien zum Schicksal flehen, dass er uns noch viele, viele Jahre erhalten bleibe (Gelächter links) zum Wohle und zum Segen des Landes Niederösterreich und zum Wohl und Segen der Reichshauptstadt. Damit schließe ich und bitte die Vorlage anzunehmen, wie sie ist. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Gegen die Vorlage erhält das Wort Herr Gem.-Rath Trambauer.

Gem.-Rath Trambauer: Meine sehr verehrten Herren! Ich habe vorerst gegenüber dem Herrn Vorredner einige Worte zu sagen. Er hat von Wien, wie es vor 30 Jahren war, gesprochen. Ja, mein lieber Herr College, ich kenne Wien vor 40 und 50 Jahren, zu einer Zeit, wo Jeder Geld in der Tasche hatte und Wien eine fröhliche Stadt war. Ja, große Opfer sind gebracht worden, denn, wenn nicht riesige Opfer gebracht worden wären, hätten wir nicht 52 Millionen Schulden. Nun sagt der geehrte Herr Vorredner, weil wir das Geld hergeben müssen, haben wir kein Recht, Forderungen oder Bedingungen zu stellen. Meine bescheidene Anschauung ist die: wenn wir das Geld hergeben, müssen wir auch das Recht haben, wenigstens Bedingungen zu stellen; und damit glaube ich, mit dem Herrn Vorredner zu Ende zu sein.

Ich gehe nun auf die Sache über. Im Großen und Ganzen bin ich mit den Ausführungen der Verkehrsanlagen vollkommen einverstanden, nur mit der Art und Weise der Durchführung nicht, und darum habe ich mich auch contra gemeldet. Ich kann nicht begreifen, wie man eine so hochwichtige Sache geradezu, ich möchte sagen, mit Dampfgeschwindigkeit durchpeitscht. Wenn es sich um einen Betrag von 100.000 fl. handeln würde, ließe ich es mir ja gefallen. 100.000 fl. kommen bei einer Bevölkerung von 1,400.000 Einwohnern nicht viel in Betracht; aber es handelt sich hier um eine Summe von über 100 Millionen und da die Gemeinde Wien den Löwenantheil der Steuerleistung des ganzen Reiches trägt, und man, ohne das Maß der Bescheidenheit zu überschreiten, sagen kann, dass die Gemeinde Wien mindestens zwei Drittel der Lasten des Landes trägt, so glaube ich, steht auch der Gemeinde Wien das Recht zu, Wünsche zu äußern und Bedingungen zu stellen.

Ich muss auf noch etwas aufmerksam machen. Es wäre von außerordentlicher Wichtigkeit gewesen, wenn auch im Wiener Gemeinderathe eine Commission gewählt worden wäre und jeder Bezirk seinen Vertreter bestellt hätte, damit jeder Bezirk seine Wünsche und überhaupt dasjenige vorbringen könne, was ihn bei den Verkehrsanlagen interessiert. Nun, das ist nicht geschehen, aber der Herr Referent hat bei seinem Entrée am 5. Jänner sich auf eine Zuschrift Sr. Excellenz des Herrn Statthalters berufen,

worin er den Gemeinderath aufforderte, er solle das Project einer gründlichen Erwägung unterziehen und seine Wünsche vorbringen. Sehen Sie, meine geehrten Herren, wenn am 5. Jänner eine Commission gewählt worden wäre — heute ist der 26. — so wäre der Gemeinderath in der Lage gewesen, diese Vorlage gründlich zu erörtern, jeder Bezirk hätte seine Wünsche zum Ausdruck gebracht, und ich glaube, in einer oder zwei Sitzungen wäre die General-Debatte zu Ende gewesen. Leider ist das nicht geschehen. Zuerst hat man dem Landtage die Sache vorgelegt. Gerade verkehrt! Man hätte dieselbe zuerst dem Gemeinderathe vorlegen sollen, der hätte seine Wünsche vorgebracht, und dann hätte man die Sache dem Landtage zur Prüfung übergeben.

Ich muß da auf einen Umstand aufmerksam machen. Es ist jetzt über ein Jahr her; derselbe Referent, der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter, hatte das Referat über die Erweiterung der Hochquellenleitung, da sagte er uns: Bewilligen Sie uns diese Summen, und heute ein Jahr ist das Wasser da.

Sehen Sie, das Jahr ist herum, das Wasser ist aber noch nicht da, und ich glaube, auch in ein und zwei Jahren wird es nicht kommen. Ich habe heute früh selbst den Artikel von Szeps gelesen, worin er die Hochquellen auf die niedrigste Weise verdächtigt.

Es handelt sich hier, sehr geehrte Herren, um Hauptbahnen und um Localbahnen. Die Hauptbahnen haben nach meiner bescheidenen Anschauung für die Gemeinde Wien, für die Hebung des Verkehrs notorisch keinen Wert. Da werden 42,900.000 fl. ausgegeben, und es steht in Frage, ob nur die Betriebskosten gezahlt werden, noch viel mehr, ob eine Amortisation oder überhaupt eine Verzinsung des Capitals erreicht wird. Etwas Anderes ist es mit den Localbahnen; aber die Localbahnen sind sehr mangelhaft bedacht, während die Hauptbahnen eigentlich bloß strategische Bahnen sind, auf denen in kritischen Zeiten die Truppen von den östlichen Gegenden nach den nördlichen expediert werden können und Wien schneller passieren. Für die Gemeinde Wien haben sie aber gar keinen Wert.

Ich stelle mir eine Localbahn für Wien ganz anders vor, und zwar in erster Linie als eine Gürtelbahn. Wenn die Gürtelstraße hergestellt wäre, wie sie schon seit 30 Jahren projectiert ist, und eine Gürtelbahn gebaut würde, und von dieser Radiallinie in die innere Stadt, resp. über den Ring gehen würde, und andererseits Radiallinien in den Vororten, dann wäre der Localverkehr wenigstens einigermaßen ermöglicht, die Überfüllung der Tramwaywagen wäre beseitigt und die übermäßige Frequentierung auf der Ringstraße würde entlastet werden.

Die Tracen scheinen auch sehr ungünstig zu sein.

Einer meiner Vorredner, der Herr Gem.-Rath Rosenstingl, hat auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die Tracen in den westlichen Vororten bilden werden, in Währing, Weinhaus u. s. w. Auch unser Herr Stadtbaudirector hat seinerzeit im Club mitgetheilt, dass eigentlich eine fest bestimmte Trace noch nicht existiert, sondern es werden erst Studien gemacht, und nachdem dies geschehen ist, müssen, da keine Pläne vorliegen, erst solche angefertigt und die Tracen begangen werden.

Wenn dann weiters die Geldbeschaffung kommt, so werden jedenfalls Grundeinlösungs-Processe und Expropriationen herauskommen. Man hätte also sich Zeit nehmen sollen, um die Sache eingehend in einer Commission zu berathen.

Übrigens, meine Herren, sollen diese Arbeiten in 8 Jahren ausgeführt werden. Was machen Sie dann, wenn diese Arbeiten ausgeführt sind, dann stehen Sie wieder auf demselben Standpunkte, auf dem Sie jetzt sind.

Meine sehr geehrten Herren! Ich komme jetzt zu jenem Punkte, der mich veranlasst hat, mich zum Worte zu melden, es betrifft dies den X. Bezirk. Wie Sie wissen, hat der X. Bezirk eine Bevölkerung von 84.000 Einwohnern und merkwürdigerweise nur zwei passierbare Straßen, nämlich den Viaduct bei der Favoritenlinie und den bei der Matzleinsdorferlinie.

Wenn Sie sich diese Communication bei der Favoritenlinie anschauen, zu jeder Tageszeit, ohne Ausnahme, so müssen Sie, wenn Sie einigermaßen unparteiisch sind, zugeben, dass die ganze Passage wirklich lebensgefährlich ist. Die ganze Masse der Bewohner muss sich durch diese zwei Wege durchtreiben — nämlich durch den Südbahndamm, der einerseits die Communication nach Westen abschließt, und durch den Damm der Saatsbahn, der dieselbe nach Osten abschließt. Auf diese Weise ist natürlich der X. Bezirk von sämmtlichen Communicationen der westlichen Bezirke abgeschlossen.

Es leidet der X. Bezirk an einer Misère, wie kein zweiter Bezirk, nämlich es betrifft dies den Viehtrieb. Wie Sie wissen, geht das ganze Schlachtvieh vom St. Marxer Schlachtviehmarkte über die Übersetzung durch die Simmeringerstraße, von dort längs der Tramwaygeleise, und nicht selten sind, wenn so ein Vieh kommt, 3—4 Waggons auf der Straße. Die Schule ist auch in nächster Nähe, und wenn es gerade 4 Uhr nachmittags ist, so ist die Communication ganz abgesperrt. Aus diesen Ursachen schon ist es unbedingt nothwendig, daß Abhilfe in dieser Richtung geschaffen wird.

Ich stimme daher vollkommen mit Punkt 4 bei B überein, wo es heißt: „Die Herstellung einer Linie, ausgehend von einem Punkte der Südbahn bei Matzleinsdorf oder Meidling, durch den X. Bezirk, durch den Bezirkstheil Erdberg des III. Bezirkes zum Anschlusse an den Donaucanal". Nur möchte ich, meine Herren, weil schon mein unmittelbarer Herr Vorredner gesagt hat, wir dürfen keinen Antrag stellen, es als Wunsch ausdrücken, es sei bei der Station Matzleinsdorf eine Linie abzuzweigen, welche den X. Bezirk in der Mitte durchschneidet, womöglich durch die Quellengasse geht und durch den XI. Bezirk zum Anschlusse an die Linie Central-Friedhof. Es wäre dies auch in anderer Richtung eine zweckmäßige Linie, meine Herren, denn, wenn diese Linie hergestellt würde, so wäre es möglich, dass auch die Leichentransporte, sowohl vom X., wie von den westlichen Bezirken per Bahn zum Central-Friedhofe bewerkstelligt werden.

Die Ausführung der Arbeiten, meine Herren, wird eine Summe von über eine Million beanspruchen, und wird als Nothstandsbau bezeichnet, wenigstens hat mein unmittelbarer Herr Vorredner dieselbe so charakterisiert. Nun, ich habe nichts dagegen, nennen Sie es Nothstandsbau oder nicht, aber ich sage, dieser Bau betrifft gleichzeitig eine zweite Stadterweiterung. Es ist auch nichts anderes, als eine zweite Stadterweiterung, und gestatten Sie mir, meine Herren, dass ich einige Worte über den Nutzen spreche, den uns die erste Stadterweiterung gebracht hat.

Der Staat hat bei der ersten Stadterweiterung, das werden Sie zugeben, ein brillantes Geschäft gemacht, er hat die Glacisgründe genommen und hat sie theuer verkauft. Der Staat nimmt hohe Steuern ein, Hauszins-, Erwerbsteuer ꝛc.; das ist Thatsache, dass die Steuerkraft sich gehoben hat. Der oberste Rechnungshof

sagt selbst, dass im Jahre 1890 22 Millionen Überschuss sich ergeben haben, in den Staatscassen liegen jetzt schon 1,130.000 fl.! Nun, der Staat hat ein gutes Geschäft gemacht, die Gemeinde Wien ist aber schlecht dabei gefahren, die Gemeinde Wien hat ihre Gründe hergeben, Straßen bauen, Wasserleitung herstellen müssen, heute haben wir 52 Millionen Schulden aus der Zeit der ersten Stadterweiterung und alle Jahre muss unser Finanzminister $2^1/_2$ Millionen in das Budget einstellen, damit die Zinsen und die Amortisierung gedeckt werden. Das sind die Vortheile, welche die Gemeinde Wien errungen hat, die Vindobona ist ihres grünen Kleides entkleidet worden und der Staat hat die Sache übernommen; nun, meine Herren, geht man zum zweitenmale an die Vindobona heran und nimmt ihr die Linienwälle weg oder zieht der Vindobona ihr Corset aus, der Staat wird auch wieder ein gutes Geschäft machen, aber die Gemeinde Wien nicht. Nun aber, in der Vorlage wird noch ein drittes von der Gemeinde Wien gefordert, nämlich die Gemeinde Wien soll ihre sämmtlichen Straßengründe an den Staat abtreten. Wenn sie das thut, muss ich sagen, ist die Mutter Vindobona gänzlich entkleidet und steht wirklich blank vor ihren armen Kindern. Auch ihr Diadem ist stark derout geworden, einst hat sie kostbare Steine gehabt, respective ein Vermögen, den letzten Stein hat aber der Herr Finanzminister herausgenommen und will mit 1,500.000 fl. das Budget decken. Also, wenn wir die Vindobona zieren und ihr Diadem aufputzen wollen, können wir ihr nichts geben als alte und neue Schuldverschreibungen, damit es etwas gleichsieht. Nun, sehen Sie, auch eine enorme Theuerung ist durch die erste Stadterweiterung provociert worden, jetzt haben wir auch eine riesige Theuerung. Im Jahre 1848, meine sehr geehrten Herren, hat das Pfund Rindfleisch 12 kr. CM. gekostet, wenn Sie das umrechnen, sind das 22 Neukreuzer. Heute kostet das Kilo, je nach der Qualität, 84 kr., 1 fl., 1 fl. 20 kr. Wenn die Fleischpreise gleich geblieben wären, müsste heute das Kilo Fleisch nur 36 kr. kosten. Das ist aber nicht richtig, meine sehr geehrten Herren. Sehen Sie, schon das Pferdefleisch kostet heute 48 kr. das Kilo, also um 10 kr. mehr als damals das Rindfleisch gekostet hat. Nun sehen Sie die Prosperität, welche die erste Stadterweiterung gebracht hat. (Unruhe rechts.) Ich habe eine gute Lunge, das muss ich sagen, aber die Herren dort (rechts) schreien mehr als ich; ich strenge mich riesig an; und da ist auch der Gem.-Rath Frauenberger dabei. Also halten Sie, meine sehr geehrten Herren, Ruhe, damit ich weitersprechen kann. Die erste Stadterweiterung hat uns ein neues Gewerbe gebracht, nämlich das Pferdefleischhauer-Gewerbe, es ist heute ein bürgerliches Gewerbe. Die zweite Wohlthat, welche uns die erste Stadterweiterung gebracht hat, sind die Volksküchen. Natürlich die Bevölkerung ist vermögend geworden und es war nothwendig, dass Volksküchen geschaffen wurden, damit die armen Leute um einen billigen Preis Mittagessen können. Die dritte Auflage waren die Theeanstalten, die auch keinen anderen Zweck gehabt haben, als der Jugend das Brantweintrinken leichter zu lernen. Dann sind die Asylhäuser gekommen, und jetzt sind die Wärmestuben da.

Nun erlauben Sie mir, sehr geehrte Herren, die Frage: Wie schlecht muss es in Wien sein, dass die armen arbeitenden Menschen sich die Kohlen nicht selbst kaufen können, um sich ihre Stube zu erwärmen und daher in die Wärmestuben gehen müssen. Bei mir draußen muss man durch den Schnee waten, um zu der Wärmestube hinzukommen und wissen Sie, wie dieselbe gebaut ist? Wie ein Arrest, das Fensterparapet ist 6 Fuß hoch und der größte Mann, selbst wenn er sich auf die Zehen stellt, ist nicht im Stande, durch die Fenster ins Freie zu blicken; und das ist eine Humanitätsanstalt!

Das „Schöpserne" Tagblatt — ich lese es jeden Tag zum Frühstück — hat im Juni, Juli und August die Nachricht gebracht, dass $7-7^1/_2$ Tausend Menschen in Wien obdachlos sind. Dass muss Thatsache sein, weil es das „Schöpserne" gebracht hat. Nun aber sagt der Hausherrenverein, es sind 15—18.000 Wohnungen in Wien leerstehend.

Wie vereint sich nun das? Auf der einen Seite Obdachlose und auf der anderen Seite leerstehende Wohnungen, und zwar doppelt, ja dreimal so viel leerstehende Wohnungen als der Zahl nach Obdachlose.

Wenn diese Leute Geld hätten, so würden sie sich Wohnungen mieten, nicht wahr, Herr Gem.-Rath Frauenberger? So ist es. Jetzt kommt die letzte Auflage; das freie Fremdenblatt hat gefunden, dass es nothwendig ist, einen Verein für hungernde, frierende Kinder zu activieren. Bis jetzt haben wir 10.000 fl. für die hungernden und frierenden Kinder ausgegeben, und nun wo die Vororte — wie Herr Frauenberger sagt — glücklich mit Wien vereinigt sind, sind 20.000 fl. nothwendig, in dem gesegneten noblen Wien.

Nun sehen Sie, jetzt soll das Budget durch die Verkehrsanlagen mit 900.000 fl. mehr belastet werden, die Steuern sind ohnedies schon erhöht worden, die Verzehrungssteuer von 20 auf 30% . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, nur zu den Verkehrsanlagen zu sprechen, wir müssen doch auch weiter kommen. Sie sind schon längere Zeit nicht bei der Sache!

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Ich muss schon tausendmal um Entschuldigung bitten, aber mein unmittelbarer Herr Vorredner hat auch von den Verkehrsanlagen gar nichts gesprochen —

Bürgermeister (unterbrechend): Ich kann mich auf Dialoge nicht einlassen, ich bitte, bei der Sache zu bleiben, haushalten Sie doch mit der Zeit!

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Nun gut, so werde ich von den Verkehrsanlagen sprechen und werde von der Einwölbung der Wien sprechen. Da war ein großer Mann, sehr geehrte Herren, der fürchtete sich, wenn die Wien eingewölbt wird, werde Wien ersaufen. Ich habe die Angst nicht. Ich habe schon die Überschwemmung vom Jahre 1851 erlebt, wo die Wien am höchsten war; da hat sie alle Wehren und Brücken weggerissen und die steinerne Brücke, die damals als baufällig erklärt wurde, hat herhalten müssen, weil die Nothbrücken demoliert waren. Es waren nur drei Brücken, die Stand gehalten haben und den Verkehr vermittelten: die Stubenthorbrücke, dann die steinerne Brücke und die Kettenbrücke bei der Kettenbrückengasse. Wie heute die Wien ihr Bett hat, glaube ich nach meiner Anschauung, ist es eine Unmöglichkeit, dass Wien überschwemmt werden kann, weil die Sohle beinahe 2 m tiefer liegt als ehedem, und der Stadtbau-Director hat historisch nachgewiesen, dass seit 500 Jahren kein höherer Wasserstand existiert hat als dieser, und die Stubenthorbrücke war weit genug, dass die Wassermassen hinausströmen konnten. Dieser große Gelehrte fand in Wien so viel Wasser — er hat das Malheur, dass er immer viel Wasser findet — und er hat auch im Kaiserbrunnen viel Wasser gefunden. Er hat constatiert, dass der Kaiserbrunnen 2 Millionen Eimer Wasser täglich gibt. Alle Quellen und Bäche zusammen geben heute nicht einmal 400.000 Eimer.

Der gute Herr hat sich verrechnet, da er mehr Wasser gesehen hat, als in der That vorhanden ist. Nun habe ich auch etwas über die Verkehrsanlagen gesprochen. Über die Theuerung darf ich nicht sprechen. Aber ich möchte doch Eines diesbezüglich erwähnen, was von Seite der Regierung selbst angeregt worden ist.

Im Szeps'schen Tagblatt habe ich gelesen, dass ein Großindustrieller sein 40jähriges Firmenjubiläum gefeiert hat, und da sind alle Etablissements aufgeführt worden, die er besitzt, darunter auch die Loisgilger Kohlengrube. Ich bin schon seit 20 Jahren Mitglied des Kohlenconsumvereines und beziehe Loisgilger Nusskohle. Vor 2 Jahren bezahlte ich sie mit 94 kr., heute muss ich 1 fl. 16 kr. zahlen. Ich glaube nicht, dass beim Strike die armen Kohlenarbeiter 22 kr. per Centner gewonnen haben; sie haben 5 kr., höchstens 10 kr. gewonnen. Aber wer nimmt die anderen 12 kr.? Gleich am anderen Tage hat wieder das Blatt gebracht, dass Seine Excellenz der Herr Statthalter sich bewogen gefunden hat, den Magistrat aufzufordern, darüber Bericht zu erstatten, warum die Lebensmittel gar so rapid steigen.

Ich könnte Ihnen noch viel über diese enorme, bei den Haaren herbeigezogene Theuerung anführen, aber ich muss mich der Gefahr aussetzen, der Herr Bürgermeister könnte mich neuerdings . . . . und ich füge mich.

Mein unmittelbarer Vorredner hat gesagt, es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn man fremde Arbeiter nicht herziehen ließe, und ich sage, es ist sehr gefährlich, fremde Arbeiter herzuziehen. Bedenken Sie, so viele Obdachlose, so viele Erwerblose, Hungernde und Frierende! Und es liegt, wenn die Ernährung eine mangelhafte ist, nicht ferne, dass eine Epidemie ausbricht, und die müssen wir hintanhalten. Wir haben Arbeitskräfte genug in Wien! Die Leute warten fortwährend darauf, dass Schnee fällt, damit sie etwas zu schaufeln haben; wozu wollen wir dann fremde Arbeiter heranziehen? Das ist nicht nothwendig!

Bei dieser Arbeit, meine Herren, werden nur Diejenigen eine Beschäftigung finden, die beim Baufache sich durchbringen wollen. Die anderen Gewerbetreibenden: Schuster, Schneider, Tischler, Uhrmacher, Gürtler werden nichts profitieren, weil es nach dem Gewerbegesetze eine Unmöglichkeit ist, weil sie an die Zwischenhändler liefern müssen, und davon bekommen sie nichts. Wo Viele an einem Knochen nagen, kommt am Allerwenigsten auf den, der den Knochen so lange halten muss, bis sich die Anderen sattgefressen haben.

Ich möchte Sie daher, meine Herren, um Ihre Geduld nicht länger in Anspruch zu nehmen, bitten, die Anträge des Herrn Dr. Lueger, wie sie sind, anzunehmen; denn jeder unparteiische Mann muss zugeben, dass da keine Parteischattierung maßgebend war. Ich möchte Sie aber auch sehr bitten, den von mir gestellten Antrag anzunehmen, dass die Gürtelbahn bis zum Central-Friedhofe ausgebaut werde. Ich ersuche Sie, meine Herren, daher nochmals um die Annahme meines Antrages und schließe hiermit. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Die großen Städte sind, um mit einem Paradoxon zu sprechen, Verkehrshindernisse. Man hat früher den Mont-Cenis durchbohrt, man ist früher dazugekommen den Arlberg zu überschienen, bevor es gelungen ist, die großen Städte des Continentes durch den Dampf zu bändigen und die Stränge des Verkehres durchzulassen. Als durch die Ingenieure die Schienenstränge bis an den Saum der großen Städte herangezogen waren, sah man sich genöthigt, erst um dieselben herumzugehen, um sie herum die Verbindungsstraßen zu legen. Wir haben dafür ein sprechendes Beispiel. Diejenigen von uns, welche an einer Station der Südbahn, z. B. in Baden gewohnt haben, waren von Kritzendorf weiter entfernt, als wenn sie in weit entlegenen Badeorten sich aufgehalten hätten, denn die Communication war außerordentlich schwierig. Es spricht für den Geist des früheren Handelsministers Bruck, dass er der Erste war, der daran dachte, einen Schienenstrang durch Wien zu legen und die unter Bruck angelegte Verbindungsbahn ist das Knochengerüste, um welches sich jetzt die Bahnen reihen; und so billig konnte man damals bauen, dass die Verbindungsbahn nur 2 Millionen Gulden kostete, wobei man freilich einen Theil des Bettes des Wr.-Neustädter Canales benützen konnte. Bei den Erweiterungsarbeiten bis zum Jahre 1888 ist in diese Bahn der Betrag von 3,700.000 fl. hineingesteckt worden, so dass der Staat um den Spottpreis von 6,000.000 fl. diese erste Bahn im Jahre 1888 an sich bringen konnte. Er zahlte den Bahnen jährlich eine Annuität von 5·17% und macht ein vortreffliches Geschäft, weil die Verbindungsbahn bis jetzt thatsächlich 7·4% trägt. Überhaupt ist ja nothwendig, solche natürliche Linien, welche in das Antlitz unserer guten Mutter Wien, sei es durch die Natur, sei es durch die Geschichte, gegraben sind, zu benützen; es ist nothwendig, solche natürliche Einschnitte, wie die Donaulinie, die Wienthallinie zu benützen, da man dies auch in anderen großen Städten gethan hat. Die Berliner Stadtbahn wäre unmöglich gewesen, wenn nicht ein alter versumpfter Graben, der Königsgraben, bestanden hätte, den man trocken legte und in welchem man die Stadtbahn führte. So müssen auch wir die Werke der Vorfahren, die Basteien, die Liniengräben, künstliche Einschnitte oder auch natürliche Einschnitte benützen, und auf den Ruinen, die wir niederlegen, erblüht neues Leben.

Der große Zug, der durch die Verkehrsanlagen geht, prägt sich besonders darin aus, dass alle drei Gattungen Verkehrsanlagen, Canalbauten, Straßen- und Eisenbahnbauten und Regulierungen sich an die Verkehrsanlagen anschließen.

Es ist ein großer Zug, der sich hier in der Zusammenfassung des ganzen Werkes äußert. Dieser große Zug darf nicht hinwegtäuschen darüber, dass der Staat besondere Zwecke verfolgt, indem er die Hauptbahnen mit einem Betrage von 36 Millionen bauen will.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass die wichtigste Linie, die Gürtelbahn, eigentlich eine Weltbahn, eine Bahn ist, welche geradezu Welthandelsstraßen vorbereitet. Die Gürtellinie ist eine Bahn, welche Böhmen durch die Franz Josefsbahn mit den südlichen Kronländern des Reiches verbindet; daraus dass diese Weltbahn zufällig über Wiener Boden, über das große Gebiet von Wien geht, folgt keinesfalls, dass die Stadt an der Bahn participiere. Es ist kein Geschenk, wenn der Staat strategischer oder handelspolitischer Zwecke wegen diese Linien baut und thatsächlich sind die beiden anderen Hauptbahnen, die Vorortelinie und die Donaulinie, Linien, welche zur Verbindung der neuen Kasernen gebaut werden sollen, welche man erbaut, nachdem die alten Kasernen aufgelassen sind. Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, es sind militärische, nicht gerade strategische Zwecke zur Bekämpfung äußerer Gegner, sondern um die große Stadt in Händen zu halten, im Falle etwa Bewegungen entstehen sollten, wenn diese Linien gebaut werden. Dass der Staat thatsächlich nur diejenigen Linien aus eigenen Mitteln baut, die ihm selbst nützlich sind, und die Localbahnen Privat-Gesellschaften übertragen will, ist unbedingt

einer der schwachen Punkte der ganzen Anlage, ja noch mehr, man muss sagen, dass man überhaupt nur bei der Anlage des Ganzen die großen Linien ins Auge gefasst und mit dem Bleistifte die Localbahnlinien hineingezeichnet hat, denn für die Verbindung der Localbahnlinien mit den Hauptlinien haben wir gesorgt, und erst durch die Wünsche des Landtages und Stadtrathes ist diese Frage in Fluss gekommen. Aber ich weise darauf hin, meine Herren, und wir müssen das immer wieder sagen, dass die Rentabilität der Localbahnen davon abhängt, dass die Localbahnen an allen Punkten, wo es nur möglich ist, mit den Hauptbahnen in Verbindung sind. Denn der Wiener ist — ich sage das nicht tadelnd — bequem und will nicht 1, 2, 3 Mal umsteigen, wenn er an die verschiedenen Enden seiner Stadt kommen will.

Und was ist eigentlich der Grund, warum der Staat sich weigert, die Localbahnen von der Commission bauen zu lassen und dies Privatgesellschaften überlassen will? Die Gründe hiefür sind nicht in der Sache liegend, denn in der Sache selbst spricht Alles dafür, dass der Staat selbst oder die Commission diese Bahnen bauen solle.

Nehmen wir den Fall an, dass diese Linien sich rentieren; wäre es nicht besser, dass der Staat, die Stadt, das Land selbst den Ertrag davon hätten? Wenn wir die ersten Locallinien, die sich rentieren werden, die Wienthal- und die Donaucanallinie, an Privat-Gesellschaften überlassen, dann werden wir diejenigen, die wir nothwendig haben und die sich nicht rentieren, aus eigenen Mitteln bauen müssen. Es ist ein richtiges Gebot der Eisenbahnpolitik, dass man aus den Überschüssen rentierender Bahnen nicht rentierende baut, wie denn Kaiser Napoleon III. in seinem bekannten Eisenbahngesetz geradezu eine Cassa statuiert hat, in welche sogar die Privatbahnen genöthigt wurden, Überschüsse einzuzahlen, damit jene Verbindungslinien der Hauptbahnen, die sich, vom Staate gebaut, nicht rentiert hätten, doch aus eigenen Mitteln der Eisenbahnen errichtet werden konnten.

Nehmen wir den Fall an, dass diese Locallinien, welche wir Gesellschaften zu bauen überlassen, nicht rentieren. Was wird geschehen? Dann werden wir Zank und Streit in unserer guten Stadt haben und Zank und Streit in dieser Gemeindestube. Wenn diese Linien sich nicht rentieren werden, so werden die Züge seltener fahren, das rollende Material wird vermindert werden, man wird langsamer fahren, es wird etwa nur alle halbe Stunde ein Zug gehen und der Zweck wird nicht erfüllt sein. Alle diese Gefahren stehen uns bevor, und sie stehen uns so bevor, dass ich bereits im Geiste vor mir sehe, dass man diese neue Gesellschaft in eine Parallele mit der Gesellschaft des Herrn Reitzes stellen wird. Ich sehe die Zeit voraus, wo in dieser Gemeindestube Streitigkeiten und unangenehme Scenen deswegen erfolgen werden. Es war demnach ein sehr richtiger Gedanke des Landtages, dass er ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, dass womöglich der Staat diese Locallinien bauen und sie nicht Privat-Gesellschaften überlassen soll. Was ist der Grund, weshalb der Staat sie nicht selbst bauen will; da der Staat sich bereit erklärte, im Nothfalle 85% zur Erhaltung der Bahnen beizutragen, so ist es gleichgiltig, ob er selbst ein Anlehen aufnimmt oder nur sich für irgend eine Zinsensumme verbürgt. Das ist für die Finanzen des Staates ganz gleichgiltig, dagegen ist es für die Macht und den Einfluss desselben besser, wenn er die Bahnen selbst baut. Was ist also die Ursache? Die Regierung wagt es nicht, mit der Forderung an den Reichsrath heranzutreten, außer den 36 Millionen für die Hauptbahnen noch 24 Millionen für die Localbahnen zu geben.

Nun, meine Herren, muss ich wohl sagen: Es ist die Pflicht des Gemeinderathes, an das Autoritätsgefühl der Regierung zu appellieren; es ist die Pflicht des Gemeinderathes, der Regierung zu sagen, dass sie nicht wie so vielfach sonst durch Eröffnung eines luogo di traffico im Reichsrathe die Durchbringung dieser Vorlagen und alles dessen, was daran hängt, durchsetzen soll, sondern dass sie dasjenige, was gut und recht, mit ihrer Autorität decke. Der Gemeinderath kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, dass er, weil die Regierung ihre Autorität nicht anspannen will, sich mit weniger begnügen müsse. Der Gemeinderath muss ebenso wie der Landtag verlangen, dass der Staat diese Bahnen baue.

Ich werde demnach in der Special-Debatte einen Antrag stellen analog dem im Landtag bereits angenommenen, mit welchem unsere Vertreter in der Commission aufgefordert werden, respective ihnen der Wunsch nahe gelegt wird, in diesem Sinne einzutreten. (Beifall rechts.)

Nun komme ich zum zweiten Punkte, der mir fast noch wichtiger erscheint, als der erste Punkt, das ist die Frage des Donauhafens und aller Donauanlagen.

Hier bin ich so frei, als ein sehr pessimistisch voraussehender Prophet, wenn Sie wollen, aufzutreten und ich werde mir erlauben, Ihnen vorauszusagen und zu begründen, dass bei dieser Vereinsamung, die Anlage eines Donauhafens, wie sie geplant ist, nicht wertvoll ist und dass der Hafen, wie er projectiert ist, zu einem weiteren Aufschwunge des Donauhandels nicht beitragen wird.

Meine Herren! Wir haben jetzt durch die letzten 20 Jahre beobachtet, dass der Donauverkehr fortwährend im Rückgange begriffen ist. Der Statistiker Pizzala hat erst vor einigen Monaten in der Zeitschrift des n.-ö. Gewerbevereines alle statistischen Daten zusammengestellt, die zu wiederholen, Ihre Aufmerksamkeit allzusehr anspannen hieße, und das Facit ist, dass leider auf dem Donaucanal jährlich nur $3^1/_2$ Millionen Meter-Centner verladen werden, während auf den verschiedenen Theilen der Spree, die durch Berlin fließt, jährlich 45 Millionen Centner befördert werden.

Der Rückschritt, welchen Wien in dieser Richtung gemacht hat, ist ganz außerordentlich und er kann mit Ziffern belegt, sowie auch durch Schilderungen aus früherer Zeit illustriert werden.

In den 40er Jahren hat ein Schriftsteller Namens Forgach ein Buch über Wien geschrieben, in welchem in Bezug auf den Donaucanal folgender Passus vorkommt, der uns mit wahrem Neide gegen diese Zeit erfüllt. Er schreibt (liest): „Da gegenwärtig an Sommertagen der Wiener Donaucanal auf der Strecke von Nussdorf bis Wien und unterhalb Wien mit Schiffen vollgepackt ist, so wird dieses bei ganz anderen und weit günstigeren Verhältnissen der Donauschiffahrt nicht wieder der Fall sein".

Meine Herren! Ich würde Wien beglückwünschen, wenn wirklich auch nur an Sommertagen der Donaucanal ober- und unterhalb Wiens mit Schiffen voll gepresst wäre. Ich erkläre nun mit vollster Offenheit, dass an der jetzigen Verödung des Canales die Schaffung des Hafens an sich nichts ändern wird. Die Anlage des Hafens allein zieht keinen Handel nach Wien. Ich will Ihnen da ein Beispiel an dem Hafen in Venedig geben. Wenn die italienische Regierung heute sich vom Parlamente 500 Millionen Lire bewilligen ließe, um die Lagunen von Venedig auszubaggern, damit die Schiffe vom adriatischen Meere genau so wie zur Zeit der alten Dogen durch den Canal grande in die

Stadt hinein bis zur Rialtobrücke fahren könnten, dadurch allein würde Venedig seinen alten Handel nicht wieder bekommen. Man kann nicht überall einen Hafen machen, wo ein Canal ist, sondern es ist stets das Princip, einen Hafen dort zu machen, wo thatsächlich ein Handel besteht. (Zustimmung rechts.) Dadurch allein, meine Herren, dass Sie den Donaucanal zu einem Hafen umgestalten, in welchem keine Strömung ist, wird der Donauhandel nicht belebt werden. Ja, man ist gewissermaßen hier den umgekehrten Weg gegangen, weil Wien als Donauhafen nur dann aufleben kann, wenn es wirklich der Mittelpunkt eines weitverzweigten Nord und Süd verbindenden Centralnetzes sein wird. (Zustimmung rechts.) Man ist also eigentlich, indem man hier den Hafen anlegt, den umgekehrten Weg gegangen. Wir acceptieren dies, meine Herren, wir sind sehr froh, denn es wird dies ein mächtiger Antrieb sein, dass auch andere Bauten ausgeführt werden, damit in diesen Hafen auch Schiffe gelangen können.

Dieser Umstand, meine Herren, dass die Donau immer weniger belebt ist, kommt daher, weil die Länder am oberen und die am unteren Laufe, Bayern, Österreich und Ungarn, wesentlich dieselben Producte erzeugen, weil Getreide und Holz, die hier und dort wachsen, wenigstens das Getreide, das ja nur einmal im Jahre in großen Quantitäten verführt wird, allein keinen großen Umschlag ausmachen kann.

Nur wenn wir die Donau mit Gegenden verbinden, die verschiedene Producte erzeugen, könnte der Donauhandel einen Aufschwung nehmen! Daher kommt es ja, dass alle Eisenbahnen, welche zwischen dem industriereichen Deutschland und Belgien und zwischen dem ackerbaureichen Ungarn und Rumänien verkehren, sich rentieren, dass sie mit Waren belastet sind. Nur dann also, wenn der Donau-Odercanal gebaut wird, durch welchen die ackerbautreibenden Gebiete mit den industriereichsten Gegenden verbunden werden, nur dann wird in Wien auch ein Donauhandel blühen. (Beifall rechts.)

Es hat immerhin sein Gutes, dass man den verkehrten Weg eingeschlagen hat; denn dieser Donauhafen wird, wenn er leer sein wird, eine stete Mahnung an die Regierung sein, dass sie ihre Pflicht erfülle und dass sie, was sie solange nicht gethan hat, auch durchführe; er wird ein Antrieb sein, ein Stachel im Fleische, durch den wirklich irgend eine That herbeigeführt wird. (Beifall rechts.)

Darum, meine Herren, begrüße ich die Anlage dieses Hafens mit Freuden, aber nicht etwa, weil ich mich einer Hoffnung hingebe. Ich fürchte, dass die Prophezeihungen, die ich zu machen gewagt habe und die mit dem landläufigen Optimismus in einem Widerspruche stehen, sich noch lange bewahrheiten werden.

Soviel, meine Herren, über die Frage bezüglich der Localbahnen und die Frage des Zusammenhanges des Winterhafens mit dem Canalnetze, welche mich vor Allem bestimmt haben, das Wort zu ergreifen; aber ich habe noch ein kleines Detail zu erwähnen und möchte insbesondere den Herrn Berichterstatter bitten, darauf sein Augenmerk zu richten.

Obwohl dieses Programm nach allen Seiten durchgesiebt ist, so glaube ich doch eine kleine Lücke in demselben entdeckt zu haben, werde mich aber sehr gerne belehren lassen und auf meinen Entdeckerruf verzichten, wenn ich Unrecht haben sollte, und zwar besteht, wenn ich nicht sehr irre, diese Lücke in dem Abschnitt 8. In diesem Abschnitt 8 ist deutlich gesagt, wer die Hauptbahnen bauen soll, das soll voraussichtlich die k. k. General-Direction der österr. Staatsbahnen sein; es ist auch gesagt, wer den Wienfluss regulieren soll, das wird die Stadt Wien sein, es ist auch davon gesprochen, wer die Localbahnen bauen soll, nur das Eine ist nicht ausgemacht, wer die Sammelcanäle bauen soll. (Rufe rechts: die Stadt Wien!) Es ist ganz selbstverständlich, wird man sagen, die Stadt Wien. Aber in einem Vertrage, glaube ich, in dem auch der Staat und das Land gewisse Zuschüsse zusagen, muss das doch auch stehen, es fehlt aber ganz im §. 8. Ich werde gleich sagen, meine Herren, warum ich einen Wert darauf lege.

Ich fühle ja sehr wohl, dass die Autorität der Gemeinde Wien außerordentlich beschränkt wird, indem man die Erbauung der Hauptbahnen und die Bestimmung der Route der Localbahnen dem Staate überträgt. Wir müssen eigentlich in gewissem Sinne, wenn wir das Programm angenommen haben, Abschied nehmen von unserem Rechte und unserer Macht, hier Verfügungen zu treffen, denn dann wird in der Commission darüber entschieden. Nur in Bezug auf die Wienfluss-Regulierung und in Bezug auf die Sammelcanäle werden wir nicht kraft des finanziellen Vertrages mit dem Staate und dem Lande, sondern kraft des Umstandes, dass wir Bauführer werden, noch unsere Autonomie wahren können.

Nur diejenigen Angelegenheiten, bei denen die Stadt Wien selbst die Bauführerin ist, werden der Annahme durch den Gemeinderath unterbreitet werden. Ich präcisiere dies deswegen mit Schärfe, weil ich glaube, dass es Pflicht eines Jeden von uns ist, für die Autonomie der Gemeinde einzutreten und dort, wo wir imstande sind noch selbst zu verfügen, dieses Verfügungsrecht auch deutlich auszusprechen. (Beifall rechts.)

Nun, meine Herren, sind von einem Herrn von jener (linken) Seite des Hauses, der durch Krankheit verhindert ist, an der Berathung theilzunehmen, eine Reihe von Anträgen auf Festsetzung von Bedingungen gestellt worden, unter welchen allein wir das Programm annehmen sollen. Es ist über diesen Gegenstand so viel gesprochen worden, und ich stimme dem, was meine Freunde von dieser Seite des Hauses ausgeführt haben, so vielfach zu, dass ich nicht glaube, mehr über diesen Gegenstand sprechen zu sollen, umsomehr, als ein Mitglied dieses Hauses, ich glaube Herr Gem.-Rath Noske, es übernehmen wird, die Wünsche, welche wir in dieser Beziehung hegen, zu formulieren.

Aber Eines halte ich fest; ich halte es für wichtig, dass in diesem Saale nicht bloß das Interesse der Unternehmer und zwar der großen und der kleinen Unternehmer, sondern auch das Interesse der Arbeiter in Rücksicht zu ziehen ist. Die Arbeiter haben uns — leider heute erst — ein Memorandum unterbreitet, welches im Vorsaale auf dem Tische aufliegt. Ich hatte kaum Gelegenheit, dieses Memorandum durchzunehmen; aber ich constatiere, dass in diesem Memorandum zweierlei Dinge gefordert werden, und es entspricht der Würde des Gemeinderathes, dass wir diese Wünsche der Arbeiter besprechen.

Es sind zwei Gruppen von Forderungen, welche hier erhoben werden. Die eine Gruppe bezieht sich auf die Feststellung eines Minimallohnes und eines Tarifes für die Bauten. Die zweite Gruppe von Forderungen bezieht sich darauf, dass die Arbeiterschutzgesetzgebung, soweit sie nicht bereits auf die Erdarbeiter ausgedehnt ist, auch auf diese Kategorie von Arbeitern bisher ausgedehnt werde. Wiewohl ich nur im eigenen Namen sprechen kann, constatiere ich, dass die erste Gruppe solche Wünsche enthält, deren Erfüllung bisher noch nicht Inhalt unseres öffentlichen Rechtes

geworden ist. Ich fühle mich nicht berufen, über die Frage zu sprechen, ob der Staat das Recht hat, einen Minimaltarif Denjenigen aufzuerlegen, welchen er Bauten übergiebt. Das ist eine Frage von so großer Tragweite, dass ich sie nur berühren will, aber keineswegs eine Erörterung daran knüpfen kann. Anders aber steht es mit der zweiten Forderung, dass die Arbeiterschutzgesetzgebung auf diese Arbeiter ausgedehnt werde. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist nach dem Beispiele Englands Gegenstand der öffentlich-rechtlichen Gesetzgebung, sie ist eines jener Dinge, bei welchen von den gesetzgebenden Classen längst erklärt wurde, dass hier nur berechtigte Forderungen der Arbeiter vorliegen.

Ich werde mir erlauben in der Special-Debatte den Antrag zu stellen, ich hatte bereits früher die Absicht, bevor dieses Memorandum vorlag, es zu thun, welcher dieser Forderung der Arbeiter, dass die Arbeiterschutzgesetzgebung auf alle Kategorien von Arbeiter Anwendung finde, welche bei den Bauten beschäftigt sein werden, Rechnung trägt und werde diesen Antrag der Genehmigung durch den Gemeinderath unterbreiten. Somit habe ich von den Dingen gesprochen, welche ich hier vorzubringen beabsichtigt hatte, und will damit dem Ende zugehen, dass ich eine kleine wirtschaftspolitische Betrachtung anstelle, welche sich aber durchaus in dem Rahmen der Vorlage bewegt.

Meine Herren! Es ist Thatsache, dass durch 10 Jahre, während eines dem Deutschen feindlichen Regims in Österreich nichts für Wien geschehen ist, es ist Thatsache, dass in demselben Augenblicke, wo dieses Regim gebrochen war, die Regierung ihre Pflichten gegen die Reichshauptstadt erfüllt, Pflichten, von welchen die Regierung immer durchdrungen sein sollte. Wir haben an zwei Beispielen gesehen, wie sehr das Interesse der Stadt in Bezug auf Verkehrsanlagen missachtet worden ist, das erste Beispiel war, als die Stadt Wien sich verpflichtete, die Regulierung des Wienflusses ins Werk zu setzen und als sie 5 Millionen dafür bewilligte, darauf ist man an die Regierung herangetreten — es hat damals noch der Finanzminister Dunajewski seines Amtes gewaltet — und die Regierung hat durch $1^1/_2$ Jahre gar keine Antwort auf diese Anfrage ertheilt. Man hat vom Finanzminister gar keine Antwort darauf erhalten können, ob die Regierung jemals etwas für die Wienfluss-Regulierung thun würde. Aber meine Herren, wir haben noch ein zweites Beispiel dafür, wie die Interessen der Verkehrsanlagen unter dem jetzt gebrochenen Regierungssystem vernachlässigt worden sind. Eines der Hauptgründe — und ich wundere mich, dass dieser Umstand noch nicht in den bisherigen Debatten berührt worden ist, die in den verschiedenen Versammlungen stattgefunden haben — eine der Hauptursachen dessen, dass die durch Wien zu legende Verbindung der Franz Josefsbahn und der Westbahn noch nicht gebaut ist, liegt darin, dass die Regierung im Jahre 1885 die Concession der Linie St. Pölten—Tulln gegeben hat. Als die Regierung im Jahre 1884 jene Localbahnen concessionierte, durch welche die Franz Josefsbahn bei Tulln mit der Westbahn bei St. Pölten verbunden wurde, war Wien umgangen, und im Augenblicke, wo die Concession der Länderbank gegeben wurde, hatte das Kriegsministerium nur ein geringes Interesse daran, eine Verbindung mit Wien zu verlangen. Sie wissen, welche Macht das Kriegsministerium hat, Sie wissen, dass, wenn seine strategischen Forderungen erfüllt sind, alle anderen Anforderungen zurücktreten. Der Handelsminister Pino hat, indem er eine nicht durch Wien gehende Verbindungsbahn jener zwei Welteisenbahnen concessioniert hat, sondern eine um ganz Wien herumgehende, Wien äußerst geschädigt. (Bravo rechts.) Man hat diesen Gefallen damals der Länderbank erwiesen, und zwar auf Umwegen.

Man hat nicht gewagt, vor den Reichsrath zu treten und zu verlangen, dass diese Linie concessioniert werde, sondern man wollte der Bank, welche im Bunde mit der Regierung war, und die Zeitungen und Agitationen der feindseligen Parteien bezahlt hat, einen Gefallen erweisen. Man concessionierte die Linie als Localbahn, weil man in diesem Falle nicht vor den Reichsrath treten musste, sondern es genügte, dass der Handelsminister die Concession gab. (Hört! rechts.) Das war in jeder Richtung ungesetzlich, denn die angebliche Localbahn ist eine Weltbahnlinie, welche Hamburg und Bremen mit dem Süden und Westen Österreichs und mit der Schweiz verbindet. Das muss hier gesagt werden, dass dies zu einer Zeit geschehen ist, da die Interessen der Deutschen vernachlässigt wurden. Zur selben Zeit hat man die Interessen der Reichshauptstadt vernachlässigt und hat sie in die politische Agitation hineingezogen für eine bestimmte Bank, welche der Regierung die Agitationsmittel zur Verfügung stellte. (Beifall und Händeklatschen.) Dies, meine Herren, muss hier gesagt werden, und wenn der frühere Handelsminister Pino auch andere Localbahnen, wie Stryj, Kolomea und weiß Gott welch' andere an die Länderbank oder an andere Gesellschaften concessioniert hat, welche gleichfalls dem Reichsrathe hätten unterbreitet werden sollen, so sind dies Dinge, die uns nichts angehen, welche aber in das System hineingehören, gegen welches wir so lange angekämpft haben und das sich nur solange halten konnte, weil es in der Reichshauptstadt eine Partei gegeben hat, welche in der Vertheidigung des damaligen Regierungssystems der Regierung fortwährend Beistand geleistet hat. (Bravo rechts.)

Das glaube ich, gehört zur Sache, weil es zeigt, wie das Interesse der Stadt Wien und die Durchführung der Verkehrsanlagen in Wien nur von einem Regierungssystem gefördert wird, welches auf einem Standpunkte steht, der anerkennt, dass Wien, die deutsche Reichshauptstadt, Berücksichtigung zu finden hat, wenn die Deutschen berücksichtigt werden. (Beifall rechts.) Das sind Dinge, die innig zusammen gehören, und wie mit eisernen Hammerschlägen ist in den letzten 10 Jahren diese Erinnerung den Wienern ins Gedächtnis gerufen worden. Sie sollten sich besser dessen erinnern, sie sollten nicht fortwährend daran vergessen, sie sollten sich nicht fortwährend darüber beklagen, dass ein solches Regierungssystem, dem Fürst Alois Liechtenstein seinen Beistand geliehen hat, im Schwinden begriffen ist. Seitdem wir wieder eine deutsch-centralistische Richtung, Männer wie Wittek bekommen haben, der sich um das Zustandekommen dieser Anlagen das größte Verdienst erworben hat, seitdem Männer wie Bacquehem und Steinbach Männer wie Dunajewski und Pino abgelöst haben, seit der Zeit wird das Interesse von Wien wieder ins Auge gefasst. Wäre jemals ein slavischer Finanzminister vor den Reichsrath mit der Forderung getreten, 60 Millionen für Wien zu bewilligen, hätte dieser dafür ein Herz gehabt? Niemals. Deswegen, sage ich, sind die Verkehrsanlagen ein Symbol der Erinnerung an die Deutschen Österreichs, ein Symbol dessen, dass sich die Regierung an ihre Pflicht erinnert, und ein Sinnbild, dass dies nicht bloß unserer Stadt zugute kommen wird, sondern zugleich ein Ausdruck für die gebesserten politischen Verhältnisse ist. Ich begrüße daher die Vorlagen und werde für dieselben stimmen. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Djörup (zur Geschäftsordnung): Geehrte Versammlung! In Anbetracht dessen, dass eine große Anzahl von Rednern sowohl von rechts als von links vorgemerkt ist, erlaube ich mir Schluss der Debatte zu beantragen.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Schluss der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch und zwar für die Vorlage die Herren Gem.-Räthe: Dr. Stern, Dr. Hackenberg, Dr. Rechansky, Lang, Geitler, Boschan, Dehm, Rosenstingl, Janotta, Tagleicht, Winter, Stiaßny, Seiler, Dr. Klotzberg, Wessely Vincenz, Herold, Frauenberger, Markl, v. Stummer, Noske; gegen die Vorlage die Herren Gem.-Räthe: Bärtl, Grünbeck, Tischler, Hipp, Jedlička, Steiner, Gräf, Ziegelwanger, Rauscher, Eigner, Hawranek.

Gem.-Rath Djörup (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir die Wahl von Generalrednern zu beantragen. (Widerspruch und Gelächter links.)

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, welche den Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen; ich bitte also zur Wahl von Generalrednern zu schreiten. (Nach einer Pause.) Als Generalredner sind gewählt: für die Vorlage Herr Gem.-Rath Boschan, gegen die Vorlage Herr Gem.-Rath Tischler.

Nachdem wir soeben einen Redner für die Vorlage gehört haben, ertheile ich dem gegen die Vorlage gewählten Generalredner, Herrn Gem.-Rath Tischler, das Wort.

Gem.-Rath Tischler: Meine Herren! Bevor ich in die Debatte eingehe, erkläre ich im vorhinein, dass alle jene Äußerungen, welche gegen unsere Partei, die Opposition im Gemeinderathe hier, in Umlauf gesetzt worden sind, als ob wir im Großen und Ganzen gegen die Erbauung der Bahn, gegen die Wienfluss- und Donauufer-Regulierung wären, unrichtig sind. Im Großen und Ganzen sind wir dafür und müssen dafür sein; die Leute, welche auf Seite der Opposition stehen, sind meistens Arbeitsknochen; entschuldigen Sie, meine Herren, den Ausdruck, aber es ist so; Sie finden da meist Männer, welche durch die Arbeit das geworden sind, was sie sind. Wir könnten, wenn wir auch wollten, nie und nimmer im Großen und Ganzen gegen die Vorlage stimmen.

Die Wienthalbahn, die Regulierung des Wienflusses, die Donauuferbahn, die Regulierung des Donaucanales sind eine unbedingte Nothwendigkeit, und wer sich dagegen stemmt, ist geradezu nicht befähigt, überhaupt im Sinne der Wählerschaft hier ein Urtheil abzugeben.

Es sind das ganz gewöhnliche Ausstreuungen, um die sogenannte antisemitische Partei zu verdächtigen. Wir sind dafür, aber wir haben deswegen unsere Bedingnisse, weil wir schon ein paar Mal erfahren haben, dass es nicht so geschieht, wie es geschehen soll, damit im Interesse des Bürgerthums und der Bevölkerung die Sache erledigt werde. Allem voran steht die Bedingung — wie der Antrag des Herrn Dr. Lueger lautet, dass die Arbeiter nur einheimische, das Material nur einheimisches sein solle, und dass die Arbeit nur an österreichische Industrielle vergeben werde und ein Großunternehmen nicht berechtigt sei, Subunternehmer zu engagieren, sondern die Arbeiten selbst durchführen muss. Diese Bedingnisse werden von Ihrer Seite als unerfüllbar erklärt, Sie sagen: die Regierung lässt sich in dieser Angelegenheit nichts vorschreiben.

Meine Herren! Unser Antrag ist ein patriotischer, die Regierung kann unserer Forderung nur dann entgegentreten, wenn diese den Interessen des ganzen Reiches entgegensteht.

Unsere Forderung steht aber den Interessen des ganzen Reiches nicht entgegen. Der Minister hat genau dieselbe Verpflichtung, die wir haben, im Interesse des österreichischen Bürgerthums und des Arbeiterstandes zu wirken, und hat gar kein Recht, in irgend einer Weise nach dem Auslande hinaus zu schielen, sich im Inlande die Steuern zahlen zu lassen und das verdiente Geld ins Ausland hinauszuschicken. (Bravo! links.) Wenn eingewendet wird, dass vielleicht die inländischen Erzeugnisse theuerer zu stehen kommen als die ausländischen, so muss das für die Regierung ganz gleichgiltig bleiben. Und warum? Weil diese Arbeit gewissermaßen eine Nothstandsarbeit ist. (Zustimmung links.) Diese Arbeit wird nur geschaffen, damit der Bevölkerung in Wien Brot gegeben wird; unser Antrag ist vollkommen gerechtfertigt; wir haben unsere Forderung nicht als bloßen Wunsch auszudrücken, denn dann geschieht gar nichts; man braucht uns dann nicht zu berücksichtigen und die Regierung darf uns nicht berücksichtigen, weil sie nicht berechtigt ist, bloße Wünsche zu erfüllen. Ist unsere Forderung berechtigt, so muß sie sie durchführen, ist sie unberechtigt, so darf sie sie nicht durchführen, auch wenn wir sie als Wunsch aussprechen. (Beifall links.)

Von einem Vorredner wurde erwähnt, dass vor 30 Jahren Arbeiten in der einen oder anderen Weise durchgeführt wurden. Wenn er von seiner Erfahrung darüber spricht, so ist das nicht richtig; denn wenn jemand 10 Jahre in Wien und 2 Jahre zuständig ist, kann er nicht davon sprechen, wie es vor 30 Jahren in Wien war; aber das spielt auch bei uns überhaupt keine Rolle.

Wir verlangen nicht nur, meine Herren, dass wir unsere Forderungen stellen dürfen, sondern wir verlangen noch mehr; wir verlangen, dass sich der Herr Bürgermeister mit seiner ganzen eisernen Autorität umgürtet und betreffenden Orts seine Stimme geltend macht im Sinne unserer Anträge! (Beifall links.)

Als in der Bevölkerung Wiens der Ruf nach Groß-Wien laut wurde, als der Wunsch ausgesprochen wurde, dass die Linienwälle fallen, da hat allerdings die ganze Bevölkerung gejubelt, weil man glaubte, dass billigere Lebensmittel und besseres, reges Leben geschaffen werden wird.

Die Erbauung der Bahnen aber, die Regulierung des Wienflusses und des Donaucanales haben mit Groß-Wien absolut nichts zu schaffen, d. i. eine Arbeit für sich und hätte genau ebenso durchgeführt werden können, wenn Wien geblieben wäre, wie es war.

Meine Herren! Groß-Wien ist fertig und heute fluchen schon Tausende von Menschen der Stunde, wo es geschaffen wurde, weil die Leute nur Lasten und gar keine Verbesserung sehen; Sie haben die hohe Biersteuer und die hohen Schlachtgebüren, die hohen Spitalskosten, die hohen Leichenbeschaugebüren. Ja, meine Herren, man gieng sogar noch weiter und hat den Bettelsack des Bürgers angegriffen und $1^1/_4$ Millionen aus dem Bürgerspitalsfond genommen und hingegeben um Groß-Wien zu schaffen, und das Endresultat ist, dass der Viehmarkt nicht in Wien, sondern wieder draußen liegt und die Bevölkerung in ihren Hoffnungen betrogen wurde. Freilich sagte man: ja das geht uns nichts an, die Regierung ist dagegen, da lässt sich nichts machen. Nun, meine

Herren, wir sind nicht hier um zu sagen, es läßt sich nichts machen, wir müssen etwas machen, und wenn die Regierung auf unsere Forderungen nicht eingeht, so soll sie uns zu Hause schicken. Für die Bevölkerung wäre es viel besser, als wenn wir immer nur Wünsche bekannt geben, die Regierung aber sich um die Interessen des Bürgerthums nicht kümmert.

Wir sind patriotisch genug, in unseren Anträgen geben wir dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber für das steuerkräftige Bürgerthum und die Arbeiter soll auch etwas gethan werden, es soll ihnen Brod und Arbeit gegeben werden, damit sie zufrieden sind und nicht etwa gegen die höher gestellten Persönlichkeiten und die Capitalsmächte in solcher Weise auftreten, als es die heutigen sozialistischen und anarchistischen Parteien thun.

Meine Herren! Wenn Sie die Anträge der Opposition nicht annehmen, so wird eine andere Zeit kommen, denn ich fürchte, wenn die Regierung unsere Forderungen nicht bewilligt, so wird Missmuth und ein Verzweiflungskampf entstehen, und wenn dann die Wahlen wieder kommen, so werden Sie keinen Liberalen und keinen Antisemiten hier sehen, sondern nur Anarchisten und Sozialisten. (Unruhe.)

Ich sage nicht, dass wir ebenso vorgehen sollen wie die Ungarn. Vor zwei Jahren haben wir es in Ungarn erlebt: wenn ein Minister die Forderungen nicht erfüllt, so wird er, wenn er aus dem Parlamente fährt, mit Steinen und Koth beworfen, soweit gehen wir nicht, dazu sind wir viel zu patriotisch.

Wir wollen nicht zu solchen Mitteln greifen, aber wir wollen die Macht und den Willen haben, die Forderungen der Arbeiter und der Bürger in der Weise zur Geltung zu bringen.

Wenn Sie den Geist Zelinka's aus dem Jahre 1866 vor sich erscheinen ließen — das war eine gewagtere Geschichte als heute, und schließlich hat er doch etwas Recht behalten — freilich, ein solcher Bürgermeister wird keine Orden oder keine Freiherrnkrone erhalten, aber er wird das Bewusstsein der Pflichterfüllung haben, und damit stehen oder fallen, und das ist mehr als jede andere Auszeichnung. (Beifall links.)

Wir werden vollständig zufrieden sein, wenn das geschieht, was der Bevölkerung versprochen wurde. Wir verkaufen Ihnen dann den ganzen Antisemitismus um einen Pappenstiel, Sie können dann sofort den Verein zur Bekämpfung des Antisemitismus auflösen, wir wollen dann nichts Anderes mehr; denn wir sind nicht Antisemiten von Profession. Wir sind froh, wenn wir wieder zurückkehren können und nicht gezwungen sind, hier zu erscheinen und unsere Arbeitszeit zu versäumen. Wir haben aber A gesagt und wollen es auch durchführen. Ich gestehe, eine Vorladung zum Landesgerichte fällt mir nicht so schwer als eine Einladung für den Gemeinderath, weil ich sehe, dass das verlorene Zeit ist und wir hier nur verhöhnt und so hingestellt werden, als ob wir Alles bekämpfen wollen. Was gut ist, werden wir nicht bekämpfen, sondern die Wurzel, an der eine Sache krankt, wollen wir beseitigen. Vor dem Gesetze sind Alle gleich; das ist aber eine Fabel, es ist nicht wahr, die arbeitende Bevölkerung ist das Lastthier.

Ich will die Sache nicht in die Länge ziehen, ich glaube nicht, dass es bei Ihnen viel angreift, ich werde Sie nicht überzeugen können, gerade so wenig, wie Gem.-Rath Friedjung uns überzeugen kann. Wir wünschen, dass Wien wird, was es war, ein glückliches Wien, und dass wir uns mit Politik nicht zu befassen haben, wir wünschen, dass wir unsere Kinder erziehen lassen können, dass die Arbeiter Brot haben und nicht gegen die ganze bestehende Herrschaft Stellung nehmen, und dass Wien so glücklich wird, und Kaiser, Regierung und Bevölkerung zufrieden sein können. Wir verlangen keine Ausnahmen von der Regierung; Sie sagen, die Regierung lässt sich von uns nichts vorschreiben. In Ungarn stehen die Sachen so, dass man außerhalb des Landes nichts erzeugen lässt, wenn es nicht unbedingt nothwendig ist; es ist nicht nothwendig, dass diese Dinge im Auslande erzeugt werden, wenn auch die Locomotive oder Schienen vielleicht im Auslande etwas billiger sind, so geht das Geld ins Ausland hinaus, aber nicht zurück, wenn Sie aber das Geld hier circulieren lassen, kommt das Geld dorthin, wo es hergegeben wurde. In Ungarn haben sie eine Waffenfabrik, wenn sie auch die Gewehre nicht zusammenbringen, erzeugen sie doch Waffen für die Honveds, das ist ein patriotisches Gefühl. Dasselbe Gefühl müssen auch wir haben, wir verlangen nur die Beruhigung, dass die österreichische Industrie und die österreichischen Arbeiter diese Dinge verfertigen. Wir stimmen ja gerne für die Vorortebahn, so mangelhaft sie ist. Sie wird nämlich nach dem vorliegenden Projecte nur durch Dämme und Wälle fahren. Es wird eine chinesische Mauer gebildet. Wir stimmen aber doch dafür, dass die Arbeit geschaffen wird, aber mit dem Bewusstsein, dass das Alles weggerissen, die chinesische Mauer bei Seite geschafft und dadurch wieder Arbeit geschaffen wird. Wenn wir diese Frage bei ruhiger Überlegung bedenken, so haben die Liberalen wie die Antiliberalen nur das eine Bewusstsein, der Regierung im Interesse der Arbeiter in die Hände zu arbeiten. Wenn Sie unseren Antrag annehmen und sagen, die Regierung wird es schon thun, liegt nichts daran; bewilligt sie es aber nicht, so sind wir verpflichtet, Stellung zu nehmen. Die Regierung muss die Dinge machen lassen, sie wird die Vorortebahn machen lassen; die Regulierung des Wienflusses ist eine Verpflichtung von Stadt, Land und Reich, weil es eine Nothwendigkeit ist. Wir wünschen, dass es geschieht, und wünschen, dass Sie uns einmal verzeihen, dass wir Antisemiten sind. Stimmen Sie dem Antrage zu, Sie haben Ihrer Ehre nichts vergeben, wenn Sie das thun. Wenn die Regierung es nicht thut, bleibt es der Regierung überlassen. Es ist besser, wir verlassen unsere Stelle und betäuben die Bevölkerung nicht mit Wünschen, welche nicht zur Ausführung gelangen.

Die großen Hoffnungen, welche auf die Vereinigung der Vororte gesetzt wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Es ist zu befürchten, dass die jetzigen großen Arbeiten der kleinen arbeitenden Bevölkerung nicht zugute kommen, sondern einzelnen Machern in die Taschen fließen.

Ich bitte, die Anträge des Herrn Dr. Lueger anzunehmen, und schließlich habe ich noch die Bitte, diesen Antrag zu beherzigen, dass über jeden einzelnen Punkt separat abgestimmt werde. Ich bitte um Annahme des Antrages. (Zustimmung und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Boschan (pro): Geehrte Herren! Ich habe in einer Angelegenheit als pro-Redner zu sprechen, welche einen ernsthaften Gegner eigentlich nicht hat, denn selbst die Gegner, welche gegen die Vorlage aufgetreten sind, haben sich sehr vorsichtig gehalten und ihre Gegnerschaft nur an die Annahme gewisser Bedingungen geknüpft, auf welche ich später noch zu sprechen kommen werde. Es hat sich in dieser Angelegenheit nicht nur im Gemeinderathe, sondern auch in der ganzen Bevölkerung eine so mächtige Strömung für die Vorlage gezeigt, dass jeder vom Anfang an voraussehen konnte, dass dieselbe durchgehen wird.

Wenn wir also die Strömung, welche in dieser Hinsicht vorhanden ist, benützen, so dürfen wir uns von dieser Strömung doch nicht fortreißen lassen, sondern müssen ungeachtet derselben das Steuerruder fest in der Hand behalten, und ich möchte sagen, klaren Kopf behalten, und bevor wir Beschluss fassen, erwägen, was für Lasten damit verbunden sind und was wir damit zu unternehmen im Begriffe sind. Wir unternehmen eine Angelegenheit, welche auf 90 Jahre hinausgeht, das ist eine Zeit, welche kaum eines unserer Kinder, vielleicht nur wenige unserer Enkel erleben werden. Wenn wir auch für die nächsten 6, 8, 10 Jahre, welche der Bau dauert, Hoffnung haben, dass dadurch viel Geld unter die Leute kommen und die Geschäfte gut gehen werden, also Vortheile für Wien sich ergeben werden, so müssen wir doch bedenken, was wir für Lasten durch die 90 Jahre zu tragen haben und in welchem Verhältnis sie zu dem Nutzen stehen, der uns durch die Sache gewährt wird.

Es ist im Laufe der Debatte vom Führer der Opposition gesagt und mit besonderem Nachdrucke hervorgehoben worden, dass es unrichtig ist, in Lobeserhebungen darüber auszubrechen, dass uns von Seite der Regierung ein großes Geschenk gemacht, dass uns von der Regierung eine Gnade ausgetheilt wird u. s. w.

Ich bin auch der Meinung, dass wir von der Regierung nichts geschenkt bekommen, der Staat hat auch nichts zu verschenken, sondern bei den Verhandlungen, welche zwischen der Regierung, dem Lande und der Stadt Wien stattgefunden haben, ist niemals vom Schenken oder Gnadenaustheilen auch nur die Rede gewesen, sondern man hat die Verpflichtungen der einzelnen Curien Staat, Land und Gemeinde und ihre Leistungsfähigkeit miteinander verglichen und ist zu dem Compromiss gekommen, welcher in dem Programm seinen Ausdruck findet. Das Verdienst der Regierung ist meiner Meinung nach lediglich das, dass sie die Initiative in kräftiger Weise ergriffen hat, dass sie alle Schwierigkeiten und Bedenken, welche durch Jahrzehnte lang solchen großen Arbeiten entgegengestanden sind, mit einem Schlage überwunden hat und dass wir hoffen können, dass es möglich sein werde, dass wir heuer am 1. Mai statt die Arbeiter mit unzufriedener Miene in den Prater gehen zu sehen, mit den Arbeiten beginnen und damit einen anderen Markstein für die Arbeiterbewegung setzen.

Ich hoffe, dass dies möglich sein wird durch ein Zusammenwirken, durch Patriotismus aller Einzelnen!

Es war seit Jahren keine so große Angelegenheit im Gemeinderathe, wie diese, von welcher man sagen kann, dass alle Parteien ihr zugestimmt haben; selbst die Opposition, welche ihre Zustimmung an gewisse Bedingungen knüpft, wird aufs Lebhafteste wünschen, dass ungeachtet dessen die Vorlage angenommen wird, und werde ich auf diese Bedingungen, welche gestellt worden sind, noch zurückkommen und nachweisen, dass die Annahme dieser Bedingungen mit der Verwerfung der Vorlage gleichbedeutend wäre. Ich gehe nun auf die Besprechung der einzelnen vier großen Angelegenheiten über und kann mich ziemlich kurz fassen. Was die Bahnen betrifft, so zahlt die Stadt im Verhältnis wenig, es sind $7\frac{1}{2}\%$, während der Staat $87\frac{1}{2}$, das sind beinahe $\frac{7}{8}$, übernimmt.

Es ist in der ganzen Monarchie üblich, dass, wenn solche Bahnen gebaut werden, die Local-Interessenten, Städte, Land und Gemeinden solche Beiträge leisten, und es würde außerordentlich schwer gewesen sein, beim Reichsrathe die Bewilligung einer so großen Summe durchzusetzen, wenn nicht auch von Seite der Stadt und von Seite des Landes ein kleiner Beitrag dazu gegeben worden wäre. —

Man mag über die Bahn so skeptisch denken, wie man will, ich bin auch der Meinung, dass die Stadtbahn, die jetzt gebaut wird, in absehbarer Zeit ein besonderes Erträgnis nicht haben wird. Sie ist aber immerhin etwas wert, und in späterer Zeit wird sich das Geld, wenn auch nicht mit demselben Procentsatz, den wir bezahlen, verzinsen. Es sind also diese $7\frac{1}{2}\%$, die wir geben, ein verhältnismäßig sehr geringes Opfer.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der zweiten Anlage, bei welcher die Stadt Wien verhältnismäßig weniger beiträgt, das ist der Donauhafen. Wir zahlen dazu nur eine kleine Quote von $8\frac{1}{3}\%$, das ist 800.000 fl. für ein so großes Werk, und es hat einer der Herren Vorredner, der Herr College Friedjung schon entwickelt, was für eine große Bedeutung dieser Hafen haben kann, wenn er in zielbewusster Weise dahin ergänzt wird, dass er mit den Verkehrscentren in Verbindung gesetzt wird.

Nun komme ich zu einer anderen Angelegenheit, welche die Stadt Wien eigentlich auf das Lebhafteste interessiert, weil es eigentlich städtische Angelegenheiten sind, die auch am meisten in's Geld gehen, das sind die Sammelcanäle und die Wien-Regulierung.

Als wir in diese Enquête eintraten, war es ursprünglich meine Absicht, zu sagen: Warten wir noch ein wenig, bevor wir der Stadt Wien, welche unmittelbar vorher erst eine so große Transaction unternommen hatte, die Vereinigung mit den Vororten, eine solche Unternehmung zumuthen. Warten wir noch 1 oder 2 Jahre ab, um zu sehen, wie sich unsere Geschäfte, wie sich unsere Finanzen gestalten werden, um dann später zu erwägen, ob wir in so große und so kostspielige Unternehmungen eintreten können. Diese vier Angelegenheiten hängen aber so unmittelbar mit einander zusammen, dass man die eine von der anderen nicht trennen kann. Die Wien-Regulierung ist die nöthige Vorbedingung für die Wienthalbahn, die Sammelcanäle und die Ausgestaltung des Donauhafens hängen ebenfalls mit der Eisenbahn zusammen.

Wollten wir also — und das ist unser aller Wunsch gewesen — die Regierung dazu veranlassen, eine so bedeutende Summe für Bauten in Wien zu bestimmen, so bliebe uns gar nichts Anderes übrig, als auch für die Stadt Wien ein Opfer zu bringen und diejenigen Arbeiten, welche früher oder später die Stadt Wien hätte unternehmen müssen, vielleicht etwas früher in Angriff zu nehmen, als es sonst geschehen wäre.

Wer den Wiener Donaucanal einmal bei niedrigem Wasserstande sieht, muss sich sagen, dass das ein Zustand ist, der auf die Dauer unmöglich belassen werden kann, koste es was immer, der einmal geändert werden muss. Durch die Donauregulierung hat sich der Wasserspiegel in Wien um beiläufig drei Schuh, d. i. ungefähr um einen Meter gesenkt. Der Nullwasserpunkt der Donau ist also jetzt beinahe drei Schuh tiefer als in früheren Jahrzehnten, als die Donau große Umwege durch die Auen machen musste, während sie jetzt durch den Donau-Durchstich viel rascher abfließen kann. Die Folge davon ist, dass die Ausmündungen der Canäle in dem Donaucanale in gewöhnlichen Zeiten oberhalb des Wasserspiegels liegen, wodurch erstens ein sehr unschöner Anblick gewährt wird, dann aber auch höchst sanitätswidrige Zustände geschaffen werden, indem der ganze Unrath à jour in die Donau fließt.

Nun komme ich auf die Wien-Regulierung. Die Wien-Regulierung war in der Enquête Gegenstand der lebhaftesten Debatten. Es hat sich ein förmlicher Kampf darüber entsponnen, ob die Wien eingewölbt werden soll oder nicht, und es blieb schließlich nichts übrig, als diesen Krieg, möchte ich sagen, zu ajournieren und die

Entscheidung der Zukunft zu überlassen. Die Commission und unsere Vertreter in derselben können nun Bedacht nehmen, der Zukunft nicht zu präjudicieren, d. h. die Wien-Regulierung so zu gestalten, dass, wenn der Gemeinderath in späterer Zeit einmal Lust und Geld haben wird, die Wien einzuwölben, dies nicht durch eine vorzeitig veränderte Construction unmöglich gemacht werde.

Meine Herren, ich theile die Bedenken nicht, welche von Seiten einer Autorität, des Prof. Sueß, in Bezug auf die Wien-Regulierung geäußert werden. Ich will mich auf diesen Gegenstand jetzt gar nicht weiter einlassen, weil ja die Frage, ob die Wien einzuwölben ist, keinen Gegenstand unserer Beschlussfassung im gegenwärtigen Augenblicke bildet. So viel kann man aber sagen, dass der Zustand, in dem die Wien bis jetzt durch Wien fließt, auf die Dauer nicht erhalten werden kann, und dass wenigstens eine theilweise Einwölbung unter allen Umständen wird vorgenommen werden müssen. Ich stelle mir die Sache so vor, dass, wenn die Abwässer und Schmutzwässer in die beiderseitigen Sammelcanäle der Wien geleitet werden, die Wien nicht mehr stinken wird, das dringende Bedürfnis also, dieselbe einzuwölben, nicht so vorhanden sein wird wie jetzt, dass man aber andererseits, wenn man diesen trockenen Graben sehen wird, dieser Schlitz, der sich von Schönbrunn bis zum Donaucanale öffnet, den Wunsch haben wird, denselben wenigstens an einigen Stellen zu überbrücken, und zwar nicht durch einzelne Brücken, sondern mit breiten Brücken, also mit theilweiser Überwölbung. Ich bitte sich z. B. vorzustellen, wenn man von der Elisabethbrücke angefangen bis zum Wiedener Theater hinauf oder in der Nähe des Heumarktes eine Strecke von einigen Hundert Metern z. B. 500 oder 800 Meter überwölben würde, gewissermaßen als Versuch, so würde keine besondere Gefahr bestehen, es würde der Bevölkerung zeigen, wie eine solche Überwölbung eigentlich aussieht, und man könnte vielleicht dann später mit dem aus gewonnenen Baugründen gezogenen Erlöse, beziehungsweise, wenn sich die Finanzen der Stadt etwas günstiger gestalten, successive, schrittweise mit der Einwölbung weitergehen. Man kann die Einwölbung auch unterlassen, wenn man sieht, dass sie nicht praktisch ist oder zu viel kostet. Die Einwölbung zwischen dem Stadtpark und dem Reservegarten kann vorläufig ganz unterlassen werden, weil der üble Geruch vermieden wird, wenn die Abwässer durch Seitencanäle geleitet werden und selbst dieses Thal gartenkünstlerisch ausgestaltet werden kann, was auch nicht so schlecht aussieht, wenn eine kleine Niveauschwenkung da eintritt. Ich würde also glauben, dass man die Frage, ob die Wien eingewölbt werden soll oder nicht, wie dies in der Enquête geschehen ist, unseren Nachkommen überlassen soll. Wir werden uns über die ganze Frage wahrscheinlich nicht schlüssig zu machen haben. (Beifall rechts.)

Nun, meine Herren, komme ich zu dem Kostenpunkte. Sie finden in der Vorlage des Herrn Berichterstatters, dass das Maximum der Kostensumme mit vierundzwanzig Millionen bestimmt ist, welche Summe mit 4% zu verzinsen ist. Die Amortisation ist eine sehr unbedeutende, weil sie auf viele Jahre hinausgeht und uns beiläufig 960.000 fl. jährlich kostet.

Das ist das Maximum dessen, wozu wir uns verpflichten, was uns geschehen kann. Nun haben sowohl der Staat als die Gemeinde den Beschluss gefasst, mit der wirklichen Verzinsung, also mit der Einstellung des Verzinsungsbetrages in ihren Budgets erst mit dem Jahre 1898 zu beginnen und die inzwischen auflaufenden Intercalarzinsen auf das Baukostenconto zu schreiben. Diese Frage wird vielleicht später noch zu einer interessanten Erörterung Anlass geben, die ich einstweilen nicht weiter berühren will. Ich will nur sagen, dass ich der Meinung bin, dass die Stadt Wien diesem Beispiele nicht folgen soll, sondern sie soll alljährlich denjenigen Betrag, welcher für die Verzinsung des auf sie entfallenden Antheiles der Obligationen, welche in Umlauf sind, entfällt, wenn sie dieselben auch nicht hinauszahlt, in eine Art Reserve stellen. Diese Summe würde im ersten Jahre vielleicht 100.000 fl. betragen, dann jährlich um denselben Betrag steigen, so dass in 7 bis 8 Jahren vom Jahre 1898 an die volle Belastung eintritt. Ein solches Verhältnis mit der Reservestellung besteht schon in der Gemeinde, und es ist vielleicht wichtig, darauf hinzuweisen.

Als der Wiener Bürgerspitalfond 20 steuerfreie Häuser am Schottenring kaufte, hat er auch nicht den gesammten Zins, welcher eingegangen ist, seinen Zwecken zugeführt, sondern er hat sich sagen müssen, dass in einer gewissen Reihe von Jahren die Steuerfreiheit aufhört, ein Abbruch der Einnahmen entsteht, und das auf die Zwecke des Fondes schmerzlich einwirken wird. Es wurde deshalb vor 10 Jahren über Antrag der damaligen Bürgerspital-Commission die Sache so gemacht, dass derjenige Betrag, welcher jährlich an Steuer zu zahlen gewesen wäre, in die Reserve gestellt wurde, u. zw. nicht bloß in eine bücherliche Reserve, sondern, dass wirklich Wertpapiere dafür angeschafft wurden, welche die Herren, wenn sie das Bürgerspitalelaborat lesen, unter dem Titel „Auslagen für Refundierungen" finden, und welche jährlich 30—40.000 fl. ausmachen. Im Laufe der nächsten 10 Jahre, bis die Steuerfreiheit ein Ende hat, werden diese Capitalien einen so großen Betrag erreicht haben, dass, da die Einstellung derselben nicht mehr nothwendig wird, in dem Augenblicke, als die Steuerfreiheit der Bürgerspitalhäuser aufhört, der Bürgerspitalfond es sozusagen gar nicht mehr spürt, sondern seinen Zwecken genau dieselbe Summe widmen kann, wie bisher. So, meine ich, sollte die Gemeinde es auch hier machen, sie sollte alljährlich die Summen einstellen und sogar wirklich Effecten dafür einkaufen, welche nothwendig sind, um den auf die Gemeinde entfallenden Theil der Obligationen zu verzinsen, so dass wir successive in die Belastung eintreten.

Nun wird man aber fragen: werden nicht die Steuern erhöht werden müssen, wird das nicht eine bedeutende Belastung für die Bevölkerung ausmachen? Das im Voraus zu sagen, ist fast unmöglich, wie wir ja auch das neue Budget der Stadt Wien nur approximativ haben zusammenstellen können, und weil kein Mensch in der Lage ist, zu sagen, welcher Betrag an indirecten Steuern in Wien eingehen wird, und der Betrag der indirecten Steuern im Verhältnisse zu den directen schon einen ziemlich bedeutenden Percentsatz ausmacht. Nachdem wir das absolut nicht wissen, so ist es ganz gut möglich, dass sich die Finanzen der Stadt Wien um eine halbe oder um eine ganze Million günstiger, vielleicht aber auch um eine halbe Million schlechter stellen, als wir uns gedacht haben.

Derzeit macht ein Zinskreuzer in Wien 850.000 fl. aus; im Laufe von 7, 8 Jahren, bis wir in die volle Belastung eintreten, wird die Summe jedenfalls auf 1 Million gestiegen sein. Wir haben also, wenn wir auf den schlimmsten Fall rechnen, der eintreten kann, damit zu rechnen, dass unsere Zinskreuzer um 1 kr. erhöht werden. Das ist möglich; dabei will ich aber darauf aufmerksam machen, dass durch die vom Staate vorgeschriebene Regulierung und Gleichstellung der Umlagen den Hausherren jetzt schon eine Ermäßigung im Betrage von 6% zugewiesen worden

ist, welche sich von einem Zinskreuzer nicht gar wesentlich unterscheidet. Wenn also nach 8 Jahren die Hausherren auch wirklich in die unangenehme Nothwendigkeit gerathen würden, diesen einen Zinskreuzer zu zahlen, so sage ich, dass ich trotzdem und im vollen Bewusstsein dessen, dass das eintreten kann, für die Vorlage eintrete.

Aber im Jahre 1898, wo wir in die volle Belastung eintreten, nähern wir uns dem Ende des Jahrhunderts und mit dem Ende des Jahrhunderts tritt die Gemeinde in eine sehr wichtige Angelegenheit ein. Bis dahin ist nämlich der Vertrag mit der Gasgesellschaft zu Ende, und es ist ja den Herren bekannt, dass die Engländer jetzt schon an die Gemeinde mit einer Proposition herangetreten sind, welche sich in einem Vortheile von circa einer halben Million Gulden ausdrückt, welche Proposition man aber, wie ich meine, abweisen muss, um ruhig die Zeit abzuwarten. Aber davon bin ich überzeugt, dass vom Jahre 1899 an die Gemeinde ohne Mehrbelastung ihrer Steuerträger aus der Gasgesellschaft leicht 1 Million und vielleicht auch noch mehr herausschlagen kann, dass also in Zukunft uns das Gas jenen Betrag bringen wird, welchen wir zur Verzinsung dieses Anlehens brauchen werden. Wie gesagt, meine Herren, das sind Zukunftschimären; man kann das im Voraus nicht wissen, wir können auch gar nicht wissen, ob nicht vielleicht mit der Zunahme der Bevölkerung die Verzehrungssteuer in solchem Grade wachsen wird, dass das auch einen bedeutenden Betrag ausmachen wird.

Nun komme ich auf eine wichtige Angelegenheit, welche in der General-Debatte zwar etwas verfrüht ist, auf welche ich aber die geehrten Herren denn doch aufmerksam machen möchte. Das ist nämlich die Frage der eventuellen Intercalarzinsen und die Frage der Geldbeschaffungskosten. Bei den Eisenbahnen ist der Beitrag der Stadt Wien und der des Landes nach Procenten ausgedrückt; die Stadt zahlt $7^1/_2$, das Land 5 und der Staat auch $7^1/_2$ %; so ist es bei den Arbeiten, welche der Donauregulierungs-Commission übertragen werden, also bei den Canalbauten und den Sammelcanälen. Bei der Wien-Regulierung hat man gewissermaßen im Voraus gewusst, dass eine Überschreitung eintreten wird und der Staat und das Land haben gesagt, über 5 Millionen Gulden werden sie diesem Zwecke nicht widmen. Wenn jemand zu einem bestimmten Zwecke, zu einem Baue, von welchem vorausgesetzt werden muss, dass er in einer bestimmten Reihe von Jahren fertig sein soll, zu einem Beitrag sich verpflichtet, so kann das nur so verstanden werden, dass der Beitrag in barem Gelde geleistet wird, denn wir können die Arbeiter ja nicht mit Obligationen auszahlen, dass er rechtzeitig nach Maßgabe des Baufortschrittes gegeben wird.

Die Eisenbahntechniker haben aber eine andere Praxis und gehen von dem Grundsatze aus, dass, insolange die Eisenbahn nicht fertig und benützbar ist, alle Vorauslagen bis dahin auf den Bauconto zu werfen sind, und ebenso der Capitalsverlust, welcher dadurch entsteht, dass die Obligationen nicht zum Course von 100, sondern etwas darunter placiert werden, dem Bauconto zur Last fällt. Von dieser Meinung befangen — möchte ich sagen — haben sie diesen Grundsatz auch für den Beitrag für die Wien-Regulierung aufzustellen geglaubt und waren der Meinung, dass es genüge, wenn sie denjenigen Beitrag zur Verzinsung und Amortisierung geben, welcher genügt, das Nominalcapital von 5 Millionen vom Jahre 1898 angefangen zu verzinsen. Wir haben das aber gar nicht so gemeint und bei den Verhandlungen war nicht mit einem Worte davon die Rede, die Regierung denke erst vom Jahre 1898 an, die Ausgabe ins Budget einzustellen.

Es konnte daher auch der Herr Bürgermeister, welcher die Verhandlungen führte, nicht anders glauben, als dass der Beitrag in unserem Gelde und zu einer Zeit gemeint sei, wo eben das Geld zum Baue gebraucht wird.

Als nun die Vorlage der Regierung in den Landtag kam, waren wir überrascht, dass, während bei den Eisenbahnbauten, bei den Sammelcanälen und der Ausgestaltung des Donaucanales zu einem Hafen, überall die Regierung sowohl die Geldbeschaffungskosten im Betrage von 5% und die Intercalarzinsen im Betrage von beiläufig 10% für die ganzen sechs Jahre einstellte, in Ansehung der 5 Millionen für den Beitrag zu der Wien-Regulierung dies nicht der Fall war. Wir haben die Regierung interpelliert, wie sie das eigentlich meine und da ist von Seite der Regierung die Meinung zum Ausdrucke gekommen, dass sie glaube, ihrer Verpflichtung Genüge zu leisten, wenn sie denjenigen Verzinsungsbeitrag einstellt, welcher für 5 Millionen Nominalcapital vom Jahre 1898 angefangen, hinreicht.

In den Sitzungen des Landtages wurde diese Frage natürlich sofort discutiert, und es muss mit Genugthuung anerkannt werden, dass sich die Vertreter des Landes unbedingt auf Seite der Gemeinde Wien gestellt haben; dass das Land Niederösterreich sofort eingesehen hat, dass bei diesen Verhandlungen von gar nichts Anderem die Rede sein könne, als von einem baren Beitrage, der rechtzeitig geleistet werden müsse.

Das Land hat also sofort beschlossen, die Summe, welche als Maximum bezeichnet wurde, um denjenigen Betrag zu erhöhen, welcher den Intercalarzinsen und eventuell Geldbeschaffungskosten entspricht.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass die Regierung keinen Anstand nehmen wird, im Reichsrathe diesen Antrag zu verlangen und dass der Reichsrath ihn auch bewilligen wird.

Meine Herren! Wenn man mit der kais. österr. Regierung zu thun hat, muss man vor Allem annehmen, dass die bona fides in jeder Richtung gewahrt wird; wenn daher bei den Verhandlungen schlechthin von 5 Millionen die Rede war, welche zu einem bestimmten Zwecke gewidmet sind, so konnte kein Mensch, wenigstens nicht ein solcher, dessen Verstand vielleicht nicht durch zu viele Studien getrübt ist, sich der Meinung hingeben, dass etwas Anderes gemeint sei, als bares Geld, und zwar rechtzeitig, d. h. zur Zeit, wo es gebraucht wird. (Richtig! rechts.)

Aus dieser Erwägung ist die Bedingung entstanden, welche in dem Antrage des Herrn Referenten enthalten ist, und ich werde in der Special-Debatte, wenn davon die Rede sein wird, Gelegenheit nehmen, weiter darauf zurückzukommen. Ich schicke das also einstweilen nur voraus, um gewissermaßen der Begeisterung, welche für das ganze Werk besteht, Zügel anzulegen, damit wir uns von der Begeisterung nicht in dem Sinne hinreißen lassen, daß wir mit Kopf und Kragen hineinrennen, sondern unseren Kopf eben behalten und in dieser Angelegenheit klar sehen. (Beifall.)

Nun komme ich auf die Einwendungen, beziehungsweise Bedingungen, welche von Seite Dr. Lueger's gestellt und vom Generalredner der Gegenseite aufgenommen worden sind. Es ist schon von mehreren Vorrednern das Unzulässige dieser Bedingungen erwähnt worden und ich will nur als drastisch hervorheben, wie schwer es ist, wenn die Stadt Wien, welche zu den Eisenbahn-Auslagen nur $7^1/_2$% beiträgt, dem Staate, welcher 87% beiträgt

Bedingungen vorschreibt, in welcher Weise er mit dem Baue vorzugehen habe.

Übrigens nehme ich für die Mitglieder der Verkehrs-Commission das in Anspruch, dass man von jedem einzelnen Mitgliede voraussetzen kann, dass es dieselbe Fürsorge für den Arbeiterstand habe, als jedes Mitglied jener Seite. Das, was die Herren ausgesprochen haben, wird soweit als möglich berücksichtigt werden. In den Bedingungen zur Concessionierung der Eisenbahnen sind gewisse feste Grundsätze von Seite der Regierung aufgestellt worden, und einer derselben ist, dass alles Materiale im Inlande beigestellt werden muss, soferne es vom Auslande nicht billiger zu haben ist. Und in dem Falle ist es auch gestattet, von dem Auslande etwas zu beziehen, wenn es im Inlande absolut nicht zu haben ist; es ist gar nicht undenkbar, dass bei den Eisenbahnen gewisse Gattungen von Locomotiven probeweise aus dem Auslande bezogen werden, um zu ersehen, ob sie für Curven u. s. w. sich eignen.

Wenn man aber stricte sagt, das darf vom Auslande nicht bezogen werden, so würde das Verlegenheiten bereiten. Es ist auch ein anderer Umstand, welcher es nothwendig macht, den Inländern das Gespenst einer Concurrenz zu zeigen. Sie kennen die Geschichte der Eisen-Cartelle und können überzeugt sein, dass anlässlich eines so gewaltigen Bedarfes an Eisen unsere großen Eisen-Industriellen und Cement-Industriellen sich zusammensetzen und verhandeln werden, wie sie den größten Nutzen herausbringen. Es kann nicht Sache der Stadt Wien sein, einen solchen Ring zu unterstützen; man kann dem nur begegnen, dass man sagt, wenn mit Euch nichts zu reden ist, wenn Ihr für Schienen, Tyres einen zu großen Preis verlangt, giebt es auch einen Markt außer Österreich. Aber dass unter gleichen Bedingungen das Inland den Vorzug hat, halte ich für so selbstverständlich, dass es nicht nothwendig ist, diesfalls eine selbständige Bedingung zu stellen.

Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende. Es ist nicht möglich, mit der Angelegenheit zu warten, wir wünschen, dass die Arbeiten sobald als möglich in Angriff genommen werden, wenn es auch wünschenswert gewesen wäre, zuerst die Finanzen der Stadt Wien erstarken zu lassen, aber das Rad der Zeit steht nicht stille, wir müssen mit der Zeit gehen; ablehnen können wir die Anträge nicht; ich bitte daher den Anträgen zuzustimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Stadtbaudirector Berger: Ich habe die Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Steiner zu beantworten, die dahin gieng, ob die Holzlagerplätze am rechten Ufer des Donaucanales bei Heiligenstadt und Nussdorf durch die geplanten Anlagen in ihrer Existenz gefährdet sind. Darauf bemerke ich, dass die Anlagen, welche dort auszuführen sind, zunächst aus dem Sammelcanale bestehen, welcher keinen Einfluss auf diese Holzlegestätten haben wird, weil dieser Canal unterirdisch, unter der Straße oder im Talus ausgeführt werde. Was die Bahn betrifft und die Donaucanal-Regulierung, so wird das Project nicht vom Bauamte gemacht, sondern von den betreffenden staatlichen Behörden. Soweit ich aber bisher Einblick in das in Ausarbeitung begriffene Project nehmen konnte, geht daraus hervor, dass die Bahnanlage zwischen der heutigen Bahn und der Straße sich placieren wird, also donauabseits, weshalb die Gründe gegen die Donau in der Richtung nicht beansprucht würden, mit Ausnahme einiger Gründe, welche eventuell bei dem Aufnahmsgebäude des Franz Josef-Bahnhofes, also in der Nähe der Brigittabrücke selbst nothwendig sein dürften, um Anschlüsse ausführen zu können.

Was aber die Umstaltung des Donaucanales betrifft und die Herstellung der Quaimauern, so ist in dieser Hinsicht nichts zu befürchten, weil die Quaimauern erst von der Augartenbrücke abwärts hergestellt werden, von der Augartenbrücke aufwärts aber die Talus bleiben wie heute, und das Aus- und Einladen möglich sein wird, wie bisher. So weit die Sache heute überblickt werden kann, halte ich dafür, dass die Gewerbetreibenden in dieser Gegend im Großen und Ganzen nicht gefährdet werden. (Beifall.)

Bürgermeister: Herr Referent zum Schlusswort.

Referent: Ich verzichte.

Bürgermeister: Es ist kein Antrag gestellt worden, dass in die Special-Debatte nicht eingegangen werde, wir werden daher in dieselbe eingehen.

Ich bitte den Herrn Referenten, die einzelnen Paragraphe zu verlesen. (Rufe: Schluss!)

Ich glaube, meine Herren, wir bleiben da. Wir haben eine ganze Woche keine Sitzung gehabt, der Gemeinderath verlangt, dass gearbeitet werde. Es ist dies unbedingt nothwendig.

Referent (liest):

§. 1.

Die Gemeinde Wien ertheilt dem beiliegenden Programme für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung der nachstehenden großen Verkehrsanlagen in Wien, und zwar:

1. Der Wiener Stadtbahn;

2. der Regulierung des Wienflusses unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle;

3. der Anlage von Hauptsammelcanälen beiderseits des Donaucanales;

4. der Umwandlung des Donaucanales in einen gegen größere Hochwässer geschützten Handels- und Winterhafen;

ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Diejenigen Herren, welche mit dem Paragraphe einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Referent (liest):

Die Gemeinde Wien betheiligt sich an der Ausführung der im §. 1 bezeichneten Verkehrsanlagen und an dem hiefür nach Punkt IX des Programmes zu bildenden Fonde, und zwar an der Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Anlehens:

Zur Bestreitung der Kosten der Stadtbahn bezüglich der Hauptbahnen (Punkt II, lit. a, b, c, g und h des Programmes) mit $7^1/_2$ Percent;

bezüglich der Localbahnen (Punkt II, lit. d, e, f, i und k des Programmes), wenn für dieselben nicht die Concession an einen Privatunternehmer ertheilt wird, mit 10 Percent;

bezüglich der Anlage der Hauptsammelcanäle beiderseits des Donaucanales mit 90 Percent;

bezüglich der Umwandlung des Donaucanales in einen Handels- und Winterhafen mit $8^1/_3$ Percent.

Bezüglich der Wienflussregulierung übernimmt die Gemeinde die Verzinsung und Tilgung jenes Anlehensbetrages, welcher zur Beschaffung des nach Maßgabe des Baufortschrittes auszuzahlenden, auf die Gemeinde Wien entfallenden effectiven Betrages von 5,000.0000 fl. nebst den auflaufenden Intercalarzinsen erforderlich ist, sowie auch die Verzinsung und Amortisation jenes Betrages,

welcher für diese Arbeiten über den Betrag von 15,000.000 fl. effectiv bis zum voraussichtlichen Betrage von 20,000.000 fl. auflaufen wird.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort?

Gem.-Rath Geitler: Ich glaube, dass wir uns in der Special-Debatte außerordentlich kurz fassen sollen. Es hat ohnedies die General-Debatte so große Dimensionen angenommen, sowohl in den letzten zwei Sitzungen als heute, dass jeder von den Herren sehr gut weiß, wofür er stimmen kann und soll, und wofür nicht. Es wird sonach nothwendig sein, dass wir uns bei der Special-Debatte der äußersten Kürze befleißen, ich werde mir das vor Augen halten. Ich habe mich als pro-Redner eintragen lassen und stimme vollkommen für den §. 2, so wie er vorliegt mit Ausnahme der letzten 5 Zeilen der letzten Alinea. Ich beantrage infolge dessen ohne jede Begründung, weil ich es wiederholt schon zum Ausdrucke gebracht habe, dass ich gegen die Einwölbung der Wien bin und ich daher nichts Anderes thun kann, als gegen die Bewilligung der dafür beanspruchten Mittel zu stimmen.

Das letzte Alinea des §. 2 schließt mit den Worten: „sowie auch die Verzinsung und Amortisation jenes Betrages, welcher für diese Arbeiten über den Betrag von 15,000.000 fl. effectiv bis zum voraussichtlichen Betrage von 20,000.000 fl. auflaufen wird".

Ich stelle den Antrag, dass dieser Absatz gestrichen und das ausgesprochen werde, dass die Gemeinde Wien nur 5 Millionen für die Wienfluss-Regulierung gibt. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. Es ist nicht so leicht, in einem Momente, wie dem heutigen, wo man der Gemeinde Wien so außerordentliche Lasten aufbürdet, noch 5 Millionen mehr zu verzinsen und zu amortisieren, als es unbedingt nothwendig ist.

Ich habe mich gefreut, aus den Ausführungen unseres Herrn Generalredners zu hören, dass es seine Ansicht ist, dass die Überwölbung der Wien noch der weiten Zukunft überlassen sein soll. Wollen sie dies auch durch Ihre Abstimmung bekunden.

Stadtbaudirector Berger: Ich möchte folgende Aufklärung mir zu geben erlauben: Es besteht hier ein Irrthum — ich war so frei, das schon einmal zu betonen, — wenn geglaubt wird, dass, wenn 20 Millionen für die Wienfluss-Regulierung gefordert werden, die Einwölbung ausgeführt werden kann. Das wird nicht beabsichtigt, und diese Summe würde auch gar nicht hinreichen. Ich habe nachgewiesen, dass nach dem Programme, das die Herren mit §. 1 genehmigt haben, die Ausführung so erfolgen soll, dass die Wieneinwölbung zu jeder beliebigen Zeit möglich sein werde, d. h. dass die Ausstattung der Ufer so gemacht werde, dass nichts demoliert und neu gebaut werden muss. Ich bitte, sich zu erinnern, dass die Wienfluss-Regulierung mit der Einwölbung auf 18 Millionen Gulden im alten Weichbilde von Wien mit Hinweglassung der Strecke von der Tegetthoffbrücke abwärts berechnet war. Wenn man 4 Millionen für die Einwölbung bei dem damaligen Projecte wegnimmt, so würde die Herstellung der Seitenmauern ohne Einwölbung 14 Millionen Gulden gekostet haben. Nun ist die betreffende Wienstrecke durch die Erweiterung des Stadtgebietes doppelt so lang geworden. Man kann, wenn die Hälfte 14 Millionen gekostet hat, für die eine Million, welche bleibt, also mit 15 Millionen, kaum anständige Quaimauern herstellen, wobei von einer Einwölbung noch gar nicht die Rede sein kann. Wenn ich den löblichen Gemeinderath in dem Glauben ließe, dass man die Wienfluss-Regulierung mit 15 Millionen — ich wiederhole wieder — ohne Einwölbung, ausführen kann, so müsste ich mich einer Pflichtverletzung schuldig machen, denn nach einigen Monaten müsste ich andere Überschläge vorlegen und nachweisen, dass das einfach nicht geht. Ich habe heute nicht die Beruhigung, ob sich das Beabsichtigte überhaupt mit 20 Millionen machen lässt; ich bitte daran zu denken, dass wir von einer Länge von 7 km auf 14 km gekommen sind. Wir werden uns bemühen, innerhalb dieser 20 Millionen zu bleiben und diese Ziffer nicht zu überschreiten, aber heute 15 Millionen ansetzen, hieße diese Ziffer mit Sicherheit um 5 Millionen überschreiten. Die 5 Millionen werden in Anspruch genommen, weil sie noch zur Herstellung der Quaimauern nöthig sind, und weil mit den 15 Millionen absolut nichts zu machen wäre.

Gem.-Rath Simon: Nicht heute erst bin ich ein großer Anhänger der Wienflusseinwölbung, sondern ich war es schon vor 10 Jahren. Heute steht aber diese Sache gar nicht auf der Tagesordnung und ich finde, dass nirgends in den gegenwärtig uns vorliegenden Projecten des Stadtbauamtes oder der Regierung von der Wieneinwölbung derzeit die Rede ist. Mein geehrter Herr Nachbar wird verzeihen, dass ich seinen Ausführungen nicht zustimmen kann, da sie die Einwölbung in alle Ewigkeit unmöglich machen wollen. Wir wollen nur die nöthigen Vorkehrungen treffen, dass unsere Nachkommen in späterer Zeit die Einwölbung vollziehen können. Wir dürfen aber unseren Nachkommen nicht vorgreifen. Was mich stets für die Wieneinwölbung attachiert und eingenommen hat, ist der Umstand, dass sie unendliche Vortheile dem IV. und V. Bezirke verschafft, die heute gewissermaßen unter unseren Bezirken die Stiefkinder sind und sich durch die Eigenthümlichkeit der Wien nicht entwickeln können. Es wurde da nun ins Treffen geführt, was kann hier für eine Katastrophe eintreten und ein Mann, der schon vor 10 Jahren in unserer Mitte saß und der erste Anführer war, der gewissermaßen kein directer Fachmann aber ein großer Geologe ist, und den ich unendlich verehre und schätze, weil er eine Zierde unseres Wien ist, hat die Parole ausgegeben, die Wien darf nicht eingewölbt werden, es könnte ein Unglück geschehen und in den allerjüngsten Tagen erst haben wir wieder gelesen, welch' furchtbare Katastrophe durch die Einwölbung der Wien stattfinden kann. Im Jahre 1785 sei über Gablitz ein Wolkenbruch niedergegangen und habe die tief liegenden Bezirke Wiens, den Getreidemarkt u. s. w. überschwemmt. Nun gebe ich Ihnen zu bedenken, meine Herren, wenn ein solcher Wolkenbruch in der Gegenwart eintritt, würde er wieder Alles überschwemmen — das ist ganz natürlich — und wenn er eintritt, wenn die Wien eingewölbt ist, wird auch eine Überschwemmung stattfinden. Das ändert nichts an der Sache. Ein solches Elementarereignis hat sich 107 Jahre nicht wiederholt, ebensowenig wie sich bis jetzt die große Sündflut, die vor 4000 Jahren stattgefunden hat, wiederholt hat. Daraus darf man doch nicht den Schluss ziehen, ein solches Werk zu unterlassen, ohne welches zwei so hervorragende Bezirke ganz lahmgelegt werden, Bezirke, in welche kein anderes Fuhrwerk als Lastwagen u. dgl. gelangen kann; denn heben können sich diese Bezirke nicht, solange sie ein solcher Fluss durchzieht.

Von den sanitären Rücksichten will ich nicht sprechen, denen wird begegnet werden; aber zu sagen, für alle Ewigkeit soll die Überwölbung hintertrieben werden, es sollen nicht einmal die Stützmauern gemacht werden, aus denen einst die Nachkommen Nutzen ziehen können, das fasse ich nicht. Ich habe keine Beziehungen zum IV. und V. Bezirk, nach keiner Richtung hin, ich habe auch dort keine Häuser, aber wir sind Vertreter der Stadt Wien und da müssen uns alle Bezirke gleich sein.

Es ist auch eigenthümlich, dass sich vor 10 Jahren die Collegen aus dem II. Bezirke alle dem Professor Sueß angeschlossen haben.

Ich möchte wissen ob sie auch zugestimmt hätten, wenn die Wien zufällig durch die Taborstraße fließen würde. (Rufe: Sehr gut!)

Daran möchte ich doch zweifeln. Das ist nicht gerecht. Ich spreche ebenso für den V. Bezirk, das ist einzig und allein mein Gesichtspunkt, dieser Bezirk soll gleich wie die anderen emporschießen können und einen besseren Wert erhalten. Denken Sie nur die Fortsetzung der Ringstraße bis nach Penzing hinauf, das ist doch ganz etwas Anderes wie der heutige Zustand. Aber diese Frage liegt uns jetzt nicht vor, jetzt sollen nur die Quai- und Stützmauern wenigstens aufgeführt werden, damit in späterer Zeit auch die Einwölbung vorgenommen werden kann. Ich bitte Sie, nach dieser objectiven Darstellung den Anträgen des Vorsprechers nicht Folge zu leisten.

Ich möchte noch auf Eines aufmerksam machen. Es wurde von geehrten Collegen gesagt, wir haben kein Vorbild, es ist noch nicht dagewesen, dass man einen solchen Fluss einwölben kann. Ich verweise auf die Paillon in Nizza, die ein Gebirgsfluss ist und nur nicht in die Donau, sondern ins Meer unterhalb Nizza einmündet; ich verweise auf die Senne in Brüssel, die auch eingewölbt wurde, man hat dort sogar Pavillons darauf gebaut, und es hat nichts gemacht, trotz der Bedenken, die auch damals geltend gemacht wurden. Als der große Ghega den Semmering überfahren hat, hat man auch gestritten, es sei kein Vorbild hiefür vorhanden. Ja, müssen wir immer hinterher humpeln, sollen wir nicht vorangehen und zeigen, dass das doch ausführbar ist? Die Technik kennt keine Schwierigkeiten, die sind alle zu überwinden. Ghega hat den Semmering überwunden, und hat nicht einmal eine Locomotive gehabt, welche die Schwierigkeiten der Steigung überwinden konnte und auch da hörte man Unkenrufe, die gesagt haben: Um Gotteswillen, über solche Viaducte soll man darüberfahren — wenn da ein Unglück geschieht, stürzen wir alle hinunter! Und der große Ghega hat das Alles überwunden, die ganze Welt hat darauf geschaut; man hat sich das zum Vorbild genommen und es weiter ausgeführt. Also nur keinen Pessimismus in der Technik, und weiter vorwärts! Mit einer Negation ist nie etwas Großes geschaffen worden. Ich habe auch die Ehre gehabt, Arbeiter zu sein, und habe nur durch den Fortschritt prosperiert. Aber zu sagen: wenn was geschieht! — das ist billig, das kann man leicht sagen, da hat man die ängstlichen Gemüther für sich. Das ist nichts, Positives muss man schaffen. Darum bitte ich die Anträge, welche hier von meinem lieben Freunde Geitler gestellt worden sind, dahingehend, dass das für alle Zeit unmöglich gemacht werden soll, nicht anzunehmen. (Beifall.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Schluss der Debatte ist angenommen. Das Wort haben noch, und zwar pro: die Herren Gem.-Räthe Dr. Stern, Tagleicht, Dr. Daum; contra: die Herren Gem.-Räthe Grünbeck, v. Stummer. Da wir nach der Anzahl der Redner heute doch nicht fertig werden würden, so schließe ich die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 1/4 9 Uhr abends.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 3. Februar 1892.
Donnerstag, den 4. Februar 1892.
Freitag, den 5. Februar 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 22. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Krank: Dr. Huber.
Entschuldigt: Dr. Hackenberg.
Beurlaubt: Baugoin.
Experte: Baudirector Berger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Hackenberg entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlsein. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Schlußbericht der Direction des Conscriptionsamtes über die Arbeiten der Volkszählung 1890/91 und beantragt die Bewilligung einer Remuneration von je 250 fl. an den Magistrats-Secretär Christian Müller und den Conscriptionsamts-Commissär Gustav Schestauber.

(Angenommen);

— referiert über die Protokolle der Bezirks-Ausschüsse im I. Bezirke vom 11. Jänner 1892 und im III. Bezirke vom 3. December und 29. December 1891. Derselbe beantragt, diese Protokolle ohne Bemerkung zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert in Fortsetzung der Berathungen am 19. und 21. Jänner d. J. über das Programm für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien rücksichtlich des vom St.-R. Dr. Lederer formulierten Absatzes wegen der Maximalziffern und beantragt die Annahme dieses Abschnittes in folgender Fassung:

Bezüglich der sämmtlichen im Sinne des Programmes bis Ende 1897 auszuführenden Verkehrsanlagen wie selbe im Punkte III, IV, Absatz 7 und 8, V, Absatz 13 und 14, VI, Absatz 4 und 5 vorkommen, darf die Anlehenssumme, deren Verzinsung und Tilgung von dem Bürgermeister auf Grund der vorstehenden Beschlussfassung zuge-

sichert werden kann, den Höchstbetrag von 24,000.000, d. i. vierundzwanzig Millionen Gulden ö. W. nicht überschreiten. In dieser Summe ist die Beitragsleistung für die Wienfluss-Regulierung im Höchstbetrage einer Barsumme von 10,000.000 fl. enthalten, obschon dieselbe erst bis Ende 1900 vollständig zu verwenden ist.

Sollte einer Privatunternehmung die Concession zum Baue der Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn (Punkt II des Programmes lit. d, e, f, i und k) ertheilt werden, so wird der soeben bezeichnete Höchstbetrag auf die Summe von 21,400.000 fl. ö. W., d. i. einundzwanzig Millionen vierhunderttausend Gulden herabgesetzt.

Eine Erhöhung des Maximalbetrages von 24,000.000 fl., rücksichtlich 21,400.000 fl. oder überhaupt die Übernahme irgend einer weiteren Zahlungs- oder Beitragspflicht der Gemeinde kann nur durch einen Gemeinderaths-Beschluss erfolgen.

Wird angenommen und als §. 3 zwischen den bereits genehmigten 1. Absatz des §. 2 eingeschoben. Der 2. Absatz des §. 2 erscheint als §. 4 und erfahren die folgenden Paragraphe die entsprechende Nummerierung. (An den Gemeinderath.)

St.-R. Witzelsberger referiert über die Remuneration für die Besorgung der Sitzungsausschreibungen und Reinigung der Amtslocalitäten des Stadtrathes und Gemeinderathes. Derselbe beantragt, es sei in üblicher Weise auch pro 1892 den 5 Raths- und 3 Amtsdienern, welche bei der Reinigung der Gemeinderaths-Amtslocalitäten und Ausfertigung der Sitzungseinladungen beschäftigt sind, eine Remuneration von 480 fl. zu bewilligen, welcher Betrag auf Rubr. IV 5 Deckung findet. (Angenommen);

— referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Bau des Volksbades im VI. Bezirke und beantragt, es sei den vom Stadtbauamte empfohlenen Personen aus Anlass der Hauptgleichen-Erreichung bei obigem Baue Remunerationen von zusammen 95 fl. zu bewilligen und dieser Betrag bei Rubr. XXXIV 6 zu verrechnen. (Angenommen);

— referiert über die Graberhaltungswidmung nach Carl und Anna Kaufmann. Derselbe beantragt, die zur Erhaltung des Grabes Obgenannter auf dem Central-Friedhofe laut des Protokolles vom 11. December 1891, Z. 457.320, von dem Notoriatssubstituten Dr. Emil Haeckl beantragte Widmung gegen die von der Friedhofs-Verwaltung festgesetzten Leistungen anzunehmen. (Angenommen);

— referiert über die statistischen Daten bezüglich der Beerdigungen und sonstigen Vorkommnisse am Central-Friedhofe in der Zeit vom 1. Juli bis 31. December 1891 und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— referiert über die Verlängerung des Mietvertrages mit der Brauerei in St. Marx bezüglich des Eiskellers in der Detailmarkthalle Stadiongasse des I. Bezirkes und beantragt die Verlängerung des Mietvertrages bezüglich des erwähnten Eiskellers unter den bisherigen Bedingungen auf die Dauer von weiteren 5 Jahren d. i. vom 1. März 1892 bis 28. Februar 1897 zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen um ratenweise Entrichtung des Kaufschillings für die Baustelle V, Grundb.-Einl. 2503 im III. Bezirke, Ecke der Jacquin- und Kölblgasse.

Derselbe beantragt:

Die Begleichung des Kaufschillings hat in der Weise zu erfolgen, dass 10.000 fl. sofort bei Übergabe des Grundstückes, der Restbetrag von 24.128 fl. gegen grundbücherliche Sicherstellung primo loco und 5% Verzinsung längstens bis 1. Juli 1893 entrichtet werden; den Käufern steht aber das Recht zu, die Zahlung des ganzen Kaufschillings auch früher zu leisten. (Angenommen.)

Diese Angelegenheit steht bereits auf der Tagesordnung des Gemeinderathes.

— referiert über die Bestimmung der Straßen und Plätze in den Bezirken XI—XIX, für welche der §. 42, Absatz 1—7 der Bauordnung gelten soll und beantragt:

Der Gemeinderath bezeichnet folgende Hauptstraßen und Plätze als solche, für welche in den Bezirken XI bis XIX die Bestimmungen der ersten 7 Absätze des §. 42 der Wiener Bauordnung Geltung haben sollen:

I. Die Simmeringer Hauptstraße, Breite 28·45 Meter, in der Strecke bis zum Viaducte;
II. die Steinbauergasse, Breite 22·76 Meter, bis zur Rudolfsgasse;
III. die Schönbrunner Hauptstraße (Fortsetzung der Mariahilferstraße), Breite circa 23 Meter, bis zum Centralmarktplatz;
IV. die Ostgrenze der Schmelz mit den Theilen der Burggasse und Aufmarschstraße in den Strecken zwischen der Schmelz und der Gürtelstraße;
V. die Gürtelstraße.

Der Baudirector Berger wird als Experte vernommen.

St.-R. Noske (zur Geschäftsordnung) beantragt, diese Angelegenheit zu vertagen und dem bestehenden Comité zur schleunigen Berichterstattung zuzuweisen.

St.-R. Noske modificiert diesen Antrag später dahin, es sei für diese Angelegenheit ein Comité, bestehend aus 5 Mitgliedern, ad hoc zu wählen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, dass dieses Referat mit dem Referate, betreffend die Durchführung der Bestimmungen der §§. 71, 82 und 83 der Bauordnung referiert und die erste Angelegenheit dem für letzteres Referat zu wählenden Comité zugewiesen werde.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt einfache Vertagung.

Der Antrag des St.-R. Dr. von Billing wird abgelehnt.

St.-R. Müller beantragt, es sei ein Comité aus 5 Mitgliedern aus dem Stadtrathe zu wählen, welches unter Zuziehung des Baudirectors und des Magistrats-Referenten innerhalb 14 Tagen über beide Anträge des Referenten (St.-R.-Z. 123 und 2394) zu berichten hat.

St.-R. Dr. Vogler beantragt:

1. Punkt I des Referenten-Antrages zu streichen;

2. bei Punkt III der Referenten-Anträge die Begrenzung der Schönbrunnerstraße nach dem Antrage des Stadtbauamtes festzustellen;

3. der Magistrat wird beauftragt, wegen Änderung des §. 42 der Bauordnung in dem Sinne, dass die zum X. Bezirke hinzugekommenen Gebietstheile ebenso zu behandeln sind, wie die Bezirke XI bis XIX, baldthunlichst Bericht zu erstatten, wobei gleichzeitig die schon bei anderen Gelegenheiten beantragten Änderungen der Bauordnung zu formulieren und in Antrag zu bringen wären.

Nach Anhörung des Baudirectors zieht St.-R. Dr. Vogler den letzten Absatz, „wobei gleichzeitig" &c. zurück.

St.-R. Rückauf beantragt die Abänderung des Antrages Müller dahin, dass das Comité in kürzester Zeit Bericht zu erstatten habe.

St.-R. Meißl beantragt, nur die Gürtelstraße als Ausnahme.

Der Antrag des St.-R. Müller wird mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die sofortige Wahl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

Die Wahl in genanntes Comité wird vorgenommen.

Es erscheinen gewählt die St.-R.

Müller,
Wurm,
Witzelsberger,
Dr. Vogler,
Ritt. v. Neumann.

St.-R. Dr. Lederer referiert über die Eingabe des Lagerhaus-Directors um Genehmigung eines Anhanges zum III. Versicherungsvertrage und beantragt, dass der vorgelegte Anhang III zu dem Versicherungsvertrage zwischen der Gemeinde Wien und 6 Versicherungs-Gesellschaften ddto. 1. April 1889, 28. December 1889 und 25. October 1890, über die Waren im städtischen Lagerhause, genehmigt wird. (Angenommen.)

An den Gemeinderath.

— referiert über den Recurs des Dr. Gustav Hecher noe. der Vormundschaft der minderjährigen Kinder nach Dr. Jacob Rappaport wider die Magistratsentscheidung wegen der Rückvergütung zu viel bezahlter Gebür an den allgemeinen Versorgungsfond und beantragt, dem Recurse des Dr. Gustav Hecher als Vertreter der Vormundschaft der minderjährigen Dr. Jacob Rappaport'schen Kinder stattzugeben und die städt. Hauptcasse anzuweisen, den zu viel bezahlten Versorgungsfondbeitrag von 697 fl. 05 kr. an den Erbenvertreter Dr. G. Hecher zu erfolgen. (Angenommen);

— referiert über den beim Reichsrathe eingebrachten Gesetzentwurf in Betreff der grundbücherlichen Abtrennung von Grundstücken zum Zwecke öffentlicher Straßen oder Wege und beantragt, den Bericht des Magistrates zur Kenntnis zu nehmen und dem Berichte keine weitere Folge zu geben.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei eine Petition an beide Häuser des Reichsrathes zu richten, dass in dem Gesetze ausdrücklich bestimmt werde, dass es auf Grundabtretungen zu Straßenzwecken anlässlich von Parcellierungen und Bauführungen in den Städten keine Anwendung zu finden habe.

Der Referent accomodiert sich. Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen. (An den Gemeinderath);

— referiert über das Schreiben des Professors Dr. Sauer um Entlassung aus der Vertragsverbindlichkeit zur Verfassung der Grillparzer-Biographie und beantragt, dem Wunsche des Prof. Dr. August Sauer auf Enthebung von dem seitens der Gemeinde Wien mit ihm geschlossenen Vertrage über die Verfassung einer Biographie Grillparzer's wird stattgegeben und es sei hievon auch die Firma Cotta's Nachfolger zu verständigen und dieselbe eventuell um Rückstellung der an dieselbe eingesendeten Radierungen anzugehen.

St.-R. Matzenauer beantragt die Verlängerung des Vertrages auf ein weiteres Jahr.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

St.-R. Noske referiert über die Beistellung einer Amtsdienermontur für die die städtischen Zustellungswagen begleitenden 2 Aushilfsdiener und beantragt, für dieselben die Beistellung einer Amtsdienermontur, bestehend aus je einem drapfarbenen Waffenrocke, einer russisch-grauen Hose, einer schwarzen Tuchweste, einer Drillmontur und einer Dienstkappe, sämmtlich mit einjähriger, ferner je eines kurzen Pelzpaletot mit 3jähriger Tragdauer zu genehmigen.

Diese Kleidungsstücke haben Eigenthum der Gemeinde zu verbleiben und sind von der Rathhausverwaltung in das Inventar aufzunehmen. (Angenommen);

— referiert über die Anschaffung von Schneepflügen für den XIII. und XVII. Bezirk. Derselbe beantragt die Anschaffung von zwei Schneepflügen (System Schmid und Michtner) zum Preise von je 800 fl. für den XVII. und eines Schneepfluges gleichen Systems mit dem Preise von 800 fl. für den XIII. Bezirk im Gesammtbetrage von 2400 fl. und die sofortige Bestellung derselben bei dem Patentinhaber Schmid zu genehmigen. (Angenommen);

— referiert über Adaptierungen in den Localitäten der Pfandleihanstalt der ehemaligen Gemeinde Sechshaus, und beantragt, die beantragten Adaptierungen seien abzulehnen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt eine Begründung dieses Antrages.

Referent ergänzt seinen Antrag dahin, mit Rücksicht auf den Umstand, dass binnen kurzer Zeit eine Verlegung dieser Anstalt in ein geeignetes und größeres Local zur unabweisbaren Nothwendigkeit wird.

St.-R. Rückauf beantragt, wegen Delogierung dieser Anstalt sofort die nöthigen Schritte zu unternehmen.

St.-R. Matzenauer beantragt, den Magistrat zu beauftragen, wegen Unterbringung der Anstalt in geeignete Localitäten sofort Anträge zu stellen.

St.-R. Witzelsberger beantragt, der Magistrat möge Erhebungen pflegen, ob das ehemalige Bürgermeisteramt Sechshaus für diese Anstalt geeignet wäre.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Zusatze des St.-R. Matzenauer angenommen.

St.-R. Matzenauer referiert über die Nummerierung des Neubaues, Einl.-Z. 239, Burggasse im VII. Bezirke und beantragt:

1. Die Bestimmung der Or.-Nr. 12 Burggasse, 25 Spittelberggasse und 1 Fasziehergasse für den Neubau auf vorbezeichneter Realität und

2. die Abänderung der Or.-Nrn. 16, 18, 20, 22, 24, 26 und 26 a Burggasse, in 14, 16, 18, 20, 22, 24 und 26 Burggasse bei dem im Grundbuche des VII. Bezirkes, Einl.-Z. 136, 138, 140, 141, 142, 1124 und 1280 in anliegenden Häusern.

(Angenommen);

— referiert über die Betrauung des Richard Jarmulski mit der Verfassung eines neuen Wirtschaftselaborates für die 4 größeren im Wienerwalde gelegenen Forste des Wiener Bürgerspitalfondes und beantragt:

1. Die Verfassung eines neuen Wirtschaftselaborates sammt Karten für die 4 größeren im Wienerwalde gelegenen Forste des Wiener Bürgerspitalfondes, und zwar für den Schuhbrecher-, Wurzbacher-, Rothwasser- und den Kalksburgerwald im Gesammtausmaße von 449 Joch und 62 Quadratklafter mit dem Kostenaufwande von 550 fl. ö. W. wird dem k. k. Forst- und Domänenverwalter Richard Jarmulski mit dem Bedeuten übertragen, dass die betreffenden Arbeiten im Jahre 1892 zu beginnen und spätestens im Jahre 1893 so zu vollenden, sowie abzuliefern sind, dass das fertige Wirtschaftselaborat sammt Karten schon für die Holzfällungs-Anträge pro 1893/94 verwendet werden kann;

2. derselbe sei weiters zu verpflichten, für den Hadersdorferwald per 19 Joch 1379 Quadratklafter, nächst der Straße nach Mauerbach, ohne Inanspruchnahme eines Kostenaufwandes ein einfaches Wirtschaftsprogramm zu verfassen und gleichzeitig mit dem obigen Wirtschaftselaborate vorzulegen;

3. von der bewilligten Kostensumme per 550 fl. sei bei der Übertragung dieser Arbeiten der Theilbetrag von 200 fl. dem Richard Jarmulski flüssig zu machen und ihm von dem Reste die Hälfte desselben nach Vollendung der Feldarbeiten, welche dem Magistrate anzuzeigen sein wird, die andere Hälfte aber nach completer Ablieferung des fertigen Elaborates auszubezahlen.

St.-R. Noske beantragt die Vertagung des Referates; dieser Antrag wird zurückgezogen.

(Der Referenten-Antrag wird angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Vorstehers im VIII. Bezirke um Überlassung eines Locales im Volksbade im VIII. Bezirke, Florianigasse 30, zur Unterbringung der Gartengeräthschaften vom Schönborngarten und beantragt die Genehmigung des gestellten Ansuchens in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise, beziehungsweise die Abänderung des bereits genehmigten Projectes für das Volksbad im VIII. Bezirke. (Angenommen);

— referiert über die Genehmigung der Mehrkosten für die Verbreiterung des Trottoirs vor den Häusern Nr. 6 und 7 und die entsprechende Vertheilung der Fahrbahn. Derselbe beantragt, die hiefür mit Gemeinderaths-Beschluss vom 1. August 1890, Z. 4815, bewilligte Kostenanschlagsumme von 1235 fl. 11 kr. um den Betrag von 59 fl. 86 kr. zu genehmigen. (Angenommen);

— referiert über die Bewilligung eines Betrages zur Instandsetzung der Gartenanlage vor dem Invalidenhause im III. Bezirke und beantragt, den Bericht des Magistrates, wornach für den genannten Zweck in das Budget pro 1892 ein Betrag von 280 fl. eingestellt erscheint, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— referiert über das Ansuchen des Josef Bauer um Bewilligung zur Herstellung provisorischer Bauten auf dem städt. Grunde Parc. 1275/10 in Simmering und beantragt, dem Ansuchen des Gärtners Josef Bauer um Bewilligung zur Herstellung einer prov. Wohnhütte auf dem von ihm gepachteten Grunde, Abth. 48/III der Parc. 1275/10 in Simmering vom Standpunkte der Gemeinde Wien als Grundeigenthümerin, vorbehaltlich des vom Gesuchsteller einzuholenden Bauconsenses gegen dem Folge zu geben, dass die fragliche Wohnhütte mindestens 50 cm von der Grenze des Nachbargrundes entfernt errichtet und die Hütte — wozu der Gesuchsteller übrigens schon zufolge Absatzes 10 der allgemeinen Pachtbedingungen verbunden ist, — beim Ablaufe des Pachtvertrages ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung seitens des Gesuchstellers auf seine Kosten wieder entfernt und der Grund in den vorigen Stand versetzt werde.

(Angenommen);

— referiert über die Eingabe des Stadtanwaltes Dr. Oskar Schmitt bezüglich des Verzugszinsennachlasses von 60 fl. an Michael Fiegelmüller von dessen Holzkaufschillingsschuld an das Fondsgut Ebersdorf und beantragt: der Stadtanwalt Dr. Oskar Schmitt wird ermächtigt, den Michael Fiegelmüller, welcher seine Holzkaufschillingsschuld an das Fondsgut Ebersdorf a. d. Donau per 466 fl. 30 kr., wovon ein Theilbetrag von 254 fl. 30 kr. aus dem Jahre 1879 und der Rest pro 212 fl. aus dem Jahre 1880 stammt, sammt den gerichtlich zugesprochenen Kosten vollständig bezahlt und auch an Verzugszinsen ungeachtet der Verjährung eines Theiles desselben einen Betrag von 287 fl. 90 kr. entrichtet hat, einen Betrag von 60 fl. aus den eingehobenen Verzugszinsen per 287 fl. 90 kr. zurückzuerstatten. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Directe Steuern der Stadt Wien vom Jahre 1891 (für die 10 alten Bezirke):

Einzahlungen in den drei ersten Quartalen	29,529.329 fl.	17½ kr.
„ im vierten Quartale . .	10,293.215 „	29½ „
Summa	39,822.544 fl.	47 kr.

Nachdem im Jahre 1890 insgesammt nur fl. 38,222.521·46 an directen Steuern eingiengen, ergiebt sich, dass die Steuerleistung des Jahres 1891 um fl. 1,600.023·01 größer war.

Die Steuersumme des vierten Quartales 1891 per fl. 10,293.215·29 enthält:

An landesfürstlichen Steuern	5,715.349	fl. 13½	kr.
„ Landesumlagen	1,221.147	„ 98	„
„ städtische Umlagen	3,299.461	„ 94½	„
„ Gewölbwach-Beiträgen	14.372	„ 51	„
„ Handelskammer-Beiträgen	25.632	„ 23	„
„ Gewerbeschul-Beiträgen	17.251	„ 49½	„

Nach Gattungen participieren an der Steuersumme des vierten Quartales 1891 per fl. 10,293.215·29½.

Die Grundsteuer sammt Zuschlägen mit . . .	7.316	fl. 33½	kr.
„ Hauszinssteuer sammt Zuschlägen mit . .	7,844.769	„ 78	„
„ Erwerbsteuer sammt Zuschlägen mit . . .	807.918	„ 66	„
„ Einkommensteuer sammt Zuschlägen mit . .	3,579.078	„ 33	„
„ Strafbeträge	3.893	„ 34	„
„ staatlichen Verzugszinsen	24.095	„ 46	„
„ communalen Verzugszinsen	6.251	„ 95	„
„ Executionsgebüren	19.891	„ 44	„

Approvisionierung.

(Verzehrungssteuertarif.) Mit dem 21. December 1891 ist der neue, für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, durch das Gesetz vom 10. Mai 1890, R.-G.-Bl. Nr. 78, festgesetzte Verzehrungssteuertarif in Wirksamkeit getreten, wodurch, gegenüber dem bis dahin bestandenen Tarife nachstehende Änderungen zu verzeichnen sind:

Tarifpost neue	Tarifpost alte	Benennung des steuerbaren Gegenstandes	Alter Tarif: Verzehrungssteuer nach dem bis inclusive 20. December 1891 giltig gewesenen Tarife: Maßstab der Belegung	Staatsgebür und Communalzuschlag fl.	kr.	Neuer Tarif: Verzehrungssteuer nach dem vom 21. Dec. 1891 giltigen Tarife: Staatsgebür und Communalzuschlag fl.	kr.	Erhöhung um fl.	kr.	Ermäßigung um fl.	kr.
1	4	a) Wein in Gebinden	1 Hktl.	5	86·8	5	20	—	—	—	66·8
		a) Wein in Flaschen	„	5	86·8	10	40	4	53·2	—	—
	5	b) Weinmost und Weinmaische	„	3	97·6	3	90	—	—	—	07·6
	37	c) Weintrauben . . .	100 Kg.	—	81·2	1	95	1	13·8	—	—
2	6	Obstmost	1 Hktl.	1	83·4	1	30	—	—	—	53·4
3	8	Bier	„	2	09	2	—	—	—	—	09
4	10	a) Rindvieh über 400 Kg. Lebendgewicht . . .	1 Stück	10	50	9	10	—	—	1	40
	10	b) Rindvieh bis 400 Kg. Lebendgewicht . . .	„	10	50	4	55	—	—	5	95
		c) Rindvieh bis 120 Kg. Lebendgewicht oder 100 Kg. geschlachtet (d. i. Kälber einschließlich der Haut) . . .	„	1	96	1	69	—	—	—	27
5	12	a) Schafe, Widder, Hammel (Schöpse), Lämmer, Ziegen, Böcke, dann Kitze über 10 Kg. lebend oder 8 Kg. geschlachtet	„	—	75·5	—	65	—	—	—	10·5
	13	b) Kitze bis 10 Kg. Lebendgewicht oder 8 Kg. geschlachtet	„	—	49	—	39	—	—	—	10

Tarifpost neue	Tarifpost alte	Benennung des steuerbaren Gegenstandes	Alter Tarif: Verzehrungssteuer nach dem bis inclusive 20. December 1891 giltig gewesenen Tarife: Maßstab der Belegung	Alter Tarif: Staatsgebür und Communalzuschlag fl.	Alter Tarif: Staatsgebür und Communalzuschlag kr.	Neuer Tarif: Verzehrungssteuer nach dem vom 21. Dec. 1891 giltigen Tarife: Staatsgebür und Communalzuschlag fl.	Neuer Tarif: Verzehrungssteuer nach dem vom 21. Dec. 1891 giltigen Tarife: Staatsgebür und Communalzuschlag kr.	Erhöhung um fl.	Erhöhung um kr.	Ermäßigung um fl.	Ermäßigung um kr.
6		**Schweine.**									
	13	a) Spanferkel bis 10 Kg. Lebendgewicht oder 8 Kg. geschlachtet . . .	1 Stück	—	49	—	65	—	16	—	—
	14	b) Frischlinge, d. h. Schweine über 10 Kg. bis 35 Kg. Lebendgewicht, oder über 8 bis 25 Kilogr. geschlachtet	„	1	47	1	30	—	—	—	17
	15	c) Schweine über 35 Kg. Lebendgewicht oder 25 Kg. geschlachtet . . .	„	2	94	2	60	—	—	—	34
7	16a	a) Frisches Fleisch und andere zum menschlichen Genusse geeignete frische Theile von Rindern der Tarifpost 4, lit. a und b, dann von Thieren der Tarifpost 5 a und b, Würste und Conservefleisch	100 Kg.	3	67	3	25	—	—	—	42
	16b	b) Frisches Fleisch und andere zum menschlichen Genusse geeignete frische Theile von Kälbern (Tarifpost 4, lit. C), dann von Schweinen mit Ausnahme von Speck und Fett, losgetrennt vom Fleische	„	7	12·2	5	20	—	—	1	92·2
	16b	c) Fleisch eingesalzen oder gepöckelt, dann Rauchfleisch	„	7	12·2	6	50	—	—	—	62·2
	16b	d) Salami, gepöckelte oder geselchte Zungen . .	„	7	12·2	7	80	—	67·8	—	—
	30	Reis	„	5	44	—	—	—	—	steuerfrei	
	31	Mehl aus Getreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchte aller Art, Gries, Haidemehl, Haidegrütze und derlei Graupen, Hirsebrei, Stärke, Kraftmehl und Haarpuder, Brod und überhaupt jede Bäckerwaare, ferner Backwerk, Lebzelten, Pfefferkuchen und Zwieback	100 Kg.	—	90·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	32	Brotfrüchte als: Weizen und Spelzkörner, türkischer Weizen, Roggen, Halbfrucht in Körnern, Haidekorn	„	—	68·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	33	Hülsenfrüchte: Hirse, Wicken, Bohnen, Erbsen, Linsen	„	—	81·2	—	—	—	—	steuerfrei	
	34	Hafer in Körnern	„	—	76	—	—	—	—	steuerfrei	
	35a	Heu ohne Unterschied, ebenso Mischling als Viehfutter	„	—	28·8	—	—	—	—	steuerfrei	
	35b	Stroh, Häckerling, Kleien, Riedstroh	„	—	32·8	—	—	—	—	steuerfrei	
	36	Gemüse und Küchenwaaren	„	—	54·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	37	Frisches Obst, Kastanien, Nüsse	„	—	81·2	—	—	—	—	steuerfrei	
	38	*Gedörrtes, getrocknetes und* eingelegtes Obst, Salsen	„	1	63·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	39	Butter, frische und gesalzene, Schmalz, Gänsefett, Stearin und Stearinsäure, Kerzen aus Unschlitt und Spermacet, auch Stearinkerzen und Paraffinkerzen	„	5	44	—	—	—	—	steuerfrei	
	40	Talg und Unschlitt, roh und geschmolzen, auch Elain, dann Knochen- u. Klauenschmalz, Leimfett (Beinfett), Paraffinmasse, Erdwachs, Berg- u. Naphthawachs, Glycerin . . .	„	2	81·2	—	—	—	—	steuerfrei	
	41	Schweinefett und Schweineschmalz, Schmer, Speck und Knochenmark . . .	„	3	62	—	—	—	—	steuerfrei	
	42	Seife	„	7	03	—	—	—	—	steuerfrei	
	43	Käse	„	4	08·2	—	—	—	—	steuerfrei	
	44	Eier	100 St	—	15·6	—	—	—	—	steuerfrei	
	45	Wachs, Wachskerzen und andere Wachsfabrikate .	100 Kg.	7	18·8	—	—	—	—	steuerfrei	
	46	Hanf-, Lein- und Rübsamenöl	„	2	26·2	—	—	—	—	steuerfrei	
	47	Andere dergleichen Brennöle, Oliven-, Mandel-, Mohnsamen- u. gemeines Nutzöl, Palm- u. Kokosöl	„	4	53·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	48	Brennholz, hartes, Kien- und Wachholderholz . .	1 Cbkm.	—	22·6	—	—	—	—	steuerfrei	
	49	Weiches Brennholz und Bürtelholz	„	—	22·6	—	—	—	—	steuerfrei	
	50	Holzkohle	100 Kg.	—	20·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	51	Steinkohlen, Braunkohlen, Coaks	„	—	05·32	—	—	—	—	steuerfrei	
	52	Hanf-, Lein-, Rübs-, Sonnenblumen- und andere gewöhnliche, zur Oelerzeugung dienende dergleichen Samen	„	1	14·8	—	—	—	—	steuerfrei	
	53	Honig	„	1	54·2	—	—	—	—	steuerfrei	
	54	Thran- und Fischschmalz .	„	—	18·4	—	—	—	—	steuerfrei	
	7	Meth	1 Hktl.	4	14·8	—	—	—	—	steuerfrei	
	9	Essig	„	—	90·4	—	—	—	—	steuerfrei	

* * *

(Borstenviehmarkt vom 26. Jänner 1892.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine . . . . . 1322 Stück
Fettschweine . . . . . 4706 „

Summa . 6028 Stück

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . 4781 Stück
für das Land . . . . . 793 „
unverkauft blieben . . . . . 454 „

Auftrieb

auf dem galizischen Markte:

2978 Stück
unverkauft blieben 471 Stück.

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . . von 28 bis 38 kr.
Fettschweine . . . „ 34 „ 43 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Bei flauer Kauflust wurden Jungschweine um 1 kr. und Fettschweine um ½ kr. per Kg. billiger verkauft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 28. Jänner 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber — 3101, Lämmer — 699, Schafe — 1218.

2. Preisbewegung:

Kälber . . . per Kg. . . . . 36 bis 58 kr.
Lämmer . . „ Paar . . . 8 bis 14 fl.
Schafe . . . „ Kg. . . . . 26 bis 38 kr.
Schafe . . . „ Paar . . . 6 bis 21 fl.

Auf dem Jungviehmarkte war die Zufuhr um 129 Stück Kälber stärker; bei flauer Kauflust sind die Preise um 1 kr. per Kg. gefallen.

Auf dem Schafmarkte war der Auftrieb infolge der mit 1. Februar l. J. von der französischen Regierung angeordneten Erhöhung des Einfuhrzolles und der hiedurch bedingten Auflassung der hiesigen Exportschlächtereien um 6282 Stück Schafe geringer und wurden um 50 kr. per Paar höhere Peise bewilligt.

Der Schlachtviehmarkt war am 28. Jänner l. J. mit 203 Stück Mastvieh und 210 Stück Beinlvieh beschickt.

Militärangelegenheiten.

(Assentierung.) Die Hauptstellung beginnt heuer in Wien am 3. März d. J. und wird nach Bedarf fortgesetzt. Gleichzeitig werden zwei Assentcommissionen amtieren, da sich ca. 16.000 Mann der Stellung zu unterziehen haben.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 21. Jänner 1892.

(Fortsetzung.)

Gansinger Jacob, Verschleiß von Schreib- und Zeichnenrequisiten, XIX., Ober-Döbling, Hirschengasse 60.

Lischka Johanna, Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern und Kalendern, XV., Fünfhaus, Thalgasse 4.

Bartosik Leopoldine, Spirituosen-Erzeugerin, X., Raaberbahngasse 7.

Bondi Maximilian, Commissionswaren-Verschleiß von Straußfedern und Schildkrot, VI., Mariahilferstraße 71 a.

Kostansky Franz, Tischler, XIV., Sechshaus, Plankengasse 12.

Rosenfeld Hedwig, Erzeugung von Waschsoda, II., Rembrandtstraße 34.

Rosenfeld, Anna, Übernahme von Wäsche und Kleidern zum Putzen, II., Asperngasse 1.

Zaitschek Eduard, Verschleiß von Wein in handelsüblich geschlossenen Gefäßen, II., Kl. Sperlgasse 6.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. Jänner 1892.

Uibelhak Johann, Bäckergewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 30.

Preßler Anna, Bau- und Brennholzhandel, XIX., Nußdorf, Nußdorferlände 31.

Blasel Johann, Vermietung von Booten zu Spazierfahrten, XI., Feldgassenbrücke am Wr.-Neustädter Canale in Simmering.

Richter Karl, Flaschenbier-Verschleiß, XII., Meidling, Hauptstraße 52.

Lindner Franz, Fleischselcher, XI., Simmering, Hirschengasse 26.

Plöckl Magdalena, Handel mit gebrannten geistigen Flüssigkeiten, XI., Simmering, Landen 295.

Hrnečck Barbara, Fragnerei, XVI., Ottakring, Eisnerstraße 23.

Fink Ludwig, Friseur, I., Kolowratring 4.

Rausch Karl, Galvaniseur, I., Teinfaltstraße 3.

Nowak Karoline, Geflügelhandel, I., Am Hof.

Lintner Leo, Gemischtwaren-Verschleiß, XI., Simmering, Hauptstraße 41.

Pulletz Theresia, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Degengasse 46.

Krisch Johann, Glasergewerbe, XVII., Hernals, Leitermeyerg. 20.

Hloschek Theresia, Grünwaren- und Obsthandel, XI., Simmering, Geiselberg 424.

Löwit Adolf, Handelsagent, I., Maximilianstraße 8.

Lowatsch Gustav Georg, Handelsgärtner, XIX., Ober-Döbling, Weinberggasse 30.

Schlosser Therese, Kleinverschleiß von Holz, Kohlen und Coaks, XI., Simmering, Hauptstraße 116.

Biskocil Johann, Holz- und Kohlenhandel, XVII., Hernals, Sterngasse 38.

Satzenhofer Anna, Kaffeeschank, XI., Simmering, Felbergasse 17.

Werter Leopold, Kaffeesieder, VII., Burggasse 75—77.

Großmann Jakob, Verschleiß von Kinderspielwaren, VII., Kaiserstraße 98.

Freisler Johann, Herrenkleidermacher, II., Wolfsaugasse 5.

Karner Friedrich, Kleidermacher, XI., Kaiser-Ebersdorf 12 a.

Sikorowsky Martin, Schneider, XI., Ebersdorferstraße 2.

Hell Agnes, Damenkleidermacherin, III., Hauptstraße 23.

Sellner Johanna, Kunstblumen-Erzeugung, VI., Hofmühlg. 21.

Pfeifer Julianna, Lohnfuhrwerk, XI., Simmering, Pfeifergasse 37.

Dirtl Leopold, sen., Lust- und Ziergärtner, XI., Simmering, Döblerhofstraße 7.

Truger David, Manufacturwaren-Verschleiß, II., Flossgasse 6.

Selmeczi, Verschleiß von Manufactur-, Kurz- und Wirkwaren, I., Seitenstettengasse 3.

Rille Eduard, Markt-Fierantie, XI., Simmering, Hirschengasse 7.

Swoboda Leopoldine, Marktfierant, XI., Simmering, Geiselbergstraße 1.

Pauer Alois, Milchmeierei, XVII., Hernals, Weinhauserstraße 46.

Kojetinsky Marie, Milch-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Kreuzgasse 18.

Matzner Rosine, Obst-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße, Markt.

Plöckl Magdalena, Pferdefleisch-Handel, XI., Simmering, Landen 295.

Kastner Albert, Pferdehändler, XI., Simmering, Hauptstraße 138.

Mack Franz, Verabreichung von kalten und warmen Pferdefleisch-Speisen, II., Leystraße 131.

Koch Johann, Vermittlung des Kaufes, Verkaufes und Tausches von Realitäten und von Hypothekardarlehen, XVIII., Währing, Gürtelstraße 6.

Coufal Johann, Schuhmacher, XI., Simmering, Hirschengasse 24.

Klose Johann, Schuhobertheile-Erzeugung, XI., Simmering, Hauptstraße 84.

Liskowetz Antonia, Schuhwaren-Verschleiß, XI., Simmering, Hauptstraße 136.

Tucek Anton, Schuhmacher-Gewerbe, XV., Fünfhaus, Zinkgasse 17.

Seidner Moriz, Verschleiß von Selchwaren, X., Quellengasse 106.

Thum Raimund, Selchwaren-Verschleiß, XIX., Ober-Döbling, Hirschengasse 67.

Cahlik Matthäus, Tischler, XV., Fünfhaus, Zinkgasse 18.

Krefowitsch Agnes, Victualienhandel, XI., Simmering, Theresiengasse, Marktplatz.

Maczejka Anna, Victualienhandel, XVIII., Weinberggasse 33.

Schipp Josef, Victualienverschleißer, XI., Simmering, Hauptstraße 95.

Sommer Rudolf, Victualienhandel, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 22.

Stangl Johann, Vogelhändler, XI., Simmering, Pfeifergasse 23.

Vogel Alexander, Victualienhandel, XI., Simmering, Hauptstraße 27.

Zaluzny Mathias, Ritter von, Victualienhandel, XVII., Dornbach, Urbangasse 3.

Leeb Franz, Wirt, X., Himbergerstraße 145.

Bacher Magdalena, Ziergärtnerin, XI., Simmering, Bachergasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. Jänner 1892.

Schönwald Eduard, Commissionswaren-Verschleiß, I., Elisabethstraße 10.
Eppel Johann, Eislaufplatz, II., k. k. Augarten.
Schilberg Carl, Eislaufplatz, Bauplatz, X., Eugengasse 57.
Dziurzynski Josef, Fleischhauer, III., Großmarkthalle.
Stasny Johann, Fleischselcher, XVII., Hernals, Lessinggasse 42.
Gläser Isak, Michael, Verschleiß von Galanterie-, Kurz- und Spielwaren, II., Obere Donaustraße 25.
Koblinger Michael, Gastwirt, VII., Badhausgasse 3.
Schwarz Elise, Gastwirtin, VI., Hofmühlgasse 2.
Habersam Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Wienerstraße 13.
Hoffmann Josefa, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 68.
Maly Helene Josefa, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Große Sperlgasse 4.
Nowak Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Kaiser Josefstraße 30.
Schwarzer Theresia, Gemischtwaren-Verschleiß, XIX., Ober-Döbling, Lisbauergasse 7.
Weiß Jacob, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Himbergerstraße 61.
Balogh Anna, Geschirrhandel, XVII., Hernals, Weinhauserstraße 51.
Böttcher Richard, Handelsagentie, VII., Schottenfeldgasse 84.
Klein Leopold, Holzagent, IX., Eisengasse 25.
Czartoryjski Sigismund, Hühneraugenvertilger, XVIII., Währing, Hauptstraße 20.
Ratz Mathias, Kaffesieder, III., Hauptstraße 17.
Wawra Josef, Kammacher, XIII., Penzing, Hollergasse 7.
Fein Fanni, Damenkleidermacherin, VI., Mariahilferstraße 35.
Kratochwil Marie, Damenkleidermacherin, II., Taborstraße 87.
Wagner Julie, Erzeugung und Verkauf von Kränzen, XVIII., Währing, Kirchengasse 7.
Nowotny Marie, Kurz- und Drechslerwaren-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 10.
Scharfberg Chaim, Susie, Verschleiß von Manufacturwaren, II., Krummbaumgasse 12.
Schimek Rosalia, Verschleiß von Schöpsenlungen, Leber und Zungen, XV., Fünfhaus, Marktplatz, Neubaugürtel.
Krügenmeier Ernst, Uhrmacher, III., Löwengasse 13 a.
Homolka Anna, Victualienhandel, XVII., Hernals, Kirchengasse 25.
Feichtinger Emilie, Übernahme von Wäsche zum Putzen, II., Wallensteinstraße 11.
Böhmer Oswald, Watta-Erzeuger, XII., Unter-Meidling, Josefigasse 19.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. Jänner 1892.

Franek Felix, Bäcker, I., Laurenzerberg 3.
Kirsch Elias, Verschleiß von Bettfedern und Roßhaar, I., Hoher Markt 9, Judengasse 11.
Purr Augustine, Kleinhandel mit Brennmaterialien, XVII., Hernals, Leitermayergasse 1.
Reichart Julie, Canditen- und Gebäcks-Verschleiß, XVI., Ottakring, Abelegasse 15.
Wehrlin Alfred, Commissionswaren-Verschleiß, VI., Windmühlgasse 30 a.
Lerch Anna, Federnschmückerin, XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 54.
Amberger Johann, Feinzeugschmied, X., Waldgasse 50.
Reinisch Wilhelm, Fiaker, II., Praterstern.
Tobolka Wenzel, Fleischselcher, XVII., Hernals, Veronikagasse 4.
Links Christian, Friseur, XIII., Breitensee, Kirchengasse 5.
Waschinsky Sigmund, Rasenr- und Friseur, II., Taborstraße 43.
Paunzen Josef, Geflügel- und Gänseschmalzhandel, I., Sterngasse 5.
Feilbogen Isidor, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Währingerstraße 65.
Haschka Adelheid, Gemischtwaren-Verschleiß, IV., Hauptstraße 51.
Haselberger Eduard, Gemischtwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Herrengasse 11.
Hertl Carl, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 6.
Rotholz Emanuel, Gemischtwaren-Verschleiß, VIII., Lerchengasse 18.
Swatosch Carl, Vermischtwaren- und Petroleum-Verschleiß, XI., Simmering, Dorfgasse 96.
Wojtisch Franziska, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 39.
Schorn Clara, Hornhandel, XV., Fünfhaus, Zinkgasse 15.
Kovar Barbara, Kaffeeschank, IX., Sensengasse 8.
Heier Emma, Handel mit abgelegten Kleidern, XI., Simmering, Hauptstraße 3.
Bittermann Josefa, Milch-Verschleiß, XIV., Sechshaus, Schulgasse 10.
Gey Laurenz, Milchmeier, XI., Simmering, Dorfgasse 22.
Spendl Ursula, Milch- und Gebäck-Verschleiß, XVIII., Währing, Hofmannsgasse 4.
Stichelberger Elisabeth, Milchmeierei, XVIII., Währing, Kreutzgasse 41.
Weber Josef, Milch-Verschleiß, XVIII., Währing, Kirchengasse 1.
Schalek Kajetan, Markt-Victualienhandel, XVI., Ottakring, Markt, Elisabethgasse.
Stübl Aloisia Maria, Markt-Victualienhändlerin, VII., Markthalle, Zelle 182/183.
Moser Juliana, Pfaidlerin, IX., Pramergasse 20.
Cerveny Franz, Schuhmacher, III., Schlachthausgasse 14, Th. 11.
Kohn Valerie, Spirituosenhandel, IX., Spittelauerlände 3 b.
Rundl Carl, Spirituosenhandel, X., Quellenplatz 7.
Huscher Julie, Victualienhandel, XVIII., Währing, Gürtelstraße 35.
Masek Franz, Wein-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 23.
Götz Anna, Weißnäherin, XIV., Sechshaus, Plankengasse 12.
Juran Franz, Gastwirt, III., Klimschgasse 20.
Persch Alois, Wirt, XVIII., Währing, Feldgasse 30.
Tichy Rudolf, Wirt, XVIII., Währing, Gürtel 77.
Schüler Leopold, Zimmerputzer-Gewerbe, II., Gr. Schiffgasse 30.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. Jänner 1892.

Blazek Anton, Bäcker, V., Arbeitergasse 19.
Gumpinger Anton, Bäcker, XVII., Hernals, Hauptstraße 98.
Wetzl Mathias, Bäcker, IX., Sechsschimmelgasse 10.
Papauschek Josef, Handel mit Blumen, XIII., Penzing, Rochusgasse 8.
Zappold Josef, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, VII., Neubaugasse 51. (Das Weitere folgt.)

Das „Statut" sowie die „Geschäftsordnung für den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und für die magistratischen Bezirksämter" sind bereits im Druck erschienen und sind, vereinigt in ein Heftchen, im Expedite des Gemeinderaths-Präsidiums (Rathhaus, I. Stock) um den Betrag von 10 kr. erhältlich.

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzungen des Gemeinderathes	151
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 26. Jänner 1892	151
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	169
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 22. Jänner 1892	169
Allgemeine Nachrichten:	
Directe Steuern der Stadt Wien vom Jahre 1891	172
Approvisionierung:	
Verzehrungssteuertarif	172
Borstenviehmarkt	173
Stechviehmarkt	174
Militärangelegenheiten:	
Assentierung	174
Gewerbeangelegenheiten:	
Gewerbeanmeldungen	174
Notiz, betreffend das Statut sowie die Geschäftsordnung für den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ꝛc.	175
Kundmachungen	175—178

G.-Z. 473582
XVI.

Kundmachung,

betreffend den Schlachthauszwang für Großhornvieh und Pferde im Gemeindegebiete von Wien.

Die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei hat laut der Erlässe vom 30. November und 13. December 1891, Z. 69961 und 77183 mit Rücksicht auf die durch das Gesetz vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, ausgesprochene Vereinigung mehrerer Gemeinden

und Gemeindetheile mit der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien über Antrag des Wiener Stadtrathes im Grunde des §. 35 der Gewerbegesetznovelle vom 15. März 1883, R.-G.-Bl. Nr. 39, die fernere Benützung bestehender, sowie die Anlage neuer Privatschlachthäuser für Großhornvieh und Pferde in der mit der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vereinigten Gemeinde **Josefsdorf** und in den einbezogenen Theilen der Gemeinden **Weidling, Hadersdorf** (mit Auhof), **Mauer, Oberlaa, Unterlaa, Kledering, Herrschaft Kaiser-Ebersdorf, Schwechat, Asparn a. d. Donau und Ebersdorf** vom 1. Jänner 1892 an untersagt.

Von diesem Zeitpunkte an werden bezüglich der Schlachtung von Rindern die in das Wiener Gemeindegebiet einbezogenen Theile der Gemeinden **Mauer** und **Hadersdorf** (mit Auhof) dem Schlachthause in Meidling, die Catastralgemeinde Josefsdorf und der einbezogene Theil von Weidling dem Schlachthause in Nussdorf, die einbezogenen Theile der Gemeinden **Oberlaa, Unterlaa, Kledering, Herrschaft Kaiser-Ebersdorf, Schwechat, Asparn a. d. Donau und Ebersdorf** dem Vororteschlachthause in St. Marx zugewiesen.

Hingegen unterliegen jene Theile der bisherigen Ortsgemeinden **Kahlenbergerdorf, Grinzing, Salmannsdorf, Neuwaldegg, Dornbach, Hütteldorf, Speising, Altmannsdorf** und **Inzersdorf am Wienerberge,** welche nicht in das Gebiet der Gemeinde Wien einbezogen, sondern mit anderen, außerhalb des Wiener Gemeindegebietes gelegenen Ortsgemeinden vereinigt worden sind, vom 21. December 1891 an dem Schlachthauszwange **nicht** mehr.

Bezüglich der Vornahme der Pferdeschlachtungen wird der XI. Wiener Gemeindebezirk dem bestehenden Pferdeschlachthause in St. Marx zugewiesen, in den Bezirken XII bis inclusive XIX ist jedoch die Schlachtung der Pferde in privaten gewerblichen Betriebsstätten insolange gestattet, bis die Zuweisung einzelner Bezirke oder Bezirkstheile in ein städtisches Pferdeschlachthaus erfolgt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. December 1891. 1—3

G. Z. 15140.
X.

Kundmachung.

Georg Schredt'sche Stiftung für Lehrer.

Aus der Georg Schredt'schen Stiftung für arme Lehrer und Unterlehrer, welche an einer **städtischen Volks- oder Bürgerschule in Wien** in Verwendung stehen, ist im heurigen Jahre ein Betrag von (206 fl.) **zweihundert und sechs Gulden** ö. W. zur Vertheilung verfügbar.

Es ergeht daher an jene Herren Lehrer und Unterlehrer, welche auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung Anspruch erheben wollen, die Aufforderung, ihre bezüglichen Gesuche unter Anschluss der Nachweise über ihre bisherige Verwendung und ihre Dürftigkeit **bis längstens 29. Februar l. J.** im Einreichungsprotokolle des **Wiener Magistrates** abzugeben.

Oberlehrer können von dieser Stiftung nicht betheilt werden.

Nur die mit einem Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

am 27. Jänner 1892. 1—3

Z. 147601
XV

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Aufstellung **von 9 Fleischverkaufsständen** im veranschlagten Kostenbetrage von 4500 fl. u. zw. im **II. Bezirke auf dem Brigitta- und Volkertplatze,** im **III. Bezirke, Wällischgasse,** im **IV. Bezirke auf dem Karolinenmarkte,** im **V. Bezirke auf dem Einsiedlerplatze,** im **VI. Bezirke** im oberen Theile der **Mollardgasse,** im **VII. Bezirke, Kaiserstraße vor Nr. 5,** im **IX. Bezirke, Porzellangasse** und im **X. Bezirke auf dem Bürgerplatze,** wird vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag, den 9. Februar d. J. präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter im neuen Rathhause, Parterre** eine öffentliche, schriftliche **Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene allgemeine Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offert ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Jänner 1892. 1—3

Z. 497.

Kundmachung.

Concurs zur Besetzung der **Oberlehrerstellen an den allgemeinen Volksschulen für Mädchen in Wien, III. Bezirk, Erdbergstraße Nr. 88 und IV. Bezirk, Alleegasse Nr. 12 und für Knaben in Wien, VI. Bezirk, Brückengasse Nr. 3.**

An den allgemeinen Volksschulen in Wien, und zwar: für Mädchen, III. Bezirk, Erdbergstraße Nr. 88 und IV. Bezirk, Alleegasse Nr. 11 und für Knaben, VI. Bezirk, Brückengasse Nr. 3 kommen die Oberlehrerstellen zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist ein Gehalt jährlicher 1200 fl. und der Genuss einer Naturalwohnung verbunden.

Zur Besetzung dieser Stellen wird hiemit der Concurs ausgeschrieben und es haben Diejenigen, welche eine dieser Stellen zu erlangen wünschen, und zwar die auswärtigen Bewerber im Wege ihrer vorgesetzten Schulbehörde, ihre an den Ortsschulrath des betreffenden Wiener Gemeindebezirkes gerichteten, mit der Dienstabelle, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, dem Tauf- und Heimatscheine, ferner mit den Nachweisen über bereits geleistete Schuldienste, sowie über die Befähigung zur subsidiarischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes belegten Gesuche **bis**

längstens 4. März 1892 bei dem betreffenden Ortsschulrathe zu überreichen.

Auf nach Ablauf dieses Termines eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann kein Bedacht genommen werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 22. Jänner 1892.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:

Dr. J. N. Prix. 2—3

Z. 498.

Kundmachung.

Concurs zur Besetzung der **Directorstellen an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben in Wien, IV. Bezirk, Pressgasse Nr. 24 und an der Mädchen-Bürgerschule in Wien, VII. Bezirk, Stiftgasse Nr. 35.**

An der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben in Wien, IV., Pressgasse Nr. 24 und der Mädchen-Bürgerschule in Wien, VII., Stiftgasse Nr. 35, kommen die Directorstellen zur Besetzung.

Mit jeder dieser Stellen ist ein Gehalt jährlicher 1400 fl. und der Genuss einer Naturalwohnung verbunden.

Zur Besetzung dieser Stellen wird hiermit der Concurs ausgeschrieben und es haben Diejenigen, welche eine dieser Stellen zu erlangen wünschen, und zwar — die auswärtigen Bewerber im Wege ihrer vorgesetzten Schulbehörde, ihre an den Ortsschulrath — des IV., beziehungsweise VII. Wiener Gemeindebezirkes gerichteten, mit der Diensttabelle, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, dem Tauf- und Heimatsscheine, ferner mit den Nachweisen über bereits geleistete Schuldienste, sowie über die Befähigung zur subsidiarischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes belegten Gesuche **bis längstens 4. März 1892** bei den betreffenden Ortsschulräthen zu überreichen.

Auf nach Ablauf dieses Termines eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann kein Bedacht genommen werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 22. Jänner 1892.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:

Dr. J. N. Prix. 2—3

M.-Z. 11420.

Kundmachung,

die berichtigten Verzeichnisse der zur Hauptstellung des Jahres 1892 berufenen, **in Wien heimatberechtigten Wehrpflichtigen** und die **Losung** betreffend.

Nach den Bestimmungen des §. 30 der Wehrvorschriften, I. Theil, werden die von amtswegen ergänzten und berichtigten Verzeichnisse der zur diesjährigen Hauptstellung berufenen Einheimischen aller drei Altersclassen am 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30. und 31. Jänner 1892 im Conscriptionsamte des Magistrates, I. Bezirk, Rathhausstraße Nr. 12, zu ebener Erde links, zur freien Einsicht aufliegen.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass Jedermann, welcher

a) eine Auslassung oder unrichtige Eintragung wahrnimmt, oder
b) gegen Ansuchen um die Bewilligung zur Stellung außerhalb des zuständigen Stellungsbezirkes oder um eine Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht Einwendung erheben will,

aufgefordert ist, die Anzeige (Einsprache) im Conscriptionsamte zu erstatten.

Im Falle der Einbringung einer derartigen Anzeige ist jedoch deren Begründung nachzuweisen.

Die Losung wird am 3., 4., 5. und 6. Februar 1892 im neuen Rathhause (Volkshalle) um 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattfinden. Hiebei wird mit dem gezogenen Buchstaben Y begonnen und in der nachstehenden Ordnung vorgegangen werden:

Tag	Stunde	Buchstabe
Mittwoch den 3. Februar 1892	9 Uhr vormittags	Y. Z.
	10 „ „	A. B.
	11 „ „	C. D.
	11½ „ „	E. F.
Donnerstag den 4. Februar 1892	9 Uhr vormittags	G.
	10 „ „	H.
	11½ „ „	I. J. K.
Freitag den 5. Februar 1892	9 Uhr vormittags	L. M.
	10½ „ „	N. O. P.
	11½ „ „	Q. R.
Samstag den 6. Februar 1892	9 Uhr vormittags	S.
	10 „ „	Sch. St.
	11½ „ „	T. U. V.
	12 „ „	W. X.

Da die Zustellung besonderer schriftlicher Vorladungen zur Losung an die hiezu Verpflichteten nicht stattfindet, so werden die diesfalls berufenen, in dem Jahre 1871 geborenen Wehrpflichtigen oder deren Vertreter aufgefordert, an den oben angesetzten Tagen zur bezeichneten Stunde vor der Losungs-Commission zu erscheinen, und wird in deren Abwesenheit eine von dem Leiter der Losung hiezu bestimmte Person den Losungszettel ziehen.

In Betreff der Zeit und des Ortes der Hauptstellung (Assentierung) wird später eine Kundmachung erlassen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Jänner 1892. 3—3

Z. 452.254
VIII.

Kundmachung.

(Offert-Ausschreibung.)

Wegen Sicherstellung 1. der Lieferung der für den Wiener Central-Friedhof erforderlichen gusseisernen Gruppen- und Reihenständer, sowie Grab-

nummernpflöcke, ferner 2. wegen Vergebung der Arbeiten zur Restaurierung der vorhandenen alten, verrosteten Grabnummernpflöcke behufs neuerlicher Verwendung auf den zur Wiederbelegung gelangenden gemeinsamen Gräbergruppen wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Montag, den 8. Februar l. J., präcise um 10 Uhr vormittags im neuen Rathhause im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch, I., Lichtenfelsgasse, Stiege 3, im Mezzanin eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.**

Unternehmungslustige können die bezüglichen Musterstücke, sowie die Vorschriften bei der Verwaltung des Wiener Central-Friedhofes während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Es steht den Offerenten frei, entweder nur für die Lieferung (ad 1) oder nur für die Restaurierungsarbeiten (ad 2) oder auch für Beides zu offerieren.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcasse gegen Erlag von je 10 kr. bezogen werden.

Die Unternehmer haben ein Exemplar dieser Vorschrift, eventuell beider Vorschriften und sodann die am Schlusse jeder Vorschrift beigefügte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einem 50 kr.-Stempel versehen als Offert am obigen Tage bis zur festgesetzten Stunde der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Jedem Offerte sind 5% der Gesammtsummen, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen, welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Jänner 1892. 3—3

G.-Z. 500043
XI

Kundmachung.

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekannt gemacht, dass die vom Wiener Gemeinderathe aus Anlass des vierzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner k. und k. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef I. von Österreich errichtete und mit dem Betrage von 100.000 fl. ö. W. dotierte **Stiftung für ohne ihr Verschulden nothleidend gewordene Gewerbetreibende** zur Persolvierung gelangt, und dass im Laufe des Jahres 1892 die bisher aufgelaufenen, sowie die in den Monaten März und September von dem Stiftungscapitale eingehenden Zinsen unter die Stiftungswerber zur Vertheilung kommen.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben ohne Rücksicht auf die Confession solche Gewerbetreibende Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind. Dieselben müssen jedoch in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, resp. Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein und die Tauf-, resp. Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, in welchem das Moment, dass Gesuchsteller ohne sein Verschulden in die Nothlage gerathen ist, durch das Armeninstitut und für den Fall, dass derselbe einer Genossenschaft angehört, durch die Genossenschafts-Vorstehung ausdrücklich hervorgehoben wird, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind an den Bürgermeister der Stadt Wien zu richten und im Rathhause, I. Stock, Präsidial-Bureau zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Jänner 1892. 3—3

G.-Z. 5946.
VIII.

Kundmachung.

Im Status des Wiener Stadtphysikates ist die Stelle eines **städtischen Arztes** in Erledigung gekommen und im Concurswege zu besetzen.

Bewerber um diese Arztensstelle, mit welcher ein Jahresgehalt von 1000 fl., dann fünf Quinquennalzulagen à 200 fl., ferner ein jährliches Quartiergeld von 30% des Jahresgehaltes verbunden ist, haben sich über die österr. Staatsbürgerschaft, über den an einer inländischen Universität erlangten Doctorgrad der gesammten Heilkunde, eventuell über den erworbenen medicinischen und chirurgischen Doctorgrad, sowie über das Magisterium der Geburtshilfe, weiters über die mit Erfolg abgelegte Prüfung für den öffentlichen Sanitätsdienst (Physikatsprüfung), endlich über ihre bisherige mindestens zweijährige Verwendung im Sanitäts-, rücksichtlich spitalsärztlichen Dienste oder in der ärztlichen Praxis auszuweisen.

Die mit diesen Ausweisen und sonstigen Behelfen belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Februar 1892**, 12 Uhr mittags im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Die Bewerber werden aufmerksam gemacht, dass auf die städtischen Ärzte die Bestimmungen der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten und Diener Anwendung finden.

Die Instruction für die städtischen Ärzte und die ihren Wirkungskreis normierenden Bestimmungen können im Stadtphysikate im neuen Rathhause, I. Bezirk, eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Jänner 1892. 2—3

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.